This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

HARVARD COLLEGE
LIBRARY

FROM THE BEQUEST OF

CHARLES SUMNER

CLASS OF 1830

Senator from Massachusetts

FOR BOOKS RELATING TO
POLITICS AND FINE ARTS

HARVARD COLLEGE
LIBRARY

FROM THE BEQUEST OF
CHARLES SUMNER
CLASS OF 1830
Senator from Massachusetts
FOR BOOKS RELATING TO
POLITICS AND FINE ARTS

DR PAVL ROHRBACH

DEVTSCHLAND VNTER DEN WELTVOLKERN

Den Umſchlag zeichnete Adolf Amberg-Charlottenburg.

„Deutschland" unter den Weltvölkern.

Materialien zur auswärtigen Politik.

Von Dr. Paul Rohrbach.

2. Auflage

1908
Buchverlag der „Hilfe", G. m. b. H.,
Berlin-Schöneberg.

Gu 2395.77

HARVARD COLLEGE
FEB 4 1933
LIBRARY

Summer fund

Vorwort zur zweiten Auflage.

Die erste Auflage dieses Buches erschien im Herbst 1903 und mußte wegen meiner unvorhergesehenen Berufung nach Südwestafrika in teilweise etwas abgekürzter Form fertiggestellt werden. Während ich in Afrika weilte und keine Möglichkeit einer Neubearbeitung vorhanden war, stellte sich, da die Auflage abgesetzt war, die Notwendigkeit eines Neudrucks heraus, bei dem die inzwischen erfolgten Aenderungen der politischen Lage naturgemäß nicht berücksichtigt werden konnten. In ihrer jetzigen Gestalt hat die Schrift beinahe um das Doppelte an Umfang zugenommen und ist außerdem fast durchgehends von Grund auf neu gearbeitet worden. Trotzdem ist sie noch sehr weit von Vollständigkeit nach Art eines Handbuchs entfernt. Ich habe daher auch die Charakteristik des Buches als bloße „Materialien" zur auswärtigen Politik auf dem Titel nicht ändern zu sollen geglaubt.

Berlin-Friedenau, Ende März 1908.

Dr. Paul Rohrbach.

Inhalt.

Erſtes Kapitel.

Die Aenderungen der materiellen Daſeinsbedingungen Deutſchlands ſeit der Reichsgründung. Deutſchland während der Bismarckiſchen Epoche ſaturiert (S. 11—13). Aenderungen dieſes Zuſtands infolge der Volkszunahme (S. 14—15). Steigerung des deutſchen Wirtſchaftslebens und der deutſchen Weltintereſſen (S. 16—22). Das neue Deutſchland iſt weltwirtſchaftlich und weltpolitiſch nicht ſaturiert (S. 23—26). Schwierigkeiten der neuen Lage für die alten Parteien (S. 27—32).

Zweites Kapitel.

Die Faktoren der äußeren Politik bis zum Ende des Jahrhunderts. Bismarcks Option zwiſchen Rußland und Oeſterreich (S. 33—38). Der Dreibund und die ruſſiſche Rückverſicherung (S. 39—40). Das Syſtem der Europapolitik und das erſte Aufkommen der weltpolitiſchen Probleme (S. 41—46). Herausbildung des Gegenſpiels zwiſchen der engliſchen und deutſchen Politik (S. 47—49). Die deutſch-engliſchen Beziehungen und die chauviniſtiſche Richtung in der deutſchen Preſſe (S. 50—55). König Eduard VII. als Organiſator des Gegenſpiels (S. 56—57).

Drittes Kapitel.

Die ruſſiſche Kriſis. Langſames Emportauchen weltpolitiſcher Ideen in Rußland (S. 58—62). Die ruſſiſche Balkanpolitik (S. 63—65). Die Reorganiſation der ruſſiſchen Finanzwirtſchaft, der Zweibund und die Verlegung des ruſſiſchen Intereſſenſchwerpunkts nach Oſtaſien (S. 66—72). Die Niederlage gegen Japan und die Ueberſchätzung der militäriſchen und wirtſchaftlichen Kraft Rußlands (S. 73—83). Der Bankerott der Europäiſierung Rußlands (S. 83—86). Das Agrarproblem als Urſache der materiellen und moraliſchen Zerrüttung des ruſſiſchen Bauerntums (S. 87—97). Die agrariſchen

Reformprojekte (S. 98—111). Die wirtschaftliche Gesamtlage in Rußland (S. 112—118). Die passive Zahlungsbilanz und der drohende Staatsbankerott. Das Eisenbahndefizit (S. 119—129). Drohende Vorzeichen der Zukunft Rußlands (S. 130—132).

Viertes Kapitel.

Die englische Weltmacht. Englands Emporkommen gegenüber Frankreich und Holland (S. 133—144). Das politische Selbstgefühl des Engländers (S. 145—148). Das Gegenbild hierzu in Deutschland (S. 149—151). Englands Reichtum und Handel (S. 152—154). Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Kolonialbesitzes (S. 155—159). Indien (S. 160—167). Der „mittlere Osten" und der Plan der Verbindung zwischen Aegypten und Indien; die Bagdadbahn und die mesopotamischen Pläne (S. 168—172). Das japanische Bündnis (S. 173—175). Das Abkommen mit Frankreich und die Idee einer Einkreisung Deutschlands (S. 176—182). Das imperialistische System und der britische Reichs-Zollverein (S. 183—191). Die öffentliche Meinung in Deutschland gegenüber England (S. 194).

Fünftes Kapitel.

Frankreich, Italien und das westliche Mittelmeer. Der Zweibund, Faschoda und die russische Niederlage (S 195—196). Frankreichs Bevölkerungsbewegung (S. 197—198). Die französischen Kolonien (S. 199—205). Kolonialpolitik und Revancheprinzip (S. 206—208). Das französische Bündnis als Anleihequelle für Rußland (S. 209—211). Die Schwenkung zu England nach der russischen Niederlage (S. 211—213). Delcassé und Marokko (S. 214—217). Die militärischen und politischen Chancen eines deutsch-französischen Krieges (S. 218—222). Die Krisis der Revanchehoffnung infolge der Niederlage Rußlands (S. 223—224). Die Republik und der Radikalismus (S. 225—227). Der wirtschaftliche Aufschwung Italiens (S. 228—230). Tunis, Italien im Dreibund und die Niederlage in Afrika (S. 231—234). Die Wendung zur Balkanpolitik (S. 235—237). Italiens Verhältnis zu den Westmächten, seine Stellung im Dreibund und der Interessenkonflikt mit Oesterreich-Ungarn (S. 238—239). Spanien unter den Westmächten (S. 240—241).

Sechstes Kapitel.

Oesterreich-Ungarn, der Balkan und das Osmanische Reich. Oesterreich-Ungarns Zukunft auf der Balkan-Halbinsel (S. 242—245). Notwendigkeit der Donau-Monarchie für Deutschland und Mitteleuropa (S. 246—247). Die Nationalitäten in Oesterreich und in Ungarn und der österreichisch-ungarische Gegensatz (S. 248 –256). Die neuesten Balkanpläne (S. 257—258). Die Türken in Asien und Europa (S. 259—263). Die Bagdadbahn, die Mekkabahn und die englische Politik in Arabien und am Euphrat (S. 264 bis 272). Das deutsche Interesse an der Bagdadbahn und die Möglichkeit einer Wiederbelebung der alten Kultur im türkischen Asien (S. 273—287). Moralische Eroberungen in der Türkei (S. 288 bis 293). Englands Pläne (S. 294).

Siebentes Kapitel.

Amerika und der ferne Osten. Der Reichtum der Vereinigten Staaten (S. 295—296). England und Nordamerika (S. 297 bis 298). Die Bilanz des amerikanischen Wirtschaftslebens (S. 299 bis 303). Amerikanisches Temperament und amerikanische Politik (S. 304—306). Deutschland und Nordamerika (S. 307—308). Die amerikanisch-japanische Frage (S. 309). Der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Politik der Japaner (S. 310 bis 316). Schwierigkeiten eines japanischen Angriffskrieges gegen Amerika (S. 317—318).

Achtes Kapitel.

Wege und Ziele. Rückblick auf die auswärtige Lage Deutschlands (S. 319—321). Unsere Situation in den Augen des Auslands (S. 322—323). Unsere Einengung und die Auswanderungsfrage (S. 324—326). Möglichkeiten des wirtschaftlichen Ersatzes für große Auswanderungskolonien: das Bagdadbahngebiet, Südamerika, die ostasiatische Interessensphäre (S. 327—340). Wirtschaftliche Aussichten in China (S. 341—343). Schlußwort (S. 344—345).

Erstes Kapitel.

Die Aenderung der materiellen Daseinsbedingungen Deutschlands seit der Reichsgründung.

Wer die Reden und Aufzeichnungen Bismarcks studiert — die größte organische Offenbarung politischen Verstandes, die wir besitzen — um von hieraus an der Konstruktion der Richtlinien seines eigenen nationalen und staatlichen Denkens zu arbeiten, der wird an vielen Stellen auf den Ausdruck der Ueberzeugung des Fürsten stoßen, *Deutschland habe an Ausdehnung seines territorialen Besitzes und seiner politischen Machtsphäre erreicht, wessen es bedürfe; es sei, nach* Bismarckschem Sprachgebrauch, *„saturiert"*. Mit besonderer Vorliebe spricht Bismarck diese Ueberzeugung überall dort aus, wo es sich darum handelt, dem Argwohn der auswärtigen Staaten entgegenzutreten, als ob die Ereignisse von 1864 bis 1871 nur die Einleitung zu einer Epoche weiterer preußisch-deutscher Eroberungen in Europa gewesen seien. Und in der Tat bildet das politische Argument von der Saturiertheit Deutschlands so sehr das innere Schwergewicht in der auswärtigen Staatskunst Bismarcks, daß wir es in jeder Beziehung als den wichtigsten Ausgangspunkt für die Betrachtung der Verhältnisse Europas in der auf die Gründung des Deutschen Reiches folgenden Epoche betrachten müssen. Bismarck hat es selbst als ein besonders wichtiges Ergebnis seiner Politik angesehen, daß es ihm schließlich gelungen war, an allen maßgebenden Stellen im Auslande eine leidliche Ueberzeugung von der Aufrichtigkeit dieses unseres Bekenntnisses der erreichten politischen Sättigung ins Leben zu rufen. Daß nach dieser Richtung hin an verschiedenen Punkten ein gewisses Mißtrauen überwunden werden mußte, das vom Standpunkt unserer Nachbarn, namentlich nach den Ereignissen von 1864—1871, nicht ganz unbegreiflich erschien,

lag auf der Hand. In Frankreich besteht bekanntlich bis auf den heutigen Tag die Ueberzeugung, daß einflußreiche Kreise in Deutschland es wenige Jahre nach dem Frankfurter Frieden bedauerten, mit Rücksicht auf die beispiellos schnelle materielle Wiederaufrichtung des geschlagenen Gegners den Milliarden-Aderlaß nicht noch viel nachdrücklicher vorgenommen zu haben, und daß daher von militärischer Seite darauf hingearbeitet worden sei, das Versäumte durch eine Erneuerung des Krieges vor Durchführung der französischen Wehrverfassung und der großen Festungsbauten nachzuholen. Rußland gegenüber war ohne Zweifel in rein militärischer Hinsicht diejenige Grenze, die der preußische Staat nach der dritten Teilung Polens gegen Osten erhielt, eine weit vorteilhaftere. Daß wir aus anderen Gründen noch mehr polnische Gebiete als wir, um unserer Verteidigungsfähigkeit willen, noch jetzt zu besitzen gezwungen sind, nicht vertragen könnten, daß sogar erst die endgiltige Reduktion von Preußens polnischem Anteil auf dem Wiener Kongreß den größten deutschen Staat für seine deutsche Aufgabe frei gemacht hat, ist eine Einsicht, die für eine Nachbarmacht von der eigentümlichen politischen Struktur Rußlands doch wohl zu fern liegt, als daß ihr für jene Seite zwingende Beweiskraft zugeschrieben werden könnte; so elementar sie auch von unserem Standpunkt aus erscheinen mag. Oesterreich gegenüber haben nach dem Siege von Königgrätz sowohl König Wilhelm als auch die ganze Militärpartei sogar mit Hartnäckigkeit darauf bestanden, die nördlichen Striche Böhmens, bekanntlich rein deutsches Land, als ein natürliches Festungsglacis vor dem Erzgebirge und den Sudeten festzuhalten. Welche Vorteile sich vollends für Deutschland ergeben könnten, wenn es einen Ausgang nach Süden zum adriatischen Meere hin besäße, liegt erst recht auf der Hand. Auch daß die Schweizer eine zeitlang Besorgnis für ihre Unabhängigkeit uns gegenüber hegten, ist kein Wunder. Historisch wie ethnographisch ist die Schweiz zum größten Teile deutsch, und so gut wir 1870—71 die Zurückforderung Elsaß-Lothringens den Franzosen gegenüber mit solchen Gesichtspunkten wesentlich mit begründeten, so gut konnte es dem draußen stehenden Beobachter glaublich erscheinen, daß die logische Weiterführung dieser Argumentations-

weise uns auch zu dem Verlangen einer Annexion der Schweiz führen könnte. An der Westgrenze endlich war das Mißtrauen der Holländer wach geworden, als ob wir in Gedanken bereits auch ihr Land zur Angliederung an uns bestimmt hätten; gleichfalls kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Niederlande geographisch nichts sind als das Mündungsgebiet des größten deutschen Stroms und daß sie bis in die neuere Zeit hinein auch politisch einen Bestandteil des Deutschen Reiches gebildet hatten.

Trotz dieser inneren und äußeren Schwierigkeiten vermochte die Politik des neuen Reiches seit dem Frankfurter Frieden doch schließlich während der Bismarckischen Epoche das früher gegen uns vorhanden gewesene Mißtrauen ganz oder doch überwiegend zu zerstreuen. Man wird nicht leugnen können, daß nur einer sehr großen staatsmännischen Weisheit in einem verhältnismäßig so kurzen Zeitraum, wie es tatsächlich geschah, die Beruhigung Europas nach dieser Richtung gelingen konnte, und man wird hinzufügen dürfen, daß auch das größte Geschick nicht imstande gewesen wäre, dieses Ziel zu erreichen, wenn nicht die Gewähr der Aufrichtigkeit Deutschlands für jeden einsichtigen und hinreichend unterrichteten Politiker tatsächlich in der damaligen Natur unserer und der europäischen Verhältnisse erkennbar begründet gelegen hätte. So konnte es dahin kommen, daß es als Ergebnis der Bismarckschen Epoche schließlich kaum noch irgendwo führende und verantwortliche Politiker gab, die uns im Ernste Annexionsabsichten, sei es auf die Schweiz, sei es auf Holland, sei es auf deutsche Landesteile Oesterreichs oder sonst irgendwo an unseren Grenzen, zutrauten. Daß dem so wurde, erscheint ohne Zweifel als ein bedeutendes und dankenswertes Ergebnis der Politik Bismarcks.

Das grundlegende Faktum, auf dem diese Politik nach jener Richtung hin beruhte, war aber, daß Deutschland in der Zeit der Reichsgründung und noch eine Weile darnach ein Staat war, dessen unmittelbar wahrnehmbare Lebensinteressen über die Grenzen Europas noch kaum hinaus ragten. Lag also Bismarcks Meisterschaft in der Beeinflussung der europäischen Verhältnisse im Sinne und im Interesse Deutschlands, so handelte es sich dabei für uns um

eine europäische Politik. Heute dagegen lautet die Frage nicht mehr so wie damals: Wie bringt Deutschland seine Interessen in Europa zur Geltung? Heute lautet sie, wie wir alle wissen, anders. Heute gilt es, sich darüber klar zu sein, daß wir uns in der Weltpolitik und unter den Weltvölkern, von denen die Weltpolitik gemacht wird, behaupten müssen, und daß wir uns nicht in die Zahl der bloßen Europavölker, denen ihre Stellung in der außereuropäischen Welt von den führenden Weltnationen vorgeschrieben wird, und deren Kreis wir faktisch bereits entwachsen sind, zurückdrängen lassen dürfen.

Welche Umstände haben diese innere Wandlung unserer politischen Lage hervorgebracht und in welchen Erscheinungen ist sie seither hervorgetreten?

Die Bewegung der Bevölkerung Deutschlands seit dem Frankfurter Frieden bietet äußerlich folgendes Bild

Deutschland innerhalb der Grenzen von 1871 besaß:

1871	41,1	Mill. Einwohner
1875	42,7	„ „
1880	45,2	„ „
1885	46,9	„ „
1890	49,4	„ „
1895	52,3	„ „
1900	56,4	„ „
1905	60,6	„ „
1908 . . . . . ca.	63,3	„ „

Für das Jahr 1910 kann also mit annähernder Bestimmtheit die Bevölkerung des Deutschen Reiches auf rund 65 Millionen Menschen angenommen werden.

Was bedeutet diese unsere Volksvermehrung für diejenige Entwicklung unserer Interessen, die uns von dem Schauplatz der bloßen europäischen Politik auf den des politischen Wollens der Weltvölker hinausgebracht hat?

Vor allen Dingen liegt innerhalb des Zeitraums zwischen der Reichsgründung und heute der kritische Moment, in dem sich die Wandlung Deutschlands aus einem landwirtschaftliche Produkte exportierenden, mit einem wesentlichen Teil seiner Wirtschafts-

interessen agrarisch gearteten Lande in ein Industrieland entschied. Im Jahre 1870 reichte die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands nicht nur vollkommen zur Ernährung der 40 Millionen Menschen hin, die wir damals zählten, sondern es blieb auch noch ein erhebliches Plus an Getreide für die Ausfuhr übrig. Der Uebergang vom Getreideexport zum Getreideimport Deutschlands liegt in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als die Bevölkerungszahl sich um 5—6 Millionen über den Stand zur Zeit des deutsch-französischen Krieges vermehrt hatte. Allerdings darf man sich nicht vorstellen, daß Deutschland im zweiten und selbst im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts zu den eigentlichen Rohstoffländern gehörte, die im Welthandel hauptsächlich durch den Ueberfluß ihrer Bodenproduktion an Getreide und andern Naturalien ins Gewicht fielen. Deutschland hat während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts an Getreide, Wolle, Holz u. dgl. erhebliche Mengen exportiert, aber dafür in Gestalt von Rohstoffen für seine schon damals vorhandene Industrie Bodenprodukte fremder Länder in noch größerer Menge importiert, und im ganzen ergab sich nach dieser Richtung hin nicht Mehrausfuhr, sondern Mehreinfuhr. Die Umkehr aus einem Getreide exportierenden in ein Getreide importierendes Land enthält in sich noch nicht den fundamentalen Wechsel vom Agrarstaat zum Industriestaat, aber sie macht doch ein sehr charakteristisches Merkmal für diesen Umschwung aus. „Soweit wir den deutschen oder wenigstens den preußischen Außenhandel statistisch zu verfolgen imstande sind, immer zeigen die Zahlen, daß Deutschland das ganze 19. Jahrhundert hindurch in gewissem, wenn auch zunächst noch recht bescheidenem Umfange ein Exportindustriestaat gewesen ist, d. h. daß bei Bodenprodukten seine Einfuhr größer war, als seine Ausfuhr, während bei industriellen Fabrikaten umgekehrt der Export den Import übertraf. Die Kargheit des deutschen Bodens machte es den Bewohnern unseres Vaterlandes auch damals schon unmöglich, die Bodenprodukte, die sie in Form von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie von Rohstoffen von auswärts bezogen, dem Auslande wieder mit Bodenerzeugnissen zu bezahlen, sondern sie mußten ihm für die empfangenen Agrarprodukte zum großen Teil Erzeugnisse des deutschen Gewerbefleißes, ins-

besondere Gewebe, anbieten. . . . Der Uebergang zum Exportindustriesystem, den die deutsche Volkswirtschaft nach der Wiedererrichtung des Reichs in beständig wachsendem Maße vollzog, war nichts absolut Neues für Deutschland. Neu und unerhört war nur das Tempo, in dem seit 1871 und speziell in den beiden letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts die Ausbreitung der Exportindustrie vor sich ging. Vor der Gründung des Reichs belief sich die Mehrausfuhr an Fabrikaten erst auf einige 100 Millionen Mark, am Schluß des Jahrhunderts dagegen betrug sie über 1½ Milliarde."*)

Ohne auf die Wechselwirkungen näher einzugehen, die zwischen der Zunahme der Volkszahl und der Steigerung der industriellen Produktion nicht nur hinüber, sondern auch herüber stattfinden, kann man doch im allgemeinen mit aller Bestimmtheit sagen, daß in dem Anwachsen der Bevölkerungsziffer das scharfe und unmittelbare vorwärtstreibende Moment enthalten liegt. Daher haben wir ein zweifelloses Recht, die Volksvermehrung auf der einen, die Steigerung der industriellen Produktion und des Außenhandels auf der andern Seite, wie es hier durchweg geschehen soll, in direkte und ursächliche Beziehung zu einander zu setzen.

Im Jahre 1880 betrug der Wert der deutschen Ausfuhr 2,95 Milliarden Mark, der der Einfuhr 2,86 Milliarden. Zwanzig Jahre später, 1899, wertete die Ausfuhr 4,37 Milliarden, die Einfuhr 5,78 Milliarden Mark.**) 1906 war die Ausfuhr bereits auf 6,36 Milliarden, die Einfuhr auf 8,02 Milliarden Mark gestiegen. Der Vergleich dieser Zahlen ergibt, daß Ausfuhr wie Einfuhr in den sieben Jahren von 1900—1906 in absoluten Ziffern um 1,99 bezw. 2,92 Milliarden Mark gestiegen sind, während die Zunahme in dem beinahe dreimal so langen Zeitraum von 1880 bis 1899 nur 1,42 bezw. 2,24 Milliarden Mark betrug. Die Progression in dem Handelsumsatz ist also eine noch viel rapidere als die in der Volksvermehrung, die von 1880 bis 1899 ca. 10,3 Millionen Seelen betrug — im Jahresdurchschnitt also etwas über ½ Million, von

*) Ludwig Pohle in Mollats Volkswirtschaftlichem Lesebuch (Osterwieck) 1906, (S. 394 f.)

**) Ueber die verhältnismäßig unbedeutende Ungenauigkeit dieser Vergleichszahlen infolge des Wechsels in der Methode der Handelsstatistik vergleiche Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands 1904, S. 44—45.

1900—1906 dagegen ca. 5,1 Million oder im Jahresdurchschnitt beinahe ¾ Million.*) Jenes schnelle Wachstum des deutschen Außenhandels, das der Volkszunahme so weit vorauseilt, dient natürlich mit zur Bestätigung des Schlusses, den wir bereits aus dem steigenden Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr ziehen müssen — des Schlusses auf die wachsende Wohlhabenheit unseres Volks. 1880 überwog die Ausfuhr die Einfuhr noch um ein Geringes, 1899 betrug der Einfuhrüberschuß rund 1,4 Milliarden, 1906 beinahe 1,7 Milliarden. Bei England, das noch viel wohlhabender ist als Deutschland, ist die Passivität der Handelsbilanz entsprechend größer. Ihr Ausgleich erfolgt aus den Kapitalzinsen, die wir gleich den Engländern von unsern ausländischen Schuldnern beziehen, und aus dem Geschäftsgewinn, den deutsche Kapitalsanlagen im Auslande aus industriellen und Handelsunternehmungen, aus Seetransporten u. dgl. beziehen. Wir vermehren also nicht nur unsere Volkszahl, wir vergrößern nicht nur unsern Handel an sich, der Volksvermehrung entsprechend, sondern wir werden auch noch darüber hinaus allmählich wohlhabender und demgemäß immer mehr darauf angewiesen und geneigt, die Menge und Ausdehnung unserer wirtschaftlichen Weltinteressen zu vergrößern.

Allerdings darf man nicht ohne weiteres die Steigerung unseres Gesamthandels mit dem Wachstum desjenigen Interessenkreises gleichsetzen, der unsern Anteil an der Weltwirtschaft im weiteren Sinne, außerhalb der Grenzen Europas, umschreibt. Daß aber unsere Abhängigkeit von den überseeischen Beziehungen nach fremden Erdteilen jetzt eine unvergleichlich viel größere ist, als vor 100 oder auch als vor 50 Jahren, geht ohne weiteres schon daraus hervor, daß damals fast ausschließlich die sogenannten Kolonialwaren und daneben an erster Stelle nur etwa die Baumwolle aus fernen überseeischen Ländern bezogen wurden; heute aber hat sich nicht nur die Bedeutung des Baumwollimports ins Ungeheure gesteigert, sondern es ist dazu noch eine gewaltige Menge anderer Rohstoffe getreten, deren unsere verarbeitende Industrie aus Amerika, Asien,

*) Für die Zeit von 1880 ist ein ähnlicher Vergleich zwischen Bevölkerungszunahme und Handelsumsatz nicht durchzuführen, weil die Grundlagen unserer heutigen Handelsstatistik erst vom Jahre 1880 an datieren.

beſondere Gewebe, anbieten. . . . Der Uebergang zum Exportinduſtrieſyſtem, den die deutſche Volkswirtſchaft nach der Wiedererrichtung des Reichs in beſtändig wachſendem Maße vollzog, war nichts abſolut Neues für Deutſchland. Neu und unerhört war nur das Tempo, in dem ſeit 1871 und ſpeziell in den beiden letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts die Ausbreitung der Exportinduſtrie vor ſich ging. Vor der Gründung des Reichs belief ſich die Mehrausfuhr an Fabrikaten erſt auf einige 100 Millionen Mark, am Schluß des Jahrhunderts dagegen betrug ſie über 1½ Milliarde.“*)

Ohne auf die Wechſelwirkungen näher einzugehen, die zwiſchen der Zunahme der Volkszahl und der Steigerung der induſtriellen Produktion nicht nur hinüber, ſondern auch herüber ſtattfinden, kann man doch im allgemeinen mit aller Beſtimmtheit ſagen, daß in dem Anwachſen der Bevölkerungsziffer das ſcharfe und unmittelbare vorwärtstreibende Moment enthalten liegt. Daher haben wir ein zweifelloſes Recht, die Volksvermehrung auf der einen, die Steigerung der induſtriellen Produktion und des Außenhandels auf der andern Seite, wie es hier durchweg geſchehen ſoll, in direkte und urſächliche Beziehung zu einander zu ſetzen.

Im Jahre 1880 betrug der Wert der deutſchen Ausfuhr 2,95 Milliarden Mark, der der Einfuhr 2,86 Milliarden. Zwanzig Jahre ſpäter, 1899, wertete die Ausfuhr 4,37 Milliarden, die Einfuhr 5,78 Milliarden Mark.**) 1906 war die Ausfuhr bereits auf 6,36 Milliarden, die Einfuhr auf 8,02 Milliarden Mark geſtiegen. Der Vergleich dieſer Zahlen ergibt, daß Ausfuhr wie Einfuhr in den ſieben Jahren von 1900—1906 in abſoluten Ziffern um 1,99 bezw. 2,92 Milliarden Mark geſtiegen ſind, während die Zunahme in dem beinahe dreimal ſo langen Zeitraum von 1880 bis 1899 nur 1,42 bezw. 2,24 Milliarden Mark betrug. Die Progreſſion in dem Handelsumſatz iſt alſo eine noch viel rapidere als die in der Volksvermehrung, die von 1880 bis 1899 ca. 10,3 Millionen Seelen betrug — im Jahresdurchſchnitt alſo etwas über ½ Million, von

*) Ludwig Pohle in Mollats Volkswirtſchaftlichem Leſebuch (Oſterwieck) 1906, (S. 394 f.)

**) Ueber die verhältnismäßig unbedeutende Ungenauigkeit dieſer Vergleichszahlen infolge des Wechſels in der Methode der Handelsſtatiſtik vergleiche Handbuch der Wirtſchaftskunde Deutſchlands 1904, S. 44—45.

1900—1906 dagegen ca. 5,1 Million oder im Jahresdurchschnitt beinahe ¾ Million.*) Jenes schnelle Wachstum des deutschen Außenhandels, das der Volkszunahme so weit vorauseilt, dient natürlich mit zur Bestätigung des Schlusses, den wir bereits aus dem steigenden Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr ziehen müssen — des Schlusses auf die wachsende Wohlhabenheit unseres Volks. 1880 überwog die Ausfuhr die Einfuhr noch um ein Geringes, 1899 betrug der Einfuhrüberschuß rund 1,4 Milliarden, 1906 beinahe 1,7 Milliarden. Bei England, das noch viel wohlhabender ist als Deutschland, ist die Passivität der Handelsbilanz entsprechend größer. Ihr Ausgleich erfolgt aus den Kapitalzinsen, die wir gleich den Engländern von unsern ausländischen Schuldnern beziehen, und aus dem Geschäftsgewinn, den deutsche Kapitalsanlagen im Auslande aus industriellen und Handelsunternehmungen, aus Seetransporten u. dgl. beziehen. Wir vermehren also nicht nur unsere Volkszahl, wir vergrößern nicht nur unsern Handel an sich, der Volksvermehrung entsprechend, sondern wir werden auch noch darüber hinaus allmählich wohlhabender und demgemäß immer mehr darauf angewiesen und geneigt, die Menge und Ausdehnung unserer wirtschaftlichen Weltinteressen zu vergrößern.

Allerdings darf man nicht ohne weiteres die Steigerung unseres Gesamthandels mit dem Wachstum desjenigen Interessenkreises gleichsetzen, der unsern Anteil an der Weltwirtschaft im weiteren Sinne, außerhalb der Grenzen Europas, umschreibt. Daß aber unsere Abhängigkeit von den überseeischen Beziehungen nach fremden Erdteilen jetzt eine unvergleichlich viel größere ist, als vor 100 oder auch als vor 50 Jahren, geht ohne weiteres schon daraus hervor, daß damals fast ausschließlich die sogenannten Kolonialwaren und daneben an erster Stelle nur etwa die Baumwolle aus fernen überseeischen Ländern bezogen wurden; heute aber hat sich nicht nur die Bedeutung des Baumwollimports ins Ungeheure gesteigert, sondern es ist dazu noch eine gewaltige Menge anderer Rohstoffe getreten, deren unsere verarbeitende Industrie aus Amerika, Asien,

*) Für die Zeit von 1880 ist ein ähnlicher Vergleich zwischen Bevölkerungszunahme und Handelsumsatz nicht durchzuführen, weil die Grundlagen unserer heutigen Handelsstatistik erst vom Jahre 1880 an datieren.

Afrika und Australien bedarf, und zu den alten Kolonialwaren, die man immerhin meist als Luxus- oder Genußartikel ansehen kann, sind direkt notwendige Nahrungsmittel in sehr bedeutender Menge getreten. Man denke nur an die Weizeneinfuhr aus den Verein. Staaten und aus Argentinien. Von den etwas mehr als 8 Milliarden Einfuhr im Jahre 1906 entfielen in runden Ziffern auf

Amerika	Asien	Afrika	Australien
2100 Mill. Mk.	630 Mill. Mk.	200 Mill. Mk.	180 Mill. Mk.

zusammen also über 3100 Millionen Mark, beinahe 38% der Gesamteinfuhr, während in unserer Ausfuhr derjenige Anteil, den die fremden Erdteile zusammen aufnehmen, beinahe ein Viertel des Ganzen beträgt. Sehr richtig wird darauf hingewiesen, daß, wenn man die deutsche Volkswirtschaft in der Gesamtheit aller ihrer Zweige, Produktion und Konsum, mit dem deutschen Außenhandel zusammenstellt, die volkswirtschaftliche Entwickelung im Innern Deutschlands noch intensiver ist, als die Entwickelung des Außenhandels. Aber: „Um den intensiven Entwickelungsgang der einheimischen Volkswirtschaft zu ermöglichen, müssen die internationalen Handelsbeziehungen an Extensität stetig wachsen. Um dem inneren Markt seine zunehmende Bedeutung zu sichern, muß der auswärtige Handel an Ausdehnung gewinnen. Deutschlands Handel, so sahen wir, ist heute wesentlich Einfuhrhandel. Die Ausfuhr dient nur als Bezahlung. Der Einfuhrhandel aber verschafft uns erst die Möglichkeit, ein Volk wie das deutsche, auf so winzigem Gebiete, wie dem deutschen Reiche, überhaupt zu erhalten."*)

In doppelter Beziehung hat also die Bedeutung des auswärtigen Handels der zum weitaus größten Teil Seehandel ist, für Deutschland seit der Epoche der Reichsgründung und namentlich seit dem Ablauf des ersten auf den Frankfurter Frieden folgenden Jahrzehnts zugenommen: wir bedürfen der Erträgnisse dieses Handels erstens dazu, um unsern wachsenden Bevölkerungsüberschuß überhaupt zu ernähren, und zweitens, um die allgemeine Verbesserung unserer Lebenshaltung als Volk, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte anzubahnen begonnen hat, dauernd zu behaupten und gleich den übrigen großen Weltvölkern weiter zu entwickeln.

*) Werner Sombert: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, S. 450.

Die Zunahme der Handelsbeziehungen Deutschlands steht ihrerseits natürlich im engsten Wechselverhältnis zu der Steigerung der Industrie. Es wäre müßig, hier noch die zahlenmäßigen Belege für die Produktionssteigerung in Kohle und Eisen, in Textilwaren in Maschinen, Chemikalien usw. von 1871 bis heute zu erbringen. Das Bewußtsein für die ungeheuren Fortschritte, die wir hierin gemacht haben, ist auf diese oder jene Art Gemeingut der breitesten Volksschichten bei uns geworden. Was aber noch lange nicht genug Gemeingut geworden ist, das ist die Ueberzeugung oder der Instinkt dafür, daß dieser ganze materielle Fortschritt nach der einen Seite mit dem raschen Anwachsen unserer Volkszahl und nach der andern Seite mit der Vergrößerung und Verschärfung unsrer überseeischen Lebensinteressen unlösbar verbunden ist. Wirtschaftlich stehen wir in der vordersten Reihe der Weltvölker. Im Jahre 1906 wertete der deutsche Außenhandel in Ausfuhr und Einfuhr mehr als 15½ Milliarden Mark, gegen wenig mehr als 8 Milliarden Mark Frankreichs, beinahe 21 Milliarden Englands, 12½ Milliarden Nordamerikas und kaum 3½ Milliarden Rußlands. Noch vor zwanzig Jahren standen wir hinter Frankreich. Nach der Gewinnung von Kohle und Eisen, nach Seeschiffsverkehr, nach der Zahl der Baumwollspindeln und den übrigen großen Gradmessern der wirtschaftlichen Entwickelung bilden wir mit den Engländern und den Nordamerikanern gemeinsam die erste Gruppe unter allen Völkern der Welt, von der auch die nächst vorgeschrittenen Nationen unter den übrigen durch einen weiten Abstand getrennt sind. Wenn es sich aber um die Frage handelt, ob und wieweit die Massen der Nation in ihrer Tiefe von dem Bewußtsein dafür durchdrungen sind, welch ein Anteil an weltpolitischen Interessen dieser weltwirtschaftlichen Größe Deutschlands entspricht, so gehören wir als Volk noch in die politische Kinderstube. Das ist ein Zustand, der uns nicht anders als mit schwerer Besorgnis erfüllen kann. Auf der einen Seite sehen wir unser schnelles numerisches Wachstum und die in fortschreitender Progression sich vermehrende Notwendigkeit, von der Pflege und Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit überseeischen Ländern und Erdteilen zu leben — auf der andern Seite zeigt sich, daß die Schwierigkeiten, von denen unsere materielle

Durchsetzung unter den Weltvölkern bedroht erscheint, nicht nur in äußeren Widerständen und Beengungen, sondern auch in dem Festkleben breiter Schichten an einem Kümmerzustand des politischen Denkens begründet liegen.

Es ist keine schwere Voraussage, daß Deutschland innerhalb seiner jetzigen politischen Grenzen im Jahre 1925, also zu einem Zeitpunkt, den der großen Mehrzahl unter der heutigen Generation zu erleben bestimmt ist, schwerlich unter 80 Millionen Einwohner haben wird. 1925 liegt für uns Heutige merklich näher, als 1870; es ist ein Termin, der, politisch gesprochen, noch innerhalb derjenigen Zukunft existiert, mit der heute und morgen praktisch gerechnet werden muß. Nicht wenige von den Kämpfern des großen Krieges werden jene Jahreszahl noch erleben. Diese Erscheinung, daß ein Mann während der Dauer desjenigen Lebensabschnittes, in dem er politisch zu handeln und zu denken fähig ist und während dessen er die Geschichte seines Vaterlandes bewußt erlebt, Zeuge einer vollen numerischen Verdoppelung der Nation innerhalb derselben staatlichen Grenzen wird — sie ist, wenn wir von Nordamerika und Rußland absehen, wo der Einwanderungsfaktor und Eroberungen hinzutreten, etwas Beispielloses.

Trotz dieses großen numerischen Wachstums wäre es aber ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir nun meinen wollten, auf dieses allein hin könne es uns an politischer Zukunft, an großen Erfolgen nach außen nicht weiter fehlen. Unsere Volkszunahme ist da, und wenn sie nicht da wäre, so müßten wir zweifellos auf alle großen nationalen Aspirationen in der vor uns liegenden Geschichtsperiode verzichten, aber — und das ist die Kehrseite — sie hat spät eingesetzt; so spät, daß andere Nationen seither in der Lage waren, uns in der Schaffung materieller Grundlagen für gegenwärtige und zukünftige politische Machtentfaltung weit zu überholen. So entsteht die Frage, ob wir als Volk, trotz unserer Vermehrung auf das Doppelte in einem halben Jahrhundert, dieses „spät" nicht am Ende als ein „zu spät" werden lesen müssen. Noch vor hundert Jahren stand die räumlich zusammenhängende Masse des Deutschtums zahlenmäßig an der Spitze aller westlichen Kulturvölker, die Russen mit einbegriffen; heute sind wir hinter den

Russen um mehr als 100%, hinter den Nordamerikanern um über 50% zurückgeblieben und stehen numerisch den Engländern diesseits und jenseits der Meere, die wir vor einem Jahrhundert weit übertrafen, etwa gleich. Unfraglich trägt an diesem Resultat die geschehene Amputation des größeren Stückes von Oberdeutschland einen Teil der Schuld, aber eben doch nur einen Teil, und keinen ausschlaggebenden. Der eigentliche Grund für die eingetretene Verschiebung liegt vielmehr in den immensen politischen Fortschritten, welche jene anderen Völker nach außen gemacht haben, während wir im Inneren mit den Wehen unserer langsamen nationalen Wiedergeburt beschäftigt waren.

Wenn schon jetzt unsere Weltinteressen so sehr viel größer sind, als der großen Mehrzahl unter uns bisher zum Bewußtsein gelangt ist, was soll denn mit dem kommenden 80 Millionen-Deutschland von 1925 werden? Man kann sagen, daß unser Boden und unser Klima unter Verhältnissen, wie sie für absehbare Zeit bei uns noch herrschend sein werden, die Hervorbringung von Nahrung für durchschnittlich 40 bis 50 Millionen Menschen gestattet. Wir werden also Brot aus der Fremde in Zukunft nicht für ein Sechstel oder ein Fünftel von uns kaufen müssen, wie jetzt, sondern annähernd für die Hälfte. Womit werden wir dieses Brot bezahlen? Wer aus dem Ausland kauft, muß Eigenes dafür geben, sei es Geld, sei es Ware — wir aber besitzen kein einziges Naturprodukt, welches wir in solchem Maße ausführen könnten, daß damit ein namhafter Gegenwert für das Brot des Auslandes gegeben wäre. Wir haben weder edle Metalle in nennenswerter Menge, noch kostbare Nutzpflanzen, noch Kohle, Eisen und Erze im Ueberfluß. Ja nicht nur das: wir erzeugen sogar fast keinen der für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe in hinreichender Quantität im eigenen Lande. Wir führen Eisen, Kupfer, Wolle, Flachs ein; wir besitzen keine Faser Baumwolle oder Seide, von minder dringend nötigen Stoffen gar nicht zu reden. Das einzige Mittel, um uns zu ernähren, um Nahrung für alle die zu kaufen, für die in Deutschland keines wächst, besteht darin, daß wir jene Rohstoffe aus der Fremde zu uns importieren, sie verarbeiten, veredeln, den Wert der aus ihnen hergestellten Produkte gegenüber dem Rohmaterial verviel-

fachen, und dann uns diesen *Mehrwert*, den unsere Arbeit dem ursprünglichen Stoff verliehen hat, von anderen Völkern, die unsere Produkte brauchen, bezahlen lassen. Das andere Mittel ist dieses, daß wir den Ueberschuß unseres werbenden Vermögens in irgend einer Form im Auslande für uns arbeiten lassen und den Ertrag davon als einen Tribut der Völker in Geld oder Geldeswert zu uns importieren. Beide Male ist es unsere Erfindungskraft, unsere Intelligenz, unsere wissenschaftliche, technische, gewerbliche Bildung, sind es unsere sozialen und hygienischen Fortschritte und Leistungen, die für uns auf dem Weltmarkt arbeiten und wovon wir leben. Daß wir aber solchergestalt *vom Auslande leben*, das kann durch nichts, durch keine Entrüstungen und Warnungen, durch keine Deklamationen und Enqueten aus der Welt geschafft werden. 800 000 Menschen jährlich beträgt die Zunahme unserer Volkszahl. Kein Scharfsinn und keine Anstrengung können die Nahrung für diese 800 000 aus dem Boden Deutschlands hervorschaffen. Mit jedem Jahre wächst die Zahl derer, die aus der Fremde gekauftes Brot essen müssen, bald um eine Million. Wer diese Million nicht zum Verschwinden bringen kann, der ist Antwort auf die Frage schuldig, wie er sich ihre Ernährung denkt, wenn nicht durch den Ertrag, sei es direkt unserer Industrie, die aus dem Ausland gekaufte Rohprodukte veredelt und von ihrer eigenen Produktion so viel wie möglich wieder ins Ausland verkaufen muß, sei es der von ihr erzeugten und im Auslande arbeitenden Kapitalien.

Ist dem so, dann treten alle Fragen der auswärtigen Politik für Deutschland unter den Gesichtspunkt der Schaffung und Erhaltung von Absatzgebieten im Auslande, d. h. in erster Linie in überseeischen Ländern. Wohl oder übel müssen wir uns also gewöhnen, für unser politisches Denken dieselben Prinzipien anzuwenden, wie die Engländer. In England ist die Bestimmung der auswärtigen Politik nach den Erfordernissen des Handels und daher auch der Industrie ein Axiom des nationalen Bewußtseins, über das niemandem mehr zu diskutieren einfällt. Wenn eines Tages für England die Möglichkeit der Verwertung seiner industriellen Produktion über See aufhörte oder merklich eingeschränkt würde,

ſo wäre zugleich mit dem wirtſchaftlichen Zuſammenbruch von Millionen induſtrieller Größen diesſeits und jenſeits des Meeres die politiſche Kataſtrophe der britiſchen Großmacht unmittelbar gegeben. Das empfindet jedermann im Lande. Nicht weſentlich anders liegen aber bereits die Vorausſetzungen bei uns. Daß wir im Augenblick auf der Bahn dieſer Entwicklung noch nicht ſo weit fortgeſchritten ſind, wie England, daß wir uns heute erſt da befinden, wo England vor einer Reihe von Jahrzehnten war, das trägt prinzipiell nichts aus, weil ſich auch für uns die weitere Bahn der engliſchen Entwicklung mit der Sicherheit eines Naturereigniſſes vorausſehen läßt. So wenig wir mit den Jahreszeiten darüber rechten können, daß ſie kommen und gehen, ebenſo wenig bedeuten theoretiſche Bedenken und Erörterungen, wie man ſie wohl hier und da über das Tempo unſerer Volksvermehrung hört, in der Wirklichkeit für die Tatſache des rapiden quantitativen Wachstums, in dem wir uns befinden. Man ſtelle ſich vor, was denn geſchehen müßte oder könnte, um dieſes Wachstum einzudämmen? Nur eine ungeheure nationale Kataſtrophe, eine Hinabſchleuderung des Volkes in ſolche Tiefen materieller Not, daß die Zahl derjenigen Kinder ins Ungemeſſene wächſt, die es nicht gelingt am Leben zu erhalten und aufzuziehen, die aus Nahrungsmangel und all der anderen Not, die aus dieſer Quelle fließt, zu Grunde gehen, die könnte unſere Bevölkerungsziffer zu einer ſtationären machen! Und zu alledem iſt ja jene unſere wachſende Zahl das einzige Moment, auf das wir eine Hoffnung bauen können, dereinſt noch mit unter die Zahl der Völker, welche die Weltgeſchichte machen, gerechnet zu werden. Einmal im Verlauf ſeines hiſtoriſchen Erlebens hat das deutſche Volk eine Periode durchgemacht, die es wirklich um einen gewaltigen Betrag, vielleicht die Hälfte oder mehr, verringerte und uns ökonomiſch um Jahrhunderte zurückbrachte. Das waren die dreißig Jahre des großen Krieges, die wir als Preis für die Erhaltung von Gewiſſensfreiheit und geiſtigem Fortſchritt auf uns nehmen mußten. Wenn wir noch einmal etwas Aehnliches erleben ſollten, dann freilich, aber auch nur dann, könnte es geſchehen, daß wir wieder auf ein Jahrhundert hinaus am eigenen Brot genug zu eſſen haben und vielleicht ſogar noch welches —

exportieren! Von diesen Erwägungen dispensieren sich, bewußt oder unbewußt, diejenigen, die innere oder auswärtige deutsche Politik machen wollen, ohne bei jedem Zug, den sie tun wollen, sich zu fragen: was sagen die 800 000 dazu, die Jahr um Jahr zu unserer heutigen Zahl hinzuwachsen? Diese Zuwachsrate ist der Kompaß, nach dem wir steuern müssen, nach außen wie im Innern, wenn wir nicht mit unserm Staatsschiff stranden wollen. Von hier aus muß die Frage beurteilt werden, welche Wege für uns in Betracht kommen, um uns unter den Weltmächten durchzusetzen, und welche nicht.

Wo liegt angesichts dieser Tatsachen noch die Möglichkeit vor, in derselben apodiktischen und eindeutigen Weise den Satz von der Saturiertheit Deutschlands so zu vertreten, wie in der klassischen Epoche Bismarckscher Politik, und die Forderung zu erheben, daß die deutsche Politik heute wie damals von der Saturiertheit Deutschlands auszugehen habe! So richtig definiert und so tragfähig diese Grundformel der deutschen Politik noch vor 25 Jahren erschien, so berechtigt der Glaube unserer Nachbarn an die volle Aufrichtigkeit unserer Versicherung war, so zweifellos wäre es unaufrichtig oder kurzsichtig, wenn jemand den Satz heute noch in demselben Sinne gebrauchen wollte, wie Bismarck ihn aufgestellt und vertreten hat: — vertreten selbst noch zu einer Zeit, als sich die Verhältnisse schon so verschoben hatten, daß von rechtswegen eine neue ergänzende Betrachtungsweise zu der alten hinzutreten mußte.

Die neue Betrachtung ist die, daß unsere nationalen Daseinsbedingungen zunächst nach der wirtschaftlichen, danach aber auch nach der politischen Seite hin der Epoche Wilhelms II., sich, wie wir sahen, von Grund auf gewandelt haben. Von einem Sättigungszustande oder von der Sättigungsmöglichkeit des deutschen Volks innerhalb seiner europäischen Grenzen in dem absoluten Sinne zu sprechen, wie zur Zeit Bismarcks, ist unter allen Umständen bare Torheit. Ebenso töricht wäre es freilich, wenn jemand hieraus den Schluß ziehen wollte, daß nun die Bismarcksche Aufrichtigkeit der Versicherung, wir wollten keinen unserer Nachbarn berauben, in Wegfall käme. Selbst wenn wir Teile von Westrußland und Oesterreich, wenn wir die Schweiz, Luxemburg, Holland

annektieren wollten und könnten, so wäre *demjenigen* Ausdehnungsbedürfnis, das jetzt bei uns vorliegt, damit gar nicht oder doch nicht prinzipiell abgeholfen, denn unsere Not ist von anderer Art, als daß sie durch Einverleibung selbst noch so umfangreicher, Deutschland nach Natur und Bevölkerungsstand nahe verwandter und benachbarter Gebietsteile beseitigt werden könnte. Wenn Warschau, Rotterdam und Triest heute zum Deutschen Reich gehörten, so würde an dem Zustande, daß wir, mit unserer Volkswirtschaft allein auf den Umkreis unserer europäischen Grenzen angewiesen, verelenden und verhungern müßten, nichts Wesentliches geändert werden. Auch dann würde es dabei bleiben, daß ein großer Bruchteil der jetzt Lebenden und daß die Jahr um Jahr hinzuwachsenden Millionen nicht von der heimischen Produktion leben können, sondern für ihre Existenz auf Brot angewiesen sind, das in irgendwelcher Gestalt erst in der Fremde gekauft werden und übers Wasser fahren muß, bevor es bei uns gegessen wird. Wem die Ziffern gegenwärtig sind, auf die diese Tatsache sich gründet, und wer ein Ohr für ihre Predigt hat, dem ist damit auch ein rechtes Verständnis für das Grundproblem der deutschen Zukunft gegeben. Eben diese Aufgabe aber, das Tatsachenmaterial aus den Ziffern der Statistik in das unmittelbare instinktive und wollende Bewußtsein aller denkfähigen Elemente eines Volkes einzuführen, so daß mit dem Verständnis der Lage auch das Empfinden der allgemeinen politischen Notwendigkeiten, die aus ihr folgen, gegeben ist — die ist enorm schwierig. Für gewöhnlich pflegt der Zeitraum, der vergehen muß, bis sich ein Wissen um neue nationale Notwendigkeiten aus einer mehr esoterischen Erkenntnis der Wissenden im Volk in elementaren *Masseninstinkt* umwandelt, sehr lang zu sein — so lang, daß nichts gefährlicher sein kann, als zu warten, bis sich der notwendige Wandel von selber durchsetzt. Nicht eher, als bis es dahin gekommen ist, daß mit der Einsicht in den ganzen Ernst unserer Lage auch der feste Wille und die Entschlossenheit, alle Kräfte daran zu setzen, um dieser Lage Herr zu werden, ein Gemeingut aller gesunden Schichten des Volks geworden ist, werden wir anders als mit dem Gefühl dringender Sorge und Beunruhigung in unsere Zukunft blicken können — aber wie unendlich schwierig ist die

Aufgabe, es soweit zu bringen! Die Stimmung von 1870/71, die sich in den Poesien Geibelscher und verwandter Richtung ausdrückt, in Versen wie jenen:

Glorreich auf dem Erdenrunde
Steht das deutsche Vaterland — —,

die sich das deutsche Selbstgefühl nach dem Siege über Frankreich als ein lyrisch-romantisches Pendant zu dem Bismarckschen Worte von unserer Saturiertheit schuf und die heute noch mit Vorliebe selbst in sogenannten „patriotischen" Kreisen als der offiziell abgestempelte normale Ausdruck des deutschen Nationalempfindens gilt — sie muß erst von Grund auf verschwinden und der nüchternen Kampfesentschlossenheit, dem klarsten und positivsten Willen zur nationalen Macht Platz machen: der Entschlossenheit und dem Willen, die aus der Erkenntnis fließen, daß wir keineswegs in Herrlichkeit dastehen, sondern mitten in einer höchst gefährlichen, alle unsere Kräfte fordernden und auf Jahrhunderte hinaus, wenn nicht auf immer, über unsere Zukunft in der Weltgeschichte entscheidenden Krisis!

Wir dürfen uns in keiner Weise verhehlen, daß die Aufgabe, unser Volk für solche Einsicht und solchen Willensentschluß zu gewinnen, nicht nur von denjenigen Schwierigkeiten gedrückt erscheint, die es immer zu überwinden gilt, wenn große Massen in geistige Bewegung versetzt werden sollen, sondern daß bei uns noch eine Reihe besonders schwerer und vielleicht verhängnisvoller Widerstände zu brechen sind. Die drei politischen Massenanschauungen, die in Deutschland das vorzugsweise Schwergewicht besitzen, sind die sozialdemokratische, die katholisch-ultramontane und die konservativ-agrarische. Jede von ihnen ist, soweit sie ihrem eigentlichen inneren Daseinsprinzip treu bleiben will, gleich schwer im stande, aus sich heraus Kräfte des Willens in der Richtung auf die neudeutsche Expansion, deren wir bedürfen, zu entbinden. Im Gegenteil — soweit sich unsere Sozialdemokraten, Ultramontanen und Agrarier der historischen Grundlage ihrer Entstehung und ihres Daseins bewußt bleiben, soweit wirkt ihr Besitz an politischen Vorstellungen nach unter

ſich zwar verſchiedenen, aber der Idee des größeren Deutſchland doch durchweg entgegengeſetzten Richtungen hin. Von ihnen allen gilt der Satz, daß eine Förderung der nationalen Ausbreitungsnotwendigkeiten im Sinne des neuen überſeeiſchen, weltpolitiſchen Deutſchlands bei ihnen nur in dem Maße erwartet werden könnte, in dem ſie ſich etwa entſchließen, ihren geiſtigen und hiſtoriſchen Entwicklungsprinzipien gegenüber inkonſequent zu ſein. Am wenigſten ſollte das noch, wenigſtens in ideeller Beziehung, von der Sozialdemokratie gelten, aber kraft des beſonderen, im Grunde echt ſpießbürgerlichen, kurzſichtigen und materialiſtiſch verbiſſenen Typus, zu dem ſie ſich gerade in Deutſchland entwickelt hat, wird ſie bei uns von innen heraus ſchwerlich je zu einem ähnlich freien Standpunkt gelangen, wie ihn die engliſche und ſelbſt ein Teil der franzöſiſchen Sozialdemokratie in weltpolitiſchen Fragen gewonnen hat. Daß die Konſervativen und die Klerikalen die bisherigen weltpolitiſchen Anſätze in der Entwicklung Deutſchlands unter Kaiſer Wilhelm II. teils nicht oder doch nur wenig gehindert, teils direkt gefördert und mitgemacht haben, hat recht zuſammengeſetzte Urſachen. Außer augenblicklichen teilweiſen Vorteilen, die ſich für ſie nach verſchiedenen Richtungen hin praktiſch aus der aktiven Anteilnahme an der Weltpolitik ergaben, ſprachen grundſätzliche Erwägungen mit, die aus der Klugheit und Erfahrung alter, politiſch und ſozial ſeit lange an die Herrſchaft gewohnter Klaſſen ſtammten — außerdem aber darf nicht verkannt werden, daß beim Zentrum die kirchliche, bei den Konſervativen die ſtaatspolitiſche ideelle Prinzipientreue ihren Anteil an der realpolitiſchen Haltung der Parteien voll und ehrlich gehabt haben. An ſich aber geht die konſequente Weiterentwicklung Deutſchlands zu einem immer mehr überſeeiſch intereſſierten, ſeine weltpolitiſchen Züge immer charakteriſtiſcher ausprägenden Staatsweſen ſowohl der agrariſch-konſervativen als auch der katholiſch-klerikalen Weltanſchauung direkt entgegen: hier, weil ſich jene Weſensveränderung des Staates und Volkes auf dem proteſtantiſchen Individualismus, dort, weil ſie ſich auf dem liberalen Induſtrialismus aufbaut. Wenn Deutſchland dazu gelangen ſollte, politiſch zu einem unbeſtrittenen Platz unter den Weltvölkern aufzurücken, unter den Völkern, die diesſeits und jenſeits der Meere

herrſchen, ſo iſt es undenkbar, daß in ihm die politiſche Weltanſchauung der oſtelbiſchen Großgrundbeſitzer, des oberbayeriſchen Klerus oder der ſozialdemokratiſchen Parteitage noch eine maßgebende Bedeutung von der Art wie heute einnehmen könnten. Es ſoll damit durchaus nicht geſagt ſein, daß für den praktiſchen Verſtand und das patriotiſche oder religiöſe Gefühl der Konſervativen wie der Klerikalen trotz jener Widerſprüche kein gangbarer Weg, keine Kompromiſſe zu dem Deutſchland der Zukunft hinüberführen könnten, aber es werden und müſſen mit Naturnotwendigkeit Kompromiſſe ſein, die reell und ideell einen Verzicht auf bisher behauptete Poſitionen bedeuten. In der direkten logiſchen Entwicklungslinie liegt die deutſche Weltpolitik nur für den Liberalismus. Für einen Teil desſelben, für die Epigonen der alten 48er Demokratie und für die alte Gefolgsmannſchaft Eugen Richters, hätte dieſe Behauptung noch vor wenigen Jahren ſehr paradox geklungen. Der Frühlingsſturm, der zu Anfang des Jahres 1907 durch das deutſche Parteileben, zumal das liberale, einherfuhr, hat hier aber ſcheinbar ein Wunder offenbart — in Wahrheit aber doch wohl kein Wunder, denn auch hier iſt in der Wirkung nichts geweſen, was nicht ſchon vorher in der Urſache geweſen wäre. Nur konnte man vorher zweifeln, ob die innere Kraft und Folgerichtigkeit des liberalen Prinzips, wie es geſchehen iſt, ſelbſt ſchon bei der jetzt lebenden alten Generation ſo kraftvoll das Eis der geſchichtlich nur zu erklärbaren politiſchen Verbitterung und Vereinſamung zertrümmern würde. Auf der andern Seite muß man ſich freilich auch klar machen, daß bei alledem die Dinge auch noch anders kommen können. Je ſchärfer ſich der Zukunftscharakter Deutſchlands ſchon in der Gegenwart auszuprägen beginnt und je klarer es den Trägern der jetzt in Deutſchland mächtigen politiſchen Weltanſchauungen wird, daß die Zeit kommt, wo ſie werden kapitulieren müſſen, wenn die Entwicklung in ihren Bahnen bleibt, deſto gewaltſamer werden auf jener Seite Reaktionsbeſtrebungen aufzukommen ſuchen. Auf den bewußten und nur durch die Rückſicht auf das Mögliche und Nichtmögliche beſtimmten Potenzen des weltpolitiſchen Wollens unter uns ruht die Aufgabe, innerhalb der ſchweren, maſſenhaften, weltmachtfeindlichen oder weltmacht-

fremden Körper des Klerikalismus, des Konservatismus und der Sozialdemokratie soviel von persönlicher seither schlummernder oder niedergedrückter Intelligenz und Willensregung loszumachen, daß unter dem Druck neuer Tatsachenerkenntnis die Trennung von dem alten Parteiideal und die Vereinigung mit der nationalen Zukunftshoffnung erfolgt. Niemand, der unsere heutigen politischen Verhältnisse kennt, wird sich darüber täuschen dürfen, daß die Frage, ob diese Aufgabe in absehbarer Zeit, d. h. so lange es noch nicht zu spät ist, gelöst werden kann, aus den angeführten Gründen einstweilen leider noch als eine offene gelten muß.

Vergegenwärtigt man sich die Reihe von Schwierigkeiten, die sich für die praktische Durchdringung aller maßgebenden Schichten der Nation mit der Ueberzeugung von den Zielen und Wegen des neuen Deutschland heute noch ergeben, so erscheint die Aufgabe, ihrer Herr zu werden, in der Tat beängstigend groß. Es gibt aber doch, von allen anderen einstweilen noch zweifelhaften Möglichkeiten der Entwicklung abgesehen, einige bestimmte Tatsachen und Möglichkeiten, die einen günstigeren Ausblick gewähren. Die erste und wichtigste dieser Tatsachen ist ohne Zweifel die Persönlichkeit des Kaisers. Selten im Verlauf der Weltgeschichte hat so viel von dem Schicksal eines großen Volkes für Gegenwart und Zukunft an einem einzigen Charakter gehangen, wie heute für uns an dem Wilhelms II. In seinem schwer als widerspruchslose Einheit zu deutenden Wesen sticht doch neben der autoritativ-patriarchalischen Note ein deutlich nicht konservativer, zum Teil sicher antikonservativer Zug hervor — von dem Gegensatz gegen den Ultramontanismus und die Sozialdemokratie gar nicht zu reden. Vor allen Dingen aber ist dieser Mann wie kein zweiter unter uns durchdrungen von feurigem Eifer für den prinzipiellen Gedanken des neuen Deutschlands an sich und für die Besiegung der Widerstände, die sich von außen und innen aufmachen wollen, ihm auf diesem Wege feindlich zu begegnen. In dieselbe Richtung zielt, mit minderer äußerer Impulsivität aber vielleicht mit kaum geringerer Energie, auch die Sinnesart und Tätigkeit des Prinzen Heinrich. Man denke sich heute diese beiden Persönlichkeiten, den Kaiser und seinen Bruder, fort, und man wird ermessen, welch ein Verhängnis damit

am Horizont der deutschen Geschichte heraufstiege. Wir müssen es alle gestehen, daß wir hier und da eine bestimmte Handlungsweise des Kaisers politisch und psychologisch nicht begreifen, wenngleich der Schritt vom Nichtbegreifen zum Nichtbilligen öfters mehr überlegt werden könnte, wenigstens in der Oeffentlichkeit, als geschieht. An gewissen Punkten der inneren wie der auswärtigen Politik liegen die Dinge auch für das vorsichtige Urteil, das gewohnt ist, nicht nur mit dem zu rechnen, was vor Augen steht, sondern auch mit dem, was man möglicherweise nicht weiß, so klar, daß eine bestimmte Kritik kaiserlicher Worte und Handlungen in dem Sinne möglich und notwendig wird, daß es als politische Pflicht erscheint, die Abweichung von dem Standpunkt des Kaisers zu fixieren und zu begründen. Demgegenüber bleibt aber für uns doch immer wieder das Entscheidende, daß wir wissen: Kaiser Wilhelm II. hat in dieser Frage, die uns bewegt, das Entscheidende, worauf es mehr als auf alles andere, unendlich viel mehr als auf politische Irrtumslosigkeit im einzelnen, ankommt: den unbeugsamen und konsequenten Willen für das kommende Deutschland unter den Weltvölkern. Dieser Wille ist es, der zu allem andern führt und auf den man daher vertrauen darf.

Ein zweites Moment, auf das man Hoffnung bauen darf, ist die Möglichkeit großer politischer Vorgänge in der außerdeutschen Welt, die durch den Druck überwältigender Tatsächlichkeit die öffentliche Meinung bei uns aufrütteln und sie zwingen könnten, sich auf den Wandel der Zeit zu besinnen. Der südafrikanische und der russisch-japanische Krieg sind Fingerzeige nach dieser Richtung hin gewesen. Es gibt auch noch andere ihnen vergleichbare Eventualitäten. Sie alle bergen für uns Momente der Hoffnung, wenngleich dabei auch die Gefahr vorhanden ist, daß wir uns eines Tages aus solch einem Anlaß in den Weltkrieg hineingerissen sehen könnten, bevor wir auf ihn gerüstet sind. Wie groß unter diesen Umständen die politische Verantwortlichkeit derjenigen ist, die das Wesen und den Ernst unserer heutigen Lage erkennen, darüber bedarf es nun weiter keiner Rede mehr. Es kann keine größere, keine dringlichere Aufgabe für sie geben, als die, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die ihnen gewordene Erkenntnis unter den-

jenigen Schichten der Nation zu verbreiten, die noch fern von der Einsicht in die gewaltige, unmittelbare und drohende Größe der Gefahr sind, inmitten derer wir uns angesichts der Möglichkeit befinden, im Wettstreit der Nationen auf einen hinteren Platz zurückgedrängt zu werden!

Mit dieser Orientierung treten wir nun an die Aufgabe heran, ein Bild der politischen Gegenwart und der voraussichtlichen Entwicklungslinien für die politische Zukunft Deutschlands zu ziehen: auf Grund unserer Stellung innerhalb der übrigen Mächte wie der Zustände und Entwicklungen, durch die das Lebensinteresse und die Beziehungen der fremden Nationen zu uns und unter einander bedingt erscheinen.

Es ist noch in unser aller Gedächtnis, wie sich das nach dem Jahre 1866 entstandene Bild der politischen Weltlage, daß es sechs europäische Großmächte gebe und im Zusammenhang damit ein sogenanntes europäisches Gleichgewicht, allmählich in ein anderes verschob. Zwei von jenen sechs Staaten erster Ordnung begannen sich bewußtermaßen zu „Weltmächten" zu entwickeln und zu ihnen trat als dritter im Bunde die große amerikanische Republik hinzu. Der Berliner Kongreß von 1878 bezeichnet etwa den Höhepunkt des alten Systems der sechs Großmächte. Heute dagegen, wo seitdem kaum 25 Jahre vergangen sind, liegt es vor aller Augen, daß Staaten wie Italien oder selbst Oesterreich-Ungarn unmöglich in dieselbe politische Größenklasse gesetzt werden können, wie England, Rußland und die nordamerikanische Union. In einer gewissen Zwischenstellung zwischen jenen drei weit vorausgeschrittenen und den übrigen zweifellos zurückgebliebenen großen Mächten befinden wir uns, und mit uns etwa noch die Franzosen. Welche Aussichten haben wir als Nation, uns endgültig auf die Seite derjenigen Völker hinüberzuschwingen, von denen die Weltgeschichte im Laufe des zwanzigsten und wohl auch der folgenden Jahrhunderte menschlicher Voraussicht nach gemacht werden wird? Welches sind die Kräfte, die zu unsern Gunsten, sei es bereits wirken, sei es noch angespannt werden können? Welche Umstände sind uns günstig und welche geeignet, unsere Hoffnungen zu vermindern? Wir werden uns beim Suchen nach Antwort auf diese Fragen, die das Thema

der nachfolgenden Blätter bilden ſollen, ſtets von der Erinnerung an die eine, alles andere ſchlechthin beherrſchende Tatſache leiten laſſen müſſen: daß wir zur Zeit der Gründung des Deutſchen Reiches und bis zum Höhepunkt des Bismarckiſchen politiſchen Syſtems zwar ein Staat waren, für deſſen Bevölkerung die Ernährungsmöglichkeit durch eigene Produktion im weſentlichen geſichert erſchien und der außerhalb Europas in ſeinen wirtſchaftlich überſeeiſchen Beziehungen zwar hin und her empfindlich geſchädigt, aber von dieſer Seite her in keiner Weiſe gefährlich oder tötlich getroffen werden konnte — daß jene unſere damalige Lage ſich aber heute in fundamentaler Weiſe geändert hat und jede politiſche Erwägung die geſchehene Aenderung zum Ausgangspunkt ihres Nachdenkens machen muß.

Nicht nur bei uns aber haben ſich große und grundlegende Aenderungen ſowohl in der politiſchen Willensrichtung als auch in der ökonomiſchen Baſis des nationalen und ſtaatlichen Lebens vollzogen, ſondern auch bei anderen Völkern. Zum Teil ſind unſere Nachbarn anders geworden, als ſie vor dreißig, zwanzig, ja ſelbſt noch vor zehn Jahren waren — zum Teil ſind Kräfte, die zu der Zeit, da das Deutſche Reich gegründet wurde, noch unten am Horizonte der großen Politik ſtanden, weit gegen die Mittagshöhe emporgekommen. Rußland, Oeſterreich-Ungarn und das Türkiſche Reich im Oſten, England und Frankreich im Weſten, ſind nicht minder vermöge ihrer als vermöge unſerer eigenen Weiterentwickelung und Strukturveränderung poſitiv wie negativ für uns heute anders zu wertende Größen geworden, als während der Bismarckiſch-klaſſiſchen Epoche, und neu hinzugetreten iſt das Problem, welches das rapide Emporkommen der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japans uns wie allen unſeren Nachbarn zu löſen aufgibt.

Zweites Kapitel.

Die Faktoren der äußeren Politik bis zum Ende des Jahrhunderts.

Unſere politiſche Exiſtenz nach dem Frankfurter Frieden erſchien durch die Notwendigkeit bedingt, die Errungenſchaften Preußen-Deutſchlands von 1864 bis 1871 zu behaupten. Von Dänemark abgeſehen, das nicht als ſelbſtändige militäriſche Macht, ſondern nur durch ſeinen (ſpäteren) verwandtſchaftlichen Einfluß an mehreren europäiſchen Höfen in Betracht kam, waren Oeſterreich und Frankreich die Gegner, auf deren Koſten das Deutſche Reich unter preußiſcher Führung zuſtande gekommen war. Daß es 1870 nicht von vornherein zu einem öſterreichiſch-franzöſiſchen Kriegsbündnis gegen uns kam, lag, von anderen weniger gewichtigen Momenten abgeſehen, hauptſächlich daran, daß unſere erſten Erfolge gegen Frankreich ſo ſchnell und ſo entſcheidend ausfielen. Verſtanden ſich Frankreich und Oeſterreich ohne weiteres gegen uns, ſo brauchten ſie nur noch Rußland für den Beitritt zu ihrem Bündnis zu gewinnen und die von allen preußiſchen Staatsmännern ſeit Friedrich dem Großen bis auf Bismarck gefürchtete Konſtellation des ſiebenjährigen Krieges war da. Daß der Krieg um die deutſche Einheit mit Frankreich kommen würde, ſah Bismarck 1866 mit vollſter Deutlichkeit voraus. Für ihn kam es alſo beim Friedensſchluß mit Oeſterreich vor allen Dingen darauf an, der öſterreichiſchen Niederlage den Stachel zu nehmen, der uns den Beſiegten von Königgrätz für abſehbare Zeit als unverſöhnten und unverſöhnlichen Gegner erhalten hätte. Ein ſolcher Stachel wäre es geweſen, wenn Oeſterreich nach dem urſprünglichen Wunſche König Wilhelms den Reſt von Schleſien und einen erheblichen Teil von Deutſch-Böhmen hätte abtreten müſſen. Bekanntlich hat Bismarck um dieſer Sache willen die

heftigſten Kämpfe mit dem König und ſeiner Umgebung zu beſtehen gehabt, und er mußte die äußerſten Mittel anwenden, um die von ihm für richtig erkannte Selbſtbeſchränkung durchzuſetzen.*) Die ſpätere Entwickelung der Ereigniſſe hat Bismarcks politiſcher Vorausſicht auf das vollſtändigſte Recht gegeben. Vor ſeinem Geiſte ſtand die Gefahr, die ſich für das geeinigte Deutſchland der nächſten Zukunft daraus ergeben mußte, wenn das neue Reich für jede politiſche Konſtellation unter allen Umſtänden auf die vereinigte Feindſchaft Frankreichs und Oeſterreichs zu rechnen hatte. Bekanntlich hat im letzten Augenblick die Intervention des Kronprinzen den König zur Nachgiebigkeit bewogen, nachdem der letzte perſönliche Vortrag des Kanzlers eine ſo lebhafte Erregung des Königs herbeigeführt hatte, daß Bismarck eine Verlängerung der Erörterung unmöglich war und er das Gemach mit dem Eindruck verließ, ſeine Auffaſſung ſei abgelehnt. Als er in ſein Zimmer zurückkehrte, ſchreibt er, ſei er in der Stimmung geweſen, ob es nicht beſſer für ihn ſei, aus dem offenſtehenden Fenſter des 4. Stockwerks zu fallen! Und König Wilhelm ſchrieb in ſeiner heftigen Gemütsbewegung nach der Unterredung mit dem Kronprinzen jene berühmte Marginalnotiz auf die Denkſchrift ſeines Kanzlers: „Nachdem mein Miniſterpräſident mich vor dem Feinde im Stich läßt und ich hier außer ſtande bin, ihn zu erſetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da ſich derſelbe der Auffaſſung des Miniſterpräſidenten angeſchloſſen hat, ſehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach ſo glänzenden Siegen der Armee in dieſen ſauren Apfel zu beißen und einen ſo ſchmachvollen Frieden anzunehmen.“ Solch einer heroiſchen Kriſis unter den Schmieden des zukünftigen Deutſchlands hat es bedurft, um nicht im voraus die tragfähige Grundlage für den ganzen Aufbau unſerer Politik nach der Vollendung der Reichsgründung zu zerſtören! Bismarck dachte damals in erſter Linie an Oeſterreich und Frankreich, in zweiter an

*) Bei dem Kriegsrat vom 23. Juli, in dem der König der militäriſchen Mehrheit beitrat und Bismarck mit ſeiner politiſchen Deduktion über die Notwendigkeit maßvoller Friedensbedingungen allein blieb, brach er ſeeliſch zuſammen und wurde im Nebenzimmer von einem Weinkrampf befallen. Danach bat er den König, wenn dieſer ſeinen verantwortlichen Rat nicht annehmen wolle, um ſeine Entlaſſung.

Rußland. Selbſt wenn Deutſchland für ſich jenen beiden erſten zuſammengenommen gewachſen blieb, und ſelbſt wenn kein wirkliches Kriegsbündnis zwiſchen ihnen und Rußland für den gemeinſamen Angriff zuſtande kam, ſo wären wir doch in der bedenklichſten Weiſe dem politiſchen Druck der übrigen Mächte, vor allen Dingen dem Rußlands, ausgeliefert geweſen, wenn jedermann uns gegenüber für ſeine Wünſche und Anſprüche die gegneriſche Kombination unſerer Nachbarn von Oſten und Süden her als fertig in die politiſche Rechnung einzuſtellende Größe vorfand. In der Politik wie im Kriege kommt es für den Erfolg in der Regel darauf an, ob man imſtande iſt, durch ſeine eigenen Maßnahmen dem Gegner das Geſetz der Handlung vorzuſchreiben oder umgekehrt. Die Verſöhnung mit Oeſterreich-Ungarn hinter Königgrätz bedeutete für uns das erſte, die Fortdauer der Feindſchaft das zweite.

An ſich beſtand natürlich auch die Möglichkeit, nachdem Frankreich beſiegt war, die Koalition Deutſchland-Rußland gegenüber den übrigen Mächten, vor allen Dingen gegenüber Oeſterreich und Frankreich, aufzurichten. Bismarck hat auch an dieſe Möglichkeit gedacht, aber er hat ſie dann ausdrücklich verworfen. In ſeinen „Gedanken und Erinnerungen“ (II, 233 ff.) ſpricht er von der Möglichkeit, daß ſich die drei Mächte, Frankreich, Oeſterreich und Rußland zu einem antideutſchen Bündnis finden könnten. „In dieſer Situation,“ ſchreibt er a. a. O., „lag die Aufforderung zu dem Verſuch, die Möglichkeit der antideutſchen Koalition durch vertragsmäßige Sicherſtellung der Beziehungen zu wenigſtens einer der Großmächte einzuſchränken. Die Wahl konnte nur zwiſchen Oeſterreich und Rußland ſtehen, da die engliſche Verfaſſung Bündniſſe von geſicherter Dauer nicht zuläßt und die Verbindung mit Italien allein ein hinreichendes Gegengewicht gegen eine Koalition der drei übrigen Großmächte auch dann nicht gewährte, wenn die zukünftige Haltung und Geſtaltung Italiens nicht nur von Frankreich, ſondern auch von Oeſterreich unabhängig gedacht wurde.“ Bismarcks Wahl fiel nicht auf Rußland, ſondern auf Oeſterreich, wiewohl er, wie er ſelbſt an anderer Stelle ſchreibt, das Bündnis mit Rußland ſowohl wegen der militäriſchen Machtmittel Rußlands als auch wegen der Schwierigkeiten, die aus der nationalen Zuſammenſetzung

Oesterreichs und aus der Möglichkeit klerikaler Beeinflussung der österreichischen Politik erwachsen konnten, für das materiell stärkere hielt. Ausschlag gab die Erwägung, daß die Bindung an Rußland, dem dann die Beziehungen zu allen anderen europäischen Mächten mehr oder weniger zum Opfer gebracht werden mußten, dazu führen konnte, daß wir uns „bei akuten Vorkommnissen von französischer und österreichischer Revancheluſt bei unserer exponierten geographischen Lage in einer gefährlichen Abhängigkeit von Rußland befinden würden." Rußlands osteuropäisch-kontinentale, schwer angreifbare Lage gewährt ihm immer die Möglichkeit verhältnismäßig leichten Rückzuges aus einem unbequem werdenden Koalitionsverhältnisse, und Deutschland hätte alsdann nutzloser und gefährlicher Weise seine guten Beziehungen zu dem übrigen Europa geopfert. So entstand als Grundlage des bald darauf abgeschlossenen und bis heute in Kraft verbliebenen Dreibundes das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, dessen Wesen Bismarck in dem klassischen Brief entwickelt, den er am 10. September 1879 von Gastein aus an den König Ludwig von Bayern schreibt. („G. u. E.", II. 238 ff.)

Er geht von der Tatsache aus, daß Rußland im Jahre 1876 eine formelle Erklärung verlangt habe, ob das Deutsche Reich in einem russisch-österreichischen Kriege neutral bleiben werde, da eine solche Neutralität möglicherweise eine Zertrümmerung Oesterreichs, das für unser politisches System in Europa unentbehrlich war, bedeutet hätte, so mußte sie verweigert werden, „und das russische Kriegswetter zog einstweilen nach dem Balkan ab." Nach dem Berliner Kongreß hielt die öffentliche Meinung in Rußland die dort von den übrigen Mächten zugestandenen Erträgnisse des Krieges für zu gering und schob die Schuld daran mit Unrecht auf Deutschland. Der nächste Schritt waren gewaltige russische Rüstungen in Polen, die „nur gegen Oesterreich und Deutschland bestimmt sein" konnten. Unter diesen Umständen konnte sich Bismarck der Ueberzeugung nicht erwehren, „daß der Friede durch Rußland, und zwar n u r durch Rußland, in der Zukunft, vielleicht auch in naher Zukunft, bedroht sei." Auch Oesterreich fühle sich durch Rußland beunruhigt und scheine zu einer Verständigung mit uns zur gemeinsamen Abwehr

eines ruſſiſchen Angriffs geneigt zu ſein. Für den europäiſchen Frieden und die Sicherheit Deutſchlands erblickte Bismarck eine weſentliche Garantie darin, „wenn das Deutſche Reich auf eine ſolche Abmachung mit Oeſterreich einginge, welche zum Zweck hätte, den Frieden mit Rußland nach wie vor ſorgfältig zu pflegen, aber wenn trotzdem eine der beiden Mächte angegriffen würde, einander beizuſtehen. Im Beſitz dieſer gegenſeitigen Aſſekuranz könnten beide Reiche ſich nach wie vor der erneuten Befeſtigung des Dreikaiſerbundes widmen. Das Deutſche Reich im Bunde mit Oeſterreich würde der Anlehnung Englands nicht entbehren und bei der friedfertigen Politik der beiden großen Reichskörper den Frieden Europas mit zwei Millionen Streitern verbürgen. . . . Unterbleibt jedes Abkommen derart, ſo wird man es Oeſterreich nicht verargen können, wenn es unter dem Drucke ruſſiſcher Drohungen und ohne Gewißheit über Deutſchland ſchließlich entweder bei Frankreich oder bei Rußland ſelbſt nähere Fühlung ſucht. Trete der letztere Fall ein, ſo wäre Deutſchland bei ſeinem Verhältnis zu Frankreich der gänzlichen Iſolierung auf dem Kontinent ausgeſetzt. Nehme Oeſterreich aber bei Frankreich und England Fühlung, ähnlich wie 1854, ſo wäre Deutſchland auf Rußland allein angewieſen, und, wenn es ſich nicht iſolieren wollte, an die .. . . fehlerhaften und gefährlichen Bahnen der ruſſiſchen inneren und äußeren Politik gebunden.“ Die politiſche Argumentation dieſes für die Beurteilung der Politik Bismarcks grundlegenden Schriftſtücks verdichtet ſich zum Schluß zu dem prägnanten Satz: „Zwingt uns Rußland, zwiſchen ihm und Oeſterreich zu optieren, ſo glaube ich, daß Oeſterreich die konſervative und friedliebende Richtung für uns anzeigen würde, Rußland aber eine unſichere.“ Bekanntlich hat es die Bismarckſche Staatskunſt dann verſtanden, trotz dieſer durch die unſichere und gelegentlich offen drohende Haltung Rußlands verurſachten Wendung, den berühmten „Rückverſicherungsvertrag“ Deutſchlands mit Rußland zuſtande zu bringen, der dann von Caprivi als ein vermeintlich zu kompliziertes und nicht genügend aufrichtiges Verhältnis fallen gelaſſen wurde. „Die Gefahren,“ ſchreibt Bismarck („G. u. E.“, II. S. 250 f.), „die für unſere Einigkeit mit Oeſterreich in den Verſuchungen ruſſiſch-

österreichischer Verständigungen . . . liegen, lassen sich, soweit das überhaupt möglich ist, paralysieren, wenn wir zwar fest auf Treue gegen Oesterreich, aber auch darauf halten, daß der Weg von Berlin nach Petersburg frei bleibt. Unsere Aufgabe ist, unsere beiden kaiserlichen Nachbarn in Frieden zu erhalten. Die Zukunft der vierten großen Dynastie in Italien werden wir in demselben Maße sicher zu stellen imstande sein, in dem es uns gelingt, die drei Kaiserreiche einig zu erhalten, und den Ehrgeiz unserer beiden östlichen Nachbarn entweder zu zügeln oder in beiderseitiger Verständigung zu befriedigen. Jeder von beiden ist für uns nicht nur in der europäischen Gleichgewichtsfrage unentbehrlich — wir können keinen von beiden missen, ohne selbst gefährdet zu werden — sondern die Erhaltung eines Elements monarchischer Ordnung in Wien und Petersburg, und auf der Basis beider in Rom, ist für uns in Deutschland eine Aufgabe, die mit der Erhaltung der staatlichen Ordnung bei uns selbst zusammenfällt."

Aus dem deutsch-österreichischen Bündnis hat sich dann in der Folge der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien entwickelt. Bismarcks ursprüngliches Programm war bekanntlich von Anfang an ein anderes. Bismarck schreibt hierüber: („G. u. E.", II. S. 229.): „Der Dreibund, den ich ursprünglich nach dem Frankfurter Frieden zu erreichen suchte, und über den ich schon im September 1870 von Meaux in Wien und Petersburg sondiert hatte, war ein Bund der drei Kaiser mit dem Hintergedanken des Beitritts des monarchischen Italiens und gerichtet auf den, wie ich befürchtete, in irgend einer Form bevorstehenden Kampf zwischen den beiden europäischen Richtungen, die Napoleon die republikanische und die kosakische genannt hat, und die ich nach heutigen Begriffen bezeichnen möchte einerseits als das System der Ordnung auf monarchischer Grundlage, andererseits als die soziale Republik, auf deren Niveau die antimonarchische Entwickelung langsam oder sprungweise hinabzusinken pflegt . . ." In den Jahren 1872 und 1873 schien sich in der Tat der von Bismarck geplante Bund der vier großen Monarchien auf dem europäischen Kontinent oder doch wenigstens ein festes politisches Einverständnis zwischen ihnen anzubahnen. Bismarck schreibt es großenteils der

aus persönlichem Neid entsprungenen Feindschaft des russischen Staatskanzlers Fürsten Gortschakow zu, daß die russische Politik jene oben angedeutete Wendung nahm, die Deutschland dann nötigte, seinerseits die „Option" zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn vorzunehmen. Die großartige politische Kunst Bismarcks vermochte es trotzdem, den anscheinend durch alle natürlichen Erwägungen nahegelegten Gegenzug, die russisch-französische Annäherung, die sofort nach seinem Rücktritt unter der Reichskanzlerschaft Caprivis Tatsache wurde, hintanzuhalten. Bismarck schreibt („G. u. E.", II. S. 252): „Ich habe die Pflege nachbarlicher Beziehungen zu Rußland neben unserem definitiven Bunde mit Oesterreich nach wie vor für geboten angesehen, denn eine sichere Assekuranz gegen einen Schiffbruch der gewählten Kombination ist für Deutschland nicht vorhanden, wohl aber die Möglichkeit, antideutsche Velleitäten in Oesterreich-Ungarn in Schach zu halten, solange die deutsche Politik sich die Brücke, die nach Petersburg führt, nicht abbricht und keinen Riß zwischen Rußland und uns herstellt, der sich nicht überbrücken ließe. Solange ein solcher unheilbarer Riß nicht vorhanden ist, wird es für Wien möglich bleiben, die dem deutschen Bündnisse feindlichen oder fremden Elemente im Zaum zu halten. Wenn aber der Bruch zwischen uns und Rußland, schon die Entfremdung, unheilbar erschiene, würden auch in Wien die Ansprüche wachsen, die man an die Dienste des deutschen Bundesgenossen glauben würde stellen zu können . . ." Bismarck betont es weiterhin an verschiedenen Stellen, daß die Basis der Verständigung mit Rußland zu der Zeit, da er die deutsche Politik leitete und auch noch unter dem mißtrauischen und keineswegs deutschfreundlichen Zaren Alexander III. in dem Vertrauen gelegen habe, das russischerseits trotz aller fremden Aufhetzungen auf seine Person in dem Sinne bestanden habe, daß ihm jeder Gedanke eines Angriffs auf Rußland fernlag. „Es gehört ein ungewöhnliches Maß von Dummheit und Verlogenheit in der öffentlichen Meinung und in der Presse Rußlands dazu, um zu glauben und zu behaupten, daß die deutsche Politik von agressiven Tendenzen geleitet worden sei, indem sie das österreichische und dann das italienische Defensivbündnis abschloß. Die Verlogenheit war mehr polnisch-französischen, die Dumm-

heit mehr russischen Ursprungs. Polnisch-französische Gewandtheit hat auf dem Felde der russischen Leichtgläubigkeit und Unwissenheit den Sieg über den Mangel an solcher Gewandtheit davongetragen, in dem je nach den Umständen eine Stärke oder Schwäche der deutschen Politik liegt." Mit diesen bezeichnenden Worten charakterisiert Bismarck den Eintritt der russisch-französischen, ihrem inneren Wesen nach gegen Deutschland gerichteten Verständigung, nachdem sein Nachfolger Caprivi den sogenannten russischen Rückversicherungs-Vertrag hatte fallen lassen. Von dem Moment an, wo Rußland und Frankreich sich fanden und ihre vorläufige Entente sich späterhin zu dem formellen Abschluß des Zweibundes verdichtete, tritt das ein, was die politische Kunst Bismarcks von 1871 an bis dahin zu verhindern gewußt hatte: Deutschland, das durch seine Politik bisher den übrigen Großmächten auf dem europäischen Festlande teils das Gesetz ihres politischen Handelns vorgeschrieben, teils sie durch die von ihm hervorgerufene und geführte Gruppierung der Kräfte getrennt erhalten und in repressivem Sinne beeinflußt hatte, sieht sich durch das russisch-französische Bündnis einem kombinierten selbständigen Gegenspiel gegenüber. In diesem Sinne kann man mit der Aenderung des Verhältnisses zu Rußland die erste Epoche der europäischen Politik Deutschland nach der Gründung des Reiches abschließen.

Ein Rückblick auf das Bismarcksche System zeigt uns, daß es reine Europapolitik ist. England, von dem bei Bismarck sonst noch an verschiedenen Stellen die Rede ist, kommt eigentlich immer nur insofern in Betracht, als seine Interessen zu denen anderer Großstaaten, Frankreichs und in erster Linie Rußlands, im Orient und anderswo im Gegensatz erscheinen und seine eigentümlichen politischen Verhältnisse nicht gestatten, es als einen festen Faktor in die für Deutschland bestehenden Koalitionsmöglichkeiten einzubeziehen. Bemerkenswert ist überdies, daß fast überall, wo Bismarck von der englischen Politik spricht, seine Rede einen Stich ins Ironische hat; für Deutschlands unmittelbare Interessen wertet er sie durchgehends minder bedeutungsvoll als selbst die Stellung Italiens. Ein deutsch-englischer Interessenkonflikt, vollends gar ein solcher, der zu einer

bewaffneten Auseinandersetzung führen könnte, liegt, wenigstens soweit öffentliche Aeußerungen Bismarcks darüber bekannt sind, durchweg noch unterhalb des politischen Horizonts. Nun wird sich sicher niemand dem Eindruck der Genialität entziehen können, mit der Bismarck während der klassischen Zeit seiner Amtsführung sowohl Deutschlands politische Situation erfaßt und definiert, als auch das Spiel praktisch zu unseren Gunsten gemischt hat. Kein europäischer Staat besaß während der Epoche von 1870 bis 1888 so viele politische Trümpfe in der Hand, wie wir. Wohlverstandene und notwendige Voraussetzung war dabei aber derjenige Zustand, den Bismarck als die Saturiertheit Deutschlands bezeichnete. Nur wenn wir wirklich politisch in dem Sinne „gesättigt" waren, daß allen unseren Lebensinteressen in der Tat mit Aufrechterhaltung des politischen status quo in Europa und anderswo auf befriedigende Weise gedient war — nur dann galt jenes Bismarcksche System, das in den Sätzen über die Stellung Deutschlands unter den europäischen Mächten so klassisch zum Ausdruck gelangt. Mit dem Augenblick, wo sich die Lage derart zu verschieben begann, daß unser Sättigungszustand nach irgend einer Seite hin zu existieren aufhörte und der Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten Ausdehnung unseres politischen Interessengebietes Platz machte, mußte es unmöglich werden, daß wir unsere Rechnung allein bei einem Verhältnis fanden, welches in erster Linie auf unserer relativen Wunschlosigkeit und dauernden materiellen Konsolidierung gegenüber Elementen der Unruhe und Unsicherheit an anderen Stellen gegründet war. Diejenigen Mächte, denen wir in dem Aufbau der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen unseres politischen Lebens mittlerweile ähnlicher geworden sind, vor allen Dingen also England, müssen unter den veränderten Umständen notwendig auch eine veränderte Rolle im politischen Kalkül für uns spielen — ebenso wie wir natürlich entsprechendermaßen für sie; auf der anderen Seite aber haben nicht nur bei uns, sondern auch in Rußland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich, den drei für die Lage Deutschlands während der Bismarckschen Epoche hauptsächlich bestimmenden Faktoren, mehr oder minder tiefgreifende politische Strukturveränderungen stattgefunden. Dieser verwandelte Stand der Dinge bei unseren Nachbarn, den östlichen wie den

westlichen, ist es, den wir vorerst kennen zu lernen haben, wenn wir imstande sein sollen, ein Gesamtbild der politischen Lage unter dem Gesichtspunkt der Interessen, Hoffnungen, Aussichten und Möglichkeiten zu zeichnen, die es für uns gibt. Bevor wir uns aber dieser nächsten Aufgabe unserer Arbeit im einzelnen zuwenden, ist es noch erforderlich, die äußeren Phasen der politischen Situation Deutschlands seit dem Aufhören des Bismarckschen Systems kurz zu verfolgen.

Beim Rückblick auf die Zeit, die zwischen der Entlassung Bismarcks auf der einen, der Anteilnahme Deutschlands an der ostasiatischen Politik und der Orientreise des Kaiserpaares auf der anderen Seite liegen, d. h. also die Jahre 1890 bis 1895-96, die unter die Reichskanzlerschaften Caprivis und des Fürsten Hohenlohe fallen, gewahrt man, daß die auswärtige Politik auf einem toten Punkt zu stehen scheint. Den Anfang dieser Periode macht das verlustreiche Kolonialabkommen mit England, von dem man allmählich erfahren hat, daß es weniger die englischen Forderungen waren, als die Unkenntnis unserer Unterhändler in der Geographie von Afrika, die uns so schlecht abschneiden ließ, daß Afrikakenner wie Stanley sich zu dem bekannten Ausspruch vom Knopf und Anzug veranlaßt sahen. Natürlich war die Wirtschaftspolitik, die zu den Caprivischen Handelsverträgen mit Rußland führte (1894/95), nicht ohne Bedeutung für die auswärtige Lage; aber im ganzen ist die Signatur doch die, daß Europa sich innerlich und äußerlich von dem Druck aufs Ganze, den die Führung der politischen Zügel durch Bismarck ausgeübt hatte, emanzipiert fühlte, und aus unserem politischen Auftreten während dieser Jahre keine Veranlassung zu entnehmen brauchte, sich Zurückhaltung in der Betätigung dieser Emanzipation aufzuerlegen. Wir wissen jetzt, daß Bismarcks Entlassung durch nichts anderes bedingt war, als durch den Konflikt zwischen dem Kaiser und ihm über den von ihm geplanten Staatsstreich gegen die Reichsverfassung. Diesen konnte und wollte der Kaiser nicht gutheißen, und wie die Dinge lagen, blieb kein anderer Ausweg übrig, als der gewaltsame Bruch. Mit der auswärtigen Politik hatte diese Angelegenheit gar nichts zu tun, aber es war doch eine

Aehnlichkeit zwiſchen der Lage auf ihrem Gebiet und der im Innern inſofern vorhanden, als hier wie dort ein Uebergang in andere Bahnen als diejenigen Bismarcks waren, notwendig wurde. Bismarcks Natur verſagte im Innern vor der Notwendigkeit, die Sozialdemokratie und die ſoziale Frage nicht nur nach den äußeren revolutionären und zerſetzenden Begleiterſcheinungen, ſondern gleichzeitig auch als Problem der ſittlichen Verantwortlichkeit für die regierenden, beſitzenden und gebildeten Schichten aufzufaſſen. Weſſen er nach dieſer Richtung hin fähig war, geht nicht über das Syſtem der patriarchaliſchen Fürſorge hinaus, das in die ethiſchen Tiefen des Problems, in dem Politik, Religion und Moral ſich untrennbar verſchlingen, nicht hinabreicht. Daher glaubte er, durch das Staatsſtreichmittel das Uebel heilen zu können. Nach außen hin aber ſcheint er es am äußerſten Abend ſeines Lebens ebenſo wenig mehr vermocht zu haben, diejenigen Zeichen zu deuten, die eine allmähliche Vorbereitung für die Erweiterung der politiſchen Ziele Deutſchlands über die europäiſchen Rückſichten und Verhältniſſe hinaus auf den Schauplatz der großen überſeeiſchen Welt forderten. Auch die ganze Art, wie er die Kolonialpolitik begann und Fragen, die mit der Erwerbung und Erweiterung des Kolonialbeſitzes zuſammenhingen, behandelte, deutet darauf hin, daß er in dieſen Dingen, auch wenn er bis zum Ende an der Macht geblieben wäre, ſich nicht mehr dazu entwickelt hätte, auch das größere Deutſchland, das Deutſchland, das einem Weltvolk unter den Weltvölkern gehören ſollte, in den Sattel zu ſetzen. Nach beiden Seiten hin hat denn der Kaiſer erkannt und getan, wozu Bismarck ſeinem Weſen nach nicht mehr imſtande war: er hat das ethiſche Prinzip in der Behandlung der ſozialen Probleme in Deutſchland durch ſein Eingreifen gegen Bismarck gerettet, und er hat dann nach einer längeren Zeit des Ueberlegens, Suchens und Vorbereitens in der auswärtigen Politik dem Steuer eine deutliche Wendung zum Kurs auf die Weltpolitik gegeben. Das Eingreifen in Oſtaſien nach dem Siege Japans über China, die Reiſe nach Konſtantinopel und Jeruſalem als Ausdruck einer die Türkei ſtützenden grundſätzlichen Haltung und die Beſetzung von Kiautſchou ſind die erſten Markſteine des beginnenden Zeitalters neudeutſcher auswärtiger Politik. Es iſt der Unterſchied zwiſchen freier Be-

wunderung der menſchlichen und heroiſchen Größe Bismarcks und dogmatiſcher Kanoniſierung ſeiner Perſon, wenn man es nicht ertragen kann, die Grenzen auch dieſer Natur gezogen zu ſehen. Daß Bismarck ſozial-ethiſche Fragen nicht in ihrer Weſenstiefe aufzufaſſen vermochte, war durch ſeine Naturveranlagung bedingt. Hätte er die pſychologiſche Struktur eines geiſtigen Führers der Nation auf dieſem Gebiete beſeſſen, ſo wäre er wohl kaum der Mann geweſen, dem allein es gelingen konnte, die deutſche Einheit zu ſchmieden. Daß ſeine Hand nicht mehr die deutſche Nation unter die Weltvölker hinauszuführen vermochte und daß er die erſten Schritte der kaiſerlichen Politik, die in dieſe Richtung führten, die Intervention gegen Japan und die Vorbereitungen zur Orientreiſe, teils ſkeptiſch, teils direkt abfällig kritiſierte, rührt daher, daß er ein alter Mann war, als die erſten Zeichen des neuen Zeitalters der Generation, mit deren Heranwachſen die neudeutſche Weltpolitik keimte, anfingen deutlich zu werden. In dieſer Beziehung iſt es ihm nicht anders gegangen wie vielen anderen Politikern, deren Lebensarbeit der Aufrichtung des Reiches und dem Ausbau ſeiner Verfaſſung und inneren Einrichtung nach 1871 gehörte.

Wenn man den politiſchen Charakter der auf Bismarcks Rücktritt folgenden Zeit nach einer beſtimmten Seite hin kennzeichnen will, ſo iſt es gut, ſie unter dieſem Geſichtspunkt mit den vorhergehenden Epochen zu vergleichen. Für das populäre politiſche Empfinden in Europa ſind in dem Jahrzehnt zwiſchen 1860 und 1870 Bismarck und Napoleon III. die beiden markanten Gegenſpieler in der hohen Politik. Die Partie endete mit dem großen Matt von Sedan für Napoleon. Während der Zeit nach 1870 iſt es Bismarck allein, der das europäiſche Schachbrett beherrſcht. Die übrigen Mächte ſind entweder Teilhaber an der von ihm geführten politiſchen Kombination, oder ſie werden durch eben dieſe Kombination mehr oder minder in Schach und voneinander getrennt gehalten, oder ihre Intereſſenkreiſe ſchneiden ſich überhaupt nicht in tiefgreifender Weiſe mit denen des Syſtems Bismarck. So z. B. bei England. Nach 1890 gibt es eine Zeitlang weder ein ausgeſprochenes Kräftezentrum, wie zu Bismarcks Zeit, noch ein markiertes Gegeneinanderſpiel zweier charakteriſtiſcher Prinzipien oder Perſönlichkeiten wie vor

1870. Dem defensiv orientirten Dreibund steht der Zweibund, Rußland-Frankreich, gegenüber, aber es fehlt viel daran, daß auf dieser Seite eine Einheitlichkeit des Wollens im Sinne einer Revision der durch 1866 und 1870 geschaffenen Lage existiert hätte. Was Frankreich zu dem russischen Bündnis drängte, war der klare Wille, sobald es die Gelegenheit erlauben würde, die Scharte von 1870/71 auszuwetzen. Für den Zaren Alexander III. hat aber der Gedanke nicht nur des Angriffskrieges gegen Deutschland, sondern des Krieges schlechthin etwas tief Abschreckendes gehabt. Alexander III. hat den Zweibund geschaffen, weil er es in seiner mißtrauischen, durchaus ehrlichen, aber in der Fähigkeit zu selbständigem politischen Urteil beschränkten Art und unter dem hetzerischen Einfluß einer gewissenlosen politischen Abenteurerpartei für möglich hielt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn planen könnten, eventuell nach vorheriger Abschlachtung Frankreichs, Rußland zu überfallen und zu berauben. Daran glaubten die klugen Männer, die unter seiner Regierung an der finanziellen und allgemein wirtschaftlichen Emporbringung Rußlands arbeiteten, die Finanzminister Wyschnegradski und Witte und deren ganze Richtung, sicher nicht, aber sie glaubten an den Nutzen, den es für Rußland haben würde, wenn es das Verfügungsrecht über die Kasse seines Bundesgenossen erhielte. Frankreich borgte Rußland Milliarden über Milliarden, um es finanziell und militärisch für den großen Moment, wo der Zweck des Bündnisses akut werden sollte, zu rüsten. In Rußland aber verwandten die Leiter der neuen russischen Wirtschaftspolitik die französischen Milliarden dazu, um die Währung zu reformieren, das Eisenbahnsystem in Asien herzustellen, eine künstlich ins Leben gerufene Großindustrie zu subventionieren und dergl. mehr — Dinge, die mit den französischen Tendenzen im Bündnis teils nur in sehr indirektem Zusammenhang standen, teils direkt in eine andere politische Richtung führten, teils überhaupt nur bei einer jahrzehntelangen Friedenspolitik durchzuführen waren. War der Zweibund auf diese Art ein Gebilde, das von vornherein nicht auf den Ernstfall, sondern auf den Scheinfall hin konstruiert erschien und dem vermöge dieser bloßen Scheinbasis alle Voraussetzungen für die Wirkungen als ein stoß- und aktionsfähiges Kräftezentrum fehlten,

ſo fanden ſich allmählich auch auf der Dreibundſeite Schwankungen und Unklarheiten ein. Für Italien war es aus Gründen der geographiſchen Lage wie des politiſchen und raſſenhaften Verwandtſchaftsgefühls von Anfang an keine einfache Frage, ob es ſeine Verſicherung bei Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn oder bei Frankreich nehmen ſolle; Oeſterreich-Ungarn wiederum brauchte von Rußland nur garantierte politiſche Zugeſtändniſſe von Gewicht auf der Balkanhalbinſel zu erhalten oder in Beſorgnis wegen italieniſcher Gelüſte auf Trieſt und Trient verſetzt zu werden, um ſich im Dreibundſyſtem nicht mehr behaglich zu fühlen. Nach allen dieſen Seiten hin hat es tatſächlich während der Jahre, die zwiſchen der Entlaſſung Bismarcks und heute liegen, teils leiſe, teils merklich gekriſelt und kriſelt ſtellenweiſe auch heute noch. Ein markanter Zug iſt aber von dorther doch nicht in die große Politik gekommen und konnte auch nicht hineinkommen, weil überall die Klarheit der Gegenſätze und die einheitliche Scheidung der Intereſſen nach dieſer oder jener Seite als die notwendige Vorausſetzung zur offenen Neugruppierung fehlte. Eine ſolche Neugruppierung begann ſich erſt von da ab zu ergeben, wo zwei Nationen und zwei perſönliche politiſche Führernaturen durch die Entwickelung der Dinge wieder in ähnlicher Weiſe als Gegenſpieler auf den Plan geſchoben wurden, wie ſeinerzeit Preußen und Frankreich, Napoleon und Bismarck. Das politiſche Kräfteſpiel, in deſſen Zeichen das neue Jahrhundert begonnen hat, geht jetzt zwiſchen Deutſchland und England, Eduard VII. und Wilhelm II., vor ſich.

Wo werden die erſten Anfänge dieſer neuen Konſtellation, die, gegenwärtig auch für den Kurzſichtigſten erkennbar, den ganzen politiſchen Himmel beherrſcht, ſichtbar? Schwerlich hat ſie ſchon am Horizont geſtanden, als England einwilligte, für halb Oſtafrika und noch einiges andere uns Helgoland abzutreten. Es iſt für den Nichtfachmann ſehr ſchwer, ein Urteil darüber abzugeben, was für eine Rolle dieſer Felſen im Fall eines Seekrieges ſpielen würde, deſſen Schauplatz vor den Mündungen von Elbe und Weſer liegt. Bekanntlich ſind im Etat von 1908 dreißig Millionen Mark für die Befeſtigung von Helgoland gefordert und bewilligt worden. Das heißt alſo, daß unſere Marineverwaltung einen Stützpunkt erſter Ordnung

daraus machen will, was die vorher angelegten Befeſtigungen noch nicht bedeuteten. Man hört aber verſchiedene Meinungen darüber, ob es für uns notwendiger ſei, dieſen Stützpunkt für Zwecke der aktiven Verteidigung zu beſitzen, oder ob der entſcheidende Geſichtspunkt der ſei, dem Feinde die Wegnahme des Felſens und ſeine Benutzung als Stützpunkt für eine Blockade- oder Schlachtflotte unmöglich zu machen. Sicher läßt ſich nur ſagen, daß ein Seekrieg mit Deutſchland ſo gut wie außerhalb des engliſchen Geſichtskreiſes liegen mußte, wenn man Helgoland überhaupt fortgab, und daß auch die öffentliche Meinung in England ſich noch nicht viel mit einer ſolchen Möglichkeit beſchäftigt haben konnte, wenn ſie im ganzen ſo wenig Notiz von der Abtretung nahm, wie es 1890 geſchah. Zehn Jahre ſpäter hatte ſich das Bild bekanntlich vollkommen geändert. Der Satz: wenn Deutſchland heute vernichtet wird, ſo wird es morgen keinen Engländer mehr geben, der dadurch nicht wohlhabender geworden wäre — bildet das Schlagwort, wenn nicht bei dem größeren, ſo doch bei dem lärmenderen Teil der öffentlichen Meinung in England. Dazwiſchen, 1896, liegt der Einfall Jameſons in Transvaal und das Telegramm des Kaiſers an den Präſidenten Krüger. Damals ſchrieb die Londoner „Morning Poſt“: „Der Kaiſer ſei nicht gewohnt, ſeine Worte abzuſchwächen; er ſage immer, was er wirklich denke. Die wirkliche Antwort auf das Telegramm Kaiſer Wilhelms würde die Zurückberufung des Geſchwaders im Mittelländiſchen Meere und ſeine Vereinigung mit den Schiffen im Kanal ſein. Es wäre ſehr ſchwer, mit Kaltblütigkeit von der Kaiſerdepeſche zu ſprechen. Die engliſche Nation werde ſie nicht vergeſſen; ſie werde immer daran denken für die Zukunft bei der Richtung ihrer auswärtigen Angelegenheiten,“ und die „Times“ ſchrieb: Selbſt wenn die Feindſeligkeit des deutſchen Volkes (gegen England) viel weniger tief wurzelte, als aus der Heftigkeit der deutſchen Preſſe geſchloſſen werden könne, ſo laſſe doch der Stand der auswärtigen Angelegenheiten es für England klug erſcheinen, unter den Waffen zu bleiben. Hier findet ſich das Schlagwort, das ſeitdem immer wieder von der engliſchen Seite herüber tönt: von der Feindſeligkeit Deutſchlands oder des deutſchen Volkes gegen England. Man wird nicht leugnen

können, wenn man die damaligen Aeußerungen der deutſchen Preſſe zu dem Krüger-Telegramm lieſt, daß ſie auf das beſte geeignet waren, einen Engländer davon zu überzeugen, daß England ſich bei uns einer weit kräftigeren und allgemeineren Abneigung erfreute, als durch die bloße Sympathie mit dem glücklichen Schlag zu erklären war, durch den die Buren ſich des Komplotts gegen ihre Unabhängigkeit erwehrt hatten. Daß die öffentliche Meinung bei uns an ſich feindſelig gegen England war und nicht nur den Buren alles Gute, ſondern den Engländern ohne weiteres auch alles Ueble gönnte, konnte man nicht nur, ſondern mußte man drüben aus dem geradezu exploſiven Aufflammen der anti-engliſchen Stimmung durch die ganze deutſche Preſſe ohne Unterſchied der Parteiſtellung annehmen. Es iſt ſehr wichtig, ſich das klar zu machen, denn für die Beurteilung des politiſchen Verhältniſſes zwiſchen uns und England kommt es doch ganz außerordentlich viel darauf an, weſſen man ſich auf der anderen Seite von uns im allgemeinen verſehen zu müſſen glaubte. Es kann für den gerecht urteilenden politiſchen Beobachter keinem Zweifel unterliegen, daß man in England nicht zuerſt auf d e n Gedanken gekommen iſt, Deutſchland bilde eine Gefahr für England und müſſe daher zu Boden geſchlagen werden, bevor es zu ſpät ſei, ſondern auf den andern, daß Deutſchland daran denke, bei gegebener Gelegenheit England anzufallen und ſich auf ſeine Koſten zu bereichern. Daß dabei auf engliſcher Seite der deutſche Kaiſer, die deutſche Nation und die deutſche Preſſe zuſammengeworfen und für eins genommen wurden, iſt nicht weiter verwunderlich, und ebenſo wenig wunderbar erſcheint es, daß der allmählich unverkennbar werdende weltwirtſchaftliche Aufſchwung Deutſchlands und die ſehr unangenehmen und überraſchenden Erfahrungen, die man innerhalb der engliſchen Geſchäftswelt an allen Ecken und Enden über See mit der deutſchen Konkurrenz zu machen anfing, ſehr bald dazu dienen mußten, um auch eine Grundlage für die Deutſchland zugeſchriebenen Pläne abzugeben. Von engliſcher Heuchelei oder grundloſem Neid beim Aufkommen der ſtarken deutſchfeindlichen Strömung in der engliſchen Preſſe gegen die Mitte der 90er Jahre zu ſprechen, haben wir alſo wirklich keinen Grund. Die antiengliſche Stimmung bei uns ſtammte zum Teil von 1870/71 her, wo die

engliſche Neutralität es bekanntlich mit Waffenlieferungen an die Franzoſen wenig genau genommen hatte; zum größeren Teil war ſie aber eine mehr gefühlsmäßige Reaktion gegen den hochmütigen und anmaßenden Ton, mit dem die Engländer von altersher gewohnt waren, uns geſellſchaftlich, geſchäftlich und politiſch als den armen Vetter zu behandeln. Auch Bismarck iſt von dieſer Stimmung gegen England nicht frei geweſen. Er hatte mit der engliſchen Arroganz die Preußen-Deutſchland gegenüber das eine Mal als ungebetene Bevormundung auftrat, das andere Mal in der Form quasi ſelbſtverſtändlicher Vorausſetzung, daß Englands Intereſſen ohne weiteres voraufzugehen hätten, von der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit an ſeine Erfahrungen gemacht, wozu außerdem noch bekanntlich der in den Gedanken und Erinnerungen öfters ausgeſprochene und manchmal ſicher nicht unbegründete Verdacht engliſcher Einflüſſe am Hofe und in den höchſten Sphären kam. Wirkliche deutſch-engliſche Intereſſengegenſätze ſachlicher Natur gab es aber während des Bismarckſchen Zeitalters nicht, und konnte es nicht geben, bevor das neue Deutſchland weltwirtſchaftliche und weltpolitiſche Beſtrebungen und Intereſſen offenbarte. Die antiengliſche Stimmung in Deutſchland außerhalb der linksliberalen Kreiſe, denen das Muſter des engliſchen Konſtitutionalismus als politiſches Vorbild für das neue Reich vorſchwebte, iſt älter als das Hineinwachſen Deutſchlands in die überſeeiſche wirtſchaftliche Konkurrenz mit England. Sie iſt zunächſt als pſychologiſche Reaktion gegen das zu erklären, was man bei uns ſchon ſeit den engliſchen Redensarten über die erſte deutſche Flotte und der demütigenden Behandlung Preußens durch die Weſtmächte in der Zeit des Krimkrieges, dann noch ſchärfer ſeit dem Beginn der ſechziger Jahre ganz allgemein als engliſche Anmaßung empfand. (Unverſchämtheit! ſagt der Deutſche, wenn er ſich ärgert.) Von da bis zur Sympathie mit den meiſt ſo viel ſchwächeren Gegnern Englands, zu akademiſchen Deklamationen über die „brutale" und „perfide" Politik Englands und zur Befriedigung über Rückſchläge und Schlappen, die England einſtecken mußte, war es ja dann nur noch ein Schritt.

Wenn irgendwo, ſo gilt in dem Verhältnis zwiſchen der politiſchen öffentlichen Meinung in Deutſchland und in England der Satz,

daß die Regierungen (und die wahren politischen Interessen) nur zu oft die Fensterscheiben bezahlen müssen, die von einer undisziplinierten Presse eingeworfen werden. Die Disziplinlosigkeit des größten Teils der deutschen Presse hat in der Frage der deutsch-englischen Beziehungen das größte Unheil angerichtet. Solange auf der englischen Seite die Befürchtung noch nicht aufgetaucht war, daß Deutschlands wirtschaftliche Konkurrenz in Weltindustrie und Welthandel dem englischen Wohlstand materiell gefährlich werden könnte, kam es nicht so viel darauf an, was für Liebenswürdigkeiten die Zeitungen sich gegenseitig sagten. Als aber die Züge des neuen Deutschland über dem Kanal deutlich wurden und vor allen Dingen, als in den überseeischen Maßnahmen des Kaisers, in dem Aufkommen der „alldeutschen" Bestrebungen, in der beginnenden Flottenvermehrung und in verschiedenen Erscheinungen unserer politischen Literatur gegen die Mitte der 90er Jahre nicht nur die weltwirtschaftlichen, sondern auch die weltpolitischen Ansprüche des neu in die Reihe der Weltvölker tretenden Deutschlands den anderen Völkern sichtbar wurden, da mußte sich mit Notwendigkeit aus dem allgemeinen Komment unserer Presse in englischen Dingen eine wirkliche Gefahr entwickeln. Unsere Zeitungen fühlten sich noch aus der Zeit unserer internationalen Bedeutungslosigkeit viel zu wenig verantwortlich in Dingen der auswärtigen Politik. Sie dispensieren sich nur zu oft bei der Behandlung dieses Gebiets von der obersten Regel, die eine bedeutende und einflußreiche Presse in inneren wie in äußeren Fragen stets befolgen muß: nichts zu fordern, was dem Schreiber von vornherein unmöglich wäre, durchzuführen, wenn er selbst an der Spitze der Staatsgeschäfte stände, und das nicht mit Tadel zu überschütten, wozu er sich alsbald selbst bequemen müßte, wenn er die Verantwortung der Nation trüge. Natürlich kann nicht an jede politische Preßäußerung dieser absolute Maßstab angelegt werden. Rücksichten der augenblicklichen Taktik können im Einzelfalle auch Paradoxien und scheinbare Inkonsequenzen wirksam und insofern berechtigt erscheinen lassen. Die Grundlinien einer groß und verantwortlich geführten Behandlungsweise aller politischen Fragen erster Ordnung dürfen aber im ganzen darüber nicht verleugnet werden.

Ein besonders lehrreiches Beispiel dafür, wie eine Presse nicht verfahren soll, wenn sie sich ihrer Verantwortlichkeit für die Interessen ihres Landes bewußt sein will, bietet das Verhalten fast aller deutscher Zeitungen während des Burenkrieges. Niemand wird verlangen können, daß wir unsere Sympathien mit den Buren hätten verleugnen sollen. Die Zeitungen aber und die durch sie repräsentierte öffentliche Meinung gingen viel weiter. Sie jubelten nicht nur den Buren zu, erschöpften sich nicht nur in Ausdrücken der Feindseligkeit gegen die Engländer, sondern verlangten Intervention. Sicher hätten wir, sofern hierfür eine vernünftigerweise zu erwägende Möglichkeit bestand, den Burenkrieg benutzen müssen, sei es um Englands politisches Uebergewicht durch Unterstützung der Buren, d. h. durch Beförderung der politischen Lostrennung Südafrikas vom britischen Weltreich, zu verringern, sei es um als Preis für unsere Neutralität von England auf anderen Gebieten eine wichtige Kompensation zu erreichen. Der letztere Weg ist ja bekanntlich, als das Hinzutreten der chinesischen Wirren zu der südafrikanischen Aufgabe die Position Englands vorübergehend etwas stärker erschwerte, versuchsweise in China in dem sogenannten Jangtseabkommen beschritten worden, aber kaum waren die Buren unterworfen, so mußten wir ja erleben, daß England in der Jangtsefrage ungehindert tat, als ob seinerzeit überhaupt nichts im Sinne jenes sogenannten Abkommens geschehen sei, ohne daß wir eine Möglichkeit gehabt hätten, unsere gegenteilige Auffassung zur Geltung zu bringen. Ungeachtet dieser ohne die mindeste Aufwendung von Scharfsinn zu durchschauenden Sachlage war die Tonart der Alldeutschen in der Presse, in der politischen Versammlung und im Reichstage fortgesetzt der Art, als ob die deutsche Politik in der Lage sei, zwischen guten und schlechten Beziehungen zu England frei zu wählen. Es ist ein großer Unterschied, den Buren seine Sympathie zu bezeugen, ihnen ein glückliches Ende ihres Ringens zu wünschen, oder die Forderung zu erheben, daß die Politik des Deutschen Reiches eine Haltung einnehmen solle, die sie in Konflikt mit England bringen konnte und ihre verantwortlichen Leiter dafür zu tadeln, daß sie von einer solchen antienglischen Stellungnahme absahen, vielmehr das ihrige taten, um den Eindruck der alldeutschen

und der von dorther beeinflußten Aeußerungen der öffentlichen Meinung in Deutschland durch verstärktes Entgegenkommen gegenüber England auszugleichen. Man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn die deutsche Regierung während des Burenkrieges die von den Alldeutschen gewünschte Haltung zu markieren versucht hätte. Da doch nicht wohl anzunehmen ist, daß die alldeutschen Wünsche bereits ihre Erledigung gefunden hätten, wenn die Tonart des amtlichen Deutschland gegenüber der englischen Regierung eine ähnliche geworden wäre, wie die der führenden burenfreundlichen Blätter bei uns — ein derartiger diplomatischer Holzkomment wäre sofort energischen englischen Repressalien begegnet — so bleibt doch wohl nur übrig, anzunehmen, daß die deutsche Regierung bei England direkte Vorstellungen zugunsten der Buren erheben sollte. Diese Vorstellungen wären sicher englischerseits mit sehr entschiedener, wenn nicht verletzender Schärfe zurückgewiesen worden, da man sich in England, im Gegensatz zu der überwiegenden öffentlichen Meinung bei uns, über die beiderseitigen Machtmittel und über die eigene Entschlossenheit, die angefangene Sache zu Ende zu führen, durchaus in aller wünschenswerten Klarheit befand. Deutschland hätte also entweder die Abweisung einstecken oder bereit sein müssen, seinen Wünschen auf andere geeignetere Weise Nachdruck zu geben. Welche Weise aber hätte wohl diese geeignetere sein sollen? Da der Unsinn, allein mit unseren eigenen Mitteln einen Krieg mit England anfangen zu wollen, doch wohl gar zu sehr auf der flachen Hand liegt, um ihn weiter zu diskutieren, so hätten wir uns also bemühen müssen (oder vielmehr bereits vor der Intervention bei England zugunsten der Buren das nötige dazu getan haben), um eine europäische Koalition gegen England zustande zu bringen, d. h. den Weltkrieg zu entfachen: eine Eventualität, für die es nicht unnötig sein wird, daran zu erinnern, daß die französische Regierung bekanntlich nach dem sogenannten Krügertelegramm, das Kaiser Wilhelm II. aus Anlaß des Jamesoneinfalles in Transvaal dorthin richtete, England wissen ließ, Frankreich sei nach wie vor der Meinung, daß es nur einen einzigen Feind habe. Angenommen der Koalitionskrieg gegen England hätte sich aber wirklich entrieren lassen, so ist es doch weiter gleichfalls sonnenklar, daß wir in ihm,

im Vergleich zu den anderen hauptsächlich in Betracht kommenden Mächten, Rußland und Frankreich, bei weitem die geringsten Machtmittel für den zu erreichenden Zweck, die kriegerische Niederwerfung Englands, zu präsentieren in der Lage gewesen wären. Welcher Wert wohnt also, angesichts dieser offenkundigen, weder bezweifelbaren noch je von verständigen Menschen bezweifelten Tatsachen Reden inne, deren Gefährlichkeit von denen, die sie führen, höchstens in dem Maße entschuldigt werden kann, als sie sich selbst für bedeutungslose und unverantwortliche Persönlichkeiten erklären?

Es ist die starke wie die schwache Seite der englischen Nation, daß sie einen extrem ausgeprägten Sinn für Realität hat (facts!); jegliche Ideologie liegt ihr fern. Was nicht mit realen Mitteln zu erreichen ist, was außer Verhältnis zu den tatsächlich vorhandenen Bedingungen seiner Verwirklichung steht, das berührt ihren Gedankenkreis überhaupt kaum. Diese englische Art müssen wir uns vorstellen, wenn wir fragen, welche praktischen Wirkungen drüben die anti-englische Haltung unserer Alldeutschen und der nach dieser Richtung hin beeinflußten Blätter für das englische Nationalempfinden zeitigt. Hier kann die Antwort nur lauten: kein Engländer, zumal wenn man bedenkt, daß deutsche Zeitungsstimmen in England so gut wie englische in Deutschland fast ausschließlich durch die Vermittelung der eigenen nationalen Presse zu Gehör gelangen, kann aus der Haltung der öffentlichen Meinung bei uns und aus dem ununterbrochenen Tadel, der in zahlreichen und großen deutschen Zeitungen auf unsere Regierung wegen ihrer Haltung England gegenüber niederging und noch niedergeht, eine andere Schlußfolgerung ziehen, als daß die deutsche Nation einem kriegerischen Angriff auf England nicht nur geneigt sei, sondern ihre Hilfsmittel, sei es jetzt, sei es in naher Zukunft, auch für stark genug zu einem solchen Angriff halte. Daß wir bloß einer Stimmung Luft gemacht haben sollten, ohne dabei den Fall sehr ernsthaft ins Auge zu fassen, daß England bei ihm gelegener Zeit den hingeworfenen Handschuh aufnehmen und uns auffordern könnte, zu dem gewünschten Tanze anzutreten, darauf zu verfallen, ist so leicht keinem Engländer gegeben. Man kann auch nicht sagen, daß sich die wirklich verantwortlichen und orientierten Kreise in England einen

Krieg mit Deutſchland, mit dem immer die ungeheure Gefahr eines ruſſiſchen Angriffes auf Indien verbunden gedacht werden müßte, als eine leichte Sache vorſtellen; im Gegenteil, die ganze intenſive Abneigung gegen Deutſchland, wie ſie z. B. aus Anlaß der Stellungnahme des engliſchen Kabinetts in der Bagdadbahnfrage zutage trat, erklärt ſich nur daraus, daß dieſe Abneigung auch mit einer gewiſſen Doſis Furcht und Beſorgnis verſetzt iſt. Würde man Deutſchland für einen ungefährlichen Gegner halten, ſo wäre ein derart elementarer Ausbruch des Unwillens über eine vermeintliche Abhängigmachung engliſcher Intereſſen für Deutſche, wie er z. B. vor einer Reihe von Jahren aus Anlaß des deutſch-engliſchen Zuſammengehens in der Venezuelafrage und in der Bagdadbahn-Angelegenheit mit dem Effekt verfolgte, daß die Miniſter wenigſtens das zweite Mal auf der Stelle vor ihm kapitulierten, weder verſtändlich, noch auch nur recht denkbar. Gerade aber, daß man Deutſchland für gefährlich hält, das erhöht die Gefahr eines wirklichen Konfliktes von jener Seite her ungemein, denn das vermeintliche deutſche Kraftgefühl ſetzt ſich an der Hand von Artikeln alldeutſcher Richtung drüben leicht begreiflicher Weiſe in die abenteuerlichſten Beſorgniſſe vor deutſchen Angriffen auf engliſches oder zur engliſchen Intereſſenſphäre gehöriges Gebiet um. Was für Vorſtellungen ſolcher Art ſelbſt für gebildete und politiſch hochſtehende Engländer möglich ſind, zeigen die Aeußerungen des früheren Gouverneurs von Uganda, Johnſton, der, im übrigen ein für engliſche Verhältniſſe faſt extrem deutſchfreundlicher Mann, im Jahre 1903 allen Ernſtes in einem vielbeachteten Artikel der Londoner „Finanzchronik" behauptete, es werde gegenwärtig von deutſchen Publiziſten in der Preſſe lebhaft befürwortet, daß Deutſchland eiligſt eine Flotte ſchaffe, die der britiſchen ebenbürtig oder gar überlegen ſei. Dabei ſolle Holland mehr oder weniger in die deutſche Sphäre gezogen und dann das britiſche Reich in England und über See in der Abſicht angegriffen werden, ihm vielleicht Südafrika, alle Kolonien und Schutzgebiete in den Tropen und ſelbſt den auſtraliſchen Staatenbund abzunehmen. Johnſton wollte dieſes Programm teils aus der deutſchen Preſſe, teils, wie er ausdrücklich verſichert, „mündlich und ſchriftlich von Deutſchen, mit denen er in perſönlichen Beziehungen ſteht, gehört

haben. Es ist ebenso billig wie zwecklos, solch einer Auslassung gegenüber sich über den handgreiflichen Unsinn, den sie enthält, zu entrüsten. Für die Frage, wie sich das nationale Gefühl und die daraus fließende Politik anderer Völker uns gegenüber stellt, ist es vollkommen gleichgültig, welches unsere wirklichen politischen Ziele sind; entscheidend ist einzig und allein, was die schließlich maßgebenden Elemente auf der anderen Seite dafür halten — um so entscheidender, als in England und noch mehr in Amerika der politische Impuls und das politische Vorurteil der großen Masse einen sehr viel ausschlaggebenderen Faktor für das politische Geschehen bedeuten als bei uns, wo in auswärtigen Dingen die geringe politische Bedeutung der öffentlichen Meinung, die Direktionslosigkeit der meisten Zeitungsartikel und die Behandlung des Reichstags seitens der Regierung als quantité négligeable der politischen Unerzogenheit der Nation nur zu sehr entsprechen.

So läßt sich also die Zeit zwischen dem deutsch-englischen Vertrage von 1890 und dem Regierungsantritt Eduards VII. für das deutsch-englische Verhältnis dahin charakterisieren, daß der Eindruck der immer schärfer vordringenden wirtschaftlichen Konkurrenz Deutschlands, samt einer Reihe weltpolitisch abzielender Handlungen des Kaisers und dem leidenschaftlich agressiven Ton eines großen Teils der deutschen Presse in England die Vorstellung von der Gefahr eines deutschen Angriffs erwecken mußten und damit natürlich zugleich auch den Gedanken entstehen ließen, ob es nicht besser, ja für England notwendig wäre, der geschäftlichen wie der politischen Gefahr durch einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu begegnen. Von dem deutsch-englischen Gegensatz, der sich auf diese Weise zu entwickeln beginnt — es ist hier gleichgültig, wieviel davon auf der realen Diskrepanz der Interessen beruht und wieviel auf chauvinistischen Treibereien und Mißverständnissen — beginnen allmählich die übrigen Momente, von denen die Gruppierung der großen Mächte bedingt wird, auf den zweiten Plan zurückzutreten. Weder der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien, noch das russisch-französische Bündnis sind nach ihren Voraussetzungen, sei es positiv, sei es negativ, auf eine deutsch-englische Gegnerschaft hin orientiert, und auf jeden Fall wird es klar, daß

von der Weiterentwickelung dieſes Problems nicht nur die Geſtaltung der europäiſchen Lage, ſondern die geſamte politiſche Weltkonſtellation abhängig iſt. In dem Augenblick nun, wo die Dinge ſo weit gediehen ſind, erſcheint ein neues treibendes Moment dadurch, daß mit dem Regierungsantritt Eduards VII. in England die engliſche Politik einmal nach langer Zeit wieder durch eine perſönlich leitende Spitze einheitlich zuſammengefaßt und auf ein beſtimmtes Ziel erſter Ordnung hin dirigiert wird. Welches dieſes Ziel iſt, werden wir in dem Kapitel über die hiſtoriſche Entwickelung und innere Struktur der engliſchen Weltmacht genauer darzuſtellen haben. Hier kommt es einſtweilen nur auf die Feſtſtellung der Tatſache an, daß ſich die engliſche Politik ſeit dem Regierungsantritt König Eduards im Verfolg ihrer Ziele immer deutlicher als die Uebernahme und Organiſation des Gegenſpiels gegen Deutſchland entwickelt. Wir unſererſeits haben nun zwar ein großes allgemein-politiſches Ziel zu erſtreben — unſere Selbſtdurchſetzung unter den großen Weltvölkern und die praktiſche Anerkennung unſerer gleichberechtigten Poſition innerhalb dieſer Gruppe — aber es fehlt uns offenbar vorläufig an einem deutlichen und zweifelsfreien politiſchen Objekt, mit deſſen Gewinnung wir unſer Ziel als erreicht oder wenigſtens einen entſcheidenden Schritt auf dem Wege dahin als getan anſehen könnten. Wir ſind darauf angewieſen, Weltpolitik nicht in großen heroiſchen Zügen, ſondern in fortgeſetzter Kleinarbeit zu machen, bis ſich einmal die Gelegenheit findet, den Ertrag dieſer Art von Fortſchritt und erfolgreicher Intereſſenvertretung im einzelnen, von Wachſamkeit und Vorſorge in die große Münze einer weithin ſichtbaren politiſchen Wendung der Dinge umzuſetzen. Dieſe unſere Lage durchſchaut unſer Gegenſpieler vollkommen und es iſt ſehr begreiflich, daß er an den leitenden Stellen bei uns eine ſtarke Ungeduld, ja Unruhe vorausſetzt, raſcher als auf dem bisherigen langſamen Wege an das erſtrebte Ziel zu gelangen. Für die engliſche Politik iſt dieſe Vorſtellung unſerer pſychologiſchen Situation, mag ſie nun berechtigt oder unberechtigt ſein, eine ſehr eindringliche Aufforderung, vor Ueberraſchungen auf der Hut zu ſein und ſeine Maßnahmen danach zu treffen. Auf der anderen Seite muß es als ſelbſtverſtändlich erſcheinen, daß überall dort, wo die

deutſchen Intereſſen Fortſchritte machen, engliſche Intereſſen entweder eingeſchränkt werden oder bei ihrem ſpäteren Voranſchreiten das Feld beſetzt finden müſſen. In dieſem gegenſeitigen Verhältnis der beiden Mächte verſucht nun der König Eduard durch ein weit ausgreifendes Syſtem von Bündniſſen und politiſchen Einverſtändniſſen das Feld, auf dem ſich unſer Wettbewerb mit England abſpielen muß, an all den Stellen, wo unſer Vordringen die engliſchen Kreiſe vorausſichtlich ſtören, Englands gegenwärtige oder zukünftige Ziele beeinträchtigen würde, im voraus ſo zu verzäunen, daß wir draußen bleiben müſſen. Wir werden ſpäter dieſe Art von Politik noch im einzelnen zu charakteriſieren haben. Bevor wir aber an das eigentliche Thema von unſerer gegenwärtigen politiſchen Lage, von unſern Hoffnungen und Ausſichten und von den Gefahren, mit denen wir rechnen müſſen, herantreten, iſt es erforderlich, die Rückwirkungen klarzuſtellen, die von den Zuſtänden in den wichtigſten anderen Staaten auf die verſchiedenen Möglichkeiten und auf die Notwendigkeiten unſeres politiſchen Handelns ausgehen. Es iſt unmöglich, daß wir richtige Entſchlüſſe in der auswärtigen Politik faſſen, wenn wir die wichtigſten Faktoren dieſer Politik, die Tendenzen der inneren und äußeren Entwickelung der übrigen Großſtaaten, ihre gegenwärtige materielle Lage, ihre Aktionsfähigkeit und was ſonſt dahin gehört, falſch beurteilen. Die Staaten, mit denen wir uns unter dieſem Geſichtspunkt vor allen Dingen beſchäftigen müſſen, ſind Rußland und England, Oeſterreich-Ungarn, Frankreich und Italien, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. Dieſe ſieben Mächte ſind neben und außer uns die aktiven handelnden Potenzen der Weltpolitik, und vom Standpunkt dieſer Gruppe aus erſcheinen die übrigen Teile der Erde, zumal die überſeeiſchen Gebiete, mehr oder weniger als die prädeſtinierten Objekte ihrer politiſchen Intereſſenbetätigung.

Drittes Kapitel.

Die russische Krisis.

Es ist ein sehr merkwürdiges historisches Zusammentreffen — und die zukünftige Geschichtsschreibung des Zeitalters der Jahrhundertwende wird sicher mit allem Nachdruck dabei verweilen — daß zu derselben Zeit, wo in Deutschland die ersten leisen Regungen eines weltpolitischen Bewußtseins auftauchen, wenn auch noch nirgends von einer bewußten Formulierung die Rede ist und selbst die Persönlichkeit des Kaisers für die Oeffentlichkeit noch keine erkennbar nach dieser Richtung deutenden Züge aufweist, Rußland mit einem, man könnte beinahe sagen plötzlichen Ruck weltpolitische Ziele aufnimmt.

Während des 18. und bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gelang es der russischen Macht, die ihr von der Natur gezeichneten Grenzen gegen Süden hin zu erreichen und nach Westen hin, dank einer ganz besonders günstigen Gestaltung der politischen Verhältnisse, durch die Aufteilung Polens und die Aneignung von Finnland so weit vorzudringen, wie die zwingenden Lebensinteressen Oesterreichs, Preußens und Schwedens es nur noch irgend zuließen. Trotz seiner gewaltigen Ausdehnung trug das Reich aber damals doch wesentlich nur die Züge einer großen osteuropäischen Kontinentalmacht mit einer quantitativ zwar ungeheuren, qualitativ aber allmählich bis zur völligen Wertlosigkeit sich verringernden Forterstreckung in das unbewohnte und unwirtschaftliche Nordasien hinein. Die Bedeutung der Besitzungen jenseits des Ural ist noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts, namentlich im Vergleich zu ihrer räumlichen Masse, für die internationale Machtstellung Rußlands eine sehr beschränkte, wiewohl sich natürlich von Anfang an gewisse praktisch-materielle Vorteile aus ihnen ergaben. Obwohl Rußland schon seit Anfang des 17. Jahrhunderts an China grenzte und wenige Jahrzehnte darauf an das

Meer gelangte, das ihm die Möglichkeit einer Seeverbindung mit Japan, Korea und ganz Oſtaſien eröffnen konnte, iſt von irgendwelchen weltpolitiſchen Gedanken, die ſich an dieſen Beſitz geknüpft hätten, nicht die Rede. Eben ſo wenig kann in der Richtung auf den europäiſchen Orient hin von den erſten Türkenkriegen des 17. Jahrhunderts an bis zum Frieden von San Stefano von eigentlich weltpolitiſchen Zielen Rußlands geſprochen werden. Das Aeußerſte und Höchſte, wovon man unter Katharina II. und Alexander I. in St. Petersburg träumte, war eine ruſſiſche Sekundogenitur auf dem Thron eines wiederhergeſtellten byzantiniſchen Reichs, aber mehr als ein politiſcher Traum iſt das niemals geweſen. Für die praktiſche ruſſiſche Politik kam auch zu den Zeiten der günſtigſten politiſchen Lage nicht mehr in Betracht, als höchſtens der direkte oder indirekte Erwerb etwa des heutigen Rumäniens und des öſtlichen Teils der Balkanhalbinſel. Eben ſo wenig konnte z. B. die Eroberung und Beherrſchung der kleinaſiatiſchen Halbinſel mit ihrer verhältnismäßig zahlreichen und kräftigen osmaniſch-muhammedaniſchen Bevölkerung einen realen Gedanken ruſſiſcher Politik bilden. Die Gebirgsumwallung der ungariſchen Ebene, der Boſporus, die Dardanellen und die Nordküſte des aegeiſchen Meeres, vielleicht auch noch einige Inſeln darin — das wäre etwa das denkbar höchſte, praktiſch erreichbare Ziel der ruſſiſchen Orientpolitik geweſen. Ohne Zweifel würde ein ſolcher Erwerb für Rußland einen großen Machtzuwachs in europäiſchen Fragen bedingen, aber ebenſo auch eine noch fühlbarere Vergrößerung ſeiner Verwundbarkeit. Etwas anderes als eine europäiſch-kontinentale Großmacht erſten Ranges würde Rußland ſelbſt mit einer ſolchen, heute ja wohl nicht mehr in Betracht kommenden Ausdehnung ſeines Beſitzes nach Südweſten hin nicht werden. Die Mittelmeergrenze von Konſtantinopel bis Saloniki und die Karpatengrenze von Krakau bis zum Donaudurchbruch bei Orſowa wären für Rußland etwa dasſelbe, wie die Rheingrenze von Baſel bis Rotterdam für Frankreich, oder die Alpengrenze nach Süden für Deutſchland.

Wirklich weltpolitiſche Elemente kommen in die Stellung Rußlands erſt mit denjenigen Eroberungen hinein, die es in unmittelbaren Kontakt mit den großen und alten Kulturgebieten in Weſt-,

Mittel- und Oſtaſien ſetzten. Das früheſte in dieſe Richtung weiſende Ereignis iſt der Anfall der altchriſtlichen Reiche Transkaukaſiens: Georgien und Imeretien; er führte dann folgerichtigerweiſe zur Eroberung des ganzen kaukaſiſchen Iſthmus, die zu Beginn der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts als vollendet und geſichert gelten konnte. Von den Kaukaſusländern aus eröffnet ſich ein bequemer Zugang zum iraniſchen Plateau, auf dem ruſſiſche Heere bereits 1829 in das Herz von Aſerbeidſchan, der alten Media Atropatene, gelangt ſind. Im Nordoſten Aſiens grenzten das ruſſiſche und das chineſiſche Reich zwar ſeit dem 17. Jahrhundert auf einer viele Tauſend Kilometer langen Strecke vom Altai bis zum Ochotskiſchen Meere aneinander, aber auf beiden Seiten dehnten ſich längs dieſer Grenze ungeheure, je weiter nach Oſten, dem eigentlichen oſtaſiatiſchen Kulturgebiet zu, deſto menſchenleerere und unwirtlicherere Wildniſſe aus. Die Wüſteneien der Mongolei, der nördlichen und mittleren Mandſchurei und des damals noch ganz chineſiſchen Amurgebietes bildeten einen ſo breiten und ſo ſchwer zu überſchreitenden Grenzgürtel zwiſchen den wirklichen Sitzen der ruſſiſchen und chineſiſchen Macht und Kultur, daß von politiſchen Wirkungen größern Stils im Grunde weder herüber noch hinüber die Rede ſein konnte. Wo die Ungunſt der Naturverhältniſſe keine Verkehrsmöglichkeiten beſtehen läßt, die über die Bewegung einzelner Handelskarawanen, Jagdexpeditionen und Flibuſtierzüge hinausgeht, und größere, ſei es militäriſche, ſei es wirtſchaftliche Bewegungen und Begegnungen ſo gut wie ausgeſchloſſen ſind, da iſt ein anderes Ergebnis auch nicht denkbar. Ein Wechſel trat hier erſt ein, als um die Mitte des 19. Jahrhunderts Graf Murawjew Generalgouverneur von Oſt-Sibirien war. Dieſer bedeutende Mann gehörte zu den in Rußland ſonſt ſpärlich geſäten Naturen angelſächſiſchen Schlages, die mit ihrer Politik der nationalen Initiative der eigenen Regierung vorauseilen zu müſſen glauben. Seine von den St. Petersburger Zentralbehörden nur zögernd und anfangs ſelbſt widerwillig gut geheißene Tätigkeit hat die Grundlagen zu der ſpäteren Machtſtellung Rußlands in Oſtaſien gelegt. Er iſt es, der ſeinem Vaterlande jene wichtige Zwiſchenzone erworben hat, die Rußland und das eigentliche Gebiet der alten Kultur Aſiens im äußerſten Oſten von einander trennte:

das Amurland. Murawjew führte 1849 bis 1853 die tatsächliche Okkupation des ganzen linken Amurufers und des Küstenlandes am japanischen Meer von der Mündung des Stromes bis hinab an die koreanische Grenze durch, ohne von den Chinesen, den formellen Besitzern des fast menschenleeren Territoriums, gehindert zu werden. Am 28. Mai 1858 schloß er mit dem chinesischen Gouverneur jenen berühmten Vertrag ab, durch den Rußland erst in Wahrheit der Nachbar Chinas, Koreas und Japans wurde. Der Besitz des schiffbaren Amur eröffnete um einen wirklich praktikabeln Weg zum Stillen Ozean, in Gebiete, die wenigstens bereits an der Peripherie des Weltverkehrs lagen und in Zukunft sicher in dessen steigende Entwicklung einbezogen werden mußten. 1860 ratifizierte dann ein formeller russisch-chinesischer Staats- und Handelsvertrag den Bestand der neuen Verhältnisse. Schon damals tauchten infolge dieser neuen Erwerbung in Rußland Stimmen auf, die eine Verbindung des ostasiatischen Küstengebiets oder doch wenigstens des Amurflusses mit dem europäischen Kern des Reiches durch eine Eisenbahn forderten.

Aber nicht nur im äußersten Westen und Osten, auf der kaukasischen Landenge und am japanischen Meer, vollzog sich die Herstellung des Kontaktes zwischen der russischen Macht und der alt-asiatischen Kulturwelt verhältnismäßig spät, sondern auch auf der mittelasiatischen Verlängerungsaxe der russischen Sphäre war der Lauf der Ereignisse langsam. Phantastische Ideen über die Möglichkeit eines Vorrückens nach Indien durch die Steppen und Gebirgsländer Mittelasiens tauchten allerdings schon in den Verhandlungen zwischen Napoleon I. und den russischen Kaisern Paul I. und Alexander I. auf, ja einzelne ähnliche Gedanken begegnen schon bei Peter dem Großen, aber eine wirkliche materielle Basis für derartige Kombinationen besteht erst seit verhältnismäßig sehr kurzer Zeit. Bis zum Jahre 1833 beschränkte sich Rußland an seiner asiatischen Grenze in der Richtung nach Südosten auf die nach Möglichkeit durchgeführte Sicherung der großen Lücke zwischen dem Südende des Uralgebirges und dem Nordufer des kaspischen Meeres gegen die unruhigen Nomadenvölker der jenseitigen Steppen. Nur langsam und widerwillig entschloß man sich, angesichts der dauernden Unmöglichkeit

dieſer Sicherung zu einem Eindringen in das Innere der Kirgiſenſteppen ſelbſt, in denen es ſo gut wie gar keine natürlichen Stützpunkte und Grenzlinien gab und gibt. Der erſte Schritt in dieſe Richtung mußte dann freilich mit Notwendigkeit weitere nach ſich ziehen, und ſo läßt ſich bis zum Jahre 1863 hin ein langſames und ſchrittweiſes Vorrücken der ruſſiſchen Poſtenlinien in der Richtung auf die beiden großen Baſſins des Aral und Balkaſch beobachten, zunächſt mit keinem anderen Beſtreben, als irgendwo endlich zu einer haltbaren und dauernden Verteidigungslinie zu kommen. Statt deſſen zog die Unterwerfung der Nomaden des Steppengebietes den ſchließlichen Zuſammenſtoß auch mit den feſter gefügten muhammedaniſchen Staaten des alten Kulturgebiets im Innern von Turan nach ſich: Chiwa, Buchara, Kokand — und aus einer Reihe ſeit 1864 gegen dieſe geführter Feldzüge ergab ſich dann als politiſche Notwendigkeit die Annexion und Eroberung ganz Turkeſtans bis an den Fuß des Pamir und des iraniſchen Plateaus. Damit wurde Rußland Nachbar Perſiens und Afghaniſtans längs der Nordgrenze dieſer beiden Staaten und rückte mit dem ſüdöſtlichen Winkel ſeiner turaniſchen Beſitzungen bis in die nächſte Nähe der indiſchen Intereſſenſphäre Englands. Jetzt erſt gelangt Perſien, jetzt gelangen die Ausſicht auf den Durchbruch zum indiſchen Ozean und die Möglichkeit eines Druckes auf die engliſche Politik durch Bedrohung Indiens, mit einem Wort die Sphäre eigentlich weltpolitiſcher Erwägungen und Tendenzen, wirklich voll in den Geſichtskreis der praktiſchen ruſſiſchen Politik.

Von dieſem in Wahrheit weltumfaſſend ausgreifenden Charakter der ruſſiſchen Politik iſt zu der Zeit, da Bismarck ſein klaſſiſches Syſtem der deutſchen Europapolitik aufbaut, noch wenig die Rede. Rußlands Intereſſen lagen damals, wenigſtens ſoweit ſie dem Geſamtempfinden der Nation als ſolche zum Bewußtſein kamen und in dem Verhalten der Regierung wie der öffentlichen Meinung als treibende Motive erkennbar ſind, ganz überwiegend an der Weſt- und Südweſtgrenze des Reichs. Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" zeigen, wie der Kaiſer Alexander II. zwiſchen dem Plan eines Angriffskrieges gegen Oeſterreich-Ungarn und gegen die Türkei ſchwankt. Er entſcheidet ſich ſchließlich für

den Türkenkrieg, als er sich überzeugen muß, daß seine ursprüngliche Absicht, die Schwierigkeiten, welche ihm die aufgeregte, nach äußeren Erfolgen verlangende öffentliche Meinung seines Landes bereitete, durch einen Krieg gegen Oesterreich-Ungarn (etwa mit dem Ziel der Eroberung Galiziens) zu überwinden, an der Weigerung Deutschlands scheitert, seinen Nachbarstaat vergewaltigen zu lassen. Die russische Verstimmung Deutschland gegenüber äußerte sich zunächst darin, daß der Botschafter Oubril in Berlin angewiesen wurde, die deutsche Politik über die wahren Ziele des beschlossenen Türkenkrieges irre zu führen. Oubril mußte Bismarck erzählen, „es werde sich in dem Balkankriege nur um eine promenade militaire, um Beschäftigung des trop plein des Heeres und um Roßschweife und Georgenkreuze handeln." Daß diese Versicherung von vornherein unaufrichtig gemeint war, geht aus den gleichzeitigen Verhandlungen Rußlands mit Oesterreich-Ungarn hervor, in denen es als Preis für die österreichische Neutralität gegenüber der Türkei in die Besetzung Bosniens durch österreichische Truppen willigte. Es liegt auf der Hand, daß, wie Bismarck bemerkt, für einen bloßen militärischen Spaziergang diese Konzession ein viel zu hoher Preis gewesen wäre. Augenscheinlich stand der Plan, das Fürstentum Bulgarien mit möglichst weit bemessenen Grenzen als russischen Vasallenstaat auf der Balkanhalbinsel zu errichten, für die St. Petersburger Politik von vornherein fest. Als es nach zahlreichen und die Geschicklichkeit der russischen Kriegführung öfters schwer kompromittierenden Wechselfällen endlich zur militärischen Niederwerfung der Türkei gekommen war, versuchte man, in dem Präliminarfrieden von San Stefano dieses Ziel nach Möglichkeit zu verwirklichen. Das Bulgarien von San Stefano umfaßte außer den zwischen Balkan und Donau belegenen Gebieten und der späteren sogenannten „autonomen Provinz" Ost-Rumelien auch noch fast ganz Macedonien, reichte südlich mit einem ziemlich breiten Küstenstrich ans ägeische Meer heran und schnitt auf diese Weise die beiden letzten Reste der türkischen Herrschaft in Europa: den Distrikt, der sich vom Nordeingang des Bosporus längs dem Marmarameer bis zur Spitze von Gallipoli hin erstreckt, und die von jeher der Pforte gegenüber halb unabhängigen albanischen Bezirke, völlig voneinander ab. So hatten

weder Oesterreich-Ungarn noch auch namentlich England die Sache gemeint, und die Besetzung von Konstantinopel, als die Russen in San Stefano nur noch wenige Kilometer von der Stadt entfernt standen, wurde, wie Graf Ignatiew, der Unterhändler von San Stefano, selbst erzählt hat, durch eine unmittelbare englische Kriegsdrohung verhindert. Daß man sich überhaupt dieser Drohung gegenüber sehen würde, wenn man einen Vertrag wie den Präliminarfrieden von San Stefano perfekt machen wollte, für diese Einsicht hätte es allerdings keiner sehr tiefgehenden Ueberlegung von Seiten der russischen Unterhändler bedurft; Ignatiew mußte sich sagen, daß solch ein Friede Europa nur präsentiert werden durfte, wenn man noch eine Million Bajonette und etliche Milliarden Rubel in Reserve besaß. In Rußland hatte man aber weder eins noch das andere, und daher bot sich in dieser Lage als der günstigste, ja im Grunde als der einzige Weg, auf dem es möglich erschien, ein gar zu demütigendes Zurückweichen zu maskieren, der Zusammentritt eines europäischen Kongresses zum Austrag der schwebenden Fragen dar. Diesen Wunsch Rußlands überbrachte Graf Peter Schuwalow Bismarck nach Friedrichsruh mit der Bitte, Deutschland möge die Vermittlerrolle bei der Berufung des Kongresses übernehmen. All das stellt der ehemaligen russischen Staatsleitung kein Zeugnis überwältigender Beherrschung der Verhältnisse aus — sicher aber ist es ein Zeugnis dafür, daß der Schwerpunkt der Reichspolitik noch vollständig in den Balkanfragen lag.

Sowohl während der beginnenden Verhandlungen des Kongresses als auch nachher stellten sich nun die offizielle Politik und die öffentliche Meinung Rußlands eigentümlicherweise auf den Standpunkt, daß es Deutschlands moralische Pflicht sei, die russischen Ansprüche durch Dick und Dünn mit zu verfechten, unter stillschweigender oder ausdrücklicher Berufung darauf, daß Deutschland es der wohlwollenden Neutralität des Kaisers Alexander II. verdankt habe, wenn es die Früchte seines Sieges über Frankreich sieben Jahre vorher so ausgiebig habe pflücken können. Daß die Haltung Rußlands damals unsere Erfolge wesentlich erleichtert hat, kann und soll nicht bestritten werden. Man darf aber nicht vergessen,

daß bereits die Berufung des Kongreſſes, der es Rußland ermöglichte, ſich halbwegs mit Ehren aus der Klemme zu ziehen, in die es ſich bei San Stefano begeben hatte, ein ganz weſentlicher Dienſt Deutſchlands nach der freundnachbarlichen Seite hin war. Weitergehende Anſprüche an die politiſche Freundſchaft Deutſchlands zu ſtellen, wäre Rußland nur dann berechtigt geweſen, wenn es ſich vor dem Kriege aufrichtig mit uns über ſeine tatſächlichen Abſichten verſtändigt hätte und eine Möglichkeit gefunden worden wäre, unſere Intereſſen dabei in einer Weiſe zu kompenſieren, die dem ruſſiſcherſeits an Oeſterreich erteilten Zugeſtändnis gleichwertig war. Ob eine ſolche Möglichkeit beſtand, iſt eine Frage, die hier unerörtert bleiben kann; bei der damaligen „Saturiertheit" Deutſchlands wäre ſie ſchwerlich raſch zu finden geweſen. Jedenfalls aber hätten die Ergebniſſe des Berliner Kongreſſes für Rußland nur dann günſtiger ſein können, wenn wir um ſeinetwillen bereit geweſen wären, in einen neuen Krieg mit Oeſterreich-Ungarn zu gehen und wenn die Ruſſen gleichzeitig den Austrag der Entſcheidung England gegenüber, die nach Lage der gegenſeitigen Machtſphären ſchwerlich wo anders als in Afghaniſtan und Indien erfolgen konnte, auf ihre eigene Kappe genommen hätten. Daß ſie damals die Möglichkeit beſaßen, einen Feldzug nach Indien mit genügenden Streitkräften auch nur finanziell durchzuführen, muß durchaus bezweifelt werden. Wie dem aber auch ſei — jedenfalls ſetzte ſich nach dem Berliner Kongreß in dem Bewußtſein der ruſſiſchen Nation die Ueberzeugung feſt, daß Deutſchland in Berlin an Rußland moraliſch zum Verräter geworden ſei: fortan führe der Weg nach Konſtantinopel nicht nur, wie man wohl ſchon früher geſagt hatte, über Wien, ſondern auch durch das Brandenburger Tor in Berlin. Soweit von einer Gefahr für den Frieden Deutſchlands von der ruſſiſchen Seite her die Rede ſein konnte, lag ſie in dieſer Situation, die im Verein mit dem franzöſiſchen Revanchebedürfnis zur treibenden Vorausſetzung des Dreibundes wurde. Die Gegenwirkung bot dann, wiewohl anfangs und noch lange Zeit danach faſt allgemein in ihren wahren ruſſiſcherſeits vorhandenen Motiven verkannt, die Annäherung zwiſchen Rußland und Frankreich dar. Was das amtliche Rußland mit dem franzöſiſchen Bündnis bezweckte, war von Anfang an nichts anderes,

als durch geschickte Benutzung der in Frankreich vorhandenen politischen Stimmung den Pariser Geldmarkt für die Sanierung der russischen Finanzen in großem Stil zu eröffnen. Mit diesen auf eine vollständige Umgestaltung des inneren Wirtschaftslebens, der Währung und der allgemeinen Kreditverhältnisse hin gerichteten Projekten der russischen Finanzverwaltung vertrug sich der Gedanke an eine kriegerische Politik gegen Europa in keiner Weise — ohne daß man allerdings in Europa und speziell in Deutschland diesen Zusammenhang der Dinge rechtzeitig durchschaut hätte.

Am 17. März 1891 erfolgte die Unterzeichnung des Reskripts über den Beginn der Bauarbeiten an der sibirischen Bahn durch den Kaiser Alexander III. Zwei Monate später begannen die Arbeiten. Dies Ereignis ist damals so gut wie nirgends seiner wahren Bedeutung nach gewürdigt worden. Erwägt man den Zusammenhang der Umstände, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ihm auf russischer Seite die wohlerwogene Entscheidung vorhergegangen sein muß, für absehbare Zeit die Kräfte und Machtmittel des Staates ganz vorwiegend auf den fernen Osten zu konzentrieren. Offiziell wurden die Kosten der sibirischen Eisenbahn anfangs inkl. der projektierten Ausgaben für Stromkorrektionen und dergleichen auf rund 800 Millionen Mark veranschlagt. Tatsächlich haben sie mit den mandschurischen Linien zusammen das Vierfache verschlungen. Es mag sein, daß die russische Regierung nicht ganz auf einen solchen Betrag vorbereitet war; der seinerzeit veröffentlichte offizielle Voranschlag aber war bereits absichtlich zu niedrig bemessen. Der Umstand, daß man von vornherein selbst von der bloßen Tracierung der ganzen ca. 2000 Kilometer betragenden Strecke längs der Schilka und des Amur, von Strjetensk bis Chabarowsk, absah und auf Anfragen immer eine präzise Beantwortung der Frage vermied, was denn eigentlich dort mit dem Bau geschehen solle, ließ darauf schließen, daß die Abkürzung durch die Mandschurei von Anfang an im Plan der russischen Regierung gelegen hat, und daß die Linie längs des Ussuri von Wladiwostok nach Chabarowsk nur dazu bestimmt war, sobald wie möglich für etwa notwendig werdende

Transporte die Wasserstraße des Amur in Verbindung mit dem von Westen her vorrückenden Bahnbau nutzbar zu machen. Lag aber die Erwerbung einer herrschenden Position in der Mandschurei bereits zu Beginn der neunziger Jahre innerhalb der bestimmten Absichten der russischen Politik, so wurde es in der Folge um so klarer, daß der ganze Bahnbau von vornherein eminent politischen Zwecken gedient hat. *Diese Ziele bestanden in nichts anderem, als in dem Gedanken der Hegemonie in Ost-Asien.*

Rußland war früher und erfolgreicher als die übrigen in China interessierten europäischen Mächte in der Lage, seine Aufmerksamkeit den inneren Verhältnissen Chinas, namentlich der Situation der herrschenden Mandschudynastie, zuzuwenden und sie in ihrer Bedeutung für den zu erwartenden Gang der Ereignisse zu begreifen. Die Fäden, die hier hinüber und herüber gesponnen wurden, waren im einzelnen mit einem dichten Schleier des Geheimnisses bedeckt; im Prinzip aber konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß bereits seit dem Ende der achtziger Jahre, wenn nicht schon früher, sehr wichtige und sehr folgenreiche Verbindungen zwischen russischen politischen Persönlichkeiten auf der einen, Angehörigen des chinesischen Kaiserhauses und hohen weltlichen wie geistlichen Würdenträgern des chinesischen Reiches auf der anderen Seite vorhanden waren. Vermöge dieser Beziehungen war die russische Regierung zu einer Zeit, als für das allgemeine europäische Bewußtsein eine chinesische Krisis noch weit außerhalb des Gesichtskreises lag, imstande, ihre vorbereitenden Schritte zu tun. Das letzte Ziel war die Beherrschung Chinas, nicht nur seiner innerasiatischen Nebenländer, sondern zum mindesten auch der ganzen nördlichen Hälfte des eigentlichen Reiches der „achtzehn Provinzen". Es sollte erreicht werden auf der einen Seite durch die Ausnutzung der Beziehungen zu einheimischen chinesischen Machtfaktoren, auf der anderen Seite durch die Bereitstellung einer so starken militärischen Macht in Ost-Asien, mit so gesicherter rückwärtiger Verbindung nach der Heimat, daß keine andere konkurrierende Nation daran denken konnte, den Russen kriegerisch entgegen zu treten. Die russische Politik war dabei bestrebt, so weit wie möglich ohne kriegerische Aktionen durchzudringen und, wenn es anging, solche

ganz zu vermeiden. Man hoffte, China dadurch in militärisch-politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen, daß man das russisch-asiatische Eisenbahnnetz immer weiter in das Innere des Nachbarreichs hinein verschob. Die leitenden russischen Politiker erkannten sehr wohl, daß die sibirische Bahn für die Verwirklichung ihrer letzten Absichten nichts weniger als ein ideal geeignetes Werkzeug sein würde. Wegen ihrer nördlichen Lage sicherte sie der russischen Macht direkt blos die Möglichkeit eines Druckes auf die nördlichen peripheren Teile des chinesischen Reichs. Allerdings liegt dort der Regierungssitz, und solange die Mandschudynastie herrscht, wird sie auch bestrebt sein, ihn in der Nähe ihres alten Stammlandes zu behalten. In das eigentliche produktenreiche, intensiv bevölkerte Herz Chinas, in die zentralen Gebiete im Becken des Jangtsekiang, eröffnete sich aber für Rußland von Sibirien aus kein bequemer Weg. Daher war es ein im Stillen beschlossener Plan der russischen Politik, eine Eisenbahnlinie quer durch Innerasien zu schaffen, mit dem vorläufigen Ziel im Talbecken des Weiho, jener Landschaft, die historisch wie geographisch die Wiege des chinesischen Reiches und der chinesischen Kultur ist, mit der alten, auch in den Wirren des sogen. Boxeraufstandes von der Dynastie wieder aufgesuchten Hauptstadt Hsinganfu. Ob diese russisch-zentralasiatische Zukunftsbahn ihren westlichen Ausgangspunkt von der sibirischen oder von der turanischen Magistrallinie aus nehmen sollte, war noch die Frage; sicher aber durfte Rußland hoffen, an dem Tage, wo es ihm gelungen war, mit einem Schienenweg das Talbecken des Weiho von Osten her zu erreichen, der Herr von ganz Nord- und Mittelchina zu sein, denn von dort aus strahlen die natürlichen und durch keine feindliche europäische Aktion zu beeinträchtigenden Verbindungslinien sowohl nach Nordosten und Osten in die große Ebene als auch nach Südosten in das Jangtsekianggebiet aus.

Die Verlegung des russischen Interessenschwerpunktes vom Balkan nach Ostasien änderte, während der Jahre vor dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges unser inneres Verhältnis zu Rußland gegenüber der Zeit der Bismarckschen Politik natürlich vollkommen, zumal da gleichzeitig auch in Persien und Mittelasien die weltpolitischen Interessen Rußlands sich erheblich erweitert und einen

viel akuteren Charakter angenommen hatten. Bismarcks Dreibundpolitik war, wie wir ſahen, aus der Notwendigkeit für Deutſchland hervorgegangen, zwiſchen Rußland und Oeſterreich-Ungarn zu optieren; der Dreibund bezweckte für Oeſterreich-Ungarn die Sicherung gegen einen ruſſiſchen Angriffskrieg mit dem ſtrategiſch-politiſchen Ziel: Konſtantinopel über Wien; Deutſchland dagegen ſollte er vor der Gefahr einer Wiederholung jener verhängnisvollen Kombination aus der Zeit des ſiebenjährigen Krieges — Oeſterreich-Ungarn, Rußland, Frankreich gegen uns — bewahren. Seine Vorausſetzungen waren auf der einen Seite die unbedingte Feindſeligkeit Frankreichs uns gegenüber, auf der anderen Seite der ruſſiſch-öſterreichiſche Gegenſatz in den Balkandingen ſamt der Verhetzung und der Verärgertheit Rußlands gegen die deutſche Politik aus der Zeit des Berliner Kongreſſes her. Sobald aber die ruſſiſche Politik ſich darüber klar wurde, daß für die Zukunft Rußlands als Weltmacht Oſtaſien bedeutend wichtiger war, als der europäiſche Orient, ſo änderte ſich eine Grundvorausſetzung der Dreibund-Politik. Wenn die politiſchen Ziele Rußlands ſich nicht mehr zum größeren Teile in der Beherrſchung der Balkanangelegenheiten erſchöpften, ſo trat für die ruſſiſche Politik die Möglichkeit, ſogar die Wahrſcheinlichkeit einer friedlichen Verſtändigung mit Oeſterreich-Ungarn näher; ja es ließ ſich eine ſolche Veränderung des Standes der Dinge denken, daß an die Stelle des deutſch-öſterreichiſchen ein ruſſiſch-öſterreichiſches Bündnis trat — mit dem Ziel einer Teilung der Balkanhalbinſel.

Derjenige Punkt, auf den Rußland in den Balkandingen, wenn überhaupt an die beſtehenden Verhältniſſe gerührt werden ſoll, um dringlicher Lebensintereſſen willen nicht verzichten kann, iſt die Beherrſchung des Eingangs in das Schwarze Meer vom Bosporus aus. Bismarck hat — allerdings noch unter Vorausſetzung des unveränderten Beſtehens der Baſis des Dreibunds — über die zukünftige Politik Rußlands namentlich mit Beziehung auf Konſtantinopel in ſeinen „Gedanken und Erinnerungen“ ein beſonderes Kapitel. Er ſchreibt dort: „Wenn Rußland, nachdem es hinreichend fertig iſt, um den Sultan und den Bosporus nötigenfalls militäriſch zu Waſſer und zu Lande zu überlaufen, dem Sultan perſönlich und

vertraulich vorſchlägt, gegen Bewilligung einer ausreichenden Befeſtigung und Truppenzahl am nördlichen Eingang des Bosporus ihm ſeine Stellung im Serail und alle Provinzen nicht nur gegen das Ausland, ſondern auch gegen ſeine eigenen Untertanen zu garantieren, ſo würde das ein Angebot ſein, in dem eine erhebliche Verſuchung zur Annahme liegt. Setzen wir aber den Fall, daß der Sultan aus eigenem oder aus fremdem Antrieb die ruſſiſche Inſinuation zurückweiſt, ſo kann die neue Schwarze-Meer-Flotte die Beſtimmung haben, auch vor entſchiedener Sache ſich der Stellung am Bosporus zu bemächtigen, deren Rußland zu bedürfen glaubt, um in den Beſitz ſeines Hausſchlüſſels zu gelangen....." Bismarck führt dann des weiteren aus, wie es ſowohl im Sinne der deutſchen als auch der öſterreichiſchen Intereſſen läge, einer Feſtſetzung Rußlands am Bosporus in keiner Weiſe hinderlich zu ſein. „Ich glaube, daß es für Deutſchland nützlich ſein würde, wenn die Ruſſen auf dem einen oder anderen Wege phyſiſch oder diplomatiſch ſich in Konſtantinopel feſtgeſetzt und dasſelbe zu verteidigen hätten. . . . Wenn ich öſterreichiſcher Miniſter wäre, ſo würde ich die Ruſſen nicht hindern, nach Konſtantinopel zu gehen, aber eine Verſtändigung mit ihnen erſt beginnen, nachdem ſie den Vorſtoß gemacht hätten. Die Beteiligung Oeſterreichs an der türkiſchen Erbſchaft wird doch nur im Einverſtändnis mit Rußland geregelt werden, und der öſterreichiſche Anteil um ſo größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die ruſſiſche Politik zu ermutigen weiß, eine weiter vorgeſchobene Stellung einzunehmen. . . . . Wenn man die Sondierung, ob Rußland, wenn es wegen ſeines Vorgreifens nach dem Bosporus von anderen Mächten angegriffen wird, auf unſere Neutralität rechnen könne, ſo lange Oeſterreich nicht gefährdet wäre, in Berlin verneinend oder gar bedrohlich beantwortet, ſo wird Rußland zunächſt verſuchen, Oeſterreichs Genoſſenſchaft zu gewinnen. Das Feld, auf dem Rußland Anerbietungen machen könnte, iſt ein ſehr weites, nicht nur im Orient auf Koſten der Pforte ſondern auch in Deutſchland auf unſere Koſten. Die Zuverläſſigkeit unſeres Bündniſſes mit Oeſterreich-Ungarn gegenüber ſolchen Verſuchungen wird nicht allein von dem Buchſtaben der Verabredung, ſondern auch einigermaßen von

dem Charakter der Persönlichkeiten und von den politischen und konfessionellen Strömungen abhängen, die dann in Oesterreich leitend sein werden. Gelingt es der russischen Politik, Oesterreich zu gewinnen, so ist die Koalition des siebenjährigen Krieges gegen uns fertig, denn Frankreich wird immer gegen uns zu haben sein, weil seine Interessen am Rhein gewichtiger sind als die im Orient und am Bosporus."

Die russische Weltpolitik in Ostasien stieß nun von Anfang an auf einen starken Widerspruch in dem Bewußtsein des Volkes, und zwar nicht nur der breiteren, zu einer Auffassung großer politischer Vorgänge kaum befähigten ungebildeten Masse, sondern auch in der gebildeten Oberschicht. Jenes alte, durch eine jahrhundertelange Entwicklung und eine große Menge vergossenen russischen Blutes geheiligte Ideal, den Halbmond von der Sophienkuppel in Konstantinopel herabzustürzen und das orthodoxe Kreuz an seine Stelle zu pflanzen, lebte und lebt noch heutigen Tages in Wirklichkeit beim russischen Volke; der Politik in Ostasien standen dagegen nicht wenige urteilsfähige Leute mit dem direkten Empfinden gegenüber, daß es sich dort um ein Abenteuer handle. Mit einer geradezu verhängnisvollen Wucht hat sich dieses vollkommene Fehlen eines inneren Zusammenhanges im Volksbewußtsein zwischen der „historischen Mission" Rußlands und der ostasiatischen Politik alsbald nach Ausbruch des japanischen Krieges geltend gemacht. Von all den Hunderttausenden russischer Soldaten, die auf den Kriegsschauplatz in der Mandschurei transportiert wurden, um mit den Japanern zu kämpfen, hatte nur ein ganz kleiner Teil überhaupt eine Ahnung davon, wer und was die Japaner seien, und aus welchen Ursachen es zum Kriege mit ihnen gekommen war. Die Massen schlugen sich dort bei Port Arthur, am Schaho und bei Mukden für eine Sache, die ihnen innerlich fremder war und ferner lag, als den Grenadieren Suworows 1799 bei Cassano und an der Trebbia die Gründe, um deretwillen sie auf die Franzosen schießen mußten. Aber nicht nur der gemeine Soldat, sondern auch ein großer Teil der gebildeten, politisch denkenden Offiziere und fast die ganze öffentliche Meinung der gebildeten Schichten zuhause erblickte in dem Ausbruch des Krieges und in den unausgesetzten

Mißerfolgen der ruſſiſchen Waffen nichts weiter als eine Bekräftigung der Zweckloſigkeit und Abenteuerlichkeit derjenigen Politik, die das Reich in den oſtaſiatiſchen Konflikt hineingeführt hatte. Damit braucht an ſich der Gedanke einer oſtaſiatiſchen Weltpolitik vom ruſſiſchen Standpunkt aus noch nicht als abſurd hingeſtellt zu ſein. Auch die öffentliche Meinung eines großen Volkes kann zeitweilig in auswärtigen politiſchen Fragen vollſtändig irren. Man braucht zum Beweis dafür nur an die Stimmung zu erinnern, die vor 1866 in den liberalen Kreiſen Preußens gegenüber der Armeereform und dem Gedanken eines Krieges mit Oeſterreich herrſchte. Damals äußerte Bismarck bekanntlich, daß, wenn die Truppen aus Böhmen ſtatt als Sieger als Beſiegte heimgekehrt wären, die alten Weiber von Berlin ihn und Roon mit Beſenſtielen totgeſchlagen hätten. Für Rußland kam es in Oſtaſien zunächſt nur darauf an, ob die materiellen Machtmittel des Staates, die Finanzen, die Armee und die Flotte hinreichend kräftig und leiſtungsfähig ſein würden, um das Begonnene auf alle Fälle durchzuhalten, wenn die Ausgaben ins Ungeheure wuchſen und kriegeriſcher Widerſtand, ſei es von Japan, ſei es von China her, ſich erhob. Daß man ſich in allen dieſen Punkten, in denen man gewiſſenhafter Weiſe und nach dem Maßſtab menſchlicher Vorausſicht gemeſſen, hinreichend ſicher ſein mußte, bevor man wirkliche Weltpolitik aufnahm, ſo abſolut getäuſcht hat, das iſt nicht nur das Verhängnis, ſondern auch die Schuld derjenigen Elemente, die Rußland in dieſe Politik hineingeführt haben.

Zu dem vollkommenen Irrtum über das Maß der eigenen Leiſtungsfähigkeit trat der nicht minder ſchwerwiegende Irrtum über die Abſichten und die Entſchloſſenheit des in Betracht kommenden Gegners. Auch in den amtlichen Kreiſen Deutſchlands ſcheint man ja noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges der Meinung geweſen zu ſein, daß die Japaner nicht oder noch nicht losſchlagen würden, aber Deutſchland war an der Frage der ruſſiſch-japaniſchen Beziehungen, wenn auch mittelbar natürlich ſehr lebhaft, ſo doch direkt nicht annähernd in der Weiſe wie die ruſſiſche Regierung ſelbſt intereſſiert, und der Irrtum daher begreiflich —, in Rußland hätte man darüber informiert ſein müſſen, daß die Japaner

seit dem Frieden mit China von 1895, in dem die Intervention Rußlands, Deutschlands, Frankreichs und Spaniens sie zum Verzicht auf einen großen Teil ihrer Eroberungen zwang, den Krieg mit der höchsten Energie und dem höchsten Opfermut vorbereiteten, und daß vor allen Dingen die psychologische Stimmung der Volksmassen wie der gebildeten und regierenden Schichten von dem Vertrauen auf die Kraft durchdrungen war, den Waffengang mit Rußland erfolgreich bestehen zu können. Das Unterrichtetsein über diese Grundstimmung der gesamten japanischen Nation war eigentlich der springende Punkt. Statt dessen kehrte der General Kuropatkin von seinem Besuch in Japan im Jahre 1903 mit durchaus beruhigenden Eindrücken nach Hause zurück, und in der russischen Presse, zumal in den nationalistischen und chauvinistischen Organen, war das A und O aller politischen Betrachtungen über die Kriegsmöglichkeit während der letzten kritischen Monate des Jahres 1903 stets die Redensart: „sie werden es nicht wagen!" Mir hat ein höherer russischer Sanitäts-Offizier, der auf der Heimreise von der internationalen China-Expedition im Jahre 1901 begriffen war, während einer gemeinsamen Fahrt auf meine Frage, welche von den Truppen, die er in China kennen gelernt habe, er für die tüchtigsten hielte, rückhaltlos geantwortet: die Japaner! Im weiteren Verlauf des Gesprächs entwickelte und begründete er seine Meinung näher dahin, daß der japanische Soldat erstens von einem glühenden persönlichen und patriotischen Ehrgeiz beseelt und darin dem russischen überlegen sei; an absoluter Todesverachtung und körperlicher Leistungsfähigkeit übertreffe er aber auch das durchschnittliche westeuropäische Soldatenmaterial, und in der Organisation des Verpflegungswesens und des Trains sei die japanische Armee überhaupt unübertrefflich. Es wäre für Rußland gut gewesen, wenn solche Ansichten etwas mehr zur Kenntnis und Geltung gekommen wären, bevor man die Kriegsgefahr mit dem Motto erledigte: „Das wagen sie doch nicht."

Die militärische Niederlage der russischen Macht im Kriege mit Japan ist von der überwiegenden Mehrheit der europäischen Zuschauer dieses Dramas ebenso wenig erwartet worden, wie man in Rußland daran gedacht hat, in dieser Weise als Besiegter aus

dem Kampfe hervorzugehen. Ich habe ſchon jahrelang vor dem Kriege nicht ſelten Gelegenheit gehabt, im perſönlichen Geſpräch dieſer falſchen Schätzung der Wehrmacht und kriegeriſchen Aktionsfähigkeit Rußlands entgegenzutreten, aber meiſt nur mit dem Erfolg, ungläubige Zweifel oder das überlegene Lächeln des Beſſerwiſſens hervorzurufen. Auch in der erſten Auflage dieſes Buches habe ich in dem Kapitel über Rußland darauf hingewieſen, daß der allgemeine europäiſche Reſpekt vor der politiſch-militäriſchen Kraft unſeres öſtlichen Nachbarn ein ebenſo merkwürdiges hiſtoriſch-pſychologiſches Problem ſei, wie der nicht beſſer begründete Glaube an die ſogenannten unermeßlichen natürlichen Reichtümer Rußlands es iſt. Wenn man den wirklichen Verhältniſſen in unbefangener Unterſuchung näher tritt, ſo fragt man ſich, welche von beiden Ueberzeugungen eigentlich ungenügender begründet iſt, als die andere — unbegründet vor allen Dingen, ſoweit es ſich bei dem Begriff militäriſcher Macht und wirtſchaftlicher Stärke nicht bloß um die Entfaltung paſſiver Widerſtandsfähigkeit, ſondern aktiver Stoßkraft und eines nachhaltigen, von innen heraus bedingten Ausdehnungsbedürfniſſes handelt. In Deutſchland ſtammt der Reſpekt vor der ruſſiſchen Kraft überwiegend aus der Epoche der Befreiungskriege, vom Zuſammenbruch der napoleoniſchen Macht im Feldzuge von 1812, von der Waffenbrüderſchaft mit den Ruſſen 1813 und 1814 und von der imponierenden Perſönlichkeit des Kaiſers Nikolaus I., der namentlich die preußiſche Politik in der bekannten Abhängigkeit zu halten wußte. Hat doch Bismarck für jene Zeit das Wort von unſerer ruſſiſchen Vaſallenſchaft gebraucht. Einigermaßen wirkte auch wohl noch die Teilnahme Rußlands am ſiebenjährigen Kriege gegen Preußen nach. Wenn auch die Leiſtungen der ruſſiſchen Truppen und ihrer Generale in ſtrategiſcher wie in taktiſcher Beziehung nichts weniger als glänzend waren, ſo imponierte ſchon damals ihre rohe, paſſive, aber ſoldatiſch gewichtige Unerſchütterlichkeit auf dem Schlachtfelde, und vor allen Dingen blieb man ſich bewußt, daß der Hinzutritt Rußlands zu der öſterreichiſch-franzöſiſchen Koalition den Druck auf die preußiſche Widerſtandskraft bis zur Unerträglichkeit geſteigert, und daß die Abkehr Rußlands von den Verbündeten nach dem Tode der Kaiſerin Eliſabeth

Preußen möglicherweiſe gerettet hatte. Auch der Alpenfeldzug Suworows unter Kaiſer Paul hinterließ eine ähnliche heroiſche Erinnerung an die Fähigkeit der ruſſiſchen Truppen, wenn nicht im Anſturm gegen den Feind, ſo doch in der Ueberwindung von Naturſchwierigkeiten und in der phyſiſchen Widerſtandskraft gegenüber den Unbilden des Krieges, den Schrecken der Schlacht, wie der Kälte, der Wunden, Märſche, Strapazen, Außergewöhnliches zu leiſten. An poſitiver militäriſcher Kraft und Tüchtigkeit im höheren Sinne haben die Ruſſen aber im großen und ganzen zu keiner Zeit beſonders Hervorragendes zu Wege gebracht, und in materieller Beziehung ſtellte ſich jedesmal nach einer größeren militäriſchen Anſtrengung eine ſo ſchwere Zerrüttung des Finanzweſens heraus, daß die Regierung in dieſer Hinſicht zu den bedenklichſten Maßregeln greifen mußte. Im 19. Jahrhundert hat Rußland fünf Kriege in Europa geführt: 1805—1807 im Bunde mit Oeſterreich und Preußen gegen Napoleon; 1812—1815 hat es ſich, nach dem Untergang der großen Armee auf dem Hin- und Rückmarſch zwiſchen der Grenze und Moskau, an dem europäiſchen Koalitionskrieg gegen Frankreich beteiligt; 1828—1829 hat es einen Türkenkrieg geführt; 1854—1855 den Krimkrieg; 1877—1878 abermals einen Türkenkrieg. Kleinere militäriſche Konflikte, wie die Eroberung Finnlands 1809, die Niederwerfung der aufſtändiſchen Ungarn 1848, und noch einiges andere, können außer Betracht bleiben. Der wohlwollendſte Beurteiler wird nicht finden, daß die ruſſiſche Armee ſich in irgend einem dieſer Feldzüge mit außerordentlichem Ruhm bedeckt hätte. Die militäriſchen Leiſtungen der Ruſſen in den napoleoniſchen Kriegen waren nicht ſchlecht, aber auch keineswegs glänzend; die Zahl der Niederlagen war größer, als die der Siege. Sowohl die napoleoniſchen Kriege, als auch der ſiebenjährige Krieg waren Koalitionskriege, an denen Rußland nur als militäriſches Glied innerhalb einer Gruppe von Verbündeten gegenüber einem gemeinſamen Gegner beteiligt war: mit Oeſterreich und Frankreich gegen Preußen, mit Oeſterreich, mit Preußen oder mit beiden und noch anderen Mächten gemeinſam gegen die Franzoſen. Allein einem mächtigen Gegner hat Rußland nur 1812 gegenüber geſtanden, und niemand wird behaupten wollen, daß der Mißerfolg

Napoleons den militärischen Leistungen der russischen Führung und der russischen Truppen allein zuzuschreiben sei. In allen anderen Kriegen, die Rußland seitdem geführt hat, handelte es sich nicht um ebenbürtige Gegner, oder soweit solche vorhanden waren, endete der Krieg mit einer Niederlage. Die beiden türkischen Feldzüge von 1828—29 und von 1877—78 haben trotz der starken militärischen Unterlegenheit der Türken das russische Heer in ernste Gefahr gebracht. 1829 war es nur die absolute Kopflosigkeit der türkischen Führung, die es den Russen gestattete, durch den tollkühnen Vormarsch des Feldmarschalls Diebitsch über den Balkan den Feldzug erfolgreich zu beendigen, und der letzte Orientkrieg 1877—78 bedeutete, wenn er auch schließlich durch die rumänische Waffenhilfe und durch die innere Desorganisation der türkischen Kräfte nach zahlreichen und empfindlichen Wechselfällen mit Mühe und Not glücklich zu Ende gebracht wurde, geradezu einen moralischen Bankerott für das russische Heerwesen. Dieser Erkenntnis hat man sich auch in Rußland nicht verschlossen. Nach dem Kriege begann eine lange, eifrige Reorganisationsarbeit in der Armee, und außerdem ist es eine bekannte Tatsache, daß die unüberwindliche Scheu Alexanders III. vor einem Kriege zum großen Teil auf die niederdrückenden Erfahrungen zurückging, die der Kaiser als Thronfolger gelegentlich seiner Teilnahme an dem Feldzug in der Türkei gemacht hat. Im Krimkrieg bildet die Verteidigung von Sewastopol ohne Zweifel ein dauerndes Ruhmesblatt der russischen Geschichte, aber unbeschadet dieser Leistung endete der Krieg unglücklich. Der strategische Aufmarsch, die Dislokation der Truppen, die Verwendung der Kräfte auf dem Schlachtfelde, zeigten gleichmäßig, daß die Führung auf russischer Seite ihrer an sich gar nicht so übermäßig schweren Aufgabe nur sehr mangelhaft gewachsen war.

Ebenso hat sich gezeigt, daß jeder große europäische Krieg seither noch das Reich bis an den Rand der äußersten Finanznot gebracht hat. So war es am Schluß der napoleonischen Epoche, so nach dem Krimkrieg, so nach dem Frieden von San Stefano. Auf diese sehr bedeutsame Tatsache ist in neuester Zeit bereits

mehrfach hingewieſen worden.*) Profeſſor Ballod hat vollſtändig recht, wenn er betont, daß jedesmal als nähere oder fernere Nachwirkung dieſer Kriege ein Zuſammenbruch der ruſſiſchen Währung erfolgt ſei. Das zur Beſtreitung der Kriegskoſten in den napoleoniſchen Feldzügen ausgegebene Papiergeld, die ſogenannten „Rubel Banko", ſanken in den darauf folgenden Jahren allmählich auf weniger als dreißig Prozent vom Wert des Silberrubels und erhielten im Jahre 1839 geſetzliche Zahlungskraft zu zwei Siebenteln des Nominalwertes, d. h. der Staat ſtrich fünf Siebentel der von ihm durch Ausgabe jener Aſſignaten übernommenen Zahlungsverpflichtungen. In der letzten Zeit vor dem Krimkrieg hatte ſich das ruſſiſche Finanzweſen äußerlich wieder einigermaßen erholt, und die öffentliche Meinung nahm damals an, daß Kaiſer Nikolaus finanziell ſo gut gerüſtet ſei, wie militäriſch. Er war weder eins noch das andere. Während der letzten Monate des Krieges war die Geldnot in Rußland ſo hoch geſtiegen, Gold und Silber derart aus dem Verkehr verſchwunden, daß die Regierung ſelbſt größere Zahlungen, die ſie zu leiſten hatte, zwangsweiſe in Kupfergeld vornahm. In Wirklichkeit war das ruſſiſche Finanzſyſtem ſchon vor dem Kriege ſo ſtark ausgehöhlt, daß der Zuſammenbruch im Jahre 1858 nur eine notwendige Folge jener vorhergegangenen Manipulationen war, die infolge der abſoluten Regierungsgewalt vor der Oeffentlichkeit verborgen geblieben waren. 1858 mußte die ruſſiſche Staatskaſſe die Barzahlungen, d. h. die Einlöſung der Kreditbillette gegen Silberrubel, einſtellen. Der Kurswert des Papierrubels gegenüber dem Silberrubel wechſelte fortan, hielt ſich aber bis zum Türkenkriege von 1877—78 meiſt einigermaßen aufrecht. Nach dem Kriege ſank infolge Ueberanſtrengung der Finanzkräfte des Staats der Kurs der Rubelnoten zeitweilig bis auf etwas über fünfzig Prozent ihres Nominalwertes. Bekanntlich wurde dann bei der Einführung der Goldwährung durch den Finanzminiſter Witte der Wert des Rubels durch die ſogenannte Devalvation auf zwei Drittel des früheren feſtgeſetzt. Die Ausſichten für die ruſſiſche Währung und den ruſſiſchen Kredit nach dem unglücklichen Kriege

*) So auch Karl Ballod in Schmollers Jahrbuch für Geſetzgebung, Verwaltung und Volkswirtſchaft; 1906, S. 464 und Rudolf Martin „Die Zukunft Rußlands" S. 73.

gegen Japan ſind alſo, von allen übrigen Argumenten abgeſehen, ſchon mit Rückſicht auf dieſe drei vorhergegangenen Beiſpiele ſehr unſicher.

Die Niederlage gegen Japan hat nun endlich den Glauben an die innere Kraft Rußlands, wenigſtens nach der Seite ſeiner militäriſch-politiſchen Leiſtungsfähigkeit hin, erſchüttert. Allerdings nur erſt erſchüttert, immer noch nicht von Grund auf geſtürzt, und doch hat für den richtig überlegenden Beurteiler der Verlauf dieſes Krieges nicht mehr und nicht weniger nachgewieſen, als daß Rußland für abſehbare Zeit überhaupt aus der Reihe derjenigen Mächte zu ſtreichen iſt, die imſtande ſind, einen großen modernen Krieg zu führen, d. h. ſich einen maßgebenden Einfluß auf die Weltpolitik zu wahren. Für die Begründung dieſes Urteils aus dem Charakter der finanziellen und der allgemeinen wirtſchaftlichen Lage Rußlands werden wir Material in ſeinen Einzelheiten noch ſpäter vorzulegen haben. Abgeſehen von der ökonomiſchen Grundlage des ganzen ruſſiſchen Problems hat aber der Krieg in entſcheidender Weiſe einen ſo großen moraliſchen Defekt des gegenwärtigen Rußland erwieſen, daß dieſer für ſich allein ſchon genügt, um jene Unmöglichkeit zur Führung eines modernen Krieges zu beweiſen. Man muß dabei den Nachdruck auf das Wort modern legen. Rußland iſt nicht imſtande, im Gebrauch der Mittel, die in der heutigen Kriegstechnik zur Anwendung gelangen müſſen, mit geiſtig und moraliſch höher entwickelten Völkern Schritt zu halten. Das 18. Jahrhundert, das Zeitalter der napoleoniſchen Kriege und ſelbſt noch die erſten Feldzüge, die nach der Einführung des Hinterladegewehres durch die größeren Militärſtaaten geführt wurden, ſtellten an die allgemeine Qualität des Soldatenmaterials und der Führung noch keine höheren Anforderungen, als daß auch Rußland mit ſeinen vorhandenen Mitteln hoffen konnte, ihnen nachzukommen. Allerdings war man ſich in Rußland darüber klar, daß die Rückſtändigkeit des Volkes in der Bildung eine bedeutend höhere Ausbildungs- und aktive Dienſtzeit bei der Fahne notwendig machte. Bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurden diejenigen Leute, die als Rekruten über keinerlei Kenntnis des Leſens und Schreibens verfügten, alſo die überwiegende Mehrzahl

des gesamten Ersatzmaterials, von vornherein auf fünf Jahre eingestellt. Je nach der Höhe der nachgewiesenen Schulbildung wurde dann den einzelnen Kategorien der Wehrpflichtigen eine fortschreitende Verkürzung dieser aktiven Dienstpflicht bei der Fahne gewährt. Mit dem Fortschritt in der Technik des Kriegswesens, der Tragweite der Infanteriewaffen und der Geschütze, der Vergrößerung der Heere, der komplizierten Ausgestaltung des Signal- und Meldewesens, des Aufklärungsdienstes, mit der beinahe ins Unendliche wachsenden Vergrößerung des Gefechtsfeldes, und vor allen Dingen mit der notwendigen Auflösung der fechtenden Truppe während des Kampfes in immer kleinere Körper, ja schließlich in die einzelnen Individuen und der damit zusammenhängenden Notwendigkeit einer steten Erhöhung der Selbständigkeit bei Mannschaften und Offizieren, mußte aber der Moment eintreten, an dem das Material der russischen Armee versagte. Der Feldzug gegen die Japaner hat gezeigt, daß mit den heutigen Anforderungen an ein Heerwesen großen Stils der Punkt, bis zu dem die Leistungsfähigkeit des russischen Durchschnittssoldaten und Offiziers unter den obwaltenden Verhältnissen noch gesteigert werden konnte, bereits überschritten war. In Zukunft wird es sich natürlich bei diesen Anforderungen des modernen Krieges vor allen Dingen an die geistigen und moralischen Qualitäten eines Heeres noch um eine stets weiter getriebene Steigerung handeln. Damit ist von selber gegeben, daß das Versagen der russischen Armee nach dieser Richtung hin im Ernstfalle immer verhängnisvoller hervortreten würde. An Tapferkeit hat es dem russischen Soldaten den Japanern gegenüber im großen und ganzen so wenig gefehlt, wie vordem den Türken und Franzosen gegenüber. An geistiger und körperlicher Beweglichkeit, an moralischer Spannkraft war er aber dem Japaner hoffnungslos unterlegen. Ebenso zeigte sich, daß die höhere Führung nicht mehr imstande war, die technischen Mittel, ohne deren Beherrschung ein moderner Feldzug oder eine moderne Schlacht nicht glücken können, in ausreichender Weise zu handhaben. Daß einzelne Generale und Führer versagten, daß Kopflosigkeit und Feigheit, ja möglicherweise sogar eine an Verrat grenzende Pflichtvergessenheit, wie bei der Uebergabe von Port Arthur, eine Rolle gespielt haben, das kann in jedem

Kriege und bei jedem Volke vorkommen. Was wir in Preußen 1806 erlebt haben, bei der Kapitulation der großen Festungen vor Napoleon, sollte uns in dieser Beziehung mit unserem Urteil, zumal außerhalb der militärischen Fachliteratur, zurückhaltend machen. Diese Mängel machten aber nicht das entscheidende Moment für die Niederlage aus; vielmehr lagen die inneren Gründe für den militärischen Zusammenbruch des Staates gegenüber den Japanern nicht nur in der Unmöglichkeit, den russischen Soldaten moralisch und intellektuell auf die Höhe des japanischen zu bringen, sondern vor allem in dem Unvermögen der Führung begründet, eine derartige organisatorische Riesenaufgabe, wie eine moderne Schlacht großen Stils sie stellt, aufzunehmen und zu leiten. Mit noch viel größerer Schärfe als im Landkriege hat sich diese Seite des militärischen Versagens bei den Russen im Seekriege gezeigt. Führer und Mannschaften waren nicht fähig, ein so ungeheuer schwieriges Kriegsinstrument, wie es ein modernes Schlachtschiff und vollends eine Riesenflotte solcher Fahrzeuge darstellt, im einzelnen wie im ganzen mit der erforderlichen Sicherheit zu handhaben. Das kann auch nicht anders werden, wenn Rußland sich eine neue Flotte baut und einen Plan für die innere Neuorganisation der militärischen Ausbildung seiner Truppen zu Lande durchzuführen versucht. Man kann aus weichem Eisen keine Klinge schmieden, mit der sich einer stählernen Rüstung begegnen läßt. Das einzige Mittel, das hier helfen kann, ist eine Erhöhung des geistigen und moralischen Niveaus der gesamten Nation; dazu aber bedarf es, neben allem anderen, größerer Zeiträume, und wenn die Verhältnisse in dieser Beziehung so überaus ungünstig liegen, wie es in Rußland der Fall ist, so wird man überhaupt daran zweifeln dürfen, ob eine durchgreifende Besserung hier anders geschehen kann, als durch das Läuterungsfeuer erschütternder Krisen und großer nationaler Katastrophen hindurch. Auch was die Moral im gewöhnlichen Sinne anbetrifft, hat der japanische Krieg gezeigt, daß Rußland in dieser Beziehung seit den schmutzigen und korrupten Vorgängen von 1877—78 keine Fortschritte gemacht hat, sondern daß es nur noch schlimmer geworden ist. Die Veruntreuung von Staatsgeldern wurde von Hoch und Niedrig in noch riesenhafterem Maßstabe und mit noch

ſchamloſerem Zynismus betrieben, als damals. Es koſtete nur einen beſtimmten Tarif, um Luxus- und Genußartikel, Sekt, Kaviar, Wein, franzöſiſche Parfümerien, Damentoiletten und dergleichen, als Artilleriemunition und als Soldatenmäntel deklariert, trotz des empfindlichen Mangels an rollendem Transportmaterial und trotz der ſchärfſten Verbote, waggonweiſe auf den Kriegsſchauplatz zu befördern. Im ruſſiſchen Hauptquartier und den Städten der Mandſchurei war, von den Großfürſten und von manchen kommandierenden Generalen hinab bis zu den Beamten des Roten Kreuzes, alles mit liederlichen Weibern aus Rußland und Paris förmlich überflutet. Der Harem und die Küche eines Großfürſten beanſpruchten z. B. auf dem Rückzuge zwei volle Eiſenbahnzüge. Kann es außerdem für die Demoraliſation in den höchſten Sphären des Staates und der Armee kraſſere Beiſpiele geben, als das Verhalten jener Angehörigen des Kaiſerhauſes, die ſich in den Tagen der tiefſten ruſſiſchen Erniedrigung zu Waſſer und zu Lande öffentlich mit franzöſiſchen Demimondainen in Monte Carlo und Paris ſehen und photographieren ließen? Das alles ſind Erſcheinungen, die ſich nicht wie in dem vorrevolutionären Frankreich bloß aus der teilweiſen Entartung einer dünnen Oberſchicht erklären laſſen und von denen man darum annehmen könnte, daß ſie durch eine ähnliche kritiſche Prozedur, wie ſie Frankreich nach 1789 durchmachte, zum raſchen Verſchwinden gebracht werden könnten; in Rußland ſind dieſe Dinge vielmehr ein notwendiger Ausfluß der Geſamtkorruption, die das ganze Volk in ſeinen unteren Schichten mehr in naiver Weiſe, je weiter nach oben aber deſto faulender und verderblicher durchfrißt, und deren Wurzeln ſich unter der Herrſchaft des abſolutiſtiſchen Syſtems, unter gleichzeitiger Hintanhaltung einer ausreichenden Schulbildung und moraliſchen Erziehung der Maſſen, ſo ſehr in die Tiefe und Breite des Volkskörpers hineingeſenkt haben, daß alle von außen kommenden Reformationsverſuche notwendigerweiſe ergebnislos bleiben müſſen. Es iſt der Mangel jeglichen Gefühls für die Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber dem Gemeinweſen, der den innern Grund für den Tiefſtand der Moral in Rußland nach dieſer Seite hin bildet. Selbſt Leute, die im übrigen unſeren Anforderungen an die gewöhnliche bürgerliche Ehr-

barkeit, z. B. im privaten Geschäftsverkehr entsprechen würden, haben gegenüber der Möglichkeit, sich aus staatlichen oder sonstigen öffentlichen Geldern zu bereichern, ein widerstandsloses oder eigentlich überhaupt kein Gewissen, und in dieser Beziehung ist gar kein Unterschied zwischen Regierenden und Regierten. Es gibt natürlich Männer in Rußland, die auch im öffentlichen Leben die Grundsätze strenger Rechtlichkeit wahren und die Beseitigung der Korruption für das erste Erfordernis der politischen und sozialen Gesundung ansehen, aber ihre Zahl und namentlich ihr Einfluß sind viel zu gering, als daß man von ihrer Stimme eine merkliche Besserung erwarten könnte. Auch der Uebergang zu den verfassungsmäßigen Formen einer Volksvertretung bietet an sich nichts weniger, als die Gewähr dafür, daß die politische und soziale Korruption dort, wo sie besteht, sich auf diesem Wege bessert. Die Belege hierfür sind namentlich in der parlamentarischen Geschichte der romanischen und slawischen Nationen nicht schwer zu finden. Das Einzige, was hier helfen könnte, wäre eine vollkommene innere Aenderung der führenden und gebildeten Schichten der Nation, von denen dann unter Zuhilfenahme eines leistungsfähigen Schulsystems, vor allen Dingen aber unter gleichzeitiger Umwandlung der Kirche aus einer Trägerin kultischer Funktionen zu einer die Gewissen beeinflussenden Macht, die Besserung ausgehen könnte. Man sieht, daß diese Forderungen nur aufgestellt zu werden brauchen, um schon durch ihre Formulierung die enormen inneren Schwierigkeiten, mit denen sie verbunden sind, zu enthüllen.

Rußlands Schicksal liegt in der Art seiner Umwandlung aus einem asiatischen in einen europäischen Staat begründet, und es ist eins der merkwürdigsten historischen Probleme die es gibt: zu beobachten, wie dort auf der einen Seite der Drang zur territorialen Ausdehnung in zwei Erdteilen, auf der andern Seite die inneren Schwierigkeiten, die sich diesem Expansionsbedürfnis durch den niedrigen Stand der Kultur entgegenstellen, Jahrhunderte lang nebeneinander hergehen und sich wechselseitig bedingen. Die letzte Wurzel der kulturellen Rückständigkeit Rußlands liegt in seinem Anschluß an die byzantinische Kirche, wodurch die inneren Kontaktwirkungen mit der abendländisch-katholischen Gemeinschaft, die sonst

trotz der räumlichen Entfernung und trotz des Mongolenjoches mit Notwendigkeit eingetreten wären, von vornherein ausgeschaltet wurden. Wenn der Großfürst Wladimir im 10. Jahrhundert nicht byzantinisch-orthodox, sondern römisch-katholisch geworden wäre, so hätte das für die frühzeitig innere Einbeziehung Rußlands in die kulturelle und politische Gemeinschaft der europäischen Kulturnationen eine noch größere Bedeutung gehabt, als wenn die Mongolen Rußland nie erobert und die Chane der „goldenen Horde" nie die Lehnsherrn der Großfürsten von Moskau gewesen wären. Im Zusammenhange der voraufgegangenen kirchlichen Isolierung wirkte dann die Mongolenherrschaft allerdings um so schlimmer. Sie besiegelte es endgültig, daß sich aus der kirchlichen Scheidung eine allgemeine geistige und kulturelle entwickelte, in dem Sinne, daß Rußland zu Ende der Mongolenherrschaft sowohl politisch als auch national ein vollkommen barbarisches Gebilde darstellte. Wenn man von den Wikingerfahrten der russisch-normannischen Fürsten des 9.—11. Jahrhunderts gegen das byzantische Reich und die Länder der Balkanhalbinsel absieht, so beginnt die russische territoriale Ausdehnungspolitik im 16. Jahrhundert. Die Eroberungen der Großfürsten von Moskau, die vor dieser Zeit liegen, bedeuten lediglich die Vereinigung des größeren Teils der ursprünglich russischen und von den Russen kolonisierten Slawenländer unter einheitlichem Szepter. Als diese Aufgabe beendet war, erhob sich aber von selbst mit Naturnotwendigkeit das Bedürfnis, nach irgend einer Seite hin einen Ausgang aus der vollkommenen binnenländischen Abgeschlossenheit zu finden. Mit Iwan dem Schrecklichen (1533 — 1584), also ein halbes Jahrhundert nach der endgültigen Abschüttelung der Mongolenherrschaft, beginnt gleichzeitig die Expansion nach allen Richtungen. Im Norden werden auf dem weiten Umwege über das Weiße Meer, die einzige Stelle, wo Rußland damals an die See grenzte, keineswegs unbedeutende Handelsbeziehungen zu England aufgenommen. Nach Osten und Südosten schob die Einverleibung der beiden tatarischen Zartümer Kasan und Astrachan die Grenzen des Reiches mit einem Mal bis an den Ural und bis an das Kaspische Meer vor. Gegen Ende der Regierung Iwans begann die Eroberung Sibiriens durch den Kosaken Jermak

Timofejew. Als der Zar ſtarb, war Nordaſien bis an den Ob und Irtiſch bereits ruſſiſch, und noch nicht fünfzig Jahre ſpäter erreichten die Koſaken bereits bei Ochotsk den Stillen Ozean. Nach Oſten hin gegen die tatariſch-mongoliſchen Staaten und die ſibiriſchen Waldvölker waren die Waffen Moskaus und die moskowitiſche Kultur immerhin noch der überlegenere Teil. Die Verſuche Iwans, durch den Zugang zur Oſtſee die direkte Verbindung mit Europa zu erzwingen, ſcheiterten an der militäriſchen Ueberlegenheit der polniſch-ſchwediſchen Koalition. Ebenſo blieb im Süden das Reich der Krimſchen Tataren, die einen ſtarken Rückhalt an der Türkei beſaßen, eine den Moskowitern gefährliche Macht. Während des 17. Jahrhunderts wiederholten ſich die Verſuche Moskaus, die Oſtſee zu erreichen, aber ſie blieben vergeblich. Auch Zar Alexei, der Vater Peters des Großen, gelangte mit Heeresmacht bis vor Riga und belagerte die Stadt, ohne ſie nehmen zu können und ohne im ſchließlichen Frieden (1661) einen Fuß breit Bodens gegen das weſtliche Meer hin zu gewinnen. Nur gegen Polen gelang es ihm, einige früher verloren gegangene altruſſiſche Landſchaften wieder an das Reich zu bringen. Iwan der Schreckliche und Alexei haben beide auf ihre Art bereits verſucht, Rußland zu moderniſieren. Gleich Peter dem Großen waren ſie zu dieſem Zweck vor allen Dingen bemüht, Techniker, Geſchützgießer, Waffenmeiſter nach Moskau zu bringen — ein Beſtreben, das Polen und der livländiſche Orden in richtiger Erkenntnis der Gefahren, die ſich in Zukunft hieraus entwickeln konnten, nach Kräften zu hindern ſtrebten. Dieſe Bemühungen der moskowitiſchen Herrſcher tragen aber doch noch kaum einen anderen Charakter, als wenn heute der Negus von Abeſſinien oder der Emir von Afghaniſtan darauf aus ſind, ſich Kruppſche Geſchütze oder Phonographen anzuſchaffen. Auch Zar Alexei ließ ſich im Kreml von Moskau von einer deutſchen Schauſpielertruppe etwas vorſpielen. Ein Verſtändnis dafür, daß es ſich bei der Einführung Rußlands in die Reihe der politiſchen Mächte des Zeitalters um viel tiefer liegende Dinge handelte, als um die Aneignung des techniſchen, namentlich des kriegstechniſchen Könnens der Abendländer, ging niemandem in Rußland auf, und auch von Peter dem Großen wird ſich nicht behaupten laſſen, daß

er ein tieferes Verständnis dafür beſeſſen hat. Er war viel begabter, viel gewaltſamer und viel erfolgreicher in der „Europäiſierung", als ſein Vater und als Iwan der Schreckliche, aber eine Idee vom innern Weſen der abendländiſchen Kultur, von ihrem unlösbaren Zuſammenhange mit dem ganzen Bildungs- und inneren Entwicklungsgange der europäiſchen Völker und von der Unmöglichkeit, ſie mit Erfolg bloß äußerlich auf das Ruſſentum aufzupfropfen, hat er nicht gehabt. Im Zuſammenhange mit den gewaltſamen Beſtrebungen Peters des Großen um die Einführung Rußlands in den Kreis der europäiſchen Großmächte machte ſich auch ſofort der niedrige wirtſchaftliche und materielle Entwicklungsſtand des Landes in den finanziellen Schwierigkeiten zur Durchführung der neuen Politik geltend, und ebenſo wie Peter ſelbſt mußten auch ſeine Nachfolger während des 18. Jahrhunderts zu allen möglichen Mitteln greifen, um den Bargeldbedarf zu befriedigen. Eine beſondere Schwierigkeit entſtand dabei von Anfang an durch die ungeheure moraliſche Korruption in der Beamtenſchaft, die ſich vom letzten Poliziſten und Zollwächter bis zu den regierenden Günſtlingen und Miniſtern hinauf gleichmäßig erſtreckte. Das Mißverhältnis zwiſchen dem finanziellen Vermögen und den politiſchen Anſprüchen war es dann ja auch, wodurch die regelmäßigen Geldkriſen im Gefolge der europäiſchen Kriege während des 19. Jahrhunderts eintraten. Daß Rußland trotzdem die Großmachtspolitik zwei Jahrhunderte lang durchführen konnte, lag, wie bereits angedeutet, im weſentlichen darin begründet, daß der Entwicklungsſtand der militäriſchen Taktik während dieſer Zeit es immer noch halbwegs geſtattete, mit derjenigen Art von Ausbildung für den Krieg, die der gewöhnliche ruſſiſche Soldat und der Offizier ſich anzueignen fähig waren, und mit der Art von allgemeinem Können, die im Kriege praktiſch aus ihnen herauszuholen war, auszukommen. Namentlich galt das für die Taktik der Kriege des 18. Jahrhunderts. Der napoleoniſchen Methode, die das preußiſche Heer von 1806 zertrümmerte, wäre das ruſſiſche Heerweſen an ſich natürlich ebenſo wenig gewachſen geweſen; nur daß die gewaltige paſſive Widerſtandskraft auch unter den ungeheuerſten Verluſten bei den ruſſiſchen Bataillonen doch noch als

ein besonderes Moment hinzutrat. Der japanische Krieg hat gezeigt, daß auch in dieser Beziehung eine Erschütterung stattgefunden hat, aber man wird wohl nicht fehl mit der Annahme gehen, daß hier die große Unpopularität des Krieges, die Verständnislosigkeit des gemeinen Mannes dafür, worum es sich eigentlich handelte, die von jedermann empfundene Mangelhaftigkeit der Führung und die besondere Art des Gegners, das Ihrige dazu beigetragen haben werden. In den Kämpfen von 1813 und 1814 war die Uebermacht so sehr auf Seiten der Verbündeten, daß auch die Russen nicht mehr zu leisten brauchten, als sie nach ihrer bisherigen Art zu leisten imstande waren, und seitdem hat Rußland ja, wie bereits bemerkt, bis zum Ausbruch des Krieges mit Japan, abgesehen von dem unglücklichen Krimkriege, nie wieder mit einem militärisch ebenbürtigen Gegner zu tun gehabt.

Die Niederlage im japanischen Kriege muß also als der moralische und materielle Bankerott der Europäisierungspolitik in Rußland nach dem von Peter dem Großen begonnen System angesehen werden. Die ökonomischen Mittel des Staates haben im entscheidenden Augenblick für die Durchführung des angestrebten Zieles nicht ausgereicht, und die aus dem Konflikt der europäischen Bildung mit dem barbarischen Regierungssystem sich entwickelnde Krisis wurde naturgemäß gerade in dem Moment akut, wo die äußere Niederlage des Absolutismus und der korrumpierten Beamtenherrschaft besiegelt erschien. Die Frage nach der Zukunft Rußlands ist mithin gleichbedeutend mit der nach den Möglichkeiten seiner wirtschaftlichen Gesundung und seiner inneren politischen Regeneration. Man kann das System, das bis zum japanischen Kriege und bis zu der erzwungenen Verleihung einer Konstitution durch den gegenwärtigen Kaiser, in Rußland angewandt worden ist, dahin definieren, daß versucht wurde, die materiellen Machtmittel des Staates, d. h. vor allen Dingen seine Finanzkraft, unter absichtlicher Ignorierung und Beiseiteschiebung der Reformnotwendigkeiten auf dem Gebiete des Absolutismus, der politischen Willkür, ohne sittliche Volkserziehung und ohne Schulbildung und des öffentlichen Diebstahls am Staatsvermögen auf jede sonst mögliche Weise zu entwickeln. Zwei bedeutende und in ihrer Art geniale Finanzminister,

Wyſchnegradski und Witte, unternahmen es, durch eine künſtliche Emporzüchtung des weſteuropäiſchen Induſtrialismus und Kapitalismus der Geldarmut Rußlands abzuhelfen; als Reſultat dieſes Verſuchs hat ſich aber ein vollſtändiger und offenſichtlicher Mißerfolg gezeigt. Vorausſetzung und Vorbedingung dafür, daß man überhaupt an jene Pläne herantrat, war der fortgeſetzte Ruin der bäuerlich agrariſchen Bevölkerung. Die Agrarfrage iſt und bleibt in Rußland der Kern aller politiſchen und wirtſchaftlichen Probleme, und der Verſuch, ein kapitaliſtiſch-induſtrielles Syſtem ohne Rückſicht auf die Lage des Bauernſtandes durchzuführen, konnte daher nicht anders, als mit dem Zuſammenbruch enden. In Europa glaubt man immer noch an Rußland als an ein Land mit großen Getreideüberſchüſſen und entſprechender natürlicher Exportfähigkeit. Dieſer Glaube iſt aber grundverkehrt. In Rußland ſelbſt hat man ſchon vor Jahren den Vergleich zwiſchen der Ertragsfähigkeit des ruſſiſchen, des weſteuropäiſchen und des amerikaniſchen Ackers gezogen und aus den Zahlen dieſer Statiſtik die beinahe hoffnungsloſe Unterlegenheit der ruſſiſchen Landwirtſchaft, vor allen Dingen der bäuerlichen, eingeſehen. Ich habe dann in den Unterſuchungen über die finanziellen und wirtſchaftlichen Zuſtände Rußlands, die ich 1902 und 1903 in den „Preußiſchen Jahrbüchern" veröffentlichte, das in jenen ruſſiſchen Arbeiten enthaltene Material in Deutſchland zugänglich gemacht, und ſeitdem iſt bei uns noch öfter davon die Rede geweſen, ohne daß die, wie es ſcheint unzerſtörbare Legende von den immenſen natürlichen Reichtümern Rußlands in weiteren Kreiſen darunter gelitten hätte. Man muß in Rußland, was den Kulturzuſtand des Ackers betrifft, deutlich unterſcheiden zwiſchen Gutsland und Bauernland. Das Gutsland weiſt im Durchſchnitt immer noch eine bedeutend geringere Ertragsfähigkeit auf als in Deutſchland, aber es ſteht doch wegen der relativ beſſeren Wirtſchaft über dem Bauernlande. Das Bauernland umfaßt aber den größeren Teil der für den Ackerbau ausgenutzten Fläche Rußlands und dem Bauernſtande gehören immer noch zirka 80 Prozent des eigentlichen ruſſiſchen Volkes an. Durch die fortgeſetzte rückſichtsloſe Ausraubung des Bodens hat dieſe Bauernwirtſchaft es zuwege gebracht, daß Rußland insgeſamt kaum noch

soviel Getreide produziert, daß seine Bevölkerung normaler Weise davon für ihren eigenen Bedarf genug hätte. Rußland erntet verhältnismäßig, d. h. auf den Kopf der Einwohnerschaft berechnet, weniger Getreide als Deutschland; Deutschland aber importiert ein Fünftel seines Bedarfs an Getreide, während Rußland mehr als den entsprechenden Bruchteil seiner Ernte exportiert. Auf russischer Seite empfand man es sehr unangenehm, daß die ausländische Literatur auf diese absolut ungesunde Basis der russischen Getreideausfuhr, mit der die Zahlungsbilanz und die internationale Zahlungsfähigkeit des Reiches stehen und fallen, aufmerksam wurde. Man versuchte daher, der Vorstellung, daß Rußland eigentlich gar kein Getreide exportieren dürfe, entgegenzutreten. Diese Versuche sind aber als völlig mißglückt anzusehen. Auch der genaueste Kenner der gegenwärtigen russischen Wirtschafts-Statistik unter den heutigen deutschen Nationalökonomen von Fach, Professor Ballod in Berlin, bemerkt, daß die Durchschnittserträge der russischen Landwirtschaft selbst unter Einrechnung der besseren Erträge auf den nicht-bäuerlichen Gütern noch nicht einmal halb so hoch sind, wie die Durchschnittserträge im deutschen Reich. „Beachtet man aber gar, daß die Aussaat etwa rund ein Viertel bis ein Fünftel der russischen, aber nur ein Neuntel bis ein Zehntel der deutschen Bruttogetreideerträge absorbiert, so wird das Resultat ein noch ungünstigeres. Es ist eine Rückständigkeit im Getreidebau vorhanden, wie sie ihresgleichen weder in Europa noch in einem außereuropäischen Lande findet. In den russischen offiziösen und offiziellen Berichten werden in der jüngsten Zeit 15 Pud (246 Kg.) Brotgetreide und Gerste pro Kopf als für die menschliche Ernährung ausreichend bezeichnet und im Anschluß daran wird demonstriert, daß Rußland große Ueberschüsse an Getreide aufzuweisen habe, die es naturgemäß ausführen könne . . . Eine solche Argumentation ist aber nur möglich, wenn man die in Rußland seit Jahrzehnten tatsächlich vorhandene chronische Unterernährung der bäuerlichen Bevölkerung als etwas Normales ansieht. Vergleicht man nämlich den in der russischen Darstellung als normal betrachteten Satz von 246 Kg. pro Kopf — exkl. Hafer — mit der in Westeuropa tatsächlich vorhandenen Getreideration, so ergeben sich beträchtliche

Unterſchiede. Deutſchland hat allein an Roggen, Weizen und Gerſte in den Jahren 1900—01 bis 1904—05 im Durchſchnitt eine pro Kopf-Quote von 316 Kg. einſchließlich Einfuhr und zirka 256 Kg. exkl. Einfuhr, bloß aus den Vorräten der eigenen Ernte! Unter Hinzurechnung von Hirſe, Buchweizen, Hülſenfrüchten, erhöht ſich aber dieſer Satz noch. Namentlich aber fällt in die Wagſchale, daß Deutſchland einen Kartoffelkonſum von zirka 620 Kg. pro Kopf gehabt hat, Rußland dagegen nur einen ſolchen von etwa 8 Pud gleich 131 Kg., Deutſchland mithin zirka 489 Kg. mehr, was einem Getreide-Aequivalent (Getreidewert zu Kartoffeln wie 5:1 gerechnet) von etwa 95 Kg. entſpricht. Mit anderen Worten: Deutſchland könnte, wenn ſich ſeine Bevölkerung nach ruſſiſcher Norm ernähren wollte, zirka 6 Millionen Tonnen Getreide und Getreidewert exportieren anſtatt dieſen Betrag einzuführen." *)

Dieſe Zahlen muß ſich jedermann in all ihrer kraſſen Deutlichkeit und ihrem ganzen Gewicht vor Augen halten, der ſich über das Verhältnis von Rußlands volkswirtſchaftlicher und politiſcher Lage ein Bild machen will. Rußlands geſamter Ernteertrag würde noch nicht hinreichen, um das Volk im Durchſchnitt ſo gut zu ernähren wie das deutſche Volk ſich nährt — wobei wir nicht vergeſſen dürfen, daß nicht nur die hohe Ernährungsquote von Nordweſtdeutſchland, ſondern auch die Not der ſchleſiſchen und heſſiſchen Gebirgsdörfer in den 316 Kg. Brotgetreide für den Kopf der deutſchen Bevölkerung ſteckt. Rußland aber hat ſich in den Jahren von 1902—1906 durchſchnittlich 12 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr, oder in Geldwert ausgedrückt mehr als eine Milliarde Mark jährlich, abhungern müſſen, um die Zinſen für ſeine auswärtige Schuld bezahlen zu können! Schon ſeit einer Reihe von Jahren lebt darum der Bauer in einem großen Teil des Reiches in einem Zuſtand chroniſcher Unterernährung, und die Folgen davon äußern ſich von Jahr zu Jahr deutlicher und verhängnisvoller. In den Notſtandgouvernements iſt die Sterblichkeit doppelt ſo groß als in Deutſchland; die natürliche Volksvermehrung iſt dort völlig zum Stillſtand gekommen, und die Ziffer der Tauglichen beim

*) Ballod, „Rußland" in dem von E. von Halle herausgegebenem Jahrbuch „Die Weltwirtſchaft" Seite 73 f.

Rekrutenersatzgeschäft sinkt von Jahr zu Jahr. Diese Art von chronischem Notstand äußert sich hier und da in apathischer Erschlaffung, öfter aber, und je länger desto mehr, in einer weitgehenden Auflockerung der psychologischen Widerstandskraft der Bauern gegenüber den Einflüssen der revolutionären Propaganda. Die Goldwährung, die Zahlungsbilanz, der europäische Kredit des Reiches — sie beruhen samt und sonders nur noch auf der ununterbrochenen, gewaltsamen Hinaustreibung der Getreidevorräte, die von Rechts wegen nicht zum Verkauf, sondern zur Ernährung des eigenen Volkes da sein sollten, ins Ausland. Rückgang des Getreideexports bedeutet für Rußland die finanzielle Katastrophe; Aufrechterhaltung der Kornausfuhr ist aber gleichbedeutend mit der fortgesetzten Hineindrängung der Bauernmassen in die gänzliche physische und moralische Erschlaffung oder in die Arme der Revolution. Unmöglich kann man sich dieser Gefahr gegenüber mit der sprichwörtlichen Leidensfähigkeit der Völker im allgemeinen und des russischen im besonderen trösten. All das hat seine Grenzen, und daß *kein* Volk auf die Dauer eine so starke Unterernährung verträgt, wie die, zu der das russische verurteilt ist, dafür zeugen die an Zahl wachsenden Bauernrevolten im Innern des russischen Reiches. Man darf die Bedeutung dieser Erscheinung ja nicht unterschätzen, und ihre Natur wird vollständig verkannt, wenn man sie mit den großen Aufstandsversuchen des 18. Jahrhunderts im Süden und Südosten des damaligen Rußland oder mit den Revolten vergleicht, die unter Kaiser Alexander I. aus Anlaß der Araktschejewschen Militärkolonisation stattfanden. Diese haben ihre besonderen Gründe, und die Empörungen des Stenka Rasin und Jemeljan Pugatschew, um nur die beiden hervorragendsten aus früherer Zeit zu nennen, hatten mit Hunger nichts zu tun, sondern waren im wesentlichen ein Produkt der Opposition gegen die fortschreitende Durchführung der Leibeigenschaft, gefördert durch die allgemeinen politischen Zustände des Reiches, die Revolutionen, Thronwechsel, die Kaisermorde u. a. m.

Schon seit dem Ende der neunziger Jahre begannen auf dem Gebiet der sogenannten „Schwarzerde", d. h. dem der größten Bodenerschöpfung, der vorzugsweisen Mißernten und der schlimmsten

Unterernährung, Bauernunruhen verſchiedener Art. Der kritiſche Charakter der Lage wurde dann etwas verdeckt durch die drei unmittelbar aufeinander folgenden Erntejahre 1902, 03, 04. Namentlich 1904, im Jahre des Ausbruches des Krieges mit Japan, hatte Rußland wahrſcheinlich die reichſte Getreideernte, die es ſeit Menſchengedenken erlebt hat. Dazu kam eine merkliche Steigerung der Getreidepreiſe infolge des ungünſtigen Ernteausfalles in Nordamerika. Trotzdem kamen die Bauernrevolten nicht zur Ruhe. In den Gouvernements von Poltawa und Charkow kam es ſchon 1903 zu Maſſenzuſammenrottungen der Bauern, zur Ausplünderung der gutsherrlichen Speicher, zur Zerſtörung des Gutsinventars und zu Militärexekutionen in größerem Umfange. Schon jahrelang vor dem japaniſchen Kriege war aber auch die politiſch-revolutionäre Propaganda viel tiefer in die bäuerliche Bevölkerung eingedrungen, als man in Weſteuropa anzunehmen geneigt war. Bei uns war man viel zu ſehr in dem Vorurteil befangen, daß die Maſſe des ruſſiſchen Bauerntums unerſchütterlich zarentreu ſei. Das iſt ein ähnliches legendariſches Axiom, wie der Glaube an die Unermeßlichkeit der ruſſiſchen „natürlichen Reichtümer". Die Schilderung, die in den Zirkularen der Zentralregierung und der Gouvernementsverwaltungen aus dem Jahre 1902 und 1903 zur Belehrung der Beamten in der Provinz über das Vorgehen der revolutionären Agitatoren unter der Bauernſchaft entworfen wurde, konnte den Leſer nur mit dem höchſten Erſtaunen über die Energie jener regierungsfeindlichen Propaganda erfüllen und über die Bereitwilligkeit, mit der die Bauernſchaft ſie aufnahm. Plehwe, der damalige, ſpäter ermordete Miniſter des Innern, wußte ſehr wohl, wie die Dinge ſtanden, und was der tiefſte Grund ſchon der damaligen Bauernunruhen war, als er ſagte, daß an eine Beruhigung dieſer Revolten nicht zu denken ſei, ſolange das gegenwärtige Finanz- und Wirtſchaftsſyſtem in Rußland fortdauere. Bei dem krampfhaften Streben, die Zahlungsbilanz des Reiches, an der die Goldwährung und der ausländiſche Kredit hängen, durch die unnatürliche Forcierung des Getreideexports aufrecht zu erhalten, geht der Bauer zugrunde, weil er das Brot und das Korn verkaufen muß, von dem er und ſein Vieh leben ſollten. Die Steuereintreibung

sofort nach der Ernte zwingt den Bauern, seine Nahrung und Notdurft zu veräußern und liefert das Material für den Getreideexport ins Ausland. Darüber packt die Massen der Hunger, wird die Erschöpfung des Bodens zum äußersten getrieben und vermindert sich der ohnehin seit Jahren ungenügende Viehbestand der Landwirtschaft.

Die Agrar- oder Bauernfrage ist der Kern und der letzte Urgrund all der politischen Probleme, die das heutige Rußland erschüttern. Sie ist es sowohl nach der Seite der politisch-sozialen Psychologie des Bauerntums, als auch nach der Seite der materiellen Not, in der es zum größten Teil gefangen liegt. Beides steht, wie leicht einzusehen, in naher Verbindung miteinander. Der Grundfehler, den man in Europa gewöhnlich bei der Beurteilung des russischen Bauern macht, geht von der unwillkürlichen prinzipiellen Gleichsetzung zwischen Bauer in Rußland und Bauer in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, aus. Diese Gleichsetzung ist darum falsch, weil unser deutscher Bauer ein Individuum, eine selbständige Eigenpersönlichkeit, ja bei aller Abhängigkeit von den gemeinsamen Eigentümlichkeiten seines Standes nicht selten der Typus der festen Charakterselbständigkeit ist. Der russische Bauer ist im Durchschnitt genommen das Gegenteil: er ist eine Massenerscheinung mit ganz beschränkter, bisweilen kaum vorhandener Individualität. Daß man für die Beurteilung des russischen Bauern nicht nur in sozialer, sondern auch in allgemein psychologischer und in politischer Hinsicht von seiner rettungslosen Gebundenheit unter die seine Individualität ertötende russische Agrar- und Dorfverfassung, den sogenannten „Mir" ausgehen muß, darüber ist man sich nicht nur außerhalb Rußlands, sondern sogar in Rußland noch recht selten klar geworden. Die genossenschaftliche Verwaltung des „Mir" hat zwar in neuester Zeit wenigstens von Regierungs wegen ihre absolute Zwangsgewalt verloren, und man bemüht sich sogar zum Teil, das freie persönliche Eigentum des einzelnen Bauern an seinem Stück Acker durchzuführen, aber die Erfolge nach dieser Richtung hin sind einstweilen noch sehr gering, und vor allen Dingen ist die heutige innere geistige Verfassung des russischen Bauerntums vollkommen ein Produkt jener jahrhundertelangen Einrichtung. Der mittelalterliche russische Bauer

war wie der Bauer im mittelalterlichen Deutſchland verhältnismäßig frei. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wird er aber in ſteigendem Maße an die Scholle feſtgeſchmiedet, und neben der Leibeigenſchaft wird der Gemeinbeſitz der ganzen Dorfſchaft am Acker, — ein Zuſtand, der bekanntlich früher auch in Weſteuropa exiſtierte, aber hier bis zum Ende des 18. Jahrhunderts faſt durchweg überwunden war, — mit unerbittlicher Strenge aufrecht erhalten. Mit dem Gemeinbeſitz Hand in Hand geht die unbeſchränkte Gewalt der Geſamtgemeinde über den Einzelnen. Die Wurzeln dieſes Syſtems ſind auf der einen Seite fiskaliſche — die zwangsweiſe Geſamtbürgſchaft der Gemeinde für die Steuerleiſtung des Einzelnen — auf der anderen Seite die Willfährigkeit der Regierung gegenüber dem grundbeſitzenden Adel. Namentlich die häufigen Thronumwälzungen in dem Rußland des 18. Jahrhunderts haben dazu beigetragen, daß die neu ans Ruder gekommenen regierenden Perſönlichkeiten bemüht waren, ſich die Willfährigkeit des grundbeſitzenden Adels durch eine fortgeſetzte Erweiterung und Befeſtigung ſeiner Rechte über das leibeigene Bauerntum zu ſichern. Die richtige Erfaſſung dieſer dem deutſchen Urteil ſo fern liegenden und ſo ſchwer verſtändlichen Verhältniſſe im ruſſiſchen Bauerntum iſt von ganz beſonderer Wichtigkeit, und ich möchte daher einer berufenen ruſſiſchen Stimme *) zu dem Thema das Wort geben. Der ruſſiſche Bauer iſt ein ganz anders geartetes ſoziales Element, als man ſich nach weſteuropäiſchen Begriffen vorzuſtellen geneigt iſt. „Dort iſt man gewöhnt, im Bauernſtand den feſtgefügten Unterbau eines Volkes auch in national-ethiſcher Beziehung zu erblicken, — in Rußland iſt er es höchſtens hinſichtlich der aufzubringenden materiellen Steuern und der Wehrmacht; im übrigen aber losgelöſt und ohne Teilnahme an den geiſtigen Gütern der nationalen Gemeinſchaft. In Europa ſtellt der ſchollenſäſſige Bauer die volkliche Urzelle dar. Dort iſt er der Hort der Tradition; der manchmal etwas ſtarre, aber im beſten Sinne konſervative Träger und beſtimmende Faktor der nationalen Eigenart, deren ſchärfſte Prägung er in ſeiner von der Geſchichte herausgemeißelten Individualität aufweiſt. In Rußland iſt der Bauer lediglich eine Maſſenerſcheinung:

*) Frankfurter Zeitung vom 3. 1. 08. „Vom Ruſſiſchen Bauern."

der „Mir" (Dorfgenoſſenſchaft) hält ſeine Individualität auch formell gefangen. Innerhalb desſelben iſt er ein unſtet fluktuierendes, aber in keiner Weiſe in ſich abgeſchloſſenes Weſen; dem „Mir" bleibt er zeitlebens, ja von Generation zu Generation untertan und lernt nur in dieſer ungegliederten Gemeinſchaft denken und trachten . . . Ein Herdengeſchöpf! Der Acker, den er bebaut, gehört nicht ihm, ſondern dieſem unberechenbaren Ungeheuer; ſeine Hütte zwar iſt ſein eigen, aber der Zins dafür wiederum dem Staat. Zuſammengekettet in der Gemeinſchaft des Mir, der ſeine tyranniſche Fauſt über ihm hält (vor kaum zwei Jahren erſt iſt dieſe Solidarhaft abgeſchafft), ſo bleibt er ein Spielball der Willkür ſeiner Dorfgenoſſenſchaft, ein Sklave der Maſſeninſtinkte ſein Leben lang. Und endlich ſehen wir nach europäiſchem Herkommen im Bauerntum den fruchtbaren Stamm des Volkes, der ſeine Ableger in die übrigen Stände hinausſendet und ſo in weiterer Veräſtelung ſeine urwüchſige Kraft für die Blüte anderer Erwerbszweige liefert; in Rußland bleibt der Bauer hoffnungslos in ſeinen „Mir" gepfercht, durch geſetzliche wie wirtſchaftliche Schranken, höchſtens ſteht ihm der Uebertritt in das induſtrielle Proletariat offen."

Dieſe Schilderung iſt ſo treffend, wie nur möglich. Sie legt auch den Finger auf das große Uebel, daß in Rußland nicht nur keine Einheit der Kultur, ſondern nicht einmal eine nennenswerte Möglichkeit des Ueberganges zwiſchen dem Bauerntum und der Kultur der höheren Schichten exiſtiert. Solange die Zwangsorganiſation des geſamten Bauerntums, in dem alle Freiheit, alles Aufwärtsſtreben, alle Möglichkeit individueller Eigenart tötenden Agrarkommunismus des „Mir" wirkſam war (und ſie war es im weſentlichen bis heute), klafft ein gähnender Raum zwiſchen dem Bauern und der Kultur, wozu man mit in Rechnung ziehen muß, daß während des Zeitalters der Leibeigenſchaft auch ein großer Teil der handwerklichen Produktion in Rußland nicht von freien Handwerkern, ſondern von leibeigenen Bauern für Rechnung des Gutsherrn oder mit Erlaubnis desſelben gegen Zahlung einer hohen Abgabe verſehen wurde. Es iſt ein richtiges Wort, daß der Bauer in Rußland die Kultur nie getragen, ſondern ſie ſtets nur ertragen, leidend ertragen hat, daß er die materiellen Laſten für eine Ordnung

der ſtaatlichen und bürgerlichen Verhältniſſe ſchleppen mußte, an der er überhaupt keinen organiſchen Anteil gewinnen konnte. Die „Kultur"-Zwecke, für die er als Soldatenmaterial und als Steuerzahler ſeit 200 Jahren Beträge an Geld und Arbeit aufbringen muß, die von Generation zu Generation näher an die Grenze ſeiner Leiſtungsfähigkeit herankamen und ſie ſchließlich weit überſchritten haben — er hatte nicht nur keinen Anteil an ihnen, ſondern, ſoweit er von ihnen eine Vorſtellung beſaß, widerſtrebten ſie ihm im Innerſten. Die geiſtige Kluft zwiſchen Bauerntum und Geſellſchaft ſpricht ſich bezeichnenderweiſe nicht nur in der dumpfen Rückſtändigkeit des Bauern, ſondern auch in der Verſtändnisloſigkeit der Gebildeten für die innere Natur dieſer Hundertmillionenmaſſe aus. Nicht nur in Europa, auch in Rußland galt der Satz, daß das Bauerntum die unerſchütterliche Grundlage der zariſchen Selbſtherrſchaft ſei. Der Verſuch, die erſte ruſſiſche Verfaſſung dadurch zu einem Inſtrument der Regierung zu machen, daß man die Maſſe des Bauerntums mit dem politiſchen Stimmrecht ausſtattete, iſt ein ſchlagender Beweis dafür. Das Ergebnis war das vollkommene Gegenteil vom erwarteten. Nicht die vermeintliche Zarentreue, ſondern der Druck der Landnot und des Hungers lehrte die Bauern ſtimmen und wählen; nicht konſervative, ſondern radikal-demokratiſche, ja zum Teil direkt ſozialiſtiſche Abgeordnete waren das überwiegende Ergebnis der Bauernwahlen. Der Bauer wählte beſinnungslos denjenigen Kandidaten, der ihm die umfaſſendſten Verſprechungen in der Landfrage machte. Die Vergrößerung der Landanteile nicht nur durch Aufteilung der Domänen-, der Kirchen- und Apanagenländereien, ſondern auch durch die rückſichtsloſe Expropriation des privaten Grundbeſitzes — wenn nötig bis zum letzten Hektar in ganz Rußland! — begehrt der Bauer, und die Abgeordneten, die ihm das verſprachen, die wählte er, mochten ſie ihm auch von anderer Seite als die größten Zarenfeinde geſchildert werden, oder er ſelbſt ſie dafür halten. Bezeichnend für dieſe Lage der Dinge iſt jenes Wort, das der ſpäter ermordete Kadettenführer Herzenſtein in der erſten Duma den Gegnern auf der Rechten zurief: „Der Bauer gehört uns! Warum? Weil er weiß, bei uns riecht es nach Land." Das Bauerntum erwies ſich eben nicht

„als ein Untergrund von feſter Struktur, ſondern als eine haltloſe lockere Maſſe, als politiſcher Flugſand, und ſolange nicht die Ueberführung dieſer all ihrer Tragfähigkeit verluſtig gewordenen Maſſen in ein feſtgefügtes Fundament des Staates gelungen ſein wird, ſolange bleibt das gewaltige ruſſiſche Reich ein auf Sand gebautes Gebilde. Dieſe Umwandlung zu erreichen, iſt die Aufgabe der in Angriff genommenen Agrarreform. Ein gigantiſches Werk, wenn man bedenkt, daß es hier gilt, die Fehler und Sünden mehrerer Generationen wett zu machen.“ *)

Die Befreiung von der Leibeigenſchaft zu Anfang der ſechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat die Verhältniſſe im ruſſiſchen Bauerntum nicht verbeſſert, ſondern im ganzen genommen nur verſchlechtert. Für die rückſtändige Art der Bodenkultur, die in Rußland damals wie heute herrſchte, waren die Landanteile meiſt zu klein bemeſſen, und zwar in der Abſicht, die Bauern hierdurch zu nötigen, dem Gutsherrn Arbeitskräfte zu liefern. Auf der einen Seite blieb es bei der Einſtampfung des Einzelnen in den „Mir“, der nach dem Fortfall der gutsherrlichen Gewalt die umfaſſendſten Befugniſſe erhielt, auf der anderen Seite kam es zwiſchen Bauern und Gutsherrn nicht ſelten zu Haß und offenen Zwiſtigkeiten. Das Schlimmſte tat dann die ſchon gegen Ende Alexanders II. wieder einſetzende politiſche Reaktion. Das Schulweſen auf dem Lande wurde abſichtlich vernachläſſigt, die Gemeinbürgſchaft, die den Fleißigen und Emporſtrebenden mit dem Einſtehen für die Schuld des Faulen und Verkommenen belaſtete, wurde mit harter Fauſt aufrecht erhalten; die Kirche bewährte ſich nirgends als ein Anwalt der Bedrückten, ſondern nur als brutale Dienerin der Staatsgewalt, als bloßer Polizeibüttel, und vom Staate ſelber gelangte der Bauer vollends nie zu einer anderen Vorſtellung, als zu der von einer ſtets nur Steuern und Rekruten fordernden, zu Gefängnis, Prügelſtrafe oder Zwangsarbeit verurteilenden, nie das Gemeinwohl fördernden, nie dem Hilfloſen helfenden Macht. Bei Ausbruch des japaniſchen Krieges wurden von den Gemeinden „freiwillige“ Beiträge für das rote Kreuz gefordert. In einem Dorf belegte der Kreischef für dieſen Zweck jeden Hof mit einer Steuer von 50 Kopeken

*) Frankfurter Zeitung, a. a. O.

(1 Mark), worauf ein Bauer fragte, ob er die Strafe nicht lieber absitzen dürfte. Ihm war ja der Staat immer nur ein zweckloser Peiniger geblieben. „Der Staat nahm vom Bauern scheinbar nur, weil er die Gewalt in der Hand hielt, und er nahm zu Zwecken, die der Bauer nicht verstand, und mit denen er keine Gemeinschaft gewinnen konnte. Um seine Erziehung, ja auch nur um den erzieherischen Einfluß der Justiz, kümmerte sich niemand. Besonders seit Alexander III. in den Landeshauptleuten neue Bauernvögte geschaffen hatte, die auch zugleich die Rechtsprechung inne hatten, da stieß der Bauer nirgends mehr auf ein um eines höheren Zweckes willen bestehendes Gesetz, sondern überall, bei allen Instanzen und in allen Lebenslagen nur noch auf den mit Gewalt begründeten Befehl, d. h. auf Willkür! Woher sollte da in dem ehemaligen Leibeigenen ein Rechtsgedanke aufdämmern? Zumal ihn nicht selten noch die schnödeste Gewinnsucht der niederen Instanzen privatim schröpfte und den Staatsgedanken noch tiefer vor ihm kompromittierte! So ward für den Bauern das Recht nicht zu einer innerlich verpflichtenden Norm, sondern zu einer beengenden Schranke — deren Ueberwindung Geld kostete. Dieser Zustand ließ sich aufrecht erhalten, solange die Bureaukratie auch die Gewalt in der Faust hatte. Kaum aber lockert sich diese Fessel, da zeigt sich der Mangel auch nur der leisesten inneren ethischen Bindung in jenen Massen, und die Saat roher Willkür quillt hervor. Das ist der Prozeß, den heute Rußland durchmacht . . ." Der russische Bauer von heute ist in der Tat als ein „geborener Anarchist" zu bezeichnen. „Nicht in dem Sinne natürlich, als seien anarchistische Irrlehren in sein Bewußtsein gedrungen und hätten ihn zu einem überzeugten Anhänger ihrer „Schule" gemacht. Er ist es ganz ohne fremdes Zutun, aus seinem eigenen Innern heraus, in dem alle Ehrfurcht vor einst geheiligten Dingen verblaßt, alle Scheu vor der Unantastbarkeit solcher Prinzipien dahingeschwunden ist, die einst seine Moral bestimmten und ihm einen festen Halt gaben. Alles was ihm in dieser Beziehung vor der Befreiung an Traditionen überkommen war, ist teils in Verfall geraten, teils völlig verloren gegangen. . . . Religion, Zar und Staat, Gutsherr und das patriarchalische Verhältnis zum Alter, alle vier sind heute

gestürzt oder stark durchmorscht und in völligem Verfall begriffen." *)

Diese Schilderung des gegenwärtigen Zustandes aus russischem Munde ist in aller Kürze und Knappheit doch so erschöpfend und trifft so sehr den Kern der Sache, daß es kaum nötig ist, noch eine weitere Erläuterung hinzuzufügen. Auch die Regierung in Rußland hat nun endlich begriffen, daß sie sich in ihrer Beurteilung der bäuerlichen Massen vollkommen getäuscht hat. Die bei der Auflösung der zweiten Duma gleichzeitig oktroyierte Reform des Wahlrechts bedeutet eine, wenn auch nicht vollständige, so doch sehr weitgehende Ausschaltung der Bauern aus dem Kreise der Wahlberechtigten, der jetzt hauptsächlich auf diejenigen Elemente beschränkt ist, die als Besitzende an dem Stande der gegenwärtigen Staatsordnung vorzugsweise interessiert sind. Die Wahlen zur dritten Duma haben dann ja auch bekanntlich nach dieser Richtung hin zum größten Teil das gewünschte Ergebnis gehabt. Natürlich aber ist es ausgeschlossen, auf diese Art eine innere Gesundung der Agrarverhältnisse erzielen zu wollen. Man wird der russischen Regierung das Recht zugestehen müssen, zunächst einmal, wenn es nicht anders geht, auf dem betretenen Wege, eine Verfassung und Volksvertretung zu schaffen, mit der sich praktisch arbeiten läßt. Dann aber muß mit aller Energie an die Agrarreform herangegangen werden. Ohne Agrarreform gibt es für Rußland keine Möglichkeit weder zur wirtschaftlichen noch zur politischen Gesundung. Darüber sind sich auch die russischen politischen Parteien einig — nur über das Wie gehen ihre Ideen weit auseinander. In der ersten und zweiten Duma hatte das radikale Agrarprogramm der Kadetten und der noch weiter links stehenden Parteien eine überwältigende Mehrheit. Es kam im wesentlichen darauf hinaus, alles überhaupt vorhandene kulturfähige Land an die Bauern aufzuteilen, aus Rußland ein vollständiges Bauernland zu machen. Daß Staat, Krone und Kirche ihre Ländereien zur Vergrößerung der Bauernlose hergeben sollten, war selbstverständlich. Aber noch viel mehr. Um die Bauern zu befriedigen, war man bereit, erklärte es für notwendig, den privaten Großgrundbesitz schlechthin zu expropriieren.

*) Frankfurter Zeitung, a. a. O.

Sogar der Gedanke, daß eine angemeſſene Entſchädigung der jetzigen Beſitzer notwendig ſei, ſtieß vielfach auf entſchiedenen Widerſpruch. Man erklärte z. B. 400 Desjatinen (etwa 400 Hektar) als genügend zur Führung einer normalen Gutswirtſchaft. Soviel wollte man den privaten Grundbeſitzern wenn möglich belaſſen, oder wenigſtens ſie zum vollen Wert dafür entſchädigen. Ueberſtieg der private Grundbeſitz dieſe oder irgend eine andere feſtgelegte Grenze, ſo ſollte die Entſchädigungsſumme für den Ueberſchuß entſprechend der Größe des Beſitzes fallen! „Ueberſteigt ein Gut die Normalgröße, erreicht es, ſagen wir z. B. den Umfang von 700, 800, 1000 Desjatinen, ſo muß die Entſchädigung ſich progreſſiv erniedrigen: je größer der Beſitz, deſto niedriger muß im Verhältnis der Preis ſein. Wenn z. B. einem Gutsbeſitzer 400 Desj. Land für 150 Rubel pro Desj. enteignet ſind, ſo darf bei einem Gut von 1200 Desj. von derſelben Qualität wie das erſte, der Preis nicht höher als 130 Rubel ſein, und für ein Gut von 2000 Desj. von derſelben Beſchaffenheit wie das erſte und zweite vielleicht nicht höher als 100 Rubel für die Desj. uſw. Die progreſſive Verminderung des Preiſes muß unaufhaltſam weiter gehen, bis ſie zuletzt bei Null ankommt. Unter den zu expropriierenden Gütern wird es ſchließlich welche geben, ſo groß wie ganze Fürſtentümer. Beſitzungen von Einzelperſonen, die viele tauſend Desjatinen groß ſind, erſcheinen von jedem beliebigen Geſichtspunkt aus als vollſtändig abſurd. Sie ſind ökonomiſch ſinnlos, denn es gibt kein ſolches Wirtſchaftsſyſtem, zu deſſen ordentlicher Führung beiſpielsweiſe 20 000 Desj. notwendig wären. Sie ſind ſinnlos, nicht nur in allgemein kultureller Hinſicht, denn ſie nehmen einen ſolchen Raum ein, wo viele gut eingerichtete mittlere und kleinere Wirtſchaften, die Hunderte von Leuten Zutritt zu allen Errungenſchaften des Lebens gewähren, zu exiſtieren vermöchten. Dieſe Latifundien ſind auch die Pflanzſtätten für Paraſiten, die um ſo ſchädlicher ſind, weil ihr Paraſitismus ſich auf ein dauerhaftes Monopol ſtützt, das alle wirtſchaftlichen und politiſchen Kriſen überlebt und Jahr für Jahr zu einer Quelle größeren Einkommens wird. Daher muß der Privatbeſitz, ſobald er ſehr groß iſt, mit demjenigen Teil ſeines Umfanges, der eine beſtimmte Norm überſchreitet, z. B. die

von 5000 Desj. ohne Entschädigung an den Staat (zur Verteilung an die Bauern) übergehen, ebenso wie die Länder der Klöster und der Apanagen."*) Der Mann, der diese absurden Sätze schreibt, ist nicht irgend ein beliebiger Journalist oder Tagespolitiker, sondern einer der politischen Führer derjenigen Partei, die in der ersten und zweiten Duma den ausschlaggebenden Einfluß besaß und Vorsitzender der juristisch-sozialen Sektion der St. Petersburger Gesellschaft für volkstümliche Hochschulen. Wer sich die Mühe gegeben hat, den Prozeß wegen des sogenannten Wiborger Aufrufs zu verfolgen, den die russische Regierung gegen eine große Anzahl von Abgeordneten der zweiten Duma wegen einer von ihnen erlassenen Aufforderung an das Volk zur Steuerverweigerung im Dezember 1907 anstrengte, wird in der Verteidigungsrede der angeklagten Kadettenführer das unumwundene Bekenntnis zu der Notwendigkeit einer Expropriation des gesamten privaten Grundbesitzes in Rußland zu Gunsten der Bauern gelesen haben. Daß mit einer Volksvertretung, deren Mehrheit auf diesem Standpunkt stand und die entschlossen war, ihn zur rücksichtslosen Agitation unter den ohnehin revoltierenden bäuerischen Massen auszunutzen, nicht regiert werden konnte, wird man dem Minister Stolypin ohne weiteres zugeben müssen. Die Ausführung dieser wahrhaft ungeheuerlichen Idee, um deretwillen die von Stolypin vorgeschlagene gemäßigte Agrarreform von der Duma abgelehnt wurde, würde Rußland nicht nur in keiner Weise aus seinen wirtschaftlichen Nöten befreien, sondern in Kürze den vollständigen Ruin der russischen Landwirtschaft mit allen sich ergebenden Folgen ökonomischer, sozialer und politischer Natur besiegeln.

Bei der überragenden Wichtigkeit, die das Agrarproblem für Rußland besitzt, und bei der Unmöglichkeit, ohne sein genaueres Verständnis zu einer richtigen Auffassung von Rußlands politischer Gegenwart und Zukunft überhaupt zu gelangen, ist es erforderlich, daß wir uns mit der bäuerlichen Landfrage noch etwas weiter an der Hand einer bedeutenden russischen Autorität, des früheren Land-

*) A. A. Isajew „Die Wirren und die Landfrage". St. Petersburg 1906 Seite 35-36. (Russisch.)

wirtſchaftsminiſters Jermolow, mit ſeinem Buch über die Agrarfrage beſchäftigen.*)

„Unruhe und Gewaltſamkeit haben die ländliche Bevölkerung bis in ihre Tiefen erfaßt. Die Bauern zerſtörten, weil ſie dachten, auf dieſem Wege die Löſung der Landfrage in der Form, wie ſie ſich das vorſtellten, zu erreichen: das Land ſollte den Gutsbeſitzern fortgenommen werden und vollſtändig in den Beſitz der Bauern übergehen. Wenn die Unordnungen ſich in der Folge etwas gelegt haben, der Zerſtörung Einhalt geſchehen iſt, die Brandſtiftungen erloſchen ſind — ſtellenweiſe deshalb, weil es nichts mehr zu zerſtören und zu verbrennen gab — ſo iſt es doch ſchwer zu ſagen, ob dieſe Beruhigung lange dauern wird, ob ſie nicht nur eine zeitweilige Windſtille vor dem neuen Sturm darſtellt. Die Bauern erwarten die Löſung der Landfrage im Sinne einer ergänzenden Landzuteilung von der Duma, und ſie haben ihre Vertreter mit der ſtrengen Weiſung dorthin geſchickt, die Landfrage in die vorderſte Reihe zu ſtellen — wobei der größte Teil von ihnen keine Ahnung hat von der ganzen Kompliziertheit des Gegenſtandes, von der Schwierigkeit, die Sache zur Entſcheidung zu bringen und von der Gefahr, mit der alle radikalen Maßnahmen in dem von ihnen gewünſchten Sinne für ſie ſelbſt verbunden ſind.“ So ſchrieb Jermolow während der Zeit der erſten Duma, nachdem er angeſichts der Unmöglichkeit, mit den Radikalen über ihr agrarrevolutionäres Programm zu verhandeln und mit Rückſicht auf ſeine Unbeliebtheit beim Kaiſer von der Leitung des Landwirtſchaftsminiſteriums zurückgetreten war. Während des unglücklichen japaniſchen Krieges hatte er es als aktiver Miniſter gewagt, dem Zaren eine Denkſchrift über die Notwendigkeit einer konſtitutionellen Verfaſſung für Rußland zu überreichen. Er iſt ein aufrichtig liberaler Staatsmann, der gründlichſte und objektiveſte Kenner der bäuerlichen und landwirtſchaftlichen Verhältniſſe in Rußland, ſelbſt Großgrundbeſitzer, aber dabei über perſönliche Rückſichten in der Frage der von den Radikalen geforderten zwangsweiſen Enteignung erhaben. Die Grundlage

*) A. S. Jermolow. „Unſere Landfrage.“ I. Das Land und die Arbeit. II. Die Bauern und das Land. III. Die Wirklichkeit und die agraren Utopien. St. Petersburg 1906. (Ruſſiſch.)

seines Buches ist der Satz: nicht der Mangel an Land ist die Ursache der russischen Agrarnot, sondern die schlechte Wirtschaft des russischen Bauern. Die Wirtschaft ist am schlechtesten und die Not ist am größten in den sogenannten Schwarzerde-Gouvernements, den reinen Agrardistrikten. Der Norden und Westen, der einen viel ärmeren Boden hat, aber eine fleißige und intelligente Bevölkerung, ist viel besser dran. „Not und Armut des Bauern in Rußland", sagt Jermolow, „ist umgekehrt proportional der Bodenqualität — je reicher und fruchtbarer das Land ist, desto ärmer ist das Volk, und wo das Land schlecht ist, sandig, tonig, und ohne reichliche Düngung, ohne verstärkte Arbeit nichts hergibt, dort ist der Bauer verhältnismäßig wohlhabender, und wenn er auch in jenen Gebieten beinahe niemals von seiner eigenen Ernte das ganze Jahr hindurch zu essen hat, so kennt er dafür auch nicht das periodische Hungern, unter dem das Schwarzerde-Gebiet, der Osten und Süden, immer häufiger und heftiger leiden müssen." Die Forderung, die das russische Bauerntum in den zentralen Agrargebieten bis in seine letzten Tiefen aufwühlt, ist die nach der Vergrößerung der Landanteile. Es fragt sich, wenn man die prinzipielle Befriedigung dieser Forderungen in Aussicht nehmen wollte, ob und wieviel Land hierfür vorhanden ist. Jermolow untersucht diese Frage genau. Für den sogenannten Ergänzungs-Landfonds, der nach den Forderungen der Radikalen an die Bauern verteilt werden soll, kommen in Betracht Staatsland, Apanagenland, Kirchenland und Privatland. Den Umfang der Staatsländereien nach Abzug der ungeheuren Wälder des Nordens und derjenigen Waldgebiete in den übrigen Reichsteilen, die grundsätzlich geschont werden müssen, bestimmt Jermolow auf 3,7 Millionen Desj., wovon mehr als der dritte Teil allein im Gouvernement Samara liegt; vier Fünftel dieses zur Ackerwirtschaft geeigneten Staatslandes sind aber bereits in der Form von Pachtung in bäuerlichen Händen. Der Umfang der zu Ackerbau-Zwecken unmittelbar brauchbaren Ländereien innerhalb des Apanagenbesitzes des kaiserlichen Hauses ist etwa halb so groß, aber auch hiervon besitzen die Bauern bereits einen großen Teil pachtweise. Die Menge der Klöster- und Kirchenländereien ist auf rund zwei Millionen Desj. zu veranschlagen, aber auch hierbei

muß in Betracht gezogen werden, daß bei weitem der größte Teil hiervon, nämlich 33 Desj. auf jede Kirchengemeinde, für den Unterhalt der Popen entfällt, des Pfarrklerus, der, wenn ihm diese Naturaldotation genommen wird, natürlich durch bare Gehaltsbezüge entschädigt werden müßte. Von einer Hergabe des kommunalen Verbänden und juristischen Personen gehörigen Landbesitzes zur Verteilung an die Bauern wäre, abgesehen davon, daß diese Ländereien sich in privatem Besitz und regulärer Bewirtschaftung befinden, quantitativ auch keine große Einwirkung zu erwarten. Es verbleiben also an Staats- und Apanagenland insgesamt etwa sechs Millionen Desj. verfügbar, von denen der größte Teil bereits pachtweise von den Bauern bearbeitet wird. Darüber hinaus wird nun in Rußland stets auf die Möglichkeit hingewiesen, von den Waldgebieten des Nordens einen Teil durch Rodung für den Ackerbau zu gewinnen, und die unendlichen Flächen Sibiriens und Turkestans zur Kultivierung mit heranzuziehen. Mit Recht bemerkt Jermolow demgegenüber, daß die Rodung erstens eine sehr kostspielige Sache ist, daß die klimatischen Verhältnisse des nordrussischen Waldgebiets für den Ackerbau nichts weniger als günstig sind, und daß sich eine Verbesserung des Klimas wahrscheinlich erst erzielen lassen wird, wenn sehr große Landflächen, viele Zehntausende von Quadratkilometern, vom Walde befreit und die Sümpfe, die das Land dort erfüllen, ausgetrocknet sein werden. In Sibirien aber und in Turkestan ist das gute Land schon besetzt. Den jährlichen Zuwachs der Bevölkerung Rußlands, der in der Hauptsache auf das Bauerntum entfällt, veranschlagt Jermolow auf 1½ Millionen Seelen. Diese Vermehrung der ländlichen Bevölkerung hat schon lange zu einer immer stärker anschwellenden Uebersiedlung nach den asiatischen Landgebieten geführt, aber was dort gegenwärtig von Land noch übrig ist, das erscheint zwar seiner Flächenausdehnung nach unermeßlich, aber seiner Beschaffenheit nach ist es im wesentlichen entweder „Taiga" (sibirischer Urwald, meist sumpfig), wo die Rodung, oder Steppe, wo die wegen des trockenen Klimas notwendigen Bewässerungsarbeiten ungeheure Mittel und Arbeitskräfte verschlingen würden, bevor ein bedeutender Einfluß dieses vorhandenen Landvorrats auf die Verhältnisse im Innern von Rußland sich bemerkbar

machen könnte. Mit Recht ſagt daher Jermolow, daß Sibirien und Turkeſtan zwar für die entfernte Zukunft auch landwirtſchaftlich einen wertvollen Beſitz für Rußland darſtellen, daß ſie aber für die Behebung der gegenwärtigen Agrarnot in abſehbarer Zeit nicht weſentlich in Betracht kommen können.

Das gegenwärtige Arealverhältnis von Bauernland und in Privatbeſitz befindlichem Gutsland beſtimmt Jermolow auf rund 163 und 84 Millionen Desj. Das Bauernland iſt alſo beinahe doppelt ſo umfangreich wie das Wirtſchaftsgebiet des großen und mittleren Grundbeſitzes. Von dem Gutsland beſteht etwa die Hälfte aus Ackerland, Wieſen und Weide, der Reſt teils aus Wald, teils aus Unland. Von den Privatwäldern gilt dasſelbe, was von den Staatswaldungen gilt: die ungeheuren Waldgebiete im Norden ſind ſehr ſchwer, zum großen Teil überhaupt nicht in Ackerland zu verwandeln, und die kleineren Waldparzellen in den mittleren und ſüdlichen Gouvernements müſſen grundſätzlich geſchont werden. „Wenn man von der Geſamtfläche des im Privatbeſitz befindlichen Landes diejenigen Ländereien abzieht, die ſchon in die Hände der Bauern übergegangen ſind, ferner die Wälder und das Unland, ſo verbleiben an Areal, das zur landwirtſchaftlichen Benutzung geeignet iſt, in den Händen privater Beſitzer nichtbäuerlichen Standes ca. 35 Millionen Desj.; fügt man hierzu die ſechs Millionen Staats- und Apanagenland hinzu und vielleicht noch ein Fünftel der Ländereien, die den Klöſtern, Städten und verſchiedenen anderen Inſtitutionen gehören, was insgeſamt nicht über zwei Millionen Desj. ausmachen wird . . . . . , ſo beträgt der ganze Landfonds, aus dem eine ergänzende Zuteilung von Land an die Bauern ſtattfinden könnte, 43 Millionen Desj. — ſagen wir zur Abrundung ſogar 45 Millionen. Vergleicht man dieſe Ziffer mit dem Areal des den Bauern zugewieſenen Landes, ſo erhalten wir eine Vergrößerung des letzteren um 30 Prozent, d. h. der Zuwachs beträgt auf die männliche Seele, wenn man wie gewöhnlich auf jede ſolche 2,6 Desj. bereits zugeteilten Bauernlandes rechnet, 0,8 Desj. — ſagen wir zur Abrundung ſelbſt eine Desj. Es fragt ſich, ob eine ſolche Vergrößerung die Wohlfahrt des Bauern zu ſichern imſtande iſt, und ob es lohnt, um ihretwillen das Privateigentum an Grund und Boden abzuſchaffen, die Kultur

zu vernichten, die Zuckerfabriken und Branntweinbrennereien zu ruinieren... usw." Man wird dieser Berechnung Jermolows ohne weiteres zustimmen und durch seine mehrfach nach oben vorgenommenen Abrundungen auch noch die tatsächlich etwa vorhandene Möglichkeit, schon in näherer Zukunft etwas mehr Rodungs- und Bewässerungsland zu gewinnen, als kompensiert ansehen müssen. Was aber die russischen Bauern träumen und was die politischen Agitatoren ihnen mit oder ohne guten Glauben vorreden, ist ganz etwas anderes. Da heißt es, es sollten 5 Desj. pro Seele neu zugeteilt werden, oder kein Bauernhof sollte weniger als 20 oder sogar 40 Desj. Land haben. Um dieses letztere Versprechen durchzuführen, bedürfte es einer verfügbaren Landmenge von 328 Mill. Desj. — etwa das Achtfache der selbst unter Expropriation des gesamten privaten Grundbesitzes verfügbaren Landmenge.

Außerdem aber sagt Jermolow, daß die Verwirklichung dieser äußersten theoretischen Möglichkeit, den gesamten Privatgrundbesitz den Bauern auszuliefern, die russische Landwirtschaft im ganzen und das Bauerntum im besonderen auf das äußerste schädigen würde. Zunächst würde der Bauer auf den vordem besser kultivierten Gutsländereien eine etwas höhere Ernte erzielen, als auf seinem bisherigen eigenen Grund und Boden. Sehr bald aber würden die Rückständigkeit seiner Wirtschaftsmethode, die Dreifelderwirtschaft, das überwiegende Fehlen der Düngung und die alle landwirtschaftliche Kultur rettungslos ruinierenden beständigen Neuaufteilungen des Gemeindelandes unter die einzelnen Höfe nach dem System des „Mir" auch das Gutsland in denselben Zustand schlechter Ertragsfähigkeit und allgemeiner Verwahrlosung versetzen, in dem das Bauernland sich jetzt befindet. Während bisher die besseren Erträge des Gutslandes den Gesamtertrag der russischen Getreideernte noch etwas höher halten, als er bei allgemein bäuerlicher Wirtschaftsweise wäre, würde in diesem letzteren Fall die für den Getreideexport verfügbare Quote noch weiter hinabsinken, und die allgemeine Zahlungsbilanz des Reichs sich noch mehr verschlechtern. Es fällt schwer, einem westeuropäischen Leser das ganze Elend der russischen bäuerlichen Landwirtschaft klar zu machen, aber weil auf dem Verständnis dieser Dinge das Verständnis der gesamten russischen

Verhältniſſe beruht, ſo muß auch darauf noch kurz eingegangen werden. Die Menge des Landes, die dem ruſſiſchen Bauern zur Verfügung ſteht, — durchſchnittlich zwiſchen 5 und 6 Hektar auf den Hof — iſt nach deutſchen Begriffen, wie jedermann ſieht, ſehr hoch. Trotzdem reicht ſie nicht aus, um den Bauern zu ernähren, und es iſt wiederum ſehr intereſſant, wie Jermolow nachweiſt, daß nicht die Gouvernements mit dem kleinſten, ſondern gerade die mit dem größten Landanteil den ſchlimmſten Notſtand zeigen. Zunächſt haben die Bauern, um mehr Korn zu erhalten, die Wieſen und das Weideland aufgepflügt und dadurch ihren Viehſtand ruiniert. Das Schlimmſte aber iſt das Prinzip der Landzerſplitterung und Landumteilung. Die ruſſiſchen Dörfer ſind meiſt in zwei langen zuſammenhängenden Reihen von Gehöften zu beiden Seiten der Straße, wenn es geht an einem Bach- oder Flußufer, gebaut. Wenn ein Dorf hundert Höfe und 500—700 Hektar Ackerland hat, ſo wird nun nicht etwa die geſamte Fläche in 100 ihrem Werte nach gleiche Anteile zerlegt, ſondern es wird zunächſt das Ganze in eine Anzahl Teile von gleicher Bodenqualität eingeteilt und an jedem dieſer Stücke muß jeder der hundert Höfe einen Anteil erhalten. Außerdem aber muß jeder Bauer noch einen Teil ſeines Ackers möglichſt in der Nähe des Dorfes erhalten und dafür einen andern Teil an der entfernten Grenze des Gemeindebeſitzes in den Kauf nehmen. Jedes Stückchen wird nun wiederum nach dem Dreifelderſyſtem in drei Streifen geſchnitten, ſo daß alſo eine Zerſtückelung des Geſamtareals herauskommt, die unter Umſtänden geradezu unglaubliche Maße erreicht. „Die ungleiche Entfernung vom Gehöft, die ungleiche Qualität des Bodens, könnten durch die ungleiche Größe der Anteile kompenſiert werden, aber das würde gegen alle Anſchauung unſeres Bauern über den Gemeinbeſitz gehen", ſchreibt Jermolow. Die Einteilung in nähere, mittelweit und weit entfernte Landſtücke gibt bei der Dreifelderwirtſchaft bereits neun Parzellen. Kommt nun hierzu noch die Rückſicht auf die verſchiedene Güte des Bodens, ſo können es 18 und mehr werden in einigen Fällen ſogar 30 und noch mehr. Es ſind 46—54 und in einem in der Literatur bekannt gewordenem Beiſpiel ſogar auch 171 Wirtſchaftsparzellen pro Hof auf dieſe Weiſe zu-

stande gekommen. Wenn auf diese Weise die Desjatine in 40 bis 50 Stückchen geschnitten wird, und die Parzelle daher nicht größer ist, als 48—60 Quadratfaden, so entstehen schließlich Landstreifen, die nur noch 2—3 Arschin (1—1½ Meter) und sogar noch schmäler sind, auf denen man mit der Sense überhaupt nicht mehr ausholen kann, ohne das fremde Korn mitzunehmen und nicht säen kann, ohne die Saat mit auf das fremde Land zu streuen. Und zwischen diesen Parzellen wird dann in der Regel noch ein mit Unkraut bewachsener 20—30 Zentimeter breiter Rain gelassen."

Hierzu nehme man noch die im Zeitraum von einigen Jahren immer wiederholte Neuumteilung der Ländereien, entsprechend der Zu- und Abnahme in der Zahl der Höfe und der männlichen Arbeitskräfte auf jedem einzelnen, das Fehlen der Düngung, das allmähliche Verschwinden von Vieh und Pferden aus einem großen Teil der bäuerlichen Wirtschaft, die stets wiederholten Hungersnöte und den allgemeinen entsetzlichen Tiefstand des Bauern in kultureller und intellektueller Hinsicht, so wird man sich eine Vorstellung davon machen können, weshalb die russische Bauernwirtschaft so elende Erträge gibt und weshalb es so unendlich schwer ist, hier mit einer durchgreifenden Reform bessernd einzusetzen.

In einer solchen Verbindung von absolut rückständiger landwirtschaftlicher Technik und allgemeiner geistiger Unkultur mit einer Agrar- und Gemeindeverfassung, die ihrem Wesen nach nicht nur den materiellen Fortschritt so gut wie unmöglich macht, sondern auch die innere Demoralisation des Bauerntums um so notwendiger zur Folge hat, je radikaler die geistigen Stützen des alten Systems, die Ehrfurcht vor der Regierung, Kirche, Alter zerbrochen sind, liegen die Gründe für den Tiefstand der bäuerlichen Agrarproduktion enthalten. Eine Besserung dadurch herbeiführen zu wollen, daß man den durchschnittlichen Umfang des Bauernlandes um einen verhältnismäßig geringen Betrag auf rein äußerlichem Wege vermehrt und diese Vermehrung mit dem Ruin auch der gutsherrlichen Landwirtschaft, der Abschaffung des Privateigentums am landwirtschaftlichen Boden bezahlen müßte, wäre in der Tat ein so absolut törichter Gedanke, daß man sich nur wundern kann, wie ihn ernsthafte Politiker in Rußland überhaupt nur zu vertreten imstande sind. Eine

sehr einfache und überzeugende, gleichfalls von Jermolow in seinem Werke aufgestellte Rechnung lehrt überdies, daß mit der vollständigen Aufteilung des Gutslandes nicht einmal vorübergehend für die Verbesserung des ökonomischen Daseins der Bauern etwas erreicht wäre. Das Einkommen der russischen Bauern setzt sich zusammen aus dem Ertrag der ihnen zugeteilten Ländereien und aus dem Arbeitsverdienst, den sie auf den Gütern und in landwirtschaftlichen Gewerbebetrieben und Brennereien, Zuckerfabriken usw. haben. Den baren Arbeitsverdienst, den die Bauern namentlich durch Uebernahme von Arbeiten in Tagelohn auf den Gütern haben, die für die Bestellung und Aberntung der Felder größtenteils auf die benachbarten Dörfer und auf Wanderarbeiter angewiesen sind, beziffert Jermolow auf eine erheblich höhere Gesamtsumme, als der Mehrertrag der bäuerlichen Ernte auf sämtlichen Staats-, Kirchen- und Privatländereien nach der Verteilung dieses gesamten Landfonds ausmachen würde. Seine Darstellung ist auf diesem Punkt im ganzen durchaus überzeugend, wenn sie auch natürlich nur als Durchschnittsberechnung zu gelten hat; im einzelnen, namentlich dort, wo auch die Intensität der gutsherrlichen Wirtschaft gering und der Lohn niedrig ist, kann das Ergebnis auch anders sein. Jermolow wird aber auf die radikalen Politiker in Rußland wahrscheinlich deshalb keine große Wirkung ausüben, weil es jenen vor allen Dingen um die Bauernstimmen oder überhaupt um die politische Aufrührung des Bauerntums zu tun ist — diese Dinge aber sind nicht durch eine Aufklärung der Bauern über das Törichte und Unmögliche ihrer Forderungen zu haben, sondern nur durch eine Ausnutzung ihrer blinden Begierde nach Land, mehr Land, unter allen Umständen mehr Land.

Wie ist nun unter solchen Umständen der russischen Agrarnot abzuhelfen? Jermolows Antwort lautet unter der von ihm nicht ganz klar ausgesprochenen, aber selbstverständlichen Voraussetzung, daß die gemeinbesitzliche Agrarverfassung und alles was dazu gehört, endgültig fällt — folgendermaßen: Erstens durch den Uebergang von dem System der geschlossenen Dörfer und der vielfachen Zerstückelung des Ackers in kleine und kleinste Parzellen — zur Wirtschaft in getrennt gelegenen Bauernhöfen. Jeder

von dieſen muß alsdann auf dem ihm endgültig zuzuteilenden Anteil an dem bisherigen Gemeindelande errichtet werden. Den Gedanken der millionenweiſen „Ueberſiedlung" der Bauern aus den ſtark bevölkerten in ſchwächer bevölkerte Gegenden, wo die großen Expropriationen vorzugsweiſe erfolgen ſollten, oder der Auswanderung nach Sibirien und Turkeſtan erſetzt er durch den der „Auseinanderſiedlung", wie er das Syſtem des Uebergangs von der kommuniſtiſchen Dorf- zu dem der Einzelhofswirtſchaft nennt. Damit fällt natürlich das bisherige Prinzip, daß Bauernſtand und Anteil am Bauern- oder Gemeindelande gleichbedeutend ſein ſollen. In Wirklichkeit iſt es ja auch in den zentralruſſiſchen Gebieten ſchon damit durchbrochen, daß ein Teil der Bauern als Fabrikarbeiter in den Städten tätig iſt, aber dieſer ganze Fabrikarbeiterſtand gehört, von den weſtlichen Provinzen und einigen beſtimmten Bezirken des Innern abgeſehen, wo andere Verhältniſſe herrſchen, rechtlich immer noch zum Bauerntum. Viele Hunderttauſende von Arbeitern kommen überhaupt nur vorübergehend, um zeitweiligen Verdienſt zu haben, aus dem Dorf in die Induſtriezentren zur Arbeit. Aber auch der weniger fluktuierende Teil der Induſtrie-Arbeiterſchaft iſt noch zu Hauſe in den Heimatsdörfern, die ein großer Teil von ihnen überhaupt nie geſehen hat, „angeſchrieben", bekommt durch die heimiſchen Gemeindeverwaltungen ſeinen Aufenthaltsſchein (Päſſe) und zahlt ſeine Steuern auf dem Umweg über die heimiſche Gemeinde. Wenn der Gemeinbeſitz fällt und an ſeine Stelle der mit Einzelhofwirtſchaft verbundene Privatbeſitz tritt, ſo verſteht es ſich von ſelbſt, daß keine Neuumteilungen mehr ſtattfinden können, ſobald die einmalige Verteilung des geſamten Grund und Bodens, zum mindeſten des Ackerlandes, und der Aufbau der Einzelhöfe auf dem neuen Loſe ſtattgefunden hat. Von dem Augenblick an, wo dies neue Syſtem verwirklicht iſt, ſcheidet ſich auch das ruſſiſche Bauerntum in den landbeſitzenden und einen landloſen Teil, in Bauern und in ländliche Lohnarbeiter. In der erſten Zeit werden natürlich annähernd alle Angehörigen des Bauernſtandes mit Landbeſitz verſorgt ſein, aber je weiter die Entwicklung fortſchreitet, deſto entſchiedener wird ſich durch den Bevölkerungszuwachs, durch Beſitzwechſel, durch Erbſchaftsregulierung uſw. die Gliederung der ländlichen Bevölkerung

in beſitzliche Bauern und in landloſe Arbeiter vollziehen. Es iſt klar, daß die Durchführung dieſes Vorſchlags des einſtigen Landwirtſchaftsminiſters von den allergrößten Schwierigkeiten begleitet ſein wird. Die pſychologiſch begründeten Widerſtände bei den Bauern ſelbſt werden außerordentliche ſein; die Koſten für die Vermeſſung und Teilung des bisherigen Gemeinlandes werden ſich nicht leicht hoch genug veranſchlagen laſſen. Ebenſo iſt es ausgeſchloſſen, daß die Bauern ohne finanzielle Staatshilfe mit der Einrichtung ihrer neuen Gehöfte, dem Abbruch und Neuaufbau ihrer Wohnhäuſer und Wirtſchaftsgebäude fertig werden könnten. Ein Ueberſchlag über die Geſamtkoſten des Werkes läßt ſich einſtweilen auch nicht angeben, wenngleich man der gelegentlich geäußerten Meinung vielleicht wird beipflichten können, daß ſie die Koſten des Krieges mit Japan nicht überſteigen, dafür aber einen unendlich viel größeren Nutzen zutage fördern werden.

Die Art dieſes Reformvorſchlages beweiſt, daß Jermolow in der Tat die Wurzel des Uebels erkannt hat. Was er ſonſt noch über die Notwendigkeit einer allgemeinen Verbeſſerung der bäuerlichen Betriebsweiſe ſagt, von dem Uebergang der Dreifelderwirtſchaft zu vorgeſchritteneren Kulturformen, über die Erſetzung der primitiven landwirtſchaftlichen Geräte und des ſchlechten ausgemergelten Vieh- und Pferdebeſtandes durch beſſere Inſtrumente und höherwertiges Vieh, iſt ſehr beherzigenswert, ſehr überzeugend vorgetragen, aber im Verhältnis zu dem eigentlichen Kern ſeines Reformplans nichts Prinzipielles. Daß alle jene Hilfsmittel zweiter Ordnung gleichfalls gewaltige Vorſchüſſe von Seiten der helfenden Staatsmacht an das Bauerntum bedeuten, das in ſeiner Verelendung ſchon ſo weit fortgeſchritten iſt, daß es aus eigener Kraft ſich überhaupt nicht mehr in die Höhe arbeiten kann, verſteht ſich von ſelbſt. Ob ſich in Rußland in abſehbarer Zeit eine Regierung und eine Mehrheit in der Volksvertretung zuſammenfinden werden, die ſich entſchließen, dieſen Weg zu betreten, ſteht dahin. Soll er betreten werden, ſo iſt das überhaupt nur unter der Vorausſetzung möglich, daß für eine lange Zeit alle materiellen und moraliſchen Kräfte des Staates auf dieſes Ziel konzentriert werden. Bringt Rußland dieſen heroiſchen Entſchluß zuſtande, ſo wird es ihn nicht zu bedauern

haben. Auf eine Uebergangszeit, die wahrscheinlich nach mehr als einer Richtung hin sehr kritische Erscheinungen aufweisen wird, würde menschlicher Voraussicht nach eine Periode gesicherten Fortschritts in der gesamten Agrarwirtschaft, würde eine Steigerung der russischen Ernteerträge, eine gesicherte Festigung der Handels- und Zahlungsbilanz und die Möglichkeit einer soliden Finanzwirtschaft folgen. Kommt die Reform nicht zustande oder wird sie ins Unabsehbare hinausgeschoben, so ist Rußland überhaupt nicht zu helfen — weder wirtschaftlich noch politisch. Der ganze oder teilweise Staatsbankerott im Sinne einer Einstellung der Barzahlungen oder einer Verkürzung des im Auslande zahlbaren Kupons wird sich freilich weder mit noch ohne Agrarreform vermeiden lassen, weil die kritische Lage der russischen Finanzen jetzt bereits viel zu weit vorgeschritten ist, als daß sich das bisher befolgte System bis zum Abschluß der Agrarreform, selbst wenn diese sofort in Angriff genommen wird, noch aufrecht erhalten ließe. Der bevorstehende vollständige oder partielle Bankerott Rußlands wird aber nicht der erste Staatsbankerott in der Geschichte sein, auf den durch Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse des Landes eine ökonomische Gesundung des Ganzen gefolgt ist.

Die Geschichte Rußlands ist merkwürdig durch den Versuch, eine moderne Finanzwirtschaft und moderne Weltpolitik, beides im größten Stile, unter vollständiger Vernachlässigung der eigentlichen Basis eines staatlichen Gefüges von dieser ökonomischen Struktur, des Bauerntums, ins Werk zu setzen. Die beiden Leiter des russischen Finanz- und Wirtschaftswesens in der Epoche zwischen dem Abschluß des französischen Bündnisses und im Kriege mit Japan, Wyschnegradski und noch mehr sein vielgenannter Nachfolger Witte, haben jenes Wirtschaftssystem in der großartigsten, das Urteil des In- und Auslandes lange Zeit blendenden Weise entwickelt. Die Grundlage bildete eine Anleihewirtschaft von wahrhaft grandiosen Dimensionen, für die im wesentlichen das politische Verhältnis zu Frankreich die Voraussetzung bildete. Mit Hilfe dieser Anleihen wurde die Goldwährung durchgeführt, wurde das europäische Eisenbahnnetz mächtig erweiter und das asiatische zum größten Teil neu geschaffen, wurde die russische Industrie, das russische Bergwesen und der Seeverkehr

mit allen Mitteln, Staatsbestellungen, Subventionen und dergl. gefördert, wurde die Armee neu bewaffnet und organisiert, die Flotte vergrößert, wurden die früheren Staatsschulden konvertiert und ein Staatsbudget aufgebaut, das von Jahr zu Jahr mehr ins Riesenhafte anschwoll. Von besonderer Bedeutung ist schließlich noch die Ansammlung des bekannten gewaltigen Goldschatzes mit Hilfe derselben Anleihewirtschaft. Dieser Schatz, wohl die größte Masse Gold, die je in einer Hand vereinigt gewesen ist, darf aber, wie leicht zu sehen, nicht als ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke, sondern nur als ein solches der Schwäche angesehen werden, da Rußland eben ohne eine derartige zinslos und unproduktiv daliegende Goldreserve nicht imstande ist, sein Kredit- und Währungssystem nach außen hin mit der wünschenswerten Sicherheit auszustatten.

Wenn man nun fragt, welches die allgemeinen ökonomischen Folgen des Witteschen Finanz- und Wirtschaftssystems für Rußland gewesen sind, so wird man sich zunächst bei der Statistik über den auswärtigen Handel Rußlands Rat holen müssen. Der Aufschwung der Weltwirtschaft und der Nationalwirtschaft der einzelnen Völker während der letzten Jahrzehnte drückt sich am deutlichsten in der gewaltigen Zunahme des internationalen Handelsverkehrs, des Güteraustausches, aus. Ein Volk mit einem blühenden Wirtschaftsleben steigert sowohl den Gesamtwert seiner ins Ausland gehenden Erzeugnisse, als auch den der Güter, die es seinerseits vom Auslande bezieht. Wenn wir diesen Maßstab an den wirtschaftlichen Gesamtzustand Rußlands anlegen, so finden wir zu unserm Erstaunen, daß dieses Land während der ganzen Epoche, in der das System Wyschnegradski-Witte dortselbst herrschend war und der Aufschwung Rußlands unter seiner Einwirkung in allen Zungen gepriesen wurde, überhaupt kaum einen Fortschritt erlebt hat. Die in den Ziffern der jährlichen Einfuhr ausgedrückte Konsumkraft Rußlands auf dem Weltmarkt betrug im Jahre:

1894:	1231,1	Mill. Mk.	1898:	1339,9	Mill. Mk.
1895:	1184,7	„ „	1899:	1405,0	„ „
1896:	1279,9	„ „	1900:	1353,0	„ „
1897:	1215,2	„ „	1901:	1281,8	„ „

1902: 1294,2 Mill. Mk. 1905: 1208,1 Mill. Mk.
1903: 1472,4 „ „ 1906: 1339,0 „ „
1904: 1407,0 „ „

Mit geringen Schwankungen auf und ab, die sich im wesentlichen aus dem besseren oder schlechteren Ausfall der russischen Ernte erklären, (1903 und 1904 waren seit langer Zeit die besten Erntejahre, die Rußland erlebt hat) sind, wie die Tabelle zeigt, die Einfuhrziffern so gut wie stationär. Um die wahre Bedeutung dieser Tatsache zu ermessen, muß man aber berücksichtigen, daß sich das Eisenbahnnetz Rußlands von 1895—1906 von etwas über 35 000 Kilometer auf mehr als 65 000 Kilometer vergrößert, also beinahe verdoppelt hat, und daß die Volkszahl während derselben Periode von 122—123 auf 146—147 Millionen gestiegen ist.*) Die Einwohnerzahl Rußlands hat sich also in der entsprechenden Zeit um etwa 24 Millionen Menschen, ein Sechstel der mutmaßlich heute vorhandenen Gesamtziffer, vermehrt; die Absatzwege für den Handel und die allgemeinen Möglichkeiten des modernen Verkehrs haben sich durch die Erweiterung des Schienennetzes beinahe um 100% verbessert — und trotzdem diese Stagnation, d. h. in Wirklichkeit dieser kolossale Rückgang der allgemeinen Konsumkraft der Nation! Ein Vergleich mit der Entwickelung dieser Verhältnisse in anderen Ländern in Europa wie in Amerika, Ländern auf der verschiedensten Kulturstufe, Agrarstaaten wie Industriestaaten, wird den vernichtenden Sinn der russischen Zahlen erst recht hervortreten lassen. Nachstehende Vergleichstabelle mag das bestätigen. Es betrug die Einfuhr in Millionen Mark:**)

	1894	1900	1906 bezw. 1905
Deutschland . .	4 205,0	6 128,7	8 702,2
Dänemark . . .	392,6	592,7	700,3 (05)
Frankreich . . .	3 883,9	4 790,9	4 849,2 (05)
England . . .	8 342,5	10 670,7	12 400,9
Österreich-Ungarn	1 224,8	1 422,5	1 881,2 (05)
Portugal . . .	218,3	303,9	366,6 (04)

*) Vergleiche meinen Artikel im Januarheft der Preußischen Jahrbücher 1908, Seite 126 ff.

**) Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich 1907, Anhang Seite 47 ff.

	1894	1900	1906 bezw. 1905
Schweden . . .	395,1	567,9	654,8 (05)
Serbien . . .	27,9	37,1	44,5 (05)
Argentinien . .	375,8	473,2	1 093,4
Mexiko	127,2	257,5	361,7
China	540,0	701,9	1 439,1
Rußland . .	**1 231,0**	**1 353,0**	**1 339,0**

Die Sprache dieser Zahlen ist von vornherein geeignet, uns im höchsten Grade mißtrauisch zu machen gegen die Beweiskraft derjenigen Statistik, die von russischer Seite immer wieder produziert worden ist, und bis heute produziert wird, um den vermeintlichen wirtschaftlichen Aufschwung und natürlichen Reichtum Rußlands dem Auslande vorzudemonstrieren. Zweifellos hat sich die Baumwoll-Industrie sehr bedeutend gehoben, aber nur deshalb, weil Zollmauern von unübersteiglicher Höhe die ausländische Konkurrenz fernhalten. Auch ein so notleidendes Volk wie der russische Bauernstand hat ein gewisses Minimalbedürfnis nach Kleidung, und außer dem Bauern sind ja auch noch andere Stände mit besseren Erwerbsverhältnissen vorhanden. Wenn man also den Wettbewerb der ausländischen Textilindustrie auf künstliche Weise ausschließt, so ist es kein Wunder, wenn die russischen Baumwollmanufakturen sich entwickeln. Zweifellos hat die Produktion von Roheisen und Kohlen bedeutend zugenommen, aber es war nicht der steigende Konsum der breiten Schichten des Volks für Eisenwaren, wodurch diese Zunahme bedingt wurde, sondern es waren die Eisenbahnbauten des Staats und der subventionierten Privatgesellschaften in Europa und Asien, die den Bedarf erzeugten. Die gewaltigen Schienenbestellungen der Regierung, die abnormen Preissätze, die eine Ueberzahlung des Produkts um mehr als 100% gegenüber den Weltmarktpreisen bedeuteten, die direkten, ungezählte Millionen betragenden Staatssubventionen für die Einrichtung metallurgischer Fabriken, Bergwerksbetriebe usw. — das alles war es, was das scheinbare Emporblühen des russischen Wirtschaftslebens im Innern verursachte.

Das Budget des Reichs schwoll von Jahr zu Jahr ins Riesenhafte an. 1893 überschritt es die erste, 1903 die zweite Milliarde Rubel. Mit diesem Argument versucht das russische Finanzministerium

die Zweifler an der inneren Entwickelungskraft der Wirtschaftsverhältnisse zu überzeugen. Eine solche Beweisführung kann aber nur den Unkundigen täuschen, denn die Steigerung geht ihrem Wesen nach nicht auf eine außerordentliche Entwickelung der Hilfsquellen des Staats zurück, sondern auf die Verstaatlichung großer Wirtschaftsbetriebe, in erster Linie des Eisenbahnnetzes und des Branntweinverkaufs. Die wichtigsten Teile des russischen Einnahmebudgets sind das Branntweinmonopol, das Staatseisenbahnwesen und die Zölle. In dem Voranschlag für 1907, der eine Gesamtsumme der ordentlichen Einnahmen von rund 2175 Millionen Rubel in Aussicht nimmt, figurieren die Einnahmen aus dem Branntweinverkauf und der Getränkesteuer mit 706 Millionen Rubeln, aus dem staatlichen Eisenbahnbetrieb mit 489 Millionen Rubeln und die Zölle mit ca. 224 Millionen Rubeln, zusammen: 1419 Millionen Rubel. An vierter Stelle rangierten früher, als die sogenannten Loskaufszahlungen*) noch strenger eingetrieben wurden, die Bauernsteuern; jetzt, wo an den weiteren baren Eingang der Loskaufszahlungen nicht mehr in irgendwie nennenswertem Maße gedacht werden kann, steht die Zuckerakzise mit einem Ertrag von über 100 Millionen Rubeln an der vierten Stelle, und die direkten Steuern, die im wesentlichen auf dem Bauernstande lasten, mit über 85 Millionen Rubeln an fünfter Stelle. Von diesen wichtigsten Einnahmepositionen des russischen Etats ist zu sagen, daß sie überwiegend ein wirtschaftlich unerfreuliches Bild abgeben. Ueber den Branntwein bedarf es dazu keiner weiteren Ausführung. Bei den Zolleinnahmen herrscht ein Dilemma derart, daß, wenn die Einfuhr ausländischer Produkte groß ist, die Zollsumme zwar steigt, aber die Zahlungsbilanz sich verschlechtert; wird die Einfuhr durch hohe Schutz- und Prohibitivzölle zurückgedrängt, so leiden darunter wieder die Zolleinnahmen. Bei den Bauernsteuern beruht der Eingang zum größeren Teil darauf, daß die Steuererheber sofort nach der Ernte erscheinen und die Bauern zwingen, gerade zu diesem Zeitpunkt, wo die Preise für das Getreide am niedrigsten sind, ihr Korn zu

*) Es war dies die Amortisation der Entschädigung, die der Staat bei der Bauernbefreiung den Gutsbesitzern in Gestalt zinstragender Papiere bewilligt hatte, die in ihrer Wirkung auf eine Erhöhung der direkten auf dem Bauernstande lastenden Steuern hinauskam.

verkaufen — das Korn, das, wie wir ſahen, im Grunde überhaupt nicht verkauft und exportiert werden ſollte, weil die Leute Hunger leiden müſſen, wenn ſie es nicht für ſich verbrauchen dürfen. Das fiskaliſche Eiſenbahnnetz Rußlands iſt mit unverhältnismäßig hohen Koſten erworben und erbaut. Die Unredlichkeit des Beamtentums hat es verſchuldet, daß die Abſchätzung, zu denen die privaten Eiſenbahnlinien ſeinerzeit vom Staate angekauft wurden, viel zu hoch ausfiel. Der Betrag, durch den die Staatskaſſe auf dieſe Art geſchädigt worden iſt, — eine Schädigung, die durch die folgende erhöhte Zinslaſt dauernd bleibt — läßt ſich natürlich nicht genau ziffernmäßig berechnen, aber er iſt nach der Meinung ruſſiſcher volkswirtſchaftlicher Autoritäten ſelbſt ganz außerordentlich hoch. Ebenſo ſind infolge des Syſtems der Ueberzahlung alles Eiſenbahnbaumaterials zum Zwecke der Subventionierung der ruſſiſchen Induſtrie die Geſamtkoſten der vom Staate ſelbſt erbauten Eiſenbahnen zum Teil ganz unglaublich hoch ausgefallen. Die unverhältnismäßigen Erwerbs- und Anlagekoſten, außerdem aber auch noch verſchiedene Mängel im Betrieb und die allgemeine Rückſtändigkeit der wirtſchaftlichen Entwickelung des Landes verurſachen es, daß das ganze ſtaatliche Eiſenbahnnetz ſich nicht nur nicht verzinſt, ſondern ein enormes bares Betriebsdefizit mit ſich bringt. Schon vor dem japaniſchen Krieg bedurfte es der gewagteſten Verſchleierungskünſte des Finanzminiſteriums, um dieſen Tatbeſtand, der in vertraulichen Berichten von Witte ſelbſt zugegeben werden mußte, vor der Oeffentlichkeit zu verdecken. Selbſt von dem geringen Ertrag der Eiſenbahnen beruhte aber noch ein großer Teil auf den Materialtransporten, die durch das Fortſchreiten der Bahnbauten in Sibirien, Oſtaſien, Turkeſtan, dem Kaukaſus und dem europäiſchen Norden bedingt wurden. Eine gewaltige Menge von Material wurde jahrelang dorthin gefahren, und dieſe für Staatsrechnung erfolgenden Transporte erſcheinen natürlich gleichfalls als Einnahmen der Staatsbahnen. Der Ausbau des Eiſenbahnnetzes in Europa und Aſien bedingte außerdem noch zum größeren Teil die Exiſtenz der ruſſiſchen Eiſeninduſtrie. Drei Fünftel ihrer Produktion entfielen vor dem Kriege auf den Staatsbedarf, nur zwei Fünftel auf den privaten Konſum. Seit Beginn des Syſtems

Witte betrug die Summe, die jährlich für die Erweiterung der Staatseisenbahnen verwendet wurde, zwischen 200 und 300 Millionen Mark; für 1903 sogar gegen 400 Millionen Mark. Je weiter aber der Eisenbahnbau nach Osten fortschritt, desto schlimmer wurden die Wirkungen des Defizits auf das Gesamtbudget. Das gilt auch noch heute, und es gilt umsomehr, seitdem das wertvollste Stück der sibirisch-ostchinesischen Bahn, der Strang nach Port Arthur und Dalnij, den Japanern gehört. Man darf nicht, wie manchmal geschieht, sagen, Rußland habe in seinen Eisenbahnen gewaltige Aktiva, deren Realisierung jederzeit möglich sei, wodurch die Staatsschuld bedeutend entlastet werde. Von einem vorteilhaften Verkauf der Eisenbahnen im ganzen kann wegen des kolossalen Betriebsdefizits, das in jedem Fall mehrere hundert Millionen Mark jährlich beträgt, nicht die Rede sein. Natürlich könnte der Staat die rentierenden Linien, deren es immerhin eine ganze Anzahl gibt, mit Vorteil verkaufen, aber die Betriebs- und Verzinsungskosten für den verbleibenden unrentablen Rest müßte er darum doch weiter aufbringen, und so wäre für das Ganze von dieser Seite her gar nichts gewonnen.

Die gegenwärtige Finanzlage Rußlands ist ein für uns so überaus wichtiges und akutes Problem, daß es auf jeden Fall nötig erscheint, dieses Thema für sich noch etwas genauer zu behandeln, wobei es zur besseren Klarlegung des Sachverhalts dienlich sein wird, den Stand der Dinge vor Ausbruch des japanischen Krieges mit dem heutigen zu vergleichen.

Im Jahre 1899 schrieb der Geheime Rat Schwanebach, damals an hoher Stelle unter Witte im russischen Finanzministerium tätig, und später Reichskontrolleur, eine Stellung, die formell etwa der des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches entspricht, über das Wittesche Finanzsystem: „Das gewaltige Kapital, das in barem Golde nach Rußland gezogen ist, hat nur zum Teil mit dem Exportüberschuß bezahlt werden können; größtenteils ist das Gold durch Anleihen im Auslande erworben, und so steht uns denn die endgültige Auseinandersetzung in betreff der Hauptmasse unseres Münzinventars noch bevor. Im Zusammenhange mit dem Wachstum der Verschuldung wuchsen und fahren fort zu wachsen unsere

Zahlungsverpflichtungen im Auslande. Bei dem jetzigen Stande unseres auswärtigen Handels werden sie durch den Ausfuhrüberschuß nicht genügend gedeckt. Unter diesen Umständen mußten wir Jahr für Jahr einen Teil unseres Goldfonds zu den Zahlungen im Auslande verwenden, wenn sich nicht in neuen Anleihen und im Verkauf unserer Fonds an das Ausland zwei weitere Quellen zur Bestreitung dieses unseres Tributs eröffneten. Solche Kreditoperationen in dieser oder einer anderen Form sind aber für die Aufrechterhaltung der Goldwährung eine bloße Palliativmaßregel. Der Tribut an das Ausland bleibt daher, so lange es nicht gelingt, ihn mit dem Ausfuhrüberschuß zu decken, als Damoklesschwert über unserer bisher bloß vom formellen Gesichtspunkt aus gesicherten Valuta hängen.“*) Das russische Finanzsystem beruhte seit dem Beginn der Aera Wyschnegradsky-Witte auf der fortgesetzten Kapitaleinfuhr aus dem Auslande, namentlich aus Frankreich. Kapitaleinfuhr aber ist nach der treffenden Formulierung v. Schulze-Gävernitz' nichts anderes, als „gestundete Warenausfuhr“, d. h. ein Staat wie Rußland kann den auf dem Anleihewege aufgebrachten Goldvorrat nur dann hoffen, auf die Dauer zu behalten, wenn er damit sein Wirtschaftssystem soweit zu entwickeln in der Lage ist, daß die Gesamtzahlungsbilanz aktiv wird oder mindestens annähernd balanziert. Andernfalls muß, wie Schwanebach sehr richtig an der oben zitierten Stelle ausführt, der angesammelte Goldfonds entweder abfließen oder auf dem Wege neuer Anleihen im Auslande und durch den Verkauf russischer Fonds ins Ausland fortdauernd neu aufgefüllt werden. Es liegt auf der Hand, daß ein solches System sich nicht in die Unendlichkeit fortsetzen ließe.

Der Hauptpunkt also, auf den es für die Beurteilung der finanziellen Lage Rußlands ankommt, ist seine Zahlungsbilanz. Einen ersten ungefähren Näherungswert für die Beantwortung dieser Frage werden wir suchen können, indem wir die Summe des nachweisbar während der letzten Wirtschaftsperiode nach Rußland geflossenen Goldes mit derjenigen vergleichen, die nach den offiziellen Ausweisen der russischen Finanzverwaltung noch im Lande vorhanden

*) Im Rußkij Wjestnik 1899, November, Seite 135 ff.

iſt. Der frühere Geheime Legationsrat Profeſſor Helfferich berechnete in ſeinem bekannten Aufſatz in der Marinerundſchau im Herbſt 1904, der den Anſtoß zum verſtärkten Wiedererwachen der Polemik über das ruſſiſche Finanzweſen gab, die damaligen Schulden Rußlands im Auslande, d. h. die Goldmenge, die aus dem Auslande nach Rußland gefloſſen war, auf 7—9 Milliarden Francs für Frankreich und 3 Milliarden für die übrigen Gläubigerländer. Dazu kamen noch mit ausländiſchem Gelde fundierte Eiſenbahnen und induſtrielle Unternehmungen, deren Wertbetrag ſich ſchwer ſchätzen läßt, aber auf jeden Fall ziemlich hoch veranſchlagt werden muß. Bekanntlich war es eins der Hauptmittel des Syſtems Witte zur wirtſchaftlichen Entwickelung Rußlands geweſen, das ausländiſche Kapital auch in der Form induſtrieller Anlagen heranzuziehen. Man mußte alſo für die Zeit unmittelbar vor Ausbruch des japaniſchen Krieges die Menge des nach Rußland gefloſſenen Goldes auf einen Betrag ſchätzen, der wahrſcheinlich ungefähr in der Mitte zwiſchen den Grenzen von 10 und 15 Milliarden Francs lag. Die Menge des im ſtaatlichen und privaten Beſitz innerhalb Rußlands noch vorhandenen Goldes ſchätzte Helfferich, der in ſeiner Arbeit bekanntlich bemüht war, die Finanzlage Rußlands als unbedenklich hinzuſtellen, auf Grund der amtlichen ruſſiſchen Ausweiſe, auf ca. 5 Milliarden Francs. Es war alſo nicht einmal mehr die Hälfte des ſeit dem Beginn des neuen wirtſchaftlichen und politiſchen Syſtems nach Rußland gezogenen Goldes mehr vorhanden! Das bedeutet alſo auf jeden Fall eine im höchſten Grade paſſive Geſamtzahlungsbilanz für Rußland, und zwar in einem Umfange, daß man zunächſt einen unwillkürlichen Zweifel daran empfindet, ob nicht in einer Rechnung, die auf ein ſo maſſenhaftes Abſtrömen von Gold aus Rußland führt, irgend welche verborgenen Fehlerquellen unberückſichtigt geblieben ſind. Sehen wir alſo weiter zu!

Rußlands Zahlungsbilanz wird durch folgende Faktoren bedingt: 1. Durch das Wertverhältnis zwiſchen Ausfuhr und Einfuhr, 2. durch die im Auslande zahlbaren Anleihezinſen, 3. durch die ins Ausland abfließenden Erträgniſſe in Rußland angelegter ausländiſcher Kapitale, 4. durch die baren Beträge, die ausländiſche Reedereien für die Vermittelung des Warenverkehrs von und nach

den russischen Häfen erhalten, 5. durch die Ausgaben der dauernd oder vorübergehend im Auslande befindlichen Russen, 6. durch die Ausgaben der Regierung im Auslande für Armee- und Marinezwecke. Von diesen Positionen sind die wichtigsten zweifellos die beiden ersten. Das Verhältnis der russischen Einfuhr und Ausfuhr ist seit 1890 folgendes (in Millionen Rubeln):*)

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1890	362,1	657,3	295,2
1891	325,6	669,9	344,3
1892	350,8	436,3	85,5
1893	392,4	561,6	169,2
1894	490,5	633,1	142,6
1895	457,8	651,8	194,0
1896	519,8	649,8	130,0
1897	489,3	673,9	184,6
1898	541,4	676,6	135,2
1899	650,5	627,0	— 23,5
1900	629,3	719,7	90,4
1901	593,4	761,6	168,2
1902	599,1	860,3	261,2
1903	681,1	1001,2	320,1
1904	651,4	1006,4	355,0
1905	635,1	1077,3	442,2
1906	613,9	1004,0	390,1

In dieser Tabelle spiegelt sich vor allen Dingen der Ausfall der russischen Ernten wieder. Im Jahre 1899 erschien die Folge der totalen Mißernte als Zurückbleiben der Ausfuhr hinter der Einfuhr und 1903/06 drückt sich das beispiellose Aufeinanderfolgen einer Reihe günstiger Erntejahre in dem starken Emporschnellen der Ausfuhr und der Aktivität der Handelsbilanz aus. Außer der guten Ernte — 1904 hat Rußland, wie bemerkt, die größte Getreideernte gehabt, die dort seit Menschengedenken vorgekommen ist — ist aber für die Erhöhung des Wertes der Gesamtausfuhr auch noch das Steigen der Getreidepreise bedeutsam gewesen,

*) Nach dem Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich und dem Diplomatisch-statistischen Jahrbuch des Gothaischen Hofkalenders 1907 und 1908.

und dieſer Faktor hat ſich gegenwärtig ſogar noch merklich verſchärft, ſo daß auch ein mittlerer oder ſchlechter Ernteertrag unter den heutigen Verhältniſſen einen Mehrwert gegen früher bedeuten würde. Die Zahl für 1907, die noch nicht vorliegt, wird aber ein merkliches Hinuntergehen beider Bilanzgrößen zeigen, da die Ernte wieder ſchlechter geweſen iſt und in ausgedehnten Teilen des Reiches ſogar direkte Hungersnot geherrſcht hat, ebenſo wie im laufenden Wirtſchaftsjahr. Natürlich bemüht ſich die ruſſiſche Regierung, auch noch abgeſehen von dem Ergebnis der Ernte, mit allen Mitteln den Wert der Ausfuhr zu ſteigern. So ſind namentlich Holz (70—80 Millionen Rubel), Eier (ca. 60 Millionen Rubel), Butter (ca. 30 Millionen Rubel), Werte geworden, die in der ruſſiſchen Ausfuhr früherer Jahre teils eine viel geringere, teils überhaupt noch keine merkliche Rolle ſpielten. Leider hängt die Holzausfuhr mit dem rückſichtsloſen Niederſchlagen der fiskaliſchen Wälder ohne genügende Wiederaufforſtung und die Eierausfuhr*) mit dem Hungerdaſein des ruſſiſchen Bauern zuſammen, wie wir das in noch viel größerem und verhängnisvollerem Maßſtabe bei der Charakteriſierung des ruſſiſchen Getreideexports ja bereits geſehen haben. Scharf und richtig ſchreibt Schwanebach ſchon vor neun Jahren (in dem bereits zitierten Aufſatz): „Mit den 600 Millionen Rubeln, für die wir Landesprodukte verkaufen, exportieren wir einen nicht geringen Teil unſeres agraren Grundkapitals. Wo iſt das Aequivalent dieſes ſich unerbittlich wiederholenden nationalen Verluſtes? Für die Landwirtſchaft bedarf es nicht einer Vergrößerung, ſondern einer Verringerung der Ausfuhr . . . Um der Goldwährung willen müſſen wir aber eine große Ausfuhr wünſchen und gleichſam vergeſſen, daß dieſe Ausfuhr für unſeren fundamentalen Wirtſchaftsbeſtandteil (die Landwirtſchaft) ſchädlich, ja vernichtend iſt.“ Im Durchſchnitt der 17 Jahre von 1890—1906 beträgt alſo der Ueberſchuß der ruſſiſchen Ausfuhr über die Einfuhr zwiſchen 215 und 220 Millionen Rubel — immer unter der Vorausſetzung Schwanebachs, daß es ſich hier nicht nur um den Verkauf der eigentlichen Landesprodukte, ſondern außerdem noch um einen fortgeſetzten Export auf Koſten des „agraren

*) So ſchon Schwanebach und neuerdings wieder mit beſonderem Nachdruck der frühere Landwirtſchaftsminiſter Jermolow.

Grundkapitals" Rußlands handelt, und unter der weiteren Voraussetzung, daß auch die Preissteigerung für Getreide während der letzten Jahre für die Ermittelung des Durchschnitts voll zur Anrechnung kommt.

Veranschlagen wir also den Aktivbetrag der russischen Zahlungsbilanz im Durchschnitt auf 220 Millionen Rubel jährlich und vergleichen wir hiermit die Posten, deren Summierung die durchschnittliche jährliche Zahlung an das Ausland ergibt. Schwanebach (in der bereits mehrfach erwähnten Arbeit) berechnete Anfang 1899 die an das Ausland zu zahlenden Anleihezinsen auf mindestens 170 Millionen Rubel jährlich. Seitdem ist das ungeheure Anwachsen der russischen Staatsschuld durch den unglücklichen Krieg mit Japan hinzugekommen. In dem Werk des Professors der Volkswirtschaft an der Moskauer Universität J. Ch. Oserow*) werden die bis dahin entstandenen Kosten des Krieges auf 2070 Millionen Rubel angegeben („nach den vorläufigen Mitteilungen der Reichskontrolle"). Dieser Betrag und alles, was Rußland fortan noch an neuen Anleihen im Auslande etwa glücken sollte, bedeutet zum größeren Teil eine Vermehrung des an das Ausland zu leistenden Goldtributs. Man ist natürlich bemüht, das Geld nach Möglichkeit auf dem inneren Markt zu beschaffen, aber dieser ist eben in Rußland nicht leistungsfähig, und außerdem darf man sich durch die Einregistrierung einer russischen Anleihe in die innere Schuld nicht zu der Annahme verleiten lassen, daß damit auch die Zinszahlung im Inland gewährleistet ist. Es war vielmehr von Anfang an und je länger desto mehr ein Hauptmittel der russischen Finanzverwaltung zur Heranziehung von Gold in das Land gewesen, die Titel der inneren Schuld im Auslande zu verkaufen. Abgesehen von den inneren Anleihen hat Rußland aber im Mai 1904 für 800 Millionen Francs 5%ige Schatzscheine in Paris untergebracht; im Januar 1905 hat es 500 Millionen Mark sogenannte deutsch-holländische Anleihe aufgenommen und 1906 die auswärtige Riesenanleihe von über 843 Millionen Rubel. Im ganzen ist hiermit die Verzinsungslast für den Dienst der auswärtigen Schulden jedenfalls auf weit über

*) „Wie wird das Geld des Volks in Rußland ausgegeben? Die Kritik am russischen Ausgabebudget und die Reichskontrolle. Nach unveröffentlichten Dokumenten." Zweite Auflage, Moskau 1907, Seite 263.

200 Millionen Rubel jährlich gestiegen und man wird annehmen können, daß keinesfalls weniger als der gesamte Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr allein für die Zinszahlung an das Ausland aufgebraucht wird. Es fallen also die sämtlichen übrigen Positionen der Zahlungsbilanz mit ihrem vollen Gewicht auf die Seite des Defizits. Natürlich ist es nicht möglich, hier ganz genaue Daten zu geben. Die Zahlungen an ausländische Werften, Waffenfabriken usw. werden nicht besonders veröffentlicht. Schwanebach, der jedenfalls seinerzeit einen sehr genauen Einblick besaß, gibt sie für die Zeit von 1888—1891 im Mittel auf 16 Millionen Rubel an. Zu welchen Dimensionen sie anschwellen würden, wenn es wirklich zu einem Neubau der russischen Flotte in großem Stile kommt und welche Summen während des japanischen Krieges für Kriegsmaterial, Eisenbahnmaterial, Seefrachten usw. ins Ausland gingen, braucht nicht erst im einzelnen ausgeführt zu werden. Den ins Ausland abfließenden Ertrag in Rußland angelegter Kapitalien schätzte Schwanebach 1899 auf mindestens 25 Millionen Rubel jährlich und die Ausgaben der im Auslande befindlichen Russen auf 50 Millionen Rubel jährlich. Diese Ziffer geht zurück auf eine Berechnung des Finanzministers Wyschnegradski in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf Grund der Zahl der Pässe, die durchschnittlich pro Jahr an ins Ausland reisende Personen verabfolgt wurden. Seitdem hat sich infolge der unruhigen Zustände in Rußland die Zahl der jenseits der Grenze lebenden Personen ganz bedeutend gesteigert, und wenn sie gegenwärtig auch nicht mehr so hoch ist, wie während der Zeit, da die Revolution unmittelbar vor der Tür stand, so ist sie sicher immer noch höher, als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Sehr bedeutend ist der Tribut, den Rußland an ausländische Reeder für Vermittelung seines Seeverkehrs zahlen muß. Im Jahre 1904 betrug der Gehalt der in russischen Häfen angekommenen Schiffe unter russischer Flagge 860 000 Registertons, unter fremder Flagge dagegen 8 584 000; der der abgegangenen Schiffe 816 000 Tons unter russischer, 8 167 000 unter fremder Flagge.*) Die fremde Schiffahrt ist also in russischen Häfen mit

*) Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Rei . 907, Anhang Seite 37.

einem zehnfach größeren Betrage beteiligt, als die ruſſiſche, und während Flotten, wie die engliſche, deutſche, norwegiſche, ſich in großem Maßſtabe mit der Vermittelung des Frachtverkehrs zwiſchen fremden Ländern beſchäftigen, kann in Rußland nicht davon die Rede ſein, daß ruſſiſche Schiffahrtsunternehmungen Gewinn für die heimiſche Volkswirtſchaft aus dem Auslande heimbringen. Rußland muß alſo faſt die geſamten Koſten für die Vermittelung ſeines Warenverkehrs zur See Jahr für Jahr an das Ausland bar herauszahlen. Wie groß der Verluſt iſt, der dadurch entſteht, daß die ruſſiſche Geſamtwirtſchaft nahezu den vollen Betrag der nach Rußland kommenden und von Rußland ausgehenden Seefrachten dauernd an das Ausland abführen muß, läßt ſich natürlich ſchwer ermitteln, auf jeden Fall aber iſt er ſehr hoch und wird nicht nach bloßen Millionen, ſondern nach Dutzenden von Millionen einzuſchätzen ſein. Schon bei einem Frachtwert von nur 5 Mark durchſchnittlich pro Regiſterton würde ſich ein Betrag von über 40 Mill. Mark ergeben.

Alle dieſe Poſitionen zuſammengenommen beweiſen mit abſoluter Sicherheit ein ganz bedeutendes Ueberwiegen der ruſſiſchen Zahlungsverpflichtungen an das Ausland über den Aktivbetrag der Handelsbilanz, und wir können uns nunmehr wohl vorſtellen, wie jener zunächſt beinahe unglaublich erſcheinende Betrag des Goldabfluſſes ins Ausland während der letzten Periode zuſtande gekommen iſt.

Die Tatſache ſteht alſo feſt, daß Rußland ſeine Währung und damit die Verzinſung ſeiner auswärtigen Anleihen durch kein anderes Mittel aufrecht erhalten kann, als durch fortgeſetzten Import von Gold, d. h. im weſentlichen durch Anleihen im Auslande. Alles übrige, was zu dem Thema der ruſſiſchen Finanzen geſagt werden kann, iſt gegenüber dieſer grundlegenden Erkenntnis nur von nebenſächlicher Bedeutung, auch die eigene Goldproduktion Rußlands im Ural und in Sibirien ſpielt gegenüber der allgemeinen Höhe des Goldbedarfs keine nennenswerte Rolle. Rußland wird alſo ſeine Barzahlungen ſolange fortſetzen können, wie das Ausland ſich bereit finden läßt, ihm neues Gold zu borgen — keinen Augenblick länger. Sobald die ruſſiſche Regierung ſich davon überzeugt,

daß sie tatsächlich keine Aussichten mehr hat, selbst unter noch so harten Bedingungen, in Paris, Berlin, London, Amsterdam oder sonstwo etwas geborgt zu bekommen, so wird sie es natürlich nicht erst darauf ankommen lassen, daß auch der dann noch im Lande befindliche Goldvorrat durch Fortsetzung der Barzahlungen abfließt, sondern sie wird die Barzahlungen einstellen, solange sie noch im Besitz einer möglichst großen Menge von Gold ist. Auch Oserow (Seite 261) weist mit aller Deutlichkeit auf diese naheliegende Erwägung hin. Allerdings sind die ausländischen Gläubiger Rußlands ihrem Schuldner gegenüber in einer schwierigen Lage. Entschließen sie sich, keine weiteren Mittel mehr zu bewilligen, so können sie sich ohne weiteres sagen, daß die Tage ihres normalen Zinsgenusses gezählt sind; wird das System der Vorschüsse weiter fortgesetzt, so liegt die Befürchtung vor, daß nicht nur die früheren, sondern auch die neuen Darlehen infolge eines russischen Staatsbankerotts verloren gehen oder in ihrem Werte bedeutend reduziert werden.

Für jedermann, der Rußland Geld geborgt hat oder sich überlegt, ob er ihm noch welches borgen soll, handelt es sich also um die Frage, ob Rußland imstande sein wird, durch weitere Gewährung von Kredit seine wirtschaftlichen Verhältnisse soweit zu verbessern, daß eine Steigerung der gesamten ökonomischen Produktion des Landes eintritt, die hinreicht, um seine allgemeine Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Wir erinnern uns nochmals an das Wort v. Schultze-Gävernitz: Kapitaleinfahr ist gestundete Warenausfuhr. Um industrielle Warenausfuhr in nennenswerter Masse wird es sich in Rußland für absehbare Zukunft unter keinen Umständen handeln können, sondern immer nur im wesentlichen um den Export von landwirtschaftlichen Produkten, Erzeugnissen des Ackerbaues, der Viehzucht und der Forstwirtschaft. In dieser Beziehung hängt die zukünftige Entwickelung daran, ob es zu einer Agrarreform kommt und wie diese Agrarreform dann aussieht. Wir haben gesehen, daß sie fundamental sein muß, wenn sie überhaupt wirksam sein soll. Die mit der Aufhebung des Gemeinbesitzes des „Mir" verbundene Auseinandersiedelung der Bauern, die notwendigen Vorschüsse für die Neuerrichtung der Gehöfte, für die Verbesserung des Viehstandes, für die Anschaffung leistungsfähiger

Ackergeräte, für künstliche Düngung, für Ackerbauschulen werden, wenn sie einen im Verhältnis zu dem ungeheuren Umfang des Reiches merklichen Effekt haben sollen, jedenfalls Milliarden betragen müssen, und wenn nicht weitere große Aufwendungen für Volksschulen dazu kommen, so wird das alles trotzdem nutzlos sein. Es ist ausgeschlossen, jene Milliarden anders als auf dem Wege auswärtiger Anleihen zu erhalten, und da eine durchgreifende Agrarreform, auch wenn sie auf die verständigste Weise angefaßt wird und ausgesprochenermaßen glückt, jedenfalls einen langen Zeitraum erfordern wird, bis ihre wirtschaftlichen Folgen in der Erhöhung der russischen landwirtschaftlichen Ausfuhr sichtbar werden, so kann es als ausgeschlossen gelten, daß der russische Staat bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes in der Lage sein wird, seine Zinsen voll zu bezahlen. Er wird sogar wahrscheinlich sehr bald nicht mehr in der Lage dazu sein, und das um so sicherer, je mehr er Milliardenanleihen für eine so nutzlose Verwendung wie den Wiederaufbau der russischen Kriegsflotte projektiert. Es mag sein, daß noch die eine oder andere auswärtige Anleihe unter harten Bedingungen und unter dem Druck der Drohung mit dem Bankerott glückt, und daß die Währung und die Zinszahlung auf diese Weise noch eine Weile weiter gefristet werden. Auch die Kurse der russischen Staatspapiere können durch die mit der Vorbereitung neuer Anleihen verbundenen Manipulationen des russischen Finanzministeriums vorübergehend noch etwas in die Höhe getrieben werden und es kann jedem, der russische Papiere besitzt, nur der allerdringlichste und aufrichtigste Rat gegeben werden, einen solchen Moment zur schleunigen Abstoßung seines Besitzes, wenn auch unter Verlust gegenüber dem Anschaffungswert der Papiere, zu benutzen. Wer sich dazu nicht entschließen kann, wird es nachher, wenn der russische Staatsbankerott und die Zins- oder Kapitalreduktion da sind, schmerzlich genug zu bereuen bekommen, aber er wird sich nicht darüber beklagen dürfen, daß er nicht gewarnt worden ist. Die Finanzlage Rußlands ist für niemanden, der lesen kann und die elementarsten volkswirtschaftlichen Erwägungen anzustellen imstande ist, ein versiegeltes Mysterium, sondern sie liegt in den Erscheinungen der Agrarkrisis und in der enormen Passivität der russischen Zahlungs-

bilanz so offen vor aller Augen dar, daß es durchaus keine übertriebene oder agitatorische Forderung ist, wenn man verlangt, daß eine Möglichkeit geschaffen wird, diejenigen Finanzinstitute, die uns jetzt noch neue russische Werte aufhalsen wollen, zu einer rechtlichen Verantwortung zu ziehen. Wenn ein volks- und finanzwirtschaftlich gebildeter Mensch heutigen Tages noch von der Solidität oder auch nur von einer erträglichen Lage der russischen Finanzen spricht, so hat er sich entweder mit dem einschlägigen Material nicht hinreichend beschäftigt, oder er will — aus welchen Motiven bleibe dahingestellt — die Dinge anders sehen und anders darstellen, als sie in Wirklichkeit sind.

Rußland wird in einem wahrscheinlich nicht mehr sehr fernliegenden Moment, dessen Eintreten von dem definitiven Scheitern weiterer Anleihen im Auslande abhängig ist, seine Barzahlungen einstellen, d. h. den Staatsbankerott erklären. Das dann bevorstehende Arrangement mit den Gläubigern des russischen Staates kann auf verschiedene Weise gedacht werden; dies zu untersuchen, gehört nicht mehr in diesen Zusammenhang. Wenn dann auf irgend eine Art der Goldtribut ans Ausland herabgesetzt ist, so wird man, wie die Erfahrung lehrt, die bisher bei allen Staatsbankerotten gemacht ist, nach einiger Zeit wieder mit Erfolg an die Pforte des ausländischen Kredits klopfen und dann eine Reihe von Anleihen zum Gesamtbetrag von mehreren Milliarden Mark aufnehmen können. Es ist immerhin wahrscheinlich, daß über kurz oder lang die Einsicht in die absolute Notwendigkeit einer fundamentalen Umgestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland durchdringt. Ob sich dann die Kräfte finden, um ein Werk von einer solchen Schwierigkeit und einer so ungeheuren Tragweite glücklich durchzuführen, ob nicht Korruption, Doktrinarismus, Unentschlossenheit und politische Quertreibereien das Werk schließlich doch noch zum Scheitern bringen, vermag jetzt niemand vorauszusetzen. Man wird es schon für etwas Großes halten müssen, wenn es überhaupt ernsthaft in Angriff genommen wird.

Nach den vom russischen Finanzministerium geprüften und berichtigen Angaben von Polly*) betrug die Summe der russischen Staatsschulden:

*) „Preußische Jahrbücher" Januar 1908, Seite 119.

Zum 1. Januar 1904 = 6 636,1 Mill. Rubel
Zum 1. Januar 1905 = 7 066,5 „ „
Zum 1. Januar 1906 = 7 681,9 „ „
Zum 1. Januar 1907 = 8 609,6 „ „
Zum 1. Januar 1908 = 8 710,1 „ „

Die jährlichen Zinszahlungen hierfür belaufen sich nach der Berechnung Oserows auf Grund der Daten der russischen Reichskontrolle auf über 380 Millionen Rubel, d. h. nach Abzug des mit einem großen Fehlbetrage abschließenden Eisenbahnetats und der Betriebskosten für das fiskalische Branntwein-Monopol auf 27,2% der gesamten russischen Staatseinnahmen.*) In England erforderte die Verzinsung der Schuld 1904/05 beinahe 19%, in Frankreich 33,8% der Staatseinnahmen. Es bedarf keiner Ausführungen darüber, wie verschieden in staatswirtschaftlicher Beziehung die russische Schulden- und Zinslast auf der einen, die englische und französische auf der anderen Seite zu beurteilen sind. Innerhalb des russischen Budgets spielt die um sich fressende Wirkung des Eisenbahndefizits eine ähnliche verderbliche Rolle, wie die Passivität der russischen Zahlungsbilanz gegnüber dem Bestande der Währung und des Goldvorrats. Wie groß dieses Eisenbahndefizit eigentlich ist, darüber wird von russischer Seite begreiflicherweise versucht, möglichst keine Klarheit zu geben. Nach dem Protokoll der Sitzung des russischen Reichsrats vom 30. Dez. 1902**) gab der Finanzminister Witte an dieser vertraulichen Stelle das Defizit für 1900 auf 2,6 Millionen Rubel an, für 1901 auf 32,9 Mill., für 1902 auf 45 Millionen Rubel. Damals erwartete er für 1903 ca. 60 Mill., für 1904 über 84 Mill. Rubel. Selbst innerhalb des Reichsrats hat aber Witte noch versucht, den Stand der Dinge günstiger hinzustellen, als den Tatsachen entsprach. Der offizielle Jahresbericht des Finanzministers an den Zaren über das Budget 1905/06***) gibt durchweg viel höhere Zahlen und zwar heißt es dort, daß mit Ausnahme des Jahres 1896 von 1887 an stets ein Defizit bestanden habe: z. B. für 1900 61,6, für 1902 114, für 1904 trotz der Einnahmen aus den Kriegstransporten

*) Oserow, Seite 263 f.
**) Veröffentlicht von der Redaktion der „Oswoboschdenije", Stuttgart 1903.
***) Rapport du Ministre des Finances à S. M. L'Empereur pour l'exercise, Seite 46.

noch 92,7 Mill. Rubel. Von 1887 bis 1904 betrug das Defizit zusammengenommen 758 Mill. Rubel (= 1637 Mill. Mark), und im Durchschnitt der Jahre von 1900 bis 1904 ca. 86½ Mill. Rubel oder über 185 Mill. Mark jährlich. Bis 1908 wird auf diese Weise das Gesamtdefizit der Eisenbahnen (seit 1887) den enormen Betrag von 1 Milliarde Rubel überschritten haben, d. h. für die letzten zwei Jahrzehnte macht die Unterbilanz des russischen Staatsbahnbetriebes beinahe die Hälfte der Kosten des unglücklichen Krieges mit Japan aus!*) Mit Recht ist man der Meinung, daß kein normales Staatsbudget — und am allerwenigsten das russische — imstande ist, von allen anderen Faktoren abgesehen, auf die Dauer eine derartige Entziehung von Lebenssäften zu ertragen.

Wir haben also außer den mehr als 380 Mill. Rubeln für die Verzinsung der Staatsschuld auch noch über 86 Mill. Rubel für das Eisenbahndefizit, zusammen also beinahe 470 Mill. Rubel jährlich, auf die Seite der unproduktiven Ausgaben im russischen Staatshaushalt zu schreiben. Von der öffentlichen Schuld können keine großen Beträge als für werbende, verzinsliche Anlagen verausgabt betrachtet werden. Beinahe ein Viertel der ganzen Schuld (mehr als 2000 Mill. Rubel) entfällt auf die vollständig unproduktiven Aufwendungen für den japanischen Krieg. Ueber 1500 Mill. Rubel betragen die Eisenbahnschulden. Natürlich gibt es unter den russischen Staatsbahnen auch solche, die sich gut rentieren, aber das Gesamtergebnis der Eisenbahnwirtschaft ist, wie wir sahen, ein negatives. Weitaus das meiste von der übrigen Schuld ist als die in der jetzigen Gestalt allerdings vielfach konvertierte und abgeleitete Hinterlassenschaft der Kriege zu betrachten, die Rußland während des vorigen Jahrhunderts geführt hat und die ihm mit Ausnahme der Erwerbung Polens keinen für seine Volkswirtschaft ins Gewicht fallenden Gewinn gebracht haben. Auch die bedeutenden Summen, die insgesamt seit Beginn der 90er Jahre für die Bekämpfung der Hungersnöte ausgegeben worden sind und deren Bereitstellung, wenn sie auch nominell aus den Mitteln des ordentlichen Budgets oder des „freien Barbestandes" oder aus ähn-

*) Vergleiche Martin „Die Zukunft Rußlands" Leipzig, 1906, Seite 94 f.

lichen wohlklingenden Titeln geschah, so doch in Wirklichkeit eine Vermehrung der Anleihen notwendig machte, können nach Lage der Dinge nicht auf die Seite der produktiven Ausgaben geschrieben werden. Und was soll man schließlich zu den Aufwendungen für die asiatische Weltpolitik außer den direkten Baukosten für die sibirisch-mandschurische Bahn sagen? Die Erbauung der Stadt und des Hafens Dalnij hat offiziell ca. 22 Mill. Rubel gekostet (Oserow, S. 35); in Wirklichkeit vielleicht noch sehr viel mehr. Die Rechnungen über diesen Posten haben zur großen Erleichterung der Beteiligten die Japaner miterobert. Was Port Arthur gekostet hat, weiß außerhalb der russischen Reichskontrolle wahrscheinlich niemand. Es wird noch erheblich mehr gewesen sein, als die Millionen für Dalnij. Wieviel hat die russische Flotte gekostet, deren Schiffe jetzt auf dem Grunde der japanischen See und des Gelben Meeres ruhen oder unter japanischer Flagge fahren? Die gesamten Schiffsverluste werden mit vielen hundert Millionen zu bewerten sein. Auch diese Millionen muß das russische Budget noch immer weiter verzinsen.

Wer es noch weiter auf eine Kritik der Einzelheiten anlegt, der könnte anstatt eines Kapitels ein Buch über Rußlands Finanzwirtschaft und Finanznot schreiben. An Material dazu fehlt es nicht. Man mag nach den offiziellen wie nach den vertraulichen Berichten des russischen Finanzministers greifen, nach den Untersuchungen russischer Nationalökonomen oder nach den Journalartikeln der Publizisten, man mag die Ziffern des Budgets oder die Wucherprovisionen der ausländischen Banken für die Prolongation der alten und die Bewilligung der neuen Darlehen befragen — überall tritt uns dasselbe Bild entgegen: das Bild des bevorstehenden Staatsbankerotts. Wer es trotzdem noch nicht sieht, dem ist nicht zu helfen; wer es aber sieht oder sehen muß und trotzdem um des Vermittlergewinnes willen dem deutschen Publikum noch weitere russische Anleihewerte aufzuhängen oder es über den Wert seines Besitzes an solchen schönfärberisch zu beruhigen trachtet, der sollte von rechtswegen für die Folgen dieser zum mindesten grenzenlos leichtfertigen Handlungsweise wirksam haftbar gemacht werden können!

Worauf es aber für uns an dieſer Stelle noch mehr ankommt, als auf die Warnung der Beſitzer ruſſiſcher Staatspapiere und ſolcher die es werden könnten, das iſt die Einſicht in den politiſchen Tatbeſtand, daß Rußland in ſeiner heutigen Verfaſſung nicht imſtande iſt, aus freiem Entſchluß und mit eigenen Kräften, ſei es nach welcher Seite es wolle, ein nennenswertes Schwergewicht in die Wagſchale der großen Politik zu werfen. Es iſt nicht die Aufgabe dieſer Arbeit, die Möglichkeiten noch weiter zu entwickeln, die für den zukünftigen Gang der innerruſſiſchen Dinge vorhanden ſind. Es iſt ſchwer, eine politiſche Wahrſcheinlichkeitsrechnung aufzumachen, in der die Frage, ob ſich ein Attentat auf das Leben des Herrſchers, das alle Verhältniſſe wahrſcheinlich von Grund auf umſtürzen würde, ereignen wird oder nicht, nur mit einem Achſelzucken beantwortet werden kann. Auf jeden Fall irren die, die da meinen, die Entwickelung lenke in Rußland ſchon jetzt in ruhige Bahnen ein. Davon kann keine Rede ſein, ſolange die Agrarfrage noch nicht ernſthaft und erfolgreich in Angriff genommen iſt. Es kann ſein, daß auch die dritte Duma aufgelöſt wird und daß zunächſt doch noch eine ſcheinbare Ruhe erhalten bleibt. Die revolutionäre Propaganda iſt aber nicht tot, ſondern nur oberflächlich und vorübergehend zurückgedrängt. Die Univerſitäten, die Gymnaſien, die Volksſchulen ſind immer noch die Saatbeete des politiſchen Radikalismus, von dem es nur ein Schritt, und oft genug nicht einmal das mehr, zur offenen Revolutionsbereitſchaft iſt. Ein Schul- und Unterrichtsweſen wie das ruſſiſche kann entweder nur die Stupidität oder die Revolution als Endziel aus ſich heraus entwickeln. Ebenſo iſt es ein Irrtum, wenn man die Armee für innerlich gegen die Revolution gefeſtigt anſieht. Sie iſt zwar noch nicht ſo zerfreſſen wie die Marine, aber die Propaganda arbeitet in ihr mit einer wahrhaft unheimlichen Energie. Die Regierung weiß, daß hier der Schauplatz iſt, auf dem es für ſie um Tod und Leben geht, aber für jedes Haupt, das ſie der Hydra abſchlägt, wachſen immer noch zwei neue nach. Der erſte Akt der ruſſiſchen Revolution war mit den Straßenſchlachten von Moskau zu Ende. Der zweite wird beginnen, ſobald die Revolutionäre glauben, daß ihre Wühlarbeit in der Armee genügend weit vorgeſchritten iſt, um den Gehorſam der Truppen

gegen die Regierung durchgreifender zu erſchüttern, als damals. Nur eine Reformpolitik, die alle beſonnenen und urteilsfähigen Elemente im Lande zur Gefolgſchaft vereinigt, vermag dem Umſturz einen Damm entgegen zu werfen, der ihn dauernd aufhalten kann. Mit anderen Worten: nur eine Regierung der moraliſchen Autorität kann Rußland noch vor der wirklichen Revolution retten. Perſönlichkeiten, wie dem einſichtigen, beſonnenen und ehrenhaften Miniſterpräſidenten Stolypin wird man glauben dürfen, daß er dieſe Intelligenz und den guten Willen zu ihrer Verwirklichung beſitzt. Die Einſicht und den Willen ja — ob aber auch die Kraft? Unſer deutſches Intereſſe an den ruſſiſchen Dingen iſt vor allem, daß Rußland ſeine ökonomiſche und politiſche Stabilität und ſein Schwergewicht im Kreiſe der Weltvölker wiedererhält. Reformen, die Rußland dahin führen, wären äußerſtenfalls ſelbſt mit den unausbleiblichen Verluſten des deutſchen Kapitals beim ruſſiſchen Staatsbankerott nicht zu teuer bezahlt. An den Gedanken, daß die Finanz- und Wirtſchaftsreform in Rußland ohne vorherige Reduktion der Verpflichtungen an das Ausland nicht mehr möglich iſt, werden wir uns ohnehin gewöhnen müſſen. Die Frage iſt nur, ob es für Rußland noch eine Reform ohne Revolution gibt?

Viertes Kapitel.

Die engliſche Weltmacht.

Unter allen Nationen, mit denen wir es bei dem Problem unſerer Entwickelung zum Weltvolk und zur Weltmacht zu tun haben, iſt keine von ſo überragender Bedeutung für uns, keine müſſen wir ihrem Weſen und ihrer Entwicklungsgeſchichte nach um unſerer ſelbſt willen mit ſo großem Eifer ſtudieren, wie die engliſche. Davon, wie wir uns mit ihr einigen oder nicht einigen, hängt für abſehbare Zeit mehr als von allen anderen Bedingungen unſer (freilich aber auch ihr) politiſches Schickſal ab.

Wie iſt England auf den Weg zur Weltmacht gekommen, und wie hat es dieſen Weg beſchritten, als es auf ihm ſtand? Wie verhielten ſich die Anfänge ſeiner überſeeiſchen Politik zu denen der Staaten, die vor ihm ſeefahrend und ſeegewaltig geweſen waren und eine zeitlang auf den Meeren und jenſeits der Meere mit ihm wetteiferten?

Sowohl Spanien als auch Portugal waren zu Beginn der Epoche ihrer aus Glaubenseifer und Golddurſt hervorgegangenen Entdeckungen und überſeeiſchen Erwerbungen wenig wohlhabende und verhältnismäßig menſchenarme Länder; jedenfalls konnten ſie ſich mit Frankreich, Burgund, Deutſchland, den italieniſchen Republiken nicht an Reichtum und zum Teil nicht einmal an Bevölkerung meſſen. Nach beiden Richtungen hin haben ſie auch während ihrer überſeeiſchen Glanzepoche keine Veränderung zum beſſeren, eher eine Verſchlechterung, erlebt. Amerika und Indien forderten Menſchen, und die Schätze, die ſie ſandten, wurden einesteils durch die ſpaniſche militäriſche Weltpolitik des 16. und 17. Jahrhunderts verzehrt, anderenteils durch die Verluſte aufgewogen, die das ohnehin ſchwach entwickelte Gewerbe in der Heimat durch den wenn auch nach Möglichkeit gehinderten Menſchenabfluß und die Ge-

wöhnung großer Teile der Nation an die Conquiſta erlitt. In den Niederlanden dagegen ſehen wir das gerade Gegenteil der Zuſtände auf der pyrenäiſchen Halbinſel: eine dichte Bevölkerung und großen, aus der Blüte des Gewerbes und Handels quellenden Reichtum. Schon der Aufſtand gegen die ſpaniſche Herrſchaft wäre ohne beides nicht denkbar geweſen. Das Gebiet, das etwa durch die Namen Antwerpen, Brügge, Gent, Brüſſel, Löwen, Amſterdam, Utrecht, Leyden, Rotterdam und einige andere bezeichnet wird, hatte ſeit der burgundiſchen Zeit ſeinesgleichen kaum irgendwo in Europa; waren auch italieniſche Städte, wie Venedig und Genua, die übrigens um dieſe Zeit bereits zu ſinken beginnen, in bezug auf Handel und Seefahrt ebenſo entwickelt, ſo war ihre Induſtrie doch entſchieden ſchwächer imſtande. Reichliches Kapital, hohe induſtrielle Blüte, Menſchenüberfluß, blühender Land- und Seehandel, techniſche Seegeſchicklichkeit, haben die koloniale Expanſion der Niederlande erzeugt und der Nation die Spannkraft gegeben, ihre überſeeiſche Machtſtellung ſolange aufrecht zu erhalten, bis ein materiell ſtärkerer Nebenbuhler ihr gegenübertrat: England.

Englands ſchließliche Ueberlegenheit gegenüber Holland war noch nicht ohne weiteres mit ſeiner größeren territorialen Ausdehnung und höheren abſoluten Bevölkerungsziffer gegeben, ſondern erſt von da ab, als die Engländer durch die Handels- und Gewerbepolitik Eliſabeths und namentlich Cromwells ſich zu einer großen ſeefahrenden Nation entwickelten. Es gibt, wiewohl natürlich alle hiſtoriſchen Vergleiche ihr Mißliches haben, gewiſſe Analogien zwiſchen dem Emporkommen Englands gegenüber Holland und den übrigen europäiſchen See- und Handelsſtaaten des 17. und 18. Jahrhunderts auf der einen — der Entwickelung, die Amerika gegenüber Europa während der beiden letzten Jahrzehnte vor unſeren Augen genommen hat, auf der anderen Seite. Hier wie dort iſt die Politik der neu aufſteigenden Wirtſchaftsmacht zunächſt mit aller Energie darauf gerichtet, durch ein extremes Schutzzollſyſtem ſich induſtriell zu verſelbſtändigen, durch Schiffahrtsakten ſich von der fremden Reederei unabhängig zu machen und die eigene Handelsmarine nach Möglichkeit zu vergrößern. Noch zur Hanſazeit war der engliſche Handel ſo ſehr in nichtengliſchen, hanſeatiſchen Händen,

daß bis auf den heutigen Tag der Name des englischen Geldes ein Denkmal jener Zeit des Fremdhandels im Lande geblieben ist (Pfund Sterling — Geld der Osterlinge, der Hanseaten). Elisabeths und namentlich Cromwells Wirtschaftspolitik befestigen dann die Grundlagen für den definitiven Umschwung, und das politische Verhältnis zwischen England und Holland unter der Herrschaft des ersten Oraniers Wilhelm besiegelte ihn mit zugunsten Großbritanniens.

Die wirtschaftlich solide Grundlage der englisch-holländischen Kolonisation in der Heimat hat ihr von vornherein ein anderes Gewicht gegeben und im Gegensatz zu dem Schicksal Spaniens und Portugals ihre große Zukunft heraufgeführt. Im einzelnen kommen natürlich auch bei Engländern und Niederländern in ihrer überseeischen Betätigung Züge vor, die an das Verfahren und die Prinzipien der Spanier und Portugiesen erinnern, aber ihrem Wesen nach beruht Englands wie Hollands überseeische Ausbreitung auf der hohen gewerblich-kapitalistischen und handelstechnischen Entwickelung und dem relativen Menschenreichtum der Heimatländer. Die englische und holländische Kolonisation nahmen ihren praktischen Ausgangspunkt von der handelswirtschaftlichen Ausbeutung der überseeischen Besitzungen, von der Vermittelung des Güteraustausches zwischen dem Mutterlande und den Kolonien, zwischen eigenen und fremden Märkten, schließlich auch fremder Märkte untereinander. Länder von der niederen industriellen und kommerziell-kapitalistischen Entwickelungsstufe der beiden pyrenäischen Staaten konnten eine solche Kolonisation überhaupt nicht leisten, weil bei ihnen in der Heimat die Voraussetzungen dafür fehlten; sie waren und blieben ihrer Natur nach mehr auf den kolonialen Raubbau angewiesen, wie sie ihn betrieben. Immerhin aber haben die Spanier und Portugiesen, wenn man von der wirtschaftlichen Ausbeutung der Levante durch die seefahrenden italienischen Städte während der zweiten Hälfte des Mittelalters und zu Beginn der neueren Zeit absieht, zum ersten Male seit dem Altertum wieder in großem Stil Kolonisation getrieben. Ihr Bestreben dabei war vor allem auf den direkten Gewinn edler Metalle gerichtet, und es ist bekannt, in welchem Maße der Zustrom von Silber und Gold

vornehmlich aus den ſpaniſchen Beſitzungen Amerikas die wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſe Europas vom Beginn des zweiten Drittels des 16. Jahrhunderts an beeinflußt hat. Nächſtdem waren es die Aromata, die koſtbaren Gewürze und verwandten Stoffe, die bei ihrem verhältnismäßig niedrigen Preiſe am Urſprungsort, bei ihrem geringen Umfang als Ladung und dem enormen Preisaufſchlag, mit dem ſie ſchließlich in Europa verkauft werden konnten, einen der direkten Gold- und Silberausbeute vergleichbaren Gewinn abwarfen. Der dritte nutzbare Faktor war die Arbeitskraft der Eingeborenen, die von der ſpaniſchen und portugieſiſchen Krone an die Entdecker und Eroberer der neuen Länder oder ſonſtige Nutznießer namentlich in Süd- und Mittel-Amerika als Geſchenk oder Lehen verliehen wurde. Wie heute im Orient noch ſo großer Landbeſitz ohne ein entſprechendes Quantum zur freien Verfügung des Eigentümers ſtehenden perennierend fließenden *Waſſers* ſo gut wie wertlos iſt, ſo konnte der europäiſche Inhaber ſelbſt der ausgedehnteſten Länderſtrecken der neuen Welt nichts mit ſeinem Eigentum anfangen, wenn er nicht mit dem Lande zugleich auch die zu der Ausbeutung des Landes notwendigen *Arbeitskräfte* erhielt. Dies Syſtem der ſogenannten Eneomiendas iſt es bekanntlich, das in wenigen Jahrzehnten die eingeborene rothäutige Bevölkerung der weſtindiſchen Inſeln ausgerottet und zur Einfuhr von Negerſklaven in das tropiſche und ſubtropiſche Amerika geführt hat. Nur die Indianer der verhältnismäßig kühleren Hochländer von Mexiko und Südamerika, die zugleich durch die ſchon vor der Eroberung weiter vorgeſchrittene ſtaatliche und ſoziale Entwickelung der betreffenden Länder an einen regelmäßigen phyſiſchen Arbeitsdruck gewöhnt waren, ertrugen das ſpaniſche Syſtem ohne dauernden äußeren Schaden für ihre Race. Bei dieſem Prinzip der Zuweiſung von Land und Arbeitskräften blieb es dem Beſitzer natürlich überlaſſen, in welcher Weiſe er ſein Eigentum verwerten wollte; beſaß er ein Minengebiet, ſo trieb er Bergbau, wo nicht, ſo nutzte er Land und ſeine Leute zu Plantagenbetrieb oder ähnlichem Erwerb aus. Eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle ſpielte bei dieſem ſpaniſch-portugieſiſchen Syſtem der reelle Handel mit den erworbenen und ausgebeuteten Gebieten. Natürlich mußten z. B. die in Indien

gesammelten Gewürzfrachten auf irgend eine Weise bezahlt werden, aber bei dem absoluten Mißverhältnis zwischen dem Wert der Ware in Europa auf der einen Seite, dem Preis und oft genug auch der Methode des Erwerbs in Indien auf der anderen, lassen sich diese Beziehungen kaum als regulärer Handelsverkehr bezeichnen. Teils wenig, teils gar nicht war in den spanisch-portugiesischen Besitzungen von Ackerbaukolonisation, d. h. überseeischer Ansiedelung bäuerlicher Elemente aus der Heimat, die Rede. Dafür waren die Staaten der pyrenäischen Halbinsel, von der mangelnden Neigung der Conquistadoren hierfür abgesehen, allein schon zu menschenarm. In dieser Charakteristik liegen denn auch wichtige Momente des relativ schnellen Niederganges erst des portugiesischen und danach des spanischen Kolonialreiches enthalten. Das 16. Jahrhundert ist der Höhepunkt der spanischen Weltmacht. Während des 17. tritt neben und bald vor sie die Gruppe der nördlicher um den Kanal und die Nordsee gelagerten Länder: Holland, England und Frankreich.

Hollands koloniale Entwickelung ist ein typisches Beispiel dafür, daß Menschenreichtum, Handel und Schiffahrt die notwendigen Vorbedingungen wirklich erfolgreicher überseeischer Politik sind, daß diese Faktoren aber alle insgesamt doch nicht ausreichen, um eine durch günstige Umstände gewonnene Großmachtstellung auch dauernd zu behaupten, sondern daß hierfür zu den materiellen auch politisch-moralische Qualitäten hinzutreten müssen. Nimmt man den Standpunkt in der Mitte des 17. Jahrhunders, so ist die holländische Handelsflotte nicht nur der englischen an Tonnengehalt weit überlegen, sondern begreift so ziemlich die Hälfte aller in den Flotten des damaligen Europa vorhandenen Ladefähigkeit in sich. Der Kapitalsreichtum Hollands steht gleichfalls dem englischen weit voran. Was die Bevölkerungszahl betrifft, so war England den Niederlanden allerdings schon damals erheblich überlegen, aber man muß hierbei bedenken, daß ein verhältnismäßig großer ziffernmäßiger Bestandteil dieser Bevölkerung, die Irländer, für Handel und Schiffahrt überhaupt nicht mitzählte und daß auch das eigentliche England noch sehr große absolut binnenländisch-agrarische Distrikte in sich schloß. Trotzdem dauerte es keine 50 Jahre, bis die maritime und koloniale

Ueberlegenheit Englands zur unbestreitbaren Tatsache geworden war. Der Ostseehandel und der Rheinhandel bilden von Anfang an die materiellen Grundlagen des niederländischen Reichtums. Zu ihnen trat dann zu Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts die Ostindienfahrt hinzu. Bezeichnenderweise hatten sich die Niederländer ursprünglich damit begnügt, die indischen Waren von ihrem europäischen Stapelplatz zu holen und sich dem portugiesischen Verbot, in Indien selbst Handel zu treiben, im großen und ganzen gefügt. Als Portugal nach dem Aussterben des portugiesischen Königshauses 1580 von Philipp von Spanien erobert worden war, schloß dieser den niederländischen Rebellen den Markt von Lissabon. Erst diese Maßregel brachte jene dann dazu, selbständig den Weg nach Indien zu versuchen. Die Folge war dort binnen kurzer Zeit der Verlust fast aller wertvollen hispano-portugiesischen Besitzungen. Obwohl der neue Markt seiner wirtschaftlichen Bedeutung nach hinter dem baltischen erheblich zurückstand, so erforderte er doch einen neuen Schiffstypus: den Ozean- oder Indienfahrer. Diese großen ausschließlich für weite Fahrt gebauten Fahrzeuge bildeten zunächst nicht nur für die Niederlande, sondern auch für die übrigen nördlichen Seemächte, Frankreich und England, den Grundstock ihrer Kriegsflotten, indem man nicht spezielle Kriegsschiffe baute, sondern die Handelsfahrzeuge kriegerisch armierte und bemannte. Der erste Staat, der prinzipiell einen Schritt über dieses System hinaustrat, war England. Schon die Tudors bauten wirkliche Kriegsschiffe von bedeutenderen Abmessungen, als es für den bloßen Zweck nötig gewesen wäre, auf der transozeanischen Fahrt die hohe See zu halten. Natürlich konnten diese königlich-englischen Schiffe infolge ihres bedeutenderen Tonnengehaltes auch eine größere Anzahl von Kanonen tragen als die holländischen, und wir besitzen aus dem Munde eines Mannes wie des berühmten Admirals de Ruyter das ausdrückliche Zeugnis, 40 englische Schiffe seien 60 seiner Schiffe gleichwertig. De Ruyter verlangte, auch die niederländischen Generalstaaten sollten derartige Kriegsschiffe bauen. Aber für das maßgebende Regiment der Amsterdamer Kaufleute waren das „unproduktive" Marineausgaben. Man blieb dabei, die Handelsschiffe für weite Fahrt einfach für den Krieg mit Geschützen zu armieren —

höchstens, daß einmal der Admiral ein wirkliches Kriegsschiff hatte. De Ruyter hat es trotz des durchschnittlich schlechteren Materials der niederländischen Flotte immer noch fertig gebracht, die Seehegemonie für sein Vaterland halbwegs zu behaupten. 1667 drang er bekanntlich sogar mit seiner Flotte in die Themsemündung ein — als letzter auswärtiger Feind, den England in seinen heimischen Gewässern gesehen hat. Ein Jahrzehnt später, als die holländische Flotte zur Unterstützung der Spanier gegen Ludwig XIV. ins Mittelmeer entsandt war und in den sizilischen Gewässern kämpfte, zeigte sich aber die Ueberlegenheit der Franzosen, die gleich England unter Colbert den systematischen Kriegsschiffbau aufgenommen hatten, gegenüber der veralteten holländischen Seemacht ganz zweifellos. Die vorübergehende Personalunion zwischen England und Holland unter Wilhelm III. von Oranien (1689—1702) ist dann natürlich in sehr gewichtiger Weise zu gunsten der englischen Seegewalt wirksam geworden, aber auch wenn sich diese besondere politische Konstellation nicht herausgebildet hätte, so wäre infolge der verschiedenen Flottenpolitik der Uebergang der Suprematie auf dem Meere von den Niederlanden auf England darum doch mit Sicherheit zur Tatsache geworden.

Welche Momente in dem Verhältnis zwischen England und Frankreich dafür entscheidend waren, daß Frankreich schließlich auf die zweite Stelle zurückfiel, nachdem es unter Colbert als Seemacht der englischen mindestens ebenbürtig und als Kolonialmacht weit überlegen gewesen war, das werden wir in dem Kapitel über Frankreich noch zu besprechen haben. Neben all den historisch-politischen Momenten, die zwischen England, Holland und Frankreich über die Hegemonie auf dem Meere entschieden, gilt aber für die Geschichte Englands und speziell für seine koloniale Entwickelung auch noch der Satz, daß die treibenden Kräfte großer historischer Prozesse nur dann richtig erfaßt werden können, wenn man das Moment der Rasse berücksichtigt. Natürlich hat die geographische Lage des Landes eine große Rolle bei seinem maritimen und kolonialen Aufschwung gespielt, aber diese geographische Lage ist trotz ihrer allgemeinen Gunst an sich kein Hinderungsgrund dafür gewesen, daß Frankreich in bezug auf Seemacht und industrielle Entwickelung,

und die Niederlande an Kapitalreichtum und faktiſchen Wert der überſeeiſchen Beſitzungen England noch im 17. Jahrhundert entſchieden überlegen waren. Um trotzdem in verhältnismäßig kurzer Friſt nach beiden Richtungen hin an die erſte Stelle zu treten, dazu bedurfte es außer der politiſchen Faktoren auch noch durchaus der engliſchen Raſſenzähigkeit und der ſcharf ausgeprägten Herrennatur des engliſchen Volkscharakters, der von jeher höhere Anſprüche an die materielle Seite des Lebens geſtellt hat, als irgend eine andere Nation des germaniſch-romaniſchen Europa — von der ſlaviſchen Welt ganz zu ſchweigen. Woher dieſer Zug im engliſchen Nationalcharakter kommt und wie er ſich gleichzeitig aus der politiſchen und ökonomiſchen Entwickelung des älteren England erklärt, das zu unterſuchen, würde hier zu weit führen; genug, daß er da iſt und daß er ſich auf die folgenſchwerſte Weiſe in der Geſchichte des Landes und in den Einflüſſen, die von ihm auf andere Länder und Völker ausgegangen ſind, durchgeſetzt hat. Dieſer Raſſencharakter iſt es vor allen Dingen auch geweſen, der bei der Entſtehung der Kolonien an der atlantiſchen Küſte Nordamerikas mitgewirkt hat. Zum Teil war es der Wunſch nach religiöſer Selbſtändigkeit und Unangefochtenheit, der die erſten Vorfahren der jetzigen Nordamerikaner aus ihrer Heimat übers Meer führte, zum Teil aber iſt es auch die Uebervölkerung des damaligen England im Verhältnis zu der wirtſchaftlichen Produktion des Landes geweſen, die fortgeſetzt einen Strom von Auswanderern, in denen das Verlangen nach einer breiteren und beſſeren Lebensführung lebte, als ſie zu Hauſe erreichbar war, über das Meer getrieben hat. Es klingt auffallend, daß England zu Ende des 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts übervölkert geweſen ſein ſoll, aber kein Geringerer als Baco von Verulam, der Kanzler Jakobs I. (geſt. 1626), hat dieſen Satz aufgeſtellt und die Geſtattung der überſeeiſchen Auswanderung damit verteidigt. Auch Hakluyt, der erſte bedeutende engliſche Kolonialtheoretiker (geſt. 1616), iſt von ähnlichen Vorausſetzungen ausgegangen. Das von der normanniſchen Eroberung herrührende Latifundienſyſtem war ſicher mit ein Faktor der vorhandenen Auswanderungsluſt, aber von „Uebervölkerung“ konnte doch erſt geſprochen werden, ſeit die Großgrundbeſitzer mit Rückſicht auf die

Wollproduktion für die festländischen Tuchmanufakturen und später für die emporkommenden englischen Webereien selbst ihren Grund und Boden zur Schafzucht statt zum Ackerbau ausnutzten. Da war es natürlich, daß ein scheinbarer Bevölkerungsüberschuß sich zu zeigen begann. Daß England einmal Rohstoffe nach entwickelteren Industrieländern exportierte, hat man jetzt vergessen. Man hat aber vielfach auch vergessen, daß der heutige Freihandelsstaat Jahrhunderte lang ein extremes Merkantil- und Schutzzollsystem ausgeübt hat — und das ist bei weitem nicht so lange her, wie die Wollausfuhr nach Flandern oder Florenz. „Durch das ganze 15. Jahrhundert läßt sich das Drängen des englischen Kaufmanns- und Schifferstandes auf planmäßige Einschränkung des fremden Handels und Hebung des eigenen verfolgen. Seit dem Beginn des Tudorregiments (1485) wird die auswärtige Politik wesentlich unter diesem Gesichtspunkte geführt. Der Verlust von Calais, der mit dem Regierungsantritt der Elisabeth in das gleiche Jahr fällt, hat den Bemühungen, festländischen Besitz zu erwerben, ein Ende gemacht. Ziele englischer Politik sind seitdem Seegeltung, Handelsbetrieb und Kolonialerwerb gewesen, mit einer Stetigkeit, die kein absolutistisch regierter Staat erreicht hat. Die mit fremden Staaten geschlossenen Verträge sind von diesen Absichten diktiert, die heimische Gesetzgebung wird von ihnen geleitet. Sie dient in den nächsten Jahrhunderten dem strengsten Merkantilismus: Hebung der Ausfuhr über die Einfuhr, Beschränkung dieser auf Rohprodukte, die mit Industrieerzeugnissen zu zahlen sind, Einfuhr von Edelmetallen für den Ueberschuß. Es wird heute von keinem Kundigen mehr bestritten, daß ohne die strenge Prohibition Englands Handel nie das Uebergewicht erlangt hätte, dessen er sich im 19. Jahrhundert erfreute und das er heute noch inne hat. Das System schonte aber auch die Kolonien nicht.“*)

Während der Zeit vor der Losreißung der Vereinigten Staaten ist der Handel des englischen Mutterlandes mit seinen amerikanischen Kolonien viel wichtiger und ertragreicher, als der mit den Besitzungen in Asien — ähnlich, wie auch für Holland der Ostseehandel

*) Dietrich Schäfer, Kolonialgeschichte (Sammlung Göschen) zweite Auflage. Seite 69.

bis auf die napoleoniſche Epoche mehr wert geweſen iſt, als die Indienfahrt. Das vonſeiten Englands in den amerikaniſchen Kolonien zwar nicht gleich anfangs ausgeübte, ſpäter aber nach Möglichkeit ſcharf durchgeführte Merkantilſyſtem iſt es eigentlich geweſen, das die Fundamente des engliſchen Induſtrialismus geſchaffen hat. Die nordamerikaniſchen Kolonien beſaßen zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung, unter Ausſchluß Kanadas und der übrigen bei England verbliebenen atlantiſchen Beſitzungen, zwiſchen 2 und 3 Millionen weißer Einwohner, d. h. ca. 20% der damaligen Bevölkerung des vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland. Dieſe Millionen Menſchen bildeten einen ſicheren, zahlungskräftigen und aufnahmefähigen Abſatzmarkt für die engliſche Induſtrie und eine unvergleichliche Ermunterung für die Entwickelung der engliſchen Schiffahrt, denn es war verboten, Waren zwiſchen dem Mutterlande und den Kolonien auf andern als engliſchen Schiffen mit mindeſtens überwiegend engliſcher Mannſchaft zu transportieren. Die amerikaniſchen Kolonien zahlten die Einfuhr von Induſtrieartikeln aus Großbritannien, deren Herſtellung in den überſeeiſchen Beſitzungen ſelbſt auf jede Weiſe gehindert wurde, mit Baumwolle, Tabak, Farbhölzern, Pelzwerk, Erzen, Reis uſw. Die Produktionsgebiete für Zucker, Rum und ähnliche mehr tropiſche oder ſubtropiſche Artikel lagen zwar in Weſtindien und wurden in den Unabhängigkeitskrieg der 13 vereinigten Provinzen nicht mit hineingezogen; ſie gehörten aber gleichfalls zu dem großen Reſervatgebiet des engliſchen Handels und der engliſchen induſtriellen Produktion, das ſich nach der Abtretung Kanadas durch Frankreich vom St. Lorenzſtrom bis an die Orinokomündung in zuſammenhängender und wohlgegliederter Maſſe hinabzog. Dieſer amerikaniſche Beſitz hat alſo in erſter Linie das England des ausgehenden 17. und der erſten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich an die erſte Stelle unter den europäiſchen Handels- und Induſtrieſtaaten geführt, und es bedarf wohl weiter keines beſonderen Hinweiſes darauf, daß der entſcheidende Faktor dabei die *Maſſenanſiedelung weißer engliſcher Auswanderer*, mit hoch entwickelten Kulturbedürfniſſen, hohen Anſprüchen an materielle Lebenshaltung und kräftiger ſelbſtändig-wirtſchaftlicher Initiative,

gewesen ist. Keine europäische Nation vermochte für ihren Seehandel und ihre heimische Industrie eine ähnlich solide und breite Basis ins Feld zu stellen, wie England mit seinen amerikanischen Besitzungen. Die Franzosen waren in Kanada, das heute noch an 2 Millionen französisch-redende Einwohner besitzt, auf dem besten Wege dazu, sich etwas Aehnliches zu schaffen, als die unglückliche Politik Ludwigs XV. sie dieses aussichtsreichsten überseeischen Besitztums, das Frankreich je gehabt hat, beraubte.

Der Abfall der amerikanischen Kolonien änderte an den rein wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den nunmehr selbständig gewordenen Staaten zunächst noch nicht so sehr viel. Allerdings standen die amerikanischen Häfen fortan dem Verkehr aller europäischen Nationen offen, aber es war nur natürlich, wenn fürs erste von einem Umschwung in der Richtung auf Internationalität ihrer Handelsbeziehungen nicht sehr viel zu merken war. Dann kam die Periode der napoleonischen Kriege, der Vernichtung der französischen Seemacht, der Einbeziehung Hollands und Spaniens in die französische Machtsphäre, der Kontinentalsperre und damit der endgültigen maritimen Ueberlegenheit Englands über sämtliche Nationen des europäischen Festlandes. Der englische Handel und die englische Handelsflotte rückten jetzt im Verhältnis zu dem übrigen Europa in diejenige Stelle ein, die vorher den Holländern gehört hatte, als man noch die Ladefähigkeit aller Seeschiffe der Vereinigten Provinzen (um die Zeit Karls II. von England) auf fast die Hälfte des Tonnengehalts aller in Europa überhaupt vorhandenen Schiffe schätzte.

Von der napoleonischen Aera an bedarf es dann keiner weiteren Darstellung des Anwachsens der industriellen und kommerziellen Machtstellung Englands. England ist im Besitz einer so ausgezeichneten und dem Festlande weit überlegenen maschinellen Technik, einer so großen Flotte, so zahlreicher überseeischer Stützpunkte, Beziehungen und Märkte, einer so großen seemännischen, handelspolitischen und handelstechnischen Erfahrung, vor allem aber auch so großer Kapitalien und eines so hoch gesteigerten nationalen Selbstvertrauens, daß sein Vorsprung vor den einstigen Mitbewerbern auf viele Jahrzehnte hinaus als ein gar nicht mehr einzuholender

erſcheint. Wenn man von dem mehr oder minder bloß vegetierenden Reſtbeſtande abſieht, der nach der Lostrennung der ſüdamerikaniſchen Freiſtaaten, Mexikos und Braſiliens an ſpaniſchem und portugieſiſchem Kolonialbeſitz noch übrig war, ſo iſt es neben England — aber nur in ſehr weitem Abſtande — allenfalls noch einzig Holland, das in Oſtindien (Inſulinde), Mittel- und Südamerika noch wirkliche Kolonien und wirklichen Kolonialhandel aufzuweiſen hat. Frankreichs Beſitz iſt bis auf kaum mehr nennenswerte Ueberbleibſel zuſammengeſchrumpft; Dänemark hat einige weſtindiſche Inſeln und Faktoreien in Hindoſtan und Weſtafrika; das ganze übrige Europa ſcheidet aus. Dieſe Periode iſt es geweſen, die den ohnehin materiell anſpruchsvollen, breit hintretenden engliſchen Nationalcharakter und die reiche engliſche Lebensführung in der Weiſe ausgeſtaltet und konſolidiert hat, wie man ſie jetzt beim Zuſammenſein mit Engländern und bei perſönlichem Aufenthalt jenſeits des Kanals kennen lernt. Einkommensverhältniſſe, bei denen in Deutſchland ein großer, ja weitaus der größte Teil nicht nur des breiten gebildeten Mittelſtandes, ſondern ſelbſt der führenden geiſtigen Ariſtokratie auf dem Gebiete der Wiſſenſchaft und Kunſt exiſtiert, ermöglichen drüben überhaupt noch gar kein Hervortreten aus der Sphäre des geiſtigen und materiellen Kleinbürgertums!

Ein natürliches Gegenſtück zu dieſer Höhe der materiellen Anſprüche und dieſer Breite der ſozialen Lebensführung bildet das politiſch-nationale Selbſtgefühl des Engländers, das allen oberhalb des Niveaus der ſozial Deklaſſierten befindlichen Schichten der Nation in gleicher Weiſe zu eigen iſt — vom induſtriellen Lohnarbeiter bis zu den Spitzen der Ariſtokratie. Ohne daß man ſich dieſe Art engliſchen National- und Individualbewußtſeins in ihrem ganzen Umfang und mit all ihrer Schärfe und Einſeitigkeit vorſtellt, iſt es überhaupt nicht möglich, die moderne Erſcheinung der engliſchen Weltmacht und Weltpolitik ihrer inneren Begründung nach zu erfaſſen. Sowohl dort, wo die internationale überſeeiſche Erweiterung der politiſchen und wirtſchaftlichen Macht Englands in Frage ſteht, als auch überall da, wo es ſich um Dinge handelt, die innerhalb der Unternehmungsſphäre der Einzelperſönlichkeiten liegen, exiſtiert für das Bewußtſein des Engländers der Begriff

„unmöglich", abgesehen von schlechthin elementaren Hinderungsgründen, eigentlich nicht. Das ist nicht so zu verstehen, als ob die sportmäßige Ueberwindung vorhandener Schwierigkeiten (wiewohl auch dies Motiv eine Rolle spielt) ohne Rücksicht auf den materiellen Nutzen ausschlaggebend wäre; vielmehr ist der materielle Nutzen ein maßgebender, gewöhnlich sogar ein im höchsten Grade maßgebender Gesichtspunkt. Aber es ist der englischen Art eigen, die Frage nach ihm mit einem ganz außergewöhnlich weiten Blick zu messen und weniger nach dem Gewinn für morgen oder übers Jahr zu fragen, als Chancen in Erwägung zu ziehen und Aufwendungen für Kalkulationen zu machen, die sich möglicherweise erst nach langer Zeit, dann aber auch im direkten Verhältnis zu der Wartefrist und dem verauslagten Kapital in geschäftliche Erfolge umsetzen. In dieser englischen Denk- und Handlungsweise liegt es auch mitbegründet, wenn private englische Unternehmungen über See in der Regel auch von so starken politischen Wirkungen begleitet sind.

Während der Zeit, die zwischen dem Ausgang der napoleonischen Kriege und dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges in Deutschland und einigen anderen Staaten des europäischen Festlandes liegt, also während mehr als eines halben Jahrhunderts, sind die Engländer tatsächlich und unbestritten das einzige Volk gewesen, das europäische Kultur über die Meere trug und in den außereuropäischen Erdteilen, wo es auch immer sein mochte, imstande war, Achtung gebietend aufzutreten. Die Niederländer, Spanier, Portugiesen, Franzosen besaßen ja freilich auch gewisse überseeische Machtsphären, aber es handelte sich nur um begrenzte, sogar ziemlich eng begrenzte Gebiete, in denen sie tatsächlich den europäischen Typus herrschend vertraten. Der Engländer aber mochte erscheinen, seine Flagge zeigen und seine Interessen wahrnehmen, an welchem zugänglichen Punkte der Erde er wollte — er spielte unter allen Umständen materiell und moralisch die erste Rolle, und in den meisten Fällen hatte er überhaupt keinen fremden Wettbewerb neben sich, der äußerlich mit dem Anspruch auf Geltung als gleichberechtigter internationaler Faktor hätte auftreten können. Diese Stellung Englands, die von 1815—1870 mit

voller und ungebrochener Wucht auf den Ländern und Meeren außerhalb Europas und der nordamerikaniſchen Union laſtete, hatte ſich aber, ſeitdem im ſiebenjährigen Kriege die Entſcheidung zu ungunſten Frankreichs gefallen war, bereits während eines halben Jahrhunderts vorher mit wachſender Beſtimmtheit und Deutlichkeit vorbereitet. Diejenige Generation, die heute in den Staatsgeſchäften und in der Leitung der öffentlichen Meinung Englands führt, deren geiſtig grundlegende Entwickelungsperiode alſo ebenfalls noch zum größten Teil in die Zeit der ungebrochenen politiſchen und wirtſchaftlichen Ueberſeeautokratie Englands fällt, iſt alſo bereits das vierte Geſchlecht, das in der Vorſtellung der abſoluten perſönlichen, politiſchen und wirtſchaftlichen Superiorität des Engländertums aufgewachſen iſt. Man braucht ſich eine Tatſache wie dieſe nur einmal richtig vorzuſtellen, um ſofort auch ihr ungeheures Schwergewicht für die faktiſche materielle Machtſtellung eines Volkes zu erfaſſen. Für den Erfolg, für die Gewinnung wie für die Behauptung realer Macht, ſind die Sicherheit der Initiative, das Bewußtſein des Könnens und vor allen Dingen die wie hier ſeit einem Jahrhundert immer und immer wiederholte Erfahrung, das vorgeſteckte Ziel auch wirklich erreicht zu haben, mindeſtens eine ebenſo wichtige Vorbedingung, wie das ziffernmäßig zu berechnende Kräfteverhältnis ſelbſt.

Außer den Engländern kennt die Geſchichte überhaupt nur noch zwei Nationen, denen ein vergleichbares nationales Selbſtgefühl, ein ähnliches providentielles Kraftbewußtſein zuteil geworden ſind: die Römer und, wenigſtens während einer gewiſſen Epoche, die führenden Klaſſen der ruſſiſchen Nation. Wie der civis Romanus an jeder Stätte des alten Erdkreiſes ſich als ein Angehöriger des Herrenvolkes der antiken Welt fühlte und danach auftrat, ſo verläßt den Engländer von richtigem Schrot und Korn nirgends auf der Erde ſein ererbtes Selbſtbewußtſein — in welch eine Lage und Geſellſchaft er auch kommen möge. Das ruſſiſche Nationalgefühl war ſo lange, bis die Verelendung der breiten Maſſen durch den Hunger und die Erſchütterung der oberen Schichten durch den Zuſammenbruch der großen Wirtſchafts- und Weltpolitik ihr Werk taten, dem engliſchen Selbſtbewußtſein gegenüber etwas wenn nicht Analoges, ſo doch Vergleichbares. Wie das engliſche Volk, ſo glaubte bisher

auch das ruſſiſche an ſeine von der Vorſehung beſtimmte Miſſion auf der Welt; hier wie dort war dieſer Glaube ein Motiv von gleich gewaltig fördernder, realer Kraft auf der Bahn der Weltpolitik. Wie der Sohn Britanniens ſich als den geborenen Herrn der Meere und als den von der Vorſehung beſtimmten Bringer und Vertreter der europäiſchen, will ſagen, engliſchen Verfaſſung, Freiheit, Kultur und Geſittung bis an die Enden der Erde und zu den dunkelſten Völkern über See fühlt, ſo lebte im Ruſſentum vom Bürger bis zum Fürſten, ja bis auf den Zarenthron der Glaube, daß ungeheure Länderſtrecken und gewaltige Völkermaſſen, der Orient, die Welt des aſiatiſchen Islam, ja zuletzt China und ganz Aſien bis an den Stillen und Indiſchen Ozean das Erbe ſeien, das Gott dem ruſſiſchen Zaren und ſeinem Volke zu beſitzen und zu beherrſchen beſtimmt habe. Dem Engländer wie dem Ruſſen imponiert gleich wenig die Unermeßlichkeit der Entfernung, die Weite der Aufgabe, die Langfriſtigkeit eines politiſchen Unternehmens, die Schwierigkeit in der Ueberwindung und Beherrſchung äußerer, ſei es natürlicher, ſei es menſchlicher Widerſtände, und hier wie dort iſt dieſe Kühnheit im Fluge der politiſch-nationalen Phantaſie gleichermaßen eine kraftvolle Wurzel des realen Erfolges geweſen, — nur daß der Engländer auch das noch beſitzt, was dem Ruſſen abging: hohe kapitaliſtiſch-materielle Lebenshaltung, wirtſchaftliche Erfahrung und Solidität, vorgeſchrittene politiſch-liberale Entwickelung. Dieſes Manko auf der ruſſiſchen Seite hat dann ſchließlich zu dem äußeren und inneren Zuſammenbruch geführt, deſſen Zeugen wir in den letzten Jahren geworden ſind. Trotzdem aber und unbeſchadet der tiefen jetzt in Rußland herrſchenden Depreſſion, iſt und bleibt jene Art von nationalem Selbſtgefühl ein moraliſches Kapital, das auch in der ſchwerſten Kriſis nicht mit einem Schlage verloren geht und von dem die ruſſiſche Nation in Zukunft vielleicht doch noch wieder die Zinſen genießen wird.

Beide Völker, namentlich aber die Engländer, haben ſich daran gewöhnt, auf der Grundlage der langen Kette ihrer grandioſen politiſchen und (ſei es wirklichen, ſei es vermeintlichen) ziviliſatoriſchen Erfolg die Sache der Menſchheitsentwickelung und des Weltfortſchritts mehr oder weniger mit ihrer eigenen nationalen

Sache zu identifizieren. Gilt das bei den Engländern ohne weiteres für die ganze Welt, zum mindeſten die Welt außerhalb Europas und der Vereinigten Staaten, ſo gilt es doch auch bei den Ruſſen wenigſtens für einen großen, den ſlaviſch-aſiatiſchen, Teil der Menſchheit. Das öffentliche Urteil namentlich in Deutſchland pflegt, wenn dieſe Seite des engliſchen und ruſſiſchen Charakters zur Sprache kommt, die Engländer der Heuchelei und die Ruſſen einer lächerlichen oder barbariſchen Ueberhebung zu zeihen. Ein ſo ſummariſches Verfahren zeugt aber davon, daß uns das Verſtändnis für die pſychologiſchen Grundlagen jenes britiſchen wie moskowitiſchen Selbſtgefühls abgeht. Wenn Völker eine ſolche Entwickelung und einen ſo beiſpielloſen äußeren Aufſchwung erlebt haben, wie die Ruſſen ſeit dem Beginn und die Engländer ſeit der Mitte des 18. Jahrhunderts, während welcher Epoche jedes von ihnen von mäßigen Anfängen aus ein Fünftel der bewohnten Erdoberfläche ſich untertan gemacht und ſeine eigene ſamt der Zahl ſeiner Untertanen verzwanzigfacht hat, ſo entſpricht es nur den allermenſchlichſten, einer Nation von Natur tief eingepflanzten pſychologiſchen Entwickelungsgeſetzen, daß in dem Bewußtſein der betreffenden Völker eine gewiſſe Identifizierung der eigenen Sache mit der der Allgemeinheit und ein aus Naivität und Reflexion eigentümlich gemiſchter, durch die Jahrhunderte alte Erfahrung genährter Glaube daran, zur totalen oder partiellen Welthegemonie berufen zu ſein, entſteht. So erklärt ſich die namentlich bei den Engländern tief eingewurzelte Vorſtellung, daß der Brite nur ſeine und ſeines Volkes beſondere Sache zu führen brauche, um der Menſchheit und der Kultur im allgemeinen den beſten Dienſt zu leiſten, der ihnen nur geleiſtet werden kann. Ohne Zweifel liegen in einer ſolchen Denkweiſe für ein Volk große ſittliche und am letzten Ende auch materielle Gefahren verborgen, aber nur Kurzſichtigkeit oder kleinlicher Neid können den Kern tatſächlicher Berechtigung überſehen, der in ihr ſteckt. Im einzelnen werden ihre Erſcheinungen, mögen ſie nun in Preßäußerungen oder im perſönlichen Verkehr mit Engländern oder in Brutalitäten hervortreten, wie ſie von Engländern im Sudan, in Südafrika und an anderen Orten geübt worden ſind, oft etwas ſtark Abſtoßendes behalten, und es wird auch ſtets leicht

ſein, auf geringere oder umfaſſendere Erſcheinungen innerhalb des engliſchen Herrſchaftsgebietes hinzuweiſen, die von wirklicher Humanität ſehr weit entfernt ſind. Im ganzen aber braucht man ſich nur einmal vorzuſtellen, wie es um den Machtbereich der abendländiſchen Kultur auf der Erde, ja ſelbſt um unſer bloßes Wiſſen von dieſer Erde ſtehen würde, wenn England etwa ſeit den Zeiten Heinrichs VIII. oder Eliſabeths eine ſtaatliche und ſozialwirtſchaftliche Entwickelung ähnlich der des europäiſchen Feſtlandes eingeſchlagen hätte — zumal dabei auch nicht vergeſſen werden dürfte, daß ein ſehr großer Teil derjenigen überſeeiſchen Tätigkeit und Expanſion, die einige europäiſche Feſtlandsſtaaten ſeit jener Epoche entfaltet haben, auf die anſtachelnde Wirkung des engliſchen Vorgehens zurückgeführt werden muß.

Vielleicht haben dieſe Andeutungen hingereicht, um den deutſchen Leſer ermeſſen zu laſſen, wie unvergleichlich wichtig auch für uns, die wir durch unſere innere wie äußere Entwickelung gleichfalls auf die Bahn weltpolitiſcher Anſprüche gedrängt werden, die Frage des Emporwachſens einer ähnlichen *inneren Stellung* gegenüber unſeren weltpolitiſchen Aufgaben und Anſprüchen iſt. Aber jeder überlegende und vaterlandsliebende Menſch bei uns braucht nur an dieſe Frage zu denken, um zu ermeſſen, wie unendlich weit wir noch davon entfernt ſind, ſelbſt nur einen notdürftig genügenden Fonds an ſolcher nationalen Ambition als Grundelement unſeres Volksempfindens durch alle Stände hindurch zu beſitzen. Es iſt ja freilich Tatſache, daß unſere verfaſſungsmäßige Volksvertretung, der Reichstag, in ſeiner geiſtigen Struktur keineswegs als einigermaßen genaues Abbild der Nation betrachtet werden kann; aber es iſt immerhin bedeutſam genug, daß unter den 397 Volksvertretern die überwältigende Mehrzahl in allen Fragen auswärtiger Politik ſich mit Bewußtſein als Maſſe der höheren Führung einer mit den „Weihen" dieſes Myſteriums verſehenen Bureaukratie und Diplomatie unterordnet, und daß dort, wo entweder eine kleine Minderheit entſchloſſenere Anſchauungen in auswärtigen Dingen vertritt oder gewiſſe Einzelfragen dahin gehöriger Art gelegentlich auch etwas breitere Schichten des Parlaments aufrühren, ſehr häufig entweder eine höchſt bedauerliche Verkennung der elementarſten

Grundfaktoren unſerer internationalen Lage oder eine unbegreifliche Selbſttäuſchung über das Verhältnis zwiſchen den Machtmitteln und den wirklichen oder vermeintlichen Anſprüchen Deutſchlands in auswärtigen Dingen zutage tritt. Sieht man ſich aber außerhalb des Reichstages im Volke ſelbſt um, ſo ergibt ſich ein um nichts erfreulicheres Bild. Man mag die Preſſe, die Debatte in der politiſchen Verſammlung, das politiſche Vereinsleben oder die Erfahrungen des geſellſchaftlichen Verkehrs zugrunde legen — überall können beſtenfalls doch nur vereinzelte Spuren und Anſätze zu einer ſolchen Anſchauung unſerer weltpolitiſchen Situation gefunden werden, die nationales Selbſtbewußtſein, Willen zur nationalen Macht und Einſicht in den realen Tatſachenbeſtand ſamt ſeinen Konſequenzen in ſich vereinigte. Einem Teil dieſer genannten Erforderniſſe, aber leider keineswegs allen, kommt die politiſche Gruppe der ſogenannten Alldeutſchen nach. Sie iſt es, die vor allen Dingen den Willen zur Macht als die unterſte und wichtigſte Grundlage für eine Beſſerung der Zuſtände bei uns zu entwickeln ſtrebt; aber weiterhin begehen ihre Extremen, die im Auslande ohne weiteres für die tonangebenden Kräfte gelten, nach zwei Seiten hin Fehler, die in ihrer politiſchen Wirkung ſo groß und verhängnisvoll ſind, daß ſie genügen würden, in Kürze eine unerhörte nationale Kataſtrophe über uns heraufzubeſchwören, wenn der praktiſche Einfluß dieſer Richtung auf den Gang der auswärtigen deutſchen Politik größer wäre, als er tatſächlich iſt. Dieſe beiden Fehler ſind: die mangelhafte Abſchätzung des vorhandenen Quantums politiſcher Macht, das Deutſchland zurzeit nach auswärts in die Wagſchale werfen kann, und die verkehrte Vorſtellung, das politiſch-deutſche Intereſſengebiet decke ſich, von noch weitergreifenden überſeeiſchen Anſprüchen und Wünſchen abgeſehen, jedenfalls mindeſtens mit dem Verbreitungsbezirk der national-deutſchen Diaſpora in Europa und über See. Welche Folgen aus einem derartigen Mangel an politiſchem Augenmaß und der daraus entſpringenden Beeinträchtigung des publiziſtiſchen Verantwortlichkeitsgefühls entſtehen können, haben wir bereits im zweiten Kapitel, in dem Abſchnitt über die Urſachen des politiſchen Mißtrauens gegenüber Deutſchland, ausgeführt. Unter dem Einfluß eines ſolchen unbedachten, auf dem

Papier ſehr leicht zu präſtierenden, aber nicht in die Wirklichkeit überſetzbaren politiſchen Krafthubertums, das bei rechter Beſinnung ſich oft genug ſelbſt ſagen muß, daß ſeine Forderungen, wenn ſie nicht wörtlich zu verſtehen ſein ſollen, ſo doch im Auslande einer ſehr gefährlichen Auslegung fähig ſind, entſteht z. B. bei Engländern und Amerikanern die Vorſtellung, daß Gedanken, wie ein unprovozierter Angriff auf Südafrika und Auſtralien oder die Annexion einiger Länder des romaniſchen Amerika, bei uns eine praktiſche Rolle ſpielten! Das mag hier und da in der engliſchen und amerikaniſchen Preſſe ganz oder teilweiſe wider beſſeres Wiſſen geſagt und zu einer bewußt illoyalen Hetze ausgenutzt werden. Zum großen Teil glauben es aber die Engländer und Amerikaner wirklich, und ſoweit ſie das tun, ſo weit ändern wir an der realpolitiſchen Haltung jener großen Nationen uns gegenüber nicht das mindeſte, wenn wir uns über ihre Verranntheit, ihr Mißtrauen, ihre Mißgunſt, Heuchelei uſw. moraliſch entrüſten, ſondern wir müſſen mit jenen Ueberzeugungen genau ſo rechnen, als ob ihnen keine Phantaſien, ſondern Wirklichkeit zugrunde läge. Der einzige Weg, der, um das hier ſchon vorauszunehmen, übrig bleibt, wenn wir uns nicht ſchließlich um jener Phantome willen wirklich mit den Angelſachſen ſchlagen wollen — und welch ein Gedanke könnte für uns wahnſinniger ſein, als der eines Krieges mit England oder Amerika um vermeintlicher Abſichten auf Auſtralien oder Braſilien willen! — iſt der, auf dem der Kaiſer geht, ſeitdem aus Anlaß des Telegramms an den Präſidenten Krüger wahrſcheinlich wurde, daß wir bei einem tatſächlichen Verſuch anti-engliſcher Politik auch Frankreich uns in Waffen gegenüber ſehen würden. Es iſt, wenn auch nicht ſicher, ſo doch ſehr möglich, daß wir in einem Kriege, der uns und England als Feinde ſieht, ſchließlich unterliegen. Dann iſt es auf lange Zeit, vielleicht auf immer, mit allen unſeren Gedanken an Weltpolitik und Weltvolkstum zu Ende. Was aber bleibt übrig, wenn wir vermeiden wollen, daß die Furcht und das Mißtrauen der Gegenſeite, mögen ſie ſo unberechtigt ſein wie ſie wollen, uns eine ſolche Entſcheidung aufzwingt, bevor wir, wenn es denn ſchon durchaus einmal ſein müßte, beſſer auf ſie gerüſtet ſind als heute? Offenbar nichts anderes als eine Politik, die im großen

wie im kleinen (und das Kleine kann hier leicht wichtiger werden als das Große) als ihr Hauptziel die Zerstreuung jener Besorgnisse und jens Mißtrauens verfolgt!

Vergegenwärtigen wir uns nun im Zusammenhange mit diesen Erwägungen das reale Bild der heutigen englischen Weltmacht und die Ziele, denen die Leitung der englischen Politik zustrebt. Englands Macht beruht in ihrer Verteidigungsfähigkeit auf dem englischen Reichtum, und dieser wiederum auf dem Handel und der Industrie des vereinigten Königreiches in ihrer gegenseitigen Ergänzung. Keine einzige der englischen Kolonien wäre imstande, sich aus eigener Kraft gegen eine mit regulären europäischen Truppen durchgeführte Invasion auf die Dauer zu verteidigen. Das anglo-indische Reich bräche, sobald man sich die europäischen Machtmittel Englands, die hinter ihm stehen, fortdenkt, wahrscheinlich zusammen, sobald auch nur ein einziges russisches Armeekorps am Indus erschiene. In Südafrika würde eine Landung europäischer Truppen den Gegensatz zwischen dem englischen und holländischen Element aufs neue in einer Weise entfesseln, daß an einen Bestand des englischen Uebergewichts nicht länger zu denken wäre. Australien ist verloren, sobald die drei oder vier großen Städte an der Küste, in denen ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Kontinents lebt, besetzt sind und im übrigen die Blockade der Küsten durchgeführt wird. Einigermaßen mit eigenen Mitteln verteidigungsfähig ist allein Kanada; aber auch hier verdichtet sich die Hauptmasse der Bevölkerung auf einem räumlich nicht übermäßig ausgedehnten und klimatisch der europäischen Methode der Kriegführung vollkommen zugänglicher Gebiet. Ueber Truppen, die einer regulären europäischen Armee annähernd gewachsen wären, verfügt keins der großen britischen Kolonialgebiete. Der Reichtum des europäischen Mutterlandes ist es also fast allein, dem die Last der Verteidigung des ganzen Weltreichs obliegt.

Eine Vorstellung von dem Reichtum Englands erhalten wir, wenn wir einen Blick auf seine gegenwärtige Handelsbewegung werfen. Die folgenden Ziffern werden sie uns vor Augen stellen.

Jahre*)	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
1897	7 990 Mill. Mk.	4 785 Mill. Mk.	12 775 Mill. Mk.
1898	8 374 „ „	4 767 „ „	13 141 „ „
1899	8 570 „ „	5 396 „ „	13 966 „ „
1900	9 382 „ „	5 940 „ „	15 322 „ „
1901	9 265 „ „	5 712 „ „	14 977 „ „
1902	9 437 „ „	5 782 „ „	15 219 „ „
1903	9 650 „ „	5 932 „ „	15 582 „ „
1904	9 806 „ „	6 134 „ „	15 940 „ „
1905	9 940 „ „	6 728 „ „	16 668 „ „
1906	10 665 „ „	7 662 „ „	18 327 „ „

Für die 10 Jahre, welche die Tabelle umfaßt, hat also der Mehrwert der Einfuhr über die Ausfuhr mehr als 34 Milliarden Mark betragen, beinahe 3½ Milliarden Mark jährlich. Wir sahen bereits im ersten Kapitel, daß eine solche passive Handelsbilanz auch in Deutschland vorhanden ist und auch bei uns als ein Zeichen des wachsenden Wohlstandes aufgefaßt werden muß. Sie beträgt einstweilen nur etwa ein Drittel der englischen und repräsentiert, wie oben bemerkt, unter Voraussetzung gesunder Wirtschaftsverhältnisse, wie sie in Deutschland und England bestehen, den Mindestertrag, den die im Auslande angelegten arbeitenden Kapitalien eines Landes ihm in Gestalt von direkten Zinsen, Handels- und Schiffahrtsgewinn, Ertrag von industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen aller Art, abwerfen. Es bleibt dabei natürlich sehr wohl möglich und ist für England auch durchaus wahrscheinlich, daß der wirkliche Wert des Gewinnes aus denjenigen Kapitalien, die in irgend einer Form außerhalb der Heimat angelegt sind, die Differenz zwischen dem Wert der Einfuhr und dem der Ausfuhr auch noch übersteigt; wäre er ihr aber nicht mindestens gleich, so ergibt sich leicht, daß in dem Falle eine fortschreitende Verarmung der betreffenden Nation durch das Abfließen der baren Zahlungsmittel als Gegenwert für den Einfuhrüberschuß eintreten müßte, wie das z. B. in Rußland, Rumänien und anderen Staaten der Fall ist. Gleichzeitig aber ist in einem Lande von der industriellen

*) Nach dem Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich von 1907, Anhang, Seite 46 (in abgerundeten Zahlen).

Entwicklung Englands aus dem ſtarken Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr auch ein Schluß darauf zu ziehen, wie große Mengen der induſtriellen Produktion im Lande ſelbſt vermöge des Reichtums der Bevölkerung verbraucht werden können. Die wirtſchaftlichen Verhältniſſe eines Volkes nähern ſich unter dieſem Geſichtspunkt überhaupt um ſo mehr dem Ideal, je weniger, unbeſchadet aller notwendigen Einfuhr an induſtriellen Rohſtoffen und Nahrungsmitteln, überhaupt aus ihm an Induſtrieprodukten ausgeführt zu werden braucht, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß ſelbſt bei den höchſt entwickelten und reichſten Nationen die Menge derjenigen Erzeugniſſe des eigenen Gewerbefleißes, die wirklich auf dem inneren Markt unter der Vorausſetzung verbraucht werden könnten, daß jedermann imſtande iſt, ſich an Kleidung, Hausrat und dergleichen alles zu kaufen, deſſen er rationeller Weiſe bedarf, ſehr viel größer iſt, als die geſamte gegenwärtige Produktion, welche Deutſchland, England, Frankreich, Amerika oder irgend ein anderer Induſtrieſtaat an ſolchen Dingen zur Zeit aufweiſen. Je mehr nationales Kapital im Auslande gewinnbringend angelegt iſt, deſto wohlhabender wird ein Volk, deſto weniger nationaler Arbeitsertrag braucht in Geſtalt von Induſtrieartikeln exportiert zu werden, ſondern kann im Lande ſelbſt verbraucht werden; deſto höher können die Lebenshaltung, die allgemeine Volksgeſundheit, die geiſtige und materielle Leiſtungsfähigkeit ſteigen. England iſt von dieſem Ideal, wie ſeine Handelsbilanz zeigt, weniger weit entfernt, als irgend ein anderer Staat, und man kann ſich denken, wie tief gegründet und wie ſchwer zu erſchüttern die Grundlagen eines Nationalreichtums von dieſem Umfange ſein müſſen.

Es iſt wichtig zu wiſſen, wie ſich die britiſche Handelsbewegung auf den Verkehr mit den einzelnen Ländern und Erdteilen verteilt. Es betrug im Jahre 1906 der engliſche Geſamthandel *)

Im Verkehr mit	Einfuhr	Ausfuhr	Geſamthandel			
Europa	253,3	128,3	381,6	Mill.	Pfd.	Sterl.
Amerika	175,3	73	248,3	"	"	"
Aſien	15,1	36,1	51,2	"	"	"
Afrika	19,9	16,8	36,7	"	"	"
Britiſch. Kolonialbeſitz	142,2	121,3	263,5	"	"	"

*) Nach dem Gothaiſchen diplomatiſch-ſtatiſtiſchen Jahrbuch für 1908 (in runden Zahlen).

Hiernach verhält ſich alſo der Verkehr Großbritanniens mit dem Auslande zu dem mit den eigenen Kolonien etwa wie rund 2,7 : 1 und, wenn man den Verkehr mit Aegypten (25,8 Mill. Pfd. Sterl. in Ausfuhr und Einfuhr) nicht zu dem fremden, ſondern zum Kolonialhandel rechnet, wie rund 2,4 : 1. Im Jahre 1901 belief ſich die Geſamtſumme des fremden Handels einſchl. Aegypten auf 592 Mill. Pfd. Sterl., heute auf rund 718 Mill., während der Kolonialhandel von rund 210 auf über 263 Mill. Pfd. Sterl. geſtiegen iſt. Das Verhältnis von Auslands- und Kolonialhandel war alſo vor 5 Jahren noch etwas weniger günſtig für den Anteil des Verkehrs zwiſchen Mutterland und Kolonien, als jetzt. Immerhin werden nicht wenige Leſer überraſcht ſein, daß der Handel mit dem Auslande immer noch 2½ mal ſo groß iſt, als der mit den Kolonien, und dieſer Eindruck verſtärkt ſich noch im einzelnen nach verſchiedenen Richtungen hin, ſobald man den Verkehr Englands mit beſtimmten Ländern ins Auge faßt. Bei weitem am größten iſt die Handelsbewegung mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie betrug 1906: 27,8 Mill. Pfd. Sterl. in der Ausfuhr und 131,1 Mill. Pfd. Sterl. in der Einfuhr, im Geſamtwert alſo rund 159 Mill. Pfd. Sterl., oder ein Sechſtel des geſamten britiſchen Außenhandels. Das enorme Ueberwiegen der amerikaniſchen Einfuhr nach England über die engliſche Ausfuhr nach der Union erklärt ſich dadurch, daß die Vereinigten Staaten der engliſche Hauptlieferant für Getreide, Baumwolle und Fleiſch ſind. An zweiter Stelle ſteht Frankreich. Der Handel mit dieſem iſt in der Ausfuhr 20,4 Mill., in der Einfuhr 53,9 Mill. Pfd. Sterl. wert. Kaum geringer und in Ausfuhr und Einfuhr beſſer balanzierend iſt der Verkehr mit Deutſchland; es folgen die Niederlande, Belgien, Rußland, wobei teilweiſe natürlich bloßer Durchfuhrhandel in Frage kommt. In Afrika macht der Handel mitt Aegypten, das jetzt faktiſch zu den britiſchen Beſitzungen gerechnet werden muß, in Einfuhr und Ausfuhr allein über ein Viertel des geſamten übrigen Verkehrs mit den nichtbritiſchen Ländern Afrikas und Aſiens zuſammen genommen aus: 25,8 Mill. Lſtrl. Er übertrifft hiermit den engliſch-chineſiſchen Handel beinahe um das Doppelte, den engliſch-türkiſchen etwa im ſelben Verhältnis. Bei der Durchmuſterung des britiſchen Kolonialhandels erſtaunt man zunächſt am meiſten, den Wert des

Verkehrs mit Oſtindien (83 Mill. Lſtrl.) nicht weitaus an erſter Stelle, ſondern nicht ſo ſehr über dem engliſch-auſtraliſchen Handel (72 Mill. Pfd. Sterl.) rangieren zu ſehen. Allerdings iſt Oſtindien in Bezug auf die Aufnahmefähigkeit von Einfuhr aus dem Mutterlande den auſtraliſchen Beſitzungen beinahe doppelt überlegen, aber man bedenke, daß es 300 Millionen Einwohner zählt, die auſtraliſchen Kolonien aber nur 5 Millionen! Erwägt man vollends, daß von dem Wert der indiſchen Einfuhr ein unverhältnismäßig großer Teil auf den Bedarf der 150 000—200 000 Weißen entfällt, die in Indien leben, ſo erhält man erſt eine wirkliche Vorſtellung davon, wie unverhältnismäßig viel mehr Wert für den Handel und die Induſtrie des Mutterlandes eine Auswandererkolonie mit weißer Bevölkerung beſitzt, als ſelbſt ein noch ſo immenſes, mit niedrig entwickelten und wenig bedürfenden Völkermaſſen erfülltes tropiſches oder ſubtropiſches Beſitztum. Ein einziger Auſtralier kauft in England ſoviel wie 50 Hindus! Kanada und Neu-Fundland mit 6 Millionen weißer Einwohner nehmen für 14,3 Mill. Lſtrl. britiſche Produkte auf; ganz China mit 400 Millionen Einwohnern konſumiert für 12,2 Mill. Lſtrl. Zählt man die britiſchen Beſitzungen mit vorwiegend oder vollſtändig weißer, aus Europa ausgewanderter Bevölkerung auf der einen und diejenigen mit fremdraſſigen Eingeborenen (ohne Hongkong) auf der anderen Seite zuſammen, ſo ergibt ſich hier zu Gunſten der engliſchen Produktion eine Aufnahmefähigkeit von rund 57 Mill. Pfd. Sterl., dort eine von rund 58 Mill. Pfd. Sterl. — aber die entſprechenden Bevölkerungszahlen ſind 12 Millionen und 350 Millionen Menſchen! Angeſichts ſolcher Zahlenverhältniſſe gewinnen die Beſtrebungen nach einem feſten Zuſammenſchluß des Mutterlandes mit dem durch europäiſche, in erſter Linie engliſche Auswanderung bevölkerten Kolonialreich jenſeits des Meeres ſamt der Tendenz eines Reichszollvereins erſt das richtige Verſtändnis, und wir werden nochmals an die entſcheidende Bedeutung des Abſatzmarktes für die engliſche Induſtrie in den nordamerikaniſchen Kolonien bis zur Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten erinnert. Auſtralien, Süd-Afrika und Kanada ſind alſo die drei

großen Tragepfeiler für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem englischen Mutterlande und seinen Kolonien; ein Aufschwung des britischen Imports nach diesen drei Ländern um 30—50% würde bereits hinreichen, um den Verlust Indiens, selbst unter der Voraussetzung, daß es einem fremden Eroberer dort gelänge, den englischen Handel vollkommen auszuschließen (ein kaum denkbarer Fall), in rein ökonomischer Beziehung wett zu machen.

Es liegt auf der Hand, daß die Verteidigung des britischen Reichsgebiets nicht anders als in erster Linie auf die Seemacht gegründet werden kann, und ebenso, daß durchaus nicht Indien samt der ganzen süd- und ostasiatischen Interessensphäre das einzige Wertobjekt ersten Ranges bildet, sondern daß ihm das australische, südafrikanische und nordamerikanische Kolonialgebiet an Wichtigkeit jetzt schon zur Seite stehen und es möglicherweise noch während des ersten Viertels des laufenden Jahrhunderts übertreffen werden. Zudem ist Indien das einzige jener vier oder, wenn man Aegypten und den Sudan bereits als eine weitere gleichwertige Einheit hinzutreten lassen will, fünf großen überseeischen Interessengebiete Englands, das gegen einen Angriff zu Lande kaum gehalten werden kann. Selbst Kanada, das mit seiner ganzen Südgrenze an die Vereinigten Staaten stößt, bietet nach dieser Richtung hin bei der unentwickelten Wehrverfassung der Union und der durch den südafrikanischen Krieg offenbar gewordenen verhältnismäßig bedeutenden Leistungsfähigkeit Englands in bezug auf überseeische Truppensendungen noch bessere Chancen. Schaltet man Indien, das sein eigenes erhebliches Heeresbudget selber bezahlt, aus, so ergeben sich folgende Aufwendungen, die England für seine Kriegsrüstung zu Wasser und zu Lande gegenwärtig machen zu müssen glaubt, wozu um des Vergleichs willen die Ausgaben einiger anderer Großmächte hinzugefügt werden mögen. Vorweg muß nur noch bemerkt werden, daß in dem Heeresbudget für Deutschland beinahe 40 Mill. Mark einmalige Ausgaben stecken, und daß Rußland, dessen Kriegs- und Marinebudget 1903 zusammen ca. 908 Mill. Mark betrug, wegen seiner gegenwärtigen abnormen Verhältnisse, namentlich bei der Marine, nicht mehr mit herangezogen ist. Es betragen die Ausgaben in:

	Für Armee:	Für Marine:	Zusammen
England (1906/7):	560 Mill. Mk.	640 Mill. Mk.	1 200 Mill. Mk.
Frankreich (1907):	625 „ „	250 „ „	875 „ „
Deutschland (1907/8):	800 „ „	280 „ „	1 080 „ „
Ver. Staaten 1906):	500 „ „	470* „ „	970 „ „

Das englische Budget für Wehrzwecke ist also bereits in absoluter Ziffer größer, als das irgend einer anderen Großmacht. Berechnet man aber vollends, wieviel Ausgaben für Zwecke der nationalen Verteidigung zu Wasser und zu Lande auf den Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Staaten entfallen, so verschiebt sich dies Verhältnis noch viel mehr. In England sind es 27,3 Mark pro Kopf, in Frankreich 21,3 Mark, in Deutschland 17,1 Mark, in den Vereinigten Staaten 11,7 Mark. Rußland wandte vor dem japanischen Kriege etwa 7 Mk. pro Kopf auf. Zeigte diese niedrige Ziffer, die, wie wir wissen, trotz ihrer geringen Höhe bereits das Resultat einer übergroßen Anspannung der faktischen Zahlungskraft der Nation bedeutete, die extreme wirtschaftliche Armut und Leistungsunfähigkeit des Landes an, so erweist auf der anderen Seite die hoch unter den Völkern aufragende Quote Englands, wie kolossal der britische Reichtum selbst im Verhältnis zu Ländern mit einem so alten und gefestigten Wohlstand wie Frankreich ist. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß die englische Nation sowohl fähig als auch willens ist, sobald die Verhältnisse es ihrer Ueberzeugung nach erforderlich machten, noch weitere große Erhöhungen des Ausgabeetats für Militär- und Marinezwecke vorzunehmen. England mit einer Bevölkerung von kaum mehr als zwei Dritteln der Einwohnerzahl Deutschlands, wobei noch in Betracht kommt, daß die 4 Millionen Einwohner Irlands wirtschaftlich als produktive Größe kaum ins Gewicht fallen, trägt seine der unseren gegenüber im Verhältnis um das Doppelte schwerere Last der Wehrhaftigkeit spielend leicht. Mag man auch einen Teil dieser großen Mehrbelastung auf die stärkere patriotische Gewöhnung des englischen Nationalgefühls an materielle Belastung um der politischen Sicherheit des Reiches willen schieben, so ist doch kein Zweifel daran möglich, daß ein anderer auf den unvergleichlich viel größeren englischen Reichtum entfällt.

*) Die neuesten Flottenbaupläne würden eine bedeutende Erhöhung bedingen.

Die zweifelloſe Steigerungsfähigkeit der engliſchen Wehrkraft muß, im Zuſammenhang mit der Lehre des ſüdafrikaniſchen Krieges über die Bereitwilligkeit des Volkes zu langen und ſchweren Opfern um nationaler Ziele willen, für den Gedanken eines Konflikts zwiſchen England und einer anderen europäiſchen Großmacht ſehr hoch in Rechnung geſtellt werden. Auch was die Frage der Flottenbemannung anbetrifft, die man früher und großenteils auch noch jetzt gewohnt iſt als ein Moment zu betrachten, das auf alle Fälle einer weiteren ſtarken Vermehrung der engliſchen Flotte hinderlich ſei, wird man nach den Lehren des Burenkrieges mit peſſimiſtiſchen Urteilen zurückhaltender ſein müſſen. Daß England eine Feldarmee von 300 000 Mann über See zu transportieren in der Lage ſein würde, das hielten zu Beginn des Burenkrieges nicht nur militäriſche Dilettanten, ſondern auch fachmänniſche Autoritäten für nicht möglich. Es iſt aber doch möglich geweſen, und ebenſo wird es wahrſcheinlich auch im Falle einer Mobilmachung zur See gehen, ſobald die Notwendigkeit äußerſter Kraftanſtrengung der Nation deutlich wird. Die ſeegewohnte und ſeetüchtige Reſerve, die für den Notfall in der ſtarken Küſten- und Fiſcherbevölkerung ſteckt, wird dann eben, ſei es durch hohes Soldangebot, ſei es durch Mittel moraliſchen oder materiellen Zwanges, ſoweit zum Dienſt auf der Flotte herangezogen werden, daß die Schiffsbemannungen komplett ſind. Dazu iſt zu bedenken, daß unter den heutigen Verhältniſſen das Maſchinen- und Artillerieperſonal auf den Schiffen eine unvergleichlich viel größere Rolle ſpielt, als früher. Ihm gegenüber iſt die Bedeutung des eigentlichen Matroſen ſehr in den Hintergrund getreten.

Die ſchwächſte Stelle des engliſchen Reiches iſt, wenn man von der Möglichkeit abſieht, daß eine überlegene maritime Koalition die heimiſche Schlachtflotte Englands an deſſen Küſten ſelbſt niederkämpfen und auf dieſe Weiſe die Landung feſtländiſcher Truppen erzwingen könnte, ohne Frage Indien, und zwar iſt es Indien aus einem doppelten Grunde: wegen des Fehlens innerer Einwurzelung der engliſchen Herrſchaft bei den Eingeborenen und wegen der verhältnismäßig leichten Angreifbarkeit des Indus- und Gangesgebietes von der Landſeite her. Dazu kommt aber noch eine andere wichtige Korrektur, die man an der ſeit Jahrhunderten gang und

gäben Vorstellung von der indischen Welt an der Hand neuerer Erfahrungen machen muß.

Wir sind gewohnt, Indien unter allen Umständen als die Krone, die Perle, den Angelpunkt oder was für Bilder sonst angewendet sein mögen, jedenfalls als die eigentliche Grundlage des britischen Reichtums und der britischen Kolonialmacht zu bezeichnen. Das war früher wenigstens zum Teil richtig; wie sehr sich das Verhältnis freilich heute zu gunsten der Besitzungen Englands mit weißer Bevölkerung verschiebt, haben wir eben gesehen. Um sich aber von den Hilfsquellen Indiens eine vollkommen richtige Vorstellung zu machen, tut man am besten, einen Blick auf seine Wirtschaftsverhältnisse zu werfen. Die Handelsbewegung Britisch-Indiens, zu dem aber, was hier sehr zu beachten ist, auch das reiche hinterindische Birma gerechnet wird, haben wir weiter oben bereits kennen gelernt. Vergleicht man damit die Bevölkerungszahl des Gebietes, die rund 350 Millionen Seelen beträgt, so ergibt sich, daß dieser Handel verhältnismäßig nichts weniger als eine imposante Größe repräsentiert, und man wird schon hiernach geneigt sein, das alte Vorurteil von den immensen Reichtümern Indiens zu korrigieren. Wollte man nach den Ziffern des Imports und Exports allein urteilen, so könnte man annehmen, daß Indien wenigstens eine aktive Zahlungsbilanz habe (Einfuhr 37,8 Mill. Lstrl., Ausfuhr 45,2 Mill. Lstrl.) und daher sein Wohlstand sich aufwärts bewege. Das ist aber nicht der Fall. Zunächst muß Indien außer den Kosten für die unmittelbare englische Verwaltung des Landes auch noch für alle Ausgaben aufkommen, die zur Durchführung der britischen Politik im persischen Golfe, Afghanistan, Belutschistan, Aden und einer Reihe anderer zum Teil weit entlegener Gebiete erforderlich sind. So wurde sogar die englische Expedition gegen den „tollen Mullah" im ostafrikanischen Somalilande 1903/04 größtenteils mit indischen Truppen durchgeführt und mit indischem Gelde bezahlt. Zweitens aber fällt die immense Höhe der Gehälter, die sämtliche Beamten des indischen Zivil- und Militärdienstes beziehen, und vor allen Dingen die große Last der Pensionen, die nach verhältnismäßig nicht langer Dienstzeit in Indien erworben werden, schwer ins Gewicht. Die Gesamtsumme der indischen Pensionen wird auf

den enormen Betrag von 320 Mill. Mark jährlich berechnet. Von den Gehältern wird ein großer Teil, von den Pensionen alles in barem Gelde fort und fort aus Indien nach England exportiert. Dazu kommt die Menge der Kapitalien, die, von englischen und anderen europäischen Kaufleuten im indischen Handel erworben, früher oder später aus Indien zurückgezogen werden. Alles in allem genommen, ergibt sich auf diese Weise eine lastende Passivität der Zahlungsbilanz und eine fortschreitende Verarmung des Landes.

Hierzu tritt ein zweites. Die englische Herrschaft über Indien hat durch die Sicherheit des Lebens und Eigentums, die sie den Eingeborenen gegen früher dauernd garantiert, eine starke Vermehrung der Bevölkerung zur Folge gehabt. In früheren Zeiten brachten es die unaufhörlichen Kriege der indischen Fürsten untereinander und die dabei stets wiederkehrenden Verwüstungen weiter Landstriche mit sich, daß die Volkszahl, wiewohl von jeher sehr groß, sich doch nicht dauernd über ein gewisses Niveau erhob. Jetzt herrscht in politischer Beziehung von Kaschmir bis Ceylon Ordnung und Ruhe. Die Volksvermehrung hat daher seit dem großen Aufstande um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein schnelles Tempo eingeschlagen, und die Uebervölkerung drückt sich seit einiger Zeit deutlich darin aus, daß die — freilich auch früher nicht seltenen — Hungersnöte jetzt mit einer noch verheerenderen Wirksamkeit auftreten als vordem. Der bei ausbleibendem Regenfall über weite Distrikte hin eintretende Nahrungsmangel wütet jetzt bei einer gegen die Zeit vor hundert Jahren um das Doppelte verdichteten Bevölkerung noch fürchterlicher als früher. Wegen dieser Verkettung der Ursachen sind die Hungersnöte in ihrer ganzen heutigen Schrecklichkeit eine für Indien kaum zu beseitigende Kalamität. Würde der ziffernmäßigen Volksvermehrung ein Steigen des durchschnittlichen Nationalreichtums zur Seite gehen, so wäre zu großen Bedenken kein Anlaß; denn im wesentlichen hätte dann ja auch bei Regenmangel und Mißernten das Gros der Bevölkerung die Mittel, den Ernteausfall durch Ankauf von Getreide zu decken. Das Umgekehrte aber ist der Fall: Indien wird ärmer und ärmer. Diese Tatsache ist für alle, die sich mit den indischen Dingen etwas eingehender beschäftigen, auch seit geraumer Zeit kein Geheimnis mehr, weder für

die intelligenteren Elemente unter den Indiern selbst, noch für objektive englische Beurteiler der Verhältnisse. Indien ist eine Zitrone, die von England ohne Erbarmen ausgepreßt wird, aber es liegt auf der Hand, daß diese Prozedur nicht länger dauern kann, als bis der Saftreichtum der Frucht erschöpft ist. Natürlich wird es in einem Ländergebiet von so großer Ausdehnung immer Bezirke geben, die unter allen Umständen einen Ueberschuß produzieren und wirtschaftliche Fortschritte machen, aber als Ganzes genommen ist das Gegenteil der Fall. Dabei will wohl beachtet sein, daß die Ausbeute an im engeren Sinne sogenannten Naturschätzen in Indien keine große ist. An Gold, Kohle, Eisen werden verhältnismäßig nur sehr unbedeutende Mengen gewonnen.

Indiens große Volksdichtigkeit, die irrtümlicherweise so oft als Erweis des Reichtums und des besonders hohen Wertes dieser Kolonie für England angeführt wird, ist im Gegenteil das Grundmoment für die verhältnismäßig so geringe weltwirtschaftliche Entwickelungsfähigkeit des Landes. Von der Mitte der achtziger bis zum Ende der neunziger Jahre war die Gesamthandelsbewegung Indiens so gut wie stationär. Je nach dem Ausfall der Ernte schwankte sie, Ausfuhr und Einfuhr zusammengerechnet, innerhalb der Grenzen von 2800 und 2100 Mill. Mark auf und ab, d. h. sie war im Durchschnitt während dieser Periode annähernd genau so groß wie die Rußlands. Rußland aber stand, wenn man den Wert seines Handels auf den Kopf der Bevölkerung berechnete, auch schon damals weit abwärts unter den wichtigeren Wirtschaftsgebieten der Erde. Wenn Indien mit seiner beinahe dreimal größeren Volkszahl und seinem gut entwickelten Eisenbahnnetz im ganzen nur einen ebenso großen Handelswert aufwies, so bedeutete das, auf den Kopf berechnet, noch dreimal weniger als Rußland zu leisten vermochte. 1901 überschritt der Gesamthandel Indiens zum erstenmal die Grenze von 3 Milliarden Mk. Er betrug 1901 = 3,08, 1902 = 3,08, 1903 = 3,52, 1904 = 3,74, 1905 = 3,93 Milliarden Mark, wobei im ganzen genommen sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr proportional an der Steigerung teilhaben. Untersucht man die einzelnen Posten näher, so ergibt sich folgendes Bild für die Ausfuhr. Es wurden exportiert:

	1892/93	1905/06
Baumwolle, roh und verarbeitet	ca. 220	ca. 500 Mill. Mk.
Jute, roh und verarbeitet . .	ca. 120	ca. 400 „ „
Reis	ca. 135	ca. 250 „ „

Von dieſen wichtigſten Ausfuhrgegenſtänden entfallen Baumwolle und Jute im weſentlichen auf Vorderindien, der Reis dagegen meiſt auf den britiſchen Anteil an Hinterindien, insbeſondere Birma. Wenn man von dieſem letzteren, wo hauptſächlich natürliche Waſſerverbindung in Betracht kommt, abſieht, ſo iſt die Zunahme der indiſchen Ausfuhrproduktion in der Hauptſache bedingt durch die Erweiterung des Eiſenbahnnetzes. Außer Baumwolle und Jute kommen als größere Poſten für die Ausfuhr noch in Betracht Häute, Opium, Weizen und Tee, allenfalls auch noch Leinſamen, Wolle, Kaffee und erſt an letzter Stelle ein unbedeutender Poſten von Artikeln des einheimiſchen Kunſtgewerbes, Lackwaren und dergl. Abgeſehen von der teilweiſen Verarbeitung der Baumwoll- und Jutefaſer in indiſchen Fabriken handelt es ſich alſo ſo gut wie ausſchließlich um induſtrielle Rohſtoffe und Rohnahrungsmittel, denen auf der Einfuhrſeite ebenſo überwiegend europäiſche Induſtrieprodukte gegenüberſtehen: baumwollene und wollene Gewebe, Eiſenwaren und Maſchinen, Zucker, Petroleum uſw. Mit dem immer noch fortſchreitenden Ausbau des Eiſenbahnnetzes wird möglicherweiſe auch noch eine weitere Steigerung der Ausfuhrproduktion Indiens Hand in Hand gehen; aber einen Aufſchwung in wirklich großem Stil wird ſie — und damit auch natürlich die Einfuhrbewegung — aus dem Grunde nicht erleben können, weil es ſich faſt durchweg um landwirtſchaftliche Produkte handelt, die zu ihrer Herſtellung einer beſtimmten Fläche anzubauenden Bodens bedürfen. Die große Bevölkerungsdichte abſorbiert aber für die Ernährung dieſer immenſen Volksmaſſen durch unmittelbar zum Verbrauch beſtimmte Agrarprodukte einen ſo großen Prozentſatz des vorhandenen Grund und Bodens, und zwar, je dichter die Bevölkerung wird, um ſo entſchiedener, daß wenig Land für die Exportproduktion übrig bleibt. Daraus folgt, daß Indien einen ſehr viel größeren Handel und einen ſehr viel größeren Wert für England hätte, wenn es um die Hälfte oder zwei Drittel ſchwächer bevölkert wäre. China iſt ſcheinbar in derſelben wirt-

ſchaftlichen Lage wie Indien, in Wirklichkeit aber iſt es viel entwickelungsfähiger, weil es in ſeinem Innern ſehr große Vorräte von Kohle und Eiſen und wahrſcheinlich auch noch andere mineraliſche Reichtümer beſitzt. Ein Land, das reich an Eiſen und Kohle iſt, mag ſo dicht bevölkert ſein, wie es will — ſobald es genügend in den Weltverkehr und die Weltproduktion hineingekommen iſt, beſitzt es nahezu unbegrenzte wirtſchaftliche Entwickelungsmöglichkeiten. Ein Land aber wie Indien, das nichts hat, als was der Acker dem gibt, der ihn düngt und pflügt, und auch das nur, wenn der Monſun genügend Regen bringt, muß bei einer ſolchen Wirtſchaftsbilanz, wie ſie das engliſche Syſtem dort mit ſich bringt, trotz des ſcheinbaren Handelsaufſchwunges in Wirklichkeit verarmen.

Auf der anderen Seite hat die jahrhundertelange einheitliche Beherrſchung Indiens durch die Engländer und die Beeinfluſſung der oberen Schichten durch die europäiſche Kultur, die Schaffung von hohen und mittleren Schulen, von Zeitungen und kommunalen Organiſationen, von offiziellen und freien Vertretungen der öffentlichen Meinung nach europäiſchem Muſter begonnen, eine außerordentlich bedeutſame Bewegung unter der einheimiſchen Bevölkerung ins Leben zu rufen. Was es in dem früheren Indien nie gegeben hat: Ideen über nationale Zuſammengehörigkeit der Unterworfenen, über Volkswohlfahrt und Volksbildung, über politiſche und ſoziale Befreiung — das taucht jetzt in Form einer Agitation, der auch das Schlagwort „Indien für die Inder!“ nicht mehr fremd iſt, empor, fordert vermehrte Anteilnahme der Eingeborenen an der Verwaltung und wächſt an Schärfe und innerer Kraft mit dem Wachstum des Bewußtſeins von der teilweiſen Veredelung unter engliſcher Herrſchaft.

Solange den Engländern Indien gehört, haben Englands Feinde den Gedanken erwogen, es in Indien zu treffen. In dieſem Zuſammenhange iſt es nötig, trotz der gegenwärtigen Ausſchaltung Rußlands aus der Weltpolitik auch die Frage zu erörtern, ob und wieweit Indien unter veränderten politiſchen Verhältniſſen von Rußland bedroht werden kann. Auch wenn Rußland im übrigen nicht aktionsfähig erſcheint und mindeſtens für ſich allein an keine kriegeriſche Aktion denken kann, ſo wäre es doch denkbar, daß eine

andere Macht im Fall eines Krieges mit England eine Erwägung darüber anstellt, ob es möglich wäre, Rußland finanziell für einen Feldzug nach Indien in den Stand zu setzen. Wenn überhaupt irgend ein Zurückgreifen auf große asiatische Politik, so wäre die Idee der Abrechnung mit England, des Marsches nach Indien, imstande, etwas wie nationale Begeisterung für ein auswärtiges Ziel auch in den breiten Schichten des Volkes zu erwecken. Daher ist es erforderlich, die Frage nach den Möglichkeiten eines solchen indischen Feldzuges vom russischen Turkestan her etwas näher zu beleuchten.

Der südafrikanische Krieg hat gezeigt, daß England imstande ist, wenn es die nötige Zeit hat, eine achtunggebietende Armee aus der Heimat auf einen überseeischen Kriegsschauplatz zu transportieren. Diese Lehre ist für die Beurteilung der russischen Aussichten bei einem Angriff auf Indien entscheidend. Solange man von der Voraussetzung ausging, daß im wesentlichen die in Indien selbst vorhandenen Truppenbestände einem russischen Stoß würden begegnen müssen, konnte man die Aussichten Rußlands für durchaus günstig halten. Die eingeborenen Truppen der anglo-indischen Armee sind nach dem Urteil deutscher militärischer Sachverständiger gegen eine europäische Armee nur von sehr beschränktem Wert; namentlich müßten sie als absolut unzuverlässig betrachtet werden, sobald sie nicht mehr fest in der Hand europäischer Offiziere sind. Starke Verluste in den höheren von Engländern besetzten Chargen würden die indischen Regimenter sofort in einer Weise demoralisieren, daß sie eher eine Gefahr als eine Verstärkung für die Gesamtmacht bildeten. Unter Berücksichtigung aller Umstände urteilte der in China verstorbene Graf York von Wartenburg, daß die Engländer aus ihren indischen Beständen nicht mehr als 25—30 000 Mann europäischer Feldtruppen an den entscheidenden Punkten einer russischen Invasionsarmee würden entgegenstellen können. Dem gegenüber könnten es die Russen ruhig wagen, in gleicher oder doch nicht wesentlich überlegener Stärke am Indus, oder wo sich die Engländer ihnen sonst entgegenstellen würden, zu erscheinen. Wenn die russische Armeeleitung die ihr zur Verfügung stehenden Etappenstraßen benutzt, die richtige Jahreszeit für den Beginn des Krieges wählt und die äußersten Anstrengungen für die Be-

schaffung des nötigen Transportmaterials macht, so kann sie nach Lage der Dinge hoffen, von ihrer Operationsbasis an der Nordgrenze Afghanistans aus 2—2½ kriegsstarke Armeekorps gleichzeitig vorwärts zu bewegen. Ihre Vormarschstraßen gehen von Turkestan aus westwärts über Herat, ostwärts unter Benutzung der Bamianpässe über die Ketten des Hindukusch, auf Kabul zu. Angenommen selbst, daß Herat gleich nach Beginn der Operation von der Eisenbahn erreicht wird, für deren Fortführung bis zu jenem Platz an der Grenzstation Kuschka schon jetzt alles Material aufgehäuft liegt, so würde dann doch noch bis Kabul eine fast 800 Klm. lange Marschstrecke vorliegen, auf der Proviant, Fourage und aller sonstige Heeresstroß im wesentlichen auf die Fortschaffung mittelst Tragetieren angewiesen wären. Das äußerste, was für die Fahrbarmachung der Route geleistet werden könnte, freilich auch unbedingt geleistet werden müßte, wäre die Schaffung der Transportmöglichkeit für Artillerie. Unter diesen Umständen ist ein Armeekorps die höchstmögliche Ziffer, die auf einer solchen Straße zum Vormarsch angesetzt werden kann. Dasselbe gilt für den Marsch über die Bamianpässe, wo der Weg von der russischen Grenze nach Herat in der Luftlinie allerdings näher, aber durch die Natur des breiten zu passierenden Hochgebirges gegen die Straße von Herat im Tal des Herirud sehr erschwert ist. Nehmen wir noch an, daß einige Tausend Mann auf dem äußersten linken Flügel über das Pamirgebiet auf Tschitral und Gilgit, weniger zu einem ernsten Angriff als zur Belästigung der rechten Flanke der Engländer, angesetzt werden und daß 15—20 000 Mann auf dem äußersten rechten Flügel den weiten und von außerordentlichen Verpflegungsschwierigkeiten bedrohten Vormarsch durch das persische Sejistan auf Kandahar antreten, nehmen wir weiter an, daß es allen diesen Heeresteilen während der für kriegerische Operationen verfügbaren Jahreszeit gelingt, ihre vorgeschriebenen Operationsziele: Kabul, Kandahar, Tschitral, zu erreichen und untereinander die Fühlung herzustellen, so haben die Russen das äußerste geleistet, was normalerweise als im Bereich des Möglichen und Wahrscheinlichen liegend angenommen werden darf. Während die schwächeren Truppenkörper auf dem rechten und linken Flügel wesentlich dazu dienen

würden, einen Teil der englischen Verteidigungskräfte zu absorbieren, stände dann die Hauptarmee von Kabul aus zu einem Vorstoß gegen den Indus bereit. Ihre mobile Höchststärke wäre nach Abzug aller derjenigen Teile, die zur Besatzung der eingenommenen Punkte und zur Sicherung der rückwärtigen Verbindungen unumgänglich erforderlich sind, auf 30—40 000 Mann zu veranschlagen. 30 bis 40 000 Kombattanten sind aber für den Angriff auf Indien zu wenig. Sie würden wahrscheinlich genügen, um die indische Armee, Engländer wie Eingeborene, zu schlagen, aber sie könnten es mit den mittlerweile aus England herankommenden Verstärkungen nicht mehr aufnehmen. Hierzu kommt, daß die Russen doch wahrscheinlich, sei es am Indus, sei es bei Kabul oder beim Hervortreten aus dem Chaiberpasse, nicht nur englische und indische, sondern auch japanische Regimenter vor sich sehen würden.

Diese Erwägungen werden hinreichen, um darzutun, daß Rußland einen Angriff auf Indien in einem einzigen Jahresfeldzuge überhaupt nicht durchzuführen in der Lage ist, daß es sich vielmehr erst mindestens das ganze nördliche Afghanistan als Operationsbasis einrichten muß. Erst wenn diese Basis vom Amu-Darja und von Herat nach Kabul und Kandahar verlegt ist, wenn Afghanistan sicher in russischer Gewalt ist, wenn gebesserte Heerstraßen, womöglich in den ebenen Teilen Feldbahnen, die rückwärtigen Verbindungen sichern, mit einem Wort, wenn in Kabul eine Operationsarmee von 150 000—200 000 Mann versammelt steht und ihre Verpflegung gesichert ist, dann erst muß Englands Herrschaft in Indien als wirklich schwer bedroht erscheinen. Das bedeutet aber für Rußland die Notwendigkeit einer Kriegsdauer von mehreren Jahren — ein Fall also, der für die Russen auf absehbare Zeit hinaus unter keinerlei Umständen in Betracht kommt.

Einstweilen bildet also die Schwäche Rußlands auf jeden Fall eine sehr starke Versicherung für den faktischen Bestand der englischen Macht in Indien, und weit entfernt den indischen Besitz als einen über kurz oder lang verlorenen Posten zu behandeln, sucht vielmehr die gegenwärtige englische Politik, d. h. die Politik Eduards VII., Indien als Basis für eine außerordentlich weittragende, politisch wie wirtschaftlich in gleicher Weise zu beachtende

Erweiterung der ſüdaſiatiſch-afrikaniſchen Machtſphäre Englands zu benutzen. Der Vater des wahrhaft grandioſen Gedankens, um den es ſich hierbei handelt, iſt der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon. Zunächſt wird es von Intereſſe ſein, das Bild kennen zu lernen, in dem dieſer bedeutendſte Kopf, den England bis zum Regierungsantritt Eduards VII. für die Politik des ſogenannten „mittleren Oſtens" beſaß, die indiſchen Dinge und was damit zuſammenhängt, ſich und anderen vor Augen malt. Am 25. März 1903 hielt Lord Curzon bei der Beratung der indiſchen Budgets eine Rede, die damals außerordentliches Aufſehen erregte und mit Recht als ein politiſches Bekenntnis gedeutet wurde. Der Vizekönig ging von einem Vergleich der Lage Indiens im Jahre 1857, nach der Bewältigung des großen Eingeborenenaufſtandes, mit dem derzeitigen Stande der Dinge aus. Damals, ſagte er, „war Indien auf der Landſeite nicht weniger vor dem Einfluß aller europäiſchen Mächte geſichert als auf der Seeſeite. Der große Vormarſch Rußlands nach dem Oſten und Süden hatte kaum begonnen, und ſeine äußerſten Grenzen waren noch durch Hunderte von Meilen von Nordoſtperſien, von Afghaniſtan, vom Pamir und von dem Gelben Meere getrennt. Frankreich hatte ſich noch nicht in Indochina feſtgeſetzt, und Deutſchland war ein loſer Staatenbund, der ſoeben die wenigen Kriegsſchiffe, die er beſaß, per Auktion verſteigert hatte. Heute dagegen liegen ganz Nordperſien, die perſiſche Hauptſtand und der perſiſche Hof in leicht erreichbarer Nähe der ruſſiſchen Grenzen und ſind ruſſiſchem Willen vollſtändig untertan. Rußland geht Hand in Hand mit Afghaniſtan und abſorbiert mit Leichtigkeit und Sicherheit Chineſiſch-Turkeſtan und die Mongolei, wie es die Mandſchurei abſorbiert hat. Frankreich hat ein ausgedehntes Reich in Indochina gegründet, von dort aus bereits die Grenzen von Birma erreicht und arbeitet ſich mit Beharrlichkeit nordwärts nach China hinein. Deutſchland hat ſich bisher im mittleren Oſten noch nicht feſtgeſetzt, beabſichtigt dies aber in Meſopotamien auf ökonomiſchem Wege zu tun, mit unausbleiblichen politiſchen Folgen, und fordert uns auf, ihm dazu behilflich zu ſein! Im Perſiſchen Golf ſelbſt haben die Türkei und Perſien infolge britiſcher Gleichgültigkeit oder Torheit eine Autorität erlangt und zwar mit engliſchem

Einverſtändnis und engliſcher Hilfe, die ſie zum Nachteil Englands ausnutzen, und die den Rivalen Englands, welche hinter ihnen ſtehen, eine ſelten gebotene Gelegenheit zum Intriguieren bieten. England iſt noch immer das größte Handelsvolk des Oſtens; aber das Monopol, welches es vor einem halben Jahrhundert beſaß, beſteht nicht mehr, und der Handel, den es noch beſitzt, wird nicht durch den ehrlichen Wettbewerb ausländiſcher Kaufleute, ſondern durch offene und heimliche Rivalität mächtiger Staaten bedroht."

So alſo ſtellte ſich einem führenden und verantwortlichen engliſchen Politiker in der Zeit zwiſchen dem Ende des ſüdafrikaniſchen und dem Ausbruch des ruſſiſch-japaniſchen Krieges die „anglo-indiſche" Situation dar. Wir werden ſogleich noch deutlicher ſehen, wohin dieſe Auffaſſung der Dinge abzielt, wenn wir uns mit einer zweiten Rede beſchäftigen, die gleichfalls eine der bedeutendſten Perſönlichkeiten des gegenwärtigen Englands an demſelben Tage, an dem Lord Curzon ſeine indiſche Budgetrede vortrug, an einer anderen Stelle des britiſchen Weltreichs, in der Geographiſchen Geſellſchaft in Kairo, gehalten hat: einem Vortrage des Erbauers der großen Nilſperre von Aſſuan und früheren Generaldirektors der ägyptiſchen Bewäſſerungswerke, Willcox.

Willcox ſtellte den fundamentalen Grundſatz auf, daß im Gebiet der alten Bewäſſerungskultur, d. h. in erſter Linie im babyloniſchen Alluviallande am Unterlauf des Euphrat und Tigris, das Bagdadbahnunternehmen notwendig zuſammen gedacht werden müſſe mit der Wiederherſtellung des antiken Kanalſyſtems. Er betitelte ſeinen Vortrag: The Restoration of the Ancient Irrigation Works on the Tigris, or the Restoration of the Chaldea, und berechnete darin, daß in der Umgegend von Bagdad ſelbſt über eine Million Hektar Land, davon die Hälfte erſtklaſſiger Qualität, alſo ein Gebiet von der Größe des geſamten ägyptiſchen Deltas, das bekanntlich ca. 6 Millionen Einwohner hat, mit einem Koſtenaufwand von 15—20 Mill. Pfund Sterl. wieder kulturfähig gemacht werden können und daß ſich die darauf angelegten Kapitalien vorausſichtlich mit 25% jährlich verzinſen würden! Ich ſelbſt hatte ähnliche Ausführungen ſchon vor mehreren Jahren nach meiner Rückkehr aus dem Bagdadgebiet in den Preußiſchen Jahrbüchern und danach

in einer besonderen Arbeit über die Bagdadbahn gemacht und zu wiederholten Malen auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß von deutscher Seite so schnell wie möglich die nötigen Vorstudien angestellt werden sollten, damit wir, bevor die Bahn selbst es jedermann ermöglichen würde, sich der Sache anzunehmen, im vorzugsweisen Besitz dieses Materials seien. Nun stellte sich anläßlich der Willcoxschen Arbeit heraus, daß man auf anglo-indischer Seite schon lange sehr genaue Aufnahmen des wichtigsten der altbabylonischen Kanalsystems, des Nahrwangebietes, besaß. Willcox publizierte diese vorläufigen Aufnahmen samt einer Anzahl noch spezillerer Pläne und Aufrisse und schloß daran eine lebhafte Aufforderung an seine Landsleute, sich auf jeden Fall die Vorhand in diesem ganzen Zukunftsgebiet zu sichern. Ausdrücklich stellte er Deutsche und Engländer als Konkurrenten um diese Landstriche einander gegenüber. „Es gibt eine Ueberlieferung von alten Zeiten her", schreibt er, „daß Männer von Osten kamen und eine Wohnstätte im Lande Sinear (Babylonien) fanden. Unsere moderne Welt blickt nach Westen als auf die Norm für Kolonisation und Kolonialentwickelung; aber hier in Mesopotamien sind wir nicht in des weißen Mannes Land, und es ist weit wahrscheinlicher, daß die Menschen, die dieses alte Land wiederum bevölkern und erneuern sollten, von Osten kommen werden als von Westen! Die Bagdadeisenbahn wird diese Gebiete durchschneiden; ihre Schienen werden an den Ufern des wiederhergestellten Nihrawankanals gelegt werden; Leben und Wohlstand werden in diesem Land der großen Wechselfälle wiedergesehen werden. Soll der Kanal mit britischem Kapital gebaut werden, das seine Hände vom Persischen Golf her ausstreckt, oder von deutschem Kapital, das von Westen kommt? Soll es der Kanal Kaisar-i-Hind oder der Kanal Kaisar-il-Almaigna werden? Der Bau dieser großen Kanäle wird entlang der Linie der Eisenbahn ein Land so reich wie Aegypten schaffen, dessen Ertrag beides, die Kosten der Bahn und der Kanäle, decken und noch einen Ueberschuß geben wird. Freilich werden den nur Leute in Wirklichkeit umsetzen können, die aus eigener intimer Erfahrung wissen, was ägyptischer Ackerbau ist! Arbeiter von Indien und vielleicht von Aegypten werden die Kanäle graben und Wehre und Regulatoren

bauen und werden ſich dann zu Millionen niederlaſſen, um dieſe Länder zukünftiger Macht und zukünftigen Reichtums in Beſitz zu nehmen und zu kultivieren, als ob ſie ein zweites Pendſchab oder ein zweites Aegypten wären!"

An die Ausmalung dieſes Zukunftsbildes, das Alt-Babylonien kurzerhand ſamt dem ganzen Gebiet des Perſiſchen Golfes in ein Nebenland Indiens verwandelt, knüpfte Willcox den Aufruf, es möge ſofort von England aus eine techniſche Expedition in die Landſchaften um Bagdad geſchickt werden, um ungeſäumt an Ort und Stelle mit Vermeſſungen, Bohrungen, Lotungen, Anfertigung von Strömungstabellen, Waſſeranalyſen, Bodenerprobungen uſw. die Grundlagen für einen genauen Plan ſämtlicher zur Wiederherſtellung des alten Bewäſſerungsſyſtems erforderlichen Arbeiten inkluſive Koſtenanſchläge zu ſchaffen! Dergleichen iſt von engliſcher Seite groß und bewundernswert gedacht. Babylonien für England ein zweites Pendſchab oder ein zweites Aegypten — wahrhaftig ein Gedanke, würdig eines Cecil Rhodes, Curzon, Chamberlain! Man kann angeſichts ſolcher Erfahrungen nur immer von neuem zu dem Schluß kommen: Wenn uns jemand ein Werk wie die Bagdadbahn jetzt im Augenblick fertig hinſtellte, ſo wäre das nicht ein Geſchenk für uns, ſondern für Engländer, Franzoſen uſw., weil dieſe Völker vermöge ihres altgewohnten weiteren Blicks in überſeeiſchen Dingen und ihrer raſcheren Bereitwilligkeit, ſei es aus privater, ſei es aus öffentlicher Quelle Mittel für die Vorbereitungsarbeit wie auch immer gearteter nationaler Expanſion herzugeben, uns ſo unvergleichlich weit voraus ſind. Zu dieſer Art von Vorbereitungsarbeit gehört es in gewiſſem Sinne auch, wenn die öffentliche Meinung in England Gebiete, in denen ſtarke engliſche Handelsintereſſen vorliegen, jederzeit auch als politiſche Intereſſenſphäre zu reklamieren bereit iſt. Man pflegt dann den Begriff der „Kontrolle" aller wichtigeren Beziehungen innerhalb eines ſolchen Gebietes einzuführen. So war es bis zum Ausbruch der letzten großen Unruhen in China bei den engliſchen Imperialiſten eine feſtſtehende Annahme, daß das ſogenannte Jangtſebaſſin eine britiſche „Intereſſenſphäre" und über kurz oder lang zur Angliederung in irgend einer Form an das engliſche Weltreich beſtimmt ſei. In der Aus-

legung, die man dem Begriff des Jangtſebeckens auf engliſcher Seite dabei gab, bedeutet dieſer Gedanke nicht weniger als einen Anſpruch auf rund zwei Drittel des eigentlichen China. Lord Beresford, der unermüdlichſte und einflußreichſte Agitator für britiſche Intereſſen und britiſche Machtſtellung in China, hat ausdrücklich betont, wenn vom Baſſin des Jangtſekiang die Rede ſei, ſo müſſe darunter alles Land verſtanden werden, durch das ſowohl der große Strom ſelber als auch ſeine Zuflüſſe rinnen. Dem Flächenraum nach kommt das etwa auf die Hälfte, der Einwohnerzahl und dem Reichtum nach aber faſt auf drei Viertel Chinas (die ſogenannten Nebenländer natürlich abgerechnet) hinaus. Engliſche Kartenzeichner machten und machen ſich jetzt noch auch öfters das Vergnügen, auf Karten von Aſien das Wort „Jangtſebaſſin" mit großen Buchſtaben in dem traditionellen Rot, das den engliſchen Beſitz andeutet, quer durch ganz Mittel- und Südchina zu ſchreiben!

Was Männer wie Lord Curzon und Willcox mit ihren Reden über die Sicherung Indiens und über die Beſiedlung des Bagdadgebiets mit indiſchen und ägyptiſchen Bauern meinten, das darf nicht, wie es leider auch in politiſch ſonſt unterrichteten Kreiſen in Deutſchland geſchehen iſt, als gelegentliche Phantaſie oder als eine unverbindliche Ideenaſſoziation betrachtet werden. Es iſt mehr als das, viel mehr. Das größte Ziel der heutigen von Eduard VII. geführten Politik Englands iſt die Herſtellung einer Verbindung zwiſchen Aegypten und Indien. Dazu braucht England die Herrſchaft über Arabien, Südperſien und das Land am unteren Euphrat und Tigris — das türkiſche Vilajet von Bagdad. Wenn wir richtig ſehen, ſo bildet dieſer rieſenhafte Plan, ein geſchloſſenes britiſches Reich zu errichten, das ſich vom Nil, vom öſtlichen Sudan und vom Viktoria-Nyanſa über Arabien, Meſopotamien, Südperſien, Afghaniſtan und Indien bis an die Straße von Malakka erſtrecken, und das mit Südafrika und Auſtralien zuſammen den Indiſchen Ozean zu einem engliſchen Binnenmeer machen ſoll, die leitende Idee, die ſich durch alle Handlungen der engliſchen Politik ſeit der Beendigung des Krieges in Südafrika hindurchzieht. Dieſe Politik bedeutet in ihrer radikalen Abſchwenkung von der früher bevorzugten „splendid isolation" einen überaus merkwürdigen Wechſel,

für den notwendig ein ſchwerwiegender Grund vorliegen muß. Eine Politik von ſo ausgeſprochenem Bündnischarakter wie die Eduards VII. ſeit 1902 kann nach allen Geſetzen der hiſtoriſch-pſychologiſchen Erfahrung für eine Großmacht nur entweder das Bewußtſein einer ſtarken Gefährdung ihrer beſonderen Intereſſen durch fremde Mächte und Koalitionen bedeuten, oder den Wunſch nach Ausdehnung ihrer eigenen Intereſſenſphäre gegen den vorauszuſehenden Widerſtand und auf Koſten Dritter. Ein Beiſpiel für den erſteren Fall ſahen wir in der Lage Deutſchlands in den erſten Jahrzehnten nach 1870. Damals, nachdem Oeſterreich-Ungarn und Frankreich beſiegt und die öffentliche Meinung in Rußland durch die Ergebniſſe des Berliner Kongreſſes gegen Deutſchland gereizt war, erſchien als eine ſtets drohende Gefahr für Deutſchland die Wiederholung der „Konſtellation des ſiebenjährigen Krieges", d. h. das Bündnis zwiſchen Rußland, Frankreich und Oeſterreich. Aus dieſer Situation der Notwendigkeit, den Frankfurter Frieden gegen den Verſuch einer gewaltſamen Reviſion zu ſchützen, ergab ſich die Politik Deutſchlands während der Bismarckſchen Epoche im Dreibund und im Rückverſicherungsvertrag mit Rußland. Wenn man nun aber die gegenwärtige Lage Englands mit derjenigen Deutſchlands während der Epoche der Gründung des Dreibundes und des ruſſiſchen Rückverſicherungsvertrages vergleicht, ſo ergibt ſich, daß offenbar an keinem einzigen Punkte eine Aehnlichkeit beſteht und daß es daher ſchwer iſt, der durch König Eduard VII. ins Werk geſetzten engliſchen Bündnispolitik einen ähnlichen, rein defenſiven Zweck zuzuſchreiben, wie derjenigen Deutſchlands nach 1871.

Vergegenwärtigen wir uns die internationale Situation Großbritanniens nach der Thronbeſteigung König Eduards und der Beendigung des Burenkrieges, ſo ſehen wir, daß der einzige dunkle Punkt an ſeinem Horizont die Gefahr eines Zuſammenſtoßes mit Rußland an der indiſchen Nordweſtgrenze war. Die Ueberſchätzung der kriegeriſchen Kraft Rußlands in Aſien war damals auf engliſcher Seite nicht geringer, als anderswo in Europa, und obwohl auf den Schlachtfeldern der Krim ruſſiſche Armeen unter Mitwirkung britiſcher Truppen beſiegt worden waren, ſo wirkten auf der anderen Seite doch die Erinnerung an das Zurückweichen von 1885 in Afgha-

niſtan nach dem Gefecht am Kuſchk und die notoriſchen Verſuche Rußlands, auf dem Umwege über den Buddhismus ſeiner aſiatiſchen Untertanen in Tibet Fuß zu faſſen, als ſtete Aufforderung, eine Aenderung der Lage im mittleren Orient zugunſten Englands anzuſtreben. Auch die Abſicht auf den Erwerb eines Hafens an der perſiſchen Südküſte, Tſchahbar oder Bender-Abbas, die in der ruſſiſchen Preſſe unverhohlen geäußert wurde und durch die intenſive Tätigkeit der politiſchen Agenten Rußlands in Südperſien beſtätigt zu werden ſchien, bildete zweifellos eine ſtarke Unbequemlichkeit für England, und gerade dieſe ſüdperſiſche Frage, die von Anfang an ein Gegenſtand beſonderen Drängens Lord Curzons ausmachte, iſt aus jenem beſonderen Grunde in den letzten Jahren der wichtigſte Gegenſtand für die Beſorgniſſe Englands im mittleren Oſten geweſen. In dieſer Lage begegneten ſich die Entſchloſſenheit der führenden politiſchen Kreiſe Japans, ſobald ſich nach dem Frieden von Schimonoſeki die Möglichkeit darbieten würde, mit Rußland den Krieg um Korea und um die Vormachtſtellung im Gelben Meer zu beginnen, und die Beſorgniſſe Englands wegen Perſien und Afghaniſtan in der ausgeſprochenſten Weiſe. Der Bündnisvertrag zwiſchen England und Japan vom 30. Januar 1902 war das erſte Dokument darüber, daß die beiden Staaten ſich für den Fall des von England an der indiſchen Grenze gefürchteten, von Japan in Oſtaſien gewünſchten und geplanten kriegeriſchen Zuſammenſtoßes mit Rußland über ihre gemeinſamen Intereſſen verſtändigt hatten. Dieſes Bündnis mit Japan entſprach ſo ſehr einem wirklichen politiſchen Bedürfnis der engliſchen Nation, daß es vermutlich nur deshalb nicht früher zuſtande gekommen iſt, weil Japan vor ſeinem Abſchluß in Wirklichkeit kriegsbereit ſein mußte. Nachdem aber dieſe Bereitſchaft perfekt war, erſchien England in ſeiner verwundbaren aſiatiſchen Flanke genügend gedeckt, und da ihm die wirklichen Abſichten ſeines aſiatiſchen Verbündeten zweifellos bekannt waren, ſo konnte es mit Ruhe der Weiterentwickelung der Verhältniſſe entgegenſehen. Dieſe Weiterentwickelung trat vollkommen in der zwiſchen beiden Verbündeten vorausgeſehenen Weiſe ein. Japan nahm den Krieg mit Rußland auf und erreichte ſein Ziel. Mit der Uebergabe von Port Arthur an die Japaner war in Wirklichkeit auch der Platz, der das

russische Port Arthur vor den Toren Indiens werden sollte, der Hafen von Tschahbar an der Südküste von Persien, vor dem Eingang in die Straße von Ormus, verloren. Der russisch-englische Vertrag über Persien, der Süd-Persien und die Kontrolle über den Persischen Golf den Engländern zuspricht, hat die Bescheinigung dafür gebildet, daß das englisch-japanische Bündnis an diesem Stück geleistet hatte, was es leisten sollte.

Das Bündnis mit Japan schloß Eduard VII. im Januar 1902. Im April 1904 folgte das Abkommen mit Frankreich über Marokko und Aegypten, das sich alsbald immer deutlicher als die Besiegelung eines weitgehenden politischen Einverständnisses enthüllte. Die Preisgabe Marokkos an Frankreich als Entgelt für den Verzicht der französischen Regierung, in den ägyptischen Angelegenheiten fernerhin ihre Stimme zu erheben, konnte daher keinen Kenner der politischen Verhältnisse darüber täuschen, daß es sich zwischen Frankreich und England in Wirklichkeit um ein Einverständnis über wichtigere Dinge handeln mußte, als über Marokko und Aegypten. Welchen Grund hatte England sonst, um an Frankreich für die bloße formelle Anerkennung eines Zustandes, mit dem diese Nation sich innerlich lange abgefunden hatte und zu dessen Aenderung sie über gar keine Mittel verfügte, einen so bedeutenden Preis zu zahlen? An keinem Punkt der englischen politischen Interessensphäre bestand eine Gefährdung so ernster Natur, daß sie zu Bündnisverträgen nötigte, die in jedem Falle nicht nur dem Partner Englands, sondern auch England selbst Verpflichtungen auferlegten. Der Mangel einer internationalen Legitimierung der englischen Okkupation in Aegypten über den ursprünglich angegebenen Zeitpunkt hinaus drückte England in keiner Weise, da niemand imstande oder willens war, einen Einspruch geltend zu machen. Außerdem ließ der Umfang der Forderungen, die Frankreich auf Grund des vorher mit England geschlossenen Einverständnisses aufstellte, klar erkennen, daß es trotz des vorsichtigen Wortlautes, in den der englisch-französische Vertrag gekleidet erschien, in Wirklichkeit auf ein französisches Protektorat über Marokko und damit auf eine Einbeziehung Marokkos in die politische wie in die wirtschaftliche Interessensphäre Frankreichs abgesehen war. Es ist bekannt, wie sich die deutsche Politik

gegen dieſe Vergewaltigung zu wehren ſuchte. Die Kaiſerreiſe nach Tanger und die Durſetzung der Konferenz von Algeciras bezeichnen, daß es uns doch gelang, eine vollſtändige formelle Genugtuung und eine teilweiſe Berückſichtigung unſerer materiellen Intereſſen wenigſtens nachträglich zu erreichen.

Iſt England damals zwiſchen Tanger und Algeciras bereit geweſen, auf das Delcaſſéſche Spiel mit dem Feuer einzugehen, falls ſich daran der Kriegsbrand zwiſchen Deutſchland und Frankreich wirklich entzündete? Man wird die Antwort auf dieſe Frage nicht eher geben können, als bis man ſich darüber klar geworden iſt, ob die Beſchäftigung Deutſchlands durch einen franzöſiſchen Krieg für ausreichend gehalten werden durfte, um England die Durchführung ſeiner aſiatiſchen Pläne ohne Rückſicht darauf zu ermöglichen, ob und welche Lebensintereſſen Deutſchlands dabei verletzt würden.

Auch nach dem Abſchluß mit Frankreich und nach der Niederlage Rußlands im oſtaſiatiſchen Kriege ſehen wir den König von England ſeine Bündnispolitik fortſetzen, und je länger deſto deutlicher ſehen wir, daß ſie den Charakter der „Einkreiſung" Deutſchlands annimmt. Da jetzt nirgends mehr auch nur der Schein einer Gefährdung Englands vorlag, und eine Politik der gegenſeitigen Bündniſſe oder Einverſtändniſſe, d. h. der Präziſierungen und Verpflichtungen, bloß um der Verpflichtungen willen und allein zu dem Zweck der Vervollſtändigung eines ideellen politiſchen Schemas von einer ſo praktiſchen Regierung wie der engliſchen nicht wohl angenommen werden konnte, ſo fragte ſich jedermann naturgemäß nach dem Ziele, welches die Politik verfolgte. Schon lange vor dem Abſchluß des jetzigen Vertrages mit Rußland war es bekannt, daß das Londoner Kabinett auch mit der ruſſiſchen Regierung über die Regelung der ſchwebenden Fragen in Aſien verhandelte, und ſo verblieben nach der Einbeziehung Japans, Frankreichs, Italiens und Spaniens in das Syſtem der Verträge nur noch Deutſchland, Oeſterreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten außerhalb dieſes Ringes. Von den Vereinigten Staaten iſt es bekannt, daß ſie keine auswärtigen Bündniſſe abſchließen und daß es für die Beeinfluſſung ihrer politiſchen Haltung vor allen Dingen auf die Beeinfluſſung

ihrer öffentlichen Meinung durch die Presse ankommt. Die Methoden, die von englischer Seite für diesen Zweck angewandt werden, sind ebenso wirksam wie bekannt, und sie machen, wenn auch nicht in jedem Falle der politischen Moral, so doch dem politischen Verständnis und dem praktischen Geschick der englischen Publizistik alle Ehre. Was Oesterreich-Ungarn angeht, so weiß man, daß der Temperatur des amtlichen Verkehrs zwischen beiden Regierungen früher eine gewisse Wärmeschattierung eigen war, und auch daß Oesterreich-Ungarn vom Krimkrieg her als Gegenspieler Rußlands in den Fragen des nahen Orients der Partner Englands gewesen ist. Gegenwärtig allerdings ist für England sein Verhältnis zu Wien die Frage des Verhältnisses zwischen Wien und Berlin, wie wir das im weiteren Verlauf dieser Darlegungen noch genauer sehen werden. Es bleibt also Deutschland als eigentliches Objekt der Bündnispolitik übrig.

Derjenige Punkt, an dem die öffentliche Meinung Englands mit der größten Entschiedenheit eine Gefährdung der britischen Interessen durch die deutsche Politik behauptet, ist bekanntlich das sogenannte Bagdadbahnprojekt. Deutschland hat aber an der Bagdadbahn nur soweit ein Interesse, als dabei das Prinzip der politischen Integrität der Türkei nicht nur nicht verletzt wird, sondern jene vielmehr eine ausgesprochene Kräftigung in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung davonträgt. Ohne dieses Ergebnis einer Stärkung der türkischen Unabhängigkeits- und Regenerationskraft würde der Bau der Bagdadbahn den deutschen Interessen durchaus widersprechen. Hierüber wird im Schlußkapitel dieser Arbeit noch ausführlicher zu handeln sein. Für England aber bedeutet eine nicht-englische Bagdadbahn — gleichgültig, ob sie die Türkei selbst im Gebiet von Bagdad (aber auch in Syrien und an der ägyptischen Grenze!) wehrkräftig macht, oder ob sie eine fremde Macht an die Stelle bringt — auf jeden Fall die Gefahr einer Durchschneidung des von Afrika und Aegypten durch Arabien und Südpersien nach Indien verlaufenden britischen Interessengebiets. Es ist hierfür sehr bezeichnend, daß in England das Gefühl der Befreiung mit Rücksicht auf den Verzicht der russischen Regierung in Südpersien merklich höher eingeschätzt wurde, als die Befriedigung darüber,

daß Rußland ſich in Afghaniſtan und Tibet zur Anerkennung des status quo verpflichtete. Auch darf an die ſtarke und auffallende Beunruhigung der engliſchen Politik erinnert werden, die 1905 eintrat, als die Türkei den Ort Taaba am Meerbuſen von Akaba beſetzt hatte und der Bau einer Abzweigung der Hedſchasbahn von Maan nach Akaba oder Taaba, d. h. eine Umgehung des Suezkanals und zugleich eine Durchſchneidung jener indo-ägyptiſchen transverſalen Verbindungszone durch einen fremden Bahnbau, in Frage ſtand. Unter dieſem Geſichtspunkt iſt die Hedſchasbahn überhaupt eine Unannehmlichkeit für England, aber, nachdem die Türkei gezwungen worden iſt, auf die Zweiglinie nach Akaba zu verzichten, bleibt die Bahn, auch wo ſie am nächſten an das Rote Meer herantritt, noch durch eine über hundert Kilometer breite Felswüſte von der See getrennt und daher für England relativ unſchädlich.

Deutſchland verfolgt alſo mit dem Bagdadbahn-Projekt, von den für uns zu erwartenden wirtſchaftlichen Folgen abgeſehen, das Ziel einer militäriſchen und finanziellen Kräftigung der Türkei. England aber will türkiſches Gebiet am Euphrat und Tigris in ſeine große ſüdaſiatiſche Intereſſenſphäre einbeziehen. Um das zu erreichen, hat es ſogar Rußland allem Anſchein nach eine bedeutſame Kompenſation in der Orientpolitik bewilligt. Warum hat Rußland das Abkommen über den mittleren Oſten geſchloſſen? Seine Poſition verſchlechterte ſich ja um nichts, wenn es vermied, eine ſolche offizielle Quittung darüber auszuſtellen, daß es in dem Spiel mit England diesmal der Beſiegte war! Alſo liegt es auf der Hand, daß England einen Preis für das Abkommen bezahlt hat, und da in den bekanntgegebenen Abmachungen des Vertrages kein ſolcher Preis zu finden iſt, ſo wird ein weiteres, nicht veröffentlichtes Einverſtändnis zwiſchen den beiden Parteien exiſtieren. Auf welchem Gebiet es liegt, das iſt auch ohne die bekannte Aeußerung des Königs von Rumänien bald nach dem Abſchluß des Vertrages, daß nun möglicherweiſe eine Wiederaufnahme der ruſſiſchen Aktion im türkiſchen Orient bevorſtünde, nicht ſo ſchwer zu ſagen, und es leuchtet um ſo eher ein, je klarer man ſich überlegt, daß König Eduard über die tatſächliche Aktionsunfähigkeit Rußlands wahrſcheinlich genauer unterrichtet ſein wird, als irgend eine andere Stelle.

Darf man also annehmen, daß die englische Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland gar nicht den Zweck verfolgt hat, einen Angriff auf Deutschland vorzubereiten, sondern vielmehr den, für den Moment des englischen Zugreifens im Bagdadgebiet und sonst in Südasien oder im „mittleren Osten" eine solche Konstellation der Mächte zu schaffen, daß Deutschland nirgend einen Partner für das gegen England aufzunehmende Spiel findet und so die Partie von vornherein verloren geben muß? Die Antwort auf diese Frage wird zum Teil davon abhängen, ob die englische Politik von vornherein bereit und willens ist, mit der Erreichung ihrer Ziele in Asien sich zufrieden zu geben, oder ob es ihr darüber hinaus notwendig erscheint, zur Sicherung einer politischen und wirtschaftlichen Machtsphäre von hinreichender Größe, um der englischen Nation Leben und Wohlstand zu gewährleisten, die weltpolitische und weltwirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands überhaupt zu beseitigen. An sich ist es ja selbstverständlich, daß die Engländer, solange sie glauben, darauf rechnen zu können, daß sie sich auf dem Wege des friedlichen, wenn auch im übrigen noch so scharfen und in seinen Mitteln unbedenklichen Wettbewerbes trotz aller anderen Nationen einen ausreichenden Anteil am Weltmarkt sichern können, den Krieg lieber werden vermeiden wollen, weil er auch für sie geschäftlich wie politisch in jedem Falle ein immenses Risiko bedeutet. Kommen sie aber zur Ueberzeugung, daß ihr Handel, auf dem ja für sie die nationale Existenzmöglichkeit einstweilen in noch viel höherem Grade beruht, als für uns, unter dem Druck der fremden und namentlich der deutschen Konkurrenz wirklich in eine rückläufige Entwickelung eintritt, d. h. anfängt, auf den Kopf der — wachsenden — Bevölkerung Englands geringere Erträge zu liefern, während der Gewinn des wirtschaftlichen Gegners entsprechend steigt, dann allerdings würde es der englischen Politik die einfache Rücksicht auf nationale Selbsterhaltung gebieten, falls sich durchaus keine anderen Mittel finden, auf unsere kriegerische Vernichtung bedacht zu sein. Das Ziel solcher Vernichtungspolitik wäre natürlich unser Ueberseehandel, und es wäre im wesent-

lichen Streich, wenn die deutsche Handelsflotte zerstört ist und die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Auslande auf so lange hinaus unterbrochen sind, daß sich währenddessen der englische Handel wieder an ihre Stelle setzen kann. Beides wäre miteinander gegeben.

So leicht und bereitwillig nun auch ein gewisser Teil der englischen Presse den Gedanken eines Präventivkrieges gegen Deutschland, bevor es erst zu einer ernsthaften Erschütterung der britischen Handelsmacht gekommen sei, auch erörtern mag — dem verantwortlichen Politiker erscheint ein solcher Entschluß natürlich ungleich schwieriger. Vor allen Dingen kompliziert er sich für jeden englischen Staatsmann, der die Lage so übersieht, wie sie wirklich ist, nicht wie sie sich dem populären Imperialismus und Jingoismus darstellt, durch die Erwägung, *daß die größere Gefahr für England in Zukunft sicher nicht von der deutschen, sondern von der amerikanischen Seite her droht.* Gegenwärtig erscheint die amerikanische Industrie nicht nur als eine gefährliche Konkurrentin der europäischen in fremden Erdteilen, sondern ihre Erzeugnisse dringen auch in steigendem Maße auf dem europäischen Markte selber ein. Bei weitem am auffallendsten ist das in England. Auch abgesehen von den gewaltigen Massen industrieller Rohstoffe, vor allen Dingen der Baumwolle, die England aus den Vereinigten Staaten bezieht, nimmt die Lieferung amerikanischer Waren, und zwar industrieller *Fertigfabrikate*, nach England fortgesetzt zu, bei gleichzeitiger Abnahme der amerikanischen Käufe in England. Das geht so weit, daß amerikanische Beobachter, die sich mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihrem Vaterlande und Großbritannien eingehend beschäftigt haben, direkt von einem „Zurückbleiben" Englands in der industriellen Entwickelung der Welt sprechen. Auch bei uns in Deutschland und in England selbst sind ähnliche Stimmen laut geworden, und man hat auch versucht, die Gründe für dieses Zurückbleiben des englischen Industrialismus aufzusuchen: in dem angeblichen Bestreben der englischen Arbeitergewerkvereine, die tägliche Leistung des Industriearbeiters herabzusetzen, in ihrer Abneigung gegen Arbeit sparende Maschinen usw. Indes müssen diese Fragen hier auf sich beruhen bleiben; die „Amerikanisierung" des englischen Marktes ist aber

jedenfalls eine Tatsache, und in Wirklichkeit richten sich die Besorgnisse der Wissenden in England viel mehr gegen diese amerikanische als gegen die überwiegend aus taktischen Gründen in den Vordergrund geschobene deutsche Gefahr.

So unaufrichtig diese geflissentliche Verwechselung Nordamerikas und Deutschlands auch ist, mit so ausgezeichnetem Geschick und Erfolg wird sie gehandhabt, und namentlich von den großen, die öffentliche Meinung führenden englischen Zeitungen mit wirklich bewunderungswürdigem national einheitlichem Instinkt gepflegt und vertreten. Die faktische Besorgnis vor Amerika ist in England bei allen unterrichteten Leuten so groß, wie sie überhaupt nur sein kann, aber selten dringt darüber ein Wort in die Oeffentlichkeit. Es ist erstaunlich, wie sehr das sonst so starke und keiner anderen Nation gegenüber ängstliche englische Selbstgefühl, zumal, wenn es sich vom Auslande unbeobachtet glaubt, in sich zusammenzusinken pflegt, sobald es sich um Amerika und die Amerikaner handelt. Kein Volk der Welt wird von den Engländern so umschmeichelt, wie die große „Tochternation" jenseits des Ozeans, ohne daß es dieser meistens darum einfiele, sich einer ähnlichen Tonart gegen England zu bedienen. Man mag sich in Amerika England und den englischen Interessen gegenüber, sei es in der Presse, sei es in der politischen Versammlung noch so anmaßend und grob ausdrücken — kein englisches Blatt von Bedeutung wird sich finden, das solche Anrempelungen aufnehmen und heimzahlen würde. Dagegen ist es in der englischen Presse mit wenigen Ausnahmen eine stillschweigend befolgte Parole, und es gibt sogar allem Anschein nach eine direkt für diesen Zweck bestimmte Organisation: den Absichten und Handlungen der deutschen Politik in allen Teilen der Welt, namentlich aber in denjenigen, wo auch die Union Interessen besitzt, Tendenzen unterzuschieben, die gegen Amerika feindlich sein sollen, und diese alsdann den Amerikanern zu denunzieren. Bekanntlich hat sich seinerzeit sogar das amtliche England nicht gescheut, diesen Weg zu betreten, indem der englische Botschafter in Washington versuchte, Deutschland zu beschuldign, als ob wir während des spanisch-amerikanischen Krieges bestrebt gewesen wären, eine europäische Intervention zu Gunsten Spaniens gegen die Vereinigten Staaten

zuſtande zu bringen. In dem Kapitel über Amerika werden wir eine förmliche publiziſtiſche Organiſation für die Verhetzung der Nordamerikaner gegen Deutſchland kennen lernen. Es iſt natürlich nicht geſagt, daß die amtliche engliſche Politik bewußtermaßen mit dieſen gewöhnlichen Preßmitteln arbeite, aber es iſt bekannt, daß das Verhältnis zwiſchen Preſſe und Politik, namentlich auswärtiger Politik, in England ohne alle amtliche Organiſation ein ſehr viel intimeres und verſtändnisvolleres iſt, als bei uns, und daß die politiſche Bedeutung der engliſchen Preſſe in auswärtigen Dingen geradezu turmhoch über der unſeres Zeitungsweſens ſteht.

Die politiſche Gefahr, die durch den Druck der ruſſiſchen Macht auf Indien und den Eingang zum Perſiſchen Golf drohte, die Beſorgnis vor einer deutſchen Intervention gegenüber den Abſichten auf das türkiſche Meſopotamien mit Bagdad und die Furcht vor der heraufziehenden amerikaniſchen Wolke kennzeichneten die innere Stimmung der engliſchen Politik, nachdem die akute ſüdafrikaniſche Kriſis äußerlich überſtanden war. Sofort danach kam es zum Abſchluß des Bündniſſes mit Japan. Es iſt ſchwer zu ſagen, ob oder wie weit man in England die kriegeriſche Fähigkeit Japans zu Lande und zu Waſſer richtig eingeſchätzt hat, als man das Bündnis ſchloß. Wahrſcheinlich doch nicht ganz ſo hoch, wie ſie ſich nachher erwies. Sicher aber wird man ſich in London gleich anfangs darüber klar geweſen ſein, daß Japan nicht nur brauchbar war, um den ruſſiſchen Druck im „mittleren Oſten" aufzuheben, ſondern daß es nachher auch eine höchſt wertvolle Figur gegenüber Amerika darſtellen würde. Man darf daher der Politik Eduards VII. auch alles andere eher zutrauen, als ſentimentale Erwägungen über Raſſengemeinſchaft und dergleichen, wenn die Möglichkeit ſich zeigen ſollte, Amerika durch einen verlorenen Krieg gegen Japan erſt zu ſchwächen und dann auf lange Zeit hinaus mit ſeiner ganzen Kraft auf die Revanche im Stillen Ozean feſtzulegen. Ein glatter amerikaniſcher Sieg im Kampf mit Japan iſt ſehr unwahrſcheinlich. Auch wenn es den Japanern nicht gelingt, der Flotte der Vereinigten Staaten das Schickſal der ruſſiſchen zu bereiten, ſo würden ſie die Philippinen aller Vorausſicht nach doch den Amerikanern entreißen, ohne daß es dieſen zunächſt möglich wäre, ſie wieder zu

nehmen. Das Ergebnis eines japaniſch-amerikaniſchen Krieges würde alſo wahrſcheinlich darin beſtehen, daß beide Teile ſich auf die Wiederholung des Waffenganges bei nächſter Gelegenheit rüſten. Ob Rußland dabei von neuem hineingezogen wird, iſt eine andere Frage, die wir bei der Behandlung der amerikaniſchen Politik noch werden berühren müſſen. Worauf es an dieſer Stelle ankommt, iſt nur der Hinweis darauf, daß England auch vor einem ſiegreichen Japan noch lange keine Beſorgnis wegen Indien zu haben braucht. Nachdem Japan Englands ruſſiſchen Krieg geführt hat, konnte es ſich daran machen, die Früchte des Sieges zu genießen. Wenn es Englands Sache in einem amerikaniſchen Kriege geführt haben ſollte, wird Amerika England die Sorge abnehmen, Indien gegen den ſiegreichen Freund und Bundesgenoſſen zu ſchützen.

In dem Bemühen, die engliſche Weltſtellung als Baſis für den Wohlſtand und die Macht der Nation zu ſichern und zu erweitern, iſt die Bündnispolitik Eduards VII. das große, man könnte ſagen das heroiſche oder dramatiſche Mittel, das die Staaten und Völker des Erdballs nach den Intereſſen des engliſchen Volks zu gruppieren, zu führen und gegeneinander auszuſpielen unternimmt. In den Augen nicht weniger energiſcher und patriotiſcher engliſcher Politiker gibt es aber auch noch einen ganz anderen Weg, um Englands Intereſſen zu ſichern: den Ausbau des imperialiſtiſchen Syſtems zu einem Reichszollverein zwiſchen ſämtlichen Gliedern des Weltreichs England und ſeinen Kolonien. Als Führer dieſer Richtung iſt vor allen Dingen der frühere Kolonialminiſter Chamberlain hervorgetreten. Chamberlains und Eduards VII. Politik ſchließen ſich nicht aus; ſie können an ſich nebeneinander hergehen und einander ergänzen, aber es liegt in der Natur der Dinge, daß derjenige, der mit den größten Mitteln zu arbeiten unternimmt, die es überhaupt gibt, die kleineren Mittel lieber ſeinen Helfern zweiter Ordnung überläßt. Der Unterſchied zwiſchen den beiden Syſtemen liegt aber nicht nur in der Verſchiedenartigkeit ihres Prinzips, ſondern auch darin, daß das eine die Politik eines bedeutenden Mannes iſt, eines ſehr bedeutenden, aber doch einer einzelnen Perſönlichkeit — die Politik Chamberlains dagegen iſt die einer großen, auf reale Erſcheinungen des Wirt-

ſchaftslebens ſich ſtützenden, aus wirtſchaftlichen Erſcheinungen ihre Lebenskraft und ihr Wachstum ziehenden Partei. Darum kann die Politik Eduards VII. heute ſein und morgen nicht mehr ſein, ſo gut wie die preußiſche Politik bis zum Tode Friedrichs II. die des großen Königs war, danach aber die Friedrich Wilhelms II. und ſeiner Nachfolger; die Politik des britiſchen Reichszollvereins hängt nicht an der Perſönlichkeit Chamberlains oder eines anderen Führers, ſondern ſie beruht auf viel dauerhafteren Momenten. Die Argumentation der imperialiſtiſchen Schutzzöllner iſt folgende:

England habe durchaus einem Zuſtand der Dinge entgegenzuſehen, bei welchem mehr und mehr eine Mauer feindlicher Tarife gegen es errichtet ſein werde, bei dem die auswärtigen Nationen ihre Befugnis zur Handhabung ihrer Tarife zum Nachteile Englands gebrauchen, und bei dem England weniger und weniger imſtande ſein werde, in den ziviliſierten Ländern Märkte für ſeine Waren zu finden. Man nehme das Beiſpiel Rußlands. Die Politik Rußlands ſei mit Vorbedacht darauf gerichtet, den Tarif ſo zu handhaben, daß Rußland allmählich eine in ſich abgeſchloſſene Gemeinſchaft werde. Nicht aber Rußland allein, ſondern auch alle anderen Nationen gingen darauf aus, ſich mit den Mauern eines Schutzzoll- und Ausſchließungsſyſtems von ſteigender Höhe zu umgeben, und wenn es ſo weiter gehe, dann müſſe die Zeit kommen, wo die Türkei, Indien und die britiſchen Kolonien die einzigen neutralen Märkte ſein werden. England werde dann eine ungeheure Menge von Nahrungsmitteln und Rohſtoffen einzuführen haben und durch eine Ausfuhr bezahlen müſſen, welche unterzubringen es die größten Schwierigkeiten finden wird. Dieſe Folge ſei gegenwärtig durch die Tatſache verhüllt, daß es ein gewaltiges arbeitendes Kapital im Auslande beſitzt und daher verhältnismäßig leicht ſeinen Nahrungsbedarf nicht nur durch Ausfuhr von Fabrikaten, ſondern auch durch die Schuldzahlungen fremder Nationen decke. Doch gehe gegenwärtig die Tendenz nach der entgegengeſetzten Richtung, und, ſoweit die Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht kommen, die einſt Englands bedeutendſter Schuldner waren, ſo beſtehe jetzt eine Bewegung, welche dahin zu zielen ſcheint, ſie aus Schuldnern zu Gläubigern Englands zu machen.

Der Grundgedanke ist also die prinzipielle Besorgnis, England könne eines Tages in die Lage kommen, für seinen Bedarf an ausländischen Lebensmitteln und Industrie-Rohstoffen nicht mehr mit seinen vom Auslande bezogenen Zinsen und seinem Handelsgewinn zahlen zu müssen, sondern — mit seinem Kapital.

Um zu einem Urteil über Begründet- oder Nichtbegründetsein des englischen schutzzöllnerischen Imperialismus zu gelangen, müssen wir wieder von der statistisch nachweisbaren Bewegung der Bevölkerung Großbritanniens und von ihrem Wachstum während des verflossenen Jahrhunderts ausgehen. Sie ist insofern ein komplizierterer Faktor, als diejenige Frankreichs und Deutschlands, als die einzelnen Teile des Landes sehr ungleichmäßig, ja sogar in entgegengesetzter Richtung für das Gesamtergebnis mitwirken. Zieht man lediglich das eigentliche Königreich England, den südlichen Teil der Insel Großbritannien, in Betracht, so ist die Zunahme rapid und übertrifft oder hat wenigstens während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Deutschland noch übertroffen. Dagegen wachsen Schottland und Wales sehr langsam, und Irland hat sogar enorm an Volkszahl abgenommen. Da aber jene vier Landesteile zusammen das eine Reservoir bilden, aus dem die englische Gesamtnation ihre politische und wirtschaftliche Kraft schöpft, so muß man sie auch in der Bevölkerungsbewegung als eine Einheit betrachten. Die Volkszahl von Großbritannien und Irland betrug:

1821 . .	21¼ Mill.	1881 . .	35¼ Mill.
1841 . .	27 „	1891 . .	38 „
1861 . .	29½ „	1901 . .	42 „
		1906 . .	44 „

Gegenwärtig würde die berechnete Ziffer um 45 Mill. liegen; 1925, wo wir auf mindestens 80 Millionen gestiegen sind, würden es hiernach 55 Millionen sein. Englands Zuwachsrate ist also wesentlich geringer, als die unsere, und folglich steigt auch die Notwendigkeit der Erweiterung überseeischen industriellen Absatzes für die Engländer in langsamerer Progression, als für uns. Man kann etwa sagen, daß für jedes englische Kind, dem der nationale Anteil an Weltproduktion und Welthandel Brot schaffen muß, mindestens zwei deutsche geboren werden, die unter dieselbe

Notwendigkeit fallen. Das ist ohne Zweifel ein Moment, welches geeignet erscheint, die Schärfe des Wettbewerbes, die noch viel größer sein und in Zukunft noch viel feindseliger sich gestalten würde, wenn die englische Zuwachsrate so groß wäre wie die deutsche, etwas zu vermindern. Trotzdem wäre es leichtfertig, sich darüber zu täuschen, daß auch die auf englischer Seite vorhandene Vermehrungsgeschwindigkeit, mit der unserigen addiert, eine gefährliche Größe darstellt. Es ist daher kein Wunder, wenn man sich auch in England dem Gedanken an die wirtschaftliche Zukunft des Volkes nicht ohne Sorge hingibt und wenn die Befürchtungen, die sich nach dieser Richtung hin aufdrängen, zu einer prinzipiellen Schwenkung des englischen Bewußtseins führen, deren sich immer mehr verstärkende Wirkung wir gerade jetzt entschieden zu spüren bekommen.

Die englische Reichspolitik läßt sich seit dem Tode Gladstones oder seit dem bestimmten Aufkommen des Imperialismus etwa dahin kennzeichnen, daß die Nation bestrebt ist, möglichst große Teile der Erdoberfläche und der Menschheit direkt in den britischen Reichsverband einzubeziehen, während früher längere Zeit hindurch eine Strömung überwog, welche zwar die allmähliche Abtrennung der englisch sprechenden und angelsächsisch bevölkerten Reichsteile jenseits der Meere vom Mutterlande nach dem Vorbild Amerikas als eine kaum zu vermeidende Notwendigkeit ansah, sich aber trotzdem darauf verlassen zu dürfen glaubte, daß die wirtschaftliche Ueberlegenheit Englands als der Industriewerkstätte der Welt den anderen Nationen gegenüber doch ein für allemal so groß bleiben würde, daß aus diesem territorialen Schrumpfungsprozeß des Kolonialgebietes in politischer Beziehung keine Schwächung des Staates hervorgehen würde. Diese Auffassung konnte sich natürlich nicht mehr behaupten, als die ökonomischen und industriellen Fortschritte der Völker des Festlandes, in erster Linie der Deutschen, aber auch der Franzosen, Italiener, Oesterreicher, Belgier, Russen usw., offenbar wurden. Seit zwanzig Jahren kann sich kein einsichtiger Engländer mehr darüber täuschen, daß die festländischen Nationen im Begriffe sind, den Abstand, der sie in technischer, kommerzieller und allgemein ökonomischer Hinsicht von England trennt, wiewohl er selbst bei den

vorgeschrittenen unter ihnen noch sehr groß ist, mit schnellen Schritten zu verringern. Dazu ist dann seit kurzem das noch viel drohendere Gespenst der amerikanischen Gefahr getreten. Der neuen Einsicht entspricht die Schwenkung in der britischen Politik zum Imperialismus. Seit 1880 hat sich das Reich in Asien und Afrika um ungeheure Territorien vermehrt. Von Vorderindien ostwärts und westwärts ausgreifend wurden Birma und Belutschistan einverleibt. Vom Kapland aus griff die englische Herrschaft nordwärts bis weit über den Sambesi hinaus und hat in unseren Tagen den letzten Rest des nicht britischen Südafrika, die beiden Burenrepubliken, verschlungen. Das Gebiet des unteren Niger, ein großer Teil von Ostafrika, der ganze früher ägyptische Sudan, endlich das untere Niltal selbst, wurden mittelbar oder unmittelbar britisches Gebiet.

Hält man diese kolossale Erweiterung der britischen Machtsphäre während der letzten Jahrzehnte mit der relativ langsamen Zunahme der zu ernährenden Bevölkerung Großbritanniens und Irlands zusammen, so will es scheinen, als ob die Engländer trotz Deutschland und Amerika mit relativer Ruhe in die Zukunft blicken können — vorausgesetzt, daß die erworbenen Länder entwickelungsfähig nach der Seite des Werteerzeugens und Werteaufnehmens sind. Das trifft für ihre große Mehrzahl zweifellos zu. Eine andere Frage ist es, ob die Schaffung des britischen Reichszollvereins im Sinne der gegenseitigen Bevorzugung des Mutterlandes und der Kolonien im englischen Interesse selbst sich als praktisch erweisen wird. Das zu entscheiden — und anders, als durch das Experiment wird es sich schwer entscheiden lassen — ist schließlich Sache der Engländer allein. Nach einem vorübergehenden Stillstand zu Anfang des Jahrhunderts (Folgen des südafrikanischen Krieges!) ist die Gewinnrate ihrer Volkswirtschaft wieder mächtig im Aufsteigen begriffen, und selbst wenn sich Zeichen rückläufiger Exportbewegung einstellen, so ist das einstweilen eher ein Zeichen für steigenden Wohlstand im Lande, das eine wachsende Menge erzeugter Güter selbst verbrauchen kann und die Verbindlichkeiten an das Ausland mit den Zinsen im Auslande arbeitenden

nationalen Kapitals deckt, ſtatt mit Warenausfuhr — als ein Beweis für die beginnende Verarmung.

Die Beſorgnis des ſchutzzöllneriſchen Imperialismus geht, wie wir ſehen, dahin, daß infolge der fortſchreitenden Aufrichtung von Schutzzollmauern ſeitens der übrigen Nationen die engliſche Ausfuhr nach dem Auslande, mit der England genötigt ſei, den größeren Teil ſeiner Bedürfniſſe an Lebensmitteln und induſtriellen Rohſtoffen zu bezahlen, ſinken müſſe; die Nation würde in ſteigendem Maße, anſtatt wie bisher vorzugsweiſe mit Warenexport, mit den Zinſen ihrer im Auslande arbeitenden Kapitalien und ſchließlich mit dem Kapital ſelbſt zahlen müſſen. Es drohe alſo eine allmähliche Verarmung des Landes. Demgegenüber ſei es nötig, die Einfuhr aus dem nichtbritiſchen Auslande, das ſeinerſeits die engliſchen Waren durch ſeine Schutzzölle ausſperrt, ebenfalls zu beſchränken, dadurch die Zahlungsverpflichtungen Englands an jenes Ausland zu vermindern und ſtatt deſſen den Handel, Einfuhr wie Ausfuhr, mit den eigenen überſeeiſchen Kolonien ſtärker zu entwickeln. Um eine ſolche Entwickelung zu fördern, ſei aber die Differenzierung der Zölle gegenüber dem Auslande und den Kolonien das einzige Mittel.

Bei dem Güteraustauſch zwiſchen England und den Kolonien handelt es ſich vorläufig zum größten Teil darum, daß die überſeeiſchen Teile des Reiches Lebensmittel und Rohprodukte für die Induſtrie liefern und vom Mutterlande dafür Fabrikate empfangen. Die wichtigſten Einfuhrartikel, deren England überhaupt bedarf, ſind:

Getreide	62,8	Mill. Pfd. St.
Baumwolle	55,7	„
Fleiſch	42,1	„
Butter und Käſe	31,1	„
Wolle	29,6	„
Holz	27,5	„
Häute, Felle und Leder .	21,1	„
Zucker	18,5	„
Chemikalien und Drogen . .	18,2	„
Früchte	14,2	„
Seidenwaren	13,1	„

Eisen	11,7	Mill. Pfd. St.
Kupfer	11,1	"
Lebende Tiere	10,5	"
Kautschuk	10,0	"
Tee	9,9	"
Zinn	9,3	"
Wollwaren	9,3	"
Sämereien	9,2	"
Baumwollwaren	9,1	"
Jute	8,3	"
Eier	7,1	"
Petroleum	5,8	"
Papier	5,7	"
Maschinen	5,1	"

Der Gesamtwert aller in der vorstehenden Tabelle durch den Druck hervorgehobenen Einfuhrartikel an Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen beträgt in runder Summe 390 Millionen Pfund Sterling oder ca. 8 Milliarden Mark, und in allen diesen Produkten sind die englischen Kolonien — es handelt sich, ausgenommen Baumwolle und Zucker, nur um die großen Selbstverwaltungskolonien, nicht um Indien und die übrigen von der Krone verwalteten Besitzungen mit farbiger Bevölkerung — von Natur leistungsfähig und könnten wohl bei gehörigr Entwicklung ihrer Produktivkräfte das Mutterland von sich aus vollkommen versorgen. In der Praxis stehen die Dinge einstweilen allerdings sehr anders. Die Einfuhr aus den britischen Besitzungen nach England beträgt, wie wir sahen, gegenwärtig über 142 Millionen Pfund Sterling, diejenige aus dem Auslande mehr als das Dreifache: gegen 466 Millionen Pfund Sterling jährlich. Es liefern also nicht die Kolonien, sondern das Ausland den Löwenanteil für die Versorgung Englands mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Allerdings zeigt sich, daß der Handel Englands, Einfuhr wie Ausfuhr, mit den Kolonien in rascherer Zunahme steht als mit dem Auslande.

Gesetzt nun den Fall, die Pläne Chamberlains verwirklichten sich, so würde zunächst die Folge die sein, daß sich der gesamte Lebensunterhalt für das englische Volk fast um den Betrag der

Zollbelastung für Nahrungsmittel und Rohstoffe verteuerte; denn zunächst und auf lange hinaus wäre ja gar nicht daran zu denken, daß die Kolonien faktisch ihre gegenwärtige Produktion soweit vervielfachten, um den gesamten Bedarf des Mutterlandes annähernd zu decken. Natürlich würden Getreideproduktion, Viehzucht usw. in ihnen unter dem Schutz des Differenzialtarifes gegen das Ausland kräftig zunehmen; aber man muß bedenken, daß sowohl Australien samt Neuseeland als auch Kanada und Südafrika, die in erster Linie in Betracht kommen, zusammen noch kein Dutzend Millionen weißer Einwohner haben, daß ihrer Produktionsfähigkeit also bereits durch den Mangel an Menschen physische Grenzen gezogen sind, innerhalb derer sie zwar bald einen kräftigen Aufschwung nehmen, die sie aber unmöglich mit einem Ruck sprengen kann. Bis die Chamberlainsche Zollvereinstheorie praktisch annähernd voll funktioniert, müßten also selbst im günstigsten Falle Jahrzehnte vergehen, vielleicht, ja wahrscheinlich, aber Generationen. Bis dahin kommt das ganze Projekt, wie man sieht, darauf hinaus, daß sich das Mutterland eine ungeheure Selbstbesteuerung zu Gunsten der Kolonien auferlegt.

Natürlich ist es kein Wunder, wenn die Kolonien diese Seite des Zollvereins-Programms gern bereit sind, sich gefallen zu lassen. In England aber will man gleichfalls nach Möglichkeit nicht nur geben, sondern auch nehmen, und daher soll auf seiten der Kolonien der Begünstigung durch das Mutterland ebenso eine Gegenleistung entsprechen: sie sollen wie England ihre Produkte so auch ihrerseits den Import englischer Fabrikate und Manufakturen durch Zolldifferenzierung gegenüber dem nichtbritischen Auslande begünstigen. Hier aber stößt das Interesse von Mutterland und Kolonien auf dem empfindlichsten Punkte zusammen, den es gibt — auf dem finanziellen, denn die Finanzen der großen Selbstverwaltungskolonien sind samt und sonders auf die Zolleinnahmen basiert. Die Dominion of Canada hat (Finanzabrechnung für 1900/01) an Staatseinnahmen insgesamt 52½ Mill. Dollars aufzuweisen; hiervon machen die Zolleinnahmen mehr als die Hälfte aus, 28½ Millionen. Aehnlich ist das Verhältnis bei den australischen Staaten und in Südafrika. Bei Neuseeland betragen z. B. die Zolleinkünfte

über ein Drittel der gesamten öffentlichen Einnahmen, bei der Kapkolonie fast ebensoviel. Sollen nun die Kolonien der Einfuhr aus dem Mutterlande einen so kräftigen Zollabschlag gewähren, daß dadurch die Einfuhr aus dem Auslande wirklich in beträchtlichem Maße verdrängt wird, so würde sich das sofort an ihren Finanzen auf höchst verhängnisvolle Weise zum Ausdruck bringen, wozu in Erwägung gezogen werden will, daß die koloniale Finanzlage, namentlich in Australien, bereits eine ausgesprochen bedenkliche ist. Hier liegen also große Schwierigkeiten für die Verwirklichung der Zollvereinspläne und sie werden dadurch nicht geringer, daß derjenige Staat, gegen den sich das imperialistische Schutzzollsystem in Wirklichkeit am meisten richten würde, die Union ist. England führt aus den Vereinigten Staaten Waren im Werte von 131 Mill. Pfund Sterling ein und exportiert dorthin noch nicht für 28 Mill. Pfund. In diesen Ziffern steckt die kolossale Korn-, Fleisch- und Baumwolleneinfuhr aus den Vereinigten Staaten. Sie ist es, die durch die Verwirklichung des britischen Zollvereins bei weitem am schwersten getroffen werden würde. Wenn irgend etwas, so bedeutet in der Tat die Zahlungbilanz gegenüber der Union einen faktischen Blutverlust für England. Trotzdem oder vielleicht gerade weil die Amerikaner der eigentlich betroffene Teil sind, maskierte Chamberlain mit großem Geschick und in vollkommen richtiger Berechnung der Argumente, die ihn bei den breiten Massen zum Ziele führen konnten, die Aktion als eine gegen Deutschland gerichtete. Von Amerika war selten die Rede, die gegen Deutschland gerichtete Seite der Zollvereinspolitik wurde dagegen in fortgesetzter Wiederholung und Steigerung immer wieder von neuem aufgezeigt. Die Dinge standen damals und stehen zum Teil auch jetzt noch in England so, daß eine politische oder wirtschaftspolitische Maßregel sich einem großen Teil der öffentlichen Meinung ohne weitere Frage dadurch empfiehlt, daß sie ein antideutsches Gesicht hat oder vorgesetzt bekommen kann. Diese Meinung der Nation benutzen die imperialistischen Schutzzöllner, wenn sie die Agitation für den Reichszollverein mit einer gegen Deutschland gerichteten Spitze versehen. Mit solchem Feuer zu spielen, ist aber unter allen Umständen gefährlich. Der Gedanke, daß der Krieg mit Deutschland eines Tages

doch kommen werde, führt sehr leicht weiter zu der Erwägung, daß er, wenn er kommt, für England um so schwieriger werden wird, je mehr die Wehrfähigkeit Deutschlands zur See sich entwickelt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es deutlich, daß der endliche Sieg Englands im südafrikanischen Kriege zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Friedens in die Wagschale fiel. Wenn England Südafrika verloren hätte, so hätte es vor der Frage gestanden, ob es sich das dort Verlorene auf irgend eine andere Weise, sei es durch Erweiterung seiner eigenen, sei es durch Schädigung einer fremden Handelsmacht, wieder holen, oder ob es den Abstieg von seiner Größe antreten wollte. So lange wir in bezug auf Seegeltung noch nicht sehr viel stärker sind als heute, ist es durchaus nicht klug, sich über Ziffern, welche die Verlangsamung des Fortschreitens der englischen Handelsbewegung etwa beweisen könnten, bloß zu freuen, selbst wenn vorläufig noch garnicht davon die Rede ist, daß die Ertragsquote auf den Kopf der englischen Bevölkerung zurückgeht.

Die größte Gefahr zwischen England und Deutschland liegt jedenfalls darin, daß, wie wir weiter oben ausführlicher sahen, die unüberlegte Haltung eines großen Teils der deutschen Presse bei den Engländern, und zwar keineswegs allein bei der urteilslosen Masse, die Vorstellung erweckt hat, wir wollten sie bei Gelegenheit angreifen, um sie ihres Platzes als der ersten Handels- und Kolonialmacht der Welt zu berauben und uns an ihre Stelle zu setzen. Angenommen, die deutsche Politik hegte wirklich diesen Gedanken — was sie bekanntlich nicht tut und nach Lage der Dinge auch gar nicht tun kann —, so müßte jedenfalls das oberste Gesetz unseres öffentlichen Verhaltens gegen England die absoluteste und unverdächtigste Zurückhaltung sein. Aber nicht schaden können, auch nicht einmal ernsthaft schaden wollen, und dabei doch eine Haltung einnehmen, als ob man jeden Augenblick zum Hiebe ausholen könnte und möchte, das ist der Gipfel des Unverstandes. Auf diese Weise summiert man auf der englischen Seite zu der Sorge vor dem ökonomischen Wettbewerb Deutschlands, die allein unter Umständen schon hinreichen kann, um die Frage des Präventivkrieges aufzuwerfen, noch die andere, ob es klug sei, zu warten, bis Deutschland die von ihm — vermeintlich — gesuchte Gelegenheit zum Ueberfall

auf England fände und mittlerweile seine Seerüstung fortgesetzt verstärkte. In dieser Frage müssen wir ganz besonders mit einer englischen Eigentümlichkeit rechnen, die man bei uns nicht genug würdigt, weil man sie nicht genug kennt. Dieses Moment ist die leidenschaftliche Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in England, sobald Fragen der sogenannten nationalen Ehre oder nationalen Sicherheit in Frage kommen — genauer gesagt das, was die großen maßgebenden Zeitungen dafür erklären. Man macht sich meist keine richtige Vorstellung davon, bis zu welch einem Grade durch die fortschreitende Anteilnahme breiterer Schichten an der Politik infolge Erweiterung des Wahlrechts, durch die Entwickelung des Zeitungswesens und des beispiellos organisierten Nachrichtendienstes aus allen Interessengebieten der englischen Politik — und welcher Teil der Welt wäre für den Durchschnittsengländer nicht englisches Interessengebiet! — in Verbindung mit dem Fortschreiten der imperialistischen Idee Eifersucht, Mißtrauen und Leidenschaft der Massen entflammt werden können, sobald irgendwo der Schatten einer wirklichen oder vermeintlichen Gefahr auftaucht. Schon 1864 schrieb der spätere Premierminister Lord Salisbury: „Mäßigung, namentlich wo es sich um Besitz von Land handelt, ist nie ein Charakteristikum der Demokratie gewesen. Wo immer sie freie Hand hatte, in der antiken oder in der neuen Welt, auf der alten oder der neuen Hemisphäre, hat stets ein Durst nach Imperium und eine Bereitschaft zu agressiven Kriegen die Demokratie gekennzeichnet", und im Jahre 1900: „Wenn auch die Regierungen nicht nur anscheinend, sondern wirklich friedliche Absichten haben, so können ihre Bestrebungen doch stets durch die leidenschaftlichen und gewaltsamen Handlungen der reinen Unwissenheit umgestoßen werden .... Wir können nicht sicher sein, daß nicht die Regierungen ihre Macht an die weniger gebildeten und weniger aufgeklärten Massen abtreten, die in vielen Ländern der Welt mehr und mehr die öffentlichen Angelegenheiten beherrschen."*) In dieser Charakteristik spricht zwar zunächst die allgemeine Abneigung des konservativen und aristokratischen verantwortlichen Politikers gegen die unverantwortlichen Einflüsse der Masse mit; aber die Tatsache dieses Einflusses, der Massen-

*) Plehn. „Nach dem englisch-japanischen Bündnis," Berlin 1907 S. 24. f.

ſtimmung und des Maſſeninſtinkts auf die große Politik iſt darum doch richtig eingeſchätzt. Zu der Maſſe in dieſem Sinne gehört überdies in England keineswegs nur „der Mann auf der Straße", ſondern auch der ganze politiſch intereſſierte beſſere Mittelſtand und das durchſchnitts-„gebildete" Publikum. Dieſe Unfähigkeit des in politiſchen Dingen ausſchlaggebenden Teils der engliſchen Nation, unter dem ſuggeſtiven Einfluß der in allen kritiſcheren Angelegenheiten ſofort auf den Alarmton geſinnten Preſſe die objektive wünſchenswerte Ruhe des Urteils zu bewahren, bildet für die Pflege des Verhältniſſes zwiſchen uns und England einen Faktor, der nur zu leicht unterſchätzt wird und dem gegenüber die Preſſe bei uns ſich ſtets einer beſonderen Verantwortlichkeit bewußt bleiben muß.

Fünftes Kapitel.

Frankreich, Italien und das westliche Mittelmeer.

Es war die Aufgabe der Ausführungen in dem Kapitel über die Natur des russischen Problems nach seiner wirtschaftlichen wie nach seiner politischen Seite, die Tatsache klar zu stellen, daß Rußland seiner positiven materiellen Aktionsfähigkeit nach für absehbare Zeit als bestimmender Faktor aus der internationalen Politik ausscheidet. Wie aber steht es nun mit Frankreich, dem offiziellen Verbündeten Rußlands? Wir erinnern uns daran, daß die Annäherung zwischen Frankreich und Rußland, die sich alsbald nach der Entlassung Bismarcks vollzog, ihre Spitze gegen Deutschland kehrte. Der psychologische Faktor dieses Bündnisses war auf der französischen Seite, neben dem Wunsch, überhaupt aus der politischen Isolierung herauszukommen, in die Bismarcks Politik Frankreich versetzt hatte, der Revanchegedanke; auf russischer Seite wirkten die falsche Besorgnis vor vermeintlichen aggressiven Gedanken Deutschlands, ferner die Vorstellung, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Art von Versicherung geschlossen hätten, Rußland auf der Balkanhalbinsel zu hindern (nach Konstantinopel werden wir nur durch das Brandenburger Tor kommen!), schließlich aber, und am nachhaltigsten, die Spekulation auf den Milliardenkredit beim französischen Geldmarkt zusammen. Diesen Gründen seiner Entstehung gemäß war der Zweibund für den Fall eines Konfliktes einer der beteiligten Mächte mit Deutschland oder Oesterreich-Ungarn abgeschlossen; auf außereuropäische Angelegenheiten bezog er sich nicht, und er blieb daher auch für jeden der beiden Partner im Moment einer entscheidenden außereuropäischen Krisis wirkungslos. Für die Franzosen bedeutete der Schlag von Faschoda (1898) eine solche Krisis, für Rußland der Krieg mit Japan. Hier wie dort war es — das eine Mal direkt, das andere Mal indirekt — England, das eine große weltpolitische Hoffnung eines der Bundesgenossen durchkreuzte. England erzwang

durch unmittelbare und offene Drohung mit Gewalt den Rückzug der Franzoſen vom oberen Nil, ihren Verzicht auf die Verbindung des franzöſiſchen Sudan und des ganzen weſtafrikaniſchen Kolonialreichs mit dem Indiſchen Ozean. Das iſt zweifellos der härteſte Mißerfolg geweſen, den die franzöſiſche Politik ſeit dem Frankfurter Frieden erlitten hat. Die Entſcheidung von Faſchoda beſiegelte, daß Frankreich in Zukunft nicht die erſte, ſondern nur die zweite afrikaniſche Kolonialmacht ſein dürfe, und noch weit darüber hinaus ſtellte ſie für die Zukunft die abſolute Ueberlegenheit Englands in der Verfolgung ſeiner überſeeiſchen und weltpolitiſchen Pläne, in denen der Beſitz des öſtlichen Sudan und Oſtafrikas eine ſehr wichtige Rolle ſpielt, feſt. Noch weit verhängnisvoller als Faſchoda für Frankreich wurde der japaniſche Konflikt für Rußland, ohne daß ſich, abgeſehen etwa von der weitherzigen Auslegung des Neutralitätsbegriffs durch die Franzoſen gegenüber der ruſſiſchen Flotte im Indiſchen Ozean und von der letzten großen Kriegsanleihe Rußlands in Paris, eine Hilfe aus dem Bündnis ergab. Je deutlicher aber nach dem Kriege die verzweifelte Finanzlage des Verbündeten wurde, deſto zurückhaltender mußte man ſich ſchließlich auch in Frankreich gegenüber den immer dringlicher werdenden ruſſiſchen Darlehnsgeſuchen ſtellen, ſo daß gegenwärtig der Zweibund in der Tat nur noch nominell aufrecht erhalten wird. Auf der ruſſiſchen Seite fehlt das materielle Vermögen, ſelbſt wenn der urſprünglich vorausgeſehene Bündnisfall eintreten ſollte, dem „Verbündeten" beizuſpringen, und in Frankreich muß damit natürlich das praktiſche Intereſſe an dem ſpeziellen Verhältnis zu Rußland verſchwinden.

Für die Beurteilung der materiellen und pſychologiſchen Vorausſetzungen, auf denen ſich die franzöſiſche Politik uns gegenüber aufbaut, kommt es, nachdem die Bedeutung des Zweibundes materiell hinfällig geworden iſt, hauptſächlich auf die richtige Anſchauung über folgende Faktoren an: 1. den Zuſammenhang zwiſchen der Bevölkerungsbewegung und der politiſchen Kraft Frankreichs; 2. die militäriſche Wehrfähigkeit der Nation im Falle eines Konflikts mit Deutſchland; 3. die Beeinflußbarkeit der elſaß-lothringiſchen Frage und der Revanche-Idee durch die Zeit und durch das Auftreten oder Nichtauftreten franzöſiſcher politiſcher Intereſſen erſter

Ordnung außerhalb der durch den Frankfurter Frieden geschaffenen besonderen Situation.

Nach der Entscheidung von 1871 waren Frankreich und das neue Deutsche Reich einander in Europa an Umfang und Volkszahl fast gleich. An Nationalreichtum waren uns die Franzosen trotz der Kontribution von 5 Milliarden Francs und der direkten materiellen Schädigung, die ihnen der auf ihrem Boden geführte Krieg zugefügt hatte, weit überlegen. Frankreich war bereits damals ausgesprochenermaßen eine Gläubigernation, und in den Portefeuilles der französischen Sparer befanden sich große Summen ausländischer Schuldentitel. Dieser Umstand ermöglichte es bekanntlich den Franzosen, die Kriegskontribution so überraschend schnell und leicht zu bezahlen. Es brauchte nur wenig französisches Geld exportiert zu werden und die Hauptmasse der Kriegsentschädigung konnte aus dem auswärtigen Guthaben beglichen werden. Schon seit der großen Revolution hatte Frankreich aber nur eine langsame Bevölkerungszunahme gehabt. Die ersten allgemeinen Volkszählungen erfolgten 1801 und 1806; sie ergaben 27,3 und 29,1 Millionen Menschen, beruhten aber, wie auch die nächstfolgenden, mehr auf bloßen Schätzungsmethoden. Zuverlässig sind die Zahlen erst von 1821 an. Hiernach betrug die Bevölkerung:

	1821	30,5	Millionen
	1841	34,3	„
	1851	35,8	„
	1861	37,4	„
	1866	38,1	„
*)	1872	36,1	„
	1876	36,9	„
	1881	37,7	„
	1886	38,2	„
	1891	38,3	„
	1896	38,5	„
	1901	39,0	„
	1906	39,3	„

*) Bevölkerungsverlust durch den Krieg und durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen.

Die Zunahme iſt alſo während des letzten Jahrhunderts eine außerordentlich geringe geweſen, und wenn nicht eine beträchtliche Einwanderung, namentlich aus Italien und Belgien ſtattfände, ſo würde von einem Wachſen der Einwohnerzahl Frankreichs überhaupt kaum noch die Rede ſein können. Der direkte Geburtenüberſchuß iſt ſo gut wie bedeutungslos. Er hat ſich z. B. von 1901—1905 zwiſchen den minimalen Beträgen von 72 000 und 37 000 Seelen pro Jahr bewegt, und manche franzöſiſchen Statiſtiker behaupten ſogar, daß es in einzelnen Jahren gelegentlich zu einem Minus der Geburts- gegenüber der Sterbeziffer gekommen ſei. Schon vor dem Kriege waren das germaniſche Elſaß und die deutſchen Teile Lothringens mit ihrem unfranzöſiſchen Kinderreichtum eine Hauptquelle des damals noch eher nachweisbaren geringen Anſteigens der Geſamtvolkszahl. Jetzt iſt dieſe Quelle für Frankreich verſiegt und ſeine Bevölkerungsziffer kann praktiſch als auf der ungefähren Höhe von 40 Millionen zum Stillſtand gekommen angeſehen werden. Dem gegenüber hat Deutſchland heute bereits eine Einwohnerzahl von über 63 Millionen Menſchen, und für das Jahr 1925, wo die Franzoſen vorausſichtlich nur erſt eine Kleinigkeit über 40 Millionen ſtehen werden, haben wir in Deutſchland ſehr wahrſcheinlich mit einer Ziffer von mindeſtens 80 Millionen Einwohnern zu rechnen.

Für die Beurteilung der Frage, nach welchen Geſichtspunkten wir den franzöſiſchen Faktor ſowohl in der großen Politik überhaupt als auch ſpeziell im Verhältnis zu uns einſchätzen müſſen, iſt es aber notwendig, im Zuſammenhang mit den Folgerungen aus dem bevölkerungs-ſtatiſtiſchen Vergleich und bevor wir einen endgültigen Schluß aus ihm ziehen, erſt noch einen zuſammenfaſſenden Ueberblick über die Entwicklung Frankreichs nach der Seite ſeiner überſeeiſchen und kolonialen Expanſion hin zu gewinnen. Hierfür müſſen wir den Ausgangspunkt ungefähr gleichzeitig mit dem Emporkommen der überſeeiſchen Intereſſen Englands während des 17. Jahrhunderts nehmen. Die franzöſiſche Marine, die ſchon im 16. Jahrhundert exiſtierte und einige Leiſtungen aufzuweiſen hatte, war in der Zeit der Wirren während der Minderjährigkeit Ludwigs XIII. faſt vollſtändig zerfallen. Cardinal Richelieu, 1624—1642 Regent von Frankreich, nahm ſich ihrer wieder an, aber unter dem nächſten

Regenten, Mazarin, geſchah wiederum nicht viel für die Flotte. Der eigentliche Gründer der franzöſiſchen Seemacht wurde erſt Colbert, Ludwigs XIV. Finanz-, Kolonial- und Marineminiſter (ſeit 1661). Bei ſeinem Tode (1682) hinterließ er Frankreich als die erſte Kolonial- und als die ſtärkſte Seemacht der Welt. Die Stärke der franzöſiſchen Marine beruhte nicht nur auf ihrer für die damalige Zeit gewaltigen Zahl von beinahe 200 Kriegsſchiffen, ſondern auch auf der muſterhaften Ordnung des Mannſchaftserſatzes, der Kriegshäfen und der Seearſenale durch den großen Organiſator und auf ihrer durch ſtete Uebungen gewährleiſteten Schlagbereitſchaft. Gegen Ende der Regierung Ludwigs XIV. beſaß Frankreich in Nordamerika das Becken des Lorenzſtromes, der großen kanadiſchen Seen und des Miſſiſſippi. Das St. Lorenz- und das Miſſiſſippi-Gebiet, Kanada und Louiſiana, übertrafen das damalige engliſche Kolonialgebiet an der Oſtküſte Nordamerikas (die ſpäteren 13 vereinigten Staaten) um mehr als das Zehnfache. Noch heute bezeichnen die Franzöſiſch redende Bevölkerung von Ober-Canada und die lange Kette franzöſiſcher Namen längs des St. Lorenz und Miſſiſſippi bis herunter zum Golf von Mexiko dieſe einſtige Beſitzſphäre Frankreichs: Montreal, Quebec, St. Paul, St. Louis, Neu-Orleans. Florida und Mexiko, das damals noch den doppelt ſo großen Umfang gegen Norden hatte als heute, waren ſpaniſch; faſt der ganze Reſt von Nordamerika franzöſiſch; was die Engländer beſaßen, war nur der Küſtenſtreif zwiſchen dem Atlantiſchen Ozean und den Alleghanies. Amerika von der Hudſon-Bay bis zum Cap Horn ſchien beſtimmt, eine romaniſche Welt mit einer kleinen angelſächſiſchen Enklave zu werden. Auch in Weſtindien war die Stellung der Franzoſen bedeutender, als die der Engländer; ebenſo in Weſtafrika. In Oſt-Indien hatten ſie gleichfalls feſten Fuß gefaßt und waren politiſch wie wirtſchaftlich im Vordringen begriffen. Die Fiſchbänke von Neufundland, Haïti als das reichſte Antillengebiet, die Zuckerinſeln Isle de France und Bourbon hinter Madagaskar auf dem Wege nach Indien, gehörten Frankreich. Wie iſt es gekommen, daß doch nicht die Franzoſen die herrſchende Nationalität jenſeits der Meere wurden, ſondern die Angelſachſen?

Die beiden großen Kriege von 1688 bis 1697 (der sogenannte pfälzische Erbfolgekrieg) und von 1703 bis 1714 (spanischer Erbfolgekrieg) überanstrengten die Finanzkraft Frankreichs. Colbert war tot, und nach seinem Hingang besaß kein französischer Staatsmann mehr die Einsicht und die Autorität, unter allen Umständen die Mittel zu schaffen, um die Kriegsmarine auf der Höhe zu halten. Man nahm das Geld für den Landkrieg, der alle Kräfte Frankreichs bis über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit hinaus anspannte, und überließ die Seemacht dem Rückgang und allmählichen Verfall. 1690 schlug der französische Admiral Tourville die vereinigte englische und niederländische Flotte noch einmal vor dem Hafen von Dieppe. Zwei Jahre später hatte sich das Blatt schon gewendet: als die Schiffe Ludwigs XIV. den vertriebenen König Jakob, seinen Verbündeten, mit Truppen nach England übersetzen sollten, wurden sie von den Engländern bei Cherbourg vernichtend geschlagen. Diese Seeschlacht am Kap de la Hague 1692 bedeutete für Frankreich die äußere Besiegelung des inneren Verfalls der Marine. Von da an ist es nie wieder so weit gelangt, den mächtig erstarkenden Engländern zur See die Spitze bieten zu können. Viel trug dazu auch die zeitweilige Personalunion zwischen England und den Niederlanden unter Wilhelm von Oranien bei, aber entscheidend war nicht die hierdurch bedingte englisch-holländische Kooperation zur See, sondern entscheidend war der Tod Colberts und der Verbrauch der zum Unterhalt der Kriegsschiffe, Häfen und Werften notwendigen Gelder für den Landkrieg gewesen. Eine verfallene Marine wieder in die Höhe zu bringen, wenn ein übermächtiger Gegner davorsteht, ist selbst dann ungeheuer schwer, wenn der politische Wille und die finanziellen Mittel vorhanden sind.

Aeußerlich überragte Frankreich als Kolonialmacht auch noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts England beträchtlich. In Indien schien es bis zur Abberufung des Gouverneurs Dupleix (1754) Dank der Energie und Geschicklichkeit dieses Mannes sogar Aussicht zu haben, den angelsächsischen Rivalen vom Platz zu verdrängen. In Nordamerika war der Stand der Besitzverhältnisse ungefähr noch der alte. Man stelle sich den Gang der politischen und nationalen Entwickelung der Welt vor, wenn Nordamerika

und Indien — und damit selbstverständlich auch die Südkontinente der östlichen Halbkugel — heute nicht angelsächsisch wären, sondern Besitz- und Herrschaftsgebiet der romanischen Rasse unter absoluter überseeischer Hegemonie der Franzosen! Es läßt sich darauf erwidern, daß Frankreich als ein England gegenüber wesentlich kontinentalerer Staat an sich nicht eine so große überseeische Expansionskraft, keine solche Auswanderung, keine so großen politischen und Wirtschaftsinteressen hervorgebracht hätte. Es ist möglich, daß alle überseeischen Herrschaftsgebiete der weißen Rasse, vor allen Dingen Nordamerika, heute an sich bescheidenere Verhältnisse aufwiesen, wenn sie französisch, statt angelsächsisch kolonisiert worden wären — aber wäre darum der Unterschied für die Gesamtentwicklung der Welt weniger bedeutsam?

Im siebenjährigen Kriege wurde dann die Zukunft der französischen Rasse und der französischen Macht auf dem Erdball endgültig zerstört durch die falsche Stellungnahme gegenüber Preußen. Frankreich war zur See schwächer als England, aber noch war das Mißverhältnis der maritimen Kräfte kein so absolutes, daß es keine Hoffnung auf Sieg gegeben hätte. Wenn überhaupt, so waren aber die Kräfte Frankreichs für den Kolonialkrieg mit England nur in dem Falle vielleicht ausreichend, daß sie ganz und gar auf das eine Ziel hin konzentriert wurden. Nichts hätte mehr in der Richtlinie der französischen Politik liegen sollen, als das Emporkommen einer norddeutschen selbständigen Großmacht neben Oesterreich zu fördern. Statt dessen nahm Frankreich auf der einen Seite den Seekrieg mit England auf und setzte auf der andern seine Kräfte mit Oesterreich und Rußland zusammen gegen Preußen ein. Das gab den Angelsachsen den Weg zur Weltmacht endgültig frei. Im Frieden von 1763 wurden Kanada und das Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten bis zum Mississippi englisch, wurde Indien englisch und die Westhälfte des Mississippi-Beckens spanisch. Napoleon hat Louisiana dann noch einmal vorübergehend von Spanien erworben, aber er konnte es nicht halten — so wenig, wie er die übrigen französischen Kolonien halten konnte. Die moralische und materielle Vernichtung der französischen Marine während der großen Revolution versetzte der überseeischen Politik des alten Frankreich

den letzten Schlag. Die Flotte war royalistisch und darum den Jakobinern ein Dorn im Auge; sie ließen sie absichtlich verfallen. Was die Republikaner in wenigen Jahren gesündigt hatten, das konnte Napoleon, der den Wert der Marine begriff wie kein zweiter, in aller Fülle seiner Gewalt nicht wieder herstellen. Nicht der Brand von Moskau und nicht die Schlacht bei Leipzig sind sein Schicksal gewesen, sondern die Schlacht bei Trafalgar war es. Dort fochten am 21. Oktober 1805 27 englische Linienschiffe gegen 33 französische und spanische. Die Engländer verloren ihren Admiral Nelson, Napoleon die Flotte, die es ihm in sechsjähriger Arbeit soweit wieder zu erwecken gelungen war. Nach Trafalgar hat er es nie wieder dahinbringen können, eine französische Flotte zu besitzen, die stark genug gewesen wäre, um in ihrem Schutz den Versuch zur Ueberführung einer Armee nach England zu wagen — nach England, dessen Feindschaft ihn nach Spanien und nach Rußland zog, wo seine Kraft verblutete. Die Abtretung Nord-Amerikas westlich vom Mississippi an die Vereinigten Staaten (1803) ist auch nur eine Episode in dem Ringen mit England. Als Napoleon sah, daß der kurz vorher mit England geschlossene Friede von Amiens doch nicht zu halten war, gab er dem Wunsch der Amerikaner nach dem Besitz des rechten Mississippiufers nach. Er erhielt von ihnen als Preis achtzig Millionen Franken und die Neutralität der Union in dem bevorstehenden Kriege mit England. Hatte doch der amerikanische Gesandte Monroe, der spätere Präsident, nach dem die politische Monroe-Doktrin genannt ist, den Auftrag erhalten, falls Napoleon alle Verhandlungen über den Kauf ablehnen sollte, in London wegen eines amerikanisch-englischen Bündnisses gegen Frankreich anzuknüpfen. Der Louisiana-Vertrag von 1803 besiegelte die angelsächsische Zukunft Nordamerikas, an die ein Jahrhundert früher wohl noch kein Politiker in Europa oder in den Kolonien zu denken vermocht hätte. So ist es gekommen, daß die Kolonisation der großen Zukunftsländer über dem Ozean ein angelsächsisches Werk wurde und Amerika eine von den Angelsachsen beherrschte Welt, statt ein Herrschaftsgebiet der romanischen Rasse.

Aus der Epoche der Revolution und der napoleonischen Kriege ging Frankreich mit einem fast bis zur Wertlosigkeit reduzierten

Kolonialbesitz hervor. Es hatte einige Landstriche in Westafrika am Senegal, behalten, dazu die Insel La Réunion im Indischen Ozean, sowie eine Anzahl bedeutungsloser Posten in den benachbarten Meeresteilen; ein Vierteldutzend kleiner Plätze in Vorder-Indien; in Amerika Cayenne mit französisch-Guyana, aber vom einstmals so wichtigen westindischen Besitz nur noch Martinique, Gouadeloupe und einige unbedeutende Eilande; an der Küste von Neufundland waren noch die Inseln St. Pierre und Miquelon sowie gewisse Fischereirechte französisch. Damit stand Frankreich als Kolonialmacht nicht erheblich über Dänemark. 1830 erfolgte dann der wichtige Schritt der Eroberung von Algier, das aber lange Zeit hindurch überhaupt nicht zu den Kolonien gerechnet wurde und auch heute noch eine Sonderstellung unter den überseeischen Besitzungen einnimmt. Gewisse französische Interessen bestanden auch noch aus der letzten Zeit des königlichen Frankreich vor der Revolution in Annam in Hinterindien, namentlich hatten französische Missionare dort eine einflußreiche Stellung. Aus Konflikten zwischen der Mission und der einheimischen Regierung ergab sich bald nach dem Krimkriege die Notwendigkeit einer militärischen Expedition, die schließlich zu Anfang der sechziger Jahre mit der Abtretung einiger Provinzen an der Mündung des Mekong an Frankreich endete. Im westafrikanischen Senegalgebiet führte die Verwaltung des Generals Faidherbe etwa um dieselbe Zeit zu einer etwas größeren Ausdehnung der französischen Interessensphäre in das Binnenland hinein. Damals tauchten auch schon die ersten Vorläufer des Gedankens auf, die Senegalkolonie mit Algier durch eine Trans-Saharabahn zu verbinden. Wenig bedeutsam war die Besetzung einiger Punkte in der australischen Inselwelt: Neukaledonien, Tahiti usw. Als überseeische Unternehmung großen Stils kann während der ganzen Epoche zwischen 1815 und 1871 nur die Expedition Napoleons III. nach Mexiko angesehen werden, die bekanntlich mit einem vollkommenen Fehlschlag endete. Gedacht war jenes Unternehmen zweifellos als eine prinzipielle und praktische Erweiterung des französischen überseeischen Interessengebiets, aber abgesehen von dem Widerstande in Mexiko selbst war auch die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber der ganzen nicht mit Unrecht als

abenteuerlich bezeichneten Expedition eine so entschieden ablehnende, daß schon allein aus diesem Grunde der Rückzug für Napoleon eine Notwendigkeit wurde.

Vergleicht man jetzt die Kolonialpolitik und den Kolonialbesitz Frankreichs, wie sie sich nach 1871 bis heute entwickelt haben, mit den kläglichen Ueberresten, deren Besitz das wiederhergestellte Königreich nach dem Wiener Kongreß antrat, und selbst noch mit dem Zuwachs während der Restauration und des Kaiserreichs, so ist der Unterschied ein ganz enormer. Als nach dem Schlage von 1871 die erste Selbstbesinnung wiederkehrte, warf sich die französische Politik mit brennendem Eifer auf das Kolonialwesen. Natürlich muß dem psychologischen Motiv, dem Wunsch, den Verlust von Elsaß-Lothringen wett zu machen und für das geschädigte Prestige der Nation eine anderweitige Reparation zu holen, hierbei ein großer Einfluß zugestanden werden. Es ist bekannt, wieviel besonders Jules Ferry für die Kolonialpolitik getan hat und wie Bismarck die Franzosen auf jede Weise für diese Art von Revanche ermutigte und unterstützte. Von einem gewissen Zeitpunkt ab darf man innerhalb der französischen Kolonialpolitik aber den Gedanken an die Ausgleichung des Verlustes von 1870 nicht mehr so entscheidend einschätzen. Eine jede große und zielbewußte politische Aktion trägt das Gesetz in sich, daß ihre Ziele mit ihren Erfolgen wachsen, und je größer, je geschlossener die Kolonialpolitik Frankreichs wurde, je bedeutendere Resultate sie erreichte, desto bestimmter entwickelte sie sich unabhängig von anderen Rücksichten nach den inneren Normen die sich aus ihr selbst für ihr weiteres Fortschreiten ergaben. Heute nach einem Menschenalter steht das französische Kolonialreich, wenn man Rußlands Besitz in Sibirien wegen seiner ganz andersartigen Verhältnisse außer Betracht läßt, an Umfang wie an Einwohnerzahl nur dem englischen nach. Es umfaßt ungeheure Gebiete in Nord-, West- und Zentralafrika; zu Algier ist das wichtige Tunesien getreten; Madagaskar ist einverleibt; am Südausgang des Roten Meeres ist ein territorial begrenztes, aber politisch und strategisch wichtiges Gebiet okkupiert; in Asien ist ein Drittel Hinterindiens französischer Besitz geworden. Das französische Kolonialgebiet umfaßt heute auf dem Festlande von Afrika über 4½ Millionen Quadrat-

kilometer; rechnet man die dem alleinigen französischen Einfluß unterliegenden Saharagebiete hinzu, so verdoppelt sich diese Ziffer. In Asien sind es über 660 000 Quadratkilometer, in Amerika über 80 000, im Indischen Ozean und in der Südsee einschließlich Madagaskar über 620 000 Quadratkilometer; zusammen einschließlich des Saharagebiets ca. 11 Millionen Quadratkilometer mit über 50 Mill. eingeborener Bevölkerung, wovon über 28 Millionen in Afrika, über 19 Millionen in Asien, etwa ½ Million in Amerika und etwa 3 Millionen auf Madagaskar und in der Südsee. Dieser territoriale Fortschritt innerhalb 3½ Jahrzehnten ist in der Kolonialgeschichte verhältnismäßig ohne Beispiel. Aber nicht nur räumlich hat sich das Frankreich jenseits der Meere um ein Vielfaches ausgedehnt, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung sind die französischen Kolonien jetzt in raschem Aufschwung begriffen. Algier, wo die Verhältnisse nach vielen Richtungen hin schwierig lagen, und die übrigen unbedeutenden, darum auch wenig oder garnicht entwickelungsfähigen überseeischen Besitzungen, über die allein Frankreich früher verfügte, haben lange als Stütze für die Behauptung dienen müssen, die Franzosen verständen nicht wirtschaftlich zu kolonisieren. Dieser Satz sollte jetzt nicht mehr ausgesprochen werden. Indo-China und die westafrikanischen Besitzungen entwickeln sich in ihren ökonomischen Beziehungen zum Mutterlande wie zu den übrigen Gebieten des Welthandels zum Teil geradezu glänzend. Allein der Handel der hinterindischen Kolonien übertrifft weitaus den Gesamtverkehr Deutschlands mit seinen sämtlichen Besitzungen. Von Tongking aus wird die Herstellung kommerzieller Verbindungswege in das südliche China hinein mit Energie und Glück in Angriff genommen. Dahomey, Senegambien und die Länder am oberen Niger blühen dank dem großartigen und in rascher Verwirklichung begriffenen Eisenbahnnetze, mit dem die Franzosen ihren Anteil von Westafrika überziehen, von Jahr zu Jahr kräftiger empor. Die Resultate der Verwaltung von Tunis sind vortrefflich, wenn auch viel nichtfranzösische, italienische, Arbeit dazu beiträgt. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die koloniale Expansion Frankreichs, zumal in Anbetracht der geringen Zeit, die seit ihrem kräftigen Einsetzen verflossen ist, auf den entscheidenden Punkten zunächst einen

vollen Erfolg bedeutet. Es wäre ungerecht gegen uns selbst, wenn wir unseren dürftigeren Anteil an Afrika mit dem französischen Los vergleichen wollten, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß unsere Kolonialverwaltung, was die Erschließung der besetzten Einflußgebiete betrifft, von der französischen in der Verbindung von Energie, Geschick und Hingebung immer noch gut lernen kann. Einigermaßen chaotisch sind die Zustände nur noch im französischen Kongogebiet.

An sich läge die Annahme nahe, daß die Entstehung eines so ausgedehnten französisch-kolonialen Interessengebietes für Deutschland einen politischen Gewinn bedeuten müßte. Je größer die Summe der materiellen Interessen Frankreichs in seinem überseeischen Kolonialreich wird, desto natürlicher ist es, daß die Kolonien sich im Bewußtsein der gesamten Nation zu einem politischen und wirtschaftlichen Objekt entwickeln, dessen Wertsteigerung jedermann persönlich mitempfindet, und dessen Erhaltung und Sicherung immer entschiedener mitbestimmend für die Gesamtpolitik des Staates wird. Es fragt sich nur, ob eine derartige gesamtpolitische Situation existiert oder auf irgend eine Weise herbeigeführt werden kann, daß sich Frankreich für überseeische Fragen ganz besonders auf unsere Unterstützung angewiesen sehen müßte und daher um seiner kolonialen Interessen willen genötigt wäre, das Dogma von der Revanche für 1807/71 praktisch zu revidieren. Von diesem Standpunkt aus müssen wir den Franzosen ihre Kolonieen nicht nur von Herzen gönnen, sondern uns über jeden neuen Erfolg, den unsere Nachbarn nach dieser Richtung erreichen, aufrichtig freuen. Auch so weit wird man gehen dürfen, daß man die Abmilderung der Revanche-Idee in Frankreich, soweit sie vorhanden ist, nicht nur mit der allmählichen Wirkung der Zeit und mit dem Heranwachsen einer neuen Generation zusammenbringt, die den Krieg und die Niederlage nicht mehr selbst mit Bewußtsein erlebt hat, sondern auch mit dem steigenden Interesse für die Kolonien. Die entscheidende Frage ist aber erst die, ob die französische Politik, ganz abgesehen von der Rücksicht auf die Revanche und der allgemeinen europäischen Lage, für die Sicherung ihres Kolonialbesitzes nicht auch eine andere politische Anlehnung zu finden oder wenigstens zu suchen imstande

iſt, als an Deutſchland. Hierüber wird noch im weiteren Verfolg dieſes Kapitels zu reden ſein, denn vor jener drängt ſich noch eine andere Frageſtellung auf, nämlich die, ob es die Franzoſen durch die Schaffung ihres Kolonialreiches erreichen werden, in die Reihe der eigentlichen Weltvölker einzurücken und ſich dort zu behaupten? Das iſt ja auch für uns die politiſche Lebensfrage, deren Beantwortung dieſe Arbeit gewidmet iſt. An ſich wäre ihre Zahl heute noch nicht zu gering für die Aufgabe. Sie ſind zwar numeriſch der ſchwächſte der konkurrierenden Faktoren, aber mit ihren 40 Millionen ſtehen ſie noch nicht nennenswert hinter England zurück. Das Schlimme für ſie iſt nur, daß mit jedem Jahre die Diſtanz zwiſchen ihnen und den anderen dadurch größer wird, daß ſie ſtehen bleiben — jene aber wachſen! Schließlich muß, wenn es bei dieſem Gang der Dinge ſein Bewenden hat, der Moment eintreten, wo die quantitative Unterlegenheit an Menſchenmaterial ihnen verderblich wird. Dieſe Gefahr haben einſichtige und patriotiſche Leute in Frankreich durchaus erkannt. Es hat ſich eine beſondere Liga gebildet, deren Ziel es iſt, mit den Mitteln der ſtaatlichen Geſetzgebung und der aufklärenden Propaganda darauf hinzuwirken, daß der Nation als ſolcher die ungeheure Gefahr zum Bewußtſein kommt, die in dem Zweikinderſyſtem liegt, und die gemachten Vorſchläge erinnern merkwürdig an ähnliche Verſuche im kaiſerlichen Rom. Im übrigen handelt es ſich aber doch um ſehr große Unterſchiede. In dem Rom des auguſteiſchen Zeitalters galt die Kinderloſigkeit vorzüglich für die höheren Stände; im heutigen Frankreich dagegen iſt die Nation bis in ihre Tiefen an dieſem ſelbſtgewollten Uebel erkrankt, und die Demoraliſation eines ganzen Volksbewußtſeins, die ſich in der Zweikindermethode ausſpricht, wird auf dem angeſtrebten Wege noch viel weniger zu heilen ſein, als die Korruption der regierenden Schichten im alten Rom. Dagegen erſcheint es nicht als unmöglich, daß der wachſende Bedarf an europäiſchem Menſchenmaterial für die Kolonien und die allmähliche Beeinfluſſung breiterer Maſſen durch die von der Kolonialwirtſchaft ausgehenden pſychologiſchen Momente und finanziellen Gewinne wenigſtens zum Teil dazu führt, daß die franzöſiſche Normalfamilie in den materiellen Unbequemlichkeiten, die mit größerem Kinderreichtum verbunden

ſind, allmählich nicht mehr dasſelbe blaſſe Schreckgeſpenſt erblickt, wie heute. Jedermann weiß, was es für England bedeutet, daß die Kolonien einem ſo großen Teil der männlichen Jugend aus dem Mittelſtande nicht nur die Möglichkeit freier Entfaltung der Kräfte, ſondern auch eine gute Chance reichlichen Gelderwerbs gewähren. Es iſt aber ebenſo gut möglich, daß eine Rückwirkung des Kolonialbeſitzes nach der angedeuteten Richtung hin auf die Franzoſen nicht eintritt und daß die Nation dauernd von beiden Uebelſtänden behaftet bleibt: Mangel an unternehmungsluſtigem, überquellendem, das Frankreich jenſeits der Meere ausnutzendem und regierendem Menſchenmaterial und Mangel an Vermögen, den überſeeiſchen Beſitz in der Stunde der Gefahr zu verteidigen. Alsdann würde das franzöſiſche Kolonialreich von heute zwar für eine gewiſſe Zeit noch zur Quelle wachſenden Reichtums und nationalpolitiſcher Erfolge für Frankreich werden können, aber in fünfzig oder in hundert Jahren, wenn nicht früher, würde das Urteil der Geſchichte doch dahin lauten, daß es eine bloße Epiſode geweſen iſt, gleichwie die amerikaniſchen und indiſchen Beſitzungen für Spanien und Portugal eine hiſtoriſche Epiſode geweſen ſind. Der koloniale Aufſchwung nach 1870 wird dann die Franzoſen doch nicht vor dem Schickſal bewahrt haben, in den kommenden Jahrhunderten eine Rolle zu ſpielen, die im Verhältnis zur übrigen Welt derjenigen des heutigen Spaniens vergleichbar ſein wird.

Wir haben geſehen, wie die noch überwiegend von der Revanche-Idee beherrſchte franzöſiſche Politik die neue Situation, die nach der Entlaſſung Bismarcks und nach dem Aufhören des deutſch-ruſſiſchen Rückverſicherungsvertrages entſtand, zur Anbahnung eines Bündnisverhältniſſes mit Rußland ausnutzte. Wir hatten auch bereits Gelegenheit, zu betonen, daß dieſes Bündnis für die politiſche Hetzpartei in Rußland zwar auch einen ſpeziell antideutſchen Wert beſaß, daß es aber für die maßgebenden Faktoren, die Rußlands neue Finanz- und Wirtſchaftspolitik leiteten, lediglich als Hilfsmittel für die Kapitalbeſchaffung auf dem franzöſiſchen Geldmarkt in Betracht kam. In Rußland benutzte man namentlich das Gefühl politiſcher Beklemmung, das ſich während der Zeit nach 1889 in dem durch den Boulangismus tief erſchütterten Frankreich geltend

machte, um eine Periode fortgesetzter massenhafter Geldentnahme aus den Kassen der französischen Sparer zu inaugurieren — indem man dabei, ohne die geringsten bindenden Zusicherungen zu machen, als Gegenleistung den Franzosen erlaubte, sich in der Hoffnung auf militärische Mitwirkung Rußlands bei einem etwa ausbrechenden Kriege mit Deutschland zu wiegen. Die Möglichkeit einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung lag damals nach der Schnäbeleaffäre und dem ganzen wüsten Wirrwarr der Boulange in der Tat für das politische Empfinden gewisser Kreise innerhalb wie außerhalb Frankreichs nicht fern; namentlich trug dazu auch die feindselig-antideutsche bramarbasierende Haltung in den führenden Kreisen der russischen Armee und in der höheren, politisch interessierten russischen Gesellschaft bei. Nur dachten die russische Regierung und vor allen Dingen das russische Finanzministerium, das bald danach in die Hände eines überaus einflußreichen Ministers, Herrn von Witte, gelangte, in keiner Weise ernsthaft daran, das intime Verhältnis zu Frankreich kriegerisch auszunutzen. Nachdem die Bismarcksche Politik den russischen Anleihewerten die fernere Plazierung auf dem deutschen Geldmarkte aufs äußerste erschwert hatte und in England die politische Gegnerschaft Rußland gegenüber doch zu stark empfunden wurde, als daß es möglich gewesen wäre, von dorther die immensen Summen zu leihen, deren die russische Finanzverwaltung bedurfte, war Frankreich das einzige Land, in dem Rußland hoffen konnte, zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Man hat sich denn auch russischerseits nicht im geringsten geniert, die wenigstens in den breiteren Kreisen des französischen Volkes herrschende Einbildung, daß über kurz oder lang das Bündnis mit Rußland dem Gedanken der Revanche an Deutschland dienstbar gemacht werden würde, zu immer wieder erneuten und lange Zeit hindurch auch immer wieder erfolgreichen Anleihen auszunutzen. Wenn bei dem französischen Publikum auch nur eine Spur von Einsicht in die tatsächliche ökonomische Lage Rußlands vorhanden gewesen wäre, und wenn man sich in der französischen Presse die Mühe gegeben hätte, die Verwendung, welche die aus Frankreich entliehenen Geldsummen in Rußland fanden, zu kontrollieren, so hätte in kurzem jeder Zweifel darüber schwinden müssen, daß

Rußland an alles andere eher dachte als daran, ſich an einem franzöſiſchen Kriege gegen Deutſchland zu beteiligen oder Frankreich für ſich als Bundesgenoſſen nach dieſer Richtung hin aufzurufen. Es geſchah aber nichts dergleichen, und bis dann endlich wenigſtens die maßgebenden Pariſer Finanzkreiſe ſtutzig wurden und weiteren ruſſiſchen Anleiheverſuchen mit größerer Reſerve gegenüber traten, hatte die Verſchuldung Rußlands Frankreich gegenüber noch vor dem japaniſchen Kriege die ungeheure Höhe von 7 Milliarden Francs erreicht, wovon etwa der zehnte Teil auf privatwirtſchaftlich inveſtierte Kapitalien, der ganze Reſt auf Staats- und ſtaatlich garantierte Eiſenbahn-Anleihen entfiel.

Durch eine ſchwer zu verantwortende Unvorſichtigkeit ſind ſo die Franzoſen, ſelbſt abgeſehen von der Frage, ob Rußland dauernd imſtande ſein wird, ihnen das dargeliehene Geld verſprochenermaßen zu verzinſen, in die für ſie ſehr unangenehme Lage geraten, daß ſie auf das empfindlichſte an den politiſchen Schickſalen und Maßnahmen Rußlands mitintereſſiert ſind, ohne daß ſie imſtande wären, ihrerſeits auf Rußland einen maßgebenden Druck nach der Seite der Berückſichtigung ihrer Wünſche und Intereſſen hin auszuüben. Rußland dagegen beſitzt, ſo lange es den Staatsbankerott noch nicht offen erklärt hat, in ſeinem Schuldnerverhältnis zu Frankreich ein gewichtiges Preſſionsmittel, deſſen Bedeutung gegenwärtig nur dadurch abgeſchwächt wird, daß der politiſche und wirtſchaftliche Zuſammenbruch des bisher am Ruder befindlichen Syſtems für Rußlands Politik den Kreis der poſitiven Ziele, die es in auswärtigen Dingen mit Energie verfolgen könnte, in einer ſo verhängnisvollen Weiſe beſchränkt hat. Schon 1894, als ſich das Syſtem der ruſſiſchen Anleihen in Frankreich noch lange nicht zu ſeiner ſchließlichen Höhe entwickelt hatte, ſchrieb Roſcher: „Ein Staat wie Rußland, deſſen Gläubiger zum großen Teil Ausländer ſind, würde in einem durch Krieg veranlaßten Bankerott ein zwar auf die Dauer gefährliches, für den Augenblick aber zwiefach wirkſames Machtmittel beſitzen.“*) Ob mit oder ohne Krieg veranlaßt — der bevorſtehende ruſſiſche Staatsbankerott wird in jedem Falle Frankreich auf

*) Roſcher, Finanzwirtſchaft. Vierte Auflage, Seite 582.

das tiefſte in Mitleidenſchaft ziehen, und wenn es der ruſſiſchen Regierung gelingen ſollte, noch einmal für einige Jahre ihren Zahlungsverpflichtungen äußerlich nachzukommen, ſo würde ſie das zweifellos dem Umſtande zu verdanken haben, daß die Franzoſen ſich vielleicht werden verleiten laſſen, in der Hoffnung, das ſchlechte Geld doch noch zu retten, den Ruſſen noch einmal gutes Geld zu borgen. Vom Standpunkt des deutſchen Intereſſes aus geſehen, war dieſe Sachlage ſo lange günſtig, wie die Möglichkeit eines ruſſiſch-franzöſiſchen Krieges gegen Deutſchland praktiſch exiſtierte, wenn ſie auch an ſich wenig wahrſcheinlich war, da Rußland im Ernſt gar nicht daran dachte, den Franzoſen Waffenhilfe gegen uns zu leiſten. Jetzt, nachdem jene Möglichkeit für abſehbare Zeit überhaupt aus den Erwägungen der großen Politik ausſcheidet — für ſo lange, wie Rußland durch ſeine wirtſchaftliche und politiſche Kriſis an auswärtigen Aktionen verhindert iſt — hat es für uns weniger Intereſſe, wie man ſich in St. Petersburg mit Frankreich finanziell auseinanderſetzt. Jetzt iſt nicht mehr die finanzielle Verſchuldung bei Frankreich, ſondern das abſolute innere Unvermögen der maßgebende Faktor für Rußlands Verhalten nach außen hin.

Welche Schritte hat nun die franzöſiſche Politik, nachdem die Wertloſigkeit des Zweibundes über allen Zweifel hinaus klar vor Augen ſtand, tun zu müſſen geglaubt, um eine neue Kombination im Sinne der Intereſſen Frankreichs herzuſtellen? Die alte ging aus und war beherrſcht von der Idee der auf jeden Fall bevorſtehenden endgültigen Abrechnung mit Deutſchland, und wie ſehr die Revanche-Idee in jener Zeit die franzöſiſche Politik bedingte, zeigte ſich damals, als Frankreich 1896 nach dem Telegramm des deutſchen Kaiſers an den Präſidenten Krüger den Engländern für den Fall eines Konfliktes mit Deutſchland ſofort mit jener bekannten Wendung das Bündnis anbot: Frankreich nehme an, man wiſſe in England, daß es nur einen Feind habe! Die neue politiſche Kombination, auf die man von ſeiten einer ſtarken Partei in Frankreich hindrängte, nachdem das ruſſiſche Bündnis ſeines Gehaltes entleert war, wird am ſchlagendſten durch den Plan Delcaſſés bezeichnet, den Revanchekrieg gegen Deutſchland, der nun im Bunde mit Rußland nicht mehr zu haben war, im Verein mit England ins Werk

zu ſetzen. Es wiederholt ſich hier alſo gewiſſermaßen der Verſuch, den man ein halbes Menſchenalter früher mit Rußland gemacht hatte, als der Kaiſer Alexander III. in Kopenhagen jene gefälſchten Briefe in die Hand geſpielt erhielt, die ihn von der inneren Feindſeligkeit und den verhüllten Angriffsplänen der Bismarckſchen Politik gegenüber Rußland überzeugen ſollten. Damals wollte man Rußland dazu bringen, daß man es gegen uns mit marſchieren ließ, und zu Delcaſſés Zeit hoffte die Kriegspartei in Frankreich auf England. Der Unterſchied zwiſchen 1889 und 1905 war nur der, daß es damals die verantwortliche Leitung der franzöſiſchen Politik war, die ſich hätte bereit finden laſſen, den Krieg ins Werk zu ſetzen — daß jetzt aber Delcaſſé im entſcheidenden Augenblick von ſeinen Regierungskollegen im Stich gelaſſen und geopfert wurde. Angenommen alſo, was an ſich auch noch keineswegs feſtſteht, daß es vor Algeciras nur an dem Entſchluß der franzöſiſchen Regierung gehangen hätte, ob ſie den Krieg mit Deutſchland im Bunde mit England haben wollte oder nicht, ſo ſehen wir, daß die Entſcheidung diesmal im Sinne eines vorläufigen Verzichts auf die Revanche ausgefallen iſt. Haben wir hierin ein Abklingen der Revanche-Idee als ſolcher zu erblicken, oder ein bloßes Zurückweichen der Franzoſen vor der Unſicherheit des Ausganges? Ein bloßes Mißtrauen gegen die Sicherheit des Bündniſſes mit England, oder den Zweifel, ob man ſich denn überhaupt und auf alle Fälle noch einmal mit uns ſchlagen müſſe?

Um die richtige Antwort auf dieſe Frage zu finden, werden wir davon auszugehen haben, daß Frankreich in ſeinem gegenwärtigen Bündnisverhältnis mit England von Anfang an nicht als der führende Teil erſcheint, ſondern als der geführte. Ebenſo wie es 1890 von Rußland dienſtbar gemacht wurde, um die Koſten für die Neuorganiſation des ruſſiſchen Wirtſchaftslebens und für die ruſſiſche Weltpolitik in Oſtaſien vorzuſchießen, ſo hat es jetzt ſich bereit finden laſſen müſſen, eine Figur der engliſchen Weltpolitik zu werden. Auf der andern Seite iſt es, wie damals für Rußland, ſo heute für England innerhalb des von König Eduard VII. verfolgten politiſchen Syſtems unentbehrlich. Es liegt aber ein großer Unterſchied darin, was ſeinerſeits Rußland für das Bündnis bot, oder, genauer geſagt,

ohne positives Engagement seinerseits den Franzosen zu hoffen erlaubte, und was heute die unmittelbare Unterlage des englisch-französischen Einverständnisses bildet. 1890 war es klar und einfach der Gedanke an den Krieg mit Deutschland, sei es als Angriffsunternehmen zum Zweck der Revanche, sei es als Verteidigungskrieg gegen ein deutsches Präventivunternehmen. Das englisch-französische Abkommen von 1905 dagegen hat freilich auch Frankreichs allgemeine Anlehnungsbedürftigkeit zur Voraussetzung, aber es ist zunächst über ein ganz anderes Objekt geschlossen, und zwar ein kolonialpolitisches: Marokko. Dabei unterließen es die beiden vertragschließenden Teile, Deutschland in der notwendigen Weise mit heranzuziehen. Die deutsche Politik protestierte gegen die einseitige Behandlung einer derartigen Angelegenheit, an der sie formell und materiell mit interessiert war, und nun handelte es sich darum, ob Frankreich entschlossen war, diesen akuten Konfliktsfall, gestützt auf das Bündnis mit England, zur Ausfechtung des alten Spahns mit uns zu benutzen. Bekanntlich hat Delcassé, einige Wochen nach seinem Rücktritt, im Juli 1905 in der Pariser Zeitung „Gaulois" sich folgendermaßen über seine Politik und über die entscheidende Sitzung des Ministerrats, in der die Wahl gegen den Krieg und für den Frieden mit Deutschland fiel, ausgesprochen: „Frankreich muß mit England, seinem besten Käufer, ein Bündnis schließen. Frankreich kann England die Herrschaft zur See nicht streitig machen; deshalb ist es das Klügste, sich vor der Vernunft zu beugen und in Rechnung zu ziehen, welchen Wert der englische Beistand in gewissen Fällen für Frankreich haben kann. Dieser Beistand nun hätte den Wert für Frankreich, daß Deutschland in die Unmöglichkeit versetzt werden würde, ihm den Krieg zu erklären. Denn was vermöchte im Falle eines Krieges, in dem England mit Frankreich ginge, die deutsche Flotte? Was würde aus den Häfen, dem Handel und der Handelsmarine Deutschlands werden? Eine vollständige Vernichtung derselben wäre die Folge. . . . Die Entente zwischen Frankreich und England bedeutet außerdem die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Rußland und England."*)

*) Vergl. Schultheß-Roloff, Europäischer Geschichtskalender Jahrgang 1905 Seite 215 f.

Delcaſſé ſchildert ſodann die Miniſterratsſitzung, in der er ſeine Entlaſſung gab. Darnach hätte er in dieſer Sitzung ſeine auf das Bündnis mit England baſierten Pläne auseinander geſetzt, worauf die übrigen Miniſter erſchreckt erwiderten: „Aber dann wird uns Deutſchland angreifen.“ Hierauf habe er, Delcaſſé, erklärt: „Nun ſo mag es uns ſchließlich angreifen, wir ſind in der Lage, zu antworten.“ Dieſe Darſtellung entwickelt den Standpunkt der franzöſiſchen Kriegspartei. Es iſt intereſſant, dem gegenüber den Gedankengang der Mehrheit innerhalb des franzöſiſchen Miniſteriums, wie er in einer offiziöſen Auslaſſung des Temps*) dargelegt wurde, kennen zu lernen:

„Man hat die Frage aufgeworfen, ob England uns die Regelung unſeres Streites mit Deutſchland (wegen Marokko) erleichtern, oder ob es im Gegenteil durch ſeinen Widerſtand oder ſeine Obſtruktion dieſe Regelung erſchweren werde. Auf dieſe Frage kann man zweifellos antworten, daß ein Teil der engliſchen öffentlichen Meinung vielleicht einen baldigen Krieg gewünſcht hätte, um Deutſchland zur See noch vor ſeiner vollen Entwicklung zu ſchlagen, und daß die Unterſtützung ſeitens Frankreichs in einem ſolchen Kriege für England nützlich wäre. Aber wenn England einen ſolchen Plan wirklich gefaßt hätte, ſo müßte es ſich doch ſagen, daß eine große Nation wie Frankreich Herrin ihrer Entſchließungen iſt, und ſich nicht in einen Krieg einlaſſen könnte, um die Geſchäfte einer dritten Macht zu beſorgen. Darüber kann es in Frankreich nur eine einzige Anſicht geben. Und wenn wir über die glückliche Regelung unſerer kolonialen Schwierigkeiten mit England erfreut waren, ſo konnte dieſes genau umgrenzte Abkommen uns nicht weiter fortreißen, da ja überdies eine engliſche Allianz nach dem Geſtändnis der Engländer ſelbſt nicht imſtande ſei, uns kontinentale Bürgſchaften zu leiſten, welche wir anderwärts (lies: bei dem bankerotten und aktionsunfähigen Rußland) ſuchen müßten.“

Hier haben wir es alſo in einer [illegible] Seite ſelbſt vorgenommenen Form[illegible] gegenwärtig ein poſitiver und ein [illegible] Politik in ihrer gegenſätzlichen Wir[illegible]

*) Schultheß-Roloff, Seite 214.

ſicht auf die neue Lage und die gegenwärtigen Geſamtintereſſen Großfrankreichs diesſeits und jenſeits des Meeres, und die alte hypnotiſche Befangenheit in der Idee der Revanche für den Frankfurter Frieden. Für den flüchtigen Blick verwiſcht ſich dieſe Differenz dadurch bis zu einem gewiſſen Grade, daß Delcaſſé bereit war, gerade ein Objekt der überſeeiſchen Expanſion, Marokko, zum Anlaß zu nehmen, um den Konflikt mit Deutſchland entbrennen zu laſſen. Man braucht ſich aber nur mit nüchterner Ueberlegung zu fragen, ob für Frankreich die augenblickliche Anerkennung des franzöſiſchen Protektorates über Marokko allein für ſich ſchon ein hinreichender Grund zu einem Waffengang auf Tod und Leben mit Deutſchland iſt, um ſofort zu erkennen, daß das tieferliegende Moment der Delcaſſéſchen Politik nicht Marokko, ſondern das Revancheprinzip war, d. h. die Hoffnung, mit Hilfe Englands Deutſchland ſoweit niederzukämpfen, daß Frankreich nicht nur ſeine Genugtuung für 1870/71 erhielt, ſondern auch wiederum die politiſche Hegemonie auf dem ganzen Feſtlande von Mittel- und Weſteuropa. Auf Delcaſſés Vorſchläge antworteten die übrigen Miniſter: dann wird Deutſchland uns angreifen! Jener antwortete: mag es — wir können hoffen, den Angriff ſiegreich zu beſtehen! Man würde fehlgehen, wenn man die Ablehnung dieſer Politik durch die Mehrheit des Miniſterrats ausſchließlich für nichts als einen Ausdruck der Beſorgnis anſehen würde, daß Frankreich zu Lande von Deutſchland abermals entſcheidend geſchlagen werden könnte. Ebenſo ſehr wie dieſe Sorge vor der Unſicherheit des Ausgangs uns gegenüber hat für den Ausfall der Entſcheidung gegen die Delcaſſéſche Politik jene andere Erwägung beigetragen, daß Frankreich ſich nicht in einen Krieg gegen Deutſchland einlaſſen könne, um die Geſchäfte Englands zu beſorgen. Der Miniſterpräſident Rouvier, ſeine Kollegen und der Präſident der Republik mußten ſich natürlich ſagen: daß Frankreichs überſeeiſche Stellung nach einem gemeinſam mit England gegen Deutſchland geführten Kriege auf jeden Fall vollſtändig von der Gnade Englands abhängen würde. Wenn England wie durch den Sieg der Japaner von der ruſſiſchen, ſo durch einen glücklichen Koalitionskrieg im Bunde mit Frankreich auch noch von der deutſchen Sorge befreit wäre, dann bliebe, da die Möglichkeit zur Inſchach-

haltung der Amerikaner durch das Bündnis mit Japan stets vorhanden ist, in der Tat für absehbare Zeit keine Macht auf dem Erdball mehr übrig, um deretwillen die englische Politik selbst in ihren höchstfliegenden imperialistischen Zielen jenseits des Ozeans irgend welche Schranken zu respektieren brauchte. So wählte die französische Regierung den einzig richtigen und verständigen Weg: sich nachträglich, gestützt auf die Assistenz Englands und den ganzen Kreis der englischen „Einverständnisse" auf dem Wege einer diplomatischen Konferenz mit Deutschland über Marokko auseinander zu setzen. Man durfte annehmen, daß es auch auf diese Art gelingen würde, eine faktisch bevorrechtete Stellung in Marokko und die Anwartschaft auf ein weiteres Vordringen innerhalb dieser Sphäre zu erhalten — eine Annahme, in der sich Frankreich zunächst bekanntlich nicht getäuscht hat. Die französische Politik hat inbetreff Marokkos, abgesehen von dem Versuch, Deutschland von vornherein in brüskierender Weise aus der Erledigung der marokkanischen Frage auszuschalten, nur den einen Fehler gemacht, daß sie zu wenig mit der inneren Feindschaft und der Widerstandskraft der muhammedanischen Bevölkerung Marokkos gegen ihr Vordringen gerechnet hat, und das, obwohl die Erfahrungen, die man unter ähnlichen Verhältnissen in Algier gemacht hatte, durchaus geeignet waren, zur Vorsicht zu mahnen. Bekanntlich entwickelte sich die Eroberung Algiers daraus, daß der Dey von Algier 1830 Genugtuung für eine dem französischen Gesandten angetane Beleidigung verweigerte. Nachdem Algier beschossen und erobert war und der Dey sich ergeben hatte, hätte Ludwig Philipp das Land am liebsten wieder geräumt, aber die öffentliche Meinung in Frankreich forderte mit aller Bestimmtheit, daß Algier behalten werden solle. Die eigentliche Eroberung des Landes dauerte von 1830—1847, während welcher Zeit die französische Armee dort allmählich bis auf beinahe hunderttausend Mann gebracht werden mußte. Während der ersten Jahre war die Zahl der Niederlagen, welche die Franzosen erlitten, größer als die ihrer Erfolge. Schon damals kam es zu Gewaltmaßregeln gegen Marokko, von wo aus die algerischen Aufständischen Hilfe erhielten: 1844 bombardierte eine französische Flotte die beiden marokkanischen Häfen Tanger und Mogador. Auch der finanzielle

Aufwand, den Algier den Franzosen verursacht hat, ist ungeheuer; er beträgt insgesamt mehr als die ganze Kriegsentschädigung von 1871, und die Einnahmen, die ihm gegenüber stehen, sind bis in neuere Zeit nur gering gewesen. Auf die beinahe zwei Jahrzehnte umfassende Periode der Eroberung der neuen Kolonie folgte ein mehr als dreißigjähriger Zeitraum, während dessen fortwährend Aufstände zu bekämpfen waren. Erst seit dem Anfang der achtziger Jahre hat in Algier verhältnismäßige Ruhe geherrscht, aber noch heute kann nicht die Rede davon sein, daß die französische Herrschaft über die großen Küstenstädte und über die beschränkten Gebiete unmittelbarer Kolonisation hinaus innerlich gefestigt ist. Die Erfahrungen mit Algier liegen aber jenseits der Erinnerung vieler Politiker von heute in Frankreich. Man denkt jetzt weniger an Algier, als an die einfache, mit ganz geringen Menschen- und Geldopfern vollzogene Okkupation von Tunis. Von Marokko heißt es ja immer, es solle „tunifiziert" werden. Die Okkupation von Tunis hat eine einmalige militärische Expedition erfordert, die 45 000 Mann und 6 Monate umfaßte; darnach wurde sofort mit dem System der sogenannten Pénétration pacifique begonnen, mit dem Erfolg, daß Tunesien neben der großen politischen Bedeutung seines Besitzes gegenwärtig auch in ökonomischer Beziehung einer der wertvollsten Bestandteile des französischen Kolonialreichs ist. So glaubte man nun auch bei Marokko das Ziel der Angliederung des Landes an den übrigen nordafrikanischen Kolonialbesitz, nachdem einmal ein faktischer Rechtstitel geschaffen wäre, ohne große Schwierigkeiten auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung" erreichen zu können. Diese Rechnung hat aber den Fehler, daß sie die Marokkaner falsch einschätzte.

Für die deutsch-französische Politik ist eine fundamentale Frage vom deutschen wie vom französischen Standpunkt aus die nach dem gegenseitigen kriegerischen Kräfteverhältnis. In dieser Beziehung ist die öffentliche Meinung bei uns in Deutschland leider zum großen Teil nicht richtig informiert, und die unzutreffende Vorstellung von dem voraussichtlichen Gang eines zukünftigen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich beeinflußt in bedenklicher Weise auch das populäre politische Kalkül. Man geht aus von der Tatsache,

daß England in erster Linie mit Frankreich und außerdem noch mit einer Reihe anderer Mächte eine Verständigung zustande gebracht habe, die sich gegen Deutschland richte, sei es mit dem schließlichen Ziel eines bewaffneten Angriffs auf uns, sei es mit der Absicht, uns durch den bloßen Druck der absoluten politischen und militärischen Uebermacht im entscheidenden Augenblick eine Niederlage ohne bewaffneten Austrag zu bereiten. Ist dem so, dann müssen wir, so wird weiter argumentiert, etwa folgendermaßen handeln. Wir halten Frieden, so lange es geht. Greift man uns an oder mutet uns England, gestützt auf seine Bündnisse und seine Flotte, ein direktes Nachgeben gegen unser Lebensinteresse zu, dann haben wir allerdings wenig Aussicht, direkt an die Engländer heranzukommen, weil ihre Marine, zumal im Verein mit der französischen, der unsrigen absolut überlegen ist — aber wir halten uns an Frankreich als an ein Faustpfand. Frankreich, meint man, ist uns militärisch sicher unterlegen; der Krieg würde eine Wiederholung von 1870/71 sein, nur wahrscheinlich mit dem Unterschied, daß wir noch schneller und gründlicher als damals mit dem Gegner fertig werden. Wenn wir dann Frankreich niedergeworfen und einen genügenden Teil des Landes okkupiert haben, dann richten wir uns dort so lange häuslich ein, bis die Franzosen klein beigeben und uns alle Kriegskosten einschließlich des Wertes unserer von England vernichteten Handelsflotte bezahlen. So die populäre Argumentation. Diese Rechnung ist aber in doppelter Beziehung, in militärischer wie in politischer, mit sehr starken Fehlern behaftet. Angenommen, der Krieg würde wirklich mit einem so entscheidenden Siege über Frankreich enden, daß wir in der Lage sind, den Franzosen das Messer an die Kehle zu setzen und sie zu zwingen, daß sie bezahlen, was wir ihnen abverlangen, so erhebt sich folgende politische Erwägung. Rußland ist aus finanziellen und anderen Gründen auf absehbare Zeit hinaus für sich selbst aktionsunfähig. Ist außerdem auch Frankreich zerschmettert, dann hätten wir die unbedingte militärische Diktatur auf dem Festlande von Europa. Kein Staat, auch keine Kombination von Staaten, wäre hier imstande, uns entgegenzutreten. Diese Aussicht würde aber genügen, um schon während des Fortganges des Krieges mit England die übrigen

europäiſchen Mächte dahin zu bringen, daß ſie ſich gegen uns vereinigen. Dieſer Erwägung wohnt aus dem Grunde ein hoher Grad von Sicherheit inne, weil es ein unbedingtes Lebensintereſſe aller Großſtaaten iſt, ſich gegen die abſolute Uebermacht eines einzigen unter ihnen im voraus zu wehren. Wir würden alſo, auch wenn wir die Franzoſen militäriſch vollſtändig beſiegen, nicht dahin gelangen, ihnen einen Frieden zu diktieren, der uns in der vorher ausgeführten Weiſe für alle Verluſte England gegenüber ſchadlos hält. Darum iſt es außerordentlich gefährlich, wenn man ſich bei uns in weiteren Kreiſen von dieſer Idee einer Fauſtpfandſchaft Frankreichs in verwirrender Weiſe gefangen nehmen läßt.

Die Idee iſt aber nicht nur politiſch unmöglich, ſondern ſie unterliegt auch recht ſtarken militäriſchen Einwänden. Dieſe Einwände laſſen ſich dahin zuſammenfaſſen, daß wir Frankreich heute, wenn überhaupt, ſo nicht mit geringerer, ſondern wahrſcheinlich mit viel größerer Anſtrengung werden niederzukämpfen haben, als 1870/71. Die Franzoſen wiſſen, daß ſie uns gegenüber wegen unſerer zahlenmäßigen Ueberlegenheit, unſerer ſchnelleren Mobilmachung und unſerer günſtigeren Aufmarſchverhältniſſe keinen Offenſiv-, ſondern zunächſt einen Defenſivkrieg würden führen müſſen. Darauf iſt auch ihr ganzer militäriſcher Plan aufgebaut. Man weiß bei uns im allgemeinen, daß die franzöſiſche Oſtgrenze ſtark befeſtigt iſt, aber man weiß nicht, eine wie ſtarke Wehr dieſes Befeſtigungsſyſtem in ſeinem heutigen Zuſtande darſtellt. Es ſieht in den Grundzügen etwa ſo aus. Zwei parallele Verteidigungslinien ziehen von der Schweizer an der deutſchen und belgiſchen Grenze entlang. Die erſte Linie umfaßt Deutſchland gegenüber die Feſtungen Verdun, Toul, Epinal und Belfort. Dahinter liegen Reims, Langres, Beſançon und Dijon; außerdem noch eine große Menge kleinerer Plätze und Sperrforts. Der belgiſchen Grenze gegenüber liegen in der erſten Linie Lille, Valenciennes, Maubeuge, Montmédy, Longwy; in der zweiten La Fère und Laon. In dieſer doppelten, durch Befeſtigungen niederer Ordnung zu einem großartigen einheitlichen Syſtem verbundenen Verteidigungslinie öffnen ſich zwei große und auffallende Lücken: die nördliche zwiſchen Verdun und Montmédy-Longwy an der belgiſchen Grenze, die ſüdliche zwiſchen

Toul und Epinal. Die erste Lücke ist ca. 30, die andere ca. 50 Kilometer weit. Diese Zwischenräume sind mit Absicht offen gelassen und frei von permanenten Befestigungen. Dagegen sind die Vorbereitungen für die Aufnahme gewaltiger Defensiv-Feldschlachten in ihnen soweit durchgeführt, daß sogar die einzelnen Batteriestände für die französische Artillerie bestimmt und daß die genauen Entfernungen der für den voraussichtlichen oder möglichen Gefechtsgang in Betracht kommenden Punkte vermessen sind. Alljährlich wird in diesen vorbereiteten Stellungen unter verschiedenen Voraussetzungen für den Einzelfall manövriert, und wenn es natürlich auch nicht möglich ist, auf diese Weise die zukünftige Wirklichkeit auf jeden Fall vorweg zu nehmen, so sammelt sich doch ein sehr bedeutendes und den Franzosen zweifellos zu großem Vorteil gereichendes Erfahrungsmaterial an. Die großen Festungen in diesem System sind nicht mehr als befestigte Plätze im früheren Sinne, sondern eher als ganze befestigte Landschaften anzusehen, und sie sollen dem Zweck dienen, den französischen Armeen, die uns zwischen ihnen in der Defensive entgegentreten werden, als Stützpunkte und stark gedeckte provisorische Rückzugsstellungen zu dienen. Ein zukünftiger deutsch-französischer Krieg würde also voraussichtlich mit derartigen Riesenschlachten in den Lücken des Befestigungsgürtels beginnen, wie sie der russisch-japanische Krieg am Schaho und bei Mukden gezeigt hat, wo auf beiden Seiten Hunderttausende von Kämpfern und Tausende von Geschützen tage- ja wochenlang gegen einander rangen. Die Erfahrungen des ostasiatischen Krieges haben aber auch gezeigt, wie schwer unter solchen Umständen eine wirkliche Entscheidung zu erzwingen ist. Auch wenn wir die Franzosen in derartigen Feldschlachten besiegen, so können wir sie nicht vernichten, weil ihnen jedes Mal unmittelbar zur Rechten, zur Linken oder nach rückwärts eine große Festung zur Aufnahme offen steht. Diese doppelte Kette moderner Riesenfestungen zu belagern und einzunehmen, würde uns von vornherein sehr viel Zeit kosten und unabsehbare Kräfte auf lange hinaus festlegen. Die militärische Vernichtung des Gegners ist auf diese Weise so sehr erschwert, daß sich der endliche Ausgang weder zeitlich noch prinzipiell vorher bestimmen läßt.

Dahinter erhebt ſich als das letzte Bollwerk das ungeheure Befeſtigungsſyſtem von Paris. Der äußere Fortsgürtel von Paris liegt heute da, wo 1870 unſere letzten rückwärtigen Poſten und Feldwachen gegen die von Norden und Süden herandrängenden Entſatzarmeen der Franzoſen ſtanden. Zur Einſchließung der heutigen Feſtung Paris würden weit über eine halbe Million Mann und zu ihrer Niederkämpfung ein unendlicher Belagerungspark und ein gar nicht abzuſehender Zeitraum oder gewaltſame Opfer gehören, die ſich auch nicht andeutungsweiſe ſchätzen laſſen und deren Einſatz vielleicht doch vergeblich wäre. Auszuhungern, wie es 1871 geſchah, würde Paris diesmal kaum binnen Jahresfriſt ſein, und ſelbſt bei der höchſten Bewertung der Tapferkeit und Hingabe unſerer Truppen und der Tüchtigkeit unſerer Führung könnte der bloße Gedanke an die forcierte Beſtürmung einer ſolchen Verteidigungslinie auch den kaltblütigſten Militär und Politiker nur mit Grauen vor dem Ausgang erfüllen. Ebenſo wenig aber wie 1871 würde es in einem zukünftigen Kriege möglich ſein, Frankreich niederzuringen, ohne die Einnahme von Paris.

Die militäriſche Wahrſcheinlichkeit im Falle eines Krieges, der Deutſchland und Frankreich als Gegner ſieht, läßt ſich alſo ziemlich beſtimmt dahin zuſammenfaſſen, daß ein ſchneller und entſcheidender Sieg unſererſeits nicht erwartet werden kann und ebenſo unwahrſcheinlich wie die Wiederholung der militäriſchen Ereigniſſe von 1870/71 iſt die der damaligen politiſchen Lage, die es uns erlaubte, in erſter Linie infolge der ruſſiſchen Rückendeckung und der mangelnden Bereitſchaft Oeſterreich-Ungarns, die drohende Einmiſchung der europäiſchen Diplomatie hintanzuhalten. Auch die Reſpektierung oder Nichtreſpektierung der Neutralität Belgiens und Hollands von Seiten der kriegführenden Parteien würde an dem militäriſchen Ergebnis nach der eben bezeichneten Seite hin nichts Weſentliches zu ändern imſtande ſein.

Ebenſo wenig aber hat Frankreich in einem mit England gemeinſam gegen uns unternommenen Kriege Ausſicht auf einen vollkommenen Erfolg im Sinne der Wiederherſtellung ſeiner Stellung innerhalb des europäiſchen Konzerts, wie ſie in der Zeit zwiſchen der Beendigung des Krimkrieges und der Schlacht von Königgrätz

bestand. Es kann nicht im entferntesten daran denken, Deutschland zu Lande gemeinsam mit England soweit zu besiegen, daß ein Frieden mit dem Ergebnis der Rückgabe Elsaß-Lothringens auch nur in Frage käme. Wenn es zweifelhaft ist, ob wir imstande sind, die Franzosen in absehbarer Zeit entscheidend niederzuringen, so ist es nicht nur zweifelhaft, sondern höchst unwahrscheinlich, daß es jenen gelingt, den Kriegsschauplatz anders als ganz vorübergehend auf die Ostseite der Vogesen oder vollends gar auf das rechte Rheinufer hinüber zu verlegen. Selbst angenommen, daß England als Bundesgenosse Frankreichs den deutschen Seehandel, die deutsche Flotte und die deutsche Kolonialmacht vernichtet, und daß es bereit ist, beim Friedensschluß die afrikanische Beute aus unserem Besitz mit Frankreich zu teilen, so kann von dort aus noch lange kein solcher Druck auf uns ausgeübt werden, daß wir darüber Elsaß-Lothringen fahren lassen müßten. Auch die schärfste und längste Blockade der deutschen Nord- und Ostseehäfen erlaubt uns immer den Gegenzug, daß wir zwar nicht halb Frankreich, wohl aber Belgien als Faustpfand für einen erträglichen Frieden setzen. Militärisch sind wir dazu ohne weiteres in der Lage und für England kann die Wahl zwischen der Alternative, ob es lieber Elsaß-Lothringen oder die Scheldemündungen deutsch sieht, nicht einen Augenblick zweifelhaft sein.

So sehen wir also, daß die französische Regierung unter dem Gesichtspunkt der eigenen wohlverstandenen Interessen vollkommen richtig handelte, als sie den Delcassismus ablehnte. Rein militärisch braucht sich Frankreich im Bunde mit England vor dem Waffengang mit Deutschland in keiner Weise zu fürchten, und wenn es sich der Gefahr gegenüber sehen würde, von unserer Seite angegriffen zu werden, so hätte Delcassés hingeschleudertes Wort: „wir sind in der Lage zu antworten," seine volle Berechtigung. Für einen Angriffskrieg Frankreichs gegen Deutschland ist aber, wie sich aus den bisher vorgetragenen Darlegungen ergibt, gar kein Objekt vorhanden, das für die Franzosen des Einsatzes wert wäre. Elsaß-Lothringen und die militärische Superiorität auf dem Festlande von Europa haben sie in keinem Falle Aussicht, für sich zurück zu gewinnen. Müssen wir nach einem Kriege mit ihnen und England

einen nachteiligen Frieden ſchließen, ſo iſt der einzige Preis für ſie der, daß ſie ſich in Marokko ſoweit häuslich einrichten können, wie England das auf die Dauer für gut befindet, und daß ſie von unſeren afrikaniſchen Kolonien ſoviel abbekommen, wie England ihnen bewilligt. Im übrigen ſind ſie dann, wie eingangs betont, nicht nur mit Marokko, ſondern mit ihrem geſamten überſeeiſchen Beſitz der engliſchen Politik auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. England allerdings hätte allen Grund, über ein ſolches Ergebnis zu triumphieren. Der franzöſiſche Miniſterpräſident Rouvier, der nach Delcaſſés Rücktritt im Juni 1905 zeitweilig auch das Miniſterium der Auswärtigen Angelegenheiten übernahm, hat dieſe Einſicht mit ſeinem weiter oben bereits zitierten Satz in vortrefflicher Weiſe zum Ausdruck gebracht: „Wenn England einen ſolchen Plan wirklich gefaßt hätte, müßte es ſich doch ſagen, daß eine große Nation wie Frankreich Herrin in ihren Entſchließungen iſt und ſich nicht in einen Krieg einlaſſen könnte, um die Geſchäfte einer dritten Macht zu beſorgen.“ Die Hoffnung auf eine wirkliche Revanche von 1870—71 nicht nur im Sinne der Wiederherſtellung der franzöſiſchen Waffenehre in einem neuen Gange gegen uns, ſondern zur Erneuerung der politiſchen Vormachtſtellung Frankreichs in Weſt- und Mitteleuropa iſt mit dem ruſſiſchen Zuſammenbruch endgültig zu Grabe getragen. In einem ruſſiſch-franzöſiſchen Kriege gegen Deutſchland hätte es, wiewohl wir auch bei dieſer Kombination hoffen durften, uns mit Glück unſerer Haut zu erwehren, doch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit gelegen, daß es den Verbündeten gelang, uns in Berlin einen Frieden zu diktieren, der das Ergebnis von Frankfurt zerriß und Frankreich die Rheingrenze wiedergab. Seit den Schlachten von Tſuſchima und Mukden iſt dieſe Möglichkeit keine Möglichkeit mehr. Der Delcaſſismus war darum für Frankreich nicht eine Politik des patriotiſchen Wagemuts, ſondern einer patriotiſchen Kurzſichtigkeit: der Kurzſichtigkeit in dem doppelten Sinne, daß er weder den günſtigſten Falles zu erlangenden Siegespreis ſeinem wahren Werte nach einzuſchätzen vermochte, noch ein richtiges Augenmaß für den Unterſchied franzöſiſcher Politik im Sinne franzöſiſcher und im Sinne engliſcher Intereſſen beſaß. Dieſe Abhängigkeit, in die das von Delcaſſé verfolgte und errichtete engliſch-

französische Einverständnis die Politik Frankreichs gegenüber den Zielen Eduards VII. brachte, setzt sich aber doch, wenn auch in einem für Frankreich nicht mehr so gefährlichen Maße, bis heute fort. Frankreich ist für die Einkreisungsabsichten des englischen Königs gegen Deutschland ein schlechthin unentbehrliches, ja das vornehmste Glied in der Kette. Frankreich wünscht freie Hand in Marokko. England sagt ihm seine Unterstützung in diesem Punkte zu, gewährt noch einige andere ganz nebensächliche Konzessionen auf kolonialem Gebiet, läßt sich von den Franzosen ihren endgültigen Verzicht auf weitere Mitwirkung bei der Regelung der ägyptischen Angelegenheit bescheinigen und ermutigt Herrn Delcassé zur Brüskierung Deutschlands wegen Marokko. Das vorläufige Resultat ist die Konferenz von Algeciras. Das was die französische Politik dort erreicht hat, möglicherweise selbst noch mehr, hätte sie, ohne sich auf die von Delcassé befolgte Methode mehr als ihren eigenen den englischen Interessen dienstbar zu machen, sicher auch auf einem anderen Wege erreichen können. Es bedarf keines großen Scharfsinnes, um einzusehen, daß für uns jede Aussicht auf Neuordnung unseres Verhältnisses zu Frankreich, bei der die Revision des Frankfurter Friedens außer Frage bleibt, nicht nur diskutabel, sondern im höchsten Grade wünschenswert erscheinen muß.

Man hat gesagt, die Welt würde von den Leuten regiert, die über sechzig Jahre alt sind. Das mag für Deutschland gelten; für Frankreich und die übrigen romanischen Länder wird man diese Altersgrenze um zehn Jahre herabsetzen müssen. Immerhin ist in Frankreich jetzt noch eine Generation politisch am Ruder, die die Schlacht von Sedan, die Uebergabe von Paris und den Verlust der Rheingrenze schon mit erwachsenem Verständnis miterlebt hat. Daß die Wunde von 1870/71 bei ihr immer noch brennt, werden wir nicht nur begreifen, sondern als eine Aeußerung des Patriotismus und des nationalen Ehrgefühls achten müssen. Wir werden es auch wohl begreifen, daß das, was uns zur besonderen Befriedigung gereicht, das Aufhören des materiellen und moralischen Druckes, der von der Möglichkeit des Zweifrontenkrieges gegen uns ausging, für die politische Intelligenz Frankreichs eine harte Wahrheit ausmacht. Harte Wahrheiten sind aber, weil sie hart sind, nicht

weniger wahr, als erwünſchte. Der Delcaſſismus iſt das Aufbäumen der alten politiſchen Doktrin, die nach Bismarcks Entlaſſung in den Flottenentrevuen von Kronſtadt und Toulon und dem Beſuch des Zarenpaares in Paris die Saat ihrer Hoffnung keimen zu ſehen glaubte, gegen das Ergebnis der japaniſchen Exekution an dem ruſſiſchen Bundesgenoſſen. Dieſe Exekution wird noch ein Nachſpiel haben, wenn die zehn Milliarden, die Frankreich an Rußland geliehen hat, eines Tages ſtatt mit ihrem Nominalwert mit ihrem wirklichen Barwert erſcheinen werden. Wir müſſen uns aber vor dem Irrtum in acht nehmen, als ob für die auswärtige Politik Frankreichs keine anderen Faktoren in Betracht kämen, als das ruſſiſche und das engliſche Bündnis, der Aufbau des Kolonialreiches und das Hineinwachſen einer Generation, die den deutſchen Krieg noch nicht mit Bewußtſein miterlebte, in die Stellen, von denen aus regiert und von denen die öffentliche Meinung gemacht wird. Neben jene Tatſachen tritt noch eine beſondere, in eigentlichem Sinne geiſtig geartete Potenz, von deren Entwicklung außerordentlich viel für die Frage abhängt, welche Bahnen die franzöſiſche Politik im entſcheidenden Augenblick einzuſchlagen bereit ſein wird. Dieſe Potenz iſt der Kampf zwiſchen den radikal-liberalen republikaniſchen Elementen im Staat und dem Klerikalismus. Es iſt das Verhängnis der romaniſchen katholiſchen Länder, daß ſie die Religion vorzugsweiſe als klerikal geleitete kirchliche Frömmigkeit und die Unabhängigkeit von dem katholiſchen Kircheninſtitut im weſentlichen nur als Gegenſatz gegen die Religion überhaupt kennt. Unter dieſem Geſichtspunkt muß auch die jetzt in Frankreich erfolgte Trennung von Kirche und Staat beurteilt werden. Der Staat hat zunächſt geſiegt, aber man kann ſich der Vorſtellung nicht verſchließen, daß mit dieſem vorläufigen Siege vielleicht doch noch nicht das letzte Wort geſprochen iſt. Wer das heutige Frankreich kennt, verſichert, daß nicht nur das flache Land katholiſcher iſt, als ſelbſt zur Zeit des Einfluſſes der bigotten Kaiſerin Eugénie, ſondern daß ſogar auf dem Boden von Paris hierin bis zu einem gewiſſen Grade eine merkwürdige Wandlung zu erkennen iſt. Auf der einen Seite iſt hier nach wie vor der Zentralſitz der Freigeiſterei, des Liberalismus und des Libertinismus, auf der anderen aber ent-

ſtehen in der mittleren und kleineren Bourgeoiſie wahre Heerſcharen der Kirche. Außerdem aber, und das iſt in politiſcher Beziehung nicht weniger wichtig, als das teilweiſe Zunehmen der Kirchlichkeit an ſich, hat ſich in Frankreich der Klerikalismus mit dem Nationalismus à la Delcaſſé verbündet. In dieſem Bündnis liegt jedenfalls eine der Wurzeln ſeiner ziffernmäßigen Erfolge zutage. Die franzöſiſche Armee, d. h. in dieſem Fall das Offizierkorps, iſt äußerlich zweifellos zum großen Teil klerikal, und die Kirche hat ihre Rechnung im Heere dabei geſucht und gefunden, daß ſie den Traditionen der Patriotenliga und der Revancheidee ihren ausdrücklichen Segen gab. In den Jahren, als die Wogen der Revanchebegeiſterung im Lande wie in der Armee noch ſpontaner und höher aufwallten, als es jetzt manchmal der Fall iſt, entſchloß ſich der Klerikalismus, von dieſer Seite her den Verſuch zur Wiedereroberung des immer radikaler und atheiſtiſcher werdenden Frankreich zu machen, und ſtellte ſich mit Haut und Haaren in den Dienſt der Phraſe von der nationalen Rehabilitation. Damit verbündet, wirkten dann und wirken die Folgen der Gleichgültigkeit, mit der die Republik ſeinerzeit der Eroberung des franzöſiſchen Schulweſens durch die geiſtlichen Orden zugeſehen hat, weiter. Trotz der ſcheinbaren Weltlichkeit und Religionsloſigkeit des Unterrichts war der tatſächliche Einfluß des Klerus und der von ihm abhängigen und unterhaltenen Lehranſtalten auf die Jugendausbildung bis heute ein ſehr großer. Ihrem Ziel getreu, ging die Kirche bei dieſer ihrer erziehenden Tätigkeit nach Möglichkeit auf den Pfaden des extremen Nationalismus. Auch in die militäriſchen Bildungsanſtalten brachte ſie dieſes Syſtem zum Teil mit Erfolg hinein, und ſo iſt die auf den erſten Blick recht verwunderliche Tatſache zu erklären, daß die franzöſiſchen Biſchöfe begeiſterte Chauviniſten ſind und die höheren Stellen in der Armee, zumal im Generalſtabe, zum großen Teil in einem ausgeſprochenen Bundesverhältnis zur Kirche ſtehen. Schon bei der Boulangeraffäre wurden die in dieſer Richtung laufenden Fäden deutlich genug ſichtbar, und vollends die Verhandlungen der beiden Dreyfußprozeſſe offenbarten die mannigfaltige Verbindung zwiſchen der Armee und den Klerikalen vollkommen zweifellos.

Daß es dabei für die Franzoſen am letzten Ende den Beſtand der Republik gilt, liegt ja auf der Hand; für das deutſche und das allgemeine europäiſche Intereſſe entſcheidend iſt aber die Erwägung, daß ein Sieg des Klerikalismus in Frankreich trotz allem leicht eine unmittelbare Gefahr des Krieges bedeuten könnte. Gerade der ſtete Anreiz der chauviniſtiſch-nationalen Inſtinkte der Franzoſen, die Verheißung an die Nation, ſie einen Weg zu führen, der die Niederlagen von Sadowa und Sedan wieder gut machen werde, das iſt es ja, wodurch die Klerikalen es fertig gebracht haben, ihren Einfluß zu erringen. Ganz abgeſehen davon liegt aber für jedes neue Regime in Frankreich die Verſuchung beſonders nahe, ſich in der erworbenen Stellung durch eine erfolgreiche auswärtige Aktion zu befeſtigen. Das Preſtige der demokratiſchen dritten Republik beruht, namentlich bei den nüchternen, einſichtigen und weitblickenden Elementen des Volkes, auf dem großen Erfolge ihrer überſeeiſchen Politik, die Frankreich ein Kolonialreich von annähernd derſelben Bedeutung geſchenkt hat, wie dasjenige war, das nach dem ſiebenjährigen Kriege gegen England und Preußen im Frieden von 1763 an den Nebenbuhler jenſeits des Kanals verloren ging. Eine Wendung, durch die der klerikale Militarismus an die Spitze der Geſchäfte gelangte, würde aber ſehr wahrſcheinlich, ſei es durch direkte Anknüpfung mit den Monarchiſten, ſei es auf dem Wege über die unmittelbare Säbeldiktatur, zu einer Politik führen, die vor allen Dingen dem Chauvinismus und dem Militär unmittelbare Befriedigung ihres Aktionsbedürfniſſes beſchafft.

Vorläufig hat es ja nicht den Anſchein, als ob die Dinge dieſen Weg gehen wollten. Wenn man die heutige Lage mit der zur Zeit des Boulangismus vergleicht, ſo erſcheint das Prinzip der republikaniſchen Konzentration zweifellos ganz bedeutend gefeſtigter als damals. Die innere Aenderung kann aber mit der Zeit gerade aus dem jetzigen äußeren Erfolg der antiklerikalen Republik hervorgehen. Für das Bewußtſein des franzöſiſchen Katholiken iſt die jetzige Regierungspolitik gleichbedeutend mit Religionsverfolgung, und es gibt keinen beſſeren Boden für das Wiedererwachen faſt erloſchener kirchlich-religiöſer Einflüſſe, als dieſen. Man darf dabei nicht an die antirömiſche Bewegung im franzöſiſchen

Klerus denken, die sich an den Namen des Abbé Loisy und seiner Gesinnungsgenossen knüpft. Diese Art Leute, so interessant es für den protestantischen Kirchenhistoriker auch sein mag, ihre Entwicklung zu verfolgen, hat weder die Tendenz, noch die Fähigkeit, dem politischen Bestand der republikanischen Konzentration gefährlich zu werden. Gefährlich können ihr aber vielleicht diejenigen Kreise werden, die in der Streichung des Kultusbudgets und in der Inventarisierung des Kirchenvermögens ein Attentat nicht nur auf die Kirche, sondern auf die Religion selbst erblicken.

* * *

Die Besprechung des Zusammenhanges, der zwischen der englischen und der französischen Politik durch den Delcassismus inauguriert ist, leitet uns mit Notwendigkeit zu dem weiteren Ausbau dieses Systems durch Eduard VII. in der Gewinnung der beiden anderen westlichen Mittelmeerstaaten für die Zwecke Englands hinüber: Italien und Spanien. Italien ist während des letzten Jahrzehnts wirtschaftlich in eine Entwickelung eingetreten, die derjenigen gerade entgegengesetzt ist, die wir bei Rußland haben feststellen müssen: es konsolidiert sich, vermehrt seine wirtschaftliche Produktion, seinen Export und seine Zahlungskraft in geradezu erstaunlicher Weise, es kauft seine im Auslande aufgelegten oder ins Ausland gewanderten Schuldverschreibungen allmählich zurück, es reduziert mit Glück den Zinsfuß seiner Anleihen und bessert so seine noch vor einem Jahrzehnt nicht selten pessimistisch beurteilte ökonomische Gesamtlage in der ausgesprochensten Weise. Dieser ökonomische Aufschwung Italiens verdient um so mehr bemerkt zu werden, als das Land mit einem schwer zu seinen Ungunsten in die Wage fallenden natürlichen Mangel behaftet ist: es besitzt keine Kohle. Die moderne Kultur ruht technisch auf Eisen und Kohle; ein Land, das eines von beiden Dingen aus der Fremde einführen, d. h. dauernd kaufen und bezahlen muß, kann leicht eine schwere wirtschaftliche und am letzten Ende auch politische Beeinträchtigung davontragen. Für die italienische Großindustrie ist es, rein privatwirtschaftlich angesehen, gleichgültig, ob sie Kohle, deren sie bedarf, vorausgesetzt, daß es keine erhebliche Preisdifferenz ausmacht, aus England bezieht oder im

eigenen Lande kauft; unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Staats- und Volkswirtschaft ist es aber ein auf die Dauer schwer und verderblich ins Gewicht fallendes Manko, wenn für dieses Lebensbrot alles modernen Wirtschaftswesens fort und fort Ertragswerte der nationalen Arbeit als ein Tribut ans Ausland geliefert werden müssen. Wenn ein Land keine Kohle hat, so kommt das im Effekt auf dasselbe hinaus, als ob in ihm kein Getreide wüchse, oder als ob es eine große im Ausland verzinsliche Schuldenlast besäße: in jedem Falle muß es einen beträchtlichen Teil des Ertrages seiner nationalen Arbeit vorweggeben, um erst diesen Lebenstribut zu decken. Daher macht es auch keinen wesentlichen Unterschied, ob eine eigene Industrie mit erkaufter Kohle erhalten wird, oder ob statt dessen die fertigen Industrieprodukte aus dem Auslande eingeführt werden.

Wenn wir die Handelsbewegung eines Landes als einen Maßstab seines wirtschaftlichen Gedeihens ansehen, so finden wir, daß sich Italien während des Jahrzehnts von 1889 bis 1896 auf einer sehr bescheidenen Höhe seines Wirtschaftslebens hält. Die Ziffern der Ausfuhr im Spezialhandel bewegen sich mit verschiedenen Schwankungen innerhalb der Grenzen von ca. 700 und ca. 850 Millionen Mark jährlich, die der Einfuhr schwanken in ähnlicher Weise zwischen 900 und nicht ganz 1300 Millionen Mark. Das folgende Jahrzehnt von 1897 bis 1906 weist dagegen ein vollkommen anderes Bild auf. Einfuhr und Ausfuhr betragen (in Millionen Mark):

	Einfuhr	Ausfuhr
1897	953,3	873,4
1898	1150,7	962,9
1899	1205,2	1145,1
1900	1360,2	1070,6
1901	1374,8	1099,6
1902	1420,6	1177,9
1903	1489,6	1214,0
1904	1531,0	1277,8
1905	1651,7	1384,7
1906	1933,4	1468,7

Beim ersten Ueberblick über diese Tabelle fällt zunächst das starke Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr auf. Da Italien nicht annähernd in ähnlicher Weise wie England oder Deutschland durch den Besitz ausländischer Schuldentitel, großartiger Schiffahrtsunternehmungen, bedeutender industrieller Kapitalsanlagen im Auslande oder dergleichen seine passive Handelsbilanz zu kompensieren in der Lage ist, so fragt man sich zunächst, wie sich dieses Bild einer aufwärtsstrebenden Wirtschaftsentwicklung mit der scheinbar schlechten Zahlungsbilanz vereinigen läßt. Die Antwort ist sehr einfach: der unausgesetzte Fremdenstrom, der aus Deutschland, England, Amerika und anderen Ländern nach Italien fließt, und die Hunderttausende italienischer Arbeiter, die vorübergehend nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Argentinien usw. gehen, und von dort regelmäßig mit ihrem baren Verdienst zurückkehren oder Geld in die Heimat senden, bedeuten, zusammengenommen, eine so große Geldeinfuhr, daß aus diesen beiden Quellen das Manko der Handelsbilanz reichlich gedeckt wird. Beide Quellen fließen immer noch von Jahr zu Jahr ergiebiger, und während früher England und Deutschland nach der Anzahl und nach der Zahlungskraft der Fremden das überwiegende Kontingent dieser Art von Geldeinfuhr nach Italien stellten, steht jetzt wahrscheinlich Amerika in dieser Beziehung an der ersten Stelle.

Man kann den ökonomischen Aufschwung Italiens nicht nur an den Ziffern seines Außenhandels, sondern auch an dem Kursstand der italienischen Rente und an dem Papiergeldumlauf verfolgen. 1882 waren für ca. 940 Millionen Lire Papiergeld ausgegeben, 1902 nur noch für 445 Millionen. Zur Zeit, da der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien geschlossen wurde, betrug der Kursstand der 5prozentigen italienischen Rente in Paris. 12% unter pari — zwanzig Jahre später stand sie erheblich über pari. Damals mußte die Rente mit 5% verzinst werden — nach der Konversion von 1906 nur noch mit 3¾% und nach 1910 wird der Zinsfuß nur noch 3½% betragen.*)

*) Leopold Freiherr von Chlumecky „Oesterreich-Ungarn und Italien", Leipzig und Wien 1907, Seite 47 ff.

Allerdings ist kein Zweifel darüber möglich, daß die finanzielle Gesundung Italiens zum Teil durch einen weitgehenden Verzicht auf Geltendmachung einer internationalen politischen Machtstellung und durch den Anschluß an den mitteleuropäischen Versicherungsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, der hierdurch zum Dreibund erweitert wurde, bedingt ist. Der Dreibund brachte zunächst (1881) eine geringe Vermehrung der Armeeausgaben, aber er ermöglichte es danach der italienischen Politik, das spätere Anwachsen des Heeresbudgets doch in ungleich geringeren relativen Grenzen zu halten, als bei allen übrigen europäischen Großmächten. Bei der Flotte ging die Vermeidung größerer Ausgaben sogar so weit, daß sich während des Jahrzehnts nach 1890 eine starke Rückständigkeit der gesamten italienischen Seemacht herausbildete, deren Panzer vorher beinahe den größten und am schwersten bewaffneten Typ unter allen europäischen Marinen dargestellt hatte. Ebenso ist das Eisenbahnnetz infolge der fortgesetzten Vermeidung im Grunde notwendiger Ausgaben gegenwärtig in einen so schlechten Zustand geraten, daß die Aufwendung sehr bedeutender Mittel für seine Reorganisation in nächster Zeit nicht mehr vermeidbar sein wird.

Politisch war Italiens Anschluß an das mitteleuropäische Bündnis eine Folge der Besetzung von Tunis durch die Franzosen im Jahre 1881. In Italien hatte man sich schon seit lange gewöhnt, den Anspruch auf die Angliederung Tunesiens in irgend einer Form binnen absehbarer Zeit für selbstverständlich zu halten. Seit Jahrzehnten war die italienische Auswanderung nach Tunis, namentlich die aus Sizilien und Süditalien, außerordentlich groß. Nicht nur das Geschäftsleben in den Städten wurde von italienischen Kaufleuten beherrscht, sondern auch auf dem flachen Lande in der Umgegend waren bereits zahlreiche kleine italienische Landwirte angesiedelt; italienische Arbeiter wurden bei allen größeren Bauten beschäftigt, und unter dem Handwerker- und Kleinhändlertum waren die Italiener ebenso stark vertreten, wie die Angehörigen der einheimischen Bevölkerung. Italienisch war in Tunis auch die schlechthin herrschende europäische Sprache. Auf dem Berliner Kongreß boten Deutschland und Oesterreich-Ungarn Italien ihre Unterstützung für den Fall der Besetzung von Tunis durch italienische Truppen an.

Graf Corti, der Vertreter Italiens in Berlin, antwortete darauf mit der ironischen Frage: ob denn Fürst Bismarck so großes Gewicht darauf lege, Italien in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln?*) Der entscheidende Augenblick für die italienische Politik, in dem sie den Entschluß hätte fassen müssen, nach Nordafrika hinüberzugreifen, war verpaßt. Für die zukünftige Entwicklung Italiens kann dieses Zurückweichen nicht wohl schwer genug veranschlagt werden. Das vermeintliche Risiko des Krieges mit Frankreich war mit der deutsch-österreichischen Deckung im Rücken in Wirklichkeit keins. Frankreich hätte es 1878, als die Idee seines nord- und westafrikanischen Kolonialreichs in dem späteren Umfang noch keineswegs existierte, nicht gewagt, um eines Objekts willen wie Tunis einen Krieg mit Italien zu beginnen, dem Deutschland, sei es zunächst auch nur diplomatisch, sekundierte, und dem gegenüber sich Oesterreich-Ungarn zum mindesten ähnlich verhalten hätte, wie Rußland sich uns gegenüber während des Krieges 1870/71. Die Kolonisation von Tunis hätte dem Königreich geradezu ein zweites Italien jenseits des Mittelmeers angegliedert. Tunesien umfaßt das alte Landgebiet des karthagischen Staates, die spätere römische Provinz Afrika, eines der von Natur reichsten Gebiete der antiken Welt. Selbst das menschenarme Frankreich hat hier bedeutende wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen gehabt, wenn auch zum großen Teil durch das Vorhandensein der starken italienischen Arbeiter- und Kolonistenbevölkerung. Um wieviel größere Frucht hätte dieser Besitz dem in vielen Teilen übervölkerten Italien getragen, wenn seine Söhne dort drüben nicht als Fremde, sondern als heimatberechtigte Bürger arbeiten, das Land in Kultur nehmen, seinen Handel entwickeln und seine Bodenschätze aufschließen könnten! Und nicht nur in materieller, sondern auch in politisch-strategischer Hinsicht wäre Italiens Stellung im Mittelmeer durch den Besitz von Tunis mit einem Schlage zu einer Bedeutung ersten Ranges gelangt. Die Westspitze von Sizilien und das Kap Bon in Afrika liegen sich beinahe von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Mit Biserta und Marsala oder Trapani als Flottenstationen würde Italien die Passage zwischen dem östlichen und westlichen Mittelmeerbecken vollkommen beherrschen. Der Ge-

*) Chlumecky, Seite 4.

danke an dieſes Stück verlorener Zukunft mag den italieniſchen Patrioten um ſo ſchmerzlicher berühren, als es nichts anderes geweſen iſt, als die Unentſchloſſenheit und die Unfähigkeit der italieniſchen Staatsmänner ſelbſt, die das Königreich daran verhindert haben, das bereitliegende Gut zu ergreifen.

Die Reaktion gegen den Verluſt von Tunis trieb Italien in Europa zur Dreibundpolitik, obwohl die Nation keineswegs mit dem Herzen auf dieſem Wege war. Oeſterreich gegenüber bildete der Anſpruch auf Welſchtirol und das Gebiet von Trieſt, die ſogenannte Italia Irredenta, den die öffentliche Meinung des Königreichs mit unverhohlener Leidenſchaftlichkeit erhob, von vornherein eine merkliche Schwierigkeit für ein intimes Bundesverhältnis, und was Deutſchland und Frankreich betraf, ſo war die Sympathie trotz Savoyen und Nizza, die man als Preis für die nationale Einigung an Napoleon hatte zahlen müſſen, den Franzoſen gegenüber viel größer als den Preußen. Hatte doch auch 1870 nicht ſo ſehr viel daran gefehlt, daß der König Viktor Emanuel das Bündnis gegen uns mit Napoleon abſchloß. Den wahren Erſatz für Tunis ſollte denn auch weniger die Stellung im Dreibunde, als der Erwerb eines anderen afrikaniſchen Kolonialgebiets bilden: Abeſſinien. Es iſt bekannt, wie dieſe abeſſiniſche Politik Italien erſt mit großen finanziellen Opfern belaſtete, wodurch die Finanzlage zeitweilig in hohem Grade kritiſch wurde, und wie ſchließlich der militäriſche Mißerfolg ein vollſtändiger war. 1885 wurde Maſſaua am Roten Meer beſetzt, wogegen der Negus Johannes bereits proteſtierte. 1887 bei Saati und im Jahre darauf bei Saganeiti kämpften die Italiener ohne Glück gegen die Truppen des Negus. Als Johannes 1889 im Kampfe gegen die Mahdiſten fiel, ſchien es, als ob man mit ſeinem Nachfolger Menelik auf diplomatiſchem Wege weiter kommen würde; aber dieſer kluge Herrſcher war in Wirklichkeit von Anfang an entſchloſſen, den italieniſchen Abſichten auf Abeſſinien mit aller Energie entgegenzutreten. Nachdem das ganze afrikaniſche Abenteuer etwa ein Jahrzehnt gedauert hatte, erfolgte im Dezember 1895 und im Januar 1896 bei Amba Aladſchi und Adua der vollſtändige Zuſammenbruch, und man mußte froh ſein, daß Menelik einen Frieden ſchloß, der es geſtattete, ohne den Schein der äußerſten Demütigung den Rückzug

vom abeſſiniſchen Hochlande anzutreten. Vom finanziellen Standpunkt aus geſehen, konnte es ſchließlich noch als ein Glück erſcheinen, daß die abeſſiniſche Kataſtrophe eine ſo vollſtändige war. Die Kammer entſchied mit großer Mehrheit dafür, die militäriſche Niederlage ungerächt zu laſſen, um das Finanzweſen des Staates nicht endgültig zu zerrütten. Allerdings war es für den unbeteiligten Beobachter verwunderlich zu ſehen, wie das nationale Selbſtgefühl der Italiener dieſen Schlag hinnehmen konnte, ohne ſich gegen eine derartige Demütigung durch die Barbaren aufzubäumen. Ein Blatt wie das, auf dem die ungerächte Niederlage von Adua geſchrieben ſteht, hat kein anderes großes Volk bisher in ſeiner Geſchichte aufzuweiſen, und man wird unwillkürlich auch von hier aus an die ſchon öfters in der politiſchen Diskuſſion über Italien geäußerte Bemerkung erinnert, daß die Italiener ihre Rechnung mit der Geſchichte noch nicht beglichen haben. Auch ihre nationale Einheit haben ſie ſich nicht, gleich den Deutſchen, erkämpft und erſiegt, ſondern als Geſchenk, d. h. auf Vorſchuß, erhalten, und ſie müſſen ſie ſich moraliſch erſt noch durch wirkliche nationale Taten einlöſen. Die Italiener haben gegenüber ihrem politiſchen Bedränger, Oeſterreich, ſo oft ſie ihm allein gegenüber traten, militäriſch ſtets den kürzeren gezogen; ſie haben aber trotzdem durch die Gunſt der politiſchen Geſamtlage und durch ihr Bündnis einmal mit Frankreich, das andere Mal mit Preußen, trotz der eigenen Niederlage, ſtets einen Fortſchritt in der Richtung auf die nationale Einigung gemacht. Der letzte Schritt, die Gewinnung Roms, gelang ihnen unter ähnlichen Umſtänden. Es iſt aber ein unverbrüchliches hiſtoriſches Geſetz, daß Nationen ſo gut wie Individuen erſt das wirklich beſitzen, was ſie ſich ſelbſt erworben haben: vor den Preis der Tüchtigkeit ſetzen die Götter den Schweiß. Es iſt nicht unbedingt notwendig, daß der Erweis der Tüchtigkeit jedesmal in Kriegstaten zu beſtehen hat, aber es iſt doch ein bedenklicher Zug, wenn nicht nur die effektiven militäriſchen Leiſtungen der Armee, ſondern auch der militäriſche Sinn einer Nation ſo verkümmert iſt, wie das in Italien der Fall zu ſein ſcheint. Dieſe Beobachtung wird geeignet ſein, uns auch gegenüber der weiteren Entwickelung der italieniſchen Politik, die den Staat gegenwärtig, obwohl er ſich formell noch innerhalb des Dreibund-

verhältniſſes befindet, gleichzeitig auch der engliſch-franzöſiſchen Entente angegliedert hat, etwas mißtrauiſch zu machen.

Frankreichs Antwort auf Italiens Eintritt in den Dreibund war, wenn auch erſt nach einer Reihe von Jahren, der Zollkrieg. Gleichzeitig ſollte dieſe Maßregel die italieniſche Politik vom Dreibund zurückbringen. Dieſe Rechnung ſchlug den Franzoſen zunächſt fehl. Allerdings verringerte ſich die Ausfuhr Italiens nach Frankreich unmittelbar nach Ausbruch des Zollkrieges um die Hälfte, aber es gelang dafür, den Verkehr mit den übrigen Nachbarländern, namentlich Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn, ſo weit zu ſteigern, daß der Frankreich gegenüber erwachſende Schaden allmählich ausgeglichen würde. Gerade während des Zollkrieges ſank, nachdem man die abeſſiniſche Politik kurzerhand abgebrochen hatte, das bisher faſt chroniſch geweſene Defizit auf immer geringere Beträge, und im Jahre 1895 war bereits ein von nun an dauernd verbleibender und wachſender Ueberſchuß im Budget vorhanden. Auch der wirtſchaftliche Friedensſchluß mit Frankreich im Jahre 1898 hat die ſtarke Verſchiebung nicht mehr weſentlich nach rückwärts umzugeſtalten vermocht, die ſich inzwiſchen in dem Handelsverkehr Italiens bezüglich der Länder, nach denen ſich ſeine Ausfuhr richtete, immer ausgeſprochener entwickelt hatte. Schon vor dem Abſchluß des Handelsfriedens vollzog ſich aber im Zuſammenhang mit dem afrikaniſchen Mißerfolg in der italieniſchen auswärtigen Politik eine entſcheidende Schwenkung, als deren äußere Kennzeichen zunächſt der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Frankreich und Tunis von 1896 und die gleichzeitige Hochzeit des italieniſchen Thronfolgers mit der Prinzeſſin Helene von Montenegro anzuſehen ſind: 1896. Das neue Ziel der italieniſchen Politik heißt: Durchſetzung des italieniſchen Einfluſſes auf der anderen Seite des Adriatiſchen Meeres in Albanien und Herſtellung der italieniſchen Vorherrſchaft auf dem Adriatiſchen Meer. Gleichwie ſich Rußland Bulgarien, Oeſterreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina als mittelbare oder unmittelbare Einflußgebiete auserſehen hatten, beanſprucht Italien jetzt eine maßgebende Rolle im weſtlichen Teil der Balkanhalbinſel, wobei die entſchiedeneren Vertreter dieſer italieniſchen Balkanideen auch Macedonien und ſelbſt Saloniki, jenen abſoluten Zielpunkt der öſter-

reichiſchen Balkanpolitik, für die ſo plötzlich neu geſchaffene italieniſche Intereſſenſphäre jenſeits der Adria reklamieren. Dieſe italieniſche Politik in Albanien mit gelegentlichem Hinübergreifen nach Macedonien, geſtützt auf das nahe verwandtſchaftliche Verhältnis zu Montenegro und ein mit großem Aufwand von Mitteln errichtetes Syſtem von Konſulaten und Handelsagenturen behandelt mit großer Anſchaulichkeit die bereits zitierte Schrift des öſterreichiſchen Politikers Leopold von Chlumecky. Hand in Hand mit dieſer Tätigkeit geht ſeit einigen Jahren die Agitation für eine verſtärkte Wiederaufnahme des Ausbaues der Flotte und der ſeeſtrategiſchen Stützpunkte im Adriatiſchen Meer. Natürlich richtet ſich eine italieniſche Balkan- und Adriapolitik von dieſem Charakter in ausgeſprochener Weiſe gegen die Intereſſen Oeſterreichs, und im Verein mit dem alten latenten Antagonismus wegen der italieniſch ſprechenden Gebiete der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie hat ſich auf dieſer Grundlage zwiſchen Oeſterreich und Italien trotz des formell beſtehenden Bündnisverhältniſſes eine politiſche Temperatur entwickelt, die auf beiden Seiten nicht mehr ohne direkte Beſorgnis beobachtet werden kann. Namentlich in den aufgeweckteren und energiſcheren Kreiſen Deutſch-Oeſterreichs rechnet man bereits unverhohlen mit der Möglichkeit eines Krieges mit Italien, ſowohl wegen deſſen Balkan- und Adriapolitik, als auch wegen der Irredenta. Dieſe antiitalieniſche Stimmung iſt gegenwärtig auch keineswegs mehr auf die gebildeten Schichten beſchränkt, die imſtande ſind, die ganze komplizierte Lage in der auswärtigen Politik zu überſehen, ſondern ſie iſt als ein überaus kräftiger Grundton auch ſchon in den breiteren Maſſen vorhanden. In Oeſterreich verſteht man nicht mit Unrecht die umfaſſenden italieniſchen Befeſtigungsbauten an der Grenze der Lombardei, die Flottenrüſtungen und die ganze Agitation für das „mare nostro“, d. h. die Adria als italieniſches Meer, als eine direkte Bedrohung, und die offene Sympathie, die in Italien nicht nur das Publikum, ſondern auch die offiziellen Kreiſe der irredentiſtiſchen Propaganda entgegenbringen, trägt das Ihrige zur Verbreitung und Vertiefung dieſer Stimmung bei, die ſich immer deutlicher zu der Meinung zuſpitzt, daß ein Waffengang mit Italien vor der Tür ſtehe. In der Tat kann Oeſterreich-Ungarn um ſeiner dringlichen Lebensintereſſen willen

unmöglich dulden, daß Italien auf beiden Seiten des Adriatischen Meeres herrschend wird. Wenn Valona oder Durazzo italienische Kriegshäfen sind, dann hängt es nur von dem augenblicklichen Verhältnis der Monarchie zu Italien ab, ob eines Tages ihr gesamter Seehandel „wie in einem Sacke" gefangen und erstickt wird. So gut wie Oesterreich-Ungarn bei einer endgültigen Regulierung der Balkanangelegenheiten unter keinen Umständen auf Saloniki verzichten kann, so gut muß es die Etablierung der italienischen Herrschaft auf der albanischen Seite der Adria als eine Frage behandeln, bei der es um Tod und Leben geht. Für Italien kann die Fortsetzung seiner Politik im Westen der Balkanhalbinsel, wenn Oesterreich-Ungarn als ein aktionsbereites politisches Ganzes überhaupt erhalten bleibt, nur mit der Alternative zwischen einem Rückzug oder dem Kriege enden.

Die Balkanpolitik hat schließlich auch den Hebel abgegeben, mit dem es gelungen ist, Italien erst in den Beginn eines politischen Freundschaftsverhältnisses zu Frankreich allein und dann auch in das englisch-französische Einverständnis mit hineinzuziehen. 1896, im Jahre des Vertrages mit Frankreich über Tunis und der montenegrinischen Heirat, präzisierte der italienische Ministerpräsident Rudini die Politik Italiens dahin, daß er zwar beabsichtige, den Dreibund ungeschmälert zu erhalten und fest bei der von ihm gewollten, in den Verträgen festgelegten Politik zu bleiben. Diese Verträge aber wolle er in dem Sinne auslegen, und die Politik der italienischen Regierung in der Weise leiten, daß durch sie die guten Beziehungen zu Rußland und zu Frankreich nicht gestört werden, Beziehungen, die er immer freundschaftlicher gestalten wolle: „aufrichtig und sozusagen herzlich freundschaftlich". Damals stand der russisch-französische Zweibund auf seiner Höhe. Das erwünschte „herzliche" Verhältnis zu Frankreich und Rußland war also nach seiner schließlichen Abzweckung vom italienischen Standpunkt aus nicht sehr schwer zu definieren. In der Frage der Angliederung Kretas an Griechenland 1899 stand Italien diesem Versuch einer politischen Rückversicherung entsprechend nicht auf seiten seiner Bundesgenossen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auf seiten Englands und Frankreichs, die bestrebt waren, den griechisch-kretischen Wün-

ſchen nach Vereinigung im Gegenſatz zu der deutſchen Politik der Aufrechterhaltung des status quo in der Türkei zu willfahren. Für Frankreich insbeſondere erſchien die Ablenkung der italieniſchen Politik nach der Balkanhalbinſel beſonders wünſchenswert mit Rückſicht auf die Anſprüche Italiens auf Tripolis. Man hatte ſich zwar dazu verſtanden, den Italienern, wenn auch in unbeſtimmter und unverbindlicher Form, gewiſſe Anſprüche ihrerſeits auf Tripolis anzuerkennen — in Wirklichkeit hat aber die franzöſiſche Politik nie aufgehört, ihr Augenmerk ſelber auf Tripolis zu richten. Tripolis im Beſitze Frankreichs würde die franzöſiſche Mittelmeerſtellung gewaltig ſtärken, denn hiermit ſtände Frankreich der Weg zu Lande nach Aegypten offen.

Natürlich weiß man in Italien ſehr genau, daß man nicht daran denken kann, mit freundlicher Einwilligung Oeſterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinſel Fuß zu faſſen und das Adriatiſche Meer in einen italieniſchen See zu verwandeln. Bei dem Verſuch einer gewaltſamen Balkanpolitik würde ſich Italien aber nicht nur dem in ſeinen Lebensintereſſen getroffenen Oeſterreich-Ungarn gegenüber ſehen, ſondern auch uns, die wir erſtens mit Rückſicht auf das Bundesverhältnis zu Oeſterreich und zweitens wegen unſeres grundſätzlichen Standpunktes in den türkiſch-orientaliſchen Fragen in eine Erfüllung der italieniſchen Wünſche zwiſchen Valona und Saloniki nicht willigen können. Will alſo Italien ſeinen Hoffnungen und Wünſchen auf der Balkanhalbinſel Fortgang geben, ſo muß es ſeine Anlehnung auf derjenigen Seite ſuchen, die mit ihrer Politik grundſätzlich darauf abzielt, die eine der den italieniſchen Wünſchen entgegenſtehenden Mächte, Deutſchland, durch das ſogenannte Einkreiſungsſyſtem matt zu ſetzen. Mit Oeſterreich-Ungarn allein glaubt man dann als Verbündeter Englands und Frankreichs vielleicht fertig zu werden. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß die Stellung Italiens im Dreibunde in dem Maße wie es ernſthaft derartige Pläne verfolgt, keine aufrichtige mehr ſein kann. Daran ändert es auch nichts, wenn trotz des Anſchluſſes an England und nach dem engliſchen Flottenbeſuch in den italieniſchen Gewäſſern das offizielle Verhältnis zu Oeſterreich-Ungarn bei der Miniſterzuſammenkunft im Sommer 1907 noch einmal eine Bekräftigung erhielt. Oeſterreich-

Ungarn hat im Augenblick militärisch noch die bei weitem stärkeren Trümpfe in der Hand. Der Ausbau der italienischen Flotte ist einstweilen über Forderungen und Pläne noch nicht weit hinausgekommen, und sobald sich die österreich-ungarische Politik entschließt, auf dem Balkan mit entschiedeneren Maßnahmen in ihrem eigenen Interesse vorzugehen, so ist Italien zu positiven Gegenzügen vorläufig noch gar nicht in der Lage. Es erscheint daher auch nicht als glaublich, daß man von Wien aus Italien wirkliche Zugeständnisse auf dem Ostufer des Adriatischen Meeres gemacht haben sollte. Das brauchen die Oesterreicher nicht zu tun und das dürfen sie nicht tun, wenn sie sich noch selbst eine Zukunft vindizieren wollen. Italiens erhoffte Balkanfrüchte können erst reifen, wenn es sich entweder selbst stark genug fühlt, den Waffengang mit Oesterreich-Ungarn zu wagen, oder, da das voraussichtlich kaum je der Fall sein wird, wenn in Zukunft einmal die Liquidation der türkischen Herrschaft in Europa entgegen den Wünschen des verbundenen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingeleitet und durchgeführt werden sollte. Für diesen Fall bemüht Italien sich zu Wasser und zu Lande zu rüsten. Man wird nicht umhin können, diese ganze Politik gerade vom italienischen Standpunkt aus als in höchstem Grade gewagt, ja als direkt abenteuerlich zu bezeichnen. Was Italien will, richtet sich, wenn das Ganze nicht schließlich auf die Anstrebung eines Kompensationsgeschäfts — Welschtirol gegen den Verzicht auf die Balkanpolitik — hinauskommt, direkt und von vornherein gegen die Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns und ließe sich überhaupt nur in dem Falle verwirklicht denken, daß die Donaumonarchie nicht nur vorübergehend, sondern dauernd zur politischen Kraftlosigkeit herabsinkt. Eine Politik aber, welche die Eliminierung Oesterreich-Ungarns als europäischer Großmacht zur Voraussetzung hat, würde in ihrer Verwirklichung eine so grundstürzende Verschiebung des Gleichgewichts auf dem Festlande von Europa zur Voraussetzung haben, daß auch Deutschland um seiner selbst willen auf das Entschiedenste gegen sie Front machen müßte.

Durch die Besetzung von Tunesien und die Errichtung des Kriegshafens von Biserta hat Frankreich an Stelle Italiens eine ausgesprochene Vormachtstellung im westlichen Mittelmeer erreicht.

Allerdings übt es diese Vormacht nur im Einverständnis mit England aus. Die englische Mittelmeerflotte ist anläßlich des Abschlusses der Entente mit Frankreich ganz wesentlich verringert worden. England und Frankreich halten, wie wir sahen, gemeinsam Italien als Mittelmeermacht mit dem Köder jener Balkanpolitik in ihrer Gemeinschaft fest. Auch die italienische Flotte scheidet also auf jeden Fall für England aus der Zahl der möglichen Gegner im Mittelmeer aus. Von den Staaten der pyrenäischen Halbinsel befindet sich Portugal seit lange in einem ausgesprochenen Vasallenverhältnis zu der englischen Politik, so sehr, daß man Portugal, wenn nicht formell, so doch faktisch als englischen Schutzstaat bezeichnen kann. Durch das Mittel der Heirat mit einer nahen Angehörigen des englischen Königshauses ist auch Spanien in den Kreis der englischen „Einverständnisse" hineingebracht worden. Wahrscheinlich besteht nicht nur zwischen England und Portugal, sondern auch zwischen England und Spanien ein Abkommen, das England für den Fall kriegerischer Aktionen im Mittelmeer oder sonst im Gebiet der spanischen Gewässer, es erlaubt, die Häfen der befreundeten Macht als Flottenstützpunkte zu benutzen. Für besonders sicher wird man aber die Stellung Spaniens innerhalb dieser Gesamtentente nicht halten können. Nachdem Spanien seine Kolonien in Amerika und Asien verloren hat und nur noch in Afrika einige Reste übrig sind, besitzt es die einzige Möglichkeit zu einer überseeischen Expansion nur noch in Marokko. Eingeengt durch den englisch-französischen Druck hat Spanien in der Tat nicht die freie Wahl einer politischen Haltung, die ausgesprochenermaßen den englischen und französischen Interessen entgegengesetzt ist. Auch in wirtschaftlicher Beziehung ist es von England und Frankreich vollkommen abhängig. Für den direkten Anschluß an die Entente muß aber die spanische Politik immerhin gewisse Zusicherungen erhalten haben, und da es auch vom spanischen Standpunkt aus utopisch wäre, irgendwelche Kompensationen etwa im östlichen Mittelmeerbecken zu suchen, so können sie nur in Marokko gefunden werden. Frankreich aber muß naturgemäß jede Schmälerung des gehofften marokkanischen Protektorats als eine Beeinträchtigung seiner Ziele und Wünsche betrachten, und Spanien wird daher im entscheidenden Moment leicht

bereit ſein, ſich trotz aller Abmachungen auf diejenige Seite zu ſchlagen, die ihm in der marokkaniſchen Angelegenheit größere Vorteile zu bieten in der Lage iſt. Spaniens materielle Kraft iſt ſo gering, daß es zu Anſtrengungen und Aufwendungen nach außen hin beinahe unfähig erſcheint. Es gehört zu denjenigen Ländern, deren Wirtſchaftsleben ſeit Jahrzehnten, zumal wenn man die Bevölkerungsvermehrung mit in Betracht zieht, ohne nennenswerte Entwicklung geblieben iſt. Die Amputation der Antillen und Philippinen hat dabei, wenn überhaupt eine Wirkung, ſo eher eine günſtige als eine ungünſtige ausgeübt, weil ſich die dort vorhandenen freilich nicht bedeutenden ſpaniſchen Kapitalien nach dem politiſchen Verluſt der Beſitzungen ins Mutterland zurückgezogen. Das Verhalten der ſpaniſchen Politik in der Marokkofrage erweckt übrigens auch den Anſchein, als ob die öffentliche Meinung und die Parteien einer tieferen Verſtrickung in die Ziele und Wege der engliſch-franzöſiſchen Entente auf dem Wege dynaſtiſch-familiärer Beeinfluſſung ein deutliches Widerſtreben entgegenſetzen würden.

Sechſtes Kapitel.

Oeſterreich-Ungarn, der Balkan und das Osmaniſche Reich.

Als Kronprinz Rudolf von Oeſterreich, bald nach dem Kongreß von 1878, einmal in Berlin war, äußerte er einem engliſchen Diplomaten gegenüber, daß man in Wien jetzt nichts mehr gegen die Beſetzung Konſtantinopels durch die Ruſſen hätte, wenn zugleich die Standarte der Habsburger in Saloniki entfaltet würde. Das Wort kam an die Oeffentlichkeit und Lord Houghton, dem gegenüber es gefallen war, gab in der Times ausdrücklich ſeine Richtigkeit zu. Wir haben bereits geſehen, daß ein ruſſiſches Konſtantinopel uns eventuell neutral laſſen, ja unſer direktes Wohlwollen finden könnte. Mit einem öſterreichiſchen Saloniki brauchte es an ſich nicht anders zu ſtehn. Beides aber gilt unter einer ſehr beſtimmten Vorausſetzung, nämlich der, daß die Türkei darum nicht aufhört, als ſelbſtändige, lebens- und widerſtandskräftige Größe zu exiſtieren, ſondern im Gegenteil durch die Aufgabe ihrer ſchwer zu verteidigenden „überſeeiſchen" Beſitzungen in Europa einen Zuwachs an ſtaatlicher Geſchloſſenheit und militäriſcher Kraft gewinnt. Hiervon wird im weiteren Verlauf dieſes Kapitels noch mehr zu reden ſein — es iſt aber nötig, dies Leitmotiv für die deutſche Orientpolitik ſchon gleich anfangs zu markieren.

Rußland hat die Erfahrung machen müſſen, daß die Balkanſlaven und ganz beſonders Bulgarien, auf das es die ſtärkſten Hoffnungen geſetzt hatte, ſich in einer viel ſelbſtändigeren und auf ihre Selbſtändigkeit eiferſüchtigeren Art entwickelt haben, als man das in St. Petersburg vor und unmittelbar nach dem letzten Türkenkriege angenommen hatte. Die Schwierigkeiten, die ſich von dieſer unver-

muteten Seite her so peinlich gegenüber der Verwirklichung des alten russischen Traumes, dereinst der Haupterbe der gesamten türkischen Macht zu sein, erhoben, haben sicher auch ein Moment, mindestens ein psychologisches, dafür gebildet, daß der Idee, für die Zukunft der Weltstellung Rußlands stehe in Ostasien unendlich viel mehr auf dem Spiele als am Balkan, so rasch und so entschlossen Folge gegeben wurde. Nicht berührt wird aber davon die alte Lebensfrage Rußlands, wer den Schlüssel zu seinem Hause am Bosporus in der Hand haben soll. Darauf, den Pontus als ein russisches Gewässer betrachten zu dürfen, hat Rußland ein unbestreitbares historisches und moralisches Anrecht und, was praktisch mehr bedeutet: kein russischer Zar dürfte wagen, einen Verzicht auf dieses Anrecht mit seinem Wort zu sanktionieren. Die Straße von Konstantinopel bildet den Zugang zum ganzen Süden des russischen Reiches, zu dem zweitwichtigsten, bald vielleicht dem ersten Seehafen, den Rußland besitzt, Odessa; zu den großen maritimen Waffenplätzen auf der Krim und an der Mündung des Dnjepr; endlich zu dem an Wichtigkeit stets zunehmenden Gestade des kaukasischen Isthmus. Zum mindesten also auf die nördliche Mündung des Bosporus wird die russische Politik, solange sie noch eine Spur von Kraft und Selbständigkeit hat, nie aufhören, Vorzugsrechte geltend zu machen. Hiermit wird jede österreichische Balkanpolitik also rechnen müssen.

Wenn Kronprinz Rudolf von „Saloniki" sprach, so bezeichnete er mit diesem letzten geographischen Zielpunkt natürlich den Vormarsch der habsburgischen Monarchie auf der Balkanhalbinsel im Allgemeinen. Auch Bismarck hat bekanntlich an verschiedenen Stellen in den „Gedanken und Erinnerungen" ausgesprochen, daß Oesterreich-Ungarn eine Verschiebung oder einfache Erweiterung seines territorialen Besitzstandes in südöstlicher Richtung anstreben könne. Das eine Mal redet er davon im Anschluß an die polnische Frage und die Bedeutung des polnischen Besitzes in Galizien für Oesterreich. „Galizien", sagt er, „ist überhaupt der österreichischen Monarchie lockerer angefügt, als Posen und Westpreußen der preußischen. Die österreichische gegen Osten offene Provinz ist außerhalb der Grenzmauer der Karpathen angeklebt und Oesterreich könnte ohne sie gerade so gut bestehen, wenn es für die 5 oder 6 Millionen

Polen und Ruthenen einen Erſatz innerhalb des Donaubeckens fände. Pläne der Art in Geſtalt eines Eintauſches rumäniſcher und ſüdſlaviſcher Bevölkerungen gegen Galizien und der Herſtellung Polens mit einem Erzherzoge an der Spitze ſind während des Krimkrieges und 1863 von berufener und unberufener Seite erwogen worden." Ein andermal heißt es: „die Eindrücke und Kräfte, unter denen die Zukunft der Wiener Politik ſich zu geſtalten hat, ſind komplizierter als bei uns, wegen der Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, der Divergenz ihrer Beſtrebungen, der klerikalen Einflüſſe und der in den Breiten des Balkans und des Schwarzen Meeres für die Donauländer liegenden Verſuchungen." Am deutlichſten und intereſſanteſten iſt eine dritte Stelle, an der Bismarck die Frage erörtert, wie weit öſterreichiſcherſeits die Verpflichtungen ausgenutzt werden könnten, welche Deutſchland gegenüber dem Wiener Kabinet innerhalb des Dreibundverhältniſſes eingegangen iſt. Bismarck geht von der Notwendigkeit aus, auch trotz des Bündniſſes mit Oeſterreich-Ungarn die Beziehungen zu Rußland auf einem ſolchen Fuße zu halten, daß kein Riß zwiſchen Deutſchland und Rußland entſteht, der ſich nicht überbrücken ließe. „Solange ein ſolcher unheilbarer Riß nicht vorhanden iſt, wird es für Wien möglich bleiben, die dem deutſchen Bündniſſe feindlichen oder fremden Elemente im Zaume zu halten. Wenn aber der Bruch zwiſchen uns und Rußland, ſchon die Entfremdung, unheilbar erſchiene, würden auch in Wien die Anſprüche wachſen, die man an die Dienſte des deutſchen Bundesgenoſſen glauben würde ſtellen zu können; erſtens in Erweiterung des casus foederis, der ſich bisher nach dem veröffentlichten Texte doch nur auf die Abwehr eines ruſſiſchen Angriffs auf Oeſterreich erſtreckt, und zweitens in dem Verlangen, dem bezeichneten casus foederis, die Vertretung öſterreichiſcher Intereſſen im Balkan und im Orient zu ſubſtituieren, was ſelbſt in unſerer Preſſe ſchon mit Erfolg verſucht worden iſt. Es iſt natürlich, daß die Bewohner des Donaubeckens Bedürfniſſe und Pläne haben, die ſich über die heutigen Grenzen der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie hinaus erſtrecken; und die deutſche Reichsverfaſſung zeigt den Weg an,

auf dem Oesterreich eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind. Aber es ist nicht die Aufgabe des deutschen Reiches, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Assekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschaffen ist."

In diesen Worten liegt, wie man sieht, die Idee des Zusammenschlusses der Königreiche Rumänien und Serbien mit der österreichisch-ungarischen Monarchie etwa nach dem Muster der Stellung von Bayern und Sachsen innerhalb des Deutschen Reichs. Voraussetzung dafür, daß die Politik der Monarchie diesen Weg beschreiten kann, ist — abgesehen von der Frage, was die Nationalitäten und Regierungen „zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro" selbst dazu sagen würden — vor allen Dingen die Zustimmung Rußlands. Bismarck deutet an, daß die Karpathengrenze, d. h. die Erwerbung von Galizien, das Oesterreich-Ungarn in diesem Falle entbehren könne, für Rußland ein Aequivalent bilden könnte für den Anschluß Rumäniens und Serbiens an die Donaumonarchie, dem der Vormarsch nach Saloniki ja in absehbarer Zeit folgen würde. Den Anfang zu dem neuen Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und den beiden Donaustaaten würde zunächst wohl eine Zollvereinigung nach dem Muster des einstigen preußisch-deutschen Zollvereins und eine Militärkonvention bilden. Unberührt würde natürlich die Frage des Bosporusverschlusses bleiben. Das heutige Rußland ist freilich nicht in der Lage, aus eigner Kraft eine Forderung geltend zu machen. Seine wirtschaftliche, finanzielle und politische Notlage hindern es gleichmäßig daran. Bei den Dingen aber, um die es sich hier handelt, darf nicht die Rücksicht auf heute oder morgen, sondern nur die auf die Zukunft die prin-

zipiellen politiſchen Richtlinien abgeben. Man kann über die gegenwärtige ruſſiſche Kriſis, über den Staatsbankerott, über das Bevorſtehen einer Revolution ſo peſſimiſtiſch denken, wie nur möglich. Darum gibt es doch keinen Zweifel daran, daß ein Volk, wie das ruſſiſche, wenn es auch zeitweiſe zu ſchwerer politiſcher Ohnmacht verurteilt ſein mag, auf die Dauer doch immer eine gewaltige expanſionsfähige und expanſionsbedürftige Macht repräſentieren muß. Gegenüber einem Rußland, das ſo ſtark wäre, wie es ſein könnte, ſobald es freiheitliche politiſche Zuſtände beſitzt, eine höhere Volksbildung, eine geſunde Landwirtſchaft und damit ein kraftvolles Wirtſchaftsleben überhaupt, gibt es für Mitteleuropa nur zwei Möglichkeiten, ſeine politiſche Selbſtändigkeit unbedingt aufrecht zu erhalten und ſeine Intereſſen diesſeits wie jenſeits des Ozeans aus eigner Kraft zu wahren: entweder die direkte Ausdehnung Deutſchlands von der Nordſee bis ans ägeiſche Meer, ſo daß es allein für ſich ſtark genug wäre, unter allen Umſtänden dem öſtlichen Slaventum die Wage zu halten — oder die Zuſammenfaſſung der Länder an der mittleren Donau zu einem beſonderen politiſchen Gebilde, das irgendwie doch immer auf eine Vereinigung von Ländern und Nationalitäten nach der Art des öſterreichiſch-ungariſchen Staatsweſens hinauskommen müßte, *in einer Deutſchland mit der Front nach Oſten eng verbundenen politiſchen Stellung*. Man hat daher mit Recht geſagt: Wenn Oeſterreich-Ungarn nicht da wäre, ſo müßte man es erfinden. In dem Spiel der Kräfte unter den europäiſchen Großſtaaten iſt es für die mittleren Gebiete des Erdteils, d. h. alſo in erſter Linie für Deutſchland, ein unentbehrliches Unterſtützungsgewicht gegenüber der von Oſten her anwuchtenden Maſſe des ruſſiſchen Koloſſes. Selbſt wenn man ſich Deutſch-Oeſterreich politiſch an das deutſche Reich angegliedert denken wollte (welche Probleme gäbe dann aber, von allen anderen abgeſehen, die Verſtärkung des ultramontanen Elements durch die katholiſchen Alpenländer und die tief eingreifende feindliche Maſſe der Tſchechen ab?), ſo wäre es ein ſchlechthin unerträglicher Zuſtand und eine auch durch die Zunahme um ein Fünftel oder ein Sechſtel an Volkszahl nicht aufzuwiegende Gefährdung der germaniſchen Mitte des Erdteiles, wenn an Stelle der geſchloſſenen Militärmacht des öſter-

reich-ungariſchen Großſtaats nur noch die Rußland gegenüber nichts bedeutenden Ungarn und Rumänen als Träger zweier unbedeutender Mittelſtaaten das moskowitiſche Reich von den Alpen und dem adriatiſchen Meer trennten — denn die ſerbiſchen Slaven, von denen die Montenegriner ohnehin ſchon heute ein Vorpoſten Rußlands ſind, wären der ruſſiſchen Macht gegenüber kein aufhaltendes Moment.

Die erſte jener beiden oben theoretiſch konſtruierten Möglichkeiten für die Sicherung der politiſchen Selbſtändigkeit Mitteleuropas gegenüber dem Oſten — die ſtaatsrechtlich organiſierte Hegemonie Deutſchlands allein — kommt praktiſch nicht in Betracht. Darüber noch weitere Worte zu verlieren, hieße nur, die Selbſtverſtändlichkeit dieſer Theſe gefährden. Außer dem deutſchen Reich muß noch ein zweiter ſtaatlicher Körper von dem territorialen, wirtſchaftlichen und militäriſchen Schwergewicht einer europäiſchen Großmacht vorhanden ſein, in dem ſich die Nationalitäten des Donaubeckens, Tſchechen, Slovenen, Magyaren und womöglich auch die Serben und Rumänen nicht nur bruchteilweiſe wie jetzt, ſondern mit ihrem vollen volklichen Beſtande zu einer politiſchen Gemeinbürgſchaft zuſammenſchließen können, die dabei jedem von ihnen doch eine hinreichende Befriedigung des Bedürfniſſes nach einer geſicherten nationalen Eigenexiſtenz gewährt. Wer das einſieht, der begreift auch, daß von dem Gedanken, der in nationaliſtiſch überſpannten Köpfen diesſeits und jenſeits der Oſtalpen und des Böhmerwaldes ja öfters auftaucht — von dem politiſchen Anfall der öſterreichiſchen Deutſchen an das Deutſche Reich — vernünftigermaßen nicht die Rede ſein kann. Ohne den Beſitz an numeriſchem und intellektuellem Schwergewicht, der in den deutſchen Alpen- und Donauländern liegt, iſt es überhaupt unmöglich, aus Ungarn, Bosnien, Kroatien, Siebenbürgen, Galizien u. ſ. w. einen politiſch wie militäriſch lebens- und widerſtandsfähigen Staatskörper zu machen. Oeſterreich-Ungarn gegenüber kann es alſo faktiſch nur *ein* Ziel für die deutſche Politik geben: Herſtellung einer möglichſt intimen politiſchen und namentlich auch wirtſchaftspolitiſchen Verbindung beider Staatsweſen unter gleichzeitiger Förderung aller derjenigen Momente, die den ſtaatlichen Zuſammenhang aller Teile unſerer Nachbarmonarchie zu

feſtigen geeignet ſind, in Verbindung mit dauernder Ermutigung und Unterſtützung der öſterreichiſch-ungariſchen Politik in der Richtung nach Südoſten. Von dorther kann für Oeſterreich-Ungarn der einzige wirkliche Kräftezuwachs kommen.

Nur die Tatſache, daß anders als in dem Zuſammenſchluß zu einer ſtaatlichen Einheit keine Gewähr für Erhaltung relativer nationaler Selbſtändigkeit und wirtſchaftlich materiellen Fortſchreitens liegt, vermag auch die Völkerſchaften der heutigen Monarchie Oeſterreich-Ungarn trotz ihrer tiefgehenden Verſchiedenheiten nach Raſſe, Sprache und Religion beieinander zu halten. Was ſie, viel ſtärker als den Rufern im nationalen Streit ſamt und ſonders bewußt iſt, zuſammenzwingt, das iſt ihre geographiſche Situation. Oeſterreich-Ungarn (ohne Bosnien, das beinahe 2 Millionen Slaven zählt, davon ein ſtarkes Drittel Muhammedaner), weiſt folgende Verteilung der Bevölkerung nach Nationalitäten auf: 12½ Mill. Deutſche, 9½ Mill. Magyaren, 21 Mill. Slaven, 3 Mill. Rumänen, faſt 1 Mill. Italiener und verwandte Elemente. Dieſe verſchiedenartigen nationalen Beſtandteile wohnen zwar zum Teil in leidlich geſchloſſenen Maſſen, zumteil aber auch derartig unter einander gemengt und zerſtreut, daß eine räumliche Abgrenzung ihrer Intereſſenſphären in Oeſterreich-Ungarn zu den unmöglichen Aufgaben gehört. Immerhin laſſen ſich einige Grundlinien der Scheidung ziehen. Vor allen Dingen erſcheint es wichtig, daß zwiſchen der nördlichen Gruppe der ſlaviſchen Völker (Tſchechen, Slovaken, Polen, Ruthenen, Huzulen) und ihren ſüdlichen Stammesverwandten (Slowenen, Kroaten und Serben) keine Verbindung exiſtiert, ſondern daß ſich das deutſche, das magyariſche und das rumäniſche Sprachgebiet ziemlich aneinander geſchloſſen als ein breiter Streifen dazwiſchen lagern. Auch läßt ſich wenn man von den 2½ Millionen Deutſchen abſieht, die in größeren und kleineren Sprachinſeln durch die Länder der ungariſchen Krone hin verſtreut ſind, ein leidlich kompaktes deutſches Gebiet ausſondern, das ſich als zuſammenhängende Maſſe von Ober-Schleſien bis zum Bodenſee an die Südoſtgrenze des deutſchen Reiches anlagert. Das einzige ganz beſondere Volkstum, das als ſolches nach ſeinem vollen Beſtande in das öſterreichiſch-ungariſche Staatsgebiet hineingehört, ſind alſo die Magyaren, während ſowohl die Deutſchen, als auch

die Slaven, Rumänen und Italiener nur mit größeren oder kleineren Bruchteilen ihrer Rasse dem Staatsgebiet der Monarchie angehören.

In keinem einzigen Staatswesen der Welt hängen seine Bedeutung in auswärtiger Beziehung und seine eigene politische Zukunft nach außen hin in so entscheidender Weise von der Entwicklung seiner inneren Angelegenheiten ab, wie in Oesterreich-Ungarn. In erster Linie ist es das Verhältnis zwischen seinen beiden Reichshälften, in zweiter dasjenige zwischen den Nationalitäten innerhalb jeder Hälfte, wovon die Gestaltung der Zukunft des Ganzen abhängt. In Ungarn regiert die politisch gebildete Oberschicht der Nation, die sogenannte Gentry, in den Formen einer Oligarchie der Berufs- und Geschäftspolitiker. Diese Art von Herrschaft beruht auf dem doppelten Prinzip der Unterdrückung der zu dem ungarischen Staatswesen gehörigen nichtmagyarischen Nationalitäten und der Fernhaltung auch der großen Masse des eigenen Volks von den politischen Rechten. Das ungarische ständische Wahlrecht und die Einteilung der Wahlkreise sind mit absoluter Rücksichtslosigkeit darauf zugeschnitten, die einmal herrschende Klasse am Ruder zu erhalten und die sogenannten Nationalitäten von der Vertretung im Reichstage soweit wie irgend möglich auszuschließen. Die alte ungarische Aristokratie hat innerhalb dieses Systems sich als selbständigen politischen Faktor überhaupt nicht erhalten können, sondern ist mit dem Kleinadel, mit der bürgerlichen Gentry, mit den hauptstädtischen Advokaten und Journalisten, die die öffentliche Meinung beherrschen, in allem, was ungarische Politik heißt, eine vollständige Fusion eingegangen. Das einzige, worin sich die alten Magnatengeschlechter, in denen aus der Zeit des alten Oesterreich her noch eine größere und weiterblickende politische Tradition lebt, von den bürgerlichen Chauvinisten des Magyarismus sans phrase unterscheiden, ist ihr größeres Verständnis für allgemeine Angelegenheiten und ihre etwas größere Neigung, die Beziehungen zu der österreichischen Reichshälfte nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt des „ungarischen Globus" zu beurteilen, wie nach den Erfordernissen einer gemeinsamen Großmachtspolitik. Von einem maßgebenden Einfluß dieser Richtung in der ungarischen Politik kann aber gegenwärtig in keiner Weise die Rede sein.

Für die regierende Klasse in Ungarn bildet das politische Ideal die möglichst weitgehende staatliche und wirtschaftliche Trennung von Oesterreich, bis zur ausgesprochenen Vernichtung jeder Andeutung eines gemeinsamen Staatswesens und der Aufrichtung der reinen Personalunion — wonach aber die Gemeinsamkeit der regierenden Persönlichkeit zwischen Oesterreich und Ungarn folgerichtiger Weise sehr bald gleichfalls in Frage gestellt werden würde. Die Magyaren sind zweifellos ein Volk von großer politischer Begabung, und sie haben während der Zeit, seit der ihnen die Führung in der östlichen Reichshälfte gehört, in ausgesprochener Weise die Eigenschaften des politischen Herrentums bei sich ausgebildet. Man muß dabei nur immer von neuem daran denken, daß es sich hierbei nicht um ein wirkliches in sich geschlossenes Herrenvolk, sondern nur eine bloße Herrenkaste handelt. Unter diesem Gesichtspunkt hat man auch die politische Bedeutung des geradezu fanatischen Hasses zu beurteilen, der sich in den herrschenden Kreisen Ungarns gegen Oesterreich betätigt. Man kann diese Stimmung historisch-psychologisch erklären, wiewohl sie heutigen Tages unter allen Umständen eine törichte Ueberspannung des Selbständigkeitsgefühls gegenüber dem einst herrschenden österreichischen Deutschtum ausmacht. Von Bedeutung ist sie auf jeden Fall nur solange, wie das gegenwärtige System der parlamentarisch organisierten Oligarchie oder Cliquenherrschaft in Ungarn besteht. In dem Moment, wo dort das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, ändert sich die Lage vollständig. Nicht nur die jetzt von den herrschenden Magyaren unterdrückten Nationalitäten, die Rumänen, Slaven, Deutschen u. s. w., sondern auch die große Masse des eigentlichen ungarischen Landvolks ist in keiner Weise dazu präpariert oder willens, die Feindschaft gegen Oesterreich annähernd in derselben Weise zum politischen Prinzip zu machen, wie die jetzige magyarische Gentry. Würde diese an der Herrschaft bleiben, so könnte die Absurdität einer völligen Lösung zwischen Oesterreich und Ungarn bis auf reine Personalunion möglicherweise vorübergehend zustande kommen. In Wirklichkeit kann aber davon nicht die Rede sein. Sehr richtig hat Delbrück darauf hingewiesen, daß die Vorkämpferschaft der Magyaren gegen das polizeilich-klerikale Regiment des restaurierten Oesterreich der fünf-

ziger Jahre jene in ihre spätere Herrschaftsstellung in den Ländern jenseits der Leitha gebracht hat. Alle Völker des Kaiserstaats empfanden das alte reaktionäre System als einen unerträglichen Druck, und indem die Magyaren am kräftigsten und erfolgreichsten dagegen angingen, erwarben sie sich mit dem Glauben an den ungarischen Liberalismus auch den an die ungarische Liberalität. Soweit der Gegensatz gegen den römischen Klerikalismus in Frage kam, war ihr Liberalismus auch echt. „Nur ungefähr die Hälfte von Ungarn ist römisch-katholisch, die andere Hälfte griechisch-orthodox, lutherisch, calvinistisch, jüdisch. Alle Religionsgemeinschaften flüchteten sich vor den katholisierenden Tendenzen des Konkordats unter die Fittiche der Magyaren, von denen ja auch selber ein erheblicher Teil protestantisch ist. So geschah es, daß der Stamm der Magyaren, so schwach er ist, doch vierzig Jahre lang unangefochten die Herrschaft in Ungarn, die das überlieferte ständische Wahlrecht ihm gewährte, ausüben konnte. Deutsche, Rumänen, Serben, Kroaten, Slovaken ließen sich ihre Ausschließung vom Regiment gefallen, da doch in dem allerwichtigsten Punkt, der Religionsfreiheit, die Magyaren ihnen Sicherheit gaben, und es geschah das Unglaubliche, daß ein nicht ganz geringer Teil der andern Völkerschaften, Deutsche, Slowaken, und namentlich die bis dahin zu den Deutschen zählenden Juden, sich freiwillig magyarisierten. Was dem preußischen Staat mit Aufgebot aller seiner Machtmittel bei seinen polnischen Untertanen auch nicht im allergeringsten Maße gelungen ist, das haben die Magyaren bis zu einem gewissen Grade erreicht. Der Druck, den sie ausübten durch Magyarisierung des Schulwesens und alle Hilfsmittel der Administration und der Beamtenernennung hat wohl mitgeholfen, aber wie unsere Erfahrung in den Ostmarken gezeigt hat, sind alle solche Mittel vergeblich, wenn nicht schon eine gewisse Neigung entgegenkommt. Diese war bei den Nationalitäten in Ungarn wirklich stellenweise vorhanden, und es ist kein Zweifel, daß die Magyarisierung bis in unsere Tage erhebliche Fortschritte gemacht hat.“*)

Jene historische Konstellation, die das Magyarentum so hoch emporbrachte, ist aber schon seit lange verschwunden, und die end-

*) So Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern, Band 130, Seite 570.

gültige Besiegelung des eingetretenen Wechsels bildete die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Oesterreich. Schon vorher hatten die nichtmagyarischen Nationalitäten in Ungarn angefangen, sich auf sich selbst zu besinnen, und die steigende Gewaltsamkeit, mit der von magyarischer Seite dagegen vorgegangen wurde, hatte nunmehr den entgegengesetzten Effekt: das erst nur glimmende Selbstbewußtsein der unterworfenen Völkerschaften entfachte sich zur hellen brennenden Flamme. Je mehr die Nationalitäten jetzt das Ziel begriffen, das man ihnen gegenüber verfolgte, die vollständige Magyarisierung, desto entschiedener begannen sie zu protestieren. Eine solche Bewegung wäre schon an sich den Magyaren nicht mehr zu dämpfen gelungen. Der Widersinn, in einem Volkstum aufzugehen, das selbst nur ein Splitter in Europa ist, wird jetzt von den Rumänen, Slaven und ungarischen Deutschen zu kräftig empfunden. Vollends aber seitdem sich die demokratische Reform in Oesterreich vollzogen hat, ist an ein Halten der ungarischen Nationalitätenbewegung nicht mehr zu denken. Wie wenig die Parlamentsoligarchie sogar innerhalb des magyarischen Kerngebiets im Volksbewußtsein wurzelt, hat die vollkommene Teilnahmlosigkeit gezeigt, mit der die Hauptstadt Budapest die Auflösung des Reichstags unter militärischer Assistenz — das Parlamentsgebäude war von Truppen umstellt und der Honvedoberst Fabricius verlas an der Spitze eines Truppenkommandos im Sitzungssaal das Auflösungsdekret — am 19. Februar 1906 hinnahm. Außer einer geringfügigen Studentendemonstration regte sich in der Bevölkerung überhaupt nichts.

Es ist noch nicht so lange her, daß man von der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung den Zerfall der Monarchie befürchtet hat, und oft genug hörte man die Meinung äußern, daß der Tod des alten Kaisers Franz Josef in dieser Beziehung vielleicht von verhängnisvoller Bedeutung sein würde. Daß der nach menschlichem Ermessen binnen einer nicht fernen Zukunft in Oesterreich-Ungarn bevorstehende Thronwechsel eine Veränderung der Lage herbeiführen wird, kann allerdings als sehr wahrscheinlich angenommen werden, aber es ist nichts weniger als wahrscheinlich, daß diese Veränderung im Sinne einer Stärkung der jetzt in Ungarn regierenden Parlamentsclique erfolgen wird. Gegenwärtig sind es diese

Führer des magyarischen Volkstums, die sich in unüberlegtem Chauvinismus den großen gemeinsamen Interessen beider Reichshälften entgegenstellen. Die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie liegt, wie Bismarck wiederholt ausgesprochen hat und wie ohne weiteres von selbst einleuchtet, in der Richtung nach Südosten. Der Führer der christlich-sozialen Partei in Oesterreich, Lueger, hat das Schlagwort geprägt: die Magyaren sind der Riegel, der Oesterreich den Orient verschließt; dieser Riegel muß gesprengt werden! Das Mittel hierfür liegt bereit: es ist das einfachste, das es gibt: die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn. Nicht nur die Masse des ungarischen Landvolks und der unterdrückten Nationalitäten in Ungarn wartet auf diesen Ruf zur Befreiung ihrer wirtschaftlichen und nationalen Interessen — auch das Ungarn in einer Art von Unterdualismus angegliederte „Königreich" Kroatien-Slavonien ist in schärfster Opposition gegen die von Budapest ausgehenden Versuche zur fortdauernden nationalen Vergewaltigung begriffen, und Kroatiens Interessen in den Balkanfragen sind ganz mit denjenigen der österreichischen Reichshälfte identisch.

Dasjenige, worauf es jetzt in Oesterreich für die Führung einer großen und glücklichen Politik nach innen wie nach außen am meisten ankommt, das ist das Verständnis der Deutschen für den Charakter der augenblicklichen Lage. Auch hierin scheint die österreichische Wahlreform von glücklichen Folgen begleitet zu sein, insofern als sich an sie endlich eine friedlich-schiedliche Abgrenzung des nationalen Besitzstandes und der besonderen nationalen Interessensphären anzuschließen scheint. Dazu kommt die Wirkung, die von der großen grundsätzlich unnationalen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich direkt durch die Beeinflussung der Arbeitermassen, indirekt durch den gemeinsamen Gegensatz der bürgerlichen Schichten gegen sie, ausgeht. Ich möchte mich auch hier auf das Urteil desjenigen deutschen Politikers berufen, der den österreichischen Angelegenheiten mit dem eindringlichsten Verständnis und der größten Unabhängigkeit des Urteils gegenübersteht: Delbrück. Er kennzeichnet*) die gegenwärtige Lage durch einen Vergleich zwischen der früheren und der jetzigen Stellung

*) Preußische Jahrbücher, Band 130, Seite 368 f.

des Deutſchtums in Oeſterreich. „Das alte abſolutiſtiſche Oeſterreich war, obgleich die Deutſchen nur ein Viertel ſeiner Einwohnerſchaft ausmachten, doch in gewiſſem Grade ein deutſcher Staat; Regierung, Verwaltung, Armee waren Organismen mit deutſcher Sprache. Die Tſchechen, Polen, Ruthenen, Magyaren, Rumänen, Kroaten, Serben, Slowenen, Italiener, die in den Staatsdienſt treten wollten, mußten deutſch lernen. Das höhere Unterrichtsweſen war vorwiegend deutſch. Noch heute iſt fern in dem äußerſten Oſten, in der Bukowina, die Amtsſprache deutſch, und es exiſtiert dort die deutſche Univerſität Czernowitz. Dieſes Verhältnis war für alle deutſchen Bewohner des Kaiſerſtaats ſo angenehm wie vorteilhaft, und man nahm es nicht bloß als ein hiſtoriſches Privilegium, ſondern auf Grund der Größe und Ueberlegenheit der deutſchen Kultur als ein natürliches und notwendiges Recht in Anſpruch. Solange Oeſterreich Mitglied des deutſchen Bundes war, konnten auch die andern Nationalitäten wenig dagegen machen, und die Dynaſtie ſelber hatte das höchſte Intereſſe daran, den deutſchen Charakter der Monarchie zu wahren und zu ſtärken. Mit der Kataſtrophe von 1866 wurde das anders. Das Selbſtbewußtſein der undeutſchen Nationalitäten brach ſich jetzt gewaltſam Bahn, und die Dynaſtie ſelber förderte es in der Meinung, durch ein ſtarkes Tſchechentum in Böhmen zukünftigen preußiſchen Eroberungsgelüſten vorzubeugen. Namentlich Erzherzog Albrecht war der Vertreter dieſes Gedankens. Die katholiſche Kirche wirkte vielfach in derſelben Richtung. So kamen die Deutſchen in Oeſterreich in die Lage, ihre hiſtoriſche und kulturelle Stellung gegen die von allen Seiten anſtürmenden Angriffe verteidigen zu müſſen, und die Lage wurde immer widerwärtiger, weil man ſehen mußte, wie eine Poſition nach der andern gegen die Uebermacht verloren ging. Selbſt ganz kleine, eben erſt zum Bewußtſein erwachende Nationen, wie die Slowenen in Steiermark, Kärnthen und Krain, konnten ſich gegen das gewaltige Deutſchtum erheben und ſich von ihm bis zu einem gewiſſen Grad emanzipieren. Kein Wunder, daß die Deutſch-Oeſterreicher Peſſimiſten wurden! Der tägliche Kleinkampf um jedes Kreisgericht, um jede Schule, um jede Neubeſetzung eines Amtes, um Straßen- und Ortsnamen, hätte ſelbſt dann nichts Erfreuliches und Erhebendes gehabt, wenn man dabei ſiegte, um ſo weniger, wenn

man anſehen mußte, wie das ſtolze Deutſchtum allenthalben zurückgetrieben wurde und die andern, namentlich die ſlaviſchen Nationalitäten, ſich zur Gleichberechtigung durchkämpften.

Inwiefern iſt denn nun Ausſicht, daß das jetzt beſſer werde? Auf dem bisherigen Boden iſt dazu keinerlei Ausſicht. Dieſer Kampf iſt endgültig und vollſtändig für die Deutſchen verloren. Der Nationalitätsgedanke iſt im 19. Jahrhundert allenthalben zu einer Kraft angewachſen, die auf keine Weiſe mehr niederzudrücken iſt. Wir haben es ja in Preußen geſehen, wie wenig unſer Staat mit ſeinen rieſenhaften Kräften gegen die paar Millionen zerſplitterte Polen hat ausrichten können. Je eher die Deutſch-Oeſterreicher ſich darin finden, die Gleichberechtigung aller, auch der kleinſten Nationalitäten, unumwunden anzuerkennen, und auch die praktiſchen Opfer, die dieſe Anerkennung nach ſich ziehen muß, nicht zu ſcheuen, deſto beſſer iſt es für ſie und für die Zukunft des Deutſchtums. Der entſcheidende Geſichtspunkt für dieſe Hoffnung iſt zu ſuchen in dem Verhältnis zu Ungarn und in der auswärtigen Politik.“ Delbrück geht dann auf die Beſprechung des ungariſchen Problems in dem bereits behandelten Sinne über und ſchließt daran den Hinweis auf den Zuſammenhang, der zwiſchen der notwendigen Beſeitigung der gegenwärtigen Tyrannis des Magyarentums in Ungarn und einer öſterreichiſch-ungariſchen Politik großen Stils in den Balkanfragen beſteht. Er erinnert daran, wie nahe Oeſterreich im Jahre 1855 daran geweſen iſt, Rumänien zu erwerben und er verweiſt auf die Aeußerungen Bismarcks über die Möglichkeit einer zukünftigen Balkankonföderation unter Oeſterreichs Führung.

Es fragt ſich, wie das Verhältnis *unſerer* Politik zu einem umfaſſenden und aktiven öſterreichiſchen Balkanprogramm zu denken iſt. Diejenigen beiden Mächte, die Oeſterreich am Balkan zunächſt gegen ſich hat, ſind Rußland und Italien. Rußland gegenüber kann es auf eine Politik der Kompenſationen ausgehen: Bulgarien und der Bosporus als ruſſiſches Einflußgebiet — Serbien und Mazedonien als öſterreichiſches. Im Verhältnis zu Italien ſind territoriale Kompenſationen öſtlich der Adria nicht denkbar; vielleicht aber in Welſch-Tirol. Für die deutſche Politik iſt einzig die Erhaltung einer ſelbſtändigen und widerſtandskräftigen Türkei conditio sine qua non.

Ueber alles übrige können wir uns mit Oeſterreich leicht verſtändigen. Deutſchland hat das dringlichſte Intereſſe daran, daß Oeſterreich-Ungarn ſich politiſch kräftigt. Unter dieſem Geſichtspunkt müſſen wir ſowohl die teils ſchon eingetretene, teils zu erwartende allgemeine Beſſerung der innerpolitiſchen Lage unter dem Einfluß des allgemeinen Wahlrechts in beiden Reichshälften als auch die Wiederaufnahme einer aktiven Wirtſchaftspolitik auf dem Balkan durch die Anfang 1908 bekannt gegebenen Aehrenthalſchen Balkanbahnpläne begrüßen. Es iſt ganz ſicher eine richtige Beobachtung, wenn beides in innere Verbindung mit einander geſetzt wird. Man muß auch noch hinzufügen, daß die Nachgiebigkeit Ungarns in der Frage der ſogenannten Sandſchakbahn, der ſich die ungariſchen Politiker vordem mit Erfolg widerſetzt hatten, weil ſie eine von Ungarn unabhängige Verbindung zwiſchen Wien und Weſteuropa auf der einen, dem ägeiſchen Meer auf der andern Seite ſchafft, ein Erzeugnis der günſtigeren inneren Konſtellation unter dem Einfluß der Wahlrechtsidee iſt. Sehr gut charakteriſiert ein ungarländiſcher Deutſcher, Lutz Korodi, die eigentliche und größte Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für Oeſterreich-Ungarn in ihrem Zuſammenhang zwiſchen der inneren und der auswärtigen Politik:*) „Die Völker der Doppelmonarchie wurden, trivial ausgedrückt, auf andere Gedanken gebracht, vielmehr ein Gedanke, aus den geiſtigen Strömungen der Gegenwart geboren, ſollte die Bürger alle dies- und jenſeits der Leitha durchdringen, ſie endlich erobern und womöglich ablenken von der ermüdenden alleinigen Konzentrierung auf das ewig unlösliche Nationalitätenproblem, ja dieſe Ablenkung ſollte vielleicht unmerklich das Gewirr von Nationalitätenfragen unter neue ausſichtsvollere Aſpekte ſtellen. Wenn der Gedanke einſchlug, ſo war damit an ſich der Beginn einer neuen Aera für das Habsburgerreich markiert, weil die Idee, herüber und hinüber fluktuierend, das Gefühl der Geſamtſtaatlichkeit wieder beleben, um nicht zu ſagen aufs neue erzeugen mußte. In Oeſterreich iſt das Wahlrecht ſchon zur Tat geworden, in Ungarn iſt's en marche. Und ſiehe da, noch iſt dieſe gemeinſame Idee nicht im ganzen doppelſtaatlichen Gemeinweſen ausgereift, da ſehen wir ſie fortzeugend Gutes gebären. Der Kampf für und

*) „Preußiſche Jahrbücher" 141. Band, Seite 545 f.

gegen das allgemeine Wahlrecht brachte die österreichischen Völker in heftige innere Emotion, und da wurden neue Kräfte frei, die Menschen wurden empfänglicher gemacht für neue Gedankenkreise. Oesterreich — und hier erweitert sich uns der Begriff zum traditionellen der Gesamtmonarchie — scheint nach der Auffassung seiner Bürger wieder einmal etwas *wollen* zu dürfen. Die Balkanpläne des Barons Aehrenthal wären zu andern Zeiten, noch vor zwei, drei Jahren, vom ganzen Lande nur mit einem grimmigen Hohnlachen aufgenommen worden. Eine andere Aufgabe des Staates kannte man ja gar nicht, als die Beschäftigung mit der Nationalitätenfrage; sie ist natürlich auch jetzt nicht aus der Welt geschafft, aber sie wird gewissermaßen nur nebenamtlich behandelt. Sie bleibt eine ernste, eine Lebensaufgabe, aber durch die nachhaltige Anregung des sozialen Instinktes innerhalb des ganzen Staatsvolkes ist das Verständnis auch für andere große Aufgaben des modernen Lebens erweckt worden. Das Schlagwort von der friedlichen wirtschaftlichen Expansionspolitik findet in den sozial interessierten Massen einen gut vorbereiteten Boden, und die Idee der Reichseinheit erfährt in diesem auf gemeinsame Ziele gerichteten Streben neue Stärkung. Das Wort Aehrenthals, daß Oesterreich-Ungarn durch den Besitz Bosniens auch ein Balkanstaat geworden sei, eröffnet neue ungeahnte Perspektiven; was doch so klar zu Tage lag, wirkt, in Worte gefaßt und mit konkretem Inhalt erfüllt, beinahe wie eine Offenbarung, befreiend von der Enge und Schwüle der häuslichen Mißhelligkeiten und Wege weisend zu einer großzügig gedachten Zukunft. . . . Oesterreich litt an der Bescheidenheit, der Beschränktheit seiner Lebensaufgabe; es marterte sich an dem Gedanken, ob es überhaupt lebensfähig sei, fast zu Tode, und nun, da es gefunden hat, daß es auch noch eine andere Mission habe, als sich mit der Frage eines kümmerlichen Seins oder Nichtseins abzuquälen, sind natürlich auch die mißgünstigen Nachbarn, die diesen „Staat auf Kündigung" eben wegen seiner rührenden Anspruchslosigkeit so liebenswürdig fanden, sehr überrascht und ungehalten ob seines gesteigerten Selbstgefühls. . . . Die geplante Eisenbahn von Bosnien nach Mitrowitza, die dann in weiterer Folge Oesterreich auf diesem Wege mit Saloniki und endlich mit Athen handelspolitisch verbinden soll, ist noch lange nicht

gebaut, aber indem der Sultan türkiſchen und öſterreich-ungariſchen Ingenieuren die Erlaubnis zur Traſſierung der Bahn gab, konnte immerhin ſchon mit einigem Recht von einem „Wiedererwachen öſterreichiſcher Auslandspolitik“ geſprochen werden, von der die übrigen Balkanſtaaten eine friedliche Angliederung an Europa unter den vorteilhafteſten Bedingungen erwarten dürfen. Die damit verbundene Ziviliſierung des Balkans macht freilich denen einen Strich durch die Rechnung, die auf den Moment lauerten, um im Namen der Ziviliſation dreinzufahren und ſich ihr Beuteſtück zu holen, wenn die wachſende türkiſche Ohnmacht den ſchicklichen Vorwand böte. Daher die laute Entrüſtung dieſer Enttäuſchten darüber, daß Oeſterreich ſich mit einem Male ſeiner Hamletnatur entäußern will. Wenn nun dieſe plötzliche Aktionsluſt vorzugsweiſe gerade dem Deutſchtum zu gut kommen ſollte, wenn wirklich, wie ein ſlaviſches Mitglied der Delegation prophezeite, „deutſcher Geiſt, deutſche Kraft und Energie einen Triumph feiern werden“, ſo iſt das doch wahrlich nicht eine Schuld der Deutſchen; in dem ſich entfaltenden freien Wettbewerb wird es eben nur darauf ankommen, wer der wirtſchaftlich Tüchtigſte und Agilſte iſt. Iſt es der Deutſche, ſo mag man ſein kulturelles Vordringen immerhin eine Erſcheinungsform des „Dranges nach Oſten“ nennen, anklagen dürfen aber die Benachteiligten nur ihre eigene Unzulänglichkeit im Streite der Kräfte.“

Unter den Mitteln, mit denen von negativ intereſſierter Seite der öſterreichiſchen Balkanpolitik entgegengearbeitet wird, begegnet man beſonders regelmäßig der ſyſtematiſchen Unterſtellung, daß Oeſterreich nur der vorgeſchobene Agent und Schrittmacher Deutſchlands ſei. In Wirklichkeit beſteht zwiſchen Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn ein keineswegs geringer handelspolitiſcher Wettbewerb um die Märkte des näheren Orients. Hierbei ſind Oeſterreichs Induſtrie und Handel in letzter Zeit durch die deutſche Konkurrenz verhältnismäßig ſtark zurückgedrängt worden — eine Tatſache, die in öſterreichiſchen Kreiſen mitunter zu einer nichts weniger als freundlichen Beurteilung z. B. der deutſchen Eiſenbahnpläne in der Türkei geführt hat. Wer auf die öſterreichiſchen Stimmen achtet, vernimmt gelegentlich ſogar Aeußerungen wie die, daß die verkehrspolitiſchen Fortſchritte, die Oeſterreich durchſetzt, mehr dem deutſchen als dem

österreichischen Handel zu gute kommen würden, und Aehnliches. So wünschenswert eine wirtschaftliche Generalverständigung zwischen uns und Oesterreich-Ungarn, die sich auch auf das Balkangebiet mit bezöge, unter idealen wie praktischen Gesichtspunkten wäre — einstweilen ist von einem solchen Vereintmarschieren noch nicht die Rede, und wenn in Zukunft etwas derartiges sich einmal verwirklichen ließe, so wird sicher Oesterreich-Ungarn vermöge seiner geographischen Lage und seines besonderen Verhältnisses zu den Ländern „zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro", das jetzt über kurz oder lang doch zu einem realen Ausdruck kommen muß, mindestens nicht der schlechter fahrende Teil von beiden Seiten sein.

* * *

Die österreichisch-ungarische Balkanpolitik, das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und uns und noch eine Reihe von Problemen erster Ordnung innerhalb der großen internationalen Politik hängen auf das engste zusammen mit dem Bestande und dem Schicksal des osmanischen Reichs in Europa und Asien. Bekanntlich hat ja kein Geringerer als der Freiherr von der Goltz den Türken den Rat gegeben, ihre überseeischen d. h. die europäischen, afrikanischen und südarabischen Besitzungen selbst aufzugeben und sich auf die eigentliche Hochburg ihrer nationalen Daseinskraft, auf Anatolien, mit seiner natürlichen rückwärtigen Fortsetzung, Mesopotamien, Syrien zurückzuziehen. In der Tat bedarf es keiner langen Erwägung, um einzusehen, daß es auf die Dauer doch über die Kräfte der Türken geht, mit den verhältnismäßig geringen Menschenmitteln, über die sie verfügen, ihr immer noch über drei Erdteile sich ausdehnendes Reich zu verteidigen. Nach türkischem Gesetz sind nur die muhammedanischen, nicht auch die christlichen Untertanen des Sultans wehrfähig und wehrpflichtig. Wenn man von Arabien absieht, das überhaupt schon seit vielen Jahren, bis auf den Besitz von Mekka, eine fressende Wunde am türkischen Staatskörper ist, so überwiegt aber die Zahl der Muhammedaner in der Türkei die der Christen nicht sehr erheblich. Wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung muß also die Last der Dienstpflicht für das Ganze tragen. Das Innere der anatolischen Halbinsel ist national

wie religiös auch unter den muhammedaniſchen Gebieten der eigentliche und einzig zuverläſſige Kern des Staates. Hier hat die türkiſche Herrſchaft in den acht Jahrhunderten ihres Beſtehens (die Seldſchukenzeit mit eingerechnet) das zu Wege gebracht, was vorher noch nie einem der Beſitzer Kleinaſiens gelungen war: die Schaffung eines nach Glaube, Sitte und nationalem Zuſammengehörigkeitsgefühl einheitlichen Volkstums. Natürlich ſind die heutigen Türken in Anatolien nur zu einem geringen Prozentſatz die Nachkommen der alten ſeldſchukiſchen und osmaniſchen Eroberer — zu einem ſo geringen, daß ſich in ihrem Aeußeren überhaupt kaum noch Spuren des urſprünglichen hochaſiatiſchen Typus vorfinden. Die wirklich „türkiſchen“ mongoloiden Geſichter in der Türkei gehören keinen osmaniſchen, ſondern ſolchen Individuen an, die teils einzeln, teils mit ihren Stämmen ſpäter aus dem Innern Aſiens gekommen ſind und ſich noch nicht mit der jetzt „Türken“ genannten Bevölkerung vermiſcht haben. Auf jeden Fall fühlen ſich aber die Nachkommen der alten Kappadozier, Galater, Phryger, Lyder, u. ſ. w. alleſamt als Türken oder Osmanlis und haben das Empfinden der nationalen Zuſammengehörigkeit mit der Dynaſtie Osmans auf dem Thron in Stambul. Davon iſt in den weiter ſüdwärts gelegenen arabiſch ſprechenden Gebieten nicht die Rede. Die Sprachgrenze zwiſchen türkiſch und arabiſch verläuft längs dem Nordrande Syriens und Meſopotamiens. Syrien, Paläſtina, die Länder am Euphrat und Tigris bis hinter zum perſiſchen Golf ſprechen alleſamt arabiſch; ihre Bewohner haben den Türken gegenüber das Gefühl, daß ſie etwas dem Blute nach beſſeres ſind als jene, und daß ſie von einer vergleichsweiſe barbariſchen, ihnen fremden Raſſe beherrſcht werden. Wenn endlich auch die türkiſche Regierung in Syrien und den Euphratländern, die übrigens im Verhältnis zu Anatolien ſchwächer bevölkert ſind, Soldaten aushebt, ſo kann ſie ſich doch auf dieſe arabiſch redenden Truppen nicht in demſelben Maße verlaſſen, wie auf das Material aus den anatoliſchen „Soldatenminen“. Mit dem Moment aber, in dem das politiſche Zentrum des Reichs von Europa nach Aſien hinüberrückt, wird ſicher nicht nur die äußere Autorität der osmaniſchen Regierung, ſondern auch die innere Feſtigkeit ihrer Herrſchaft über die nicht eigentlich türkiſchen Teile des Reichs ver-

ſtärkt. Unumgängliche Vorausſetzung dafür iſt natürlich die Herſtellung einer Eiſenbahnverbindung zwiſchen dem anatoliſchen Bahngebiet, Syrien und Arabien auf der einen, Meſopotamien und dem Gebiet von Bagdad auf der anderen Seite: der Mekkabahn und der Bagdadbahn. Hierüber wird weiter unten im Zuſammenhang mit der Bedeutung dieſer Bahnfragen für die internationale Politik noch beſonders zu handeln ſein. An die Spitze jeder politiſchen Erörterung über die Türkei gehört immer von neuem der Satz: daß nicht nur die Erhaltung, ſondern die fortdauernde Stärkung der materiellen und ſpeziell der militäriſchen Kraft der Türkei den Angelpunkt der deutſchen Orientpolitik bilden muß. So verſchieden Deutſchland und die Türkei innerlich wie äußerlich auch geartet ſind, ſo groß die Entfernung zwiſchen den Ländern wie der Sinnesweiſe der Völker auch erſcheint — politiſch gehören Deutſchland und die Türken in den Orientdingen zu einander. Die Türken wiſſen, daß ſie ringsum von großen und kleinen Gegnern umgeben ſind, die offene oder ſtillſchweigende Anſprüche auf die verſchiedenſten Gebietsteile des osmaniſchen Reichs erheben, und die Erkenntnis, daß ſie allein gegenüber dem Einverſtändnis der andern verloren ſein würden, verweiſt ſie darauf, ihren Rückhalt bei der Macht zu ſuchen, deren Intereſſe die Vernichtung und Aufteilung der Türkei am beſtimmteſten zuwiderlaufen würde. Dieſe Macht ſind wir. Jeder, vor allen Dingen jeder aſiatiſche Territorialverluſt, den die Türkei jetzt noch erleidet und erſt recht natürlich ihre Zerteilung unter England, (Meſopotamien) Rußland, (Armenien und Kleinaſien) Frankreich, (Syrien) Italien (Tripolis) würde dieſe Gebiete vor der deutſchen Arbeit und dem deutſchen wirtſchaftlichen Erfolg teils überhaupt verſchließen, teils unſere Betätigung auf das Empfindlichſte einengen.

Nichts kann für uns im Verein mit Oeſterreich-Ungarn von größerem Vorteil ſein, als die Durchführung des Gedankens jenes doppelten, Syrien und Meſopotamien je in voller Länge durchſchneidenden Bahnſyſtems, das ſich an das anatoliſche Netz anſchließen und bei Aleppo in die Bagdad- und die Mekkabahn auseinandergehen wird. Es hieße, gar zu Bekanntes und gar zu oft Geſagtes wiederholen, wenn hier ein ausführliches Gemälde der materiellen Blüte, des Reichtums, der Menſchenzahl und der Steuerkraft entworfen werden

sollte, die im Altertum und bis tief ins Mittelalter in den jetzt unter türkischer Herrschaft stehenden Teilen Vorderasiens, namentlich in den Euphrat- und Tigrisländern, in Syrien und in Kleinasien, existiert haben. Es ist bekannt, daß von den Zeiten der assyrischen Großmacht bis auf die Epoche der Kalifen der Besitz des babylonischen Alluviums über das Königtum von Asien entschieden hat; es ist bekannt, daß allein die Herrschaft über dieses reiche Land den Parthern wie dem sassanidischen Perserreiche die materielle Kraft gegeben hat, hier, am mittleren Euphrat und am oberen Tigris, dem Vordringen des römischen Imperiums dauernd Halt zu gebieten. Ebenso bedarf es keiner Ausführungen darüber, was Syrien und Kleinasien einstmals für das römische und für das byzantinische Reich bedeutet haben. Ihnen allen wird durch die bevorstehenden Bahnbauten neues Lebensblut zugeführt werden; vor allen Dingen, was das Wichtigste ist, die Autorität von Regierung, Gesetz und Recht gegenüber den räuberischen Nomadenstämmen des Gebirges und der Wüste, die Sicherheit für Leben und Eigentum des Bauern und Bürgers, werden mit der Vollendung jenes Unternehmens wiederkehren, wo sie jetzt fehlen. Eben dieses, daß sie dort seit bald tausend Jahren mangeln, das und nichts anderes, hat in erster Linie den Sturz der Kultur, die Verödung und Verarmung des Landes, die Verringerung der Bevölkerung auf einen Bruchteil ihrer früheren Zahl verursacht. Alle anderen Gründe, die außerdem noch genannt werden, sind sekundärer Natur. Sobald die Bagdadbahn und die syrische Bahn vollendet sind, werden sie Aecker, Dörfer, Herden, Städte, Menschen neu schaffen und vermehren; von dorther werden die Menschenzahl, die Steuerkraft, die finanzielle und materielle Leistungsfähigkeit, überhaupt die Widerstandskraft der Türkei gegenüber ihren Nachbarn wachsen — und damit wird, wie gesagt, auch unseren Interessen gedient sein. Eben dieser Umstand, daß kein Mittel in solchem Maße die politische Kraft und Selbständigkeit des osmanischen Reiches zu heben geeignet ist, wie jene Bahnbauten, ist der deutlichste Erweis für die Mißgunst und das Uebelwollen derjenigen, die sich bemühen, die Türken glauben zu machen, es handle sich für uns darum, eine politische Vormundschaft oder dergleichen im osmanischen Reiche zu gewinnen. Womit sich die

Türkei wird abfinden müſſen, das iſt der einmal bevorſtehende Verluſt der im 14. und 15. Jahrhundert gemachten und ſchon ſeit dem 17. Jahrhundert einem fortgeſetzten Abbröckelungsprozeß verfallenen, von einer chriſtlichen Mehrheit bewohnten Eroberungen in Europa. Den Reſt der osmaniſchen Herrſchaft auf der Balkanhalbinſel dem Padiſchah für alle Zeiten zu garantieren, iſt Deutſchland außerſtande, weil das ſchlechthin über ſeine Kräfte geht. Die Fähigkeit der Türkei zum Selbſtſchutz iſt hier an dieſer äußerſten Peripherie zu gering, ihre Verwundbarkeit zu groß, und, abgeſehen von allem andern, iſt auch ein ſo ſtarkes chriſtliches Element, wie das in den bisher noch türkiſchen Teilen der Balkanhalbinſel bei den gegenwärtigen politiſchen Verhältniſſen nicht dauernd unter der türkiſchen Herrſchaft zu halten. Dagegen liegt, im Unterſchiede zu den überwiegend chriſtlichen und von Natur auf die Zuſammengehörigkeit mit der abendländiſch-chriſtlichen Kulturwelt angewieſenen Landſchaften und Völkerſtämme der Balkanhalbinſel, innerhalb des aſiatiſchen Reichsgebiets der Türkei keinerlei Intereſſe vor, die politiſche Oberherrſchaft der Osmanen zu beſeitigen. Wenn man von Armenien, das allerdings eine Frage für ſich bildet, abſieht, ſo wohnen mit Ausnahme der kleinaſiatiſchen Küſtenlandſchaften, in denen das Griechentum überwiegt, vom Bosporus bis zum Perſiſchen Golf überwiegend Muhammedaner. Das chriſtliche Element iſt auch dort nicht unbedeutend, aber es iſt auf die Städte und einige iſolierte und in ſich leidlich geſchloſſene Landſchaften beſchränkt, würde auch, wenn die überwiegend chriſtlichen Gebietsteile im Weſten und Nordoſten des Reiches fortfallen, den Türken wenig Veranlaſſung mehr zu politiſchem Mißtrauen, zu Gewaltmaßregeln und Bedrückung, geben.

Im türkiſchen Vorderaſien liegt ein großes Stück deutſcher Zukunft, wenn es gelingt, die Integrität des Staatsweſens der Osmanen dort in dem erforderlichen Umfange aufrecht zu erhalten. Wie ſchon betont, unterſcheidet ſich unſere politiſche Stellung zur Türkei von der aller anderen europäiſchen Mächte dadurch, daß wir in voller Aufrichtigkeit keinen Fetzen türkiſchen Gebiets, weder in Europa, noch in Aſien, noch in Afrika, für uns verlangen, ſondern lediglich den Wunſch und das Intereſſe haben, in der

Türkei, mag sich ihr Gebiet nun auf ihre asiatischen Besitzungen beschränken oder nicht, einen Absatzmarkt und eine Rohproduktenquelle für unsere Industrie zu haben, wobei wir den mit uns konkurrierenden Nationen gegenüber gar keinen anderen Anspruch geltend machen wollen, als den der bedingungslos „offenen Tür". Mag man sich zu der Frage, *wann* die Bagdadbahn fertig wird und welches das Tempo der wirtschaftlichen Neuentwicklung in den von ihr durchzogenen Ländern sein wird, in höherem oder geringerem Maße skeptisch stellen — daran, daß eine solche Entwicklung bevorsteht, ist gar kein Zweifel möglich, und von unserer Seite könnte kaum ein größerer Fehler gemacht werden, als wenn wir nicht versuchen wollten, im Zusammenhange mit der von hier aus zu erwartenden politischen und ökonomischen Kräftigung der Türkei, uns unseren Anteil daran zu sichern.

Diejenige Macht, deren gegenwärtige Politik am entschiedensten den deutschen Interessen im Orient entgegengesetzt erscheint, ist, trotz aller beiderseitigen Bemühungen um die Wiederherstellung eines besseren offiziellen Verhältnisses und um die Beseitigung der mißtrauischen und verhetzenden Polemik der vorhergegangenen Jahre, England. Die englische Politik hat in der Orientfrage die Gruppierung: England, Frankreich, Rußland, Italien auf der einen, Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der anderen Seite geschaffen. Das trat sowohl in der Behandlung der Bagdadbahnfrage im Anschluß an den Besuch des deutschen Kaisers in England Ende 1907 hervor, als auch einige Monate später gegenüber den österreich-ungarischen Plänen in der Fassung des Barons v. Aehrenthal. In ganz merkwürdiger Uebereinstimmung wurden während der Kaiserreise nach England und nachher sowohl englische als auch französische Stimmen laut, die von einer möglichen Lösung der Bagdadbahnfrage in dem Sinne sprachen, daß England den Bau der Strecke zwischen dem Persischen Golf und dem nörlichen Beginn des alten babylonischen Niederlandes (womöglich Mossul!!) zugestanden erhielte, die bestehende, von der deutschen Bank geleitete Bahngesellschaft dagegen sich auf ein Stück der ihr ursprünglich erteilten Konzession, d. h. das Stück zwischen dem gegenwärtigen Endpunkt der Linie am Nordfluß des Taurus und dem alten Fruchtland, beschränken solle.

Wenn man nur die räumliche Ausdehnung in Betracht zieht, so ist das deutsche oder vielmehr internationale Stück länger, fragt man aber nach dem inneren Wert, so fällt ein sehr viel größeres Schwergewicht auf die Seite der für England in Anspruch genommenen Strecke. Englischerseits würde ein derartiges Abkommen außerdem auch noch dahin verstanden werden, daß nicht nur die Erbauung der Eisenbahn, sondern auch die Wiederherstellung der alten Bewässerungswerke im Gebiet von Bagdad eine englische Unternehmung werden soll. Zum erstenmal wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese englische Idee durch die Veröffentlichung des berühmten Wasserbauingenieurs Willcox gelenkt. Willcox ist der geistige Urheber der großen englischen Wasserwerke in Aegypten, vor allen Dingen des Staudamms von Assuan; er ist außerdem auf das genaueste von seiner früheren amtlichen Tätigkeit her mit der indischen Bewässerung vertraut und hat nach der Beendigung des Burenkrieges auch ein ausführliches Gutachten über die Möglichkeiten einer umfassenderen Irrigation in der Kapkolonie und den früheren Republiken erstattet. Als er seine Broschüre über das Bagdadgebiet schrieb, wurde bekannt, daß schon vorher Offiziere des indischen Vermessungsdienstes Aufnahmen der wichtigsten Kanäle des Altertums gemacht hatten, und eine sehr charakteristische Wendung in seiner Arbeit ließ klar erkennen, welch ein wirtschaftliches und politisches Endziel ihm im einstigen Babyloniens vorschwebte. Er sprach nämlich unumwunden die Meinung aus, daß ägyptische und indische Bauern, die mit dem Bewässerungswesen von ihrer Heimat her besonders gut vertraut seien, den Grundstock für die zukünftige ackerbauende Bevölkerung des regenerierten Babylonien abgeben sollten. Indien wie Aegypten sind englischer Besitz; die Inder sind überdies in aller Form rechtens und seit lange Untertanen der britischen Krone. Es kann als vollkommen ausgeschlossen gelten, daß man in England daran denkt, Ansiedler aus Indien und Aegypten in das Gebiet von Bagdad ziehen zu lassen, damit sie dort ohne weiteres türkische Untertanen werden. Willcox' Besiedelungsprogramm ist also gleichbedeutend mit dem Plan eines politischen Protektorats über das Bagdadgebiet. Ich habe bereits im Jahre 1903 in den Preußischen Jahrbüchern auf die Arbeit von

Willcox hingewieſen. Seitdem hat bis in die letzte Zeit von Bagdad und der Bagdadbahn nicht viel verlautet. Als im Jahre 1906 die Frage der türkiſchen Zollerhöhung eine poſitive Wendung zu nehmen ſchien, machte England den Gedanken einer Verwendung des Mehrertrages für die Kilometergarantie des nächſten Teilſtücks der Bagdadbahn dadurch illuſoriſch, daß es erklärte, in die Zollerhöhung nur unter der Vorausſetzung willigen zu können, daß die Mehrerträge bis auf weiteres nur zur Durchführung der Reformen in Mazedonien verwendet werden ſollten. Darauf einigte man ſich denn ſchließlich. Nun hieß es mit einem Male in einem der deutſchfeindlichſten Organe der engliſchen Preſſe, nachdem etwas weniger beſtimmte Andeutungen auf franzöſiſcher Seite ſchon in der „Revue de Paris" vorhergegangen waren, man ſolle, neben der Reſervierung des ganzen unteren Stückes der Bahn für England, die Verpflichtung der Türkei zur Kilometergarantie aus der übrigen Bahnkonzeſſion überhaupt entfernen! Alsdann ſei gegen die Herſtellung des Reſtes unter deutſcher Führung nichts mehr einzuwenden. Daran, daß die untere Bahnſtrecke ſich glänzend bezahlt machen wird, wenn zugleich das Bewäſſerungsſyſtem wiederhergeſtellt und Babylonien ein großes Exportland für landwirtſchaftliche Produkte wird, braucht allerdings niemand zu zweifeln — ebenſo wenig wie daran, daß im oberen Meſopotamien die Rentabilität erſt ganz allmählich eintreten kann und daß bis dahin die Kilometergarantie zur Sicherung eines angemeſſenen Zinsdienſtes für das aufgewandte Kapital unentbehrlich iſt. Mit den engliſchen Abſichten auf Bagdad hängt zweifellos auch das engliſch-ruſſiſche Abkommen über Perſien zuſammen. Dieſes hat England die formelle Sicherheit gegeben, daß Rußland auf ſeinen früher ſehr beſtimmt verfolgten Plan, eine Eiſenbahn aus Turkeſtan durch das öſtliche Perſien nach einem Hafen am Indiſchen Ozean zu bauen, verzichtet. Man dachte hierbei in St. Petersburg vor allen Dingen an den Hafen von Tſchahbar, und als ich Anfang 1901 die Reiſe vom Golf über das Iraniſche Plateau nach Teheran machte, hielt man es ruſſiſcherſeits in Perſien nicht einmal für nötig, die Tätigkeit einer beſonderen, aus ruſſiſchen Offizieren beſtehenden Vermeſſungsexpedition, die eine paſſende Trace für jene Bahn aufſuchen ſollte, zu verſchweigen. Jetzt iſt

Südperſien, einſchließlich Bender Abbas, das den Eingang in den Golf beherrſcht, von Rußland als rein engliſches Intereſſengebiet anerkannt worden, und ebenſo hat England eine Anerkennung ſeiner politiſchen Vorzugsſtellung im Küſtengebiet des Perſiſchen Golfs von Rußland erreicht. Auch die Südoſtecke Perſiens, die an das türkiſche Bagdadgebiet grenzt, wird aber ſeit geraumer Zeit von engliſchen wirtſchaftlichen Unternehmungen bearbeitet: auf dem Karun iſt dieſelbe engliſche Schiffahrtsgeſellſchaft tätig, wie auf dem Tigris zwiſchen Bagdad und Baſra, und im Anſchluß an dieſe Flußdampferlinie hat die Kompagnie eine ausgebaute Straße für den Karawanenverkehr in der Richtung auf das innere Plateau hergeſtellt. Das eigentliche Ziel der engliſchen Politik iſt hier die Verwirklichung jener direkten Verbindung zwiſchen Indien und Aegypten. Die Eiſenbahn von Quetta in Beludſchiſtan nach Ismailije am Suezkanal über Nuſchki, Kirman, Jeſd, Iſpahan, Baſra, Dſchuf, wurde ſchon ſeit lange in der engliſchen politiſchen Literatur über den ſogenannten mittleren Oſten propagiert. Ich habe auch hierauf ſchon vor mehreren Jahren hingewieſen. Seitdem hat man Iſpahan bei der Teilung Perſiens den Ruſſen überlaſſen und will alſo offenbar das Mündungsgebiet des Euphrat und Tigris auf einer ſüdlicheren Route erreichen, was damals mit Rückſicht auf die Terrainſchwierigkeiten noch als unmöglich galt.

Auf der anderen Seite ſind die politiſchen Fortſchritte, die England in Arabien macht, bekannt. In demſelben Augenblick, als der Hafen von Kuweit ſüdlich von der Mündung des Schatt el Arab als ein möglicher Endpunkt für die Bagdadbahn genannt wurde, erhob England den Anſpruch, daß der Schech von Kuweit nicht unter türkiſcher Herrſchaft ſtehe, ſondern unabhängiger Souverain ſei, d. h. daß er das Recht haben ſolle, mit England einen Vertrag zu ſchließen, nach dem jede von ihm zu erteilende Verkehrskonzeſſion erſt der Genehmigung Englands bedürfe. Dieſer Anſpruch iſt formell unhaltbar, weil die Landſchaft el Haſa, zu der Kuweit gehört, zu Anfang der ſiebziger Jahre des 19. Jahrhunderts durch den damaligen türkiſchen Generalgouverneur von Bagdad, Midhat Paſcha, zweifellos unterworfen und der Schech von Kuweit als türkiſcher Kaimakam für den neuen Kreis (Kaza) des Vilajets von Bagdad

eingesetzt wurde. Daß er sich in der Folge nicht mehr viel um die Walis von Bagdad gekümmert hat, ist richtig, aber das tut den Rechtsansprüchen der Türkei keinen Eintrag. Nicht nur in Arabien, sondern auch in Kurdistan, und selbst in Anatolien, sind große Distrikte jahrzehntelang faktisch der Autorität der Pforte entglitten gewesen, aber die Regierung in Konstantinopel hat es schließlich doch immer wieder verstanden, ihre unbotmäßigen Vasallen heranzuholen. Unbestritten englisches Interessengebiet ist dagegen der ganze Süden und Südosten Arabiens, und von hier aus dringt der englische Einfluß nachhaltig zu den Stämmen des Innern vor. Es ist eine ganz allgemeine Meinung, daß auch die unbotmäßigen Stämme im Gebiet von Jemen an der englischen Stellung in Aden einen mindest moralisch sehr starken Rückhalt haben und daß eine befriedigende Lage für die englische Politik in Arabien erst dann erreicht sein wird, wenn nicht nur Jemen, sondern auch Hedschas mit den heiligen Städten Mekka und Medina sich von der türkischen Herrschaft befreit haben werden. Die „Unabhängigkeit" des Scherifs von Mekka würde in Wirklichkeit bedeuten, daß jener sich, um einen Rückhalt gegen die Türken zu gewinnen, an England anlehnen muß, und damit wäre England, ohne daß es einen Mann oder nur einen offiziellen Vertreter in Mekka zu unterhalten brauchte, faktisch die einflußreichste Macht innerhalb der islamischen Welt. Solchen Tendenzen würde allerdings der Fortschritt der türkischen Hedschasbahn entgegenwirken. Mit einem Erfolg, der alle Zweifel und negativen Voraussetzungen beschämt, schreitet sie nach Süden fort, und sie wird wahrscheinlich zu Ende des Jahres 1908 Medina erreichen. Ich stehe nicht an, zu bekennen, daß ich selbst in früheren Jahren die Durchführung des Projekts für unmöglich gehalten habe. Erstens aber, und das ist wohl das entscheidende Moment, haben sich die Geländeverhältnisse im Bahngebiet als sehr viel einfacher herausgestellt, als früher auf Grund der Vorstellungen, die man von jenen Gebieten besaß, allgemein angenommen wurde. Zweitens war es wichtig, daß der Sultan die Leitung des Baus in die Hände eines deutschen Ingenieurs von ausgezeichneten Fähigkeiten, Meißner Pascha, gelegt hat, der von Anbeginn die Seele des Werkes gewesen ist. Mit der Annäherung an die „heiligen" Städte hat er aller-

dings auf die Fortführung der persönlichen Bauleitung verzichten müssen. Drittens wird die Bahn nach dem Muster der transkaspischen Eisenbahn Rußlands im wesentlichen durch aktive Truppen, die ohnehin Sold und Verpflegung erhalten müßten, ausgeführt, wodurch an den Kosten erheblich gespart wird. Es ist das abermals ein Beweis dafür, welch ein tüchtiger Kern in dem türkischen Soldatenmaterial steckt. Nach einem Bericht in der Frankfurter Zeitung (Nr. 328 vom 26. November), der auf die Mitteilungen des türkischen Eisenbahnkommissars Auler Pascha, gleichfalls eines Deutschen, zurückgeht, hat die Stärke der Truppen auf der ersten Teilstrecke von Damaskus bis Maan 5650 Mann betragen. Für die Herstellung der zweiten Teilstrecke bis el-Ula wurde sie auf 7000 Mann erhöht. Die Soldaten haben nicht nur den Oberbau der Bahn hergestellt, sondern auch die massiven Brücken und Stationsgebäude zum Teil ausgeführt, da die Zivilunternehmer südlich von Maan unerschwingliche Preise forderten. „Man lernte", schreibt der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung", „eine Kompagnie des Eisenbahnbataillons Nr. 1 durch Zivilhandwerksmeister in Maurer-, Zimmer- und Schlosserarbeiten an, und die Mannschaften dieser Kompagnie haben in den betreffenden Arbeiten schließlich eine derartige Fertigkeit erlangt, daß ihre Lehrer entbehrlich wurden. Auf diese Weise hat sich die Leitung des Baues von den Unternehmern unabhängig gemacht und ist in der Lage, falls Not am Mann kommt, die ganze Bahn bis Mekka mit den Truppen allein fertig stellen zu lassen. Was den baulichen Zustand der Mekkabahn zwischen Maan und el-Ula betrifft, so konstatierte Generalleutnant Auler Pascha, daß die Strecke zwischen Maan und el-Muassam (nicht weit von el-Ula) einschließlich der Stationsgebäude so vollkommen wie jede andere europäische Friedensbahn ist. Der Zug, welcher die Kommission mit 12 Personenwagen und einem Gesamtgewicht von rund 250 Tonnen hinunterbrachte, fuhr hier auf ebener und wenig geneigter Strecke mit einer Geschwindigkeit bis zu 45 Kilometern in der Stunde. Sämtliche Brücken sind mit den Sandsteinquadern des vortrefflichen Materials der Umgebung gebaut und machen einen äußerst soliden Eindruck, auch soweit sie durch die Truppen ausgeführt worden sind. . . Zwischen el-Muassam und el-Ula ist der Unterbau ebenso solide

ausgeführt, wie auf der vorangegangenen Strecke. Der Oberbau hatte aber erst eine Schicht Ballast, und drei Kompagnien des Eisenbahnbataillons Nr. 1 waren noch damit beschäftigt, die zweite Schicht aufzubringen und die Befestigung der Schienen auf den Schwellen zu vervollständigen. Ebenso wie der Bau der Bahn wird von Maan ab auch der Betrieb fast ausschließlich durch die Truppen bewirkt. Stationsvorsteher und Bahnmeister werden den Avancierten, Telegraphisten und Bahnerhaltungsarbeiter den Gemeinen entnommen.

Von el-Ula bis Medina beträgt die Entfernung noch etwa 300 Kilometer. Um den Bau zu beschleunigen, arbeiteten Ende 1907 seit acht Monaten 800 Mann Truppen von Medina aus dem von Norden herankommenden Werk entgegen, und es sollten weitere 1000 Mann von Medina aus eingestellt werden. Die Gesamtlänge der Strecke von Damaskus bis el-Ula beträgt nahezu 1000 Kilometer; die Kosten belaufen sich auf etwas über 40 000 Mark für den Kilometer (die Hedschasbahn hat Schmalspur, wenn ich nicht irre, von 75 Cmtr. Schienenabstand). Schließlich erklärt sich die Durchführung des Werkes auch noch aus dem Umstand, daß es dem Sultan, der die Hedschas- oder Mekkabahn als seinen persönlichsten Gedanken mit besonderer Energie betreibt, gelungen ist, nahezu die Hälfte der bisher aufgewandten Kosten durch sogenannte freiwillige Beiträge, d. h. in Wirklichkeit meistenteils durch große Abzüge vom Gehalt der Beamten und Offiziere aufzubringen. Für den Rest werden die Gelder durch rücksichtslose Vernachlässigung der übrigen notwendigen Staatsausgaben bereitgestellt.

Für die Türkei ist die Mekkabahn zweifellos der größte politische Erfolg seit langer Zeit. Ebenso zweifellos beeinträchtigt er allerdings die englischen Bestrebungen in Arabien. Nach dem bereits erwähnten Bericht in der „Frankfurter Zeitung" hatte Auler Pascha den entschiedenen Eindruck, daß die Autorität des Sultans in jenen Gegenden in hohem Maße gestärkt worden ist. Noch hat kein Beduine gewagt, sich an der Bahn zu vergreifen. Das Bewußtsein, von dem Arm der Regierung rasch erreicht werden zu können, würde genügen, die zur Unruhe geneigten Beduinenstämme im westlichen Teil von Arabien dauernd in Ordnung zu halten. Bei der Einweihung des zweiten Bauabschnitts in el-Ula seien von allen Seiten die

Vertreter der Beduinen, sowie Deputationen der Notabeln von Medina herbeigeeilt, „um der kaiserlichen Mission zu huldigen und dem Sultan für das große Kulturwerk zu danken". Unbedingt sicher wird die Hedschasbahn in militärischer Beziehung allerdings erst dann funktionieren, wenn die bisher noch vorhandene große Lücke in der Schienenverbindung mit Konstantinopel und Anatolien zwischen der vorläufigen Endstation der Bagdadbahn, Bulgurlu, und Aleppo, wo das französisch-syrische Bahnsystem seinen Anfang nimmt, geschlossen ist. Diese Lücke ist rund 500 Kilometer weit, und möglicherweise erleben wir es noch viel eher, daß man vom Bosporus nach Mekka fahren kann, als nach Bagdad oder selbst nur nach Mossul. Der stärkste Gegenzug, den England gegen die Hedschasbahn bisher gemacht hat, ist die Verhinderung der Zweiglinie von Maan nach Akaba. Der Golf von Akaba bildet bekanntlich den nordöstlichen Zipfel des Roten Meeres. Die Entfernung von dem türkischen Hafenplatz bis nach Maan beträgt in der Luftlinie nur etwa 100 Kilometer. Die Herstellung dieses Stückes hätte eine Umgehung des Suezkanals durch eine verhältnismäßig kurze Eisenbahnlinie (Haifa-Derat-Maan-Akaba) bedeutet und abgesehen hiervon der Türkei schon bedeutend früher die Möglichkeit gewährt, abseits von dem unter englischer Kontrolle stehenden Kanal und unter Ersparung der hohen Kanalgebühren auf dem Wege über die Eisenbahn und das Rote Meer Truppen nach Südarabien zu schicken. Um eins wie das andere zu verhindern, erklärte die englische Regierung namens der ägyptischen die Gewässer des Golfs von Akaba schlechthin als ägyptisches Gebiet. Als türkische Truppen die Ortschaft Taba in der Nachbarschaft von Akaba besetzten, um Vorbereitungen für den Bahnbau zu treffen, richtete England ein Ultimatum an die Pforte und forderte Zurückziehung der Truppen binnen zehn Tagen. Der französische und russische Botschafter unterstützten die englische Forderung in Konstantinopel, und mehrere englische Kriegsschiffe wurden von Malta ins Aegeische Meer geschickt. Es war eine ganz evidente Vergewaltigung, aber die Türkei gab nach (Mai 1906). Selbst wenn die Belege für die Behauptung, daß der Golf zu Aegypten gehöre, besser wären, als sie sind, so darf man doch nicht vergessen, daß Aegypten formell noch ein

türkiſcher Vaſallenſtaat iſt und ſeinen Tribut nach Konſtantinopel bezahlt. Durch dieſen Gewaltſtreich hat England die Gefahr, daß die Waſſerſtraße des Roten Meeres einen vom Suezkanal unabhängigen Zugang erhalten könnte, pariert, wenn es auch notgedrungen dulden muß, daß im übrigen ſeine politiſchen Fortſchritte in Nordarabien durch den binnenwärts auf unbeſtritten türkiſchem Gebiet verlaufenden Strang der Hedſchasbahn eine Beeinträchtigung erleiden. Immerhin aber wird die engliſche politiſche Arbeit in Innerarabien weiter betrieben, und die Zugehörigkeit der Sinai-Halbinſel zu Aegypten bildet auf jeden Fall ein wichtiges Moment für den Gedanken der Eiſenbahnverbindung vom Nil zum Indus. Nachdem die ruſſiſche Bahn zum Perſiſchen Golf und die türkiſche Bahn zum Roten Meer, die beide das indo-ägyptiſche Projekt nicht nur quer durchſchnitten, ſondern auch jede für ſich einen ſelbſtändigen Ausgang aus den vorderaſiatiſchen Ländern zum ſüdlichen Meere bedeutet hätten, glücklich haben verhindert werden können, verbleibt nun als letzte Gefahr noch die Möglichkeit einer nicht-engliſchen Bagdadbahn. Unter dieſem Geſichtspunkt will es verſtanden werden, wenn die Willcoxſche Schrift ſchon vor ſechs Jahren für England die Hand auf das kulturelle Wiederherſtellungswerk im alten Babylonien legte und wenn jetzt an verſchiedenen Stellen die Idee auftaucht, die Bagdadbahn bauen zu laſſen, aber nur unter der Bedingung, daß ſie von Moſſul abwärts bis zum Perſiſchen Golf eine rein engliſche Bahn wird.

Mit dem Plan der ſogenannten „deutſchen" Bahnbauten in der Türkei wird öfters in ſehr unglücklicher Weiſe der Gedanke einer „deutſchen Koloniſation" in Kleinaſien, Syrien, Meſopotamien uſw. verquickt. Hier handelt es ſich um ein höchſt gefährliches Mißverſtändnis unſerer wirtſchaftlichen Hoffnungen und Ausſichten im türkiſchen Vorderaſien. Die Vorſtellung, daß wir darauf ausgehen ſollten oder könnten, eine deutſche bäuerliche oder ſonſt irgendwie „koloniſierend" gedachte Auswanderung nach jenen Ländern ins Werk zu ſetzen, iſt, davon ganz abgeſehen, wie ſich die klimatiſchen Folgen für die Auswanderer geſtalten würden, vor allen Dingen eine politiſche Verkehrtheit erſten Ranges. An Beiſpielen, daß deutſche Ackerbaukolonien in Vorderaſien gegründet wurden, ſich erhalten

haben und ſelbſt zur Blüte gelangt ſind, liegen, wenn man von einigen Experimenten kleinen Maßſtabes abſieht, im Grunde nur zwei vor: die ſchwäbiſchen Anſiedelungen in Transkaukaſien und die ſogenanten Templerkolonien in Paläſtina. Man hat von dieſen beiden Gebieten aus argumentiert, daß mindeſtens die klimatiſchen Vorausſetzungen dortſelbſt günſtig genug ſein müßten, um deutſche bäuerliche Siedelungen zu ermöglichen. Dieſe Folgerung iſt aber nur mit großen Einſchränkungen richtig. Was zunächſt die Templerkolonien anbetrifft, ſo darf nicht vergeſſen werden, daß Syrien und namentlich deſſen ſüdlichere Teile, die Küſte und das Hochland von Paläſtina, klimatiſch mit den Nachbarländern verglichen entſchieden begünſtigt erſcheinen. Wenngleich auch hier gewiſſe typiſch-vorderaſiatiſche Erſcheinungen unverkennbar ſind, ſo überwiegen doch die Einflüſſe der Meeresnäher und der weniger aſiatiſchen als mittelländiſchen Lage weitaus. Das Klima von Jaffa, Haifa, ſelbſt Jeruſalem, hat mit dem von Griechenland, Tunis, Spanien oder Unteritalien eine größere Verwandtſchaft, als mit dem von Bagdad und Moſſul. Der Schluß von einem auf das andere trifft alſo nicht zu. Ein wenig anders ſteht es mit den ſchwäbiſchen Dörfern jenſeits des Kaukaſus im Stromgebiet der Kura. Die klimatiſchen Verhältniſſe Georgiens nähern ſich, wenigſtens im Sommer und Herbſt, denen der mehr binnenwärts gelegenen Gebiete Vorderaſiens etwas mehr, als es in Syrien der Fall iſt. Dafür repräſentieren aber die Wintermonate alljährlich einen viel ſtärkeren Rückfall in nordiſche Verhältniſſe, als das im Gebiet des Tigris und Euphrat, abgeſehen vom Quellgebiet der beiden Ströme im armeniſchen Hochlande, je vorkommt. Dann aber darf man nicht überſehen, daß ſelbſt unter den verhältnismäßig minder ungünſtigen klimatiſchen Verhältniſſen Georgiens der Menſchenverluſt noch in der zweiten Generation der ſchwäbiſchen Auswanderer ein ſehr bedeutender war und daß erſt das dritte Geſchlecht, etwa ſeit 1870, als wirklich akklimatiſiert und in das Stadium geſunder und natürlicher Vermehrung eingetreten gelten kann. Daneben will ſowohl für Transkaukaſien als auch für Paläſtina ſehr beachtet ſein, daß ſich an beiden Stellen die Anſiedler von dem anfänglich gehegten und verwirklichten Gedanken des eigentlichen Ackerbaues mehr und mehr zurückgezogen haben und daß ihr

wirtschaftliches und gesundheitliches Gedeihen um so bessere Fortschritte machte, je mehr sich der Uebergang vom Getreidebau auf die Zucht des Weinstocks, der Südfrüchte und ähnlicher nicht mehr im engeren Sinn agrarischer Produkte vollzog. Sowohl die Templer als auch die kaukasischen Schwaben bauen noch Getreide, aber dieser Zweig ihres Lebensunterhalts ist nicht mehr derjenige, aus dem sie die meiste ökonomische Kraft ziehen. Nur mit diesen starken Korrekturen — Korrekturen, welche die Behauptung, um die es sich hier handelt, doch auf einen Bruchteil ihres ursprünglichen Gehalts einschränken — gilt der Satz, daß die deutschen Siedelungen in Georgien und Palästina den Beweis für die Möglichkeit erbracht hätten, eine deutsche Auswanderung nach Vorderasien zu lenken.

Noch weit ausschlaggebender als diese klimatischen Erwägungen sind aber andere, praktisch-politische. Diese lassen sich dahin zusammenfassen, daß die Türkei um ihrer selbst willen nicht wohl in Massenansiedelungen europäischer Kolonisten auf ihrem Grund und Boden willigen kann. Man mag sich die Sache vorstellen wie man will — irgendwie muß sie doch darauf hinauskommen, daß ein Konflikt zwischen dem türkischen Staatsinteresse und den Ansiedlern entsteht. Gleich die erste Frage, die sich erhebt, zeigt das Wesen der Schwierigkeit deutlich. — Sollen die projektierten deutschen Kolonisten in der Türkei deutsche oder türkische Untertanen sein? Die erstere Möglichkeit ist vom Standpunkt der Türken aus undenkbar. Mögen sich auch noch so viele wirtschaftlich-materielle Vorteile für die türkische Staatswirtschaft aus einer blühenden deutschen Kolonisation erheben, und mag es selbst (sehr unwahrscheinlicherweise) unter den Regierenden in Stambul Persönlichkeiten genug geben, die imstande sind, die ökonomische Seite der Sache ausreichend zu würdigen — hunderttausende fremder Untertanen mit eigenem Recht, eigener Nationalität, eigener Religion, im Besitz höherer Kultur, in rechtlicher und tatsächlicher Vorzugsstellung, kann kein Staat innerhalb seiner Grenzen ertragen. Ein solcher Fremdkörper muß unter allen Umständen zu Krankheitsprozessen im politischen Gesamtorganismus führen. Ebenso schwer denkbar aber ist es, daß die deutschen Ansiedler schlechtweg türkische Untertanen werden sollen. Daß sie unter türkisches Zivilrecht, namentlich Grundrecht, treten,

wäre unter gewiſſen Kautelen denkbar, und geſchieht ja im kleinen bei Anſiedelungen und Ankäufen fremder Staatsangehöriger in der Türkei ſchon heute; bei jedem Schritt weiter ſtößt man aber ſchon auf Unmöglichkeiten. Sind die Leute türkiſche Untertanen geworden, dann haben wir kein Recht mehr, uns weiter in das Verhältnis zwiſchen den Türken und ihnen einzumiſchen. Sowohl die Regierung in Konſtantinopel als auch die unbotmäßigen Nomadenſtämme könnten mit den Anſiedlern ſchalten und walten, wie es ihnen beliebt, und jenen bliebe ſchließlich als einziges Mittel nur der bewaffnete Widerſtand oder — abermalige Auswanderung. Papierne Abmachungen nützen erfahrungsgemäß in ſolchen Fällen gar nichts. Wenn überhaupt, ſo müßten die deutſchen Siedelungen ſich natürlich möglichſt zuſammenhängend in geſchloſſenen Maſſen über ein größeres Gebiet hin erſtrecken. Auf dieſe Weiſe entſtände eine Reihe fremder Enklaven wie Inſeln unter der eingeborenen Bevölkerung. Dieſe Enklaven würden, wenn trotz aller Bedenken der Verſuch zu ihrer Schaffung gemacht werden ſollte, gegenüber den Einheimiſchen mit allen möglichen Privilegien in Bezug auf Gerichtsbarkeit, Selbſtverwaltung, Militärdienſt und dergleichen ausgeſtattet werden müſſen. Damit iſt unabwendbar der Anlaß zu zahlloſen Reibungen mit den ihrer eigenen Regierung gegenüber viel ſchlechter geſtellten Eingeborenen gegeben. Man kann die Sache anfangen und überlegen, von welchem Ende man will: überall ſtößt man, ſobald man ſich auch nur die Anfänge praktiſch verwirklicht denkt, auf Schwierigkeiten, die es den Türken von ihrem Standpunkt aus ſchlechthin unmöglich machen müſſen, den Gedanken deutſcher bäuerlicher Anſiedelungen im größeren Stil auch nur ernſthaft in Erwägung zu ziehen. So lange die Türkei ein ſelbſtändiges Staatsweſen iſt, kann ſie an die Zulaſſung fremder Maſſeneinwanderung nicht denken. Zu allen anderen Schwierigkeiten träte auf dieſem Boden als eine beſonders große auch noch die religiöſe hinzu. Wir können, mag unſer Urteil darüber lauten wie es will, an der Tatſache nichts ändern, daß jeder Muhammedaner an ſich den Chriſten, überhaupt den Nichtmoslem, als einen Menſchen minderen Rechts anſieht, dem er allenfalls großmütig geſtatten kann, als Beiſaſſe neben ihm zu leben, der aber weder ſozial noch rechtlich

einen Anſpruch auf gleichwertige Behandlung, ja auch nur auf formelle Bürgſchaft für Leben, Ehre und Eigentum hat. Die praktiſchen Folgen dieſes Standpunktes haben bekanntlich die nichtchriſtlichen Völker im türkiſchen Reich Jahrhunderte lang ſchwer genug zu tragen gehabt, und zu welchen Konſequenzen er auch heute noch führen kann, zeigen die furchtbaren armeniſchen Maſſakres in den Jahren 1895—1897. Es gibt keine Garantien dafür, daß nicht nach einem Menſchenalter oder ſpäter ein ähnliches Geſchick, wie über die Armenier, auch über deutſche Anſiedler in Anatolien, Meſopotamien oder ſonſtwo in der aſiatiſchen Türkei hereinbräche. Wie mißtrauiſch und wie empfindlich die türkiſche Regierung bereits der bloßen Möglichkeit fremder Siedelungen innerhalb der Türkei gegenüberſteht, geht daraus hervor, daß ſie der anatoliſchen reſp. der Bagdadbahngeſellſchaft die ſchriftliche Verpflichtung auferlegt hat, beim Bau der Bagdadbahn auf keine Weiſe irgend welche Siedelungstätigkeit entlang der zukünftigen Bahnlinie anzuſtreben oder zu begünſtigen. Wenn dem gegenüber früher Aeußerungen angeführt wurden, wonach der jetzige Sultan gelegentlich eines Geſprächs mit dem General v. d. Goltz ſelbſt den Wunſch ausgedrückt haben ſollte, es möchten ſich deutſche Anſiedler für die Türkei finden, ſo kann ein ſolches Wort nur entweder als eine auf den Augenblick berechnete liebenswürdige Phraſe angeſehen werden oder, was vielleicht das Wahrſcheinlichere iſt, als ein Verſuchsballon, mit dem Zweck, zu erfahren, ob und welchen Widerhall eine ſolche Aeußerung etwa in Deutſchland finden würde — um dann türkiſcherſeits Maßnahmen danach zu treffen. Alles, was in Deutſchland zu gunſten einer bäuerlichen Maſſenauswanderung und Anſiedelung in der Türkei geſprochen wird, erſchwert in hohem Grade ſowohl die Aufgabe unſerer politiſchen Vertretung in Konſtantinopel, als auch die Ausſichten andersartiger Betätigung deutſchen Kapitals und deutſcher Unternehmungsluſt in der Türkei. Solange es bei uns Leute gibt, die von deutſchen Kolonien in Kleinaſien oder Meſopotamien träumen und reden, ſolange iſt es den Türken von ihrem Standpunkt aus nicht zu verübeln, wenn ſie hinter jedem Plan, den Deutſche auf türkiſchem Grund und Boden verfolgen, verſteckte Koloniſationsabſichten wittern und ſeiner Verwirklichung ſich entweder

direkt widersetzen oder mit Mißtrauen gegenüberstehen. Auch nach dieser Richtung hin tut es also nicht der bloße alldeutsche Eifer, mag er auch noch so gut gemeint sein, sondern es gehören vor allen Dingen eindringende Kenntnis der Verhältnisse und sorgfältige Berücksichtigung aller gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten dazu, um einen haltbaren Standpunkt zu der Kolonisationsfrage zu gewinnen. Wenn irgendwo, so ist hier Schweigen Gold, Reden aber nicht nur kein Silber, sondern vielmehr selbst für das Erreichbare direkt gefahrbringend.

Was wir im türkischen Asien zu erstreben haben und was wir dort erreichen können, ist also nicht die Bereitstellung eines Auswanderungsgebiets, sondern die Schaffung eines großen deutschen Handelsgebiets im Bereich des anatolisch-syrisch-mesopotamischen Bahnsystems. Wie die Dinge im Augenblick liegen, wird es eher zur Verbindung der bestehenden syrischen Bahnen, die nordwärts schon bis Aleppo reichen (französisches System) und südwärts bis tief nach Arabien hinein vorgedrungen sind (türkische Staatsbahn oder Mekkabahn), als zum Bahnbau im eigentlichen Mesopotamien kommen, denn über Aleppo muß auch der über den Taurus her vordringende Strang der sogenannten Bagdadbahn geführt werden. Erst von Aleppo an wird diese sich endgültig ostwärts zum Euphrat und Tigris wenden.

Welcher Art sind nun die Erwartungen, die wir dort für uns hegen dürfen? Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, zu betonen, daß für das Wirtschaftsleben aller Völker der Satz gilt: Wer nichts zu verkaufen hat, kann auch nichts kaufen. Die zum Verkauf gelangenden Werte können verschiedener Natur sein: Landesprodukte, Industrieartikel, Zwischenhandelswaren, Arbeit; auch die Produktion von Edelmetallen fällt prinzipiell unter denselben Gesichtspunkt. Wo aber keinerlei Gegenwert vorhanden ist, da kann auch keine Ware abgesetzt werden. Ist also die Aufnahmefähigkeit eines Landes für fremde Erzeugnisse abhängig von seiner eigenen Gütererzeugung, so weist es auch um so mehr Kauffähigkeit gegenüber den Produkten anderer Länder auf, je reicher es ist. Für die Schaffung von Handelsbeziehungen zu fremden, überseeischen Ländern kommt es in erster Linie nicht darauf an, stark bevölkerte

Gebiete ausfindig zu machen, die möglicherweiſe für die Ausfuhr gar nichts oder wenig produzieren, alſo auch für jede Einfuhr nur ſehr begrenzt aufnahmefähig ſind, ſondern darauf kommt es an, Länder zu finden, die entweder produktenreich ſind und ohne allzu große Schwierigkeit für die Ausfuhr ihrer Erzeugniſſe aufgeſchloſſen werden können oder die, wenn ihre natürliche Produktionsfähigkeit noch unentwickelt iſt, durch geeignete Maßnahmen dahin gebracht werden können, daß ſie die Gegenwerte, mit denen ſie eine fremde Einfuhr zu bezahlen in der Lage wären, ſchaffen. Dieſer Fall liegt beim Bagdadbahngebiet vor. Sehen wir hier von der anatoliſchen Halbinſel, die aus mehrfachen Gründen ein beſonderes Wirtſchaftsgebiet für ſich bildet, ab, ſo kommen in Betracht das nördliche Syrien, Obermeſopotamien und Babylonien; dazu etwa noch die wirtſchaftsgeographiſch nicht zur Halbinſel Kleinaſien gehörige, zwar wenig umfangreiche aber eminent fruchtbare ciliciſche Küſtenebene ſamt den Vorlandſchaften des hohen Taurus. Es ſind das die heutigen türkiſchen Provinzen Adana, Aleppo, Deir es-Zor, Moſſul, Bagdad, Basra, ſowie die ſüdlichen Stücke des Vilajets Diarbekir. Dieſem ausgedehnten Gebiet ſind auf dem größeren Teile des von ihm eingenommenen Areals natürliche Fruchtbarkeit und mannigfaltige Produktionsfähigkeit eigen; woran es leidet, ſind Undichte der Bevölkerung und mangelhafte Sicherheitsverhältniſſe.

Das Land zwiſchen der Nordküſte Syriens, dem Hochgebirgswall des Taurus, der iraniſchen Randkette und dem Perſiſchen Golf bildete im Altertum das politiſche und materielle Schwergewicht ganz Vorderaſiens. Im beſonderen Maße galt das von ſeinen öſtlichen und ſüdöſtlichen Teilen — dem babyloniſchen Alluvium und den Ländern zu beiden Seiten des mittleren Tigris. An keinem Punkte zwiſchen dem Indus, dem Jaxartes, dem Kaukaſus und dem ſüdlichen Ozean erlaubten und erlauben noch heute die klimatiſchen und Bodenverhältniſſe eine ähnliche Verdichtung der menſchlichen Siedelungen, wie am Unterlauf der meſopotamiſchen Ströme. Von den älteſten hiſtoriſch erreichbaren Zeiten, dem vierten vorchriſtlichen Jahrtauſend, bis auf den Sturz des Kalifats der Abbaſiden hat daher das politiſche Zentrum Vorderaſiens in Babylonien gelegen: zuerſt die großen Königs- und Prieſterſtädte der ſumeriſchen Periode, dann

Babylonien selbst, dann Seleucia-Ktesiphon, dann Bagdad. Erst der Einbruch türkischer und mongolischer Nomadenstämme, namentlich die Invasionen Dschingischans und seiner Nachfolger, haben die Kulturblüte Westasiens zerstört und auch aus Babylonien und Mesopotamien das heutige nur von wenigen Oasen unterbrochene Wüsten- und Steppengebiet gemacht. In den Naturverhältnissen aber hat sich dort seit dem Altertum und frühen Mittelalter bis heute nichts geändert, und wenn man gelegentlich auf die Meinung stößt, Waldlosigkeit und dadurch verschuldete ungleichmäßige Verteilung der Niederschläge unterschieden das heutige Klima Babyloniens und Mesopotamiens von dem antiken, so ist es nicht schwer, mit Zeugnissen des Altertums selbst das als eine irrige Ansicht zu widerlegen. Das ganze Land zwischen dem Taurus, der arabischen Wüste und dem Persischen Golf ist schon zur sumerischen Zeit und vollends während der persischen, parthischen und arabischen Epoche ebenso waldlos gewesen wie heute. Wo im Altertum künstliche Bewässerung notwendig war, da ist sie auch jetzt noch; wo es in den Tagen der Großkönige von Ninive und Susa genug regnete, um Weizen, Gerste und Baumwolle im wesentlichen ohne solche künstliche Bewässerung kultivieren zu können, da besteht dieselbe Möglichkeit auch noch heute. Unter welthistorischem Gesichtspunkt gesehen, erscheint die jetzt achthundertjährige Periode des Darniederliegens der Kultur am Euphrat und Tigris überhaupt nur wie eine Episode, und es ist leicht möglich, daß seit den Tagen, da dort zum erstenmal höhere Gesittung, Menschenreichtum, Ackerbau und städtisches Wesen sich entfaltet haben, ähnliche Zwischenspiele der Barbarisierung und Verödung bereits in Zeiten erfolgt sind, von denen uns keinerlei Quellen etwas vermelden.

Man muß im Bagdadbahngebiet zwei allerdings nicht scharf voneinander zu trennende, aber ihren Kulturbedingungen nach doch sehr anders geartete Gebiete voneinander unterscheiden: dasjenige, in welchem die Bodennutzung nur mit Hilfe ausgiebiger künstlicher Bewässerung möglich ist, und dasjenige, in dem der Regenfall für sich allein oder doch zum größeren Teile hinreicht, um Ackerbaukultur zu ermöglichen. Dieses ist in Syrien, Nord-Mesopotamien und dem einstigen Assyrien jenseits des Tigris der Fall — jenes im

eigentlichen Babylonien. Die Grenze zwischen beiden Gebieten liegt in der Gegend des unteren oder kleinen Sab, eines starken linksseitigen Nebenflusses des Tigris. Südlich von diesem wird der Ertrag auf unbewässerten Feldern sehr unsicher und hört bald überhaupt auf, eine nennenswerte Rolle zu spielen. Die ganze nördliche Zone, die sich in einem langen und breiten Streifen von der Grenze der Bewässerungsregion an längs dem Fuße des Hochlandes bis unmittelbar ans Mittelmeer hinzieht, kennt zwar auch vereinzelte Jahre der Dürre, in denen die Ernte, zumal bei primitiver Ackerbautechnik, die den Boden nicht tief genug umzubrechen imstande ist, gefährdet erscheint, aber sie erlaubt durchgehends im Prinzip den Anbau auf Regenfall. Für den Ackerbau in jedem Fall unbenutzbar, sei es auf den Regen, sei es auf künstliche Bewässerung hin, ist die ganze südliche gegen den Euphrat hin gelegene Hälfte Mesopotamiens. Eine Linie, welche Rakka am Euphrat (östlich von Aleppo) und Mossul verbindet, scheidet in der Hauptsache den kultivierbaren von dem seiner Natur nach wüsten Teil Mesopotamiens; eine zweite, von Hit am Euphrat ostwärts gezogen, bezeichnet den Beginn des bewässerungsfähigen und -bedürftigen südlichen Alluviallandes. Der Raum zwischen diesen beiden Grenzlinien einer-, dem Euphrat und Tigris andererseits, umfaßt ungefähr den unkultivierbaren Teil der Stromländer, und es ist gleichfalls bezeichnend dafür, wie sich in diesem ganzen Gebiet (wie überhaupt in Westasien) die äußeren, klimatischen Voraussetzungen der Kultur *nicht* geändert haben, wenn im wesentlichen die Grenze zwischen dem *heute* sterilen und dem kulturfähigen Boden mit der zwischen den ruinenerfüllten und den ruinenlosen Teilen des Landes zusammenfällt.

In der Regel begegnen nun Hinweise auf die große wirtschaftliche Vergangenheit und nicht minder große Zukunft der Bagdadbahnländer, wenn nicht überhaupt Zweifeln schlechthin, so doch Antworten wie etwa der: erst müsse doch jedenfalls die Bahn gebaut werden, dann könne und werde man ja sehen, usw. Prinzipielle Skepsis ist hier natürlich nicht anders zu erklären, als durch mangelnde Sachkenntnis; aber auch der Standpunkt des bloßen Abwartenwollens ist — abgesehen davon, daß, wie wir sahen, gerade die

vorbereitende Ergreifung der Sache, vor dem Bahnbau, not tut — falſch. Selbſtverſtändlich kann an Getreideproduktion im großen namentlich im ganzen nördlichen Teile des Bahngebietes nicht gedacht werden, ſolange die fertiggeſtellte Linie nicht die Exportmöglichkeit der erzeugten Mengen ſicher ſtellt. Anders verhält es ſich mit Getreidebau und verwandten Kulturen im Süden, namentlich in den Landgebieten in der näheren und weiteren Umgegend von Bagdad ſelbſt und weiter abwärts an beiden Stromläufen. Die Waſſerverbindung auf dem Tigris von der Mündung der vereinigten Ströme bis Bagdad iſt mit ſelteneren Ausnahmen für Flußdampfer das ganze Jahr hindurch ohne weſentliche Schwierigkeiten vorhanden: gegenwärtig iſt eine Flotille von im ganzen 7 oder 8 ziemlich großen Fahrzeugen unter engliſcher und türkiſcher Flagge in Tätigkeit. Mindeſtens ſehr umfaſſende Vorbereitungen für die Ausgrabung des Kanalnetzes können alſo ganz unabhängig vom Vorhandenſein der Bahn getroffen werden. Aber ſehen wir ſelbſt von dieſen ſüdlichen Gebieten für den Getreidebau im großen ab, ſolange die Bahn nicht funktioniert, ſo bieten ſich doch ſowohl hier als auch namentlich in Obermeſopotamien verſchiedene andere Möglichkeiten zur Schaffung ausgiebiger Exportwerte, die unabhängig vom Bahnbau wenigſtens bis zu einer gewiſſen Stufe der Entwickelung gebracht werden können — für uns Deutſche allerdings nur unter der Vorausſetzung, daß wir nicht die Hände in den Schoß legen und warten, bis andere, klügere Leute uns in der Sache zuvor kommen. Vor allen Dingen handelt es ſich um die Produktion der Baumwolle. Sowohl in der Ebene von Adana in Cilicien, die ihren klimatiſchen und Bodenverhältniſſen nach weit eher mit Meſopotamien und Babylonien als mit dem Innern der anatoliſchen Halbinſel Verwandtſchaft beſitzt, als auch in dem ſyriſch-meſopotamiſchen Landſtrich zu beiden Seiten des Euphratlaufes vom Austritt des Stromes aus den Vorbergen des Taurus bis zu der endgültigen großen Biegung des Stromes nach Südoſten ſind nicht nur die ausgezeichnetſten natürlichen Bedingungen für das Gedeihen der Baumwolle vorhanden, ſondern es hat dortſelbſt im Altertum und ſelbſt bis in die zweite Hälfte des Mittelalters eine ausgedehnte Baumwollkultur beſtanden. Von der ciliciſchen Küſtenebene, die

ja direkt am Meere liegt und ſo die denkbar leichteſte Verfrachtungsmöglichkeit bietet, abgeſehen, kann man, was die Transportverhältniſſe anbetrifft, ſelbſt ohne das Vorhandenſein einer Eiſenbahn ruhig bis in die Ebenen von Harran und Urfa oſtwärts über den Euphrat gehen, ohne daß die Koſten des Kameltransports an die Küſte die meſopotamiſche Baumwolle unfähig machen würden, mit der amerikaniſchen und ägyptiſchen zu konkurrieren. Von Urfa oder Harran bis nach Alexandretta ſind auf dem direkten Wege nicht mehr als 7—8 Karawanentage; die Seefracht von Alexandretta bis Hamburg oder Bremen iſt kürzer als die von Charleſton, Savannah oder vollends von New-Orleans nach den belgiſch-niederländiſchen oder deutſchen Nordſeehäfen. Die Produktionskoſten aber ſind in Meſopotamien bei der Billigkeit des anbaufähigen Landes und der Lebenshaltung der eingeborenen arbeitenden Bevölkerung noch auf lange hinaus weſentlich geringer, als in den Südſtaaten der amerikaniſchen Union oder am Nil. Auch das babyloniſche Alluvium produziert bereits jetzt Baumwolle, wenn es ſich dort auch einſtweilen um keine hochwertige Qualität handelt; die Sorte müßte durch Einfuhr amerikaniſchen oder ägyptiſchen Samens verbeſſert werden. Die Ausfuhrmöglichkeit für gute Baumwolle, einen größeren Umfang der Kulturen vorausgeſetzt, ſteht aber ſchon heute, aus dem Gebiet um Bagdad ohne Eiſenbahn, was die Koſten der Produktion und des Transports anbetrifft, außer Frage. Allerdings wäre es höchſt verkehrt, wenn man deutſcherſeits an Landankäufe im Kulturgebiet der meſopotamiſchen und babyloniſchen Baumwolle denken wollte! Ein ſolcher Plan verbietet ſich durch die türkiſchen Verhältniſſe bezüglich der Frage des Beſitzes von Grund und Boden von ſelbſt; er könnte nur dazu dienen, das ganze Unternehmen von vornherein bei der türkiſchen Regierung zu diskreditieren und würde, wenn nicht, wie wahrſcheinlich, ſchon von vornherein, ſo doch in der Folge Schwierigkeiten über Schwierigkeiten erzeugen. Die Erfahrungen, welche die Ruſſen mit der Baumwollkultur in Turkeſtan gewinnen, zeigen deutlich, daß in Ländern wie Mittelaſien oder Meſopotamien der richtige Weg zur Hebung der Baumwollkultur lediglich der iſt, der eingeborenen Bevölkerung ſelbſt durch finanzielle und techniſche Erleichterungen Luſt zum Anbau

der Faser zu machen. Mit ganz geringen Ausnahmen wird in Turkestan alle Baumwolle von kleinen und mittleren Grundbesitzern produziert und in kleinen Posten auf den Markt gebracht, wo die Agenten der großen innerrussischen Firmen den Stoff aufkaufen. Auch in Mesopotamien müßte man damit beginnen, daß man allen denjenigen einheimischen Grundbesitzern, die Baumwolle pflanzen wollen, Saatgut und Vorschüsse austeilt und jede von ihnen auf den Markt gebrachte gute Quantität ankauft. Ebenso müßten natürlich von seiten der deutschen Erwerbsgesellschaften, die sich den Bezug mesopotamischer Baumwolle zur Aufgabe machen wollen, gleichwie es die russischen Firmen in Turkestan getan haben, Reinigungsmaschinen und Pressen aufgestellt werden, um das Produkt an Ort und Stelle von den Samen zu befreien und zur Erleichterung und Verbilligung des Transports auf ein möglichst kleines Volumen zu bringen. Selbstverständlich darf man nicht denken, daß gleich in den ersten Jahren bei diesem Vorgehen *große* Gewinne zu erzielen sein werden, aber der Weg hat dafür den Vorzug, um so sicherer zu sein.

Bei solcher Praxis ist es nicht schwer zu erreichen, daß die Eingeborenen für die von ihnen produzierte Baumwolle ein Aequivalent in deutschen Waren beziehen, vorausgesetzt, daß zwischen den auf deutscher Seite an dem Ausfuhr- und Einfuhrgeschäft beteiligten Stellen ein hinreichendes Einverständnis über den einzuschlagenden Weg erzielt wird. Im Prinzip gilt der Satz bedingungslos, daß diejenige Nation von der Erschließung des Bagdadbahngebiets für ihre Ausfuhrindustrie den größten Vorteil haben wird, die imstande ist, durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit dort die größten Ausfuhrwerte zu entwickeln. Deutschland verarbeitete im Jahre 1906 für über 400 Millionen Mark aus dem Ausland bezogene Baumwolle und Baumwollabfälle. Es muß unser Ziel sein, einen großen Teil dieses Quantums aus dem Bagdadbahngebiet zu beziehen und als Gegenwert für einen entsprechenden Betrag Fabrikate dorthin zu exportieren. In ein Land, aus dem ich Ware in einem bestimmten Wert hole, kann ich, vorausgesetzt daß es mir gelingt, konkurrierenden Elementen gegenüber die Oberhand zu behalten, auch für denselben Wert von meinen Waren verkaufen, und als

Käufer muß ich es bis zu einem gewiſſen Grade immer in der Hand haben, die Zahlungsbedingungen für den Austauſch meiner eigenen Produkte gegen die des Verkäufers ſo zu ſtellen, daß jener es für vorteilhafter findet, den ihm zur Verfügung ſtehenden Betrag ſeiner Verkäufe bei mir anzulegen, als bei Dritten. Natürlich gelten dergl. Betrachtungen in aller Strenge nur theoretiſch; in der Praxis ſtellen ſich immer allerlei Abbiegungen und Varianten heraus, aber das Ziel, auf das wir hinſteuern müſſen, iſt deutlich. Ebenſo haben wir es auch nicht in der Hand, aus der Wiedererweckung des meſopotamiſchen Baumwollbaues ein Monopol für uns zu machen; engliſches, franzöſiſches, belgiſches, vielleicht auch amerikaniſches, ſchweizeriſches und ſelbſt italieniſches Kapital können ſich ſo gut wie wir auf die Sache werfen. Worauf es ankommt, iſt nur das: wer ſich der großen Vorteile, die ein ſolches Unternehmen für den nationalen Wohlſtand haben muß, zuerſt in aller Deutlichkeit bewußt wird, und bei wem die private zielbewußte und großzügige wirtſchaftliche Initiative am weiteſten vorausſchauend entwickelt iſt, am raſcheſten zufaßt. Lehrgeld wird bei einem Unternehmen wie dieſes ebenſo gut gezahlt werden müſſen, wie anderswo; wer es aber zuerſt bezahlt, hat damit vor ſeinen Mitbewerbern viel, manchmal auch alles voraus. Die Verhältniſſe im Orient, namentlich in der Türkei, ſind nicht ſo geartet, daß man, die prinzipielle Richtigkeit eines Gedankens vorausgeſetzt, nur zuzugreifen und Kapital aufzuwenden braucht, um ſeine Früchte pflücken zu können. Sowohl in der politiſchen Lage als auch in dem Charakter der Bevölkerung liegen große und nur durch viel Umſicht und längere Erfahrung überwindbare Schwierigkeiten. Wir haben jetzt im Augenblick in der Türkei vor allen übrigen Nationen den Vorſprung voraus, daß man uns ſowohl amtlicherſeits als auch bei der eingeborenen Bevölkerung ſelbſt mit einem relativ geringeren Maß von Mißtrauen, ja hier und da ſelbſt mit einer gewiſſen aufrichtigen wenn auch immer ſtark reſervierten Freundſchaft, betrachtet. Wie lange dies Verhältnis zwiſchen uns und den Türken andauern wird, iſt nicht gewiß. Um ſo entſchiedener müſſen wir es benutzen, ſo lange es noch Zeit iſt; zumal wir uns in unſeren Beziehungen zur Türkei von jeder anderen Nation ausnahmslos dadurch unterſcheiden, daß wir allein wirklich

und in aller Aufrichtigkeit von ihr keine politischen Zugeständnisse begehren: keinen Fetzen Land, keinen Hafen, keine Pfänder, keine Flottenstation oder dergleichen. Vielleicht haben wir auch in etwas höherem Grade als andere Völker die Fähigkeit, fremde nationale Eigenart zu erfassen und zu berücksichtigen, wiewohl man nicht leugnen kann, daß in letzter Zeit auch die Franzosen und Engländer, die sonst in diesem Punkte als mangelhaft begabt gelten, verschiedene bemerkenswerte Erfolge erzielt haben. Auf jeden Fall aber verfügen die anderen über größere praktische Erfahrung in überseeischen wirtschaftlichen Unternehmungen, als wir.

Nächst der Baumwolle kommt in Mesopotamien der Wollhandel in Betracht und zwar schon jetzt mit keineswegs unerheblichen Beträgen. Die mesopotamische Wolle, deren Hauptstapelplatz gegenwärtig Urfa ist, und die in ziemlich großen Quantitäten über Aleppo und Alexandretta nach Marseille exportiert wird, ist von ausgezeichneter Qualität. Deutsche Firmen sollten sich dieses Geschäfts je eher desto besser annehmen, gleichfalls in der Art, daß Export- und Importgeschäfte sich in gegenseitigem Einverständnis bei dem mesopotamischen Handel so in die Hände arbeiten, daß dem Bezug dortiger Wolle durch Deutschland ein Absatz deutscher Produkte nach Mesopotamien mindestens im gleichen Werte entspricht. Natürlich ist die Entwickelung der Bagdadbahnländer bis zu der Stufe, daß sie uns einen teilweisen Ersatz für die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit einer wirklichen weißen Auswanderungskolonie bieten, keine Sache, die im Handumdrehen geschehen kann. Vor allen Dingen kann sie keine wahrhaft großen Dimensionen annehmen, bevor sich nicht die dortige Bevölkerung um einen beträchtlichen Prozentsatz vermehrt hat. Wenn sie auch jetzt schon ausreicht, um mit den vorhandenen Arbeitskräften gut und gern eine Verdoppelung des bebauten Areals und namentlich auch schon ganz erhebliche Anfänge der Baumwollkultur zu ermöglichen, so ist sie doch für die Lieferung solcher Massen Faser, wie sie Deutschland faktisch braucht, zu gering, und von Getreideanbau in dem Maße, daß Export von Weizen und Gerste im großen stattfinden könnten, ist jetzt vollends nicht die Rede. Die Eisenbahn aber wird hierin Wandel schaffen — vor allen Dingen dadurch, daß, wo sie hinkommt, die jetzt fehlende Sicher-

heit für Leben und Eigentum gleichſam von ſelber wiederkehrt. Wo die Lokomotive pfeift, muß der räuberiſche Beduine und Kurde weichen oder ſeine Lanze und ſein Gewehr mit Pflug und Hüteſtock vertauſchen. Mit der Sicherheit tritt dann im Gefolge der Bahn auch die Möglichkeit geregelter Verpflegung in Zeiten örtlichen Mißwachſes ein, und mit dieſen beiden Fortſchritten auch die Garantie raſcher Volksvermehrung.

Will man ſich die Größe der kulturfähigen Teile Meſopotamiens und Babyloniens an einem bekannten Beiſpiel verdeutlichen, ſo ſtelle man ſich vor, daß die Zone des ausreichenden Regenfalles, vom Mittelmeer bis in die Gegend des unteren Sab, annähernd den Umfang und die Geſtalt desjenigen Teiles von Norddeutſchland hat, der ſich an der Oſtſee entlang zwiſchen dem Meere und der großen Depreſſion hinzieht, durch die Havel, Warthe, Netze und Narew fließen, während das ſüdliche Alluvium ſamt den angrenzenden Uebergangsgebieten etwas größer iſt, als der kontinentale Teil von Italien oder annähernd ſo groß wie die eigentliche Halbinſel, ohne die Inſeln. Um zu verdeutlichen, welcher Entwickelung dieſe Landſtriche, die in ihrer vollen Länge von Meer zu Meer der Strang der Bagdadbahn durchziehen ſoll, fähig ſind, muß man ſich wenigſtens kurz ihre materielle Bedeutung während der Zeit ihrer Blüte im Altertum und in der erſten Hälfte des Mittelalters vergegenwärtigen. Am beſten geſchieht das durch einen Vergleich mit Aegypten. Das Nil- und das Euphratland haben ſowohl zur Zeit der perſiſchen Achämenidenkönige als auch während der Blüteperiode des Kalifats unter ein und derſelben Herrſchaft geſtanden und ihre Steuern in denſelben Staatsſchatz gezahlt. Sowohl unter Darius I. als auch unter Harun al Raſchid übertraf aber die Leiſtung des babyloniſchen Alluviums, ganz abgeſehen von den nördlicheren meſopotamiſchen Gebieten, den Steuerertrag Aegyptens um ein volles Drittel; Meſopotamien und Babylonien zuſammen leiſteten mehr als das Doppelte der ägyptiſchen Steuern. Und dabei hat Aegypten zu allen Zeiten als ein ſprichwörtlich reiches und bevölkertes Land gegolten! Um jene alte Blüte der Euphratländer, mit einer Bevölkerung, die den heutigen Beſtand ſicher um das Vier- bis Fünffache übertraf, und mit einer Pro-

duktionsfähigkeit an Weizen, Gerste, Reis, Datteln, Sesam, Wolle und Baumwolle, die selbst außerordentlich hohen Importwerten das Gegengewicht halten könnte, wieder ins Leben zu rufen, bedürfte es im Süden allerdings der vorherigen Wiederherstellung des antiken Bewässerungssystems; in der nördlichen Regenzone dagegen können die weiten unbenutzten Landflächen buchstäblich so wie sie jetzt daliegen, aufgepflügt und bebaut werden, ohne daß es dazu anderer Dinge bedürfte, als der Hände, um Pflug und Hacke zu führen, und des Schienenweges, um die Erzeugnisse des Landes an die See zu bringen. Natürlich würde es viele Millionen kosten, die alten Kanäle wieder in Stand zu setzen, aber wenn bei irgend einer Anlage, so ist bei dieser die Rentabilität des Unternehmens aussichtsvoll. Als auf ein schwerwiegendes Zeugnis hierfür sei nochmals auf die oben erwähnten Ausführungen von Willcox in seinem zu Kairo gehaltenen Vortrage hingewiesen! Man erinnere sich, daß Willcox wohl als die kompetenteste Persönlichkeit zu einem solchen Votum erscheint, denn er ist nicht nur Bewässerungstechniker von Beruf, sondern hat jahrelang an der Spitze des gesamten ägyptischen Irrigationssystems gestanden und an dieser Stelle mehr Kenntnisse und Erfahrungen zu dem fraglichen Thema gesammelt, als sonst irgend einem zurzeit lebenden Fachmanne möglich gewesen wäre. Zu den oben genannten von jeher erzeugten Produkten der Euphrat- und Tigrisländer tritt dann als modernes Ausbeutungsobjekt noch die Naphtha, die augenscheinlich in einer breiten, von Südwestpersien her quer durch ganz Mesopotamien verlaufenden ölhaltigen Zone in großer Menge vorhanden ist. Für den zukünftigen Betrieb auf der Bagdadbahn wird diese Naphtha als Heizmaterial voraussichtlich eine ähnliche Bedeutung gewinnen, wie die von Baku für das südrussische Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsnetz. Welche Folgen sich, abgesehen hiervon, in allgemeiner Beziehung an die Aufschließung einer dritten großen Erdölregion neben Pennsylvanien und Transkaukasien schließen würden, braucht hier nicht besonders erörtert zu werden. So muß es also unser Ziel sein, das alte Kulturland am Euphrat und Tigris durch die Schaffung moderner Verkehrsmittel und durch Erneuerung des antiken Bewässerungssystems wieder auf den Weg zu seiner einstigen Wohlhabenheit

und Menſchenfülle zu bringen. Dieſes Ziel müſſen wir Deutſche, wohlverſtanden — im Unterſchiede von dem anglo-indiſchen Imperialismus, der die territoriale Kontrole über das Bagdadgebiet anſtrebt — abſeits von allen politiſch-territorialen Nebengedanken in jenen Ländern verfolgen, und wenn es uns gelingt, uns ihm zu nähern, dann dürfen wir hoffen, hier zwiſchen dem Perſiſchen Golf und dem anatoliſchen Plateau einen Erſatz dafür zu finden, daß es uns, ſo lange die Grundzüge der gegenwärtigen politiſchen Geſamtkonſtellation in Geltung bleiben, verſagt iſt, eigene überſeeiſche Auswanderungsgebiete zu erwerben und den Acker unſeres nationalen Wirtſchaftslebens durch den Werteaustauſch zwiſchen ihnen und uns zu befruchten. Indem wir aber davon überzeugt ſind, dürfen wir nicht vergeſſen, daß auch für ſolche wirtſchaftlichen Erfolge der Grundſatz gilt: neben allem Eiſenbahnbau, aller verkehrspolitiſchen „Aufſchließung", aller politiſchen Intereſſengemeinſchaft werden ſie auf keine Weiſe ſicherer vorbereitet, als durch rechtzeitige moraliſche Eroberungen. Ohne oder gar gegen die eingeborene Bevölkerung können wir im Bagdadbahngebiet gar nichts zuwege bringen; mit ihr, d. h. vor allen Dingen im Beſitz ihres Vertrauens und Kenntnis ihrer Eigenart, ihrer inneren und äußeren Verhältniſſe, ſehr viel. Diejenige Nation, die im türkiſchen Orient die größten und praktiſchſten ſittlichen Leiſtungen zuwege bringt, wird auch den größten wirtſchaftlichen Erfolg einheimſen. Um Vorbereitungen aller Art zu treffen, dazu bedarf es überhaupt noch keiner Bahn; dazu bedarf es nur einiges guten Willens und einiger Einſicht an den maßgebenden Stellen. Ich habe in Anknüpfung an ein Geſpräch, das ich ſeinerzeit in Konſtantinopel mit einer hervorragenden und kenntnisreichen deutſchen Perſönlichkeit über dieſe Dinge führte, einem Manne, der das Weſen unſerer Aufgabe und unſerer Zukunft in der Türkei ſo gut erfaßt hat wie nur irgend jemand, bereits auf dem erſten deutſchen Kolonialkongreß 1902 den Gedanken ausgeführt, daß man uns einſtweilen ſchon aus dem Grunde ſchwer ein weniger erfreuliches Geſchenk machen könne, als die fertige Bagdadbahn, weil die konkurrierenden Nationen auch in dieſer Beziehung uns überlegen ſind. Wenn die Bagdadbahn gebaut iſt, ja während ſie

noch gebaut wird, werden von französischer Seite Schulen über Schulen an allen irgend erheblichen Plätzen im Wirkungsbereich der Linie ins Leben gerufen werden, und es wird im Innern bald genug so sein, wie es heute in Konstantinopel und an den großen Küstenplätzen ist: wer auch immer französisch lernen, in einem französischen Hospital verpflegt werden will, der kann das umsonst haben, ja man trägt es ihm womöglich noch mit allem Eifer von selber an! Es gibt noch ein Volk, das die Vorteile einer solchen Praxis begriffen hat: die Italiener. Italienische Schulen existieren in der Levante gleichfalls nicht wenige, und sie vermehren sich jetzt von Jahr zu Jahr. Wer Augen hat zu sehen, der merkt auch, daß die Folgen nicht ausbleiben, und daß die rasche Steigerung, die der italienische Import in der Türkei in den letzten Jahren erlebt hat, nicht außer Zusammenhang hiermit steht. Wie richtig auch von französischer Seite diese Dinge gewertet werden, geht z. B. daraus hervor, daß die Franzosen der türkischen Regierung einmal das Anerbieten gemacht haben, das große aber ziemlich verwahrloste Hospital von Damaskus auf ihre Kosten mit Aerzten und allem sonst Notwendigen zu versehen, wenn sie die Leitung des Instituts erhielten. Die Leute wissen eben sehr gut, daß sich ein solcher Aufwand in kurzer Zeit mit Sicherheit in eine weitere Verstärkung der ökonomischen Beziehungen jener Gebiete nach Frankreich hin umsetzt. Diese beiden Dinge, die Schule, d. h. die Zugänglichmachung der deutschen Sprache samt einer gewissen Bekanntschaft mit der deutschen Kultur, und ganz besonders auch die ärztliche Versorgung sind es, von denen die stärksten befruchtenden Wirkungen auch für die Kräftigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem gebenden und dem empfangenden Teil ausgehen. Darauf kommt es also an, daß man bei uns an den beteiligten Stellen begreift: Jeder Groschen, der für solche Dinge von heute ab in der Türkei angewandt wird, setzt sich in so und so viel Importwert um, sobald hinreichend Zeit darüber verflossen ist. Das ist es, was auch wir im Bagdadbahngebiet in Angriff nehmen müssen! Nichts wäre nützlicher, produktiver zugleich und idealer gedacht, als wenn sich bei uns Leute fänden, die es einer Anzahl deutscher Aerzte ermöglichten, sich im Bahngebiet niederzulassen und als Pioniere des Deutschtums diejenige „moralische Eroberung" vorzubereiten

und zu beginnen, die wir leisten müssen, wenn wir unseren Mitbewerbern wirtschaftlich vorankommen wollen!

Ich habe die Bedeutung einer solchen deutschen ärztlichen Station im Orient während eines wiederholten mehrwöchentlichen Aufenthalts in Urfa im oberen Mesopotamien durch den eigenen Augenschein kennen gelernt. Ursprünglich aus dem sogenannten Armenierhilfswerk hervorgegangen und durch die von Dr. Johanns Lepsius begründete deutsche Orientmission unterhalten, hat die deutsche Poliklinik mit dem angeschlossenen kleinen Hospital bald eine viel umfassendere Bedeutung gewonnen, als ursprünglich erwartet wurde. Während das Urfaer Waisenhaus für die Armenierkinder und die ganze speziell für die Linderung der armenischen Not bestimmte Arbeit begreiflicherweise stark mit dem Mißtrauen der Türken zu tun haben, ist diese Stimmung der ärztlichen Station gegenüber von Anfang an kaum hervorgetreten und soweit sie vielleicht im Verborgenen vorhanden war, jedenfalls sehr bald gänzlich geschwunden. Im Gegenteil, man kann sagen, daß die ärztliche Station es ist, die durch ihren nun schon bald ein Jahrzehnt dauernden und weit über die Stadt Urfa hinaus auf das flache Land, bis zu den kurdischen und arabischen Nomaden der Steppe reichenden moralischen Einfluß zur Sicherung der ganzen übrigen deutschen Arbeit in Urfa beiträgt: Waisenhaus, Handwerksschule, Weberei, Teppichmanufaktur etc. Viel hat allerdings auch die glückliche Auswahl der Persönlichkeiten dazu gedient, daß um der ärztlichen Hilfeleistung willen, die jedermann ohne Unterschied der Nationalität und Religion zuteil wird, gerade bei den Muhammedanern eine so große Achtung, ja wirkliche Zuneigung den Deutschen in Urfa entgegengebracht wird. Im Orient gilt viel mehr als unter unsern entwickelteren Verhältnissen die Regel, daß der einzelne Mensch ohne weiteres als Vertreter seiner Nation angesehen wird, und daß sich Zuneigung oder Abneigung, die der Einzelne erwirbt, zunächst auch auf seine Nation an sich übertragen. Man kann ohne Gefahr der Selbsttäuschung sagen, daß in den breiten Schichten der muhammedanischen Bevölkerung in der asiatischen Türkei der Deutsche gegenwärtig eine relativ geachtetere Stellung und größeres Vertrauen besitzt, als Engländer, Franzosen, Italiener, Russen etc. Das gilt nicht ohne weiteres für

die großen Zentren der Geſchäftspolitik und des Fremdenverkehrs, wo die politiſche Intrigue, der „Bakſchiſch“ großen Stils, und das Geld der reichen Touriſten beſtimmender ſind, als die ſonſt im Durchſchnitt beſtehenden nationalen Sympathien und Antipathien; aber für die großen internationalen Verkehrsplätze der Levante iſt ſowieſo von einem Vorhaben wie dem der ärztlichen Stationen garnichts in dem hier verfolgten Sinne zu erwarten. Weiter im Innern dagegen, im Gebiet der anatoliſchen Bahn, in Syrien und Meſopotamien, würde die Gründung einiger Stationen von ähnlicher Art wie in Urfa, aber natürlich außer Zuſammenhang mit irgend welchen Miſſionsbeſtrebungen und unter ſorgfältiger Vermeidung jeder nationalen oder konfeſſionellen Sondertendenzen, von den günſtigſten Folgen im allgemein deutſchen Intereſſe begleitet ſein.

Ein ſehr bedeutendes, aber bei uns viel zu wenig gekanntes Beiſpiel für die überraſchende materielle, kommerzielle Wirkſamkeit rein philantropiſcher Unternehmungen im Orient bietet die Tätigkeit der amerikaniſchen Miſſionare in der aſiatiſchen Türkei dar. Sie wird in zwei verſchiedenen Zweigen von Konſtantinopel und von Beirut aus geleitet und wirkt, da die religiöſe Propaganda unter den Muhammedanern geſetzlich ausgeſchloſſen iſt, in Anatolien und Armenien, wo ſich ihre Anſtalten bis nach Wan hin finden, faſt nur unter den Armeniern; in Syrien aber unter den dortigen einheimiſchen Chriſten arabiſcher Zunge. Die Amerikaner haben auch im türkiſch-armeniſchen Sprachgebiet Aerzte und verdanken dieſen dort einen gewiſſen auf die muslimiſche Bevölkerung übergreifenden Einfluß; viel großartiger aber iſt die amerikaniſche „Hochſchule“ (Syrian Protestant College) in Beirut, die eine theologiſche und eine mediziniſche Fakultät umfaßt und zu der außerdem ein Lehrerſeminar gehört. Die Unterrichtsſprachen ſind engliſch und arabiſch; als Studierende und Schüler werden Einheimiſche ohne Unterſchied der Nationalität und des Bekenntniſſes aufgenommen und ſeit einiger Zeit fangen tatſächlich auch die Muhammedaner an, wenn auch erſt in beſchränkter Zahl, den Unterricht auf der Hochſchule in den weltlichen Fächern zu benutzen. Der mediziniſche Ausbildungskurſus, aus dem im Laufe der Jahre eine ſehr große Anzahl

einheimiſcher Aerzte hervorgegangen iſt, umfaßt vier Jahre, und wenn damit auch nicht eine ärztliche Fachbildung gleich der in Deutſchland geleiſtet werden kann, ſo ſteht das Können dieſer ſyriſch-amerikaniſchen Aerzte doch hoch über dem der levantiſchen Quackſalber nach alteinheimiſcher Art. Der Einfluß, der von der amerikaniſchen Medizinſchule in Beirut über ganz Syrien und die arabiſch redenden Nachbargebiete, ausgeht, iſt ein ſehr bedeutender und es iſt förmlich verblüffend zu beobachten, welche rein wirtſchaftlichen Wirkungen im Handelsverkehr zwiſchen den Vereinigten Staaten und dem Einzugsgebiet des Beiruter Hafens von dort her ſtattfinden. Zunächſt kam es im Anſchluß an die Ausbildung im College dazu, daß die jungen Leute öfters nach Amerika gingen, um ſich zu vervollkommnen. Wenn ſie von dort zurückkehrten, ſo iſt für ſie nicht nur die geiſtige, ſondern auch die techniſch-wirtſchaftliche Kultur der Amerikaner die Kultur ſchlechthin. Unter dem Einfluß der großen amerikaniſchen Inſtitute hat ſich aber auch eine Auswanderung gewöhnlicher Gewerbetreibender und ſogar von Arbeitern aus Beirut und dem Libanongebiet nach den Vereinigten Staaten entwickelt. Alle dieſe Leute kommen nach einigen Jahren mit etwas geſpartem Vermögen zurück und ſind gleich den ärztlichen Zöglingen der Amerikaner, die ſich über ganz Syrien hin an allen etwas größeren Plätzen niederlaſſen, ſichere Agenten für den amerikaniſchen Handel. Ich habe amerikaniſche Maſchinen zur Getreidereinigung, Pflüge und ſonſtige landwirtſchaftliche Geräte, die auf dieſem Wege dorthin gelangt ſind, weit im Oſten von Anatolien geſehen. Weiter gegen die Küſte zu und namentlich in Syrien findet man amerikaniſche Maſchinen, Stoffe, Eiſenwaren aller Art, amerikaniſche Werkzeuge, amerikaniſches Papier, Kerzen, Möbel und ſelbſt Konſerven, in ganz überraſchender und fortdauernd wachſender Menge. Der Geſamtwert der amerikaniſchen Einfuhr nach der Türkei, von der ein großer Teil erſt durch dieſe beſondere Art von Beziehungen entſtanden iſt, beträgt gegenwärtig ca. 30 Millionen Piaſter jährlich.

Die eigentliche Wurzel, mit der ſich der wirtſchaftliche Einfluß der Amerikaner in der Türkei hat in den Boden ſenken können, iſt, wie jedermann bezeugen kann, der die Verhältniſſe ſelbſt kennen

gelernt hat, die Bedeutung der Beiruter Hochſchule und ganz beſonders ihrer ärztlichen Abteilung. Wir können natürlich nicht daran denken, von vornherein mit einem Unternehmen von dieſem Umfange, das ſo große Mittel beanſprucht, aufzutreten, aber es bedarf deſſen auch garnicht, um die erſten Erfolge zu ſehen. Von jeder einzelnen ärztlichen Station, die von uns aus gegründet wird, wird als eine Folge des moraliſchen Einfluſſes, der damit verbunden iſt, alsbald ein entſprechender wirtſchaftlicher Einfluß auszugehen beginnen. Dieſe Art von Vorbereitung für die Zukunft, wenn die meſopotamiſchen und die ſyriſchen Bahnen einmal fertig ſein werden, iſt eine unſcheinbare, aber darum keine minder wirkſame; vor allen Dingen aber: ſie iſt eine im wahren Sinne ſittliche, loyale und zugleich politiſch eminent kluge Art, an der Gründung unſrer zukünftigen allgemeinen Poſition im türkiſchen Orient mitzuarbeiten. Vielleicht wird die ganze Bagdadbahn mit deutſchem oder ohne deutſches Kapital für die wirkliche Zukunft Deutſchlands im Orient keine ſehr aufregende Größe werden und bleiben, wenn ſich nicht, und zwar mit möglichſt wenig öffentlicher, aber deſto mehr privater Initiative, Leute bei uns finden, die Mut, Kraft, Geld, Zeit, Intelligenz und Arbeit daran wenden, jetzt ſchon in den Ländern, die von der projektierten Bahnlinie durchzogen werden, die Entſtehung eines deutſchen oder doch vorzugsweiſe deutſchen Wirtſchaftsgebietes zu geeigneter Weiſe vorzubereiten. Mit Zeichnungen auf Bahnaktien, mit diplomatiſchen Erfolgen, mit türkiſchen Iradés, und mögen ſie für uns wachſen wie die Blätter im Walde, mit Zeitungsartikeln u. dgl. iſt hier noch lange nicht alles Nötige getan.

Das Schickſal des osmaniſchen Reichs ſteht jetzt wiederum ſtärker im Vordergrunde der großen Politik, als es ſeit langer Zeit der Fall geweſen iſt, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die treibende Kraft in dem wiederbegonnenen Spiel um den türkiſchen Orient König Eduard VII. iſt. Nachdem England aus der türkiſchen Maſſe Aegypten im voraus an ſich gebracht hat, bereitet es jetzt die Aneignung des zweiten alten Kleinods von Vorderaſien, des babyloniſchen Niederlandes, vor, und es iſt ihm geglückt, für ſeine Ziele eine Gruppierung der Mächte zu ſchaffen, wie ſie in den Orient-

dingen bisher noch nie existiert hat. In diesem Zusammenhang müssen wir nicht nur die Eisenbahnfragen im türkischen Asien betrachten, sondern unser gesamtes Verhältnis zu den politischen und wirtschaftlichen Problemen, die uns unsere geographische Lage, unsere historischen Beziehungen und die Rücksicht auf unsere weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklung gegen den europäischen Südosten und Vorderasien hin nahelegen.

Siebentes Kapitel.

Amerika und der ferne Osten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten im Jahre 1790 ca. 4 Millionen Einwohner. 1830 waren es ca. 13; 1860 über 31, 1880 etwa 50 Millionen. Von 1880 bis heute hat sich die Bevölkerung fast verdoppelt, denn sie ist gegenwärtig auf ca. 95 Millionen zu schätzen. Hiervon entfallen allerdings rund 9 Millionen auf die im Kriege mit Spanien eroberten abhängigen Gebiete in Westindien, Ostasien und dem Stillen Ozean: Puerto Rico, die Philippinen usw. Die eigentliche Union zählte nach dem Zensus von 1900: 76,3 Mill., 1905 waren es 83,1 und zurzeit werden es gegen 86 Millionen sein, davon beinahe 9 Mill. Neger und Negermischlinge und je ¼ Mill. Indianer und Ostasiaten, Chinesen und Japaner. Ebenso gewaltig, wie diese Volksvermehrung ist der natürliche Reichtum der Vereinigten Staaten an allem übrigen Material für die Geltendmachung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Ansprüche. Amerika ist in der glücklichen Lage, die Rohstoffe beinahe zu jeder nur denkbaren Güterproduktion in so überreichem Maße innerhalb seiner eigenen Grenzen zu besitzen, wie das keiner anderen Nation zuteil geworden ist. Getreide, Vieh, Eisen, Kohle, Holz, Petroleum, Baumwolle, Gold, Silber, Kupfer, an allem hat es Ueberfluß. Das Grundproblem, um das es sich dabei handelt, ist also für die übrigen Völker dieses, ob die Vereinigten Staaten, wie es eine Zeit lang und *vielleicht* auch noch jetzt den Anschein hat, sowohl mit ihren Rohprodukten als mit den daraus hergestellten industriellen Fertigfabrikaten, namentlich aber mit diesen letzteren, *dauernd* als eine große Exportmacht auftreten werden, oder ob die eigene Aufnahmefähigkeit des nordamerikanischen Volkes für die Produkte seiner

Industrie, d. h. sein Reichtum, so groß werden wird, daß alle oder doch bei weitem die Hauptmasse seiner Erzeugnisse von ihm selbst wird konsumiert werden können. Es ist keine Frage, daß bei der absoluten und immer noch zunehmenden Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten ihre Bevölkerungsmenge sehr bald hinreichen wird (vielleicht ist es schon jetzt der Fall), um, vielleicht mit Ausnahme von Petroleum und Baumwolle, die Produktion des eigenen Grund und Bodens an Rohstoffen nicht nur selber zu verarbeiten, sondern auch selber zu verbrauchen. Die Frage ist nur, ob die Nation die Mittel hierfür besitzen wird. Ist das nicht der Fall, so muß sie den Ueberschuß ihrer Produktion exportieren, wenn aber wohl, dann werden in Zukunft weder an Getreide noch an Fleisch, noch vollends an Eisen, Kohle, Maschinen, Stahlwaren und dergleichen große Mengen weiter ins Ausland gehen. Je nachdem aber, ob der Anteil am chinesischen, japanischen, afrikanischen, türkischen Markt usw. eine Lebensfrage für die wirtschaftliche Existenz der Nordamerikaner ist oder nicht, wird die Politik von Washington wie diejenige von Berlin und London in allen Fragen des Anschlusses und der Gegnerschaft, die zwischen diesen Mächten spielen, von sehr verschiedenen Erwägungen geleitet werden.

Wir haben bereits in dem Kapitel über England gesehen, wie scharf die wirklichen englischen Politiker die Tatsache erkannt haben, daß die „amerikanische Gefahr" für keine Nation zu einer Gefahr so sehr im wörtlichen Sinne werden kann, wie für die englische. Wir bemerkten auch schon, in wie konsequenter und geschickter Weise die politische Publizistik in England bestrebt ist, alles, was von der amerikanischen Seite kommt, zum Guten zu nehmen und die Aufmerksamkeit von dem amerikanischen Problem nach der Seite der vermeintlichen „deutschen Gefahr" hin abzulenken. Dazu kommt die Versorgung der amerikanischen Presse mit Nachrichten über das Ausland, die größtenteils vorher ein englisches Filter passiert haben. Der Nachrichtendienst selbst der größten amerikanischen Zeitungen aus Europa ist höchst mangelhaft. Erst seit kurzem hat das größte Zeitungs-Depeschenbureau, die „Associated Press", selbständige Korrespondenten in einigen europäischen Haupt-

städten außer London. Bis dahin (und zum großen Teil ist das auch noch jetzt der Fall) waren so ziemlich alle Nachrichten über europäische und speziell über deutsche Verhältnisse, die dem amerikanischen Durchschnittspublikum zu Gesicht kamen, erst durch englische Korrespondenten und Agenturen in englischer Färbung nach London gelangt und dort von der „Associated Press“ aufgenommen. Außerdem haben die „London Times“ in der „New York Times“ und anderen Zeitungen, wie dem „Philadelphia Public Ledger“ eine Art Ableger, die alle Depeschen der „Times“-Korrespondenten abdrucken, soweit dadurch die englandfreundliche Stimmung in den Vereinigten Staaten gefördert werden kann. Dazu kommen tägliche Korrespondenzen aus London, die über England und Deutschland, manchmal auch solche aus Paris, die über Frankreich, Italien und Spanien berichten. Hiermit sind die Quellen der amerikanischen Information über europäische Zustände und Politik fast ausschließlich erschöpft. Sie werden dann in kurzen Leitartikeln, von denen jede Zeitungsnummer drei bis fünf enthält, der Tendenz der Zeitung entsprechend, verarbeitet.

Was bei dieser Methode der Berichterstattung herauskommt, kann man sich denken. Viele gebildete Amerikaner glauben, daß Deutschland eine einheitliche, scharf zentralisierte Monarchie wie Rußland sei. Wir müssen also in unserer Politik gegenüber den Vereinigten Staaten damit rechnen, daß die öffentliche Meinung über uns, über unsere inneren Verhältnisse, über die Absichten und Ziele, die wir nach außen verfolgen, nicht nur mangelhaft, sondern direkt irreführend orientiert ist — irreführend durch die englischen Verdächtigungen. Während der Venezuela-Episode im Jahre 1902 wurde z. B. aus dieser englischen Quelle folgendes Bild unserer Lage verbreitet: In dem unter seiner absoluten Monarchie seufzenden Deutschland herrsche solche Armut, daß die zur Verzweiflung getriebenen „paupers“ sich zur sozialen Revolution rüsteten; um seinen Thron zu retten, wolle der Kaiser die öffentliche Unzufriedenheit durch einen Krieg ablenken, eine Auslandskolonie für das Proletariat erwerben und zu dem Zweck das nötige Gebiet in Südamerika erobern. Die Republik der Vereinigten Staaten hasse er als Vertreter der unumschränkten Monarchie. Wer das nicht glaube, brauchte

nur deutsche Blätter zu lesen, z. B. die hochoffiziöse „Vossische Zeitung". Deutsche Zeitungen dürfen ohnehin bekanntlich nichts drucken, als was ihnen vom Zensor diktiert wird. Wer den Zensor kritisiert, wird wegen Majestätsbeleidigung eingesperrt!

Es ist natürlich keine schwere Aufgabe, sich über die englische „Perfidie" und die amerikanische Leichtgläubigkeit, die aus solchem Geschwätz spricht, zu entrüsten. Mit Entrüstung aber ist hier gar nichts getan, sondern einzig mit dem Verständnis dafür, daß hier für unser Verhältnis zu Amerika die Wurzel außerordentlich ernster Gefahren liegt. Wenn wir wissen, wie zum mindesten bei einem großen Teile des amerikanischen Volkes die Vorstellungen über Deutschland zustande kommen, und wie sie geartet sind, so ist es leichtsinnig und töricht zugleich, wenn von unserer Seite selbst jenen Bestrebungen, die Amerikaner gegen uns zu verhetzen, noch Material geliefert wird. Nichts anderes aber ist es, was in vielen, namentlich „alldeutschen" und verwandten Zeitungen bei uns durch die Tonart mancher Artikel über Amerika geleistet wird. Zurückhaltung ist hier absolute Notwendigkeit. Von der anderen Seite wird mit Eifer auf jede „alldeutsche" Aeußerung in deutschen Blättern gefahndet und diese dann, kombiniert mit einem Gewebe direkter Lügen, dem amerikanischen Publikum aufgetischt. Demgegenüber ist es für uns das einzig Verständige, auf angebliche und wirkliche amerikanische Anmaßungen und Flegeleien in der Presse überhaupt nicht zu reagieren (wie das auch die uns so oft und mit Recht als Muster nationaler Korrektheit hingestellten Engländer in geradezu extremer Weise vermeiden) und statt dessen wirkliche Kenntnisse über Amerika und amerikanische Dinge in unserem Publikum zu verbreiten. Es gibt so unendlich viel drüben, was zu wissen für uns ungleich wertvoller und dringender ist, als die Entrüstung über Zeitungsgewäsch und Biertischreden, sei es auch von amerikanischen Admiralen, daß wir von Rechts wegen gar nicht genug von dem Amerika, das uns wirklich angeht, zu hören bekommen können.

Was dem amerikanischen Angriff auf dem Weltmarkt außerhalb und innerhalb Europas seine außerordentliche Kraft verleiht, ist neben der Fülle der im Lande selbst vorhandenen Rohstoffe die erstaunliche Konzentration in der Herstellung der industriellen

Fabrikate. Dieſe äußert ſich zunächſt in der Erfindung und Anwendung von Kraft und Arbeit ſparenden Maſchinen. Die Ausnutzung des Inſtruments bezieht ſich aber nicht nur auf die bekannten und berühmten amerikaniſchen Werkzeugmaſchinen, ſondern beiſpielsweiſe auch auf das Verkehrsweſen. Der Gütertransport iſt in Amerika durch die Rieſenlokomotiven und die den europäiſchen Typus um das dreifache Faſſungsvermögen übertreffenden Güterwagen deutſchen Verhältniſſen gegenüber um das Doppelte, franzöſiſchen um das Dreifache verbilligt. Bei einem deutſchen Güterzug beträgt z. B. das tote Gewicht des Transportmaterials, das die Lokomotive ſchleppen muß, bis zum Anderthalbfachen des Ladungsgewichts, bei einem amerikaniſchen nur ein Drittel.

Zu ſolchen rein techniſchen Momenten der Ueberlegenheit iſt dann in jüngſter Zeit das aufs äußerſte entwickelte Syſtem der induſtriellen Kapitaliſierung und Konzentration in den ſogenannten Truſts getreten. Die Zuſammenlegung einer großen Anzahl verwandter Werke in eine einzige Organiſation mit einer ungeheuren Kapitalsmacht, die dadurch ermöglichte, aufs äußerſte getriebene Moderniſierung und Spezialiſierung der Betriebe, die Ausſcheidung und Aufſaugung der techniſch zurückgebliebenen oder aus anderen Gründen ungünſtiger produzierenden Unternehmungen, haben eine große Verbilligung nicht nur der Produktion, ſondern auch des Verkaufspreiſes verſchiedener amerikaniſcher Induſtrieerzeugniſſe zuwege gebracht. Allerdings haben die Truſts, da ſie ſich nicht auf die Zuſammenlegung der großinduſtriellen Produktion beſchränkten, ſondern anfingen, die monopoliſtiſche Beherrſchung gewiſſer Rohſtoffe (Petroleum!), Verkehrsunternehmungen uſw. zum Schaden der Allgemeinheit auszubeuten, eine ſtarke und verdiente Reaktion gegen ſich hervorgerufen, zu deren Führer ſich der Präſident Rooſevelt gemacht hat. Ohne auf dieſes außerordentlich ſchwierige Gebiet näher einzugehen, über das im ganzen wie im einzelnen die Urteile in Europa und in Amerika noch gleich wenig geklärt ſind, wird man doch ſagen können, daß ein gewiſſer Unterſchied zwiſchen den Verkehrs- und Rohſtoff-Monopoltruſts auf der einen und den induſtriellen Amalgamationen auf der anderen Seite vorhanden iſt. Es gibt ja ſogar gewichtige Stimmen, die es auch der deutſchen

Großinduſtrie raten, ſich auf Truſtmanier zu organiſieren und, ſtatt durch den Unfug ihrer gegenwärtigen Kartell- und Syndikatspraxis lediglich auf Hochhaltung der Preiſe im Inlande zu ſehen und eine Maſſe teuer produzierender rückſtändiger Elemente mitzuſchleppen, das amerikaniſche Prinzip der Verbilligung der Produktionskoſten durch Zuſammenſchluß und rückhaltloſe Organiſation annehmen. Schon jetzt hat die Erfahrung gelehrt, daß die Induſtrietruſts der Amerikaner für ſie in Zukunft wahrſcheinlich eine für den wirtſchaftlichen Angriff noch ſtärkere Waffe bilden werden, als es das Schutzzollſyſtem für die Verteidigung war.

Alle dieſe Dinge: günſtige Rohſtoffproduktion, fortgeſchrittene maſchinelle und Verkehrstechnik, Konzentration des Kapitals, Verringerung der Herſtellungskoſten, müſſen mit dem amerikaniſchen Charakter potenziert werden. Die zugleich ſtürmiſche und zähe Energie, die faſt aller amerikaniſchen Arbeit anhaftet, hat jene Vorteile der amerikaniſchen Produktion mit geſchaffen; ſie wirkt aber auch für die unaufhörliche und ſtets geſteigerte Ausnutzung des Erreichten fort und fort. So wenig wir zu einem Verſtändnis der engliſchen Weltmacht, ihrer Entwickelungsgeſchichte und ihrer Zukunft, gelangen können, ohne eine gewiſſe Anſchauung vom engliſchen Volkscharakter zu haben, ebenſowenig können wir Amerika beurteilen, ohne uns an das Temperament, die ganze außerordentliche geiſtige Struktur des Amerikanertums, zu erinnern. Erſt wenn wir das tun, ſehen wir auch die Ziffern, in denen ſich die amerikaniſchen Erfolge ausdrücken, in der richtigen Beleuchtung.

Nach einem Buche, das der frühere Unterſtaatsſekretär im Reichsſchatzamt der Vereinigten Staaten, F. A. Vanderlip, vor mehreren Jahren hat erſcheinen laſſen, und das unter anderem auch eine Statiſtik des Güteraustauſches, der Warenausfuhr, der induſtriellen Geſamtproduktion uſw. in den Vereinigten Staaten enthielt, betrug der durchſchnittliche Ueberſchuß des Exportbetrages über den Wert des Imports im Anfang dieſes Jahrhunderts zugunſten der Union ca. 2500 Millionen Mark jährlich. Während die übrigen Erdteile einen wenn auch nicht ſehr bedeutenden Gewinn im Handelsverkehr mit Amerika zu verzeichnen haben, beträgt der Einfuhrüberſchuß der Union im Verkehr mit Europa allein ſogar

noch mehr: gegen 3 Milliarden Mark. Beinahe die ganze Last dieses von Europa zu tragenden Defizits fällt auf England und Deutschland. England partizipiert an ihm mit 2000 Millionen, Deutschland mit über 600 Millionen Mark. In den Jahren von 1896—1902 hat die Union nach Vanderlips Berechnung einen Ausfuhrüberschuß von 11½ Milliarden Mark oder dem dreifachen Betrage der französischen Kriegsentschädigung von 1871 gehabt. Allerdings stehen dem auch noch eine Reihe von Zahlungen Amerikas an Europa gegnüber, die wenigstens zum Teil für die Deckung der passiven europäischen, d. h. in erster Linie deutsch-englischen Handelsbilanz gegnüber den Vereinigten Staaten sorgen. Sehr groß ist z. B. noch der Betrag des englischen Kapitals, das in nordamerikanischen Fabrikations- und Plantagenbetrieben angelegt ist und reichliche Verzinsung nach England liefert. Auf 400 Millionen Mark jährlich schätzt Vanderlip selbst die Ausgaben der amerikanischen Touristen in Europa, denen ein viel geringerer Betrag europäischer Reisekosten in Amerika gegenübersteht; auf mehr als 300 Millionen Mark die Frachten, die europäische Dampfschiffahrtsgesellschaften von amerikanischen Spediteuren einnehmen. Dazu kommt, daß immerhin noch gewisse Beträge nordamerikanischer Schuldverschreibungen in europäischen Händen sind, wiewohl ihre Menge in letzter Zeit sehr abgenommen hat. Alles in allem bleibt unstreitig doch noch ein großer Ueberschuß im Handelsverkehr zugunsten Amerikas übrig. Auf die Dauer ist es, wenn die Verhältnisse so bleiben, gar nicht anders möglich, als daß Amerika anfängt, den Gewinn aus seiner Handels- und Zahlungsbilanz in europäischen zinstragenden Papieren anzulegen, d. h. daß es auf dem europäischen Geldmarkt statt wie bisher als Schuldner als Gläubiger auftritt. Zu der Verdrängung der europäischen Industrie vom Weltmarkte würde sich also noch eine Verschuldung Europas an Amerika hinzugesellen. Die amerikanische Krisis, die Ende 1907 im Anschluß an den Zusammenbruch der überspannten Kupferpreise ausbrach, hat freilich mit ihrem verzweifelten, aber doch großenteils abgeschlagenen Ansturm auf die europäischen Goldvorräte gezeigt, daß vorläufig noch nicht von einer merklichen Uebermacht Amerikas über Europa die Rede sein kann, aber darum bleibt der Weg, auf dem die Entwickelung dieses Verhältnisses einstweilen noch vorschreitet, doch deutlich.

Hier setzt nun die Frage ein, mit der wir dieses amerikanische Kapitel begannen: ob faktisch ein großer industrieller Produktionsüberschuß dauernd als Export aus Amerika ins Ausland abfließen, oder ob mit der steigenden Wohlhabenheit der Amerikaner auch ihr innerer Konsum dermaßen steigen wird, daß sich die Last des amerikanischen Wettbewerbes auf dem Weltmarkt für die europäischen Völker, d. h. vor allem Deutschland und England, erleichtert? Theoretisch läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß, je wohlhabender und volkreicher die Union wird, desto geringer die Konkurrenzgefahr erscheint, die sie uns auf dem Weltmarkte bereitet. Der Ueberschuß der Handelsbilanz Amerikas betrug im Gesamthandelsverkehr der Vereinigten Staaten zu ihren Gunsten

im Jahre	1900/01	= 2785	Millionen Mark *)
„	1901/02	= 1898	„ „
„	1902/03	= 1596	„ „
„	1903/04	= 1823	„ „
„	1904/05	= 1747	„ „
„	1905/06	= 1831	„ „
„	1906/07	= 1768	„ „

Es ist bemerkenswert, daß der Ueberschuß der Handelsbilanz zugunsten Amerikas nicht nur im Jahre 1901/02 gegen früher zum erstenmal seit längerer Zeit merklich zurückgegangen erscheint, sondern daß er sich von da an bis heute auf derselben Stufe gehalten hat, ja eher im ganzen eine gewisse fallende Tendenz zeigt. Vanderlip meinte noch in seinem bereits erwähnten Werk, daß die Einbeziehung der neuen Kolonialgebiete der Union, Hawaï, Puerto Rico, Philippinen, aus dem äußern in den innern Handelsverkehr einen Teil der Schuld an der Veränderung von 1900/01 zu 1901/02 getragen und daß die damals eben überwundene europäische Wirtschaftskrisis sich auch im amerikanischen Handel etwas wiedergespiegelt habe. Die obenstehende Ziffernreihe scheint aber doch zu beweisen, daß die Veränderung in der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten keine bloß vorübergehende ist, und daß man in ihr

*) Nach dem Gothaischen Diplomatisch-statistischen Jahrbuch für 1908, in runden Zahlen; für 1906—07 ohne Berücksichtigung der Aus- und Einfuhr an Edelmetallen.

vielleicht doch schon ein Symptom des sich mehrenden Reichtums und der im Zusammenhang damit steigenden inneren Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes wird sehen müssen. Was aus Amerika an „Fabrikaten" ausgeführt wird, sind: Eisen, Stahl und daraus hergestellte Waren, Kupfer und Kupferwaren, endlich Maschinen. In dieser von amerikanischer Seite als „industriell" bezeichneten Ausfuhr steckt immerhin noch vieles, was im Grunde ebensogut zur Kategorie der Rohstoffe wie zu den eigentlichen Fabrikaten gerechnet werden kann, namentlich sämtliches Petroleum. „Ich sah," schreibt Vanderlip, „wie Amerika Kohle nach Newcastle ausführte, Kattun nach Manchester, Messerwaren nach Sheffield, Kartoffeln nach Irland, Champagner nach Frankreich, Uhren nach der Schweiz und Rheinwein nach Deutschland." Das ist nicht übel gesagt und bezeichnet, wenn nicht schon den gegenwärtigen Stand der Dinge, so doch jedenfalls die Absichten und das Selbstvertrauen der Amerikaner in charakteristischer Weise, aber im Grunde handelt es sich bei der amerikanischen Konkurrenz doch so gut wie ausschließlich um die eigentlichen Gegenstände des industriellen Massenkonsums: Textilstoffe und Eisenwaren, vor allen Dingen Maschinen. Namentlich gegenüber den amerikanischen Erfolgen in dieser letzteren Beziehung gilt, unbeschadet der gegenwärtigen großen Gewinne Amerikas, doch auch das Wort, daß eine gekaufte Maschine eine eroberte Kanone ist. Hierzu tritt endlich die Erwägung, daß die Amerikaner, wenn sie dauernd in großem Maßstabe exportieren wollen, sich genötigt sehen werden, auch die protektionistischen Schranken ihres eigenen Schutzzollsystems zu erniedrigen und damit dem europäischen Wettbewerb auf ihrem eigenen Boden wieder ein größeres Feld zu öffnen — schon aus dem Grunde, weil sonst auf seiten der europäischen Völker sehr leicht der psychologische Moment eintreten kann, in dem sie es versuchen, dem Gegner die erlittene Schädigung wirtschaftlich mit gleicher Münze heimzuzahlen.

Ein endgültiges Urteil über die amerikanischen Verhältnisse, die wirtschaftlichen wie die politischen, abzugeben, ist, wie wir aus diesen Erwägungen gesehen haben, unmöglich; nur die Gesichtspunkte lassen sich andeuten, nach denen, wenn die gegenwärtig

noch ganz unklaren Verhältnisse sich weiter und deutlicher entwickelt haben werden, dies Urteil sich zu richten hat. Die Unklarheit der Lage ist aber alles andere eher, als eine Aufforderung zur Sorglosigkeit und Hintansetzung peinlichster Vorsicht. Mag die Notwendigkeit, Industrieprodukte zu exportieren und industrielle Absatzmärkte aufzusuchen, für die Amerikaner zunehmen oder abnehmen: unter allen Umständen wird dieser Nation noch auf lange hinaus ihr ungeschlachtes politisch-materielles Kraftgefühl bleiben: das Bewußtsein der Fähigkeit, gegebenenfalls auch einmal der instinktive brutale Wille, auf dem Töpfermarkt der Welt mit Eisenfäusten ein großes Scherbenschlagen abzuhalten.

Sehr instruktiv schildert der Deutsch-Amerikaner Harry Fiedler in den Preußischen Jahrbüchern (1903) die eigentümliche Art des amerikanischen Temperaments:

„In den Vereinigten Staaten steht nämlich das politische Barometer eigentlich immer auf veränderlich, und das Wetter schlägt oft in unerwarteter Weise um. Zwar kümmert die Majorität des amerikanischen Volkes sich unter normalen Umständen herzlich wenig um Politik im allgemeinen. Allein es gibt gewisse politische Fragen, oder besser gesagt Schlagworte, deren bloße Erwähnung den Amerikaner mit Blitzesschnelle aus seiner Indifferenz aufrüttelt. Da die ganze Nation nun aber höchst reizbaren Temperaments ist, so entsteht dann schnell eine öffentliche Erregung, in der jede ruhige, vernünftige Stimme überschrieen wird. Eine solche öffentliche Volksbewegung schwillt sehr leicht plötzlich zum Riesensturme an, der jeden etwaigen Widerstand der verantwortlichen Führer oder Beamten über den Haufen fegt. Und ehe man richtig weiß, um was es sich eigentlich handelt, ist eine Situation geschaffen, aus der es keinen Rückzug mehr geben kann. Mit elementarer Macht drängt alles zur Katastrophe, und ein Krieg ist erklärt. Das ist kurz die Geschichte der Kriegserklärung gegen Spanien auf Grund der noch jetzt nicht aufgeklärten Vernichtung des amerikanischen Kriegsschiffes „Maine".

Ueber diese amerikanische Leidenschaftlichkeit und die aus ihr fließenden Ausbrüche, mögen diese auch noch so weit von der Be-

sonnenheit entfernt sein, die ein altes Kulturvolk wenigstens in seinen oberen gesellschaftlichen Schichten zu besitzen pflegt, ist es zwecklos, sich zu entrüsten und Leitartikel gegen die amerikanische Maßlosigkeit zu schreiben. Viel nötiger ist es, sich vor Augen zu halten, daß dieses amerikanische Temperament durchaus ein politischer Faktor ist, mit dem wir rechnen müssen, und zwar ein politischer Faktor, der um so bedeutsamer und schwieriger zu behandeln scheint, als jene teils mangelhafte, teils bewußt in antideutschem Sinne irreführende Information der öffentlichen Meinung Amerikas aus englischen Quellen den größten Teil der Nation mit gänzlich falschen Vorstellungen über die politischen Absichten Deutschlands gegenüber Amerika erfüllt hat.

Wie es uns schon früher, als wir versuchten, die in England Deutschland gegenüber herrschenden Vorstellungen und Stimmungen zu charakterisieren, aufgefallen ist, daß man dort allem Anschein nach wirklich an die Angriffslust Deutschlands glaubt und uns Deutschen das innere Kraftgefühl und die Ueberlegung, die für einen solchen Angriff unsererseits die Voraussetzung bilden müßten, ohne weiteres zutraut, so kommen ähnliche phantastische Gedanken auch bei den Amerikanern vor. Hier wie dort liegt aber gerade darin die eigentliche Gefahr. Die ganze amerikanische Nervosität, die Leichtigkeit, mit der gegen Deutschland gerichtete, sei es von englischer Seite soufflierte, sei es selbständig erfundene und aufgebauschte antideutsche Sensationsnachrichten ihre Wirkung tun, ja die bloße Kalkulation der Preßunternehmer, mit dergleichen Zeug bei dem Lesepublikum in jedem Fall auf ihre Rechnung zu kommen, sind nur möglich unter der Voraussetzung, daß man uns in Amerika derartige Ideen zutraut. Die amerikanische Durchschnittsmeinung stellt sich die Deutschen als eine unruhige, aus Not, nationalem Expansionsbedürfnis und zügelloser Eroberungslust heraus tatenlustige Nation vor, geführt von einem Kaiser, der diese vermeintlich deutsche Natur in sich zur höchsten Potenz gesteigert hat. Nach dieser Richtung hin wirkte ihrerzeit z. B. die auch in Amerika, dank englischer Dienstleistung, eifrig verfolgte Haltung der deutschen Presse in der Burenfrage. So wenig wie die Engländer können sich die Yankees vorstellen, daß die fortgesetzten, kraß anti-englischen

Ausbrüche der Volksstimmung bei uns wirklich in der Hauptsache gar nichts anderes gewesen sein sollten, als Aeußerungen einer absolut unklaren, nationalen Sentimentalität.

Wie bei den Engländern, so ist es für uns auch gegenüber den Amerikanern ziemlich gleichgültig, daß ihre Ideen über eine aggressive Politik Deutschlands nicht im geringsten der Wirklichkeit entsprechen. Für das amerikanische Temperament und die amerikanische Politik würde die falsche Ueberzeugung, daß Deutschland amerikanische Interessen angreifen wolle, zunächst gerade so wirken, als wenn jener Idee Tatsächliches zugrunde läge. Es hat einige Jahre gegeben — zwischen dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges und der Friedenskonferenz von Portsmouth unter der Aegide des Präsidenten Roosevelt — in denen, dank einiger durch die englische Publizistik mit Eifer und Erfolg geschürter Mißverständnisse, die Möglichkeit eines deutsch-amerikanischen Konflikts als Folgeerscheinung des überreizten Mißtrauens und Selbstgefühls der Amerikaner in der Luft hing. Wenn man den Ausbruch dieser Gefahr deutscherseits vermeiden wollte, so war schwer einzusehen, welche andere Politik damals zu dem Zweck gemacht werden sollte, als diejenige, die von uns in Washington gemacht wurde, und die von gewissen „nationalen" Stimmen in der deutschen Presse als „würdelos" bezeichnet wurde. Dieser vermeintliche Mangel an Würde hat seine sehr guten, für uns, wie für die Amerikaner gleich vorteilhaften Folgen gehabt.

Die Aufgabe, deutsch-amerikanische Politik zu machen, ist in Wirklichkeit gar nicht so schwer. Gegen eine politische und territoriale Ausdehnung der Union im Gebiet des Stillen Ozeans oder des Atlantischen Meeres brauchen wir von Natur weit weniger empfindlich sein, als die Engländer. Zu englisch-amerikanischen Interessenkonflikten liegt an einem Dutzend verschiedener Stellen latenter und offenbarer Stoff genug vor. Wir brauchten noch lange nicht das englische System des Hetzens in Amerika gegen Deutschland im anti-englischen Sinne umzudrehen, um bei geschicktem Vorgehen wenigstens einem Teil der Amerikaner die Augen zu öffnen. Die englische Preßpolitik hat in Amerika den Vorteil, daß beide Völker dieselbe Sprache sprechen und lesen. Die Wahrheit über deutsch-

amerikaniſch-engliſche Beziehungen kann man aber auf engliſch und in Newyork oder Chicago genau ſo gut ſchreiben, wie auf deutſch in Berlin, Frankfurt oder Hamburg; man muß nur über die nötigen Zeitungen dafür verfügen. Die Vereinigten Staaten haben jetzt lange unter der Leitung eines außerordentlich begabten, energiſchen und, was in dieſem beſonderen Falle beinahe ebenſoviel wiegt, wie jenes beides zuſammen, eines gut gebildeten Mannes geſtanden. Präſident Rooſevelt iſt klug und unterrichtet genug, um das wirkliche Intereſſenverhältnis zwiſchen Deutſchland und den Vereinigten Staaten zu überſehen — weil er nicht nur ſein Land kennt, ſondern auch von uns und unſeren nationalen Lebensbedingungen eine zutreffende Vorſtellung beſitzt. Einem Politiker, wie ihm, kann man deshalb keinen blauen Dunſt nach Art der engliſchen Verdächtigungen gegen Deutſchland vormachen. Sein perſönliches Verhalten — man denke an die Energie, mit der er ſeinerzeit gewiſſe Organe der amerikaniſchen Preſſe wegen ihrer Deutſchenhetze öffentlich zur Ordnung rief — läßt keinen Zweifel darüber, daß es ihm ernſt mit dem Bemühen iſt, ein gutes, vor allen Dingen auf gegenſeitiger Kenntnis voneinander beruhendes Verhältnis zwiſchen den Nationen zu ſchaffen. Für unſere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten war es daher ein Glück, daß Rooſevelt im März 1905 für die zweite vierjährige Präſidentſchaftsperiode wiedergewählt wurde. Er iſt der erſte Staatslenker der großen Republik, der über den ſtimmungsmäßigen Imperialismus oder Anti-Imperialismus der politiſchen Fraktionen hinaus die Stellung der Vereinigten Staaten innerhalb der großen Politik der Weltmächte ihrer Natur nach erfaßt und ſelbſt bewußte, große Politik mitzumachen verſucht hat. Nichts war natürlicher, als daß die Art von Verſtändnis, die Rooſevelt den weltpolitiſchen Problemen an ſich und ihrer Bedeutung für die Union entgegenbrachte, eine innere Annäherung zwiſchen der deutſchen und der amerikaniſchen Politik hervorrief, deren Beſtehenbleiben und weitere Vertiefung zum beiderſeitigen Vorteil auf das höchſte zu wünſchen iſt. Es wird gut ſein, dabei zu erwähnen, daß für uns dabei unſer Intereſſe an denjenigen deutſchen Landsleuten, die nach den Vereinigten Staaten ausgewandert und Bürger der Republik geworden ſind,

ein Gegenstand besonderer Vorsicht bilden muß. Trauriger aber unabänderlichen Weise dürfen wir mit dem Deutschtum in den Vereinigten Staaten weder politisch noch „national" weiter rechnen. Von den 75 Millionen Einwohnern, welche die Vereinigten Staaten jetzt zählen, sind 12—15% in Deutschland geboren oder Nachkommen aus Deutschland ausgewanderter Männer und Familien. Auf die ethnographische Beschaffenheit und den Volkscharakter des Amerikanismus kann dieser starke Zusatz deutschen Blutes, zumal wenn die Rassenmischung, was einstweilen noch lange nicht der Fall ist, eine wirklich vollständige sein wird, seinen Einfluß natürlich nicht verfehlen, und moralisch kann es uns immerhin zur Befriedigung gereichen, daß wir physisch und geistig derart an dem Aufbau eines großen Volkes teilgenommen haben. Praktisch ist aber der einzige Gesichtspunkt, unter dem wir unsere Auswanderung nach Nordamerika anzusehen haben, der, daß, was dorthin geht, für uns verloren ist und daß wir daher alles daran setzen müssen, die deutsche Auswanderung an Orte zu dirigieren, wo sie, wenn auch auf die Festhaltung des politischen Bandes gleichfalls nicht gerechnet werden darf, wenigstens volklich und vor allen Dingen wirtschaftlich mit uns verbunden bleiben kann. Wo dieser Platz zu suchen ist, davon wird im Schlußkapitel zu reden sein.

* * *

Amerikas auswärtige Politik ist seit dem Frieden von Portsmouth auch für die Wahrnehmung der breiten politischen Massen in das Zeichen des Gegensatzes zu Japan getreten. Daß die Interessengebiete Japans und der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean sich schnitten, war schon vor dem russisch-japanischen Kriege zu sehen, aber erst der Erweis kriegerischer und namentlich maritimer Ueberlegenheit, den Japan einer so starken Militärmacht gegenüber geliefert hat, wie Rußland es in den Augen der meisten war, gab Veranlassung, von da an Japan als eine im Stillen Ozean auch den Amerikanern gefährliche Größe einzuschätzen. Die Vereinigten Staaten kehren dem Stillen Ozean eine 2000 Kilometer lange Küstenlinie zu; sie besitzen Hawaï, je einen Teil der Samoa- und der Marianen-Gruppe und die Philippinen; dazu große

Handelsintereſſen in Oſtaſien. Außerdem fällt für die Beurteilung der amerikaniſch-japaniſchen Beziehungen die Einwanderung von Japanern nach den Vereinigten Staaten ins Gewicht. Sie iſt bisher ziffernmäßig nicht ſehr bedeutend. Nach dem Zenſus von 1900 lebten innerhalb der Vereinigten Staaten ca. 86 000 Japaner, davon etwas über 71 000 männlich und nicht ganz 15 000 weiblich, während die Zahl der offiziell regiſtrierten Chineſen über 100 000 betrug. Seitdem hat allerdings eine ſtändige Zuwanderung ſtattgefunden, über die ſich beſtimmte Daten nicht geben laſſen. Selbſt aber, wenn die Anzahl der Japaner ſich verdoppelt haben ſollte, ſo würden ſie ziffernmäßig beiſpielsweiſe gegenüber den Negern und Mulatten, die 9 Millionen Köpfe zählen, innerhalb der Union ſo gut wie nichts bedeuten. Trotzdem aber entſteht eine große politiſche Schwierigkeit dadurch, daß Japan ſchon früher und jetzt nach ſeinem Siege über Rußland mit ganz beſonderer Beſtimmtheit den Anſpruch erhebt, daß ſeine Einwanderer in jeder Beziehung nicht als Aſiaten, ſondern als Angehörige einer ziviliſierten Großmacht behandelt würden. Dagegen proteſtiert erſtens die Arbeiterbevölkerung in den pacifiſchen Staaten, weil trotz der politiſchen Anſprüche des japaniſchen Mutterlandes der einzelne japaniſche Arbeiter für den weißen als Konkurrent und Lohndrücker genau dieſelbe Bedeutung hat, wie die Chineſen, deren weitere Zuwanderung aus dieſem Grunde ſchon ſeit lange durch Geſetz beſchränkt iſt. Zweitens erheben aber auch die gebildeten und beſitzenden Schichten Widerſpruch, weil es ihnen antipathiſch iſt, die Kinder der zugewanderten fremdraſſigen „farbigen" Japaner in den öffentlichen Schulen neben ihren eigenen Kindern ſitzen zu ſehen. Umgekehrt bildet gerade für das japaniſche Volk und das japaniſche Nationalgefühl als ſolches die Aufnahme der japaniſchen Kinder in die kaliforniſchen Schulen den Ehrenpunkt, von dem es durchaus nicht zurückweichen will. Auch hier muß man vor allen Dingen dem Ehrgeiz und der Opferwilligkeit der führenden Schichten der Nation eine ſehr große, ja beinahe eine unbegrenzte Bedeutung zuſchreiben. Hinter dem Ehrgeiz und der Entſchloſſenheit, alle Laſten einer expanſiven Politik zu tragen, ſteht aber bei den Japanern auch der Druck eines ſehr ſtarken materiellen Zwanges infolge der natürlichen

und der Bevölkerungsverhältnisse innerhalb des ursprünglichen japanischen Inselreichs. Japan einschließlich der Nordinsel Jesso hat rund 380 000 Quadratkilometer und gegen 47 Millionen Einwohner, d. h. eine Bevölkerungsdichte von 123 Köpfen auf den Quadratkilometer. Zieht man die schwachbevölkerte Nordinsel Jesso, wie es erforderlich ist, um ein richtiges Bild von der Bevölkerungsdichte Japans zu gewinnen, ab, so verbleiben für Nippon, Schikoku und Kiuschiu nicht ganz 290 000 Quadratkilometer und beinahe 46 Millionen Einwohner, d. h. die wirkliche Bevölkerungsdichte des Landes beträgt also 160 Menschen auf den Quadratkilometer. Großbritannien und Irland haben 314 000 Quadratkilometer und ca. 44 Millionen Einwohner — rund 140 auf den Quadratkilometer, doch will diese Zahl natürlich unter Berücksichtigung der Volksmenge in den englischen Industriezentren und in London verstanden werden, wozu die Analogie in Japan fehlt. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte Deutschlands beträgt 112, die Italiens 117, d. h. beide Male weniger, als die Japans selbst unter Einrechnung der Nordinsel, die größer ist als Irland, aber nur etwas über 800 000 Einwohner zählt. Das wahre Bild der japanischen Volksdichte gibt uns aber erst der Vergleich zwischen der vorhandenen Gesamtbodenfläche und dem kulturfähigen bezw. in Kultur befindlichen Areal. Neuere genaue Zahlen liegen hierüber leider nicht vor. Nach einer Berechnung aus dem Jahre 1882*) war damals etwa die Hälfte des Landes mit Wald bestanden, beinahe 24% waren Reisland, etwa über 15% sonstiges Ackerland, ca. 1½% Tee- und Maulbeerpflanzungen, der Rest von 10% war Oedland. Das mit Wald bestandene Gebiet ist fast durchweg Gebirgsland, das nicht etwa durch Abholzung in Kultur genommen werden kann, sondern wegen der Steilheit der Hänge, der steinigen Beschaffenheit des Bodens und der Notwendigkeit, aus klimatischen Rücksichten den Wald zu erhalten, dauernd mit Wald bestanden bleiben muß. Es ist also nur die Hälfte des Areals der japanischen Inseln für die wirkliche Ernährung der Bevölkerung in Anschlag zu bringen. In Deutschland nehmen Ackerland, Gärten und Weinberge rund die

*) Sievers, „Asien" 2. Auflage, Seite 404.

Hälfte der Bodenfläche ein, Wieſen und Weiden etwa 20%, der Wald über 25%; der Reſt entfällt auf Haus- und Hofräume, Wege, Gewäſſer uſw. Rathgen*) ſchreibt, nachdem er die Durchſchnittsbevölkerung in Alt-Japan, ohne Jeſſo, angegeben und bemerkt hat, daß ſie der in den Niederlanden, in der Provinz Weſtfalen oder im Großherzogtum Heſſen etwa zu vergleichen ſei: „Dabei beſtehen in Japan ſelbſt ſehr große Unterſchiede, die ſich im weſentlichen erklären aus dem . . . Zuſammenhang der Bevölkerung mit den landwirtſchaftlichen Betriebsverhältniſſen. Wo Bewäſſerung den Reisbau ermöglicht, drängt ſich die Bevölkerung in den Ebenen und breiteren Flußtälern zuſammen; im Gebirge iſt ſie meiſt ganz ſpärlich, doch ermöglicht hier die Zunahme der Seidenkultur neuerdings vielerwärts eine ſtärkere Verdichtung. In den Bezirken um Tokio . . . ſteigt ſie auf 250—330 auf den Quadratkilometer, ebenſo im Norden von Kiuſchiu. Sehr dicht iſt ſie im mittleren Honſhu (Nippon) . . ., an den Küſten des Binnenmeeres. Viel ſpärlicher iſt ſie in den dem offenen Meer zugewandten Gegenden des Südens; im gebirgigen Innern von Honſhu, im ganzen Norden mit ſeinen ungünſtigeren klimatiſchen und Verkehrsverhältniſſen. Dort finden wir Dichtigkeitsziffern von 50—70, alſo wie in den nördlichen Teilen Deutſchlands. . . .

Jedenfalls nimmt die Bevölkerung jährlich um mehr als ein Prozent zu. Das führt zu einer unter der alten Ordnung unbekannten Wanderbewegung. Im Inlande zeigt ſich das vor allem in der Zunahme der Städte. Ein Ackerbauvolk, wie die Japaner bisher ſind, iſt ſtädtearm. Japan hat nach der alten Ordnung eine grundherrlich-höfiſche Kultur entwickelt, keine ſtädtiſche, wie Mittel- und Weſteuropa. Es war ein Land der Burgen, nicht der feſten Städte. Wo keine Einfälle fremder Reiterſchwärme zu befürchten waren, gab es auch keine Städtemauern. Erſt die raſche Entwicklung von Handel und Induſtrie in der neuen Ordnung läßt die ſtädtiſche Bevölkerung raſch zunehmen. Jokohama und Kobe haben jetzt über 200 000 Einwohner. Als ſie zu Handelshäfen erklärt wurden,

*) Die Japaner und ihr Wirtſchaftsleben in der Teubnerſchen Sammlung „Aus Natur- und Geiſteswelt", 1905, Seite 7 ff.

waren es elende Fischerdörfer. Noch Ende 1886 gab es erst 139 Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern. Im Jahre 1898 waren es schon 230. In den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern wohnten 1886 3½ Millionen, 1898 gut 6 Millionen Menschen. Den Städten, dem Gewerbe und Handel muß sich der Hauptteil der Volkszunahme (von 1872—1903 stieg die Bevölkerungsziffer von 33,1 auf 46,3 Millionen) zugewendet haben. Der landwirtschaftlich benutzte Boden von Altjapan hat sich nur ganz wenig vermehrt. . . . Die Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes kann nicht sehr gewachsen sein. Die Zahl der rein von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung kann also nicht stark zugenommen haben. Einiger Abfluß hat nach den ganz dünn besiedelten Gebieten des Nordens stattgefunden. . . . Aber im ganzen entschließen sich die Leute, namentlich aus dem dichtbevölkerten Süden schwer zur Wanderung nach dem kälteren Norden." Man kann im großen und ganzen sagen, daß die Kinder des auf seiner eigenen oder auf gepachteter Scholle sitzenden Bauern statt wie früher samt und sonders beim väterlichen Beruf zu bleiben, heute in immer wachsender Zahl in die Städte, in die Industrie, wandern.

Zu dieser Vorstellung von der Bevölkerungsdichte und der Bevölkerungsverteilung in Japan müssen wir das Bild der wirtschaftlichen Produktion, der Ausfuhr und Einfuhr, der Handels- und Zahlungsbilanz hinzunehmen, um darnach aus der Gesamtheit dieser Verhältnisse einen Schluß auf den inneren Zusammenhang zwischen ihnen und der auswärtigen Politik Japans machen zu können. Japans Außenhandel hält sich während des Jahrzehnts von 1887—1896*) in sehr bescheidenen Grenzen. Die Einfuhr zeigt allerdings auch während dieser Periode im Durchschnitt ein erhebliches Wachstum: von 157,1 auf 378,9 Millionen Mark. Diesen Ziffern entsprechen bei der Ausfuhr die Beträge von 156,7 und 257,6 Millionen Mark. Im Durchschnitt der zehn Jahre hält sich der Gesamtbetrag von Einfuhr und Ausfuhr, obwohl in den einzelnen Jahren große Schwankungen vorkommen, nahezu die Wage. Von 1897—1906 ist das Bild folgendes:

*) Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1907.

	Einfuhr	Ausfuhr	
1897	460,2	339,1	Mill. Mark.
1898	582,3	342,1	„ „
1899	462,1	447,2	„ „
1900	601,8	420,4	„ „
1901	536,5	523,8	„ „
1902	569,8	536,9	„ „
1903	664,9	600,5	„ „
1904	778,7	663,0	„ „
1905	1024,1	668,4	„ „
1906	877,4	880,3	„ „

Wenn man diese Ziffernreihe betrachtet, so ergibt sich auf den ersten Blick, daß die Einfuhr, auch abgesehen von dem starken Emporschnellen für 1905 infolge des Kriegsbedarfs, ein Auf- und Abschwanken des Wertes zeigt, wenn auch im ganzen eine kräftige Steigerung zu erkennen ist. Die Ausfuhr dagegen, die während des Jahrzehnts von 1887—1896 gleichfalls bei allgemein steigender Tendenz in den einzelnen Jahren stark geschwankt hatte, weist von 1897 bis 1906 mit der einzigen Ausnahme eines unbedeutenden Rückschlages im Jahre 1900 eine ununterbrochene Zunahme derart auf, daß sie in diesem abgelaufenen Jahrzehnt von rund 340 auf rund 880 Millionen Mark steigt, also sich erheblich mehr als verdoppelt hat. Gleichzeitig aber ist zu bemerken, daß die früher kaum vorhandene Passivität der japanischen Handelsbilanz im merklichen Wachstum begriffen ist.

Die Hauptausfuhrartikel Japans (1906) sind Rohseide, Seidenwaren, Baumwollgarne, Kupfer, Kohlen, Zündhölzchen, baumwollene Gewebe, Tee, Porzellanwaren, Matten. Rohseide, Seidenwaren und Seidenabfälle übertreffen den Wert aller übrigen Ausfuhrpositionen zusammengenommen erheblich. Als wichtigste Einfuhrgegenstände zeigen sich Baumwolle und Baumwollgewebe, Reis, Zucker, Wolle, wollene Gewebe, Oelkuchen, Eisenwaren und Roheisen, Weizen und Weizenmehl, Bohnen, Maschinen, Chemikalien und Farbstoffe. Die Nahrungsmittel, Reis, Zucker, Getreide, Bohnen, machen zusammen ein Sechstel der Einfuhr aus, Rohbaumwolle und Baumwollgarne über ein Fünftel. Als Gesamtergebnis einer Unter-

ſuchung über die Bilanz des japaniſchen Außenhandels ſtellt Rathgen in ſeinem bereits zitierten Buche gleichfalls feſt, daß ſeit 1896 die Einfuhr erheblich größer war, als die Ausfuhr, und daß dieſes Defizit durch die chineſiſche Kriegsentſchädigung und den Ertrag auswärtiger Anleihen gedeckt worden iſt. „Die internationale Verſchuldung Japans, an ſich nicht bedeutend, iſt dadurch gewachſen oder eigentlich erſt entſtanden. Denn neben dieſer Verſchuldung des Staats beſteht eine Verſchuldung durch fremde Kapitalanlagen im Inlande nur in minimalem Umfange. In gewiſſem Sinne hat alſo Japan in den letzten Zeiten mehr ausgegeben, als eingenommen. Um das zu würdigen, iſt es nötig, feſtzuſtellen, aus welchen Waren denn die Einfuhr und Ausfuhr ſich zuſammenſetzen. Es wird ſich zeigen, daß von der Steigerung der Einfuhr ein erheblicher Teil zu produktiven Anlagen im Inlande gedient hat. Den Verbrauch des Aktivums der chineſiſchen Kriegsentſchädigung und der Verſchuldung im Auslande ſteht alſo eine Steigerung der inländiſchen Produktivkraft, außerdem die jetzt (durch den Krieg mit Rußland) der Welt kenntlich gewordene Verbeſſerung der Kriegsrüſtung des Landes gegenüber.“ (Seite 103 f). An einer anderen Stelle reſümiert Rathgen das Ergebnis ſeiner Ausführungen über die japaniſche Verkehrsbilanz dahin, daß ſie Amerika und Oſtaſien gegenüber ſtark aktiv, Europa und dem übrigen Aſien gegenüber ſtark paſſiv ſei. „Mit anderen Worten: Den Mehrimport an europäiſchen Induſtrieerzeugniſſen und an Rohſtoffen und evtl. Lebensmitteln aus dem übrigen Aſien bezahlt Japan mit dem Export ſeiner Naturerzeugniſſe nach Amerika, ſeiner gewerblichen Produkte nach Oſtaſien.“ (Seite 116.) Natürlich iſt die äußere Schuld, die vor dem Kriege in der vierprozentigen Anleihe von 1899 im Betrage von 97,6 Millionen Yen beſtand, durch den Krieg erheblich geſtiegen. Der Bericht über den Stand der Staatsſchuld am 31. März 1907*) führt in den Jahren 1904 und 1905 abgeſchloſſene auswärtige Kriegsanleihen im Geſamtbetrage von 1044,6 Millionen Yen auf. Die Verzinſung dieſer auswärtigen Schuld belaſtet die Zahlungsbilanz Japans, die ſchon vor dem Kriege eine paſſive war, noch ganz erheblich mehr. Allerdings muß demgegenüber bemerkt werden, daß ebenſo wie die früheren Anleihen und die chine-

*) Nach dem Gothaiſchen Diplomatiſch-ſtatiſtiſchem Jahrbuch.

ſiſche Kriegsentſchädigung in werbende Anlagen des Nationalvermögens umgeſetzt wurden, von denen im Laufe der Zeit ein günſtiger Ausgleich der Bilanzverhältniſſe zu erwarten war, ſo auch der materielle Ertrag des Krieges mit Rußland, die tatſächliche Einverleibung Koreas in die politiſche und wirtſchaftliche Machtſphäre Japans, die Abtretung des ruſſiſchen Okkupationsgebiets in Kwantung und der japaniſche Einfluß in der Südmandſchurei, mit der Zeit ſicher ihren Einfluß auf die Hebung der ökonomiſchen Geſamtkraft des Landes äußern werden. Im Augenblick ſcheint aber der finanzielle Zuſtand infolge der enormen Kriegsauslagen und des Fehlſchlagens der Hoffnung auf eine ruſſiſche Kriegsentſchädigung doch ein recht kritiſcher zu ſein.

Auf Grund dieſes Ueberblicks über die fundamentalen Tatſachen des japaniſchen Wirtſchaftslebens wird es deutlich geworden ſein, welches der materielle Stachel war, der außer dem hochgeſpannten politiſchen Ehrgeiz die Japaner in den Krieg mit Rußland trieb. Das eigentliche Objekt, um das der Zuſammenſtoß erfolgte, und nach Lage der Dinge erfolgen mußte, war Korea. Die ruſſiſche Politik ging ſeit dem Bau der großen ſibiriſchen Bahn in ganz unverkennbarer Weiſe darauf aus, neben und nach der Mandſchurei auch noch die koreaniſche Halbinſel in ihre oſtaſiatiſche Machtſphäre hineinzuziehen, ohne Rückſicht darauf, daß Japan ſich um ſeiner dringlichſten Lebensintereſſen willen die Okkupation Koreas durch eine fremde Macht weder unter wirtſchaftlichem noch unter militäriſchem Geſichtspunkt gefallen laſſen konnte. Japan hat erkannt, daß bei ſeinen natürlichen und hiſtoriſch gewordenen Wirtſchaftsverhältniſſen, wenn anders der Staat überhaupt eine Machtſtellung in Oſtaſien behaupten ſollte, der Beſitz von Koloniſationsgebieten auf dem Feſtlande nicht zu entbehren war. Einen teilweiſen Erſatz für die erzwungene Aufgabe von Liautung nach dem Kriege mit China hatte ſchon Formoſa gebildet, aber dieſes Objekt war doch nicht groß genug, um die Bedürfniſſe Japans zu befriedigen und vor allen Dingen ſo ſchnell zu befriedigen, wie es erforderlich ſchien. Japan braucht, um ſich wirtſchaftlich und finanziell zu entwickeln, ſolche Produktions- und Abſatzgebiete für die Rohſtoffe und Fabrikate ſeiner Induſtrie, in denen es wie in einer Kolonie oder einem ſogenannten Protektoratsgebiet

in jeder Beziehung der Herr ist. Alle natürlichen Verhältnisse wiesen zu diesem Zweck auf das fruchtbare, von einer wenig dichten und politisch schlaffen Bevölkerung bewohnte Korea, als auf das prädestinierte Objekt hin, und für Rußland wäre es ein Beweis von wirklichem Verständnis der politischen Gesamtlage in Ostasien gewesen, wenn es sich dazu bequemt hätte, Korea den Japanern zu überlassen und dafür ihr Einverständnis mit der allmählichen Aufsaugung der nördlichen Nebenländer Chinas, bis an die große Mauer, und mit dem Vorherrschen des russischen Einflusses im nördlichen Teil des eigentlichen China zu gewinnen. Korea war für die Durchführung einer kräftigen russischen Politik in Ostasien durchaus entbehrlich. Allerdings wurde, wenn Rußland es von vornherein an Japan überließ, das japanische Meer das, was es jetzt durch den Krieg geworden ist: ein von Japan beherrschter Binnensee, und Wladiwostok verlor seine Bedeutung als Flottenbasis für Rußland so gut wie ganz. Dieser Nachteil wäre aber durch das Einverständnis mit Japan nicht zu teuer erkauft gewesen und konnte außerdem durch den weiteren Ausbau der Position auf der Kwantung-Halbinsel und die tatsächliche Angliederung der Mandschurei vollkommen ausgeglichen werden. Außer dem Mangel an allgemeinem Verständnis für die Zwangslage, in der sich Japan befand, und außer der grundsätzlichen Selbstüberschätzung der Russen, hat es aber auch noch der ganzen frivolen und korrupten Leichtfertigkeit des Alexejewschen Regimes in der Statthalterschaft des „fernen Ostens" bedurft, um die Japaner im gegebenen Augenblick zu dem Entscheidungskampf zu drängen, dessen Aufnahme bei ihnen allerdings seit ihrem erzwungenen Rückzuge vom asiatischen Festlande nach dem Kriege mit China grundsätzlich für den Fall feststand, daß eine Nachgiebigkeit Rußlands inbezug auf Korea nicht zu erreichen sein würde.

Nach dieser Auseinandersetzung werden wir nunmehr auch die Grundlage zur Beantwortung der Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines japanisch-amerikanischen Konflikts gewonnen haben. Was Japan im Kriege mit Amerika gewinnen könnte, sind in erster Linie die Philippinen, in zweiter die amerikanischen Besitzungen in der eigentlichen Südsee. Es ist sehr möglich, daß es den Japanern gelingen würde, ein Landungskorps von hinreichender Stärke nach

den Philippinen überzusetzen und die amerikanische Flotte zu schlagen, wenn es auch kaum wahrscheinlich erscheint, daß es ihnen in dieser Beziehung ebenso entscheidend glücken sollte, wie gegenüber den Russen bei Tsuschima. Aber selbst angenommen, daß sie die Philippinen zu besetzen und vorläufig zu behalten imstande sind, und daß sie sich außerdem auch noch im offenen Seekampfe als die stärkeren erweisen — was wäre damit Entscheidendes für Japan gewonnen? Woran es ihnen jetzt nach der Gewinnung des Protektorats über Korea und eines starken Einflusses in der südlichen Mandschurei vor allen Dingen fehlt, ist nicht weiterer Territorialbesitz, sondern bares Geld. Ohne Geld ist Japan nicht in der Lage, die wirtschaftliche Ausnutzung seiner Eroberungen mit der gehörigen Energie vorzunehmen. Das Geld sollte von der russischen Kriegsentschädigung kommen; diese aber ließ sich nicht erreichen. Wenn Japan jetzt die Philippinen und Hawaii erobert, so kann es darum doch nicht im Ernst daran denken, daß die Amerikaner sich eine solche Niederlage auf die Dauer würden gefallen lassen. Wir haben bereits in dem Kapitel, das über die englische Weltmacht handelte, Gelegenheit zu der Bemerkung gehabt, daß der amerikanisch-japanische Krieg nur die Geschäfte Englands besorgen würde. Die Japaner würden von den Amerikanern, selbst wenn sie vorläufig die Oberhand behalten, noch viel weniger eine Kriegsentschädigung bekommen, als von Rußland; sie werden also selbst nach einem Kriege in noch größerer finanzieller Verlegenheit stecken, als jetzt — ganz abgesehen davon, daß eine derart rücksichtslose Expansionspolitik auf ihr Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten vielleicht doch einen ungünstigen Einfluß haben würde. Die Vereinigten Staaten würden von dem Moment an, wo sie die Niederlage erlitten haben, ihre Kriegsrüstung im Stillen Ozean auf einen Stand zu bringen suchen, der es ihnen erlaubt, den Waffengang mit den Japanern mit besserer Aussicht auf den Sieg zu erneuern. Japan würde sich dem gegenüber gezwungen sehen, wenn es behalten will, was es den Amerikanern abgenommen hat, mit dem Tempo und dem Ausmaß der amerikanischen Rüstungen Schritt zu halten — eine Aufgabe, die seine Kräfte auf jeden Fall bei weitem übersteigen und die es direkt binnen absehbarer Zeit wirtschaftlich und politisch zerrütten würde. Jede vernünftige

Ueberlegung muß es also den Japanern sagen, daß ein Krieg mit Amerika in jedem Fall ein Unglück für sie sein würde. Auf der anderen Seite ist es natürlich von den Amerikanern vollkommen richtig gehandelt, wenn sie an ihrer eigenen Westküste und auf den Philippinen Befestigungen und Stützpunkte ersten Ranges für die Möglichkeit eines Seekrieges schaffen. Auch die anfangs 1908 unternommene Flottenfahrt in den Stillen Ozean ist insofern von großem Nutzen für sie, als sie den Japanern vor Augen führt, daß die amerikanische Marine in dieser Beziehung bemerkenswert leistungsfähig ist. Haben die Vereinigten Staaten überhaupt keine brauchbaren Befestigungen und eine schlechthin ungenügende Zahl moderner Kriegsschiffe im Stillen Ozean, so ist ein solcher Zustand von momentaner augenblicklicher Wehrlosigkeit natürlich geeignet, wenn einmal ein kritischer Moment in den Beziehungen der beiden Staaten, sei es mit Rücksicht auf die Einwanderungsfrage in Kalifornien oder aus anderen Gründen eintritt, die Versuchung zu einem plötzlichen kriegerischen Angriff bei den Japanern trotz aller entgegenstehenden Bedenken stark werden zu lassen. Das politische Temperament und der politische Ehrgeiz bilden ja bei ihnen ähnlich, wenn auch auf einer verschiedenen Grundlage, wie bei den Amerikanern, neben aller nüchternen politischen Rechnung und Kalkulation ein Agens, das auf seine besondere Art eingeschätzt werden muß, und mit Rücksicht hierauf muß solchen und ähnlichen Imponderabilien auf dem Gebiet japanischer Politik eine ganz besondere Bedeutung beigelegt werden. Japan kann uns immer überraschen, auch wo wir es am wenigsten denken.

Achtes Kapitel.

Wege und Ziele.

Der große und prinzipielle Wechsel in der politischen Weltlage, der sich seit der Festlegung der Prinzipien deutscher Politik in der Epoche Bismarcks und Kaiser Wilhelms I. vollzogen hat, läßt sich, wie wir gesehen haben, dahin zusammenfassen, daß auf der einen Seite Rußland, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wenn auch aus starker innerer Verschiedenheit ihrer Verhältnisse heraus, so doch in äußerlich verwandter Weise, sich unter den übrigen Großstaaten in besonderer Weise als Weltmächte zu entwickeln begannen, auf der anderen Seite aber wir sowohl durch das rasche Voranschreiten jener anderen als auch durch die wirtschaftliche Umwälzung im Gefolge unserer rapiden Volkszunahme aus unserer wohl gesicherten und „saturierten" Lage als dominierende mitteleuropäische Kontinentalmacht in den Zustand einer gefährlichen nationalen Krisis hineingeraten sind. Jetzt handelt es sich für uns vor allem um die Frage, ob wir uns mit aller Anspannung unserer Kräfte noch einen Platz an der Seite jener voraneilenden Nationen erhalten, oder besser gesagt, gewinnen, ob wir uns auch fernerhin unter denjenigen Völkern behaupten können, von denen im zwanzigsten Jahrhundert und später die Weltgeschichte gemacht werden wird — oder ob wir uns damit bescheiden müssen, im Konzert der Weltpolitik auf einen Platz zweiter Klasse zurückzutreten.

Wir sahen dann weiter, wie bei jenen voranschreitenden großen Weltvölkern erster Ordnung die territoriale Ausdehnung ihres Besitzes über Länder und Völkerschaften aller Produktionszonen und Klimate, über Absatzgebiete jeder möglichen Art, zugleich als Ziel und Mittel der nationalen Daseinspolitik erscheint. Nunmehr legen wir uns

also die Frage vor: was geschehen muß, um uns sowohl zu einem entsprechenden Anteil an den Produktions- und Absatzgebieten der Erde auf die Dauer einen sicheren Zugang zu verschaffen, so daß die Erträge unseres Anteils an Welthandel und Weltwirtschaft hinreichen, und als Volk zu ernähren, als auch was weiter geschehen muß, um diese Errungenschaften, falls sie geglückt sind, auf alle Fälle verteidigen und erhalten zu können. Hieraus ergibt sich dann naturgemäß die weitere Frage: auf welche Weise wir innerhalb der Gruppierung der großen europäischen, amerikanischen und asiatischen Mächte unsere Anschlüsse in der zur Erreichung unserer Ziele geeignetsten Weise zu suchen und unsere Gegnerschaften festzustellen haben.

Am klarsten ist für uns die politische Situation gegenüber Oesterreich-Ungarn und gegenüber England. Oesterreich-Ungarn und wir haben weder innerhalb noch außerhalb Europas Interessen, die sich nicht vereinigen ließen — ja, es existiert in allen wichtigen Fragen eine so große natürliche Interessengemeinschaft zwischen uns, daß dieser Zustand naturgemäß zu einem besonderen politischen Ausdruck gelangen muß. Ebenso klar ist uns England gegenüber der Weg vorgezeichnet, daß wir alles tun müssen, um den Eindruck zu vermeiden, als ob wir den Gedanken, England unsererseits anzugreifen auch nur im entferntesten ins Auge fassen könnten. Darüber hinaus vermögen wir allerdings zunächst nichts zu tun, sondern müssen abwarten, ob und wieweit die englische Politik es ihrerseits darauf wird ankommen lassen, unsere Lebensinteressen an irgend einer Stelle durch ihr Vorgehen zu gefährden. Ob England das tun wird oder nicht, das wird stets bis zu einem gewissen Grade davon abhängen, wie weit es seine gegenwärtige Methode, uns politisch zu isolieren, von Erfolg begleitet sehen wird. Gerade deshalb aber, weil die Frage eines Krieges zwischen uns und England sehr viel weniger von unserer als von englischer Seite unter dem Gesichtspunkt einer möglicherweise rasch drängenden Entscheidung beurteilt werden könnte, darum müssen alle Wege unserer auswärtigen Politik so angelegt sein, daß sie uns womöglich keinen Augenblick in eine nach dieser Seite hin ungedeckte Position bringen. Deutschland kann und darf sich mit Rücksicht auf England unter keinen Umständen den Luxus einer politischen Isolierung gestatten, die jenseits der Nordsee als

eine Aufforderung empfunden werden könnte, die Gelegenheit zu benutzen. An sich wäre also neben dem Zusammenschluß mit Oesterreich das Verhältnis zu Rußland dasjenige, das unter dem Gesichtspunkt der möglicherweise drohenden englischen Gefahr besonders gepflegt werden müßte. Rußland aber ist infolge seiner politischen und finanziellen Zerrüttung mit jener zeitweiligen Lähmung behaftet, von der wir nach Lage der Dinge leider annehmen müssen, daß sie nicht sobald vorübergehen wird. Rußland kann England gegenüber immer nur durch einen Vormarsch auf Indien angreifen. Wenn man überhaupt die Voraussetzung machen will, daß die russische Regierung sich noch zu einer großen äußeren Aktion entschließt, d. h., daß sie vor allen Dingen durch einen auswärtigen Teilhaber oder Mitinteressenten an einem solchen russischen Unternehmen finanziell ausgerüstet wird, so könnte man wohl annehmen, daß die Abneigung, ja der wirkliche Haß, der bei hoch und niedrig in Rußland gegenüber den Engländern lebendig ist, trotz der Abneigung, mit der die Nation jetzt allen neuen Kriegsgedanken gegenübersteht, einen gewissen Aufschwung des Nationalgefühls, an dem es im japanischen Kriege ja so vollständig gefehlt hat, hervorrufen könnte. Es fragt sich nur, wer den Russen mehr zu bieten haben würde — wir oder die Engländer? Nicht ohne Grund ist bald nach dem Abschluß des russisch-englischen Vertrages über den mittleren Osten von einer hohen auswärtigen Stelle die Andeutung gemacht worden, daß nun möglicherweise eine Aktion Rußlands in Kleinasien bevorstehe. Wenn England sich mit Rußland, Frankreich und Italien in den Orientfragen verständigt hat, so würde sich eine solche Verständigung zwar gegen unsere Lebensinteressen richten, aber den Interessen der gegnerischen Kontrahenten und namentlich denen Rußlands könnte das in Aussicht stehende Ziel doch so verlockend erscheinen, daß Anerbietungen von anderer Seite, soweit sie für Rußland einen Bruch mit der englischen Politik bedeuteten, schwer Boden finden würden.

Versuchen wir einmal, einen Standpunkt außerhalb unserer selbst für die Betrachtung unserer politischen Lage zu gewinnen und sehen wir zu, wie sie sich einem politisch gebildeten, unbefangenen und wohlwollenden Ausländer darstellt. Ein bedeutender englischer Kolonialpolitiker, von dem wir bei früherer Gelegenheit bereits

eine Aeußerung über die deutſche Politik zitiert haben, Harry Johnſton, charakteriſierte an derſelben Stelle*) die Lage Deutſchlands folgendermaßen: „Wir ſehen die Deutſchen heute ſchier zuſammengepfercht auf einem Gelände, das nicht übergroß, das auch nicht überall fruchtbar iſt; in Nord- und Mitteleuropa, zwiſchen Rußland und Frankreich gelegen. Dazu kommen wichtige und wohl im Auge zu behaltende Ausläufer von deutſchen Staaten und Siedelungen; ich meine die Stämme und Anſiedler hochdeutſcher (ſoll heißen oberdeutſcher) Zunge in Oeſterreich, Tirol, der Schweiz, Böhmen, Siebenbürgen und Südrußland. Nach welcher Richtung ſoll Deutſchland ſich ausdehnen? Denn das iſt ohne weiteres klar, daß die deutſche Nation ſich auf die Dauer nicht mit den Ländergebieten begnügen kann, die heute die beiden eng verbündeten Reiche Deutſchland und Oeſterreich ausmachen.“ Drei Wege, meint der engliſche Politiker, ſchienen uns offen zu ſtehen, um unſeren „natürlichen Drang zu befriedigen und ein Reich zu gründen, das an Ausdehnung und Einfluß, an materieller Macht und Bevölkerungszahl mit den anderen wirklichen Weltmächten — dem britiſchen Reich, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Rußland — es aufnehmen kann.“ Daß Frankreich hier zu den wirklichen Weltmächten gerechnet erſcheint, iſt bemerkenswert. Trotz ſeiner Deutſchland gegenüber geringeren Bevölkerungszahl und militäriſchen Unterlegenheit ſtellt es der Engländer neben ſein eigenes Vaterland, neben die Vereinigten Staaten und Rußland, weil es ausgedehnte überſeeiſche Beſitzungen in Afrika und Aſien hat, Beſitzungen, die ohne Frage mit zu den reichſten und entwickelungsfähigſten Gebieten der Erde gehören. Es heißt dann weiter, bei der Aufrichtung des „größeren Deutſchlands“, deſſen unſere Nation bedürfe, werde es ſicher ebenſo wenig ohne Blut und Eiſen abgehen, wie ſeiner Zeit bei der erſten Begründung des Reiches und der nationalen Einheit 1866—1871; unſere Sache ſei es alſo, im Bewußtſein dieſer Blut- und Eiſenzukunft die Gefahren zu bedenken und abzuwägen, die wir dabei zu laufen haben, zu ſehen, wen wir uns zum Freunde und wen zum Feinde machen müßten; abzuſchätzen, welche Vorteile uns winken, ſobald wir uns für einen der Wege entſcheiden, die wir gehen könnten.

*) In der Londoner „Finanzchronik“.

Nach Johnſtons Meinung könnten ſolcher Wege drei in Betracht kommen: erſtens ein deutſcher Eroberungskrieg gegen England mit dem Ziele, Auſtralien oder Südafrika oder womöglich beides von dem britiſchen Weltreich abzureißen und zu deutſchem Beſitz zu machen; zweitens die Eroberung eines großen Teils etwa des Oſtens und Südens von Südamerika; drittens eine ſtaatsrechtliche Vereinigung der Länder des jetzigen deutſchen Reiches und der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie, darnach aber Verlängerung der Machtſphäre dieſes neuen großen Bundesſtaates über den Balkan, die Südhälfte der anatoliſchen Halbinſel und Meſopotamien bis zum Perſiſchen Golf.

Dieſe dreifache Alternative iſt, wenn man ſich überhaupt einmal auf eine Politik derartiger Möglichkeiten entfernten und entfernteſten Maßſtabes einlaſſen will, keineswegs vollſtändig; es gibt auch noch andere Wege, die für uns in Betracht kommen, wenn wir uns erſt entſchließen wollen, überhaupt die Bahn großer und gewaltſamer Veränderungen, bei denen es leicht um die ganze nationale Zukunft als Einſatz gehen kann, zu betreten. Die engliſche Stimme iſt aber lehrreich durch das, was ſie uns, ſei es als Inhalt unſerer eigenen nationalen Aſpirationen, ſei es als objektive Möglichkeit, zutraut. Johnſton glaubt, wie ſo viele ſeiner Landsleute, daran, daß wir als Volk oder daß doch wenigſtens große und einflußreiche Kreiſe unſeres Volkes Gedanken wie die Eroberung Südafrikas, Auſtraliens, Südamerikas in Wirklichkeit hegen und verfolgen. Das iſt freilich ein Irrtum, aber trotzdem erſcheint die ganze Kombination ſehr lehrreich dafür, wie ein britiſcher Kolonialpolitiker auf Grund der Erfahrungen, die ſein eigenes Volk mit ſeiner Kolonial- und Weltpolitik gemacht hat, unſere Lage und unſere Bedürfniſſe auffaßt. Er weiß, was die großen weißen Auswanderungskolonien wie Auſtralien, Kanada und Südafrika mit der Aufnahmefähigkeit ihrer reichen Einwohnerſchaft an induſtriellen Erzeugniſſen für das Mutterland bedeuten. Er traut uns die gleiche Einſicht zu und hält es für nur zu begreiflich, daß wir auf den Gedanken kommen könnten, zu verſuchen, ob wir uns nicht ohne viel Umſtände dort an den Platz ſetzen könnten, den andere für ſich bereitet haben. Die Vorſtellung, daß irgend ein vernünftiger Menſch in Deutſchland ernſt-

haft auf den Gedanken kommen könnte, Südamerika, Kanada oder Südafrika zu erobern, iſt abſurd, und Johnſton gibt ſich überflüſſige Mühe, wenn er noch beſonders nachzuweiſen verſucht, warum und wieſo wir an dergleichen nicht denken könnten. Deswegen bleibt aber das Problem beſtehen, ob wir in der Lage ſind, den Weg zu gehen, den England mit ſo glänzendem Erfolge für ſeine materielle Entwicklung gegangen iſt, d. h. uns ein überſeeiſches vorzugsweiſes Abſatzgebiet mit einer kaufkräftigen, zunehmenden weißen Bevölkerung, am beſten natürlich ein durch Auswanderer aus dem deutſchen Mutterlande ſelbſt koloniſiertes Gebiet dieſer Art, zu beſchaffen? Die Vorteile, die uns von dorther kämen, falls es möglich ſein ſollte, ergeben ſich ja an der Hand der engliſchen Erfahrungen von ſelbſt.

Gibt es irgendwo auf der Erde noch Gebiete, wohin ſich die deutſche Auswanderung lenken könnte, um im Laufe der Zeit für uns ein zweites Kanada oder Auſtralien zu ſchaffen? Dieſer Frage könnte man zunächſt mit der Gegenfrage antworten, ob wir denn, falls ſolche Gebiete vorhanden ſein ſollten, auch in der Lage ſind, ſie zu bevölkern? Die Auswanderung aus Deutſchland hat bekanntlich gegen früher ſehr abgenommen, und gegenwärtig verlaſſen nur noch zwiſchen 20 000 und 30 000 Menſchen jährlich die Grenzen des Deutſchen Reiches, um jenſeits der Meere ſich eine neue Zukunft zu gründen. Das iſt außerordentlich wenig im Vergleich zu den Einwandererziffern, welche die Vereinigten Staaten oder Auſtralien während der Periode des hauptſächlichſten Fortſchreitens ihrer Beſiedelung empfingen. Indes das Gewicht des Einwandes iſt doch nur mehr ſcheinbar. Die deutſche Auswanderungsziffer iſt eine außerordentlich ſchwankende Größe; ſie iſt auch ſchon um das Siebenfache größer geweſen als heute, und das zu Zeiten, wo Deutſchland noch eine merklich geringere Bevölkerung beſaß. Sie iſt ſo ſehr abhängig von ſchwer oder gar nicht im voraus zu berechnenden wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſen lokaler und allgemeiner Natur, daß es ein Unding wäre, jetzt behaupten zu wollen, ſie könnte für abſehbare Zukunft nicht wieder auf ein Vielfaches ihres heutigen Betrages anſchwellen. Und ſelbſt wenn das nicht der Fall ſein ſollte, ſo ſind 30 000 und

ſelbſt 20 000 und ſogar nur einige tauſend Menſchen jährlich, wenn es gelingt, ſie in ein Gebiet zu leiten, in dem ſie wirtſchaftliches Gedeihen finden und das ſie einigermaßen zuſammenhängend beſiedeln können, eine ſehr beträchtliche Größe. Man ſtelle ſich vor, daß Südbraſilien und Argentinien heute entdeckt und von uns in der Kenntnis ihres Wertes als Auswanderungsgebiet mit Beſchlag belegt würden. Das bloße Verfügungsrecht über ein ſolches zukunftreiches Wirtſchaftsgebiet jenſeits der Meere würde dem geſunden Auswanderungsſtreben derjenigen Nation, der ein ſolches Land offen ſteht, einen kräftigen und nachhaltigen Impuls geben, auch wenn die wirtſchaftliche Lage daheim ſonſt geeignet wäre, die Auswanderung in mäßigen Grenzen zu halten!

Aber ſo weit wir auch unſere Blicke auf der Erde ſchweifen laſſen — ein freies Gebiet, das deutſcher Maſſenauswanderung offen ſtände und politiſches Beſitztum des Mutterlandes werden könnte, iſt nirgends mehr vorhanden. Zunächſt fallen alle diejenigen Länder fort, die heute angelſächſiſches Beſitztum ſind. Weiter müſſen alle Gebiete mit tropiſchen oder tropenähnlichen klimatiſchen Verhältniſſen als Auswanderungsland im eigentlichen Sinne von vornherein ausgeſchieden werden. Drittens — falls man ſich etwa auf den Standpunkt ſtellen wollte, daß halb ziviliſierten Nationen, wie den Orientalen, Chineſen oder Argentiniern, ein objektiv geringeres Recht an den autonomen Beſitz ihres Grund und Bodens oder beſtimmter Teile desſelben zuſtände, als uns, den Vertretern eines höherwertigen nationalen Typus und einer höheren, zu beſſeren Anſprüchen an die Zukunft berechtigten Kultur — ſo kommen auch hier zunächſt ohne weiteres alle diejenigen Länder nicht in Betracht, die bereits eine dichte Bevölkerung haben oder deren gewaltſamer Erwerb uns in Gefahren ſtürzen würde, die zu groß im Verhältnis zu dem erreichbaren Reſultat wären. Der erſtere Geſichtspunkt gilt für China, der zweite für den Orient und die Länder des gemäßigten Südamerika. China iſt ſo dicht bevölkert, daß ſich jede europäiſche Maſſeneinwanderung dorthin von ſelbſt verbietet. Anatolien iſt in feſtem türkiſchem Beſitz und würde, ſelbſt wenn wir es nur mit den Türken zu tun hätten, ein ſehr ſchwer verdaulicher Biſſen für uns werden — ganz abgeſehen davon,

daß der Versuch zu seiner Eroberung für uns auch nach anderen Seiten hin den Krieg bedeuten würde. Dasselbe gilt für beliebige Gebiete in Südamerika gegenüber den Vereinigten Staaten. Rein militärisch genommen wäre dort die Aufgabe gegenüber den Nordamerikanern und dem etwa zu erwartenden einheimischen Widerstande allerdings leichter, als ein Krieg mit den Türken und Russen. Der amerikanischen Seemacht sind wir vielleicht gewachsen und Landungstruppen müßte die Union so gut über See hinschicken wie wir; trotzdem aber bleibt das materielle Risiko groß, weil es sehr unwahrscheinlich ist, daß sich ein Waffengang zwischen uns und den Vereinigten Staaten von Anfang bis zu Ende isolieren ließe. Wir müssen uns also in aller Klarheit und Ruhe dahin bescheiden, daß an Erwerb von Auswanderungskolonien im eigentlichen Sinn für uns nicht zu denken ist. Wenn wir solche Kolonien nicht haben können, so folgt daraus aber noch keineswegs, daß wir uns die Vorteile, um deretwillen sie erstrebenswert sind, gleichfalls nicht verschaffen können — wenn vielleicht auch nur bis zu einem gewissen Maße. Es ist ein Fehler, den bloßen Besitz ausgedehnter überseeischer Gebiete, selbst wenn sie geeignet sein sollten, einen Teil des nationalen Bevölkerungsüberschusses aufzunehmen, an sich schon für einen direkten Machtzuwachs zu halten. Australien, Kanada, Südafrika vermehren die Macht des britischen Reiches nicht schon deswegen, weil sie englischer Besitz sind; auch nicht deswegen, weil einige Millionen britischer Auswanderer und Nachkommen von solchen in ihnen wohnen, sondern weil durch den Handel mit ihnen der Reichtum und damit die Wehrkraft des Mutterlandes gesteigert wird. Kolonien, die das nicht zuwege bringen, haben nur geringen Wert; Länder, die, ohne Kolonien eines bestimmten Volkes zu sein, dennoch für dieses eine entsprechende Bedeutung haben, ersetzen in diesem überwiegend entscheidenden Punkte den wirklichen Kolonialbesitz zum großen Teil. Portugal ist nie englische Kolonie gewesen, aber durch den Methuen-Vertrag von 1703 erhielt es handelspolitisch für England die Bedeutung einer solchen. Die englische und portugiesische Regierung schlossen einen Handelsvertrag auf der Grundlage, daß englische Wollwaren in Portugal einen Vorzugszoll gegenüber allen anderen fremdländischen Erzeugnissen

der Art genießen ſollten, portugieſiſche Weine dagegen in England einen um ein Drittel niedrigeren Eingangszoll tragen, als franzöſiſche. Die Folge dieſes Abkommens war nicht nur die Vernichtung der aufblühenden Wollinduſtrie Portugals, ſondern auch die allmähliche Aufſaugung des portugieſiſchen Handels überhaupt durch den engliſchen. Portugal wurde auf dieſe Weiſe für England etwas Aehnliches wie Nordamerika, ſolange dieſes britiſche Kolonie war und in ſeiner ökonomiſchen Entwicklung unter dem Einfluß des britiſchen Protektionsſyſtems ſtand. Der Methuen-Vertrag wurde auf dieſe Weiſe zeitweilig einer der Haupttragepfeiler des engliſchen Induſtrialismus und eine der Grundlagen, auf die das engliſche induſtrielle Uebergewicht über die Länder Europas zu ruhen kam.

Auf ſolche Beiſpiele müſſen wir ſehen, und ſo müſſen wir die Bedeutung von Kolonien mit weißer kaufkräftiger Bevölkerung verſtehen. Natürlich iſt es nur eine Seite. Die andere Seite iſt die Erweiterung des von der Raſſe beherrſchten und beſiedelten Gebietes. Dieſe kommt freilich bei dem Prinzip ſolcher kolonialen Surrogate *nicht* zu ihrem Recht. Wo man aber nicht alles haben kann, muß man ſich das zu beſchaffen ſuchen, *was* man haben kann.

Für die Methode, die England durch den Methuen-Vertrag Portugal gegenüber zur Anwendung brachte, würden wir gegenwärtig ſchwer ein ähnlich geeignetes Objekt finden, aber wir können uns das, was den Engländern damals durch jenes handelspolitiſche Abkommen ſo gut wie fertig in den Schoß fiel, durch eigene zielbewußte und planvolle Arbeit ſchaffen. Wir müſſen uns Gebiete ſuchen, die von Natur aus reich und entwicklungsfähig ſind, gleichzeitig aber, mögen ſie auch politiſch unter fremder Herrſchaft ſtehen, noch ein leidlich freies Feld für unſere beſondere Arbeit gewähren. Vorbildlich für dieſen Gedanken kann die handelspolitiſche Stellung ſein, die England bis zum Schluß des 19. Jahrhunderts in dem größten Teil von Perſien beſaß — die es dann allerdings infolge politiſch-diplomatiſcher Ungeſchicklichkeiten und mangelhafter kaufmänniſcher Initiative an den ſtaatlich ſubventionierten ruſſiſchen Handel verlor. Was England ſeinerzeit in Perſien auf handelswirtſchaftlichem Gebiete geglückt war, das müſſen wir in Meſopotamien, Kleinaſien, Syrien zu erreichen ſuchen. Hierüber iſt

in dem Kapitel über die Türkei gehandelt worden. Wir sollen ja dort die Bagdadbahn bauen, hört man sagen. Ob wir die Bagdadbahn bauen oder nicht, ob sie zu zwei Dritteln, zur Hälfte oder zu einem Drittel mit deutschem oder nichtdeutschem Gelde gebaut wird, ist eine wichtige aber hier keineswegs entscheidende Frage. Entscheidend ist vielmehr das, ob wir rechtzeitig, d. h. bevor die Bahn fertig, ja bevor sie ernsthaft angefangen ist, begreifen, um was es sich hier für uns handelt. Die Vereinigung von vorausschauender nationaler, geschäftlicher und politisch-ethischer Intelligenz, von der wir in dem Kapitel über die Türkei und die „deutschen" Eisenbahnpläne gesprochen haben — die ist es, die uns auf dem Boden des türkischen Vorderasien im Wettbewerb mit denjenigen Nationen besonders not tut, die es nicht wie wir auf die politische Stärkung, sondern auf die Schwächung der Türkei und die Amputation türkischen Gebietes absehen. Die Absichten der anglo-indischen Politik in der asiatischen Türkei ergeben sich aus dem bereits mehrfach erörterten Endziel Englands oder König Eduards VII. im mittleren Osten. An sich notwendig ist aber der politische Einschlag bei dem Plan einer Wiederherstellung der alten Kultur am Tigris und am Euphrat in keiner Weise. Notwendig ist nur die Voraussetzung, daß es gelingt, das frühere Anbaugebiet an den Strömen durch die Schaffung moderner Verkehrsmittel und die Erneuerung des antiken Bewässerungssystems wieder auf den Weg zu seiner einstigen Wohlhabenheit und Menschenfülle zu bringen. Dieses Ziel müssen wir Deutsche — im wohlverstandenen Unterschiede von dem anglo-indischen Imperialismus, der die territoriale Kontrolle über das Bagdadgebiet anstrebt — abseits von allen politisch-expansiven Nebengedanken im Bagdadbahngebiet verfolgen, und wenn es uns gelingt, uns ihm zu nähern, dann dürfen wir hoffen, hier zwischen dem persischen Golf und dem anatolischen Plateau einen Ersatz dafür zu finden, daß es uns, so lange die Grundzüge der gegenwärtigen politischen Gesamtkonstellation in Geltung bleiben, versagt ist, eigene überseeische Auswanderungsgebiete zu erwerben und den Acker unseres nationalen Wirtschaftslebens durch den Werteaustausch zwischen ihnen und uns zu befruchten.

Einen Schritt weiter als im türkiſchen Vorderaſien werden wir auf der Suche nach einem wirtſchaftlichen Erſatz für das neue verſagte nationale Auswanderungsgebiet großen Stils vielleicht in einigen Gegenden innerhalb der gemäßigten Zone von Südamerika gehen können. Zwar haben wir uns bereits bei der Beſprechung unſeres Verhältniſſes zu der nordamerikaniſchen Union darüber verſtändigt, daß der Gedanke militäriſcher Eroberungen in Amerika, d. h. einer politiſch-nationalen Angliederung dortiger Gebiete an das Deutſche Reich, ein Ungedanke iſt — aber damit iſt noch in keiner Weiſe der anderen Frage präjudiziert, ob nicht trotzdem durch eine bewußte und planmäßige Hinlenkung der deutſchen Auswanderung etwa nach Braſilien, Argentinien und Uruguay in Verbindung mit einer ſyſtematiſchen Organiſation des Produkten- und Warenaustauſches zwiſchen uns und den dorthin gegangenen deutſchen Siedlern ein Teil der ökonomiſchen Vorteile zu erreichen iſt, welche der Beſitz einer wirklichen weißen Auswanderungskolonie dem Mutterlande gewährt.

Was die Vereinigten Staaten verhindern wollen und bis zu einem gewiſſen Grade vielleicht auch gewaltſam zu verhindern imſtande ſind, iſt der Erwerb amerikaniſchen Gebietes, ſei es auch nur auf der Südhälfte des Erdteils, durch eine europäiſche Macht; was ſie dagegen ſehr viel ſchwerer hindern können, iſt die Herſtellung friedlicher, unpolitiſcher, wirtſchaftlicher Beziehungen zwiſchen Südamerika und Deutſchland. Zur Veranſchaulichung des Weges, den wir daher einzuſchlagen ſehr wohl in der Lage ſind, um uns dort bis zu einem gewiſſen Grade Erſatz für die fehlende kolonialpolitiſche Auswanderungsmöglichkeit zu verſchaffen, beziehen wir uns zunächſt abermals auf die theoretiſch wie praktiſch unerſchütterliche Tatſache, daß irgend welche Abſatzgebiete, mögen ſie politiſch uns zugehörig oder fremd ſein, nur dann in wirtſchaftlicher Beziehung für uns weſentlichen Nutzen bringen können, wenn ſie von einer wohlhabenden, kaufkräftigen und kauflustigen Bevölkerung bewohnt werden, d. h. mit anderen Worten, wenn ſie ſelbſt produktionsfähig und produzierend ſind. Dies vorausgeſchickt, iſt der weitere Gang der Entwicklung, den wir in den ſüdamerikaniſchen Dingen anſtreben müſſen, nicht ſchwer zu zeichnen. Verzichten müſſen

wir darauf, daß unſere Auswanderer, die ſich nach Braſilien und ſeinen ſüdlichen Nachbarländern wenden, politiſche Angehörige des Deutſchen Reiches bleiben. Von dem Augenblick an, wo ſie den Boden der neuen Welt betreten, müſſen ſie ſich ohne Hintergedanken als Braſilianer, Argentinier uſw. fühlen. Enklaven mit einer ausländiſchen Bevölkerung können die ſüdamerikaniſchen Republiken ebenſo wenig ertragen, wie die Türkei ſolche ertragen könnte. Deutſche Maſſenanſiedelungen mit Beibehaltung der deutſchen Reichsangehörigkeit ſind hier wie dort gleich undenkbar; der Unterſchied iſt aber der, daß damit auf türkiſchem Gebiet die Möglichkeit deutſcher bäuerlicher Koloniſation überhaupt fortfällt, auf ſüdamerikaniſchem aber keineswegs. Was weiter angeſtrebt werden muß, iſt die Herſtellung beſonderer wirtſchaftlicher Beziehungen zwiſchen dem Mutterlande und den ausgewanderten Anſiedlern in der neuen Welt, derart, daß der heimiſche Markt die Produktion der ausgewanderten Volksgenoſſen vorzugsweiſe aufnimmt, jene aber ebenſo vorzugsweiſe ihren Bedarf an europäiſchen Waren in der alten Heimat decken. Selbſtverſtändlich kann ein ſolches Verhältnis nur dann Solidität und Dauerhaftigkeit erhalten, nur dann für beide Teile wirklich gewinnbringend werden, wenn das national-ſentimentale Motiv aus den gegenſeitigen Beziehungen ausgeſchaltet und beiderſeits prinzipiell nichts anderes als der wahre wirtſchaftliche Nutzen zum maßgebenden Geſichtspunkt gemacht wird. Wir ſollen bei den Deutſch-Braſilianern und Deutſch-Amerikanern ebenſo wenig wie jene bei uns etwas aus dem Grunde kaufen, weil ein nationaler Zuſammenhang und damit eine vermeintliche moraliſche Verpflichtung zwiſchen uns beſteht, ſondern dieſer nationale Zuſammenhang ſoll nichts abgeben, als den poſitiv materiellen Ausgangspunkt für die Herſtellung eines praktiſchen Verhältniſſes, wie es analog in wirtſchaftlicher Beziehung zwiſchen England und ſeinen weißen Kolonialgebieten beſteht. Daß jene Auswanderer Deutſche ſind, daß ſie deutſch ſprechen, daß ſie deutſche Bedürfniſſe und deutſche Charakterveranlagung haben, das gibt natürlicherweiſe unſerm Handel bei ihnen gegenüber den Bemühungen, welche die Engländer oder die Amerikaner anſtellen könnten, um ſich jenen Markt zu erwerben, einen Vorſprung, und es müßten große Fehler von unſerer

Seite geſchehen, wenn dieſer Vorſprung ſich nicht in direkte wirtſchaftliche Ueberlegenheit gegenüber der nichtdeutſchen Konkurrenz umſetzen ließe. In dieſer Beziehung geſchieht gegenwärtig von unſerer Seite gegenüber den bereits vorhandenen deutſchen Siedelungen in Südamerika lange nicht genug. Allerdings iſt der eigentliche Grund hierfür in der verhältnismäßig geringen Zahl und den teilweiſe zuſammenhangsloſen Anſiedelungen der deutſchen Koloniſten in Südamerika zu ſuchen. Gegenwärtig leben in den drei braſilianiſchen Südſtaaten nicht mehr als 300 000—350 000 Deutſche, d. h. knapp der vierte Teil der geſamten 1½ Millionen Menſchen betragenden Einwohnerzahl dieſes Gebietes, das an Ausdehnung etwa der Hälfte des Deutſchen Reiches gleichkommt. Von den einzelnen Staaten zählt Rio Grande unter 900 000 Einwohnern rund 200 000 Deutſche; in Santa Katharina gibt es unter 300 000 Einwohnern 100 000 Deutſche, in Parana unter 280 000 Seelen Geſamtbevölkerung nur einige 40 000 Deutſche. Weiter nach Norden wird das deutſche Element bedeutungslos. Sao Paulo zählt unter 1½ Millionen knapp 30 000 Deutſche; die Küſtenprovinz Espirito Santo ſoll, was wohl zu hoch geſchätzt iſt, 15—20 000 deutſche Kaffeebauer beſitzen. Mit den deutſchen Einwohnern von Rio de Janeiro und einigen anderen größeren Städten an der Küſte und im Innern mag die Geſamtzahl der Deutſchen in Braſilien kaum eine halbe Million erreichen. Als Siedelungsgebiet im engeren Sinne kommen aber jedenfalls nur die drei zuerſt genannten Südſtaaten in Betracht. Hierher muß, ſoweit irgend möglich, die deutſche Einwanderung, die während der letzten Jahre Braſilien ſehr vernachläſſigt hat, planmäßig geleitet werden. Das Verhältnis von 1 zu 3 unter einer Geſamtbevölkerung, die zum großen Teil aus Farbigen und Miſchlingen beſteht, iſt bereits an ſich angeſichts der natürlichen wirtſchaftlichen Ueberlegenheit, über die der Deutſche dem eingeborenen Braſilianer portugieſiſcher wie farbiger Abſtammung gegenüber verfügt, kein ſo ſchlechtes. Ueberdies muß die gegenwärtige Zahl von mehr als 300 000 Deutſchen in Südbraſilien größtenteils an ein Reſultat natürlicher in der neuen Heimat ſelbſt erfolgter Vermehrung betrachtet werden, denn die Ziffer derjenigen Auswanderer, die nachweisbar aus Deutſchland nach Braſilien

gegangen ſind, iſt weit geringer. Es iſt keine unmögliche Aufgabe, durch planvoll geleitete Zuwanderung und Koloniſation, ſowie durch die fortſchreitende Vermehrung im Lande ſelbſt, während des nächſten Menſchenalters die Zahl der in leidlichem Zuſammenhang angeſiedelten Deutſchen Süd-Braſiliens auf 1 Million und mehr zu ſteigern. Das würde bedeuten, daß dies deutſche Element dort wirtſchaftlich das Heft in die Hände bekommt. Eine Million weißer Anſiedler mit weiteren Millionen ökonomiſch von ihnen beeinflußter und abhängiger Eingeborener in einem Lande von der immenſen Produktionsfähigkeit Südbraſiliens repräſentiert eine ſo ſtarke Kaufkraft, daß ihr Einfluß auf das wirtſchaftliche Gedeihen des Mutterlandes bereits ausgeſprochen fühlbar werden muß. Ganz Südafrika hat nicht viel mehr als eine Million weißer Einwohner; die Geſamtbevölkerung von Kapland, Natal, Betſchuanaland und den beiden ehemaligen Burenrepubliken, Weiße und Eingeborene zuſammengenommen, beträgt noch nicht ſo viel Menſchen, wie die drei braſilianiſchen Südſtaaten zählen. Der Wert der Handelsbewegung allein in der britiſchen Kapkolonie mit einer Bevölkerung von nur rund 600 000 Weißen macht aber viele hundert Millionen Mark jährlich aus; Neuſeeland mit rund 950 000 Einwohnern (darunter nur noch ein unbedeutender Prozentſatz eingeborener Maoris) hatte 1905/06 eine Einfuhr im Werte von rund 318, eine Ausfuhr von rund 256 Millionen Mark. Die Einfuhr dortſelbſt beſteht in Baumwoll- und Wollwaren, Eiſen- und Stahlwaren, Zucker, Tee; die Ausfuhr in Getreide, Fleiſch, Talg, Käſe, Steinkohlen, Kauriharz. Neuſeeland iſt alſo ein typiſches Bild für das Aufblühen einer weißen Siedelungskolonie in der gemäßigten Zone der ſüdlichen Halbkugel; zugleich aber auch ein wahres Muſterbeiſpiel für das quantitative und qualitative Verhältnis von Export und Import eines ſolchen Gebildes. Die Ausfuhrwerte beſtehen faſt durchgehends in Rohſtoffen, die Einfuhr in Erzeugniſſen der europäiſchen Induſtrie, und zwar bei weitem zum größeren Teil von ſolchen des engliſchen Mutterlandes. Die drei ſüdbraſilianiſchen Staaten liegen im Durchſchnitt etwa 10 Breitengrade weiter nach Norden, als Neuſeeland. Ihre Produktion trägt demnach einen dem wärmeren Klima entſprechenden Charakter. Rio Grande, Santa Katharina und Parana fallen aber

noch sämtlich in die Region des Weizenbaues. Früher, zur Zeit der Sklavenwirtschaft, fand aus ihnen sogar eine bedeutende Weizenausfuhr nach Westindien statt. Ausgezeichnet sind die Anbauverhältnisse für Baumwolle, und die Produktion des Zuckerrohrs ist selbst in dem südlichsten der drei Staaten, Rio Grande, mit Vorteil möglich. In den geschützteren Tälern von Parana und Santa Katharina gedeiht auch noch der Kaffeebaum. Wertvolle Nutzhölzer spielen eine große Rolle. Rio Grande bietet ausgezeichnete Bedingungen für Viehzucht dar. Schon jetzt werden dort jährlich 3—400 000 Stück Rindvieh geschlachtet und das an der Sonne getrocknete Fleisch nach Nordbrasilien und Kuba ausgeführt. Speziell die deutschen Kolonien besitzen auch eine große Schweinezucht. Bei den immer noch mangelhaften Verkehrswegen und den daher gedrückten Absatzverhältnissen ist die Mästung von Schweinen vielfach noch das lohnendste Mittel zur Verwertung der Ackerbauprodukte. Auch an Steinkohlen ist Rio Grande der reichste aller brasilianischen Staaten.

Entscheidend für die Beurteilung der möglichen Zukunft des deutschen Elements in Südbrasilien sind die klimatischen Vorzüge des Landes. Statt aller weiteren Beweise mag hierfür die Tatsache angeführt werden, daß in Rio Grande seit dem Jahre 1824, als die Kolonie Sao Leopoldo gegründet wurde, faktisch nicht mehr als 25 000 Deutsche eingewandert sind, die sich aber bei dem abnorm günstigen Zahlenverhältnis der Sterbefälle zu den Geburten bis heute auf fast 200 000 Seelen vermehrt haben. Die Uebersicht über die Erzeugnisse Süd-Brasiliens hat uns gezeigt, daß die Produktionsfähigkeit des Landes gerade auf den Gebieten liegt, auf denen wir der überseeischen Zufuhr bedürfen: Weizen, Fleisch, Baumwolle, in zweiter Linie Kaffee und Tabak. Was kann, was soll geschehen, um die hier vorliegenden verheißungsvollen Ansätze wirtschaftlicher Entwicklung zur Blüte zu bringen und für das Mutterland und für die brasilianischen Deutschen nutzbar zu machen? Die erste Bedingung haben wir bereits genannt: planvolle Förderung des deutschen Auswandererstromes nach Südbrasilien. Jeder deutsche Auswanderer, sei er ländlicher oder städtischer Arbeiter, Handwerker oder sonst etwas in der Heimat gewesen, dem es gelingt,

drüben zu gesichertem Landbesitz zu gelangen und seinen Boden urbar zu machen, repräsentiert nach einer Reihe von Jahren ein Vielfaches derjenigen Konsumtionskraft, die ihm innewohnte, während er unter gedrückten Verhältnissen in der Heimat dahinlebte. Diese seine vervielfachte Konsumtionskraft und Aufnahmefähigkeit für die Erzeugnisse europäischer Industrie können und müssen durch die vielerlei Anknüpfungspunkte, welche die Nationalität unbeschadet der fremden Staatszugehörigkeit und Staatstreue der Auswanderer ermöglicht, für das deutsche Wirtschaftsleben nutzbar gemacht werden. Allerdings gehört dazu ein planvolles und großzügiges Zusammenwirken zwischen dem Reiche, den deutschen Landesregierungen, der öffentlichen Meinung, der nationalen Einsicht, den großen Transport-Gesellschaften. Es darf auch keineswegs verkannt werden, daß unbeschadet aller Aufrichtigkeit und Loyalität, die wir in politischer Beziehung zu wahren willens sind und zu versichern nicht ermangeln werden, Mißtrauen und Uebelwollen mit und wider besseres Wissen, namentlich bei den Nordamerikanern und Engländern, bemüht sein werden, der Verwirklichung einer solchen Idee Schwierigkeiten zu machen. Schwierigkeiten dieser Art sind aber für die deutsche Politik nicht dazu da, um vor ihnen zurückzuschrecken, sondern um sie zu überwinden. Es kann nur eine Probe auf das Maß von Geschicklichkeit und weitschauender Voraussicht unserer regierenden Elemente sein, wenn sie, so weit das ihnen liegt, den Weg zwischen den mancherlei Klippen, die hier offen und verborgen daliegen, hindurch zu finden wissen. Der andere Teil der Aufgabe liegt aber auf seiten der literarischen Propaganda für den Gedanken der deutsch-brasilianischen Kolonisation. Bücher, Broschüren, Presse, mündliche Belehrung in Vereinen und Vorträgen, amtliche und nichtamtliche Auskünfte für solche, die Rat in Auswanderungsangelegenheiten begehren, nicht zum mindesten aber die opferwillige Voraussicht unserer großen wirtschaftlichen Betriebe und Unternehmungen, müssen zusammenwirken, um allmählich das gewünschte Ergebnis zu zeitigen. Die verheißungsvolle Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und den deutschen Kolonieen in Brasilien liegt einerseits in den überaus günstigen natürlichen Produktionsbedingungen jenes Erdstriches, andererseits in der erfahrungsmäßig bewährten

nationalen Widerſtandskraft und ökonomiſch-moraliſchen Ueberlegenheit des Deutſchtums gegenüber den eingeborenen weißen Elementen im lateiniſchen Südamerika, von Negern, Ureinwohnern und Miſchlingen nicht zu reden. Von höchſter Wichtigkeit iſt natürlich die Stärkung des deutſchen Kirchen- und Schulweſens in den Kolonien. Die wirtſchaftliche Kraft der Deutſchen in Braſilien fließt nicht am letzten Ende aus der Aufrechterhaltung ihrer ſittlich-nationalen Qualitäten. Hier liegt einer derjenigen Punkte vor, an dem es Sache des Mutterlandes iſt, mit ſeinen Mitteln einzugreifen. Es gibt gar keine materiellen Aufwendungen, die mit größerer Sicherheit und zweifelloſerem Erfolge in wirtſchaftliche Produktions- und Konſumtionsfähigkeit umgeſetzt werden, als ſolche für die Hebung des geiſtigen Niveaus einer Bevölkerung.

Was von Süd-Braſilien hier etwas breiter ausgeführt worden iſt, das gilt bis zu einem gewiſſen Grade, wenn auch nicht mit derſelben Reinheit eines Muſterbeiſpiels, für die benachbarten Gebiete des ſüdamerikaniſchen Feſtlandes: Uruguay, Paraguay, Argentinien. Die argentiniſche Republik, die wirtſchaftlich trotz ihrer mannigfachen Finanzkalamitäten entſchieden auf der aufſteigenden Linie ſteht, hat ſich, wiewohl die Zahl der deutſchen Auswanderer dorthin an ſich nicht gering iſt, doch mehr und mehr zu einem romaniſchen, ſpeziell italieniſchen, Emigrationsgebiet entwickelt, und es iſt kaum darauf zu hoffen, daß ſich in ihr das Deutſchtum als halbwegs geſchloſſene Gruppe in beſtimmten Bezirken die wirtſchaftliche Führung erobern könnte. Jenes Moment der nationalen Anknüpfung für materielle Beziehungen, das für Braſilien eine ſo bedeutende Rolle ſpielt oder wenigſtens ſpielen könnte und ſollte, fällt hier weit weniger ins Gewicht. Aehnlich ſteht es in den beiden kleinen vorhin genannten Nachbarſtaaten Braſiliens und Argentiniens, die vorläufig überhaupt ſehr viel weniger entwickelt ſind als jene. Zu vernachläſſigen ſind auch ſie deswegen in keiner Weiſe. Als Ganzes genommen kann Südamerika, in dem bereits jetzt ein im Verhältnis zu allen anderen überſeeiſchen Erdteilen ſehr großer Prozentſatz deutſchen Kapitals ſteckt, vielleicht von größerer Bedeutung für unſeren Ausfuhrhandel werden, als viele andere auf lange hinaus denkbare Wirtſchaftsgebiete. Die oberſte Bedingung dafür iſt aller-

dings die, daß wir in aller Bestimmtheit und Loyalität Wirtschaft und Politik von einander scheiden und namentlich, daß uns dabei nicht von vermeintlich wohlgesinnter Seite der Knüppel eines nationalistischen Chauvinismus zwischen die Beine geworfen wird. Nirgends gilt so sehr wie in der Politik und in der Wirtschaft das Wort, daß das Bessere oft nur dazu da zu sein scheint, um das Gute tot zu schlagen.

Auch innerhalb unseres eigenen unmittelbaren Kolonialgebiets findet sich nicht viel Land, das eine Entwicklung als eigentliches Auswanderungsgebiet für die weiße Rasse verspricht. Ich habe über diese Frage im Zusammenhang mit dem Versuch, einen vorläufigen Abriß der deutschen Kolonialwirtschaft als solcher zu geben, bereits an einer anderen Stelle*) gehandelt, und kann daher bis zum Abschluß des größeren Werks, an dem ich über denselben Gegenstand arbeite,**) auf jenes Büchlein verweisen. Südwestafrika wird immerhin, auch abgesehen von der Frage seiner bergbaulichen Entwicklung, wenn es voll besiedelt ist, vielleicht 100 000 weiße Bewohner und eine Jahresproduktion von seiner Viehwirtschaft im Werte von 100—150 Millionen Mark besitzen. Was etwa von den Hochländern Ostafrikas und Kameruns in ähnlicher Weise besiedlungsfähig ist, steht noch dahin. Auf jeden Fall sind in unsern Tropenkolonien, um mit dem Staatssekretär Dernburg zu reden, die Eingeborenen das größte Aktivum, und unsere Verwaltungsmaßnahmen im weitesten Sinn müssen dort darauf hinzielen, neben dem Plantagenbetrieb durch weiße Pflanzer und Gesellschaften die Eingeborenenproduktion zu vermehren. Dazu bedarf es vor allen Dingen des Eisenbahnbaues. Im einzelnen aber ist es nicht die Aufgabe dieser Arbeit, in eine kritische Darstellung unserer speziell kolonialen Wirtschaftsprobleme einzutreten und die Aussichten unsrer Kolonialwirtschaft zu entwickeln. Nur ein Gebiet, innerhalb dessen wir gleichfalls einen kolonialen Stützpunkt besitzen, muß im Zusammenhang einer Arbeit über die weltwirtschaftlichen und welt-

*) Wie machen wir unsere Kolonien rentabel? Halle, Gebauer und Schwetschke 1901.

**) Erschienen ist bisher „Deutsche Kolonialwirtschaft". 1. Band Südwestafrika. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der „Hilfe", G. m. b. H. 1907.

politischen Interessen Deutschlands etwas näher berührt werden. Es ist das unsere ostasiatische Einflußsphäre. Allerdings ist auch weder in Kiautschou, noch in der Provinz Schantung, noch sonst irgendwo in China eine Möglichkeit zur Aufnahme von Einwanderern aus Deutschland zum Zweck von Massenansiedelungen vorhanden. Wenn man von den wegen ihrer physischen Beschaffenheit nur wenig bevölkerten Gebirgsgegenden absieht, so repräsentiert Schantung eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Chinas und übertrifft darin den Durchschnitt der Bevölkerungsdichtigkeit in Deutschland erheblich. Freies bebaubares Land gibt es nirgends — abgesehen davon, daß der Chinese mit seiner größeren Bedürfnislosigkeit, seiner technisch immerhin bemerkenswerten Leistungsfähigkeit und größeren Erfahrung in jedem Falle für sonst etwa denkbare deutsche Siedelungsversuche ein nicht wohl aus dem Felde zu schlagender Konkurrent bliebe. Indes, was im Bagdadbahngebiet und in Südbrasilien ganz oder teilweise erst entstehen müßte, um die Produktivität des Landes und damit seine Aufnahmefähigkeit für deutsche Industrieerzeugnisse zu wecken: *die starke Bevölkerung*, die ist es demnach gerade, was hier in Schantung bereits vorhanden erscheint. Es fragt sich also nur, ob das Land Werte, sei es bereits erschlossene, sei es noch zu erschließende, besitzt, die es in Zahlung für die von uns her aufzunehmende Einfuhr geben könnte?

Nach dieser Richtung hin ist *zunächst*, wie wir das ja bereits bei China im Allgemeinen fanden, eine — absolut wie relativ — sehr geringe Kaufkraft der einheimischen chinesischen Bevölkerung vorhanden. Nur die allerbilligsten Artikel ist sie bei der Geringfügigkeit der von ihr produzierten Ausfuhrwerte zu bezahlen imstande, und es ist kein Wunder, daß aus diesem Grunde die Konkurrenz Japans der europäischen Einfuhr gegenüber gewisse Aussichten hat. Als Basis für den Handel von Schantung hat sich der Hafen von Tsingtau bisher in einer gesund und kräftig aufsteigenden Linie entwickelt, und nicht nur die Einfuhr, die ja einen erheblichen Teil Regierungsgüter umfaßt, sondern auch die Ausfuhr von Landesprodukten hat namentlich in der letzten Zeit bessere Fortschritte gemacht, als man zunächst vielleicht erwarten durfte; denn Schantung

repräsentiert durchaus den Typus der ost- und südasiatischen dicht besiedelten, aber im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsziffer nur wenig ausfuhrfähigen Länder.

Soll also unsere Position in Schantung von größerer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands werden, so müssen durchaus dort im Lande selbst neue Ausfuhrwerte geschaffen werden. Glücklicherweise dürfen wir sagen, daß sie von Natur vorhanden sind und daß ihre Erschließung auf eine einstweilen verheißungsvolle Weise in die Wege geleitet erscheint. Der Reichtum des Landes besteht in seinen Mineralschätzen: Kohle und Eisen. Zu ihrer Ausbeutung ist die deutsche Schantung-Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft gegründet worden, deren Schienennetz die Provinz in annähernd ostwestlicher Richtung von Tsingtau nach der Hauptstadt Tsinanfu durchzieht und jenseits Tsinanfu seinen Anschluß an eine große von Süden nach Norden verlaufende zukünftige Magistrale Peking—Tschingkiang finden soll. Auch der Abbau der Kohlenfelder im Gebiet der Schantungbahn ist in normaler Entwicklung begriffen. Wenn darüber Klage geführt worden ist, daß die Schantung-Kohle von geringerer Qualität sei, so liefern die bisher aufgeschlossenen Flöze doch ein für gewöhnliche Heizzwecke brauchbares Produkt, und außerdem wird von weiteren Aufschließungen im Schantunggebiet berichtet, die auch ein höherwertiges Material versprechen. Was das Vorkommen von Eisenerzen betrifft, so ist einstweilen festgestellt, daß solche vorhanden sind, daß sie genügend reich sind, und daß sie in der Nähe von Kohlenfeldern liegen. Namentlich die Erfüllung dieser letzteren Bedingung ist von außerordentlichem Wert. Ob und in welchem Maße es sich rentieren wird, einen bergmännischen Betrieb auf Eisen, eine Verhüttung der gewonnenen Erze u. s. w. an Ort und Stelle einzurichten, darüber hat bisher noch nichts Bestimmtes verlautet.

Auf jeden Fall ist die Erschließung der Kohlenflöze Schantungs bereits ein großer und unzweifelhafter Erfolg. Man kann den Kohlenbedarf der Dampfer, die in denjenigen Häfen Ostasiens verkehren, für welche Schantung mit der Zeit als beherrschender Lieferant in Betracht kommen kann, wenn auch nicht genau berechnen, so doch jedenfalls mit Sicherheit auf viele Millionen Mark veran-

ſchlagen, wobei in Betracht kommt, daß ſich Zahl- und Tonnengehalt des oſtaſiatiſchen Dampferverkehrs in ſtetig aufſteigender Linie bewegen und namentlich auch der Bedarf der ſeitens aller in Oſtaſien intereſſierten Nationen dort ſtationierten Kriegsfahrzeuge ein außerordentlich hoher iſt. Dieſer ganze Wert der für eine nicht zu ferne Zukunft in Schantung zu erwartenden Kohlenproduktion fällt alſo für die Erhöhung der Kauf- und Zahlungskraft des Landes ins Gewicht — abzüglich etwa des bar an die Aktionäre des Unternehmens hinausgehenden Gewinns. Steigt mit der Entwickelung des Bergbaus überhaupt erſt das ökonomiſche Geſamtniveau des Landes, ſo ergibt ſich alsdann natürlich auch noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten zur Schaffung neuer Ausfuhrwerte. Immerhin wird es unſere Aufgabe ſein, da wir ſchwerlich je in die Lage kommen werden, die wirtſchaftliche Konkurrenz anderer exportierender Nationen in Schantung mit äußeren Mitteln ausſchließen zu können oder zu wollen, alles dafür zu tun, daß in der Tat auch unſere und nicht die engliſche, belgiſche oder ſonſtige fremde Exportinduſtrie den Nutzen von der Entwicklung der Produktionsfähigkeit Schantungs hat. Wie anderwärts, ſo wird es zu dem Zweck auch hier eines verſtändnisvollen Zuſammenarbeitens zwiſchen den beteiligten wirtſchaftlichen Gruppen und Firmen für die Aus- und Einfuhr bedürfen.

Ganz andere Ausſichten noch würden ſich freilich eröffnen, wenn es gelänge, neben dem Seidenbau die Exportfähigkeit des Landes in der Weiſe zu fördern, daß ein Teil des Bodens dem Anbau von Getreide, Hirſe und ähnlichen Nahrungspflanzen entzogen und dafür die Kultur der Baumwolle, die in ganz Schantung ohne Schwierigkeit gedeiht, erheblich verbreitet werden könnte. Baumwolle iſt ein bedeutend höherwertiges Produkt als Getreide; auch bei Bezug des durch den Baumwollbau im Lande ſelbſt ausfallenden Getreidequantums aus anderen Gebieten würde ſich alſo immerhin ein Plus an Exportwert und Aufnahmefähigkeit für europäiſche Einfuhr ergeben. Den Ruſſen in Turkeſtan iſt dieſe Aufgabe der Verdrängung des Getreidebaues durch die Baumwolle bis zu einem gewiſſen Grade bereits gelungen, und mit zu dem Zweck, ſie endgültig in entſcheidender Weiſe zu fördern, haben ſie die gegen 2000 Kilometer lange Eiſenbahnlinie von Taſchkent nach Orenburg erbaut. Auf ihr

ſoll die Zufuhr desjenigen Brotgetreides erfolgen, das in Turkeſtan ſelbſt beim Uebergang weiterer großer Ländereien zum Baumwollbau nicht mehr hervorgebracht werden könnte. Allerdings bleibt dabei immer zu erwägen, daß der eigene Bedarf Chinas an Baumwolle ein ſo koloſſaler iſt, daß, trotzdem die Pflanze bis unmittelbar an die Nordgrenze des eigentlichen Reiches gedeiht, eine ſtarke Einfuhr von fertigen Baumwollſtoffen und Garnen aus Japan, Oſtindien, Amerika und Europa ſtattfindet. Um Schantung in dieſer Beziehung zu einer exportierenden Provinz auszugeſtalten, bedürfte es alſo jedenfalls großer und planvoll geleiteter Anſtrengungen.

Ungeachtet aller dieſer Schwierigkeiten wird Schantung doch vorausſichtlich wegen ſeiner maritimen Lage nahe dem Brennpunkte eines wichtigen und großen Teiles des geſamten oſtaſiatiſchen Verkehrs unter allen überſeeiſchen Intereſſengebieten Deutſchlands die ſchnellſte Entwickelung nehmen. Damit aber iſt für uns auch gegeben, daß wir rechtzeitig darauf bedacht ſein müſſen, die Fäden wirtſchaftlicher Verbindung auch noch tiefer nach Weſten und Südweſten in das Innere von China hinein nach den Provinzen Schanſi und Honan zu ſpinnen. Vor allen Dingen Schanſi iſt wichtig durch ſeine bei erheblich undichterer Bevölkerung unzweifelhaft bedeutende Produktionskraft an Mineralien. Natürlich werden dieſe weiter weſtwärts gelegenen Landſchaften ebenſo wenig wie Schantung ſelbſt jemals deutſches Beſitztum in irgend welcher Form werden. Bereits bei der erſten Beſetzung von Kiautſchou wurde das Ziel unſerer Abſichten in China in vollkommen deutlicher Weiſe dahin formuliert, daß es uns nicht auf die politiſche Kontrolle oder Herrſchaft über irgend welche größeren Teile des Reiches ankäme, ſondern lediglich darauf, einen zur Konzentration unſerer wirtſchaftlichen und Handelsbeziehungen mit dem Lande geeigneten Stützpunkt an der Küſte, gleich den ähnlichen Beſitzungen anderer Nationen, inne zu haben. Noch viel ſtärker als dieſe ausdrücklich abgegebene Verſicherung iſt aber die innere Logik der Dinge, die uns geradezu unabſehbare Komplikationen und die ſicherſten Ausſichten auf eine garnicht zu tragende Laſt materieller Opfer und politiſcher Verantwortung ſchaffen würde, ſobald wir an eine faktiſche Annexion ausgedehnterer Gebiete in einem Lande von der Bevölkerungsdichte, der mate-

riellen Kulturſtufe und dem nationalen Selbſtgefühl Chinas denken wollten. In dieſer Beziehung iſt das engliſche Hongkong ein Muſterbeiſpiel, und zwar nicht nur was ſeine jetzige Blüte anbetrifft, ſondern auch nach der Richtung hin, daß dieſer Blüte eine verhältnismäßig ſehr lange Zeit geradezu kümmerlicher Zuſtände vorhergegangen iſt. Trotzdem wäre es, wie jederman jetzt einſehen wird, von England eine unvergleichliche Kurzſichtigkeit geweſen, den Platz als unnütz und bloß Koſten verurſachend aufzugeben. Tſingtau iſt bereits heute blühender, als es Hongkong in den erſten Jahrzehnten ſeiner Exiſtenz als engliſche Kolonie je geweſen iſt, und wenn auch rein geographiſche Bedingungen die Südküſte der Schantung-Halbinſel vorausſichtlich nie zu einer ſo unvergleichlichen Bedeutung gelangen laſſen werden, wie ſie die Mündungsgebiete des Weſtfluſſes und des Jangtſekiang beſitzen, ſo würde doch auch bereits ein Bruchteil jener Bedeutung hinreichen, um die auf den Erwerb von Kiautſchou geſetzten Hoffnungen reichlich zu rechtfertigen.

Abgeſehen von all dieſen Erwägungen müſſen wir aber grundſätzlich daran feſthalten, daß wir durchaus nicht nur in Schantung, ſondern in ganz China eine offene Tür für unſeren Handel haben müſſen. Wenn man ſich auch über der manchmal allzu faszinierenden Vorſtellung des 400 Millionen-Reiches und ſeiner von wirtſchaftlichen Laien oft für „grenzenlos“ erklärten Aufnahmefähigkeit nicht dazu verführen laſſen darf, die hier ſehr mäßigende Sprache der Handelsſtatiſtik zu überhören, ſo hat doch gerade die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, daß ſich der Fortſchritt dort unter Umſtänden ſchneller als vermutet vollziehen kann. Der chineſiſche Handel repräſentiert als abſolute Zahl genommen eine ſtattliche Größe, im Verhältnis zu der Ausdehnung und Volkszahl des Landes aber ſind die Ziffern nicht bedeutend. Ausfuhr und Einfuhr Chinas zuſammengerechnet betragen in runder Summe 2300 Millionen Mark, bleiben alſo noch erheblich ſelbſt hinter einer relativ ſo wenig entwickelten Handelsbewegung zurück, wie es die indiſche iſt. Der Grund hierfür liegt darin, daß kein Land auf die Dauer weſentlich mehr importieren kann, als es an wie auch immer gearteten Werten auszuführen in der Lage iſt. Eine geſunde Handelsbewegung iſt anders als auf der Grundlage des Produktenaustauſches nicht denkbar. Soll alſo

der Absatz nach China größere Dimensionen annehmen, so ist es vor allen Dingen nötig, den chinesischen Export zu entwickeln. Das Bild der chinesischen Handelsbewegung und des Verhältnisses von Ausfuhr und Einfuhr während der letzten beiden Jahrzehnte ist sehr interessant. Die Entwicklung ist folgende: Von 1887 an bis 1896 bewegt sich die Wareneinfuhr mit nicht sehr erheblichen Schwankungen um 500 Millionen Mark jährlich und ebenso, in fast genau entsprechendem Maße, die Ausfuhr. Bald danach beginnen sowohl die absoluten Zahlen der Handelsbewegung, als auch das Verhältnis von Ausfuhr und Einfuhr sich zu ändern:

	Einfuhr	Ausfuhr
1897	539,1	550,8 Mill. M.
1898	542,4	520,9 „
1899	715,9	665,9 „
1900	587,4	558,3 „
1901	718,4	567.6 „
1902	797,4	625,7 „
1903	832,0	633,0 „
1904	1004,7	699,3 „
1905	1372,6	699,6 „
1906	1378,5	794,5 „

Zum Verständnis dieser Ziffern muß vorweg bemerkt werden, daß sich das sprunghafte Emporschnellen der Einfuhr in den letzten Jahren durch die großen, auf den Bezug von europäischem und amerikanischem Material angewiesenen Eisenbahnbauten im Innern des Reichs erklärt. Diese neuen Bahnen werden mit der Zeit zweifellos einen bedeutenden und dauernden Aufschwung in der Produktions- und Aufnahmefähigkeit Chinas für den Welthandel zur Folge haben. Von den noch bevorstehenden Bahnbauten kommt für unser Interesse vor allen Dingen die Verbindung von Tsinanfu nördlich nach Tientsin, südlich nach Tschingkiang am Jang-tse in Betracht. Vorläufig verfügt China im Grunde immer noch nur über zwei Ausfuhrartikel ersten Ranges: Seide und Tee, im Werte von rund 250 und 90 Millionen Mark (1906). Demnächst sind noch mit Beträgen über 20—30 Millionen Mark zu nennen: Häute und Felle, Bohnen, Strohgeflecht und rohe Baumwolle; alle anderen in der Seezollstatistik noch aufgeführten Posten machen zusammen nicht

mehr als rund 170 Millionen Mark aus. Allerdings muß hierzu bemerkt werden, daß die Seezollſtatiſtik einen Teil der Ausfuhr, der auf Schiffen einheimiſcher Bauart (Dſchunken) nach den aſiatiſchen Nachbarländern erfolgt, nicht mit erfaßt, die Geſamtausfuhr alſo in Wirklichkeit größer iſt, als die weiter oben (nach dem Statiſtiſchen Jahrbuch für das Deutſche Reich) mitgeteilten Tabelle. Vielleicht kann man annehmen, daß der hierauf entfallende tatſächliche Mehrwert der Ausfuhr und die von den Chineſen im Auslande heimgeſandten und von dort mitgebrachten Erſparniſſe zuſammengenommen hinreichen, um die Zahlungsbilanz Chinas annähernd auszugleichen. Es fragt ſich, welche Teile der Ausfuhr ſo entwicklungsfähig ſind, daß auf ihr Wachſen hin eine weſentliche Steigung des Wertes der Einfuhr erhofft werden könnte. Hier ſcheidet bereits der Tee wegen der zunehmenden Konkurrenz Indiens (Aſſam und Ceylon) wahrſcheinlich aus; namentlich Weſteuropa findet mehr Geſchmack an den gröberen aber ſtärker aromatiſchen und ausgiebigeren indiſchen Teeſorten. An weſentlichen Nahrungsmittelexport iſt in einem Lande mit ſo ſtarker Bevölkerung wie China nicht zu denken, und ſo verbleibt denn eigentlich als pièce de resistance immer wieder in erſter Linie die Seide. Daran, daß China noch ſehr viel mehr Seide zur Ausfuhr produzieren könnte, als es gegenwärtig tut, und ebenſo daran, daß es hierfür genügende Abnehmer finden würde, beſteht an ſich kein Zweifel; in der Praxis aber wird es gar nicht leicht ſein, eine wirkliche Vermehrung der Seidenproduktion und damit das Weſentliche für eine ſolide Verbeſſerung der Aufnahmefähigkeit Chinas gegenüber der europäiſchen induſtriellen Produktion zuwege zu bringen. Es mangelt alſo an Ueberlegung, wenn man bei uns wie anderswo ins Blaue hinein eine ungemeſſene Steigerung des europäiſchen Warenabſatzes nach China von der „Erſchließung" des Landes erwartet. Die Chineſen können nicht mehr von uns kaufen, als ſie zu bezahlen in der Lage ſind, und bezahlen können ſie nur dann, wenn ſie ſelber für ihre Produkte einen entſprechenden Gegenwert erhalten. Man ſtößt alſo überall wieder auf die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Eiſenbahnnetzes, namentlich in den nördlichen, durch die großen natürlichen Waſſerwege nicht in ähnlicher Weiſe wie der Süden aufgeſchloſſenen Teilen

des Reichs. Unter dieſen Verhältniſſen können wir politiſch durchaus damit zufrieden ſein, wenn es in China bei dem jetzt von allen Seiten anerkannten Prinzip der „offenen Tür“ bleibt, und es war für uns auch nur mit Befriedigung zu begrüßen, daß die Kriſis unmittelbar vor und nach dem Boxeraufſtand, während der es zeitweilig den Anſchein hatte, als ob eine Aufteilung Chinas in verſchiedene Intereſſenſphären bevorſtände, nicht einen ſolchen Verlauf genommen hat.

Wir dürfen alſo dieſen ſummariſchen Ueberblick über die wichtigſten überſeeiſchen Zukunfts- und Intereſſengebiete des deutſchen Wirtſchaftslebens — den Orient, Südamerika, Schantung und ſein Hinterland, die Kolonien in Afrika und der Südſee — mit dem Ausdruck der Zuverſicht ſchließen, daß bei einer vernünftigen Bearbeitung dieſer ganzen Sphäre, d. h. bei ſteter Befolgung des Prinzips weitblickender ſtaatlicher Maßnahmen und bei kräftiger und raſcher privater Initiative, immerhin für die materielle Zukunft Deutſchlands große und gute Ausſichten vorhanden ſind. Daß aber derartige ſpeziellen Reſervate nationaler Wirtſchaftstätigkeit, zu denen wir ja, wie gezeigt, weder Südamerika noch die Türkei, ja nicht einmal Schantung im eigentlichen Sinne rechnen können, nicht imſtande ſind, die ganze oder auch nur den größten Teil der Laſt des überſeeiſchen Handels und der Weltwirtſchaft eines Volkes zu beſtreiten, das hat uns ja das Beiſpiel Englands gezeigt. Trotzdem hat jedes Stück eines ſolchen auswärtigen Marktes, auf dem es beſondere Anknüpfungspunkte nationaler Natur gibt, eine vor allen anderen Gebieten ausgezeichnete Bedeutung. Die Hauptmaſſe unſeres Handels, d. h. im weſentlichen des Abſatzes für unſere Induſtrie, wird ſelbſt bei hoher Entwicklung der ſpeziellen Beziehungen zu jenen vorhin genannten Gebieten immer „international“ bleiben. Sie zu ſichern, gibt es nur zwei Mittel: Aufrechthaltung des Weltfriedens und raſtloſes Weiterſchreiten unſerer induſtriellen Entwicklung. Für die erſtere zu ſorgen, iſt, ſoweit es in menſchlicher Macht ſteht, die Aufgabe unſerer Regierung und Diplomatie. In dieſer Beziehung dürfen wir, wie ſehr auch die nationale Kritik für den Einzelfall berechtigt ſein mag, im ganzen nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts ſoweit vertrauend in die Zukunft blicken, wie das in einer Situation, bei der die

Entſchließung über ja und nein weniger auf unſerer, als auf der anderen Seite liegt, überhaupt möglich iſt. Was aber den zweiten Punkt anbetrifft, ſo iſt die Frage unſeres techniſch-induſtriellen Fortſchreitens nicht mehr und nicht weniger, als eine Frage unſerer allgemeinen nationalen Tüchtigkeit und Bildung überhaupt. Bisher haben uns die fremden Nationen beſcheinigt, daß unſere ſchulmäßige Gründlichkeit und die hohe Entwicklung unſeres Unterrichtsweſens die tiefſte Wurzel unſeres bisher geleiſteten ökonomiſchen Aufſchwungs ſind. Nur ein oberflächlicher Materialismus könnte aber meinen, daß die Technik ihre Lebenskraft aus einer anderen Wurzel erhielte, als aus der des allgemeinen Geiſteslebens.

Vielleicht wird als Ergebnis dieſer Unterſuchung über unſere Stellung und unſere Zukunft unter den Weltvölkern bei manchem Leſer ein Gefühl der Unbefriedigtheit darüber zurückbleiben, daß ſich nirgends für uns ein ähnliches, klar umriſſenes und weithin erkennbares großes Ziel herausgeſtellt zu haben ſcheint, wie es die Engländer verfolgen, wie es die Franzoſen in dem Ausbau ihres gewaltigen Kolonialreichs haben, wie es die Ruſſen, wenn auch in falſcher Berechnung ihrer Kräfte und darum ohne Glück in Aſien erſtrebt haben, und wie es den Amerikanern vorſchwebt, wenn ſie ihrer Monroedoktrin mehr und mehr die Wendung auf das Prinzip einer Hegemonie oder eines Aufſichtsrechts über den geſamten amerikaniſchen Doppelkontinent zu geben verſuchen. Es muß zugeſtanden werden, daß bei uns das an ſich vorhandene weltpolitiſche Ideal ſich noch nicht in ähnlicher Weiſe wie bei jenen Völkern zu einem unmittelbar vorliegenden oder konkret definierbaren Objekt unſeres politiſchen Handelns kriſtalliſiert hat. Gerade darum aber müſſen wir Tag und Nacht daran arbeiten, die Summe politiſcher Kraft zu entwickeln und zu verdichten, die wir eines Tages in die Wagſchale werden werfen müſſen, wenn entweder im Verlauf der allgemeinen politiſchen Entwicklung ein ſolches konkretes Ziel erſter Ordnung uns aufleuchtet oder die Gegner zum Stoß ausholen, der uns aus der Bahn ſchleudern und endgültig zu den Völkern zweiter Ordnung werfen ſoll. Hier wie dort gilt das Wort vom Tage, der da kommt wie ein Dieb in der Nacht!

Dr. Paul Rohrbach

Deutsche Kolonialwirtschaft, 1. Band: Südwest-Afrika

mit 24 Vollbildern und im vornehmen Einband 10 Mark.

Das Buch von Dr. Rohrbach über Südwest-Afrika ist die erste und bisher einzige vollständig umfassende Arbeit, die über diese vielumstrittene deutsche Kolonie vorliegt, sie wird deshalb von allen denen gelesen werden müssen, die von dieser Kolonie mehr erfahren wollen, als was man aus Reiseberichten und Zeitungsdarstellungen erfährt. Dr. Paul Rohrbach hatte sich bereits durch seine Reisen in anderen Erdteilen und durch seine Schriften einen so vortrefflichen Ruf als Forschungsreisender, Wirtschaftsstatistiker und Kenner der auswärtigen Politik erworben, dass er im Jahre 1903 von der Regierung nach Südwest-Afrika entsandt wurde. Über 3 Jahre hat er dort im Reichsdienst als wirtschaftlicher Sachverständiger und Kommissar für das Ansiedlungswesen in Süd-Afrika zugebracht und während dieser Zeit sowohl unsere Kolonie als auch die benachbarten englischen Gebiete in dienstlichem Auftrage eingehend bereist und studiert. Das Buch gibt die erste umfassende und systematische Darstellung sowohl des Landes selbst als auch seiner wirtschaftlichen Entwicklung unter deutschem Besitz seit Beginn der Schutzherrschaft. Es enthält ausser der oben erwähnten Entstehungsgeschichte des grossen Eingeborenen-Aufstandes u. a. auch eine erschöpfende Untersuchung über die Bedingungen für die wirtschaftliche Rentabilität der Kolonie. Diese Untersuchung ist verbunden mit einer sachlichen, aber einschneidenden **Kritik der Regierungsmassnahmen** sowohl während der früheren als auch während der jetzigen Entwicklungsperiode Südwest-Afrikas.

Nachdem Südwest-Afrika durch sehr grosse Opfer an Geld und Menschenleben dem Deutschen Reiche fest angegliedert worden ist und nachdem durch die letzte Reichstagswahl diese Angliederung von der deutschen Nation bestätigt wurde, ist es eine dringende und ernste Gewissensfrage an Volk und Regierung was jetzt aus dem Lande werden soll. Rohrbach ist der richtige Mann dazu, das deutsche Volk und die deutsche Kolonialverwaltung vor neuen Fehlern zu warnen. Darin liegt die grosse politische und kulturgeschichtliche Bedeutung seines Buches.

Dem Inhalt entspricht auch die Ausstattung des Buches. In einem 3 farbigen Deckelbilde, das die Landschaft von Windhuk wiedergibt und in 24 bislang unveröffentlichten ganzseitigen Tafeln werden Land und Leute in neuen, ausserordentlich plastisch wirkenden Reproduktionen vor Augen geführt. Eine 5 farbige Spezialkarte verdeutlicht Lage und Ausdehnung von Ortschaften und Länderstrecken. Alles in allem: Dr. Rohrbachs Werk wird jetzt und in Zukunft an allererster Stelle genannt werden, wenn es sich um eine ernsthafte, wissenschaftliche, erschöpfende Darstellung unserer Kolonie, unseres Südwest-Afrika handelt. An Dr. Rohrbachs Buch kann niemand achtlos vorübergehen, der über das vielumstrittene Land etwas lernen, sagen, schreiben oder lehren will. Es wird die Quelle sein und bleiben für viele, lange noch nachdem der Streit der Geister um das Buch vorüber ist. —

Orient-Export: Die Darstellung ist in Form und Inhalt musterhaft, ebenso übt Dr. R. eine gesunde Kritik. Die ganze Ausstattung ist eine tadellose, wie man sie vom Buchverlag der „Hilfe“ nicht anders gewohnt ist.

Alldeutsche Blätter: Wir wünschen ihm recht viele Leser.

Hannoverscher Courier: Es wird sich gewiss noch oft Gelegenheit bieten, auf Rohrbachs Standard-Werk zurückzukommen.

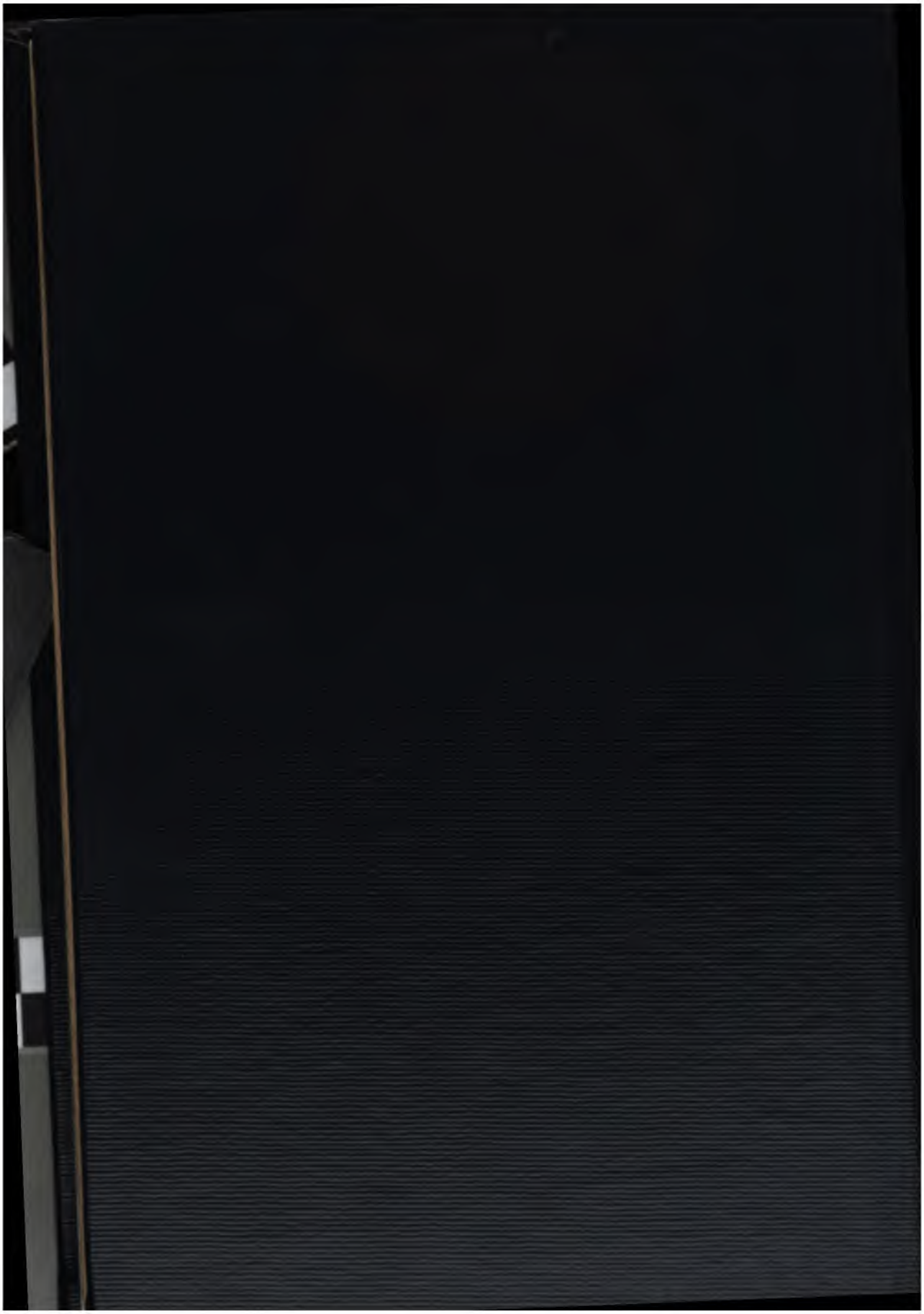
Deutsches Offiziersblatt: Das Buch verdient von jedem Kolonialfreunde studiert zu werden.

Buchverlag der „Hilfe“, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

2537. 042

3 2044 005 283 304

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

STAFF STUDY
CANCELLED

WIDENER
WIDENER
SEP 10 1998
JUL 21 1998
BOOK DUE
CANCELLED